E. Subject files

4. Miscellaneous

1. Terror and prosecution of justice in the Third Reich

Beschleunigte Gnadenakte und Haftentlassungen

bei Straftaten im Kampf um die nationale Erhebung.

✠ **Berlin**, 15. März. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Im Kampf für die nationale Erhebung des deutschen Volks sind Straftaten begangen worden, die zu rechtskräftiger Verurteilung oder zur Einleitung von Strafverfahren geführt haben, in welchen die Täter zum Teil auch in Untersuchungshaft genommen worden sind. In Würdigung der vaterländischen Beweggründe der Täter haben die Kommissare des Reichs in ihrer heutigen Sitzung den kommissarischen Justizminister ermächtigt, eine Nachprüfung dieser Fälle zwecks beschleunigter Durchführung von Gnadenakten zu veranlassen. Nach Möglichkeit soll die Strafvollstreckung alsbald unterbrochen, ergangene Haftbefehle aufgehoben, oder die Beschuldigten mit der Untersuchungshaft verschont werden. Die Nachprüfung wird von den Strafverfolgungsbehörden von Amts wegen beschleunigt durchgeführt, so daß sich Einzelanträge erübrigen.

Hierzu wird aber besonders hervorgehoben: Nachdem die nationale Revolution sich siegreich durchgesetzt hat und die Sicherheit dafür besteht, daß der Wille der nationalen Regierung von sämtlichen Behörden vollstreckt wird, kann keinerlei strafbare Handlung mehr entschuldigt und geduldet werden.

Die Potempaer Verurteilten auf freiem Fuß.

Gleiwitz, 15. März. (T. U.) Auf Grund des Erlasses der Kommissare des Reiches für Preußen, wonach Straftaten beschleunigt nachgeprüft werden sollen, die im Kampf um die nationale Erhebung des deutschen Volkes begangen wurden, sind, wie T. U. zuverlässig erfährt, die im August vorigen Jahres vom Beuthener Sondergericht verurteilten Potempaer Täter Kottisch, Lachmann, Hoppe, Wolnitza, Müller und Gräupner auf freien Fuß gesetzt worden. Die wegen der gleichen Straftaten noch in Untersuchungshaft befindlichen Mitangeklagten Golombek und Dutzki, die zur Zeit der Durchführung des Sondergerichtsverfahrens flüchtig waren, wurden auf Grund des gleichen Erlasses aus der Untersuchungshaft entlassen.

Frankfurter 17. März 33

Keine Greuelpropaganda, sondern deutsche Rechtspflege!

In der „Deutschen Juristenzeitung" veröffentlicht der Landesgerichtspräsident Dr. Dietrich-Hechingen einen Artikel über das Recht jedes „Volksgenossen", den „inneren Feind offen zu erschlagen". In diesem Artikel heißt es:

Der nationale Zweck kann eine ganze Reihe von Handlungen bestimmen. Körperverletzungen, Freiheitsberaubungen, Tötungen sind als Kampfhandlungen die nächstliegenden, die hierher zu rechnen sind. Noch nie hat jemand daran gedacht, daß der Soldat im Feld, der Körperverletzungen, Tötungen, Sachbeschädigungen und sonstige äußerlich strafbare Handlungen scheinende Heldentaten innerhalb des Kriegsrahmens vollführt, strafbar sei. Was für den äußeren Feind gilt, muß auch auf den inneren Feind angewandt werden. So kann der Richter, der den Mut hat zur freien Gesetzesauslegung, schon jetzt den rechten Weg in der wichtigen Frage finden. Er wandelt dabei auch auf altgermanischen Pfaden. Der innere Feind verfiel bei unseren Altvorderen der Acht und wurde ehrlos, rechtlos und friedlos, vogelfrei, jeder Volksgenosse konnte ihn offen erschlagen, sofern er sich nicht auf geweihter Stätte befand. Die restlose Ausrottung des inneren Feindes gehört zur Wiederherstellung der deutschen Ehre. An ihr kann der deutsche Strafrichter durch großzügige Auslegung des Strafgesetzbuches teilnehmen. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Strafrechtes wird sicherlich auch die hier besprochene Frage gesetzlich geregelt werden. Das ist zu begrüßen, da damit mancherlei Ungewißheit beendigt wird und ängstliche Gemüter von der Pflicht zur weitherzigen Auslegung des Gesetzes entbunden werden.

Daß damit „mancherlei Ungewißheit beendigt" sei, darf man als Uebertreibung bezeichnen; daß Nazibluthunde unter allen Umständen freizusprechen sind, mußte nicht theoretisch begründet werden, da kein Staatsanwalt es wagen würde, sie anzuklagen. Immerhin wird man die Theorie des Landesgerichtspräsidenten, der auf altgermanischen Pfaden wandelt, um über Leichenhaufen zum Oberlandesgerichtspräsidenten aufzusteigen, für kommende Zeiten aufbewahren; man wird dann gewiß einmal „den rechten Weg in der wichtigen Frage finden", was mit solchen altvorderen Paragraphenbestien zu geschehen hat.

Deutsche Volksztg. Paris - 9 JANV 1933

Der Mordprozess Potempa muss neu aufgerollt werden

Breslau. (Von unserem Korrespondenten.) Ueber den Mord an dem Arbeiter Konrad Pietczuch ist es in all den Jahren nicht still geworden. Zu tief sitzt noch heute die Empörung über dieses gemeine Verbrechen und die damalige Begnadigung der Mörder auf höchste Anordnung Hitlers. Den angestrengten Nachforschungen ist es jetzt gelungen, die wahren Zusammenhänge aufzuklären. Hier und dort wird bereits die Forderung auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Mörder laut.

Als Anstifter des Mordes an Konrad Pietczuch in Potempa und führend beteiligter Mittäter ermittelte das Gericht damals den Gastwirt Lachmann. Er wurde mit vier Komplizen zum Tode verurteilt, vom Reichskanzler von Papen zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, von Hitler bekanntlich im März 1933 nach Kassierung der Strafe freigelassen und mit seiner Bande in Gleiwitz von der SA im Triumphzug durch die Stadt geführt.

Dann beförderten die nationalsozialistischen Machthaber den Mörder Lachmann zum Bürgermeister von Potempa, wo er noch heute unumschränkt regiert.

Lachmann kannte Konrad Pietczuch schon aus der Zeit der Abstimmungskämpfe in Oberschlesien. Damals stand Lachmann in Verbindung mit den Freikorpslern und Fememördern, deren Chef Heinz-Hauenstein am 25. April 1928 im Stettiner Fememordprozess erklärte: «Ich habe einen Ueberschlag gemacht. Es kann schon sein, dass es sich (in Oberschlesien) um 200 Femefälle gehandelt hat.» Einen dieser Morde beging Lachmann. Er war berüchtigt als Wilderer, wurde eines Tages von einem Förster ertappt, tötete ihn, meldete den Mord als «Femeurteil» und blieb unbehelligt. Aber Pietczuch kannte den wahren Sachverhalt. Und als 1932 die politischen Auseinandersetzungen immer heftiger wurden, in denen Pietczuch nun offen als Antifaschist auftrat, witterte der Nationalsozialist Lachmann die nachträgliche Enthüllung seines an dem Förster begangenen gemeinen Mordes. Um einer Bestrafung wegen Wilderns zu entgehen, hatte er den Förster aus angeblich «nationalen Gründen» getötet. Um der Mordenthüllung vorzubeugen, tötete er Pietczuch. Die beiden gemeinen Morde begründeten im Dritten Reich seine Karriere.

Es bedeutet eine unerhörte Zumutung und Beleidigung gegenüber unseren Brüdern und Schwestern in Oberschlesien, dass an der Spitze ihrer Verwaltung ein zweifacher Mörder sitzt.

Begnadigung der Potempa-Täter

Die kommissarische Regierung in Preussen hat beschlossen, für Delikte, die im Zuge der national revolutionären Bewegung verübt wurden, im Wege der Einzelbegnadigung Amnestie zu gewähren. Infolgedessen sind die acht Nationalsozialisten auf freien Fuss gesetzt worden, die im vorigen Jahr wegen der Tötung des Kommunisten Pietrzuch in Potempa zu schweren Strafen verurteilt worden waren. Die Begnadigten, die in den Zuchthäusern Brandenburg und Luckau untergebracht waren, sind bereits in Berlin eingetroffen.

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige deutsche Tageszeitung

INSERATEN-ANNAHME für Frankreich (ausschließlich Elsaß-Lothringen): Publicité Metzl, Paris (3e). 51, rue de Turbigo (Ecke rue Reaumur. Metro: Arts-et Métiers). Telephon: Archives 84—95. 84—96, 84—97.

Nummer 31 — 2. Jahrgang | Saarbrücken-Paris, Mittwoch, 7. Februar 1934 | Chefredakteur: M. Brau

Röhms Mordbefehl!

Mit dem Einverständnis des Reichskanzlers

Vor uns liegt folgender Geheimbefehl an die SA., der gezeichnet ist: „Der Chef des Stabes Röhm":

Der Oberste SA.-Führer
Ch. Nr. XXXX/33 **München, am 31. 7. 1933.**
Betreff: Disziplin
Verteiler I/III.

Ich bin bestrebt, in jeder Richtung die Rechte der SA. als staatlich anerkannter Truppe der nationalsozialistischen Revolution zu sichern und zu wahren. Die bevorstehende Verordnung über die SA.-Gerichtsbarkeit wird diesen Bestrebungen die gesetzliche Grundlage geben.

Ich decke auch und verantworte gerne jede Handlung von SA.-Männern, die zwar den gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht, aber den ausschließlichen Interessen der SA. dient. Hierzu gehört z. B., daß als Sühne für den Mord an einem SA.-Mann durch den zuständigen SA.-Führer bis zu 12 Angehörige der feindlichen Organisationen, von der der Mord vorbereitet wurde, gerichtet werden dürfen. Dieses Gericht ordnet jedoch der Führer an; es wird kurz und soldatisch vollzogen. . . .

Der Mann, der durch diesen Befehl die SA. auffordert, jedes Gesetz zu brechen, wenn es die Interessen der SA. erfordern, ist der nächste Mitarbeiter des Reichskanzler. Er ist Reichsminister.

Die Organisation, die durch ihren Chef des Stabes zu Morden an „den Mitgliedern feindlicher Organisationen" befohlen wird, untersteht dem deutschen Reichskanzler als ihrem obersten Kriegsherrn. Der deutsche Reichskanzler ist es, dessen Mund durch Röhm befiehlt, für jeden getöteten SA.-Mann zwölf politische Gegner zu „richten".

Nach dieser Methode sind vor einigen Tagen die vier Kommunisten „auf der Flucht erschossen" worden. Für den angeblich von Kommunisten ermordeten Kattner, der als früherer Kommunist nun den Nazis als Polizeispitzel diente, wurden vier Kommunisten „gerichtet". „Nur" vier! Herr Reichsminister Röhm wird unzufrieden sein, daß die volle Zahl zwölf noch nicht erreicht worden ist. Aber er darf überzeugt sein, daß man im Sinne seines Befehls sich bemühen wird, auch die an der Rache fehlenden acht Kommunisten noch zu „richten".

Frankf. Z. 10.8.34

2

Ein Straffreiheitsgesetz.

Eine Amnestie für Straftaten und politische Verfehlungen.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

≠ **Berlin,** 9. August. Amtlich wird mitgeteilt: Aus Anlaß der Vereinigung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers und des damit vollzogenen Ueberganges der bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat die Reichsregierung ein Straffreiheitsgesetz beschlossen, das heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird. Das Gesetz enthält eine allgemeine Amnestie für bestimmte Gruppen politischer Verfehlungen.

Durch die allgemeine Amnestie werden ohn Rücksicht auf die Art der Straftat alle Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 1000 Mark erlassen, wenn der Verurteilte bei der Begehung der Tat unbestraft oder nur unerheblich vorbestraft war. Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten und Geldstrafen bis zu 500 Mark werden auch Vorbestraften erlassen. Unter denselben Voraussetzungen, unter denen der Straferlaß eintritt, werden auch anhängige Verfahren niedergeschlagen, wenn die Tat vor dem 2. August 1934 begangen worden ist, dem Tage des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Ueberganges seiner Befugnisse auf den Führer.

Die politischen Straftaten, für die Straffreiheit in Gestalt von Straferlassen und Niederschlagung gewährt wird, sind:

Beleidigung des Führers und Reichskanzlers.

Solche durch Wort oder Schrift begangenen Verfehlungen gegen das Wohl oder das Ansehen des Reiches, die nicht aus volks- oder staatsfeindlicher Gesinnung entsprungen sind.

Straftaten, zu denen sich der Täter durch Uebereifer im Kampfe für den nationalsozialistischen Gedanken hat hinreißen lassen,

sonstige Beleidigungen und Körperverletzungen im politischen Meinungsstreit.

Auch hier ist als Stichtag für die Niederschlagung bestimmt, daß die Tat vor dem 2. August 1934 begangen sein muß.

Ausgenommen von der Amnestierung politischer Verfehlungen sind Hochverrat, Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, alle Verbrechen gegen das Leben, Sprengstoffverbrechen, wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist, und schließlich alle Handlungen, bei denen die Art der Ausführung oder die Beweggründe eine gemeine Gesinnung des Täters erkennen lassen.

Eine Ausführungsanleitung des Reichsministers der Justiz, die Vorschriften für die Straftaten, die Strafvollstreckungs- und Strafverfolgungsbehörden enthält, wird in der morgen erscheinenden Nummer der „Deutschen Justiz" veröffentlicht.

Im Zusammenhang mit der Verkündung des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 7. August 1934 hat der Führer und Reichskanzler durch Erlaß an die Landesregierungen verfügt, daß auch sämtliche Fälle von Schutzhaft einer beschleunigten Nachprüfung unterzogen werden und die Entlassung aus der Schutzhaft erfolgen soll, wenn der Anlaß für die Verhängung geringfügig war, oder wenn nach der Dauer der Haft und der Wesensart des Häftlings erwartet werden kann, daß dieser sich dem nationalsozialistischen Staat und seinen Organen gegenüber künftig nicht mehr feindselig verhalten wird. Dabei hat der Führer und Reichskanzler ausdrücklich betont, daß auch diejenigen Fälle, in denen die Schutzhaft im Zusammenhang mit der Aktion vom 30. Juni 1934 verhängt worden ist, wohlwollend nachgeprüft werden sollen.

Beschleunigte Durchführung der Amnestie.

Berlin, 10. August. (DNB.) Zu dem aus Anlaß der Vereinigung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers beschlossenen Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 7. August 1934, das am 10. August 1934 in Kraft tritt, hat der Reichsjustizminister jetzt die Durchführungsanweisungen erlassen, die sich in der Hauptsache mit Bestimmungen technischer Art für die Justizbehörden befassen. Darin wird ausgeführt, daß das Gesetz beschleunigt durchzuführen ist, nötigenfalls unter Zurückstellung minder wichtiger Sachen. Vorweg sind solche Sachen zu bearbeiten, in denen Freiheitsstrafen vollstreckt werden, oder Untersuchungshaft besteht. Bei den anhängigen Verfahren entscheidet die Staatsanwaltschaft nach Lage der Akten. Ist die zu erwartende Strafe höher als im ersten Teil des Gesetzes angeführt ist, so kann die Amnestie nicht eintreten. Besondere Gesuche seitens der Betroffenen sind nicht erforderlich. Die Amnestierungen erfolgen von Amts wegen. In Zweifelsfällen wird der Betroffene im übrigen von der Staatsanwaltschaft gehört werden.

Bei Freiheitsstrafen bis zu 3 Monaten und Ersatzfreiheitsstrafen für Geldstrafen bis zu 500 RM. sind diese durch das Gesetz ohne Rücksicht auf die Art der Straftat und auf die Vorstrafe des Täters zu erlassen. Bei Verurteilten, die solche Strafen verbüßen, haben die Gefangenenanstalten die Strafen alsbald zu unterbrechen und hiervon der Vollstreckungsbehörde Anzeige zu machen. Die Vollstreckungsbehörden haben den Eintritt des Straferlasses durch Verfügung festzustellen und unabhängig von den den Gefangenenanstalten obliegenden Maßnahmen die Vollstreckung von Freiheitsstrafen sofort zu unterbrechen. In Zweifelsfällen ist umgehend die Entscheidung des Gerichts (§ 458 Strafprozeßordnung) herbeizuführen. Die Landesjustizverwaltungen werden ersucht, die Fälle des Straferlasses zu zählen und das Ergebnis bis zum 1. Oktober 1934 mitzuteilen. Frankf. Z. 11.8.34.

Deutsche Freiheit
Saarbrücken 22. Sept 33

Heil den Mördern!

Entfernung der Erzberger-Andenken

Auf Veranlassung der Behörden wurden unter Mithilfe des SA.-Sturms von Oberkirch sämtliche Erzberger-Andenken in der Nähe von Bad Griesbach weggeräumt. Auch die große Gedenktafel aus Marmor, die sich im Keller der Kapelle befand, wurde nach Oberkirch verbracht.

Zur Leichenschändung kommt also die Kirchenschändung, und die Bischöfe sehen zu.

Die Erzbergermörder Heinrich Schulz und Heinz Tillessen sind nach Deutschland zurückgekehrt. Im Mannheimer „Hakenkreuzbanner" (Nr. 280) begrüßt ein Dr. med. Grüninger die gemeinen Mörder wie folgt:

Es ist nicht mehr als Recht, daß wir diesen Vorkämpfern des völkischen Gedankens öffentlich Glück wünschen, daß sie nach zwölfjähriger Odyssee wieder in das Deutschland Adolf Hitlers zurückgekehrt sind, und wir sind stolz darauf, daß diese Männer der Tat wieder zwischen uns im Vaterlande weilen. Wir wissen, daß Schulz und Tillessen in den qualvollen Jahren der Verbannung nie wankend geworden sind, und daß sie trotz schwerster körperlicher und seelischer Prüfungen an den endlichen Sieg des Guten, an Adolf Hitler und seine Bewegung geglaubt haben, in einer Beharrlichkeit, die ihresgleichen suchen dürfte. Das danken wir diesen Braven im besonderen und wir graben uns die Namen dieser Männer in unser Gedächtnis ein, wissend, daß die Geschichte einst diese Tat als noch bedeutender hinstellen wird, als wir sie heute schon zu sehen vermögen.

Frankfurter — — — Zeitung 3. März 34

Die Aufhebung von Dienststrafen und Maßregelungen

für Taten im Kampfe um die nationale Erhebung.

✠ **Berlin.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, haben der preußische Minister des Innern und der preußische Finanzminister Durchführungsbestimmungen zu dem Reichsgesetz über die Aufhebung der im Kampf für die nationale Erhebung erlittenen Dienststrafen und sonstigen Maßregelungen erlassen. Der Zweck des Gesetzes, das Unrecht, das von den früheren Regierungen an national gesinnten Beamten durch Verhängung von Dienststrafen oder anderen Maßregelungen begangen worden sei, wieder gutzumachen, sei zwar im Lauf des letzten Jahres schon in weitem Umfange geschehen, es blieb aber noch eine Reihe von Zweifelsfragen, namentlich über die vermögensrechtlichen Folgen, die jetzt durch die Durchführungsbestimmungen nach den vom Reich hierfür gegebenen Richtlinien geklärt würden. Das Gesetz gelte nur für Beamte; sinngemäß solle aber auch gegenüber Angestellten des öffentlichen Dienstes das an ihnen begangene Unrecht in geeigneter Weise wieder gutgemacht werden. Das Gesetz solle seinem Grundgedanken entsprechend großzügig gehandhabt werden. Kosten, die dem Beamten aus einem gegen ihn eingeleiteten Verfahren, z. B. durch Annahme eines Verteidigers, entstanden seien, sollten grundsätzlich erstattet werden. Bei Maßregelungen, die nach ihrer Wirkung einer Dienststrafe gleichkamen, z. B. Strafversetzungen, Uebergehung bei Beförderungen, Kündigung aus politischen Gründen und dergleichen, sei auch Möglichkeit der Zustand wieder herzustellen, der vor der Maßregelung bestanden habe, soweit nicht die dienstlichen Interessen der betreffenden Verwaltung oder Behörde dem entgegenstünden.

Hochgeach'e'e Mörder

Wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung" meldet, befinden sich die beiden Mörder des Professor Lessing in München. Sie sollen unter falschem Namen bei einem SA.-Sturm Dienst geleistet haben. Der Presse wurde jede Mitteilung über die Flucht der Meuchelmörder nach Bayern verboten. Man begegnet ihnen in München mit großer Achtung; besonders während der Putschfeiern vom 9. November wurden sie als Paradepersonen von Versammlung zu Versammlung geschleift.

Da sich ihr Inkognito in München langsam lüftet, soll geplant sein, sie demnächst an einen anderen „Dienstort" abzukommandieren. Man spricht davon, daß sie als Wachmannschaft im Dachauer Konzentrationslager verwandt werden sollen.

Deutsche Freiheit Saarbrücken 11. August 1934

Hitlers Amnestie

Alle „Staatsfeinde" ausgeschlossen, alle braunen Mörder begnadigt

DNB. Berlin, 9. August.

Aus Anlaß der Vereinigung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers und des damit vollzogenen Uebergangs der bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat die Reichsregierung ein Straffreiheitsgesetz beschlossen.

Das Gesetz enthält eine allgemeine Amnestie und eine Amnestie für bestimmte Gruppen politischer Verfehlungen. Durch die allgemeine Amnestie werden ohne Rücksicht auf die Art der Straftaten alle Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 1000 Reichsmark erlassen, wenn der Verurteilte bei der Begehung der Tat unbestraft oder nur unerheblich vorbestraft war. Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten und Geldstrafen bis zu 500 RM. werden auch Vorbestraften erlassen. Unter denselben Voraussetzungen, unter denen der Straferlaß eintritt, werden auch anhängige Verfahren niedergeschlagen, wenn die Tat vor dem 2. August 1934 begangen ist, dem Tage des Ablebens des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg und des Uebergangs seiner Befugnisse an den Führer. Die

politischen Straftaten

für die Straffreiheit in Gestalt von Straferlaß und Niederschlagung gewährt wird, sind:

Beleidigungen des Führers und Reichskanzlers, solche durch Wort und Schrift begangene Verfehlungen gegen das Wohl oder das Ansehen des Reiches, die nicht volks- oder staatsfeindlicher Gesinnung entsprungen sind, Straftaten, zu denen der Täter durch Uebereifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken sich hat hinreißen lassen, sonstige Beleidigungen und Körperverletzungen im politischen Meinungsstreit. Auch hier ist für die Niederschlagung bestimmt, daß die Tat vor dem 2. August 1934 begangen sein muß.

Ausgenommen von der Amnestierung politischer Vergehen sind Hochverrat, Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, alle Verbrechen gegen das Leben, Sprengstoffverbrechen, wenn ein Mensch getötet oder verletzt wurde, und schließlich alle Handlungen, bei denen die Art der Ausführung oder die Beweggründe eine gemeine Gesinnung des Täters erkennen lassen.

Im Zusammenhang mit der Verkündung des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 7. August 1934 hat der Führer und Reichskanzler durch Erlaß an die Landesregierungen verfügt, daß

auch sämtliche Fälle von Schutzhaft

einer beschleunigten Nachprüfung unterzogen werden und die Entlassung aus der Schutzhaft erfolgen soll, wenn der Anlaß für die Verhängung geringfügig war oder wenn nach der Dauer der Haft und der Wesensart des Häftlings erwartet werden kann, daß dieser sich dem nationalsozialistischen Staat und seinen Organen gegenüber künftig nicht mehr feindselig verhalten wird. Dabei hat der Führer und Reichskanzler ausdrücklich betont, daß auch diejenigen Fälle wohlwollend nachgeprüft werden sollen, in denen die Schutzhaft im Zusammenhang mit der Aktion vom 30. Juni 1934 verhängt worden ist.

*

Eine Amnestie, würdig des „dritten Reiches" und seines Führers. Ihre Ausführung unterliegt den nationalsozialistischen Funktionären des totalen Staates in der Verwaltung und in der Justiz, für die sich jeder „volks- und staatsfeindlich" betätigt hat, der mit irgend einem bedachten oder unbedachten Wort an der Gottähnlichkeit der braunen Diktatoren zweifelte.

Noch um einen Grad schlimmer sind die Anweisungen über die Schutzhäftlinge. Nach der „Wesensart" des Häftlings soll entschieden werden, ob . . . Das bedeutet die vollkommene Willkür des Lagerkommandanten, neue erbärmliche Versuche des Gesinnungsdrucks auf gepeinigte Menschen.

Um so mehr dürfen sich nationalsozialistische Mörder und Menschenquäler freuen. Ihnen winkt die goldene Freiheit — vorausgesetzt, daß sie ihnen überhaupt vorenthalten wurde. Sie haben sich „im Uebereifer hinreißen lassen" und kommen zurück in den braunen Gnadenhimmel, der sich seiner liebsten Kinder wieder erfreuen darf.

Eine nationalsozialistische Propaganda-Amnestie, zum Ruhme des Uebergangs der Macht an den „Führer", der sich aber durch einen Kabinettsbeschluß für die Ereignisse des 30. Juni an den Bahren seiner früheren Freunde selbst amnestieren ließ.

Enzyklika gegen den Nationalsozialismus?

„Kein Friede, wenn ein selbstsüchtiger Nationalsozialismus wütet"

Paris, 9. August.

Wie die Agence Fournier aus Rom meldet, ist in den nächsten Tagen mit einer außerordentlich bedeutsamen und wichtigen Kundgeb[illegible]

klärte: „Es ist schwierig, wenn nicht unmöglich, daß der Friede zwischen den Völkern und Staaten dauert, wenn anstatt eines reinen Patriotismus ein selbstsüchtiger [illegible] wütet. Wir können nicht [illegible] Staat gibt, der gleich- [illegible] seinen eigenen

Der Herr Reichsanwalt Jorns pensioniert!

PT 3. V

Von **Dr. KURT ROSENFELD**

Die New Yorker „Staatszeitung" berichtete unter dem Datum des 1. April (!): „Reichsanwalt Jorns tritt in den Ruhestand. Seine Verdienste von dem Führer in einer Dankesurkunde gewürdigt."

In der Tat wohlverdient! Dieser Mann hat wirklich das Recht erworben, mit allen Ehren eines ehrlosen Regimes verabschiedet zu werden. Es entspricht nur der Auffassung von deutscher Ehre, wie sie im Dritten Reich gepflegt wird, dass die „Verdienste" eines solchen Mannes, der Mörder laufen liess, gebührend gewürdigt werden.

♦

In der Nacht vom 15. zum 16. Januar 1919, als der sog. Spartacus-Aufstand soeben im Blute der Berliner Arbeiter erstickt war, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den weissen Garden, damals genannt Garde-Kavallerie-Schützen-Division, verhaftet und beide in der viehischsten Weise, durch Kolbenschläge auf den Kopf und durch Revolverschüsse ermordet. Die Leiche Liebknechts wurde von den Mordgesellen als „Leiche eines unbekannten Mannes" auf einer Rettungswache abgegeben. Angeblich hatte Liebknecht im Tiergarten einen Fluchtversuch gemacht und war „auf der Flucht" erschossen worden. Die Leiche Rosa Luxemburgs wurde an einer dunklen Stelle in den Landwehrkanal geworfen und erst vier Wochen später aus dem Wasser gefischt. Die Namen der Täter waren zunächst unbekannt. Die damals von der Kommunistischen Partei herausgegebene „Rote Fahne" und die von der damaligen Unabhängigen Sozialistischen Partei herausgegebene „Freiheit" erwarben sich das Verdienst, die Namen der Täter sehr schnell zu ermitteln und zu veröffentlichen. Von den Behörden wurden sie nicht ermittelt worden!

Am 18. Januar wurde der damalige Kriegsgerichtsrat Jorns mit der Leitung der Ermittlung betraut. Der richtige Mann war gefunden! Er verstand es, die „Untersuchung" in solche Bahnen zu lenken, dass das nach der Alarmierung der Oeffentlichkeit nicht mehr ganz zu vermeidende Verfahren damit endete, dass die angeklagten Offiziere und Soldaten freigesprochen wurden, mit der alleinigen Ausnahme des Jägers Runge, der beide Opfer mit dem Kolben niedergeschlagen und des Oberleutnants Vogel, der Rosa Luxemburg die tödliche Kugel in die Schläfe gejagt hatte. Diesem Runge wäre damals um ein Haar auch Wilhelm Pieck, der ebenfalls verhaftet war, zum Opfer gefallen. Er kam in jener Nacht dem Runge vor das Gewehr. Pieck fasste ihn fest ins Auge und konnte ihn mit diesem Blick und mit der Erklärung, dass er noch eine wichtige Aussage zu machen habe, davon abbringen, das schon angelegte Gewehr abzudrücken. Runge verwies später selbst auf „die Befehle, die er hatte und ausführte, und auf die Befehle, die er nicht mehr zur Ausführung gebracht hatte". Zu den letzteren gehörte die Erschiessung Piecks. Runge war der beschränkte und leicht zu beeinflussende Mann, den seine Auftraggeber brauchten, in gewissem Sinne der vorweg genommene Van der Lubbe!

Runge und Vogel wurden am 15. Mai 1919 nur zu verhältnismässig kurzen Gefängnisstrafen verurteilt. Vogel hatte sich schon während der Untersuchungshaft einen Pass auf den Namen Kurt Velsen beschaffen und mit dem holländischen Visum versehen lassen können. Jorns wurde das am 14. Mai von den damaligen Abgeordneten Hugo Haase und Oskar Cohn mitgeteilt. Vogel konnte aber trotzdem bereits am 17. Mai von seinen Mordgesellen aus dem Gefängnis „entführt" werden und nach Holland entkommen. Jorns hatte nichts getan, um das zu verhindern.

Das ganze Verfahren war eine Farce und konnte das sein, weil dieser Jorns es verstand, die Sache richtig zu drehen.

Er begann seine Tätigkeit mit der Entlassung Vogels, ohne ihn auch nur vorher vernommen zu haben und ohne Rücksicht darauf, dass die höchste Gefahr einer Verdunkelung des Tatbestandes vorlag. Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die sehr schnell den wahren Sachverhalt erkannte, musste Jorns den Vogel und einige Komplizen am 20. Februar (mehr als einen Monat später!) wieder verhaften.

PARISE

Der Herr Reichsanwalt Jorns pensionie

(*Fortsetzung von Seite 1*)

in Strömen. Die Zellen der Mordgesellen standen den ganzen Tag offen, sie konnten sich nach Belieben besprechen und ihre Aussagen aufeinander abstimmen. Ja, sie konnten sogar in den Strassen Berlins spazieren gehen. Eines Abends geht Herr Jorns über den Wittenberg-Platz, da kommt ihm einer der verhafteten Offiziere, der Leutnant Liepmann, entgegen. Welch Wiedersehen! Herr Jorns sagte selbst, das habe ihm die Sprache verschlagen! Das war alles! Er wusste von dem Zustand in dem lustigen Gefängnis, aber er tat nichts, um diesen Zustand zu beseitigen. Die Offiziere konnten mit den Mitschuldigen jede Aussage verabreden und die Flucht vorbereiten.

Als die Presse bekannt gab, dass Liebknecht und Rosa Luxemburg von einem Soldaten niedergeschlagen worden seien, erliess Jorns endlich am 22. Januar den Befehl, diesen Mann festzustellen. Diese Anordnung ging an den Hauptmann von Pflugk-Harttung, der zur Begleitmannschaft Karl Liebknechts gehört hatte, also Teilnehmer an dessen Ermordung war. Infolgedessen ist Runge am 24. Januar von seiner Truppe entlassen und „verschwunden". Am 2. Februar ordnet Jorns endlich die Verhaftung Runges an. Der Haftbefehl wird derselben Truppe übergeben, deren Offiziere am Mord beteiligt waren, und Runge ist lange unauffindbar. Im April wird er beim Freikorps Bülow ermittelt und am 13. April dem Jorns vorgeführt. Inzwischen wird seine Familie zur Belohnung für die von ihm begangenen Morde reichlich mit Geld unterstützt.

Runge erklärt, dass ihm der Befehl zum Mord erteilt worden sei. Das ist aber kein Grund für Jorns, nach den Befehlsgebern zu forschen!

Im Januar 1919 hatten die Arbeiter- und Soldatenräte Berlins noch eine solche Machtstellung, dass sie Beisitzer zu dem Prozess ernennen konnten; aber Herr Jorns sabotierte alle Anregungen und Anträge an, die von diesen Beisitzern ausgingen, so dass sie am 15. Februar zurücktraten mit der Erklärung: „Wir lehnen es ab, teilzunehmen an einem Gerichtsverfahren, das es ermöglicht, die Spuren der Tat zu verwischen und die Mörder den Armen der Gerechtigkeit zu entziehen."

Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ist schon vor dem „Urteil", das die Mörder so glimpflich behandelte, völlig aufgeklärt worden. Das Urteil ist 10 Jahre später in einem Presseprozess in seiner ganzen Unzulänglichkeit aufgedeckt worden, dank vor allem Paul Levi, der damals die letzten Dunkel erhellte und nachweisen konnte, dass neben den eigentlichen Tätern der damalige Hauptmann Pabst für die Morde verantwortlich war, derselbe Mann, der dann noch so oft eine für die deutsche Republik verhängnisvolle Rolle spielen sollte.

Aber Einer ist schon nach kurzer Suspendierung aufgestiegen zu einer der höchsten Stellen in der deutschen Justiz: der Reichsanwalt Jorns. Levi im Gerichtssaal erklären: „Den Mordgesellen hat dieser ihm nicht einmal geschadet, der nicht genützt, nur einer stieg hoch: Kriegsgerichtsrat Jorns; er hat in Jahren vergessen, woher seine rote Farbe trägt."

Jorns konnte als Reichsanwalt der Weimarer Republik eine grosse Rolle spielen, in den zahllosen Landesverratsprozessen, in denen er linksstehende Redakteure zur Strecke brachte, wo er nur konnte die Stirn, in dem Presseprozess zur Verteidigung der Nichtverfolgung der Mörder auf die Verfügung, die ich als preussischer Justizminister 1918 erlassen habe, um die in Oesterreich üblichen Verhaftungen bei Hochverratsprozessen ein Ende zu machen, obgleich er selbst mit rigoroser Strenge gar in Presseprozessen seine politischen Gegner der Freiheit beraubte.

Er kam zu höchsten Ehren im Dritten Reich. Kein Wunder- Hitler und seine Potempa-Mördern seine Kameraden bezeigte, dieses Regime, das Jorns gewähren liess und selbst mordete, sie wussten, was sie an Jorns hatten. Hitler hat ihn deshalb jetzt in allen „Ehren" pensioniert. Wenn ausserdem der Reichskriegsminister von Blomberg die Verdienste des Herrn Jorns würdigte, so geschah das für sein scharfes Vorgehen gegen Pazifisten und andere „Staatsfeinde". Keines der „Verdienste" des Herrn Jorns blieb ungewürdigt. Er hätte auch verdient, Glückstelegramme von all den Mördern zu erhalten, die er — mit Runge an der Spitze — in der langen Reihe seiner Reichsanwaltschaft laufen liess.

Hoffentlich hat das deutsche Volk ein ebenso gutes Gedächtnis wie der Nutzniesser des Herrn Reichsanwalts.

Auf der langen Liste der Männer, denen ein künftiges freies Deutschland abzurechnen haben wird, steht unter den ersten: der Reichsanwalt Jorns.

Auf Wiedersehen, Herr Jorns!

Jorns pensioniert!

Von **Dr. KURT ROSENFELD**

Die New Yorker „Staatszeitun[g] berichtete unter dem Datum [des] 1. April (!): „Reichsanwalt Jorns t[ritt] in den Ruhestand. Seine Verdienste v[om] dem Führer in einer Dankesurkunde [ge]würdigt."

In der Tat wohlverdient! Dieser Ma[nn] hat wirklich das Recht erworben, mit a[llen] len Ehren eines ehrlosen Regimes v[on] abschiedet zu werden. Es entspricht [nur] der Auffassung von deutscher Ehre, wie sie im Dritten Reich gepflegt wird, d[ass] die „Verdienste" eines solchen Manne[s], der Mörder laufen liess, gebührend [ge]würdigt werden.

♦

In der Nacht vom 15. zum 16. Janu[ar] 1919, als der sog. Spartacus-Aufstand soeben im Blute der Berliner Arbeite[r] erstickt war, wurden Karl Liebkne[cht] und Rosa Luxemburg von den weiss[en] Garden, damals genannt Garde-Kava[l]le-rie-Schützen-Division, verhaftet und be[i]de in der viehischsten Weise, durch Kol[-] benschläge auf den Kopf und durch Re[-] volverschüsse ermordet. Die Leiche Liebknechts wurde von den Mordgese[l]len als „Leiche eines unbekannten Ma[n]nes" auf einer Rettungswache abgege[-] ben. Angeblich hatte Liebknecht im Tiergarten einen Fluchtversuch gema[cht] und war „auf der Flucht" erschos[sen] worden. Die Leiche Rosa Luxemburgs wurde an einer dunklen Stelle in [den] Landwehrkanal geworfen und erst [vier] Wochen später aus dem Wasser [ge]fischt. Die Namen der Täter waren zu[-] nächst unbekannt. Die damals von [der] Kommunistischen Partei herausgeg[e]bene „Rote Fahne" und die von der d[a]maligen Unabhängigen Sozialistischen Par[-] tei herausgegebene „Freiheit" erwa[r]ben sich das Verdienst, die Namen der [Tä]ter sehr schnell zu ermitteln und zu [der] öffentlichen. Von den Behörden w[ur]den sie nicht ermittelt worden!

Am 18. Januar wurde der dama[lige] Kriegsgerichtsrat Jorns mit der Le[i]tung der Ermittlung betraut. Der richtige Mann war gefunden! Er verstand es, die „Untersuchung" in solche Bahnen zu lenken, dass das nach der Alarmier[ung] der Oeffentlichkeit nicht mehr ganz zu vermeidende Verfahren damit endete, dass die angeklagten Offiziere und Sol-daten freigesprochen wurden, mit der a[l]leinigen Ausnahme des Jägers Runge, der beide Opfer mit dem Kolben nieder-geschlagen und des Oberleutnants Vo-gel, der Rosa Luxemburg die tödliche Kugel in die Schläfe gejagt hatte. Die-sem Runge wäre damals um ein Haar auch Wilhelm Pieck, der ebenfalls ver-haftet war, zum Opfer gefallen. Er kam in jener Nacht dem Runge vor das Ge-wehr. Pieck fasste ihn fest ins Auge und konnte ihn mit diesem Blick und mit der Erklärung, dass er noch eine wichtige Aussage zu machen habe, davon abbrin-gen, das schon angelegte Gewehr abzu-drücken. Runge verwies später selbst auf „die Befehle, die er hatte und aus-führte, und auf die Befehle, die er nicht mehr zur Ausführung gebracht hatte". Zu den letzteren gehörte die Erschies-sung Piecks. Runge war der beschränkte und leicht zu beeinflussende Mann, den seine Auftraggeber brauchten, in gewis-sem Sinne der vorweg genommene Van der Lubbe!

Runge und Vogel wurden am 15. Mai 1919 nur zu verhältnismässig kurzen Gefängnisstrafen verurteilt. Vogel hatte sich schon während der Untersuchungs-haft einen Pass auf den Namen Kurt Vel-sen beschaffen und mit dem holländi-schen Visum versehen lassen können. Jorns wurde das am 14. Mai von den damaligen Abgeordneten Hugo Haase und Oskar Cohn mitgeteilt. Vogel konn-te aber trotzdem bereits am 17. Mai von seinen Mordgesellen aus dem Gefängnis „entführt" werden und nach Holland entkommen. Jorns hatte nichts getan, um das zu verhindern.

Das ganze Verfahren war eine Farce und konnte das sein, weil dieser Jorns es verstand, die Sache richtig zu drehen.

Er begann seine Tätigkeit mit der Ent-lassung Vogels, ohne ihn auch nur vor-her vernommen zu haben und ohne Rücksicht darauf, dass die höchste Ge-fahr einer Verdunkelung des Tatbestan-des vorlag. Erst unter dem Druck der öf-fentlichen Meinung, die sehr schnell den wahren Sachverhalt erkannte, musste Jorns den Vogel und einige Komplizen am 20. Februar (mehr als einen Monat später!) wieder verhaften.

Am 26. Februar wird festgestellt, dass Vogel im Gefängnis ganz nach Be-lieben Besuche empfangen konnte. Herren- und Damenbesuche, letztere in der Zelle bis nachts 12 Uhr. Der Wein floss

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Herr Reichsanwalt Jorns pensioniert!

(Fortsetzung von Seite 1)

in Strömen. Die Zellen der Mordgesellen standen den ganzen Tag offen, sie konnten sich nach Belieben besprechen und ihre Aussagen aufeinander abstimmen. Ja, sie konnten sogar in den Strassen Berlins spazieren gehen. Eines Abends geht Herr Jorns über den Wittenberg-Platz, da kommt ihm einer der verhafte-ten Offiziere, der Leutnant Liepmann, entgegen. Welch Wiedersehen! Herr Jorns sagte selbst, das habe ihm die Sprache verschlagen! Das war alles! Er wusste von dem Zustand in dem lusti-gen Gefängnis, aber er tat nichts, um diesen Zustand zu beseitigen. Die Offi-ziere konnten mit den Mitschuldigen je-de Aussage verabreden und die Flucht vorbereiten.

Als die Presse bekannt gab, dass Liebknecht und Rosa Luxemburg von einem Soldaten niedergeschlagen worden seien, erliess Jorns endlich am 22. Ja-nuar den Befehl, diesen Mann festzustel-len. Diese Anordnung ging an den Hauptmann von Pflugk-Harttung, der zur Begleitmannschaft Karl Liebknechts gehört hatte, also Teilnehmer an dessen Ermordung war. Infolgedessen ist Runge am 24. Januar von seiner Truppe entlas-sen und „verschwunden". Am 2. Fe-bruar ordnet Jorns endlich die Verhaf-tung Runges an. Der Haftbefehl wird derselben Truppe übergeben, deren Offi-ziere am Mord beteiligt waren, und Runge ist lange unauffindbar. Im April wird er beim Freikorps Bülow ermittelt und am 13. April dem Jorns vorgeführt. Inzwischen wird seine Familie zur Be-lohnung für die von ihm begangenen Morde reichlich mit Geld unterstützt.

Runge erklärt, dass ihm der Befehl zum Mord erteilt worden sei. Das ist aber kein Grund für Jorns, nach den Auftraggebern zu forschen!

Im Januar 1919 hatten die Arbeiter- und Soldatenräte Berlins noch eine sol-che Machtstellung, dass sie Beisitzer zu dem Prozess ernennen konnten; aber Herr Jorns sabotierte alle Anregungen und Anträge an, die von diesen Beisitzern ausgingen, so dass sie am 15. Februar zurücktraten mit der Erklärung: „Wir lehnen es ab, teilzunehmen an einem Gerichtsverfahren, das es ermöglicht, die Spuren der Tat zu verwischen und die Mörder den Armen der Gerechtig-keit zu entziehen."

Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ist schon vor dem „Urteil", das die Mörder so glimpflich behandelte, völlig aufgeklärt worden. Dies Urteil ist 10 Jahre später in einem Presseprozess in seiner ganzen Unzu-länglichkeit aufgedeckt worden, dank vor allem Paul Levi, der damals die letzten Dunkel erhellte und nachweisen konnte, dass neben den eigentlichen Tä-tern der damalige Hauptmann Pabst für die Morde verantwortlich war, derselbe Mann, der dann noch so oft eine für die deutsche Republik verhängnisvolle Rol-le spielen sollte.

Aber Einer ist schon nach kurzer Suspendierung aufgestiegen zu einer der höchsten Stellen in der deutschen Justiz: der Reichsanwalt Jorns. Es hat ihm nicht einmal geschadet, dass Paul Levi im Gerichtssaal erklären konnte: „Den Mordgesellen hat dieser Mord nicht genützt, nur einer stieg hoch, der Kriegsgerichtsrat Jorns; er hat in den 10 Jahren vergessen, woher seine Robe die rote Farbe trägt."

Jorns konnte als Reichsanwalt in der Weimarer Republik eine grosse Rolle spielen, in den zahllosen Landesverrats-prozessen, in denen er linksgerichtete Redakteure zur Strecke brachte. Er hat-te die Stirn, in dem Presseprozess sich zur Verteidigung der Nichtverhaftung der Mörder auf die Verfügung zu beru-fen, die ich als preussischer Justizmini-ster 1918 erlassen habe, um den im Kai-serreich üblichen Verhaftungen in Ba-gatellprozessen ein Ende zu machen, ob-gleich er selbst mit rigoroser Strenge so-gar in Presseprozessen seine politischen Gegner der Freiheit beraubte.

Er kam zu höchsten Ehren im Dritten Reich. Kein Wunder- Hitler, der den Potempa-Mördern seine Kameradschaft bezeigte, dieses Regime, das morden liess und selbst mordete, sie wussten, was sie an Jorns hatten. Hitler hat ihn deshalb jetzt in allen „Ehren" pensio-niert. Wenn ausserdem der Reichs-kriegsminister von Blomberg die Ver-dienste des Herrn Jorns würdigte, so ge-schah das für sein scharfes Vorgehen ge-gen Pazifisten und andere „Landesver-räter". Keines der „Verdienste" des Herrn Jorns blieb ungewürdigt. Offiziell! Er hätte auch verdient, Glückwunschte-legramme von all den Mördern zu er-halten, die er — mit Runge und Vogel an der Spitze — in der langen Zeit sei-ner Reichsanwaltschaft laufen liess.

Hoffentlich hat das deutsche Volk ein ebenso gutes Gedächtnis wie [er] [zu]

Auf der langen Liste der Männer, denen ein künftiges freies Deutschl[and] abzurechnen haben wird, steht unter [den] ersten: der Reichsanwalt Jorns.

Auf Wiedersehen, Herr Jorns!

Das Strafgericht in Speyer

Zur Befreiung der Pfalz von der separatistischen „Regierung“
Wie „Präsident“ Heinz-Orbis sein Ende fand

Dr. Kr. SPEYER, 10. Januar. (Eigener Bericht)

Von den Reisenden, die in dem angesehenen Gasthof „Wittelsbacher Hof“ absteigen, werden sich nur wenige daran erinnern, dass sich vor zehn Jahren, am 9. Januar 1924, an einem der Tische des kleinen behaglichen Speisesaals eine schicksalsschwere, blutige Szene abgespielt hat, die für die Befreiung der schwerbedrängten Pfalz vom Separatismus von entscheidender Bedeutung gewesen ist. Noch heute sieht man an der einen Wand die Einschläge von den Kugeln, mit denen sich der junge Kölner Hannes Miebach und sein Freund Muthmann gegen den „Präsidenten der autonomen Pfalz“, Heinz-Orbis, wehrten.

Heute kann man sich nur schwer eine Vorstellung von der drangvollen Lage machen, in der sich besonders die Pfalz befand, die der Despotie des ehrgeizigen Generals de Metz ausgesetzt war. Verblendet von der romantischen Ideologie eines Maurice Barrès fühlte er sich als

Vollstrecker der Politik Ludwigs XIV.

der schon damals die Pfalz als wichtigste Einfallspforte nach Deutschland betrachtete, und deren letztes Ziel die vollkommene Beherrschung der Rhein- und Mainlinie bildete. Der General fand in den Separatisten, die nach dem kläglichen Zusammenbruch der Sonderbündlerregierung in Koblenz unter dem Schutz der französischen Bajonette im Regierungsgebäude in Speyer ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten, willige Helfershelfer seiner Loslösungspolitik. Bei meinen zahlreichen Reisen durch die Pfalz konnte ich mich davon überzeugen, dass in keinem andern Teile des damals besetzten Gebietes der Militarismus eine solche eindringliche Verkörperung gefunden hatte. Eine Stadt wie Landau, die etwa 14 000 Einwohner zählt, beherbergte über 7000 Mann. Eine zeitlang waren in Landau auch Senegalesen untergebracht, die aber wieder abtransportiert werden mussten, da sie durch Epidemien dezimiert wurden. Die Separatisten scheuten sich nicht, bei den Ausweisungen ihrer Landsleute mitzuwirken. Die Schuhstadt Pirmasens stand im Zeichen des separatistischen Gewaltregimentes. Die dortige „autonome Regierung“ wurde von dem separatistischen Bezirkskommissar Schwaab repräsentiert, einem mehrfach vorbestraften Rechtskonsulenten, der im Bezirksamt residierte. Die Ausweisungen hatten in Pirmasens einen erschreckenden Umfang angenommen. Vier Bürgermeister und die Hälfte der Stadtverordneten hatte das Schicksal der Ausweisung ereilt.

Von den 780 000 Einwohnern der Pfalz waren rund 22 000 während des Ruhrkampfes des Landes verwiesen worden.

An der Spitze der „autonomen Regierung“ stand Heinz-Orbis, der den Beinamen „Marquis d'Orbis“ hatte, und der bei dem General de Metz ein und aus ging. Der Marquis war nicht nur der fähigste Kopf, sondern auch die einzige repräsentative Erscheinung unter den „Ministern“ der „autonomen Regierung“. Er war Grossgrundbesitzer und spielte in der freien Bauernwegung eine nicht unbedeutende Rolle. Ihn zu beseitigen, war das vaterländische Ziel der jungen deutschen Aktivisten. Die Vorbereitungen zur Beseitigung der separatistischen Hochverräter wurde ganz im Geheimen und ausserordentlich sorgfältig durchgeführt. Die Abwehrorganisation gegen die Separatisten in der Pfalz stand unter der Leitung von Dr. E. Jung und Dr. O. Leibrecht. Man wusste, dass Heinz-Orbis regelmässig mit seinen Begleitern seinen Stammtisch im Wittelsbacher Hof am Abend zu besuchen pflegte. Nachdem die Mitglieder der einzelnen Stosstrupps in Speyer eingetroffen waren, wurde der Abend des 9. Januar für die Ausführung der Tat festgesetzt. Um 10 Uhr 30 Min. betraten Hannes Miebach und Muthmann den Speisesaal des Wittelsbacher Hof und mit dem Ruf:

„Hände hoch, es geht nur gegen die Separatisten!“

schossen sie Heinz-Orbis und seine Begleiter nieder. Im nächsten Augenblick war das ganze Hotel in Dunkel gehüllt. Einer von den Kameraden Miebachs hatte das elektrische Licht ausgeschaltet. Ohne jede Hast verliessen Miebach und sein Freund das Hotel. Inzwischen hatte sich vor dem Hotel ein blutiges Feuergefecht abgespielt. Dort war Dr. Jung mit zwei Begleitern postiert, um eine Flucht der Separatisten aus dem Speisesaal zu verhindern. Der Sonderbündler Lilienthal, der seine Freunde im Wittelsbacher Hof aufsuchen wollte, stiess mit den drei Deutschen zusammen. Als Lilienthal die Schüsse aus dem Hotel vernahm, schoss er die Kameraden Jungs sofort nieder und verwundete auch Dr. Jung. Dieser hatte noch die Geistesgegenwart, seinen Revolver zu ziehen und feuerte vom Boden aus auf Lilienthal, der vor dem Eingang des Hotels zusammenbrach. Wäre es Lilienthal gelungen, rechtzeitig im Speisesaal zu erscheinen und die übrigen noch im Hause wohnenden Separatisten zu alarmieren, dann wäre das Hotel zweifellos Schauplatz eines furchtbaren Revolverkampfes geworden. Miebach und seinen Freunden gelang es, glücklich über das Rheinufer ins unbesetzte Gebiet zu entkommen. Durch die Erschiessung von Heinz-Orbis war die separatistische Bewegung in der Pfalz gelähmt. Von da ab traten Hilflosigkeit und Desorganisation der Sonderbündler immer deutlicher zutage.

Den Separatisten, die bis dahin im Wittelsbacher Hof logiert hatten, wurde es unheimlich, und sie verbarrikadierten sich in den von ihnen besetzten Regierungsgebäuden.

Die Schüsse von Speyer machten die zivilisierte Welt auf die unhaltbaren Zustände in der von den Sonderbündlern bedrückten Pfalz aufmerksam. Es kam zu der Entsendung des Generalkonsuls Clive und dem Abkommen von Speyer, das endlich der Separatistenregierung ein Ende bereitete. Wenige Wochen nach der Erschiessung von Heinz-Orbis vollzog die empörte Bevölkerung von Pirmasens ein unerbittliches Strafgericht an dem Sonderbündler Schwaab; sie erstürmte das Bezirksamt. Schwaab fand ein schreckliches Ende; er kam in den Flammen des mit Benzin angezündeten Gebäudes um.

Damit war der Separatismus in der Pfalz endgültig erledigt. Die letzten Sonderbündlerführer verliessen fluchtartig deutschen Boden und begaben sich ins Ausland in Sicherheit. General de Metz musste erkennen, dass seine ehrgeizigen politischen Pläne an der Treue der rheinischen Bevölkerung zum Reich scheitern mussten.

Keine Greuelpropaganda, sondern deutsche Rechtspflege!

In der „Deutschen Juristenzeitung" veröffentlicht der Landesgerichtspräsident Dr. Dietrich-Hechingen einen Artikel über das Recht jedes „Volksgenossen", den „inneren Feind offen zu erschlagen". In diesem Artikel heißt es:

Der nationale Zweck kann eine ganze Reihe von Handlungen bestimmen. Körperverletzungen, Freiheitsberaubungen, Tötungen sind als Kampfhandlungen die nächstliegenden, die hierher zu [redacted] jemand daran gedacht, daß der Soldat im Feld, der Körperverletzungen, Tötungen, Sachbeschädigungen und sonstige äußerlich strafbare Handlungen scheinende Heldentaten innerhalb des Kriegsrahmens vollführt, strafbar sei. Was für den äußeren Feind gilt, muß auch auf den inneren Feind angewandt werden. So kann der Richter, der den Mut hat zur freien Gesetzesauslegung, schon jetzt den rechten Weg in der wichtigen Frage finden. Er wandelt dabei auch auf altgermanischen Pfaden. Der innere Feind verfiel bei unseren Altvorderen der Acht und wurde ehrlos, rechtlos und friedlos, vogelfrei, jeder Volksgenosse konnte ihn offen erschlagen, sofern er sich nicht auf geweihter Stätte befand. Die restlose Ausrottung des inneren Feindes gehört zur Wiederherstellung der deutschen Ehre. An ihr kann der deutsche Strafrichter durch großzügige Auslegung des Strafgesetzbuches teilnehmen. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Strafrechtes wird sicherlich auch die hier besprochene Frage gesetzlich geregelt werden. Das ist zu begrüßen, da damit mancherlei Ungewißheit beendigt wird und ängstliche Gemüter von der Pflicht zur weitherzigen Auslegung des Gesetzes enthunden werden.

Daß damit „mancherlei Ungewißheit beendigt" sei, darf man als Uebertreibung bezeichnen; daß Nazibluthunde unter allen Umständen freizusprechen sind, mußte nicht theoretisch begründet werden, da kein Staatsanwalt es wagen würde, sie anzuklagen. Immerhin wird man die Theorie des Landesgerichtspräsidenten, der auf altgermanischen Pfaden wandelt, um über Leichenhaufen zum Oberlandesgerichtspräsidenten aufzusteigen, für kommende Zeiten aufbewahren; man wird dann gewiß einmal „den rechten Weg in der wichtigen Frage finden", was mit solchen altvorderen Paragraphenbestien zu geschehen hat.

Einweihung einer Gedenktafel für Kern und Fischer

Bad Kösen, 17. 7.

Am 17. Juli 1922 fielen auf Burg Saaleck durch ihre eigenen Kugeln Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern und Leutnant a. D. Hermann Fischer, die im Juni 1922 Rathenau erschossen hatten. Die Wiederkehr ihres Todestages wurde am Sonntag durch eine Gedenkfeier unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung begangen. Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt weihte nach kurzen Gedenkworten auch an die treuen Helfer der Toten Techow und Ernst v. Salomon auf Burg Saaleck eine Gedenktafel mit folgender Inschrift:

„Hier starben am 17. Juli 1922 den Heldentod um Deutschland unsere Kameraden Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern und Leutnant a. D. Hermann Fischer, Brigade Ehrhardt."

An den Gräbern von Kern und Fischer auf dem Friedhof des Dorfes Saalek wurden während einer feierlichen Gedenkstunde, an der auch Angehörige der Toten teilnahmen, zahlreiche Kränze niedergelegt, u. a. von Reichsstatthalter Sauckel und der thüringischen Staatsregierung.

Nach Beendigung der Trauerkundgebung formierten sich etwa 4000 SA-, SS- und Stahlhelmmänner zu einem Vorbeimarsch vor Stabschef Röhm, den SA- und SS-Führern Himmler und Freiherrn v. Eberstein und dem Stahlhelmführer in Mitteldeutschland, Hauptmann a. D. Hittner.

---

ein großes abgeklapptes trigonometrisches Zeichen neben sich, einen Telegrafenmast mit Leitung, das sieht sehr verwegen und seltsam aus. Aber wenn mich einer fragt, nachdem ich auf den cloutés-Wegen des neueren Chiappe hinübergegangen bin, so sage ich doch, daß die Gefahr, hier überfahren zu werden, größer ist als die der Unruhen.

Baptiste.

BRIEFKASTEN

Pfälzer. Ja. Der soeben bei einem Uebungsflug über der Ostsee tödlich verunglückte Kölner Nationalsozialist Hans Miebach ist der gleiche, der in der westdeutschen Presse einen Aufsatz von unbeschreiblicher Roheit über seine Mordtat an dem pfälzischen Separatistenführer Heinz-Orbis veröffentlichte. Miebachs Kölner Heimatblatt, der „Westdeutsche Beobachter", veröffentlicht nun anstatt eines Nachrufs einen Artikel von Miebach, wie er am 17. März 1923 auch die Kölner Separatisten Smeets und Kaiser durch Revolverschüsse niederstreckte. Zugleich erzählt das Blatt: „Hannes Miebach war einer der aktivsten deutschen Abwehrkämpfer. 1902 geboren und streng national erzogen, meldete er sich bereits mit 13 Jahren kriegsfreiwillig, jedoch ohne Erfolg. In seinem Versetzungszeugnis zu Ostern 1915 heißt es bezeichnend: „Der Schüler erhält einen Verweis, weil er sich von Haus und Schule entfernt hat, um nach Belgien zu gehen." Der dreizehnjährige

ETOILE
ARMAILLE
RNILOFF
treffliche Küche u. seiter
cht von deutschen Gästen
Etoile 52-49

Feinste jüdische Selchwaren- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris
58, AVENUE WAGRAM, Tel. Carnot 27-63
58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

gt die Inserenten der „Deutschen Freiheit"

Hannes Miebach wollte als Einzelgänger in den Krieg ziehen! Nach dem Kriege trat Miebach als Zeitfreiwilliger einer militärischen Formation bei und war als Abwehrkämpfer gegen den zweiten Polenaufstand an der schlesischen Grenze eingesetzt." — Soweit also der „Westdeutsche Beobachter". In seiner Redaktion gibt es, nach seinen Artikeln zu urteilen, lauter religiös verschwärmte Leute, die fast täglich den Mythos der Vorsehung preisen. Gehört das Schicksal des mehrfachen Mörders Miebach, der kurze Zeit nach seinem öffentlichen Geständnis selber sterben mußte, auch in jene irrationalen Bezirke strafender Gerechtigkeit nach Gottes oder Wotans Willen? Hatte sich in Miebachs Flugzeug ein Hagen eingenistet, der Jung-Siegfried zwischen die Schulterblätter stach, um ihn in die Reihe der Helden Walhalls zu befördern? Wir möchten nicht mißverstanden werden. Was muß an diesem Menschen schon in frühester Jugend gesündigt worden sein, daß er Patriotismus mit feigem Meuchelmord, gedeckt und geborgen von gleichgestimmten Kameraden, verwechselte? Gedeckt und geborgen auch von seinem Papa, dem Kölner Zivilingenieur August Miebach, der mit dem Jungen im Bund war und ihm nach den Schüssen auf Smeets 50 000 Mark damaligen Kurses zu glücklicher Flucht nach München mitgab. Jetzt bekommt sein toter Hans mit Einwilligung Görings sogar ein Staatsbegräbnis und belohnt ihn nachträglich für sein Opfer.

---

désiraité ou

icles

ient, per- voir dité

tion que ndi- 'in-

tre de eu- ut est el-

Glorification des meurtriers de Walther Rathenau

Près de 20.000 personnes, parmi lesquelles le général von der Goltz ainsi que de nombreux officiers des anciens corps francs, ont pris part, au château de Saaleck, à la cérémonie destinée à commémorer le souvenir des milliers de volontaires tués au cours des combats qui eurent lieu dans l'est de l'Allemagne après la signature de l'armistice de 1918.

Dans un discours vivement applaudi, le propriétaire du château glorifia la mémoire de Kern et Fischer, meurtriers de l'ancien ministre du Reich, Walther Rathenau, lesquels, dit-il, préparèrent l'avenir du III• Reich.

Les manœuvres nocturnes de S. A. badois

Une erreur matérielle a dénaturé le compte rendu paru, hier, dans nos Dernières nouvelles, de manœuvres nocturnes qui ont eu lieu en Bade, à proximité de la frontière française : le nombre des miliciens hitlériens qui y ont participé est de 150 et non de 15.

Hörer des Moskauer Senders empfindliche Strafen. Es hatten sich ein Mann und sein Sohn zu verantworten, die in ihrer Wohnung in Gemeinschaft mit früheren Gesinnungsgenossen Moskauer Rundfunksendungen abgehört hatten. Der Vater erhielt 18 Monate, der Sohn 15 Monate Gefängnis

Die Falle

Mord und „Sühne" in Hitlerdeutschland

en t- t- er n- ie

t- n n d er n n 0 5 n e n

Chemnitz, 12. Juni In Chemnitz ist ein für die Justiz des „dritten Reiches" außerordentlich charakteristischer Prozeß zu Ende gegangen.

Am 2. Oktober 1932 wurde in der Nähe von Linz in Oesterreich die Leiche eines Ermordeten entdeckt. Man stellte fest, daß es sich um einen Bulgaren namens Dimitroff handelte, der Direktor einer Export- und Import-Gesellschaft in Sofia gewesen war. Kurze Zeit danach verhaftete die deutsche Polizei einen gewissen Georg Ernst Schirmer aus München, der gestand, das Verbrechen begangen zu haben. Ueber die Gründe befragt, erklärte er, daß seine Frau, etwa 20 Jahre früher, während ihres Studiums in Leipzig, mit Dimitroff in intimer Verbindung gestanden habe. Um den Mord zu begehen, hatte Schirmer Dimitroff in eine Falle gelockt.

Vor Gericht gab Schirmer an, daß er aus politischen und vaterländischen Gründen gehandelt habe; bevor er sein Opfer tötete, habe er ihm vorgeworfen, daß er deutsche Frauen geschändet habe. Der Präsident des Gerichts verlas Proben von Schirmers dichterischer Produktion, aus denen, erklärte er, „der deutsche heroische Geist spreche". Der Verteidiger plädierte auf Freispruch und berief sich auf die Amnestie vom 31. März 1933, die bei Verbrechen aus nationalpolitischen Gründen angewandt werden müsse.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Politische Attentate in Deutschland

Von Friedrich Wilhelm Heinz

Wir entnehmen den folgenden Beitrag mit Genehmigung des Verlags dem Buche „Deutscher Aufstand — die Revolution des Nachkriegs", herausgegeben von Curt Hotzel (Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Ganzl. 4.80 RM.). Das Buch enthält Selbstdarstellungen der bekanntesten Persönlichkeiten aus dem Kreise der politischen Aktivisten — u. a. Franz Schauwecker, Dr. v. Leers, Major Pabst, Fr. W. Heinz — aus dem Kampf um die Nation, der sich an den Weltkrieg anschloß (Baltikum, Oberschlesien, Spartakus, Separatismus usw.).

Dem deutschen Volkscharakter entspricht der offene Kampf, nicht aber die Vernichtung des Gegners aus dem Hinterhalt. Entschließt sich der Deutsche dennoch dazu, einen Feind durch Anwendung listiger Gewalt aus dem Wege zu räumen, so muß eine furchtbare seelische Erschütterung vorausgegangen sein. Deshalb haben politische Attentate auf deutschem Boden nichts zu tun mit jenen Mordanschlägen südamerikanischer Staaten, wo das Attentat zu den Spielregeln der Politik gehört und diese Politik wiederum im Sichbereichern besteht. Auf deutschem Boden besitzen alle Anschläge, alle Katastrophen und alle Errettungen einen tiefen geschichtlichen Sinn. Denn es ist kein Zufall, ob die Kugel eines Attentäters ihr Ziel erreicht oder vorbeigeht. Wie es auch kein Zufall ist, ob Staatsmänner oder Feldherrn, die sich den Gefahren des politischen Lebens oder des Schlachtfeldes aussetzen, am Leben bleiben oder nicht. Staatsmänner und Feldherrn, die überhaupt verwundbar sind, besitzen niemals — weder auf deutschem Boden — den höchsten Rang, der im wahrsten Sinne des Wortes unverwundbar macht. Friedrich der Große, Bismarck und Wilhelm I., die ihre deutsche Aufgabe zu erfüllen hatten, blieben am Leben, auch wenn Kugeln aus nächster Entfernung auf sie abgefeuert wurden. Der seinem eigenen Ich dienende Wallenstein dagegen erlag den Spießen seiner Mörder, wie auch der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand im Jahre 1914 keine geschichtliche und metaphysische Unversehrbarkeit besaß. Der Staat Habsburg war reif zum Fall, die einzige Persönlichkeit, die ihn noch eine Zeitlang hätte erhalten können, mußte ihm vorausfallen. Adolf Hitler blieb im Weltkrieg und an der Münchner Feldherrnhalle unversehrt. Der Tod Erzbergers und Rathenaus durch das Attentat und das vorzeitige Ende Stresemanns und Eberts durch Krankheit aber nahmen dem Staat von Weimar die wichtigsten Säulen hinweg und beschleunigten den Zusammenbruch.

Es war schon für den deutschen Menschen die ungeheuerliche Tragödie des trotz aller siegreichen Feldzüge verlorenen Weltkrieges und das Erlebnis der Feigheitsrevolution vom November 1918 notwendig, um ihn in jene düstern und gleichzeitig magischen Bezirke hineinzuführen, in denen die seelische Entscheidung zu Attentat und Mordanschlag gefällt wird. Durch die menschenfressenden Materialschlachten des Krieges hatte der Deutsche bereits ein anderes Verhältnis zum Tode gewonnen als etwa der Vorkriegsbürger. Wer selbst tausendmal die tötende Kugel in die Reihen des Gegners entsandt hatte, und wer schonungslos dem Feuer des Feindes ausgeliefert gewesen war, dem hatte sich die Gewißheit erschlossen, daß der Tod zwar nicht die letzte Lösung bedeutete, da es im allerletzten darauf ankommt, die Ursachen und nicht die Symptome eines Zustandes zu vernichten, wohl aber hatte der Deutsche begriffen, daß man entweder eine Entscheidung vertagen oder aber beschleunigen konnte, wenn man den klar erkannten Gegner an der Fortführung seiner schädlichen Maßnahmen verhinderte. Das sicherste Mittel blieb hier selbstverständlich die körperliche Vernichtung. So muß gleich das erste Attentat gegen die Führer der Spartakusbewegung, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, als eine solch erweiterte Kampfhandlung des großen Krieges aufgefaßt werden. Der Staat erwies sich als unfähig, von seinen legalen Machtmitteln gegen illegale Terroristen Gebrauch zu machen, folglich durfte man den Staat nicht fragen, sondern mußte aus eigener Machtvollkommenheit heraus handeln. Dieses Handeln erwies sich als richtig, denn die Tötung der beiden Spartakistenführer nahm dem Bolschewismus auf deutschem Boden die Führung, ehe eine geschlossene rote Kampforganisation dastand. Dies war im Januar 1919. Als zwei Monate später, im März, noch einmal der rote Aufstand in Berlin losbrach, wurde er mühelos niedergeschlagen, weil ihm die Führer fehlten.

Das an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vollzogene Exempel mußte selbstverständliche Schule machen. Allzu niederträchtig vergingen sich gewisse Machthaber der Revolution gegen die ungeschriebenen Gesetze der völkischen und nationalen Ehre. Je mehr sich die breite Masse mit der Verschacherung aller deutschen Lebensgüter abfand, desto fanatischer mußte in den einigen Wenigen der Entschluß aufkeimen, unter Einsatz des eigenen Lebens das schmachbeladene Novembersystem seiner Führer zu berauben. Gelang dieses Vorhaben und wurde die Erfüllungsrepublik durch eine Reihe gelungener Attentate zum Einsturz gebracht, dann war das angewendete Mittel des Attentats gerechtfertigt. Die Attentäter vergaßen allerdings, daß ein kleiner Kreis von Verschwörern wohl dazu fähig sein konnte, einen Staat zu erschüttern, nicht aber ihn neu aufzubauen und ihm eine neue Führung zu stellen.

Zwei Witwen D.M. 23.IV.38

Berlin-(DM) Frau Planetta,die Witwe des gehaengten Dollfuss-Moerders,waehlte in Berlin.Diese historische Tat wird durch den "Voelkischen Beobachter" in einem Bilde festgehalten,auf dem man einen Juengling mit der Hakenkreuzbinde,Frau Planetta ein Diplom ueberreichen sieht.Die Witwe des ermordeten Dollfuss hat nach der Besetzung Wiens durch deutsche Truppen als Fluechtling das Land verlassen muessen.

Racho an Erzberger ueber das Grab hinaus D.INFORMATION 27.V.36

Freiburg i. Breisgau - (DI) Der bereits zu seinen Lebzeiten von den Nationalsozialisten und ihren Mitlaeufern in der unflaetigsten Weise beschimpfte und spaeter erschossene katholische Staatsmann und Republikaner Matthias Erzberger wird jetzt auch noch ueber seinen Tod hinaus verfolgt. An der Mordstelle im Schwarzwald war zur Erinnerung an den Toten eine bescheidene Gedenktafel angebracht worden. Sie musste entfernt werden. Ebenso wurde das Denkmal beseitigt, das im Mutterhaus in Griesbach im badischen Schwarzwald an Erzberger erinnerte. Jetzt hat man ein Verbot an die Haendler mit Reiseandenken erlassen, wonach sie Gedenkmuenzen und andere Artikel, die an Erzberger erinnern, nicht mehr verkaufen duerfen.

Le Temps 27.IV.33

La propagande hitlérienne en Scandinavie

Stockholm, 23 avril.

On signale de Copenhague au journal *Socialdemocraten*, qu'un agent extrémiste allemande, le capitaine Pelugkharttung, expulsé de Suède il y a quelques années et maintenant domicilié à Copenhague, serait parti pour effectuer une tournée de propagande nationale-socialiste d'une semaine dans les pays scandinaves et en Finlande.

En l'honneur des assassins de Rathenau

Notre correspondant particulier de Berlin téléph mardi matin:

M. Goering, grand chef des sections d'assaut, M. Himmler, chef des échelons de protection nationaux-socialistes, ont présidé une commémoration des assassins de Rathenau, ancien ministre des affaires étrangères du Reich : Kern et Fischer.

Cette cérémonie s'est déroulée au cimetière de Falleck, en présence de 5.000 hommes des sections d'assaut et de 400 hommes de l'ancienne brigade Erhardt. Le capitaine Erhardt était également présent.

M. Rœhm a prononcé l'allocution suivante :

Kern et Fischer, votre acte a reçu sa justification dans l'Allemagne aujourd'hui libérée.

Votre esprit est l'esprit de S. S., des soldats noirs de Hitler. C'est nous qui avons recueilli votre héritage et qui l'avons mis en action, nous continuerons à combattre dans votre esprit.

Quant au chef des S. S. Himmler, il déclara :

Nous autres, hommes des sections de protection, nous sommes prêts à tout instant à n'épargner ni notre propre sang ni celui des autres quand il s'agit de la patrie.

Temps 19.7.33

Les "nazis" glorifient la mémoire des assassins de Walter Rathenau

Berlin, 17 juillet. — Sur la tombe des deux assassins de Walter Rathenau, ancien ministre des Affaires étrangères du Reich — Kern et Fischer — dans le petit cimetière de Saaleck, en Thuringe, les chefs de milices hitlériennes : Himmler, commandant les sections de protection S.S., et le capitaine Roehm, commandant les sections d'assaut (S.A.), auxquels s'était adjoint le capitaine Ehrardt, commandant de la fameuse brigade, harmonisée elle aussi avec le régime, sont venus honorer la mémoire des deux meurtriers.

« Kern et Fischer, s'est écrié le capitaine Roehm, votre acte a reçu sa justification dans l'Allemagne aujourd'hui libérée.

« Votre esprit est l'esprit des S.S. des soldats noirs de Hitler. C'est nous qui avons recueilli votre héritage et qui l'avons mis en action, nous continuerons à combattre dans votre esprit. »

Quant au chef des S.S., Himmler, il déclara :

« Nous autres, hommes des sections de protection, nous sommes prêts à tout instant à n'épargner ni notre propre sang ni celui des autres quand il s'agit de la patrie. »

Populaire 19.7.33.

Erzberger-Andenken entfernt.

Mannheim, im Sept. Auf Veranlassung der Behörden wurden unter Mithilfe des SA-Sturms von Oberkirch sämtliche Erzberger-Andenken in der Nähe von Bad Griesbach weggeräumt. Auch die große Gedenktafel aus Marmor, die sich im Keller der Kapelle befand, wurde nach Oberkirch verbracht. 7.Z. 20/9/33

Les assassins d'Erzberger amnistiés

Le service de presse du ministère badois publie le communiqué suivant :

La chambre criminelle du tribunal d'Offenbourg, sur la base de la dernière ordonnance d'amnistie, a décidé de suspendre toutes poursuites contre les personnes qui ont participé à la suppression d'Erzberger.

Ainsi elles pourront, après de longues années, pénétrer à nouveau sur le sol allemand sans être inquiétées.

On se souvient qu'Erzberger a été tué de douze coups de revolver près de Griesbach, dans la forêt noire badoise, le 26 août 1921, par Schulz et Tillessen, tous deux membres de l'organisation « Consul ».

Le Temps 12.IV.33

Commémoration officielle de la mémoire des assassins de Rathenau

La mémoire des lieutenants Kern et Fischer qui, en 1922, abattirent à coups de grenade le ministre israélite Rathenau et périrent au château de Saaleck, en Thuringe, où ils s'étaient réfugiés, vient d'être commémorée solennellement sur leurs tombes.

Un service religieux a été célébré en présence d'un représentant du général Gœring et de nombreux miliciens hitlériens venus avec leurs étendards.

L'ancien capitaine de vaisseau Tillessen, « chef politique et intellectuel de la brigade Erhardt », a fait l'éloge des « deux héros ». A cette occasion, le *Vœlkischer Beobachter* accuse le « juif Rathenau d'avoir voulu l'extermination de la race allemande ».

Temps 1.XI.33.

Goebbels für Ministermord

Ein charakteristischer Brief

DF 7-11-34

Ernst Werner Techow, der seinerzeit an der Ermordung Rathenaus beteiligt war, und dem später von der Republik ein Teil der ihm zudiktierten Zuchthausstrafe erlassen worden ist, veröffentlicht jetzt eine Broschüre „Gemeiner Mörder?", in der er genau das Rathenau-Attentat schildert, seine Vorgeschichte und Ausführung. Diese Broschüre erweist nicht nur, daß die nationalistischen Mörder, damals wie heute, nach dem gleichen Rezept denken und handeln. Techows Selbstschilderung enthält aber vor allem eine wichtige Mitteilung, die erneut unter Beweis stellt, wer von eh und je alle Mordanschläge in der Republik angestiftet, unterstützt und gefördert hat: Techow erhielt damals einen Brief, in dem es unter anderem hieß:

„— und das ist der Grund, warum das nationalistische Lager so absolut uneingeschränkt zu Ihnen hält ... Ihnen aber — das ist mir innerstes Bedürfnis — möchte ich die Hand drücken **und da es mir versagt ist, mich zu Ihrer Tat zu bekennen, mich zu Ihnen und zu Ihren Kameraden stellen als Mensch,** als Deutscher, als junger Aktivist, der an Deutschlands Wiederauferstehung glaubt — trotz allem."

Wer hat diesen Brief geschrieben? Der damalige Berliner Nazi-Gauleiter Dr. Goebbels, heute Minister des „dritten Reiches"! Doch weshalb soll er nicht Mördern die Hand drücken, wo sein Führer die Potempa-Mörder „meine Kameraden" nannte.

Mordbekenntnisse des SS-Führers HIMMLER
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Die Hand der Feme im Ausland

(UZD) Berlin, 1. Januar 3[illegible]

In der Ausgabe des Scherl'schen "TAG" vom 31. Dezember 1933 findet sich eine Neujahrsbotschaft "vom Reichsführer SS Heinrich HIMMLER" abgedruckt, die den sprachlich unmögliche Ueberschrift trägt "Die vordringlichste Aufgabe", und deren entscheidender Passus also lautet:

> "Wir sehen vor uns eine vordringlichste Aufgabe: Sämtliche offenen und geheimen Feinde des Führers, der nationalsozialistischen Bewegung und unserer völkischen Auferstehung zu finden, zu bekämpfen und zu vernichten. Bei diesem Werk sind wir willens, weder eigenes noch fremdes Blut zu schonen, wenn es das Vaterland fordert."

Um "geheime Feinde des Führers" zu "finden", bedarf es eingehender gründlicher Nachforschungen. Die hier ebenso fest wie löblich bekräftigte Absicht auf Mord, hat Herr Himmler, der heute außer der Führung der SS gleic FEME noch die Leitung der politischen Polizeien Bayerns, Württembergs, Baden Hessens, Braunschweigs, Anhalts, Mecklenburgs, Hamburgs, Lübecks und Bremens inn hat, am 16. Juli 1933 am Grabe der Mörder Rathenaus auf dem Kirchhof von Saal eck, wie es der UZD seinerzeit berichtet hat, unter Apostrophierung der Fisch und Kern mit den fast gleichen Worten ausgesprochen: "Wir Ihr (Mörder Rathenau's), sind wir Männer der SS jederzeit bereit, weder eigenes noch fremdes Blut zu schonen, wenn es ums Vaterland geht...". Die neuere Fassung ist aber womöglich noch beweiskräftiger. Der Oesterreichische Bundeskanzler DOLLFUSS gehörte offenbar zu den "offenen Feinden des Führers"; Herr DUCA, der als bisher letztes Opfer fiel, wohl eher zu den "geheimen Feinden". Man hat ihn "gesucht", ihn "gefunden" und ihn "vernichtet".

*

Gute Zeiten für Mörder...

Die Erzberger-Mörder amnestiert

(UZD) Die Mörder Matthias ERZBERGER's, die Herren Heinrich SCHULZ und Heinrich TILLESEN, sind von der Regierung Hitler in Anerkennung der von ihnen geleisteten Dienste amnestiert worden. Tillesen ist übrigens ein Bruder des Hitler'schen SA-Führers Carl Tillesen in Coblenz, wie auch des Viceadmirals der Reichsmarine Werner Tillesen, der als Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte der Nordsee in Wilhelmshaven amtiert.

Herr Mörder Tillesen hatte sich bis vor kurzem, nach längerem Aufenthalt in dem für Mörder gastfreien Lande Ungarn, auf der iberischen Halbinsel herumgetrieben und war unter dem Pseudonym "Hans NAGOLD" sogar Berichterstatter der sonst sehr auf Reputation bedachten "Deutschen Allgemeinen Zeitung" geowrden. In den deutschen Missionen im Ausland, wo sein Vorleben genau bekannt war, ging er unbehindert ein und aus.

Da der heutige Reichsminister des Inneren FRICK, von seiner damaligen Dienststelle, als Leiter der politischen Abteilung in der Polizeidirektion von München, aus den Mördern schon gleich nach der Tat durch Ausstellung von falschen Pässen und durch Hingabe von Barmitteln die Flucht ins Ausland erleichtert hat, war der neueste Gnadenakt nur konsequent.

LIGUE ALLEMANDE POUR LA DÉFENSE DES DROITS DE L'HOMME ET DU CITOYEN
SECTION DE STRASBOURG
(DEUTSCHE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE)

Président:
GUSTAVE H. SUSSIECK
Strasbourg-Kœnigshoffen
11, rue André Ries

Vice-Président:
ALFRED FALK

STRASBOURG, le 7.Februar 193 5
Bas-Rhin

Mein lieber, verehrter Professor Gumbel,

Was sagen Sie nun ? Noske redevivus. Er lebt immer noch, und sicher nicht schlecht mit der fetten Göring-Pension.
Ich glaube, dass Sie diese Notiz aus der "Frankfurter" vom 6.II.35 Reichsausgabe sicher interessieren wird.

Mit herzlicher Begrüssung für Sie und Madame Marielouise Ihr getreuer !

Falk

Eine Zuschrift von Noske.

Der frühere Reichswehrminister Noske schreibt uns mit der Bitte um Richtigstellung folgendes:

„In der 2. Morgenausgabe der „Frankfurter Zeitung" vom 1. Febr. 35 wird über „Aufhebung eines Kriegsgerichtsurteils aus dem Jahre 1919" berichtet. Oberleutnant Marloh habe 29 Gefangene „auf Grund des vom damaligen Reichswehrminister Noske verkündeten Standrechts erschießen" lassen. In dem Bericht der „Frankfurter Zeitung" heißt es: „Marloh, der jetzt Strafanstaltsdirektor in Celle ist, sagte vor dem Kommandanturgericht aus, daß er die Verantwortung für die Erschießung der 29 roten Matrosen habe übernehmen müssen, weil Noske die Verantwortung nicht habe übernehmen wollen." Dazu stelle ich fest: Ich hatte für die Erschießung der 29 Matrosen keine Verantwortung zu übernehmen, weil sie keineswegs durch den von mir erlassenen Befehl gedeckt wurde, der lautete, zu erschießen sei, wer mit den Waffen in der Hand kämpfend angetroffen werde. Die Erschossenen waren nicht kämpfend, mit Waffen in der Hand, festgenommen worden. Ich bin nie als Zeuge über die Matrosen-Erschießung gehört worden. Weiter hat nach dem Gerichtsbericht der „Frankfurter Zeitung" Marloh erklärt, nur auf Grund eines Befehls Noskes habe er den schwersten Entschluß seines Lebens gefaßt, sich dem drohenden Prozeß zu entziehen. Ein solcher Befehl ist von mir nie gegeben worden. Eine eidliche Erklärung darüber von mir muß dem Kommandanturgericht vorgelegen haben.
gez. Noske."

*

Wir geben dieser Erklärung loyalerweise Raum, können aber die Einzelheiten der Sache nicht aus eigener Kenntnis beurteilen.

Die Kindertragödie in Berlin.

Die Mutter stellt sich der Polizei.

Berlin, 5. Febr. Die 24jährige Charlotte Jünemann, die Mutter der bei der Tragödie in Berlin NO ums Leben gekommenen Kinder, hat sich nach tagelangem Umherirren dem zuständigen Polizeirevier gestellt. Sie wurde verhaftet und der Mordkommission übergeben. Die junge Frau, deren Mann wegen Schwachsinns in einer Heilanstalt untergebracht ist, hatte — wie wir berichteten — ihre Kinder in ihrer verschlossenen Kellerwohnung allein zurückgelassen; zwei verhungerten, ein drittes konnte im letzten Augenblick gerettet werden.

Der mandschurische Verkehrsminister erklärte der Presse, daß die Uebergabe der Ostchinesischen Bahn frühestens am 1. Mai erfolgen wird.

noch Angri partei gierun Mini und Sa: Min. verbl Fi nend schen Auffo Der wiesen Adelsf

Tot Mitglie der so schließe werde japanis Auf daß, w union c zwischer noch a die jetzt schwind rung d wichtigs paktes Die ja halten Frage

Osr lage) i chen a das K einem junge hatte.

Nr. 67/68
v. 1935

Als die Männer im Graben lagen.

Roman

von **Käte Kestien.**

(32. Fortsetzung.)

Wir hielten die Köpfe gesenkt, als der Zug an uns vorüberkam. Wir sahen uns nicht an, meine Mutter und ich, denn es war peinlich, so alle Beherrschung verloren zu haben. Wir schlossen uns den letzten Trauergästen an. Wir kamen mit an das offene Grab. Und als geblasen wurde: „Jesus, meine Zuversicht...", da mußte ich an eine andere Beerdigung denken und mußte mich fragen: Wo ist Richard geblieben? Wo Werner? Der Sarg wurde in die Erde gelassen, und meine Gedanken hielten sich an Franz. Ich sah, wie meine Mutter den Blumenstrauß für den toten Soldaten hinlegte, und ich mußte an meinen Vater denken, wie er mir die Decke um die Schultern tat vor seinem Weggehen und wie er mir durch ein paar Worte sein Vertrauen zeigte. Es war schon schwer, die Tränen zurückzuhalten. Die Augen brannten mir, und ich versuchte, sie ein wenig ausruhen zu lassen an der fremden Schlankheit der dunklen Zypressen, die hier an jedem einzelnen Soldatengrab wie stumme Wächter standen. Es waren schon viele Gräber geworden. Ich sah, daß jemand ging und sie zählte.

Den weiten Weg bis an das andere Grab machten wir nun nicht mehr. Wir gingen heim, und wir gingen so langsam, wie unsere Herzen schwer geworden waren. Frauen saßen an den Fenstern und vor den Türen. Sie wärmten sich in der späten Sonne des Jahres. Sie saßen allein und achteten auf ihre Kinder. Sie saßen auch in Gruppen und sprachen miteinander. Sie sprachen alle leise. Sie sprachen von ihren zerbrochenen Existenzen und von den verschütteten Grundlagen zu einem bescheidenen Lebensglück. Sie sprachen, weil sie einsam waren oder weil sie Rat brauchten. Und ich dachte: War es erst an diesem Nachmittag, da wir durch blühende Gärten gingen und an das Stück Erde dachten, das uns die Grundlage für unsere Zukunft abgeben sollte? Sagte meine Mutter nicht an diesem Nachmittag: „Wenn der Krieg nun erst zu Ende ist und Franz ist wieder da — — —?"

*

Schnell kam der Winter. Ich sagte schon, daß meine Mutter auch manchmal die Nacht wegblieb, wenn sie auf den Hof ging. Es brachte dann doch immer ein Stück Brot mehr und auch Kartoffeln, die uns immer sehr fehlten. Doch wenn sie sehr spät kam, war es jedesmal eine Angst für mich, sie so allein auf der einsamen Chaussee zu wissen. Einmal wurde

Aufhebung eines Kriegsgerichtsurteils aus dem Jahre 1919.

✠ **Berlin**, 31. Jan. Das Kommandanturgericht Frankfurt a. d. Oder hat in einem in Berlin durchgeführten Wiederaufnahmeverfahren den 41jährigen Oberleutnant a. D. Otto Marloh von dem Vorwurf der unerlaubten Entfernung aus dem Heeresdienst und der Urkundenfälschung freigesprochen, wegen dessen er im Dezember 1919 vom Kriegsgericht zu drei Monaten Festung verurteilt worden war.

Marloh hatte im März 1919 400 Angehörige der roten Volksmarinedivision aus einem Lokal in der französischen Straße in Berlin verjagt und dabei eine größere Anzahl Gefangener gemacht. 29 von ihnen ließ er auf Grund des vom damaligen Reichswehrminister Noske verkündeten Standrechts erschießen. Marloh sollte deswegen vor ein Kriegsgericht gestellt werden, er verließ aber am 1. Juni 1919 Berlin mit falschen Ausweispapieren. Am 1. September 1919 wurde er in Leipzig festgenommen und vor ein Kriegsgericht gestellt, das ihn von der Anklage des Totschlags freisprach und zu der oben erwähnten Strafe verurteilte.

Marloh, der jetzt Strafanstaltsdirektor in Celle ist, sagte vor dem Kommandanturgericht aus, daß er die Verantwortung für die Erschießung der 29 roten Matrosen habe übernehmen müssen, weil Noske die Verantwortung nicht habe übernehmen wollen, obwohl die Erschießung sich auf dessen Befehl gestützt habe. Sein unmittelbarer Vorgesetzter, ein inzwischen verstorbener Hauptmann von Kessel, habe ihm seine bevorstehende Verhaftung mitgeteilt, dabei aber klipp und klar erklärt, daß Reichswehrministerium wünsche unbedingt, daß ein Prozeß verhindert würde. Die Situation wäre so, daß die Spartakisten einen Prozeß wegen der Erschießung der Matrosen als Vorwand benutzen würden, um einen neuen großen Aufstand in Berlin zu entfesseln. Es ständen nicht genügend Freikorpstruppen zur Verfügung, um einen solchen Aufruhr niederzuwerfen. Die Regierung befehle daher, daß er sich dem Prozeß entziehe, und stelle ihm die falschen Ausweispapiere zur Verfügung. Nur auf Grund dieses Befehls Noskes habe er den schwersten Entschluß seines Lebens im vaterländischen Interesse gefaßt.

Entsprechend dem Antrage des Heeresanwalts hob das Kommandanturgericht das Kriegsgerichtsurteil vom Jahre 1919 auf. Der Vorsitzende betonte in der Urteilsbegründung, es stehe fest, daß Noske seiner Umgebung gegenüber geäußert habe, er halte eine öffentliche Erörterung der Erschießung in einem Gerichtsverfahren für unerwünscht. Wenn der Angeklagte davon ausgegangen sei, daß ein ausdrücklicher Befehl seines obersten Vorgesetzten vorgelegen habe, könne ihm keinerlei Vorsatz im Sinne der Bestimmungen über die unerlaubte Entfernung aus dem Heeresdienst nachgewiesen werden.

1-2-35 Frankfurter Ztg

Frkft Ztg 6-2-35

Eine Zuschrift von Noske.

Der frühere Reichswehrminister Noske schreibt uns mit der Bitte um Richtigstellung folgendes:

„In der 2. Morgenausgabe der „Frankfurter Zeitung" vom 1. Febr. 35 wird über „Aufhebung eines Kriegsgerichtsurteils aus dem Jahre 1919" berichtet. Oberleutnant Marloh habe 29 Gefangene „auf Grund des vom damaligen Reichswehrminister Noske verkündeten Standrechts erschießen" lassen. In dem Bericht der „Frankfurter Zeitung" heißt es: „Marloh, der jetzt Strafanstaltsdirektor in Celle ist, sagte vor dem Kommandanturgericht aus, daß er die Verantwortung für die Erschießung der 29 roten Matrosen habe übernehmen müssen, weil Noske die Verantwortung nicht habe übernehmen wollen." Dazu stelle ich fest: Ich hatte für die Erschießung der 29 Matrosen keine Verantwortung zu übernehmen, weil sie keineswegs durch den von mir erlassenen Befehl gedeckt wurde, der lautete, zu erschießen sei, wer mit den Waffen in der Hand kämpfend angetroffen werde. Die Erschossenen waren nicht kämpfend, mit Waffen in der Hand, festgenommen worden. Ich bin nie als Zeuge über die Matrosen-Erschießung gehört worden. Weiter hat nach dem Gerichtsbericht der „Frankfurter Zeitung" Marloh erklärt, nur auf Grund eines Befehls Noskes habe er den schwersten Entschluß seines Lebens gefaßt, sich dem drohenden Prozeß zu entziehen. Ein solcher Befehl ist von mir nie gegeben worden. Eine eidliche Erklärung darüber von mir muß dem Kommandanturgericht vorgelegen haben.

gez. Noske."

*

Wir geben dieser Erklärung lokalerweise Raum, können aber die Einzelheiten der Sache nicht aus eigener Kenntnis beurteilen.

Service de Presse Indépendant
Unabhängiger Zeitungs-Dienst (UZD)

3. Jahrgang
Nummer 24
Vierte Februar-Ausgabe
22 - 2 - 1935

Herausgeber:
Berthold JACOB

REDAKTION
16 Chemin Martin
Strasbourg-Neudorf
(Bas-Rhin)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Chèques Postaux: Cte No 232.38 Strasbourg / Le Gérant: Frédéric HECKER

An unsere Bezieher!

Wir bitten höflichst, den fälligen Bezugspreis für ***Februar 1935****, auf das PostscheckKonto* ***Nr. 232.38*** *(Jacob) überweisen zu wollen.* **UZD**

NEUE ANLEIHE-KONVERSIONEN?

(UZD) Berlin, 18. Februar.

Der Erfolg der Konversion der Pfandbriefe war selbst für die Fachkreise so überraschend, dass man sofort in Erwägung darüber eingetreten ist, nun auch die Kommunal-Anleihen zu konvertieren. In der Reichsbank finden bereits Beratungen über den Termin statt. Man geht dabei von dem Gedanken aus, dass die Konvertierung der Kommunal-Anleihen sich möglichst schnell an die der Pfandbriefe anzuschliessen hätte, weil in einiger Zeit das Absinken der konvertierten Pfandbriefe, das man an der Börse erwartet, einen ungünstigen psychologischen Eindruck machen werde.

***

DER ÜBERFLÜSSIGE REICHS-WERBERAT

(UZD) Berlin, 18. Februar.

Die Beschwerden der Industrie und des Handels über die Tätigkeit des Werberates haben sich in der letzten Zeit beim Reichswirtschaftsministerium so gehäuft, dass Verhandlungen mit dem Reichspropaganda-Ministerium wegen einer Einschränkung der Befugnisse des Reichs-Werberats eingeleitet wurden.

Da auch die finanziellen Ergebnisse der Tätigkeit des Reichswerberats durchaus nicht die Erwartungen erfüllen, die das Propagandaministerium sich gemacht hat, wird allgemein angenommen, dass der Reichswerberat, wenn schon nicht gänzlich beseitigt, so doch künftighin in seinen Befugnissen erheblich eingeschränkt werden wird, sodass er praktisch nur dem Namen nach weiter existieren würde.

Schon jetzt gibt man im Reichswirtschaftsministerium grossen Firmen sehr häufig den Rat, sich um die Bestimmungen des Reichswerberats nicht zu kümmern.

***

VON DER BERLINER TRIUMPH-STRASSE UND DEN LOHNSENKUNGEN

(UZD) Berlin, 18. Februar.

Seit etwa einem Jahre wurde im Städtischen Tiefbau-Amt der Stadt Berlin an der Planung der sogenannten «via triumphalis» gearbeitet. Eine Prachtstrasse sollte Berlin von Norden nach Süden durchschneiden; sie war als Verlängerung der Siegesallee nach beiden Richtungen hin gedacht. Zugleich sollte sie den Anschluss an die grossen Autostrassen darstellen, die im Ring um Berlin herumführen werden.

Für die Errichtung dieser Prachtstrasse hatte der «Führer» dem Oberbürgermeister einen Reichszuschuss von 60 Millionen RM im Jahre 1934 zugesagt. Die Summe ist bisher jedoch nicht zur Auszahlung gelangt.

Eine diesbezügliche Anfrage des Berliner Oberbürgermeisters beim Staatssekretär der Reichskanzlei wurde abschlägig beschieden. Vorläufig wird also vom Bau der via triumphalis nicht mehr die Rede sein.

Berlin kann aus eigenen Mitteln den Bau nicht durchführen. Trotz aller Versuche, den Etat auszubalancieren, trotz der Erhöhung der Bürgersteuern etc. weist der Etat für 1935 noch immer ein Defizit von 150 Millionen RM auf. Der Magistrat hat deshalb den Pensionären der Stadt Berlin bereits mitgeteilt, dass sie sich spätestens zum 1. Juli 1935 auf eine Senkung der Pensionssätze gefasst machen müssen.

In den Kreisen der städtischen Beamten wird auch eine Gehaltssenkung erwartet, möglicherweise schon für den Termin des 1. April. Für die städtischen Arbeiter wird die Lohnsenkung in einer sehr interessanten Weise bereits jetzt durchgeführt. Bisher hatte man die Tarife nicht gekürzt, aber dafür die 40-Stunden-Woche fast überall durchgeführt. Jetzt soll nun die 46- oder sogar die 48-Stundenwoche wieder hergestellt werden, aber die Arbeiter sollen dieselben Löhne wie bei der 40-Stunden-Woche behalten. Das würde also eine 15-20%ige Lohnsenkung bedeuten.

Diese Methode ist darum so bedeutungsvoll, weil sie vermutlich binnen kurzem allgemein im Reich in Anwendung kommen wird, um so die Möglichkeit bestehen zu lassen, nach aussen hin die Aufrechterhaltung der Lohntarife statistisch zu «beweisen».

***

ZUR NATUR-GESCHICHTE EINER MORDTAT.

(UZD) Wir hatten am 8. Januar die von der «Frankfurter Zeitung» (Nr. 67/68 vom 6. Februar 1935) abgedruckte Erklärung des ehemaligen Reichswehrministers, des Sozialdemokraten Gustav NOSKE, kommentiert, der zu der Begründung des im Wiederaufnahmeverfahrens erfolgten Freispruchs des früheren Oberleutnants und jetzigen Zuchthausdirektors MARLOH behauptet hatte, er habe nur befohlen, dass zu erschiessen sei, wer mit den Waffen in der Hand, kämpfend angetroffen werde und trage darum keine Verantwortung für die durch Marloh angeordnete Erschiessung der 29 Matrosen am 11. März 1919 in der Französischen Strasse zu Berlin.

Wir hatten hierzu sofort bemerkt, dass Noske's Ausrede nicht Stich halte. Heute können wir nachweisen, dass sie erlogen war.

Am 7. März 1919 wurde die republikanische «Volksmarine-Division» durch Erlass des provisorischen Reichspräsidenten EBERT, gegengezeichnet durch den Reichswehrminister NOSKE, aufgelöst; der Erlass drohte gleichzeitig jedem Angehörigen der aufgelösten Truppe, der künftig mit der Waffe in der Hand betroffen würde, «Behandlung nach Kriegsrecht» an. Am 9. März 1919 wurde der Belagerungszustand verhängt; amtlich wurde mitgeteilt, dass in Berlin-Lichtenberg 60 Schutzmänner von Spartakisten ermordet worden wären. Die Mitteilung war frei erfunden; es war nicht einem Schutzmann ein Leid geschehen.

Den Belagerungszustand übte als neuernannter «Oberbefehlshaber in den Marken» der Reichswehrminister Noske aus. Sein Unterbefehlshaber, General Von Lüttwitz proklamierte am 10. März:

«Alle Angehörigen der Volksmarinedivision, die in neubesetzten Stadtteilen angetroffen werden, sind zu entwaffnen und, wenn sie sich wehren, niederzumachen, sonst festzunehmen.»

Für den 11. März wurden die Angehörigen der aufgelösten Volksmarinedivision amtlich nach dem Gebäude Französische 32, einem Annex der Stadtkommandantur berufen, wo im Kassenraum die restliche Löhnung ausgezahlt werden würde.

Diese Einladung war eine Falle. Die Französische Strasse lag innerhalb des Gebiets der «neubesetzten Stadtteile». Vor der für den Beginn des Löhnungsappells festgesetzten Zeit war das Grundstück durch eine Abteilung der Freiwilligen-Brigade REINHARD besetzt. Führer: der im Kriege mehrfach schwerverwundete — Verlust des rechten Arms; schwerer Kopfschuss — und an den Folgen der Verletzungen noch leidende Oberleutnant Otto MARLOH; mit ihm 60 Mannschaften und zwei Maschinengewehre. Zweck des Unternehmens: *«bei dieser Gelegenheit möglichst viele Mitglieder der Volksmarinerdivision zu verhaften.»* (Brigadebefehl vom 10. März 1920.)

Marloh hat, wie später sein Schwiegervater, Pfarrer RUMP, an seiner Statt im Prozess vor dem Kriegsgericht aussagt, den ausdrücklichen Befehl erhalten, «Widerspenstige sofort zu erschiessen». Er konnte keinen Zweifel an dem Charakter des Unternehmens haben, denn er hatte selbst zwei in Zivil gesteckte Soldaten vor das Gebäude gestellt, die die Aufgabe hatten, die ankommenden Matrosen anzurufen und ihnen Eile zu empfehlen, denn oben wird schon ausgezahlt. . .»

Als Marloh 150 Matrosen festgenommen hatte, wurde er unruhig und bat telephonisch bei Oberst Reinhard um Verstärkung; sie kam nicht. Er wiederholt die Forderung, als er 300 Matrosen zu bewachen hat, von deren Ueberzahl er fürchtet, dass sie den Spiess umkehren könnten.

Nach seiner ersten Bitte um Verstärkung lässt Oberst Reinhard zurückfragen: *«Sind von den festgenommenen Matrosen schon Leute erschossen worden?»* Der Leutnant Schroeter antwortet: «So viel ich weiss, nicht.» Oberst Reinhard entgegnet: *«Gehen Sie zu Marloh und machen Sie ihn auf dem bekannten Befehl Noskes aufmerksam. Sagen Sie ihm, dass er rücksichtslos durchgreifen und, falls nötig, sofort von der Waffe Gebrauch machen solle.»*

Auf spätere Verstärkungsforderungen Marloh's liess Reinhard nacheinander folgende Antworten erteilen:

«Marloh soll rechtzeitig und ausgiebig von der Waffe Gebrauch machen.»

«Eigentlich gehört die ganze Gesellschaft an die Wand.»

«Sagen Sie Marloh, es könne länger dauern, bis er Unterstützung gegen die Matrosen bekommt; die beste Unterstützung sei die Kugel.»

«Wenn es soweit ist, soll er sofort dazwischenschiessen und Ordnung schaffen.»

«Mit Schlappheit ist hier nicht weiterzukommen.»

«Wo soll ich denn mit der ganzen Gesellschaft bleiben? Die Gefängnisse sind überfüllt.»

Schliesslich befahl Reinhard dem Leutnant Wehmeyer.

«Nehmen Sie sich ein Auto, fahren Sie los und bestellen Sie Marloh, Oberst Reinhard sei sehr wütend, weil Marloh gegen die dreihundert Gefangenen offenbar nicht energisch genug vorgeht; er soll im ausgiebigsten Mass von der Waffe Gebrauch machen, und wenn er hundertfünfzig Mann erschösse: Alles, was er irgendwie erschiessen könne, solle er erschiessen.»

Nach solchen unzweideutigen Blutbefehlen glaubt Marloh, seine «Pflicht» tun zu müssen. Er lässt aus der Zahl der 300 Gefangenen dreissig Mann, die er sich vorher als «schlechte Elemente», ihm an besserer Kleidung, Schmucksachen etc. kenntlich, herausgesucht hat, in den Hof führen und durch acht Gewehre zusammenschiessen. Ein Matrose überlebt den Dezimierungsprozess; er wird, nur durch Streifschuss verletzt, dem Oberst Reinhard vorgeführt, der zunächst bestimmt: «Dann müssen Sie auch noch erschossen werden», den Mann aber danach doch ins Gefängnis verbringen lässt.

Marlohs Dienstbericht über den Vorfall wird durch Reinhards Organe als «stilistisch unmöglich» angehalten; auch ein zweiter findet keine Gnade. Den dritten diktiert der Staatsanwalt WEISMANN kurz darauf Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit, danach Staatssekretär im Preussischen Staatsministerium, schliesslich trotz so bedeutender Verdienste um die «nationale Bewegung» von Hitler geächtet.

Einem andern Staatsanwalt Zumbroich, der bei der Erteilung des letzten, entscheidenden, Befehls an Marloh zugegen war, wird vom — sozialdemokratischen — berliner Polizeipräsidenten Eugen Ernst die Genehmigung zur Aussage vor Gericht versagt.

Als, nach Zeitungslärm, im Mai 1919 schliesslich Haftbefehl gegen Marloh erlassen wurde, nachdem er sich geweigert hatte, den Paragraphen 51 des Reichsstrafgesetzbuchs vor Gericht für sich in Anspruch zu nehmen («krankhafte Störung der Geistestätigkeit, durch welche die freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist . . .»), erhielt er durch seine Vorgesetzten falsche Ausweispapiere auf den fingierten Namen eines Hauptmann Moergner, darunter den mit dem Namenszug «Noske» versehenen Truppenausweis, eine Fahrkarte I. Klasse nach Meersburg am Bodensee und einen Geldbetrag von 5.000 Mark fürs Erste. Nach Meersburg wurden ihm zwei mal je 5000 Mark nachgesandt. Durch Zufall in Leipzig verhaftet, wird Marloh am 9. Dezember 1919 vor das Feldkriegsgericht der 30. Reichswehrbrigade gestellt. Oberst Reinhard bekennt sich als Zeuge zu seinem Brigadebefehl vom 10. März 1919, in dem er als Zweck der Unternehmung die Festnahme von möglichst vielen Angehörigen der Volksmarinedivision präzisiert und auf den «Löhnungsappell» hinweist; danach erklärt er, ohne auf den Widerspruch festgelegt zu werden, er hätte andere Befehle gegeben, wenn er den wahren Zweck der Matrosen-Versammlung in der Französischen Strasse, nämlich den Löhnungsappell, gekannt haben würde.

Staatsanwalt Weismann erklärt, ebenfalls unter Zeugeneid, dass «eine hervorragende Persönlichkeit» (nämlich Noske) das Verschwinden Marlohs und die Verjährung des Strafverfahrens gewünscht habe und gibt deswegen seinen Versuch, den Tatbestand zu verdunkeln ruhig zu.

Der — sozialdemokratische — Stadtkommandant von Berlin, Klawunde, sagte als Zeuge aus, dass er dem Reichswehrminister Noske, dem Oberkommandierenden in den Marken, Meldung über die Erschiessung der 29 Matrosen erstattet und dass Noske, der ihn ruhig angehört, zu dieser Meldung nichts zu bemerken gehabt habe.

In der Verhandlung gab es ein von Marlohs Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach, veranlasstes Verhör des Angeklagten, das sich nach dem Stenogramm des Verteidigers folgendermassen abspielte:

Rechtsanwalt Grünspach: Nach dem Noske-Erlass, der ja auch den gemeinen Soldaten zum Richter über Leben und Tod machte, hätte der Angeklagte die Leute, bei denen er Waffen fand, ohne Weiteres erschiessen lassen dürfen. Ich bitte, dem Angeklagten die Frage vorzulegen, warum er das nicht getan hat.

Marloh: Ich habe das nicht getan, weil es allgemeine Befehle von Noske waren, die mich nicht verpflichteten. Ich wollte die Leute nach Moabit bringen und meinem Vorgesetzten, Oberst Reinhard, vorführen und ihn entscheiden lassen.

Vorsitzender: Haben Sie die Leute zu Anfang deshlb nicht erschiessen lassen, weil Sie befürchten mussten, dass die späteren Ankömmlinge durch das Knallen der Schüsse abgeschreckt worden und nicht in die Falle gegangen wären?

Marloh: Das war kein Grund für mich. Wenn ich die Leute hätte töten wollen, so hätte ich sie ja geräuschlos durch Abschneiden der Kehle erledigen lassen können.

Vorsitzender: Ein solches Verfahren war doch bisher dienstlich nicht üblich.

Marloh (bestimmt): Ein solches Verfahren ist dienstlich angewendet worden.

Rechtsanwalt Grünspach: Wir glauben nicht, dass das Gericht Wert darauf legt, diese Vorgänge zu erörtern. Sollten die Angaben Marloh's bezweifelt werden, so könnte die Verteidigung in die Lage kommen, Beweise für die Richtigkeit dieser Angaben anzubieten.

Das Feldgericht der 30. Reichswehrbrigade sprach Marloh von der Anklage des Totschlags frei und verurteilte ihn wegen Gebrauchs gefälschter Papiere. Die Fälscher, also Noske, der den Truppenausweis, Hauptmann Von Kessel, der den Kriegsstammrollenauszug, und Geheimrat Ottmar Strauss vom Staatskommissariat für Oeffentliche Sicherheit, der den falschen Reisepass unterschrieben hatte, wurden nicht behelligt — und wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe.

Da erwiesen werden konnte, dass Noske die Entfernung von der Truppe veranlasst hatte; wurde der im geräuschlosen Abschneiden der Kehlen dienstlich erfahrene Oberleutnant mit vollem Recht zum Zuchthaus-Direktor bestellt und jetzt von aller Schuld freigesprochen.

Die Terrorjustiz.

Berlin,3.8.(INPRESS): Das Berliner Kammergericht verurteilte fuenf Arbeiter aus Demmin in Pommern zu Gefaengnis- und Zuchthausstrafen von acht Monaten bis zu zwei Jahren.

Darmstadt,3.8.(INPRESS): Ein Arbeiter aus Darmstadt, der ueber den 30.Juni "unwahre Behauptungen" aufgestellt hatte, wurde zu einem Jahr Gefaengnis verurteilt, ein Arbeiter aus [illegible] Urberach wegen "Beleidigung Hitlers" zu zehn Monaten Gefaengnis, ein juedischer Kaufmann aus Hausenstamm, der den Zusammenbruch seines Geschaeftes dem Judenboykott zugeschrieben hatte, zu 7 Monaten und ein Einwohner aus Grosszimmern wegen "Herabsetzung des Ansehens der Reichsregierung" zu drei Monaten Gefaengnis.

Karlsruhe,3.8.(INPRESS): Das badische Sondergericht verurteilte einen Arbeiter aus Loerrach, der aus Anlass des Grubenungluecks inBuggingen "ueber die Reichsregierung geschimpft hatte", zu acht Monaten Gefaengnis und einen 50jaehrigen Einwohner aus Kleinkrotzenbach zu vier Monaten Gefaengnis, "weil er ueber die deutschen Konzentrationslager luegnerische Auslandsberichte" verbreitet hatte.

Karlsruhe,3.8.(INPRESS): In Kitzingen wurde ein Baeckermeister, der seinem Gesellen wegen Teilnahme an einem Aufmarsch der Hitlerjugend gekuendigt hatte, in "Schutzhaft" genommen.

Dr. Jorns Anklaeger im "Volksgericht".

Berlin,3.8.(INPRESS): Der Praesident des "Volksgerichts", Dr. Rehn, wehrt sich in einem Interview, das der 'Voelkische Beobachter' veroeffentlicht, gegen "die hetzerische Presse des Auslandes", die behauptet habe, "dass mit dem Volksgerichtshof ein 'Revolutionstribunal' oder 'Standgericht' geschaffen worden waere'. Rehn betont, dass es bei den Mitgliedern des Volksgerichtshofes, die dem Richterstand nicht angehoeren, sich um "fachkundige Maenner" handelt. Diese "Fachkunde" besteht nach den Bestimmungen des Volksgerichts-Gesetzes bekanntlich darin, dass die Mitglieder des Blutgerichts "in der Abwehr staatsfeindlicher Elemente" Erfahrung besitzen muessen.

Was von der Praxis dieses Volksgerichts zu halten ist, geht auch daraus hervor,dass die Hitlerregierung Dr.Jorns zum erst Anklagevertreter gemacht hat. Es ist der beruechtigte Dr.Jorns, der, was in mehreren Prozessen einwandfrei festgestellt wurde, Moerder begunstigte und zwar die Moerder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

-5-

4.I.34.

Die deutschen Mordbrenner

(*Fortsetzung von S. 1*)

	TAT	HEUTE
Hauptmann PABST, Stabschef der Garde-Kavallerie Schützendivision, später Organisator der österreichischen Heimwehren	*Mord Liebknecht-Luxemburg.*	SS Gruppenführer.
CANARIS	*Mord Liebknecht-Luxemburg. Marinenputsch* 1923. *Heeresgutschiebungen.*	Admiral in der Reichsmarine.
Manfred von KILLINGER	*Mord Erzberger. Waffentransporte Irland* 1921.	Minister-präsident von Sachsen. SA Obergruppenführer.
Carl TILLESEN	*Mord Liebknecht-Luxemburg.*	SA Obergruppenführer.
Heinrich TILLESEN	*Mord Liebknecht-Luxemburg. Mord Erzberger* (ins *Ausland entkommen*).	Von Hitler nach Deutschland zurückgeholt.
EHRHARDT, Führer der Marinebrigade.	*Kapputsch* 1920. *U. a. erstes Eisenbahnattentat auf den Bahnhof Frankfurt a. Main. Führer der O. C.* (*Organisation Consul*), *der Mörderzentrale.*	Leiter der Zelle G. (Feme) der SS.
VON FICHTE.	*Mitglied der O. C., der Mörderzentrale.*	
KLINTZSCH	*Mitglied der O. C., der Mörderzentrale.*	
Hardmuth PLAASS	*Mitglied der O. C., der Mörderzentrale.*	Sämtlich SA und SS Gruppenfhrer.
LIEDIG.	*Mitglied der O. C., der Mörderzentrale.*	
LIEDER.	*Mitglied der O. C., der Mörderzentrale.*	
Admiral v. Lewetzow	*Kapputsch. Beteiligt an Gefangenenmisshandlungen März* 1933.	Polizeipräsident Berlin.
STENNES	*Fememord Buchholtz. Hitleropposition.*	Konzentrationslager.
FRICK.	*Als Oberamtmann, München: Passfälschungen und Beseitigung von Akten zur Begünstigung der Erzbermörder und vieler anderer Verbrechen. Verleitung zum Meineid.*	Reichsinnenminister.
Heinrich SCHULZ.	*Mord an Erzberger* (ins *Ausland entkommen*)	Von Hitler ins Dritte Reich zurückgeholt.
Paul SCHULZ.	*Vielfacher Fememörder.*	Zelle G. (Feme) im Stabe der SS.
Fr.-W. HEINZ.	*Mitgl. der O. C., genannt der „Knackchef". Planung und Mordeversuche an: Rathenau, Scheidemann, Theodor Wolff, Bankier Warburg.*	SS Gruppenführer.
VON PAPEN.	*Sabotageakte in U. S. A.*	Vizekanzler.
JAHNKE.	*Papens Sabotagechef, später Ruhrsabotage.*	NSDAP Abgeordneter
Heinz HAUENSTEIN	*2 bis 300 Mord in Oberschlesien, seit Beginn*	SS Gruppenführer.
Pfeffer v. SALOMON.	*SA Oberführer.*	Obergruppenführer.
HEINES.	*Fememorde.*	Polizeipräsident Breslau.
STAEHLE.	*Bereitstellung der Waffen für Rossbach (Baltikum).*	Reichswehrmajor.
HELLDORF.	*Judenpogrom am Kurfürstendamm.*	Polizeipräsident Potsdam.

Zu dem Kreis der direkten Nutzniesser der Taten dieser Männer gehören: *Hugenberg* und *Class*, ferner *Bang*, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, *von Lüning*, Oberpräsident der Rheinprovinz, die Industriellen *Vögler* und *Wiskott*. Die grösste Unternehmung sollte der Class-Putsch 1926 werden, in den auch Hindenburg eingeweiht war. Einer der Verschwörer trat von der Absicht zurück, als er merkte, auf welches Pulverfass hingesteuert wurde, und machte der preussischen Polizei Mitteilung. Aus Rache dafür verwickelte ihn der *Oberreichsanwalt Werner* in ein Landesverratsverfahren und hielt ihn monatelang in Haft.

Damit schliesst sich der Ring von der Feme zum Reichsgericht. Wie der deutsche Mörderkreis selbst über dieses höchste Gericht des Landes denkt, darüber gibt die Broschüre zwei Zitate:

„Auf einer Kontrollversammlung im Kreise Niederbarnim bei Berlin hält der Referent des Wehrkreises III, *Hauptmann Fromm*, vor den Führern der Wehrverbände und des Landbundes eine Ansprache, in der er sagt:

„Die Leute haben ihren Eid der Reichswehr geleistet .., wer plaudert, verfällt der Feme oder wird mit staatlichen Mitteln erledigt. Schon viele Personen sind wegen Landesverrat hinter verschlossenen Türen abgeurteilt worden."

Damit ist von massgebender Reichswehrstelle der Zusammenhang zwischen Feme und Reichsgericht dargetan worden. Die Aeusserung ist in einer Denkschrift des Jungdeutschen Mahraun belegt. Am 6. November 1933, dem 32. Tag des Prozesses Van der Lubbe, hat übrigens der als Zeuge erschienene Fememörder und Polizeipräsident Heines unter seinem Eide erklärt, dass er früher gezwungen war, „Verräter" selbst „dahin zu expedieren, wohin sie gehören, dass aber jetzt das Reichsgericht wieder funktioniere . .!"

Der vierte Strafsenat hat dieses Mal noch besser gearbeitet als in früheren Verfahren bei Landesverratsprozessen hinter verschlossenen Türen. Diesmal war die Oeffentlichkeit hergestellt. Ja sogar die Weltöffentlichkeit. Und trotzdem ist es gelungen, den Prozess *unter völligem Abschluss gegen die Wahrheit* so zu führen, dass der Kreis der Täter nicht nur unbehelligt bleiben, sondern sogar seine Zeugen unter Eid in den Gerichtssaal senden konnte.

Auch nach der Machtergreifung durch die Hitlerbande hat die Mörderkolonne der Zelle G=O.C. weitergearbeitet. Zuerst wurde der Hellseher Hanussen umgebracht, der Astrologe Hitlers und seiner Grossen, die sich schon dadurch blossgestellt fühlten, dass er, der Jude mit dem bürgerlichen Namen Hersch Steinschneider, der Vertraute ihrer Intimitäten im Aufstieg gewesen war.

Es folgte Dr. Bell, aussenpolitischer Vertrauensmann und Unterhändler mit den nichtdeutschen Geldgebern. Bell kannte die englischen und französischen Geldgeber. Im Prozess der Tscherwonzenfälscher hatte er einen Zusammenstoss mit dem als Zeugen geladenen Ehrhardt, in dessen Verlauf er deutliche Anspielungen darauf machte, dass das Geld des Petroleumindustriellen Deterding zu General Hoffmann, Kapitän Ehrhardt und Hitler geflossen war. Auch dieser Mitwisser musste sterben.

Dann kamen Gegner der Bande an die Reihe: als erster Professor Theodor Lessing, ermordet in der Tschechoslowakei, als geistiger Typus verhasst.

Nun kommt der erste Mord von internationaler Wirkung an Duca. Eine typ von ablenkender Bombe und tötlichem Browning. Ob das Zentrum G inzwischen von München verlegt worden ist, etwa nach Innsbruck, wofür manches spricht, könnte nur eine internationale kriminalistische Untersuchung ergeben.

Schon aber ist das nächste Opfer bezeichnet: Die „Kreuzzeitung" schreibt, dass man sobald als möglich dem tschechoslowakischen Aussenminister Benesch das Genick brechen müsse. Die Arbeit, und natürlich nur die geistige dabei, wird zwar Italien zugeschoben. Aber nachdem das deutsche Inland nun so oft, von Erzberger und Rathenau an, erfahren hat, wie solche politischen Erledigungen gemeint sind und auch verstanden werden, möge sich nun, nach dieser Tat und dieser Drohung, auch das Ausland vor den deutschen Mördern in acht nehmen.

Die deutschen Mordbrenner

IN HOHEN AEMTERN

Die Prozessführung in Leipzig hatte zwei Aufgaben. Die erste, einen Zusammenhang zwischen der Tat und an ihr unbeteiligten Personen kommunistischer Gesinnung zu konstruieren, ist ihr nicht gelungen.

Gelungen ist ihr dagegen die zweite Aufgabe, an der einmütig Gerichtshof, Ankläger, Verteidiger, Presse, Publikum und sogar der einzig schuldige Angeklagte mitwirkten, nämlich die Tat zu verschleiern, zu verwischen.

Die Schuldigen zu überführen, wäre selbstverständlich nur in einem wirklichen Gerichtsverfahren möglich, ist also unter den heutigen deutschen Verhältnissen ausgeschlossen. Aber es ist durchaus möglich, den Kreis der Personen in Deutschland festzustellen, der zur Erreichung politischer Zwecke seit Jahren vor keinem Verbrechen zurückschreckt.

Das bekannte Buch von Gumbel *„Verräter verfallen der Feme"* gibt eine detaillierte Darstellung der Einzeltaten und Einzeltäter.

Nunmehr, noch während des Leipziger Prozesses, ist unter dem Titel *„Wer?"* von der Ortsgruppe Strasbourg der Deutschen Liga für Menschenrechte eine knappe Broschüre „Aus dem Arsenal der Reichstagsbrandstifter" (Verlag: Service de Presse Indépendant, Strasbourg, 182, Route de Mittelhausbergen) erschienen, die eine Zusammenfassung aller politischen Verbrechen in Deutschland, die gegen die Republik gerichtet waren, bringt, unter starker Herausarbeitung des jedesmaligen besonderen politischen Zweckes. Der Kreis der Mörder, der Kreis der Nutzniesser dieser Taten, vom Mord an Liebknecht Luxemburg bis zum ersten Reichstagsattentat am 4. April 1929, wird in ihr dargestellt.

Auf 32 Seiten finden sich u. a. die folgenden Namen: (Wir geben zu jedem Namen nebenstehend das Amt, das der betreffende Täter heute in Hitlerdeutschland bekleidet.)

Pendu dans sa cellule.

Breslau, 21 Octobre.- L'ancien dirigeant de la Bannière d'Empire Alexander dont on avait annoncé la mort au cours d'une tentative de fuite, a été, en réalité, pendu dans sa cellule de la prison de Breslau. Sur l'ordre de Heines, sa dépouille a été remise à la famille, enfermée dans un cercueil de zinc qu'il avait été interdit d'ouvrir. (INPRECS)

Der Richtige

Dr. Jorns — Ankläger im „Volksgericht"

Berlin, 3. August. (Inpreß): Der Präsident des „Volksgerichts", Dr. Rehn, wehrt sich in einem Interview, das der „Völkische Beobachter" veröffentlicht, gegen „die hetzerische Presse des Auslandes", die behauptet habe, „daß mit dem Volksgerichtshof ein „Revolutionstribunal" oder „Standgericht" geschaffen worden wäre" Rehn betont, daß es bei den Mitgliedern des Volksgerichtshofes, die dem Richterstand nicht angehören, sich um „fachkundige Männer" handelt. Diese „Fachkunde" besteht nach den Bestimmungen des Volksgerichts-Gesetzes bekanntlich darin, daß die Mitglieder des Blutgerichts „in der Abwehr staatsfeindlicher Elemente" Erfahrung besitzen müssen.

Was von der Praxis dieses Volksgerichts zu halten ist, geht auch daraus hervor, daß die Hitler-Regierung Dr. Jorns zum ersten Anklagevertreter gemacht hat. Es ist der berüchtigte Dr. Jorns, der, was in mehreren Prozessen einwandfrei festgestellt wurde, Mörder begünstigte und zwar die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

2.7.
5.8.34

Ein Begräbnis im „dritten Reich"

Aus dem Reich erreicht uns auf Umwegen nachstehender erschütternder Bericht:

Der Breslauer Sozialdemokrat Alexander war im Kriege Soldat. Er erhielt die höchsten militärischen Auszeichnungen. Angst vor dem Feinde hatte Alexander nie gekannt. Auch vor dem deutschen Feinde seiner Klasse nicht!

Zur Zeit der Weimarer Republik war er Führer des Reichsbanners. Er war ein militärischer Führer ersten Ranges, wenn er auch nie „General gelernt" hatte. Er verstand aus seiner Ueberzeugung, aus seiner Menschlichkeit, aus seiner Ehrlichkeit heraus Genossen mitzureißen, zu begeistern. Er war ein Revolutionär, ein Sozialist.

Im Februar kam er ins Konzentrationslager bei Breslau. Herr Polizeipräsident und Fememörder Heines ließ es sich nicht nehmen, Alexander im Konzentrationslager sich vorführen zu lassen und ihn also zu begrüßen:

„Heil Hitler, Alexander!"

„Guten Tag, Herr Polizeipräsident!" antwortete Alexander ruhig.

„Ich habe dich Heil Hitler! gegrüßt," schrie Heines. „Du hast zurückzugrüßen!"

„Guten Tag, Herr Polizeipräsident!"

„Alexander, es gibt heute nur mehr einen deutschen Gruß: Heil Hitler!"

„Ich habe keinen andern deutschen Gruß gelernt als: Guten Tag, Herr Polizeipräsident!"

„Schwein, du hast Heil Hitler! zu grüßen!"

Da sah Alexander den wutschnaubenden Polizeipräsidenten von Hitlers Gnaden an und sagte ruhig:

„Verlangen Sie nicht von mir, daß ich meine Ueberzeugung wechsle, wie mein verlaustes Hemd im Schützengraben!"

Da trat Heines auf den Gefangenen zu, klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „Das wollen wir uns merken, Alexander."

Monate später wird das Lager in Breslau aufgelöst. Die Gefangenen werden nach Osnabrück befördert. Alexander vertraut Freunden an:

„Ich schwöre euch, daß ich nicht fliehen werde, daß ich das Lager nur auf ausdrücklichen Befehl der Gewalthaber verlassen werde."

Alexander wurde im September „auf der Flucht erschossen". Bestimmt kann Herr Polizeipräsident Heines für seine Person sein Alibi nachweisen. Das ist so Sitte im „dritten Reich", daß hohe Beamte stets in der Lage sind, ein Alibi nachzuweisen.

Alexanders Leichnam kam im verlöteten Sarg in Breslau an. Keine Zeitung des „dritten Reiches" durfte darüber berichten. Aber die Genossen des Zweiten Reiches wußten es trotzdem. Von Mund zu Mund ging die Nachricht.

Das Leichenbegängnis, das in aller Stille stattfinden sollte, fand in aller Stille statt. Aber war es jene Stille, die beabsichtigt war?

Plötzlich waren auf dem Friedhof an tausend schweigende Menschen versammelt. Im Arbeitsanzug mit schwarzer Krawatte und weißem Vorhemd. Manche hatten keine Krawatte, kein weißes Vorhemd — aber alle trugen sie plötzlich rote Nelken im Knopfloch. Zauberei?

Nein, Solidarität ist keine Zauberei!

Die Trauerhalle faßte alle die Menschen nicht. Nichts stürte die Disziplin der Schweigenden. Dann standen sie vor der Grube, Hand auf Hand schüttete Erde auf den Sarg und rote Nelke um rote Nelke folgte.

Es war kein Totengräber nötig, der hier Arbeit zu verrichten hätte.

Vorher aber war ein älterer Arbeiter an das Grab getreten und sagte ruhig:

„Wir alle wissen, daß du nicht umsonst gestorben bist. Eines Tages werden wir für den toten Alexander Rechenschaft fordern!"

So geschehen im September 1933 im „dritten Reich" des Herrn Hitler.

14. Mai 1933 **Preußische Allgemeine Zeitung** Nr. 222-223 2. Beiblatt

„Für deutsches Recht und deutsche Rechtspflege"

Ansprachen Kubes, Kerrls, Franks und Dr. Freislers auf der großen Juristenkundgebung

Nächste Woche Novelle zum Strafgesetzbuch — Größere Reformen folgen

Auf Einladung des preußischen Justizministers Kerrl und des Reichskommissars Dr. Frank fand am Freitag abend im Plenarsaal des Preußischen Landtages eine große Juristen-Kundgebung unter dem Leitwort: „Für deutsches Recht und deutsche Rechtspflege" statt, zu der die Vertreter der Richterschaft, der Anwaltschaft, des Bundes nationalsozialistischer Juristen erschienen waren. Auch Reichsjustizminister Dr. Gürtner und sein Staatssekretär Schlegelberger, ferner die Justizminister der deutschen Länder und zahlreiche sonstige Vertreter der deutschen und auch der österreichischen Justiz nahmen an der Kundgebung teil.

Rechtsanwalt Dr. Neubert, der neue Leiter der Berliner Anwaltskammer, eröffnete die Kundgebung und betonte, daß die nationale Revolution sich jetzt anschicke, auch das Recht mit ihrem Geist zu erfüllen.

Der Führer der Nationalsozialistischen Preußischen Landtagsfraktion,

Oberpräsident Kube

wies darauf hin, daß der Kampf um deutsches Recht ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes der NSDAP seit 1918 gewesen sei. Immer wieder habe man darauf hinweisen müssen, daß mit der Erkrankung der Staatsgesinnung eine ebenso schwere Krise der deutschen Rechtspflege und des deutschen Rechtsbewußtseins in Erscheinung getreten war. Mit besonderer Freude habe man die Anhänger der Partei die volle Schärfe des Gesetzes spüren lassen. Das habe in den breitesten Massen des Volkes eine Justizkrise ausgelöst. Der Nationalsozialismus weiß, erklärte Kube, daß zu einem hochstehenden Volk ein hochstehendes Recht und ein ebensolcher Richterstand gehören. Unser Kampf geht darum, es Ihnen zu erleichtern, sich von den Fesseln zu befreien, die man dem deutschen Richterstand in den letzten vierzehn Jahren auferlegt hat.

Der Richter soll gerecht sein, aber die Objektivität findet ihre Grenze, wo es sich um Fragen der Nation handelt. Die Lebensinteressen der Nation hat der Richter rücksichtslos über das formale Recht zu stellen.

Wir danken dem Preußischen Kabinett, daß endlich einmal zwei Mörder wieder enthauptet worden sind. Dem Recht ist das Schwert in die Hand gegeben zur Verteidigung der Lebensrechte der Nation und ihrer Gesellschaftsordnung. Sorgen wir dafür, daß Richter und Volk, Rechtspflege und Nation wieder eins werden.

Der preußische

Justizminister Kerrl

sprach hierauf über die Neugestaltung des Rechts, insbe[sondere] das Strafrecht. Diejenigen, die [...] Recht in Deutschland schaffen können, nicht der Paragraph, nicht das Buchstabenrecht. Wir müssen hinweg von der Ueberfülle der Schablonen, der Gesetzesmacherei, die jeden einzelnen Fall für den Richtermund gerecht machen will, damit er nicht ein hohes königliches Amt ausübt, sondern nur eine Technik ausführt. Hinweg von diesem Wahnsinn! (Lebh. Beifall.)

Auf das neue Bodenrecht eingehend erklärte der Minister dann: Revolutionen sind meist vom Bodenrecht ausgegangen. Der Bauer soll nicht mehr der entrechtete Mensch in Deutschland sein, sondern der Mann, von dem der wahre Adel, der Adel der Arbeit für das Vaterland ausgeht. Der Erbhof wird und muß das teuerste Gut werden, das ungeteilt durch die Ewigkeit in der Geschlechterfolge erhalten bleiben soll, so wie ungeteilt erhalten bleiben muß die Nation in ihrer Gesamtheit.

Reichskommissar Dr. Frank

der Führer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, kennzeichnete den Nationalsozialismus als germanische Revolution. Zum ersten Male wieder, so betonte er, ist es möglich, daß der Begriff der Rasse Eingang in das Recht findet, und daß das Recht nicht als Domäne abstrahierender Geisteskunststücke degeriert, sondern sich zurückverlebendigt in das Bewußtsein des Volkstum.

Dr. Frank erklärt, er wolle ausdrücklich feststellen, daß der Kampf um das deutsche Recht eine nationalsozialistische Angelegenheit sei und ausschließlich von den Machtexponenten dieser Bewegung geführt wird. (Beifall.)

Bis spätestens Ende des Monats werde es in ganz Deutschland nur noch eine große Juristenorganisation, die nationalsozialistische, geben. Jede Revolution in der Geschichte ist eine Rechtsrevolution gewesen, erklärte Dr. Frank weiter. Es ist unmöglich, daß die Rechtsordnung, die uns zum Zusammenbruch der Nation führte, bleiben kann, wenn es sich um den Neuaufbau des deutschen Staates handelt.

Wie es in Bayern bereits geschehen ist, so werden wir im ganzen Reiche dafür sorgen, daß die Prüfung aus römischen Recht augenblicklich in jeder Form eingestellt wird.

Der deutsche Staat wird in Zukunft Anspruch darauf erheben können, daß seine und des Volkes Interessen auch die Basis der richterlichen Objektivität sind. Alle Neutralität ist von Uebel, oder sie ist Heuchelei. (Beifall.) Den Einfluß des Judentums im deutschen Recht haben wir binnen kurzem gebrochen. Es mag manchem schwer sein, das Tempo des Vorgehens und die Erfordernisse des Staates mit den programmatischen Wünschen der Bewegung in Einklang zu bringen. Das Tempo der notionalen Revolution bestimmt unser

Beifall begrüßt der Dekan der Juristischen Fakultät der Berliner Universität

Geheimrat Heymann

das Wort zu einer kurzen Erklärung, die er im Auftrage sämtlicher Dekane der Juristischen Fakultäten auch der übrigen deutschen Universitäten abgab. Er führte aus, die Lehrer der rechtsbeflissenen deutschen Jugend hätten mit großer Freude die heutige Kundgebung miterlebt, weil sie darin das Morgenrot einer besseren Entwicklung für das deutsche Recht sähen. Gerade in den Kreisen der juristischen Fakultäten seien die in den Reden der Minister Kerrl und Frank gegeißelten Mißstände schon lange empfunden worden. Dazu gehöre vor allem eine gewisse Scholastik, die sich im deutschen Recht, besonders im Zivilrecht, verbreitet habe. Die juristischen Fakultäten begrüßten deshalb die auf dieser Kundgebung ausgesprochenen Gedanken, die den Sinn des alten deutschen Rechts, das ein Bauernrecht war, wieder mehr in den Vordergrund stellen wollten. Die Hochschullehrer empfänden die außerordentlich große Verantwortung, die rechtsbeflissene Jugend nicht nur fachlich zu unterweisen, sondern auch als künftige Führer im neuen Deutschland zu erziehen. Das deutsche Recht sei das Recht der Treue und das Recht innigsten religiösen Empfindens. Das müsse sich in Zukunft mehr geltend machen als bisher.

Der stellvertretende Vorsitzende im Präsidium der Preußischen Anwaltskammer Graf von der Goltz bekannte sich im Namen der Anwaltschaft zur Mitarbeit.

Als Vertreter Deutsch-Oesterreichs erklärte dann der Landesleiter Oesterreich im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, Dr. Bernwieser: Wenn es eine Regierung eines absterbenden Systems über sich brachte, die Minister des befreundeten Deutschen Reiches agitatorisch zu nennen, die nur kämen, das Volk aufzuwiegeln, so weise ich das im Namen von Hunderttausenden von Deutsch-Oesterreichern entschieden zurück. Mit Ihnen werden wir um ein deutsches Recht kämpfen, und es wird unsere Aufgabe sein, ein neues Recht im großen nationalsozialistischen Staate Adolf Hitlers zu schaffen! (Lebhafter Beifall.)

Der Landesleiter Preußen im NS-Juristenbund,

Ministerialdirektor Dr. Freisler

hob hervor, daß die Diener am Recht vor der Tatsache stünden, daß dieser Kampfabschnitt eines neuen Rechts nur mit besonderen Schwierigkeiten gewonnen werden könne. Wir werden aber, so betonte er, mit diesen Schwierigkeiten fertig werden, weil wir uns nicht an Begriffen stoßen wollen, wie sie eine Schuljurisprudenz entwickelt hat. Wir wollen, daß das Recht der lebendige Ausdruck des Gewissens der Nation ist.

Dr. Freisler gab im Verlauf seiner Ausführungen unter stürmischem Beifall als amtliche Erklärung des preußischen Justizministers bekannt, daß diejenigen aus dem Kampfe um Deutschlands Freiheit, die vom alten System zu Mördern erklärt wurden, jetzt feierlich zu Helden der Nation erklärt werden. Da gebe es keine Nachprüfung nach formalem Recht und keinen Richterspruch, das Gewissen des Volkes habe gesprochen.

Zum Schluß betonte Dr. Freisler gleichfalls, daß es bei der Rechtsfindung keine falsche Objektivität geben dürfe. Recht sei immer das, was den Lebensnotwendigkeiten der Nation diene. Die deutschen Juristen würden jetzt an die Arbeit gehen, um den Staat zu schaffen, in dem das deutsche Volk leben kann, den Staat der Zucht, der Ordnung, des Gedeihens der lebendigen Fortentwicklung des deutschen Blutes, den Staat der Bauern, des Arbeiters, des Soldaten, den Staat Adolf Hitlers.

Die Befugnisse der kommunalen Untersuchungsausschüsse

Von Göring genau begrenzt — Warnung vor Korruptionsriecherei

Ein Erlaß des preußischen Innenministers

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Minister des Innern an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Gemeinden und Gemeindeverbände folgenden Erlaß gerichtet:

In den letzten Monaten sind in zahlreichen Gemeinden und Gemeindeverbänden Untersuchungsausschüsse oder Untersuchungskommissare eingesetzt worden, denen die Aufgabe zugewiesen ist, die gesamte Verwaltungsführung oder einzelne Vorkommnisse der letzten Jahre nachzuprüfen. So wenig das nach Maßgabe der Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze den Vertretungskörperschaften zustehende Recht zur Kontrolle der Verwaltung beeinträchtigt werden soll, so notwendig

3. Soweit in den Gemeindeverfassungsgesetzen vorgesehen ist, daß ein Mitglied des Gemeindevorstandes an den Untersuchungen und Beratungen des Ausschusses teilnimmt, darf dieses Teilnahmerecht nicht beeinträchtigt werden.

4. **Das Kontrollrecht der Untersuchungsausschüsse ist beschränkt auf Verwaltungshandlungen, die in Ausführung von Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden (Gemeindeverbände) getroffen worden sind oder getroffen werden. Ein Kontrollrecht besteht dagegen insoweit nicht, als der Gemeindevorstand oder einzelne seiner Mitglieder als Staatsorgane, z. B. bei der Verwaltung der Polizei, tätig geworden sind oder tätig werden. In Landkreisen kommt demnach selbstverständlich eine Nachprüfung der Tätigkeit des Landrats in**

und deutsche Rechtspflege“

Ansprachen Kubes, Kerrls, Franks und Dr. Freislers auf der großen Juristenkundgebung
Nächste Woche Novelle zum Strafgesetzbuch — Größere Reformen folgen

Auf Einladung des preußischen Justizministers Kerrl und des Reichskommissars Dr. Frank fand am Freitag abend im Plenarsaal des Preußischen Landtages eine große Juristen-Kundgebung unter dem Leitwort: „Für deutsches Recht und deutsche Rechtspflege“ statt, zu der die Vertreter der Richterschaft, der Anwaltschaft, des Bundes nationalsozialistischer Juristen erschienen waren. Auch Reichsjustizminister Dr. Gürtner und sein Staatssekretär Schlegelberger, ferner die Justizminister der deutschen Länder und zahlreiche sonstige Vertreter der deutschen und auch der österreichischen Justiz nahmen an der Kundgebung teil.

Rechtsanwalt Dr. Neubert, der neue Leiter der Berliner Anwaltskammer, eröffnete die Kundgebung und betonte, daß die nationale Revolution sich jetzt anschicke, auch das Recht mit ihrem Geist zu erfüllen.

Der Führer der Nationalsozialistischen Preußischen Landtagsfraktion,

Oberpräsident Kube

wies darauf hin, daß der Kampf um deutsches Recht ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes der NSDAP seit 1918 gewesen sei. Immer wieder habe man darauf hinweisen müssen, daß mit der Erkrankung der Staatsgesinnung eine ebenso schwere Krise der deutschen Rechtspflege und des deutschen Rechtsbewußtseins in Erscheinung getreten war. Mit besonderer Freude habe man die Anhänger der Partei die volle Schärfe des Gesetzes spüren lassen. Das habe in den breitesten Massen des Volkes eine Justizkrise ausgelöst. Der Nationalsozialismus weiß, erklärte Kube, daß zu einem hochstehenden Volk ein hochstehendes Recht und ein ebensolcher Richterstand gehören. Unser Kampf geht darum, es Ihnen zu erleichtern, sich von den Fesseln zu befreien, die man dem deutschen Richterstand in den letzten vierzehn Jahren auferlegt hat.

Der Richter soll gerecht sein, aber die Objektivität findet ihre Grenze, wo es sich um Fragen der Nation handelt. Die Lebensinteressen der Nation hat der Richter rücksichtslos über das formale Recht zu stellen.

Wir danken dem Preußischen Kabinett, daß endlich einmal zwei Mörder wieder enthauptet worden sind. Dem Recht ist das Schwert in die Hand gegeben zur Verteidigung der Lebensrechte der Nation und ihrer Gesellschaftsordnung. Sorgen wir dafür, daß Richter und Volk, Rechtspflege und Nation wieder eins werden.

Der preußische

Justizminister Kerrl

sprach hierauf über die Neugestaltung des Rechts, insbesondere des Anerbrechts. Diejenigen, die heute die Macht im Reich und Staat in der Hand haben, erklärt er, wissen genau, daß man nicht von oben herunter Gesetze machen kann, sondern daß man nur das in Gesetzesform prägen kann, was in Wahrheit schon im Volke innerlich erschaffen und Wirklichkeit geworden ist. Es genügt nicht, daß 17 Millionen das wollen, was wir wollen, sondern es muß die Stunde kommen, wo sechzig Millionen, nein, wo hundert Millionen Deutscher, alle, denen deutsches Blut in den Adern rollt, dasselbe fühlen: Nicht für sich, sondern alles für Deutschland! (Lebhafter Beifall.) Dann ist die Stunde endlich da, wo dem alten System endlich der Kopf abgehauen ist, wo das ganze deutsche Volk endlich aus seiner Vernunft heraus das tut, was es 1914 aus innerer instinktiver Begeisterung heraus tat, nur das, was es tun soll und tun muß. Heute haben wir die Gesetze, die in unserem Blute ruhen wieder mit Vernunft bewußt erfaßt. Ueberwunden ist der intellektuelle Dünkel, der da glaubte, es käme auf das Menschenantlitz, auf das Kleid, auf das Geld und den Rang an. Die Vertreter dieser Anschauung haben weltbürgerlich, weltwirtschaftlich und weltpolitisch gedacht, aber die Nation ist dabei vor die Hunde gegangen.

Der Individualist hält seine Anschauung für die selbstverständlichste, aber die Natur hat den Menschen so gemacht, daß er für sich allein gar nicht leben kann, daß er auf die Gemeinschaft angewiesen ist. Der sozialistische Drang zur Gemeinschaft lebt im Menschen und findet seinen Ausdruck schon in der Familie. Die Familie wurde zur Sippe, zum Geschlecht und Stamm und daraus wurde die Nation und das Volk. Das Recht, das von außen kommt, ist nichts, nur das Recht, das mit uns geboren ist, wird uns zum Glück führen können.

Freiheit ist nach deutscher Gesinnung nicht Zügellosigkeit, sondern Zucht und Ordnung. Zum Recht gehört die Pflicht, und aus der Pflicht erwächst das Recht. So muß das kommende Recht gebildet werden, das Recht, das mit uns geboren ist, und dem wir seine Auswirkung in der Wirklichkeit verschaffen wollen.

Es ist nicht abhängig von irgendwelchen Buchstaben und Paragraphen, und es ist nur möglich, durch die Persönlichkeit des deutschen Richters. „Der königliche Richter“ nur wird deutsches Recht in Deutschland schaffen können, nicht der Paragraph, nicht das Buchstabenrecht. **Wir müssen hinweg von der Ueberfülle der Schablonen, der Gesetzesmacherei**, die jeden einzelnen Fall für den Richtermund gerecht machen will, damit er nicht ein hohes königliches Amt ausübt, sondern nur eine Technik ausführt. Hinweg von diesem Wahnsinn! (Lebh. Beifall.)

Auf das neue Bodenrecht eingehend erklärte der Minister dann: Revolutionen sind meist vom Bodenrecht ausgegangen. Der Bauer soll nicht mehr der entrechtete Mensch in Deutschland sein, sondern der Mann, von dem der wahre Adel, der Adel der Arbeit für das Vaterland ausgeht. Der Erbhof wird und muß das teuerste Gut werden, das ungeteilt durch die Ewigkeit in der Geschlechterfolge erhalten bleiben soll, so wie ungeteilt erhalten bleiben muß die Nation in ihrer Gesamtheit.

Reichskommissar Dr. Frank II

der Führer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, kennzeichnete den Nationalsozialismus als germanische Revolution. Zum ersten Male wieder, so betonte er, ist es möglich, daß der Begriff der Rasse Eingang in das Recht findet, und daß das Recht nicht als Domäne abstrahierender Geisteskunststücke vegetiert, sondern sich zurückverlebendigt in das Bewußtsein des Volkstum.

Dr. Frank erklärt, er wolle ausdrücklich feststellen, daß der Kampf um das deutsche Recht eine nationalsozialistische Angelegenheit sei und ausschließlich von den Machtexponenten dieser Bewegung geführt wird. (Beifall.)

Bis spätestens Ende des Monats werde es in ganz Deutschland nur noch eine große Juristenorganisation, die nationalsozialistische, geben. Jede Revolution in der Geschichte ist eine Rechtsrevolution gewesen, erklärte Dr. Frank weiter. Es ist unmöglich, daß die Rechtsordnung, die uns zum Zusammenbruch der Nation führte, bleiben kann, wenn es sich um den Neuaufbau des deutschen Staates handelt.

Wie es in Bayern bereits geschehen ist, so werden wir im ganzen Reiche dafür sorgen, daß die Prüfung aus römischen Recht augenblicklich in jeder Form eingestellt wird.

Der deutsche Staat wird in Zukunft Anspruch darauf erheben können, daß seine und des Volkes Interessen auch die Basis der richterlichen Objektivität sind. Alle Neutralität ist von Uebel, oder sie ist Heuchelei. (Beifall.) **Den Einfluß des Judentums im deutschen Recht haben wir binnen kurzem gebrochen. Es mag manchem schwer sein, das Tempo des Vorgehens und die Erfordernisse des Staates mit den programmatischen Wünschen der Bewegung in Einklang zu bringen. Das Tempo der nationalen Revolution bestimmt unser Führer.**

Niemals aber wird der Bund nationalsozialistischer Juristen von der Forderung ablassen, daß alle Juden restlos aus jeder Form des Rechtslebens heraus müssen. (Stürm. Beifall.)

Dr. Frank kündigte an, daß die Strafrechtsreform baldigst in Angriff genommen werden soll, ebenso die Reform des Zivilprozesses. Noch im Laufe der nächsten Woche werde eine umfangreiche Novelle zum Strafgesetzbuch vom Reichskabinett angenommen werden, in der alle ersten und dringenden Wünsche befriedigt werden sollen, die die Verschärfung der Strafen auf dem Gebiete der Untreue, der Korruption und der Tierquälerei, die Beseitigung der Strafbarkeit studentischer Mensuren usw.

Die Gesetzgebungsarbeit ist ja jetzt so vereinfacht, so fuhr Dr. Frank fort, aber sehr schwer wird es künftig sein, Reichsgesetze zu brechen. Der Staat ist nicht gewillt, die Humanitätsduselei vergangener Epochen fortzusetzen. (Beifall.)

Wir stellen in den Mittelpunkt unserer Arbeit das Volk, und den Verbrecher werden wir so jagen, daß er das Zittern vor dem Staat lernen soll.

Wir denken nicht daran, über unserer großen Aufgabe, dem Deutschtum für ein Jahrtausend Form, Inhalt und Würde zu geben, etwa zu zittern vor den Interventionen fremder Mächte. Wir wissen, daß Regierungen kommen und vergehen, nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern. Wir wünschen den Frieden in der Welt, und unsere Rechtsordnung soll auch in Deutschland dieser Friedenssicherung dienen. Aber diese Rechtsordnung soll die Friedenssicherung des deutschen Volkes vor allem dadurch gewährleisten, daß sie die Wehrkraft, die Rassenkraft und die Zukunftssicherheit des deutschen Volkes auf ideologischer Basis ebenso gewährleistet wie die Vernichtung all der Umstände, die geeignet sind, uns diesen positiven Wehraufbau der deutschen Nation zu schädigen. Aus dem deutschen Volk soll wieder ein Herrenvolk werden. (Beifall.)

Dr. Frank kündigte dann an, daß als Gegenstück zur Front der deutschen Arbeit schon bald die Front des deutschen Rechts gebildet sein werde, die ebenfalls den Führer Adolf Hitler bitten werde, die Schirmherrschaft zu übernehmen. Binnen kurzem werde die Feierstunde der Bildung dieser Front stattfinden. Auch das Programm der Vereinheitlichung des Rechtswillens mit dem Oesterreichs werde von keiner Macht der Welt gebrochen werden können. (Beifall.) **Frank betonte, daß er nach Wien fahren werde, ob man es wolle oder nicht.**

Nach den Klängen der Rienzi-Ouvertüre nahm, mit das Wort zu einer kurzen Erklärung, die er im Auftrage sämtlicher Dekane der Juristischen Fakultäten auch der übrigen deutschen Universitäten abgab. Er führte aus, die Lehrer der rechtsbeflissenen deutschen Jugend hätten mit großer Freude die heutige Kundgebung miterlebt, weil sie darin das Morgenrot einer besseren Entwicklung für das deutsche Recht sähen. Gerade in den Kreisen der juristischen Fakultäten seien die in den Reden der Minister Kerrl und Frank gegeißelten Mißstände schon lange empfunden worden. Dazu gehöre vor allem eine gewisse Scholastik, die sich im deutschen Recht, besonders im Zivilrecht, verbreitet habe. Die juristischen Fakultäten begrüßten deshalb die auf dieser Kundgebung ausgesprochenen Gedanken, die den Sinn des alten deutschen Rechts, das ein Bauernrecht war, wieder mehr in den Vordergrund stellen wollten. Die Hochschullehrer empfänden die außerordentlich große Verantwortung, die rechtsbeflissene Jugend nicht nur fachlich zu unterweisen, sondern auch als künftige Führer im neuen Deutschland zu erziehen. Das deutsche Recht sei das Recht der Treue und das Recht innigsten religiösen Empfindens. Das müsse sich in Zukunft mehr geltend machen als bisher.

Der stellvertretende Vorsitzende im Präsidium der Preußischen Anwaltskammer Graf von der Goltz bekannte sich im Namen der Anwaltschaft zur Mitarbeit.

Als Vertreter Deutsch-Oesterreichs erklärte dann der Landesleiter Oesterreich im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, Dr. Bernwieser: Wenn es eine Regierung eines absterbenden Systems über sich brachte, die Minister des befreundeten Deutschen Reiches agitatorisch zu nennen, die nur lämen, das Volk aufzuwiegeln, so weise ich das im Namen von Hunderttausenden sozialistischen Staate Adolf Hitlers zu [illegible]. (Beifall.)

Der Landesleiter Preußen im NS Juristenbund,

Ministerialdirektor Dr. Freisler

hob hervor, daß die Diener am Recht vor der Tatsache stünden, daß dieser Kampfabschnitt eines neuen Rechts nur mit besonderen Schwierigkeiten gewonnen werden könne. Wir werden aber, so betonte er, mit diesen Schwierigkeiten fertig werden, weil wir uns nicht an Begriffen stoßen wollen, wie sie eine Schuljurisprudenz entwickelt hat. Wir wollen, daß das Recht der lebendige Ausdruck des Gewissens der Nation ist.

Dr. Freisler gab im Verlauf seiner Ausführungen unter stürmischem Beifall als amtliche Erklärung des preußischen Justizministers bekannt, daß diejenigen aus dem Kampfe um Deutschlands Freiheit, die vom alten System zu Mördern erklärt wurden, jetzt feierlich zu Helden der Nation erklärt werden. Da gebe es keine Nachprüfung nach formalem Recht und keinen Richterspruch, das Gewissen des Volkes habe gesprochen.

Zum Schluß betonte Dr. Freisler gleichfalls, daß es bei der Rechtsfindung keine falsche Objektivität geben dürfe. Recht sei immer das, was den Lebensnotwendigkeiten der Nation diene. Die deutschen Juristen würden jetzt an die Arbeit gehen, um den Staat zu schaffen, in dem das deutsche Volk leben kann, den Staat der Zucht, der Ordnung, des Gedeihens der lebendigen Fortentwicklung des deutschen Blutes, den Staat der Bauern, des Arbeiters, des Soldaten, den Staat Adolf Hitlers.

Die Befugnisse der kommunalen Untersuchungsausschüsse

Von Göring genau begrenzt — Warnung vor Korruptionsriecherei
Ein Erlaß des preußischen Innenministers

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Minister des Innern an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Gemeinden und Gemeindeverbände folgenden Erlaß gerichtet:

In den letzten Monaten sind in zahlreichen Gemeinden und Gemeindeverbänden Untersuchungsausschüsse oder Untersuchungskommissare eingesetzt worden, denen die Aufgabe zugewiesen ist, die gesamte Verwaltungsführung oder einzelne Vorkommnisse der letzten Jahre nachzuprüfen. So wenig das nach Maßgabe der Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze den Vertretungskörperschaften zustehende Recht zur Kontrolle der Verwaltung beeinträchtigt werden soll, so notwendig erscheint es doch, darauf hinzuweisen, daß bei der Ausübung dieses Kontrollrechts das Maß des sachlich Erforderlichen nicht überschritten werden darf.

Ich kann es keinesfalls billigen, wenn zur Nachprüfung jedes kontrollierbaren Gerüchts über Vorgänge in der Verwaltung oder unsubstantiierter Behauptungen oder gar anonymer Denunziationen Untersuchungsausschüsse oder -kommissare eingesetzt werden, deren Tätigkeit Verwaltung und Oeffentlichkeit dauernd in Unruhe hält; erscheint in solchen Fällen eine Nachprüfung überhaupt notwendig, so wird sie nach der im wesentlichen durchgeführten Gleichschaltung der Gemeindevorstände regelmäßig diesen und in besonderen Fällen den Aufsichtsbehörden überlassen bleiben können. Noch weniger kann ich mich damit einverstanden erklären, daß Untersuchungsausschüsse oder -kommissare ohne jeden greifbaren Anlaß lediglich zu dem Zwecke eingesetzt werden oder tätig bleiben, um festzustellen, ob nicht doch in der rückliegenden Zeit irgendwelche Inkorrektheiten begangen worden sind.

In denjenigen Fällen, in denen für die Einsetzung besonderer Untersuchungsausschüsse ein sachlich begründeter Anlaß vorliegt, haben die Aufsichtsbehörden mit allen geeigneten Mitteln sicherzustellen, daß sich deren Tätigkeit streng im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften hält. Wo die den Untersuchungsausschüssen eröffneten rechtlichen Möglichkeiten zu völliger Klärung eines Tatbestandes nicht ausreichen, bleibt immer noch der Weg einer Untersuchung durch die Aufsichtsbehörden, nötigenfalls auch der Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens oder eines gerichtlichen Ermittlungsverfahrens.

Im einzelnen ergeben sich aus den Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze für die Einsetzung und für die Tätigkeit derartiger Untersuchungsausschüsse

folgende Schranken:

1. **Der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses muß stets ein Beschluß der Vertretungskörperschaft zugrunde liegen, durch den das Tätigkeitsgebiet des Ausschusses genau abzugrenzen ist.**

In Kreis- und Provinzial-(Bezirks-)Verbänden kann die Nachprüfung einzelner Vorgänge nur durch nach den Vorschriften der Kreis- und Provinzialordnungen gebildete Kreis-(Provinzial-)Kommissionen erfolgen, da die Kreis- und Provinzialordnungen ein besonderes Kontrollrecht der Kreistage (Provinziallandtage) nicht kennen.

2. In Stadt- und Landgemeinden kann ein Untersuchungsausschuß nur aus Mitgliedern der Vertretungskörperschaft bestehen.

Die Zuziehung außenstehender Personen ist in jedem Falle unzulässig.

3. Soweit in den Gemeindeverfassungsgesetzen vorgesehen ist, daß ein Mitglied des Gemeindevorstandes an den Untersuchungen und Beratungen des Ausschusses teilnimmt, darf dieses Teilnahmerecht nicht beeinträchtigt werden.

4. **Das Kontrollrecht der Untersuchungsausschüsse ist beschränkt auf Verwaltungshandlungen, die in Ausführung von Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden (Gemeindeverbände) getroffen worden sind oder getroffen werden. Ein Kontrollrecht besteht dagegen insoweit nicht, als der Gemeindevorstand oder einzelne seiner Mitglieder als Staatsorgane, z. B. bei der Verwaltung der Polizei, tätig geworden sind oder tätig werden. In Landkreisen kommt demnach selbstverständlich eine Nachprüfung der Tätigkeit des Landrats in der staatlichen Verwaltung unter keinen Umständen in Betracht.**

5. Nach den Vorschriften der Stadt- und Landgemeindeordnungen kann sich die Kontrolle immer nur auf die Verwaltung des Gemeindevorstandes beziehen. Das Kontrollrecht gibt insoweit nur die Befugnis, sich fortgesetzt über die Tätigkeit des Gemeindevorstandes zu unterrichten, um etwaigen Verstößen durch Interpellation oder Beschlußfassung oder durch Anrufung der Aufsichtsbehörde entgegenzutreten.

Dagegen steht es den Kontrollausschüssen nicht zu, förmliche Untersuchungen anzustellen und Zeugen und Sachverständige zu vernehmen.

In Ausübung des Kontrollrechts ist zwar eine örtliche Besichtigung gemeindlicher Anstalten und die taktvolle Besprechung mit dem Personal zum Zwecke der Information an sich nicht ausgeschlossen. Von einer eigentlichen Revision gemeindlicher Betriebe kann dabei allerdings keine Rede sein, sondern nur von einer rein informatorischen Prüfung.

6. **Das Kontrollrecht berechtigt selbstverständlich nicht zu Eingriffen in die Verwaltung und zu dienstlichen Anweisungen an den Gemeindevorstand.**

Derartige Eingriffe sind schon darin zu erblicken, wenn ein Ausschuß das Recht für sich in Anspruch nimmt, daß sämtliche bei der Verwaltung eingehenden Beschwerden ihm vorzulegen sind, und daß ihm sämtliche Akten, auch soweit sie nicht mit dem Untersuchungszweck in Zusammenhang stehen, zur Einsicht überlassen werden müssen.

Ich ersuche die Aufsichtsbehörden, die Innehaltung dieser gesetzlichen Schranken genauestens zu überwachen und einer mißbräuchlichen Ausdehnung des Kontrollrechts mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten.

Restaurant
HOTEL ADLON
Rein nationales Haus — Der Treffpunkt d. Landwirte
Tagesplatte 2.- Mk. · Billige, offene Weine · Deutsche Biere

Bullrich-Salz
beseitigt Verdauungsstörungen.
Tabletten 20 Pfg

Ein Radioapparat, der Bewunderung erregt,
ist der »NORA-Zwei Kreis 320« mit seiner Einknopf-Bedienung, geeichten Stations-Zeigerskala u. großen Trennschärfe.
NORA 320
von RM. 130.— ohne Röhren an. In allen Fachgeschäften erhältlich

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 255 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Donnerstag, 15. November 1934 | Chefredakteur: M. Braun

Ein Held der Illegalität — Seite 2

Katholikenverfolgungen nach der Saarabstimmung — Seite 3

Englisch-französische Luftallianz — Seite 7

„Volksgemeinschaft" durch Retusche — Seite 8

Vom Reichstagsbrand zur Rechtsquelle

Göring an die zum Befehlsempfang angetretenen deutschen Rechtsgelehrten

Die Akademie für deutsches Recht hat am Dienstag im Sitzungssaale des Berliner Rathauses eine Saar-Kundgebung abgehalten. Die Prominenten der Regierung und des deutschen Rechts, auch ausländische Diplomaten waren anwesend. Den Vortrag über die Rechtssicherheit als Grundlage der Volksgemeinschaft hielt der preußische Ministerpräsident Hermann Göring. Wir bringen die entscheidenden Stellen seiner Rede im Wortlaut, weil es wichtig genug ist, die von dem höchsten Beamten Preußens proklamierte Rechtsverwilderung und parteiische Handhabung der Paragrafen im Dienste einer herrschenden Parteibonzokratie genau kennen zu lernen. Was regt sich diese Gesellschaft eigentlich über „Greuelpropaganda" auf? Jede Untat ist nach der längst Praxis gewordenen Theorie Görings straflos, ja lobenswert, wenn sie dem Parteiregime dient, das man einfach dem Vaterlande, dem Volke und dessen Wohl gleichsetzt.

Die ungesühnten mindestens 1200 Morde des 30. Juni werden von Göring als „die größte Rechtstat" gefeiert. Also auch das Hinschlachten und Einäschern der Katholikenführer Klausener und Probst, gegen die bis zur Stunde nicht die geringste Beschuldigung erhoben worden ist. Auch die Erschießungen „aus Versehen", wie die des Hauptmanns Schmidt von den „Münchener Neuesten Nachrichten" fallen unter diese „größte Rechtstat". Von welcher Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit der Führer ist, den Göring als den großen Gesetzgeber und Richter feiert, sei an seinen eigenen Worten erwiesen. Adolf Hitler hat am 13. Juli im Reichstage wörtlich erklärt:

„Eine Anzahl Gewalttaten, die mit dieser Aktion in keinem Zusammenhang stehen, werden den normalen Gerichten zur Aburteilung übergeben."

Dieses feierliche Wort hat der „moralische Gesetzgeber der Nation" gebrochen, wie so viele vorher und nachher, wobei dahin gestellt bleiben mag, ob er überhaupt je daran dachte, es zu halten.

Aber es ist nach der Rede Görings erklärlich, warum die „normalen Gerichte" mit keinem Verbrechen beschäftigt werden dürfen, an dem „alte Kämpfer" des Nationalsozialismus, Kameraden des herrschenden Parteiflügels beteiligt waren. Die deutschen Richter sind im Sinne des Parteibonzenrechts noch nicht zuverlässig genug.

General Göring stauchte die „Akademie für deutsches Recht", in der sich unter seinen Zuhörern die ehemals feinsten Köpfe des deutschen Rechtslebens befanden, wie eine Kompanie Rekruten zurecht. Ihr Verhalten grenze an „Verrat!" So hart packten sie Kämpfer des Nationalsozialismus an, wenn sie vor Gericht kämen.

Alle Welt weiß, wie Staatsanwälte und Richter zittern, wenn sie einmal einer Gerichtsverhandlung gegen einen Nationalsozialisten durchaus nicht ausweichen können. Nach dieser Rede Görings werden nur noch Heroen des deutschen Rechtslebens, und die sind wahrlich dünn gesät, wagen, das immer noch geltende Strafrecht, und sei es in der mildesten Form, gegen Nationalsozialisten anzuwenden.

Man lese: dieser Göring feiert den Ehrenschutz. Der Mitregent eines Reichs, in dessen Grenzen jeder Marxist, jeder Republikaner, jeder Pazifist, jeder Katholik, jeder opponierende Protestant in den Reden der regierenden Männer, in ihren Zeitungen und in ihrem Rundfunk verleumdet werden kann und immer wieder verleumdet wird, ohne daß er die geringste Möglichkeit hätte, irgendwo und irgendwie auch nur die zahmste Richtigstellung anzubringen.

Liest man die Rede Görings genau, so fordert er geradezu, daß alle Gegner des Parteiregimes juristisch für vogelfrei erklärt werden. Rechtssicherheit für die politischen Gegner des Systems ist für ihn ein Verbrechen . . .

In diesem Zynismus fehlt natürlich nicht das hohe Lied der Selbstlosigkeit. Ach diese Altruisten Hitler, Göring, Goebbels und Konsorten. Wie uneigennützig doch jeder von ihnen ist. Vor wenigen Jahren waren sie alle bettelarm, Göring auch noch überschuldet. Er war ein richtiges Pumpgenie. Nun haben sie Paläste und Villen und Luxusautos und Jagden, Bankkonten und Bankdepots, sind allesamt Millionäre und leben im Stile der Reichsten dieser Erde. Von der Höhe ihrer brutal erworbenen materiellen Revolutionsgewinne predigen sie dann den Millionen armen und ärmsten Teufeln, denen sie das Fett und die Marmelade rationieren, und die sie mit minderwertigen Ersatzstoffen bekleiden: Gemeinnutz geht vor Eigennutz."

Stillgestanden!

General Göring an die deutschen Richter

Meine Herren, die vergangene Epoche erkannte vor allem keine ausreichenden Möglichkeiten zum Schutze der Ehre an. Gewiß war alles andere geschützt. Jeder Uebergriff kapitalistischer Art konnte einen Rechtsschutz finden, die Ehre des einzelnen aber, sie fand keinen Schutz. In den Zeitungen wurde die Ehre der Menschen zerrissen. Schmutzkübel konnten über die hochstehenden Volksgenossen ausgegossen werden. (Göring denkt wohl an Hitlers Oppositionsreden. D. Red.). Die Ehre war nichts, und wenn wirklich ein Mann in dem Bewußtsein, daß seine Ehre ihm das Höchste sei, zur Selbstverteidigung dieser Ehre griff, dann wurde er wie ein Verbrecher in das Gefängnis geschickt. Darum ist auch heute der Rechtsschutz der Ehre ein wichtigster Bestandteil der Rechtssicherheit, denn er setzt alles andere voraus.

Die Rechtssicherheit ist daher die Grundlage jeder Volksgemeinschaft. Das gilt ganz besonders für den nationalsozialistischen Staat. Diese Lebensform beruht nicht auf Furcht und Bedrückung und steht gerade um deswillen im Gegensatz zu Despotismus und Willkür. Ihre Grundlage ist die wechselseitige Treue zwischen Führer und Gefolgschaft. Es kann aber nicht in Betracht kommen, daß der NS.-Staat seine Organe, seine Machtmittel einsetzt, um den in seinem Tun zu schützen, der etwas begehrt und erstrebt, was der Volksgemeinschaft schädlich ist.

Der Führer hat den Zustand der Revolution inzwischen für beendet erklärt. Wir haben uns in die Zeit geordneten Neuaufbaues durchgekämpft. Der Führer hat in seinem Amnestiegesetz vom 7. August 1934 noch einmal in hochherzigster Weise Gnade geübt. Wer sich jetzt gegen die Gesetze des Staates vergeht, handelt gegen den Willen des Führers, handelt gegen die Bewegung, gegen den Staatsgedanken und gegen unsere Weltanschauung. Er verletzt damit die heilige Treuepflicht gegenüber dem Führer; denn die Treue der Gefolgschaft heißt Gehorsam. Er handelt damit auch gegen die Volksgemeinschaft, die vom Geiste und Willen des Führers erfüllt und getragen wird. Das gilt für jeden, aber auch jeden Volksgenossen. Wir alten Nationalsozialisten haben im Kampfe, haben in den langen Jahren der Kampfzeit von unserem Führer gelernt, selbstlos der Sache zu dienen, und selbstlos und uneigennützig nur einem tätig hinzugeben, der großen heiligen Liebe zum deutschen Volke, zur deutschen Volksgemeinschaft.

Wir haben nicht gekämpft, um Vorteile vor anderen zu erlangen. Hätten wir das getan, so verdienten wir nicht den Namen ehrlicher Kämpfer, so verdienten wir nicht die Achtung vor uns und unserem Kampf, die wir heute fordern können und fordern.

Für uns gilt weiter in unserem Kampfe das große Gesetz des Führers: „Alles um des Volkes willen tun, in allem nur an das Volk und seine Gemeinschaft denken!" Wohin es führt, wenn wir dieses Gesetz vergessen, das haben uns die Ereignisse, die wir in der Mitte dieses Jahres erleben mußten, mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. Die harte und entschlossene Tat des Führers war auch deshalb erforderlich, um eine Zerstörung der Rechtssicherheit zu vermeiden und damit die bedrohte Volksgemeinschaft zu retten.

Meine Herren, wie ist diese vielleicht größte Rechtstat vom Auslande mißverstanden worden!

Wie hat man zu erklären versucht, hier habe Willkür geherrscht, hier sei ohne ordentliche Gerichte verurteilt worden und Aehnliches mehr. Meine Herren, für das deutsche Volk ist das erledigt durch das Wort des Richters in dieser Stunde, des Führers, der erklärt hat: In dieser Stunde der höchsten Gefahr sei er allein der vom Volke gewählte Führer, oberster und alleiniger Gerichtsherr der deutschen Nation. Das Aufatmen des ganzen Volkes, seine Zustimmung, seine dem Führer bezeugte glühende Begeisterung in jenen Tagen sprachen ein beredteres Zeugnis für das Rechtsempfinden des Volkes, als alle anderen Dingen es vermocht hätten. Darum bitte ich auch hier noch einmal, die Herren Richter und Staatsanwälte, gerade die heutige Lage mit einem besonderen Takt zu behandeln. Sie haben eine sehr wichtige, eine unerhört notwendige, aber auch sehr diffizile Aufgabe. Noch denken wir alle zunächst noch an die jahrelange leidenschaftliche Kampfzeit gegen einen Staat, den wir gestürzt haben und dessen Gesetze wir nicht anerkennen konnten.

Aus diesem Grunde dämmert und schlägt noch in zahllosen unserer Kämpfer das Gefühl, daß ihnen Unrecht widerfährt von dem damaligen Staat, durch den Mund der damaligen Richter, die auch heute noch im Amte sind.

Fortsetzung siehe Seite 2

Englischer Brief

D. G. London, 11. November.

Mit einer fast überraschend anmutenden Plötzlichkeit ist die Außenpolitik wieder in den Vordergrund des Interesses in England gerückt. Nachdem man sich in der vorigen Woche noch im wesentlichen um die Gemeindewahlen, um das „Aufreizungsgesetz" und um das Wettgesetz gestritten und unterhalten hatte, stehen jetzt ganz andere Dinge im Vordergrund. Es ist, als ob man plötzlich das ungeheuer Bedrohliche der europäischen Situation erkannt habe. Die Saarfrage, die französische Kabinettskrise, die Englandreise des Herrn von Ribbentrop, Deutschlands „geheime" Rüstungen, das Problem des Waffenhandels — kurz die furchtbare Kriegsgefahr, die über der Welt schwebt, ist heute der Hauptgegenstand der Pressediskussion.

Waffenstillstandstag

„Daß wir nicht vergessen" — so lautet das Motto des Waffenstillstandstages, des 11. November, in England. Es ist ein Totengedenktag, keine lärmende Siegesfeier — obgleich doch dieser Tag den Sieg des Britischen Weltreiches nach seinem größten, blutigsten und schwersten Kampf besiegelte. Nicht einmal das nationalistischste Blatt rührt die Siegestrommel. Auch die Totengedenkfeier wird nicht zum billigen Heldenkult herabgewürdigt. Man ehrt die Toten mit dem heißen Willen „Nie wieder". Wer die Leitartikel in den Zeitungen aller Richtungen an diesem Tage liest, erkennt, wie tief und echt der englische Friedenswille ist.

Doch noch ein anderes zeigt dieser Tag. Schlicht ist die Feier am Ehrenmal, wenn der König den Kranz niederlegt und wenn zwei Minuten Schweigen im ganzen Reich herrscht. Kein militärischer Tamtam — auch hier wiegt Zivil vor — und keine bombastischen Reden vom „herrlichen Tod auf dem Schlachtfeld". Stil und Würde kennzeichnen diesen Tag, wie sie so vieles andere in England kennzeichnen. Es werden Mohnblumen aus Papier verkauft, um an diesem Tage für die Kriegsopfer zu sammeln. Niemand, der keine Blume trägt, jeder gibt, was er zu geben wünscht. Es kommt stets eine stattliche Summe zusammen — ohne Rummel und Lärm, ohne Gebelfer von „Volksgemeinschaft" und „Sozialismus der Tat", ohne Pranger und ohne Eintopftheater. Stil und Würde auch hier. Scham und Neid erfüllen den Deutschen, der das miterlebt.

Erkennt England die Gefahr?

Man liebt in England, den Kopf vor unangenehmen Entwicklungen in den Sand zu stecken. Das ist an dieser Stelle wiederholt gezeigt worden. Man wollte die Gefahr, die das Hitlerregime für Europa bedeutet, nicht sehen. Beginnt man jetzt zu erwachen?

Die Presse widmet mehr und mehr Raum der deutschen Aufrüstung. Die „Times" machte darauf aufmerksam, daß Schachts „Neuer Plan" und die ganze Wirtschaftspolitik nicht nur ökonomische Bedeutung haben, daß die meisten dieser Pläne seltsamerweise auf das Jahr 1937 abgestellt sind, wo auch die Autostraßen fertig sein sollen. Der „Daily Telegraph" befaßte sich sehr gründlich mit den Einzelheiten der deutschen Rüstungen und hielt das Interesse daran durch Veröffentlichung einer lebhaften Korrespondenz im Ausspracheteil aufrecht. Die „Daily Mail" Lord Rothermeres bringt täglich Alarmartikel, freilich mit dem ausgesprochenen Zweck, radikale englische Aufrüstung zu fordern — bei dem Charakter dieses üblen Blattes kann man nicht sicher sein, daß dabei nur ideelle Motive mitspielen. Auch die konservative „Morning Post" hört nicht auf zu warnen.

Und nicht nur die Presse ist alarmiert. Lloyd George, der noch vor kurzem sich dafür verbürgte, daß ein Krieg ausgeschlossen sei, da Deutschland militärisch so schwach sei, daß schon die Tschechoslowakei es besiegen könne (wie kann ein einst führender Staatsmann so blind sein!), rührte jetzt in einer Rede die Alarmglocke. Noch ist der Wille überwältigend stark, das Unheil zu vermeiden; aber schon regt sich banger Zweifel, ob es gelingen wird.

EN ALLEMAGNE

Populaire 25.4.36

Hitler accorde une pseudo-amnistie dont bénéficieront presque exclusivement les nazis

Berlin, 24 avril. — Le chancelier Hitler vient de signer un projet de loi daté du 23 avril, accordant l'amnistie à certaines catégories de condamnés politiques et de droit commun.

Cette amnistie s'étend notamment à toutes les peines prononcées pour des délits commis dans un excès de sentiments nationaux-socialistes, à la condition que la condamnation soit antérieure au 23 avril, puis aux peines prononcées pour des propos injurieux contre le régime et ses chefs, à l'exception de la personne du chancelier lui-même. Cependant, les ecclésiastiques condamnés pour avoir tenu des propos de ce genre du haut de la chaire sont exclus de la mesure de grâce.

De plus, bénéficieront de l'amnistie toutes les personnes condamnées pour délits d'ordre politique sous condition que la peine prononcée contre elles ne dépasse pas un mois de prison.

Cette amnistie est aussi odieuse que le régime qui l'a octroyée. Les bénéficiaires de cette amnistie seront surtout les nazis. Les antifascistes en sont pratiquement exclus, puisqu'ils ont été tous condamnés à des peines supérieures à un mois de prison.

Treize antifascistes condamnés à Magdebourg

Berlin, 24 avril. — Treize des accusés du grand procès politique de Magdebourg viennent, après trois jours de débats, d'être condamnés à des peines de réclusion allant jusqu'à 11 ans.

On sait que l'origine de ce procès remonte aux années 1933-1935. Les inculpés, qui habitent la région de Zeitz, province de Saxe, étant accusés de diffusion de tracts, de reconstitution d'organisations illégales et d'avoir établi une liaison avec la direction des partis allemands réfugiés à l'étranger. Par suite du chômage, un vif mécontentement régnait parmi la population ouvrière de Zeitz et la police politique constata la formation d'un front commun ouvrier entre anciens sociaux-démocrates et communistes. Plusieurs centaines d'arrestations avaient été opérées.

Le procès actuel s'étend à plus de cent personnes qui seront jugées par groupes.

Ein Todesurteil in Hamburg

Hohe Zuchthausstrafen für die übrigen Angeklagten

Hamburg, 22. 7.

Das Sondergericht verurteilte heute in dem Prozeß wegen der Ermordung des Polizeiwachtmeisters Koyka den Hauptangeklagten Wolf zum Tode. Der Angeklagte Wolf wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, fünf zu je acht Jahren Zuchthaus, einer zu fünf Jahren Zuchthaus, vier zu je vier Jahren Zuchthaus, und zwei zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Verfahren gegen den Angeklagten Fedderser ist erledigt, da dieser in der Untersuchungshaft Selbstmord begangen hat.

Maßregeln gegen die Press in Oesterreich

kbg. Wien, 22. 6. (Eigen[illegible])

In Oesterreich werden durch eine neue [illegible] Maßregeln gegen Mißbräuche im P[illegible]t, die zunächst gegen die Sen[illegible] sind. Die neuen Verfügun[illegible]che Fragen, Ueberschr[illegible]e Umgehung vo[illegible]

Tilgung von Strafvermerken

Berlin, 19. April.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preußische Justizministerium Landtagspräsident Kerrl die Strafvollstreckungsbehörden in einem soeben ergangenen Erlaß angewiesen, ihm bezüglich aller rechtskräftig abgeurteilten Straftaten, auf welche die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 21. März d. Js. über Gewährung von Straffreiheit Anwendung findet, über die Anordnung der Tilgung der Strafvermerke im Strafregister zu berichten.

Der Erlaß weist darauf hin, daß es dem Staatsinteresse widerstreitet, wenn Personen, die sich im Kampf für die nationale Erhebung aus vaterländischem Ueberschwang zu Straftaten haben hinreißen lassen, in ihrem Fortkommen auf Jahre durch den Vermerk im Strafregister über die erlittene Strafe behindert werden. Der Reichskommissar beabsichtigt daher grundsätzlich die Tilgung der Vermerke über die Strafen, die durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933 erlassen sind, anzuordnen und hat die hierfür im einzelnen erforderlichen Weisungen gegeben.

La mainmise sur les Kabelwerke

Les membres du conseil de direction de la Société des usines allemandes de construction de câbles (Deutsche Kabelwerke) ont été arrêtés, ainsi qu'un certain nombre d'ingénieurs.

D'après un communiqué du bureau de presse de la cellule nationale-socialiste d'entreprises de Brandebourg, ce conseil de direction « composé principalement de non-aryens », aurait commis des irrégularités dans sa gestion. Les personnalités emprisonnées ont été remplacées par des nationaux-socialistes.

Non-lieu pour M. Mulert

L'instruction ouverte contre M. Mulert, président de la confédération des villes allemandes, vient d'être close par un non-lieu.

Rappelons que M. Mulert avait été inculpé, en mai dernier, de détournements et de malversations. Toute la presse allemande avait reproduit alors complaisamment les griefs déshonorants que le non-lieu d'aujourd'hui permet de considérer comme des calomnies pures et simples.

L'évêque de la nouvelle Eglise protestante allemande

Le pasteur militaire Muller, confident du chancelier Hitler, sera élu évêque de l'Eglise protestante allemande. Le pasteur Hossenhelder, chef des chrétiens-allemands, vient en effet d'adresser au pasteur Muller une lettre l'informant que le résultat définitif des élections de dimanche dernier aux synodes de l'Eglise protestante rend certaine son élection comme évêque.

La grâce des nazis

Le ministre de la justice de Prusse a demandé à tous les procureurs généraux de lui faire connaître, parmi les membres des associations nationales (nationaux-socialistes ou Casques d'acier) purgeant une peine pour délits politiques commis entre le 21 mars et le 15 juillet, ceux pour lesquels une libération anticipée semblait désirable. De même pour ceux contre lesquels une instruction serait ouverte actuellement, le ministre a demandé aux procureurs généraux d'envisager la possibilité d'une amnistie.

Le salut hitlérien

La formule « Bonjour » ou « Comment allez-vous ? » a été définitivement rayée du vocabulaire des citoyens de la ville de Mayence. Les autorités municipales ont, en effet, déclaré que pour les Allemands, il n'existe qu'une seule formule de salut : le salut hitlérien (Heil Hitler) prononcé en levant le bras.

Tilgung von Strafvermerken für Vergehen im nationalen Kampf

Berlin, 19. April.

Der preußische Justizminister Kerrl hat die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, ihm bezüglich aller rechtskräftig abgeurteilten Straftaten auf die die Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März d. J. über Gewährung von Straffreiheit Anwendung findet, über die Anordnung der Tilgung der Strafvermerke im Strafregister zu berichten.

Der Erlaß weist darauf hin, daß es dem Staatsinteresse widerstreitet, wenn Personen, die sich im Kampf für die nationale Erhebung aus vaterländischem Überschwang zu Straftaten haben hinreißen lassen, in ihrem Fortkommen auf Jahre durch den Vermerk im Strafregister über die erlittene Strafe behindert werden.

a voile.

Amnistie pour les assassins hitlériens

Berlin, 28 juillet. — Le ministre de la Justice de Prusse a demandé à tous les procureurs généraux de lui faire connaître, parmi les membres des associations nationales (nationaux-socialistes ou casques d'Acier) purgeant une peine pour délits politiques commis entre le 21 mars et le 15 juillet, ceux pour lesquels une libération anticipée semblait désirable. De même pour ceux contre lesquels une instruction serait ouverte actuellement, le ministre a demandé aux procureurs généraux d'envisager la possibilité d'une amnistie.

Actes mystérieux (?)

Preussens Sondergerichte

Ein Kommentar zur Amnestie-Verordnung

Der „Amtliche Preussische Pressedienst" teilt mit: Der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium hat an die Generalstaatsanwaltschaft Anweisungen über Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Gewährung von Straffreiheit vom 1 März dieses Jahres erlassen. In diesen wird darauf hingewiesen, dass die Verordnung Straffreiheit nur für Straftaten gewährt, die im Kampfe für die nationale Erhebung des deutschen Volkes begangen sind; ausgeschlossen sind daher Straftaten im Kampfe gegen die nationale Erhebung. Auf Vergehen kommunistisch-gerichteter Personen kann jedenfalls die Verordnung niemals Anwendung finden. Es soll jedoch allen denjenigen Straffreiheit gewährt werden, die durch ihre Taten der nationalen Erhebung dienen wollten oder sonst aus nationalen Beweggründen gehandelt haben.

Die Verordnung beschränkt sich im übrigen zeitlich nicht auf Straftaten aus der Zeit vor oder alsbald nach der Wahl des jetzigen Reichstags, sondern umfasst auch weiter zurückliegende Straftaten.

Sie ergänzt daher nicht nur zeitlich das Reichsgesetz über die Straffreiheit vom 20. Dezember 1932, sondern stellt auch eine sachliche Erweiterung dieses Gesetzes dar. Es fallen demnach unter Umständen auch solche Straftaten unter die Verordnung, die nach dem Gesetz vom 20. Dezember 1932 von der Straffreiheit ausgeschlossen gewesen sind, wie zum Beispiel Verbrechen gegen das Leben oder gegen das Sprengstoffgesetz. Als Straftaten, die im Kampfe für die deutsche Scholle begangen sind, sind zum Beispiel solche anzusehen, die im Interesse der Erhaltung des bisherigen Grundbesitzes begangen worden sind. Die Verordnung sieht davon ab, für einzelne Arten von Straftaten Ausnahmen vorzusehen, offensichtlich, weil bei Straftaten, die jeder Vergünstigung unwürdig erscheinen, wie insbesondere Hoch- und Landesverrat, niemals ein Handeln „im Kampf für die nationale Erhebung des deutschen Volkes" angenommen werden kann.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst" weiter mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 21. März 1933

die Errichtung von Sondergerichten in folgenden Städten angeordnet:

für den Kammergerichtsbezirk bei dem Landgericht I Berlin, für den Oberlandesgerichtsbezirk Breslau bei dem Landgericht Breslau, Celle bei dem Landgericht Hannover, Düsseldorf bei dem Landgericht Düsseldorf, Frankfurt bei dem Landgericht Frankfurt a. Main, Hamm bei dem Landgericht Essen, Kassel bei dem Landgericht Kassel, Kiel bei dem Landgericht Altona, Köln bei dem Landgericht Köln, Königsberg bei dem Landgericht Königsberg, Marienwerder bei dem Landgericht Elbing, Naumburg bei dem Landgericht Halle a. d. Saale, Stettin bei dem Landgericht Stettin.

Die Berufung der Vorsitzenden, der Beisitzer und ihrer Vertreter erfolgt durch das Präsidium des Landgerichts, bei dem das Sondergericht gebildet ist. Mit Rücksicht darauf, dass gegen die Entscheidungen der Sondergerichte Rechtsmittel nicht zulässig sind, wird es in der Ausführungsverfügung des Kommissars des Reiches für erwünscht erklärt, dass nach Möglichkeit zu Vorsitzenden dieser Gerichte und ihren Vertretern Landgerichtsdirektoren bestellt werden. Anklagebehörde ist die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht.

Mit der Bearbeitung der zur Zuständigkeit der Sondergerichte gehörenden Strafsachen sollen bei den Staatsanwaltschaften besonders auszuwählende Sachbearbeiter betraut werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass zur Bewilligung bedingter Strafaussetzung die Sondergerichte nicht befugt sind.

Der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium hat angeordnet, dass für die Bearbeitung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. März 1933 auf die Oberlandesgerichte übergehenden Hochverratssachen in Preussen das Kammergericht und die Oberlandesgerichte Breslau, Hamm, Kassel und Königsberg zuständig sind.

*

Minister Kerrls Amtsantritt

Der kommissarische preussische Justizminister Kerrl hat heute vormittag die Amtsgeschäfte im Justizministerium offiziell übernommen. Er versammelte die Beamten und die übrigen Mitarbeiter des Ministeriums und richtete eine Begrüssungsansprache an sie, in der er darauf hinwies, dass jetzt eine neue Zeit auch in der preussischen Justiz angebrochen sei und dass die hierfür erforderlichen neuen Massnahmen auch neue Männer notwendig machen würden. Man rechnet damit, dass im preussischen Justizministerium grössere personalpolitische Aenderungen erfolgen.

Aber im Ausgang des 17. Jahrhunderts treten deutsche Plastiker auf, deren Eigenart, trotz Bernini und dem Franzosen Puget, schon frühzeitig auffällt: so der Salzburger Balthasar Permoser, so der Pfälzer Paul Egell, der ein Schüler des Salzburgers war. Permoser ist einer der Hauptmeister des deutschen Barocks: seine Skulpturen am Zwinger, an der Hofkirche in Dresden usw. reissen uns durch ihre vehemente innere Bewegtheit mit. Und um die Zeit, da Permoser in Dresden wirkt, wird in Wien Raphael Donner, der Schöpfer des Brunnens am Wiener Mehlmarkt (Neuen Markt), schon weltberühmt.

Im Jahre 1741, da Donner stirbt, vollenden die Brüder Asam die Ursulinenkirche von Straubing. Und die feine gedämpfte Musikalität der Plastik des Wieners steht in starkem Gegensatz zu der faszinierenden dekorativen Art, in der die bayerischen Bildhauer ihre Bildwerke halten. Denn sie passen sie dem Rhythmus des Kircheninneren so elastisch an, dass die Empfindung entsteht, als seien hier Architektur und Plastik eine künstlerische Einheit. Das Licht, das in die barocke Kirche strömt, steigert noch die Wirkung der schwebenden, sich biegenden, farbig und in Gold bemalten Skulpturen. Es beginnt das Frührokoko. Die Heiligenfiguren werden mondän komponiert und „gefasst". Der Schwung der Linie und Farbe geht in das Ueberschwängliche. Und inmitten dieser Zeit wächst Franz Ignaz Günther auf, der Neuschöpfer der bayerischen Plastik. Die

Fern Ausgabe
B.T. 23. III. 33.

Amnestie und Sondergerichte

Die neuen Notverordnungen – Schutz der Regierung

Die Reichsregierung hat zwei Verordnungen beschlossen, die dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt werden.

Zunächst handelt es sich, wie halbamtlich mitgeteilt wird, um eine Verordnung über die

Gewährung von Straffreiheit.

Die Reichsregierung ist dabei von dem Gesichtspunkt ausgegangen, dass der Kampf um die nationale Erhebung jetzt zu einem sichtbaren Abschluss gelangt ist. In der Zeit der Kämpfe hat sich in dem leidenschaftlichen Ringen um die Durchsetzung des nationalen Gedankens mancher zu Handlungen hinreissen lassen, die gegen die Strafgesetze verstossen haben. Diese Zeit gehört der Vergangenheit an. Der Reichskanzler hat in seinem Erlass vom 12. März jedem weiteren Uebergriff Halt geboten. Für die Zukunft kann das Reich gegen Uebertreter der Gesetze, auf denen sein Bestand ruht, keine Gnade walten lassen. Für Gesetzesverstösse der vergangenen Zeit, die aus bestem Wollen für das Wohl des Reiches begangen worden sind, kann es aber auf eine strafrechtliche Sühne verzichten,

in dem festen Vertrauen, dass der Geist der Disziplin, an den der Reichskanzler appelliert hat, die sicherste Grundlage für die Achtung vor den Gesetzen bildet.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus sieht die kommende Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, vor, dass für Straftaten, die im Kampf für die nationale Erhebung des deutschen Volkes, zu ihrer Vorbereitung oder im Kampf für die deutsche Scholle begangen sind, Straffreiheit gewährt wird. Hierzu sind folgende Richtlinien zugrunde gelegt: Strafen, die bei Inkrafttreten der Verordnung rechtskräftig erkannt, aber noch nicht verbüsst, werden erlassen. Der Straferlass erstreckt sich auch auf Nebenstrafen und Sicherungsmassnahmen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, sowie auf gesetzliche Nebenfolgen, auf rückständige Geldbussen, die an die Kassen des Reiches oder der Länder zu leisten sind, und auf rückständige Kosten.

Die weite Verordnung betrifft die Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung.

Diese Verordnung enthält, ebenfalls auf Grund des Artikels 48 Absat 2, folgende Bestimmungen: Wer eine Uniform eines Verbandes, der hinter der Regierung der nationalen Erhebung steht, im Besitz hat, ohne Mitglied des Verbandes oder sonstwie zum Besitz befugt zu sein, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Wer die Uniform oder ein die Mitgliedschaft kennzeichnendes Abzeichen eines Verbandes der vorbezeichneten Art, ohne Mitglied des Verbandes zu sein, trägt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Wer eine strafbare Handlung gegen Personen oder Sachen begeht oder androht und dabei, ohne Mitglied des Verbandes zu sein, die Uniform oder ein die Mitgliedschaft kennzeichnende Abzeichen eines Verbanes der vorbezeichneten Art trägt oder bei sich führt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Ist die Tat in der Absicht begangen, einen Aufruhr oder in der Bevölkerung Angst oder Schrecken zu erregen oder dem Deutschen Reich aussenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten, so ist auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren oder auf lebenslängliches Zuchthaus zu erkennen. In besonders schweren Fällen kann auf Todesstrafe erkannt werden. Nach diesen Vorschriften kann ein Deutscher auch dann verfolgt werden, wenn er die Tat im Ausland begangen hat.

Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet,

die geeignet ist, das Wohl des Reiches oder eines Landes, oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter diesen Regierungen stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen,

wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren, und wenn er die Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Ist durch die Tat ein schwerer Schaden für das Reich oder ein Land entstanden, so kann auf Zuchthausstrafe erkannt werden. Wer die Tat grob fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Wer die Mitgliedschaft eines Verbandes erschlichen hat, gilt nicht als Mitglied des Verbandes im Sinne dieser Verordnung.

Ferner wird die Reichsregierung eine Verordnung über die Bildung von Sondergerichten erlassen.

Diese Verordnung stützt sich auf die dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931. Im § 1 wird bestimmt, dass für den Bezirk eines jeden Oberlandesgerichts ein Sondergericht gebildet wird, dass diese Sondergerichte Gerichte des Landes sind, und dass die Landesjustizverwaltungen den Sitz der Sondergerichte bestimmen. § 2 grenzt die Zuständigkeit der Sondergerichte ab. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

(Privattelegramm de

‡ Berlin, 9. August. Der preußische Justizminister hat nunmehr die Ausführungsverordnung zu dem kürzlich erlassenen Gesetz über das preußische Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht herausgegeben. Die sehr eingehende Verordnung stellt sich als eine dem neuen Geiste entsprechende Zusammenfassung der Verwaltungsbestimmungen auf dem Gebiete des Gnaden- und Strafvollstreckungsrechtes dar. Diese Materie war bisher in einer Fülle von Einzelbestimmungen geregelt, deren Uebersicht selbst dem Sachkenner kaum mehr möglich war. Alle diese alten Bestimmungen werden jetzt aufgehoben und durch die Verordnung ersetzt.

Außer den erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu den [illegible] Paragraphen des Gesetzes gibt die Verordnung ferner

24.733

Montag-Morgenblatt der Frankfurter Zeitung

Schärfste Abwehr staatsfeindlicher Akte.

Todesstrafe für Ueberfälle und Greuelpropaganda. — Begnadigungsaktion für Straftaten im Interesse der beendeten Revolution.

Am Samstag mittag fand in Berlin eine außerordentliche Sitzung des Preußischen Staatsministeriums statt, in welcher Maßnahmen zum erhöhten Schutze der Polizei, der SA, SS und des Stahlhelms, weiter eine volle Uebertragung des Begnadigungsrechts auf den preußischen Ministerpräsidenten und eine Begnadigungsaktion für Straftaten im Interesse der beendeten Revolution beschlossen wurden. Ueber die Gesetze und Erlasse und über ihre Begründung wurde im größten Teil der Auflage bereits ausführlich berichtet. Wir tragen im folgenden für den Rest der Auflage das Wesentlichste kurz nach.

Bei Angriffen staatsfeindlicher Elemente auf Polizei, SA und SS (einschließlich des Stahlhelms als einer Formation der nationalsozialistischen Bewegung) soll das Verfahren in allen Fällen mit aller nur möglichen Beschleunigung durchgeführt werden. Entsprechende Weisungen sind bereits an die Polizei- und Justizbehörden in einer auf die Kabinettssitzung folgenden Konferenz ergangen. Weiterhin ist durch Erlaß des Justizministers eine Zentralstaatsanwaltschaft gebildet worden, die ebenfalls dem gleichen Zweck dient.

Da aber nach der Ueberzeugung des preußischen Kabinetts das geltende Strafrecht nicht ausreicht, hat die preußische Regierung dem Reichskabinett den Entwurf eines

Gesetzes „zur Gewährleistung des Rechtsfriedens"

zugeleitet, nach welchem für Ueberfälle und für Greuelpropaganda Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus angedroht wird. Mit dem Erlaß dieses Gesetzes darf mit Sicherheit gerechnet werden, wie auch Ministerpräsident Goering vor der Presse aussprach, daß nach seiner Ueberzeugung die Reichsregierung dem Antrag in Kürze beitreten werde. Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Mit dem Tode oder soweit nicht bisher eine schwerere Strafe verhängt war, mit lebenslänglichem Zuchthaus wird bestraft:

1. Wer einen Beamten der Staatsanwaltschaft, der Polizei oder der SA einschließlich des Stahlhelms oder der SS vorsätzlich tötet oder wer es unternimmt, einen der Vorbezeichneten zu töten oder wer dazu auffordert, sich dazu erbietet, ein solches Erbieten annimmt, oder die Tötung mit einem anderen verabredet.

2. Wer vorsätzlich Druckschriften politischen Inhalts aus dem Auslande einführt oder einzuführen unternimmt, wenn durch die Schrift

a) das Verbrechen des Hochverrats (§§ 81—86 StGB, § 5 der Verordnung vom 28. Februar 1933) oder

b) ein Vergehen gegen die Vorschriften über verbotene Vereine (§ 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932) oder über verbotene Druckschriften (§ 18 der Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 oder

c) eine nach den §§ 110 bis 112 des StGB oder nach § 1 der Verordnung vom 4. Februar 1933 strafbare Aufforderung oder Anreizung oder

d) ein Verbrechen gegen § 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 begründet wird.

Die Verurteilung aus dieser Vorschrift zieht den Verlust aller öffentlichen Leistungen des Reiches, der Länder oder Gemeinden für den Verurteilten und die zu seinem Hausstand gehörenden Familienangehörigen nach sich. Zuständig zur Aburteilung sind die Sondergerichte.

Begnadigungsrecht und Begnadigungsaktion.

Weiter ist in einem „Gesetz zur Wiederherstellung des uneingeschränkten Begnadigungsrechts des Staatshauptes" Artikel 54, Abs. 2 und 3 der Preußischen Verfassung aufgehoben worden. Hierdurch geht das Recht der Begnadigung und der Niederschlagung und Untersuchungen auch für den Fall allgemeiner Begnadigung ohne Einschränkung auf den preußischen Ministerpräsidenten über, ohne daß ein Gesetz oder ein Antrag des Landtags nötig dazu wäre. Ministerpräsident Goering will dieses Recht aktuell so ausüben, daß Kämpfer der nationalsozialistischen Revolution, die zwar gegen die Form des Gesetzes gefehlt haben, dies aber nur taten, um tatsächlich der Revolution und damit dem Staat und Volk zu dienen, begnadigt, beziehungsweise, daß etwa gegen sie schwebende Verfahren niedergeschlagen werden. Der Stichtag für solche Fälle ist der 15. Juli, der Tag, an welchem der Reichskanzler erklärte, daß die Revolution beendet sei. Künftig soll jede strafbare Handlung, einerlei wer sie begangen habe, verfolgt werden.

Zur Begründung

der preußischen Maßnahmen führte Ministerpräsident Goering vor der Presse u. a. aus, daß sie notwendig geworden seien infolge Vermehrung der Ueberfälle auf SA-, SS-Männer und Polizei. Wer sich künftig an Trägern des Staates oder der NSDAP vergreife, müsse wissen, daß er dafür sein Leben verliere. Es genüge, wenn er die Tat beabsichtigt habe oder wenn sie statt mit dem Tode mit einer Verletzung ausgegangen sei. Nach dem Gesetz werde ferner die Todesstrafe zu verhängen sein, wenn das Ansehen des Staates oder sein Bestand durch die sogenannte Greulpropaganda angetastet würden. Bei Ueberfällen könne von mildernden Umständen nicht mehr geredet werden. Für die Träger des Staates sei damit eine Sicherung geschaffen, wie sie noch keinem zuteil geworden sei. Von nun an verlange er, der Ministerpräsident, von jedem, wo er auch stehe, daß er sich mit seiner ganzen Person für die Autorität des nationalsozialistischen Staates und damit des deutschen Volkes einsetze.

306 W78
U-Y. C. 74
June 11, 1945

Lieber Professor Gumbel,
Heilmann ist Ende
1939 in Buchenwald
gestorben.

Mit freundlichem Gruss!

Hedwig Lachenheim

DEUTSCHE JUSTIZ, Rechtspflege und Rechtspolitik, amtliches Blatt der deutschen Rechtspflege. - Herausgeber: Dr. Franz Guertner, Reichsminister der Justiz
Berlin, 11.September 1936, Nr. 37, Ausgabe A.

DER POLITISCHE MORD

Von Rechtsanwalt Professor Dr. G r i m m, Essen

Die Schreckensnachrichten, die taeglich aus Spanien zu uns dringen, haben die Aufmerksamkeit aller rechtlich Denkenden wieder auf ein Problem gelenkt, das seit Menschengedenken ein Kernproblem unseres Rechtslebens ist, den politischen Mord.

Der ungluecksliche Krieg und mehr noch der missratene Frieden, von dem der franzoesische Historiker Jacques Bainville gesagt hat, dass Versailles kein Frieden gewesen sei, sondern den "ewigen Krieg" organisiert habe, dazu die international noch ungeloesten sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit, lassen die Menschheit nicht zur Ruhe kommen. Eine erschreckende Begleiterscheinung dieser Unruhe aber ist der politische Mord.

Das deutsche Volk, das nach dem Zusammenbruch unter dem Druck der unmoeglichen Klauseln von Versailles Jahre innerer und aeusserer Beunruhigung durchlebt hat wie selten ein anderes Volk, kann sich heute, wo eine starke, zielbewusste Staatsfuehrung wieder Ruhe und Ordnung gewaehrleitstet, kaum noch vorstellen, wie es war, als die Zeitungen in Deutschland waehrend der Kaempfe im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Thueringen und Sachsen taeglich von Toetungen von Menschen berichteten.

Aber auch die Jahre der Kampfzeit, in der Hundere von Nationalsozialisten Opfer des politischen Mordes wurden, liegen nun abgeschlossen hinter uns.

Da duerfte es an der Zeit sein, einmal Rueckschau zu halten, um festzustellen, wie die deutsche Rechtspflege sich in den unruhigen Nachkriegskaempfen, die heute ueberwunden sind, zu dem Problem des politischen Mordes gestellt hat. Das ist um so mehr geboten, als die politischen Morde, die sich jetzt im Auslande ereignen, von gewissen Kreisen wieder zum Anlass genommen werden, an der deutschen Rechtspflege tendenzioese Kritik zu ueben, die selbst vor der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht haltmacht.

Wenn wir die Zeit von 1918 bis zum Umbruch betrachten, so werden, wir, was die Behandlung der politischen Toetungen in Deutschland im weitesten Sinne anbelangt, drei Perioden zu unterscheiden haben: Die eigentliche Buergerkriegsperiode, die dem Zusammenbruch folgte und mit dem Londoner Abkommen vom 1. September 1924 und der dort erfolgten Liquidation des Ruhrkampfes ihr Ende fand, eine Zwischenstufe von Ende 1924 bis zur Rheinlandraeumung vom 1. Juli 1930 und die letzte Kampfzeit vor der Machtergreifung von Ende 1930 bis Januar 1933.

Die Buergerkriegsperiode ist gekennzeichnet durch blutige Kämpfe in Berlin und Mitteldeutschland, in Oberschlesien und im Rhein- und Ruhrgebiet, in deren Verlauf Hundete von Menschen getoetet wurden, und zwar nicht nur bei eigentlichen Kampfhandlungen, sondern auch durch grausame Einzelermordungen.

Den besten Aufschluss ueber den Charakter dieser Kaempfe und die Art der damals erfolgten Toetungen duerfte das Buch von Severing: Im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld, Volkswacht 1927, geben, in dem die Spartakistenkaempfe von Maerz-April 1920 im Ruhrgebiet geschildert werden. Severing schaetzt in dieser Schrift die Zahl der auf beiden Seiten getoeteten Personen auf 1000. Von den zahlreichen Morden der damaligen Rotgardisten sagt Severing selbst S.195 seines Buches, dass es sich um die Taten "notorischer Verbrecher" gehandelt habe. Unter den zahlreichen unge-

suehnten Einzeltaten aus dieser Zeit sind besonders die grausame Ermordung des Bergwerksdirektors Sebold in Lohberg, des Reichswehroffiziers Weber in Lippeschloesschen bei Wesel, des Reichswehrsoldaten Samet in Dorsten und viele andere hervorzuheben.

Die damalige Reichsregierung versuchte, durch Amnestien eine allmaehliche Beruhigung herbeizufuehren. Bei allein Amnestien der damaligen Zeit wurden aber immer die Toetungsverbrechen ausgenommen. Das geschah auch bei dem sogenannten Bielefelder Abkommen und der darauffolgenden Amnestie vom 4. August 1920 (RGBl. S.1487), durch die der Rotgardistenaufstand des Ruhrgebietes vom Maerz-April 1920 liquidiert wurde. Andererseits glaubte man es in der damaligen aufgeregten Zeit nicht wagen zu koennen, die zahlreichen Morde der Spartakisten an Reichswehroffizieren, Freikorpsleuten und Buergern ernstlich zu verfolgen. So kam das Preussische Justizministerium nach dem Rotgardistenaufstand des Jahres 1920 auf den Gedanken, den Spartakisten, die Angehoerige der Regierungstruppen getoetet hatten, putative Staatsnotwehr zuzubilligen. Das geschah durch folgende aussergewoehnliche Verfuegung des preussischen Justizministeriums vom 19. April 1920 (IM.I.4929):

"Der Herr Reichsjustizminister hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14.d.M. folgende Ausfuehrungen ueber die Verfolgbarkeit von Personen gemacht, die in Abwehr des verbrecherischen Kapp-Putsches ihrer besseren Ueberzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenueber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten: Auch insoweit wird bei verstaendiger Pruefung meiner Ueberzeugung nach in der Regel anzunehmen sein, dass der subjektive Tatbestand, d.h. das Bewusstsein von der Rechtswidrigkeit des Verhaltens, keineswegs vorliegt, selbst wenn man den objektiven Tatbestand einer strafbaren Handlung deststellen könnte.

Das kommt natuerlich ganz besonders auch fuer diejenigen Leute im Ruhrgebiet in Frage, die dort lediglich deshalb zu den Waffen gegriffen haben, weil sie der wirklichen oder vermeintlichen Ueberzeugung waren, gegen Kappsche Truppen zur Unterstuetzung der Regierung und fuer die Verteidigung der Demokratie zu kaempfen."

Es ist also nicht wahr, dass man in Deutschland den Gedanken der putativen Staatsnotwehr erfunden hat, um politische Moerder von rechts zu schuetzen. Der Gedanke der putativen Staatsnotwehr ist zuerst vom Preussischen Justizministerium zugunsten der Moerder von links verwandt worden, d.h. teilweise zugunsten von Personen, die Severing selbst als "notorische Verbrecher" bezeichnet hatte, und gegen die Angehoerigen der Reichswehr und Freikorps, die damals den Staat gerettet hatten.

Zu gleicher Zeit entfalteten gewisse extreme Linkskreise unter Fuehrung von Gumbel eine ueberaus heftige und durchaus einseitige Mordpropaganda gegen die Rechtsparteien in Deutschland. Das geschah zunaechst in der Schrift von Gumbel: "Zwei Jahre Mord", Berlin 1920, und Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1923, die dann durch andere Schriftsteller, wie Mertens, der sich der Verfolgung wegen Landesverrates durch Flucht ins Ausland entzog, noch wesentlich vergroebert und geradezu zu einer Greuelliteratur ausgestaltet wurde. Bei seiner Darstellung der politischen Toetungen in Deutschland in der Buergerkriegszeit von 1918-1923 wandte Gumbel ein Trick an. Er erklaerte, dass er Massenhandlungen nicht eroertern wolle. So wurden von ihm einfach alle Linksmorde als Massenhandlungen bezeichnet. Linksmorde gab es also nicht. Was blieb, waren politische Morde von rechts. Dabei beschraenkte er sich aber, soweit die Taeter den Rechtsparteien angehoerten, nicht auf die eigentlichen politischen Morde, wie den Erzberger- und Rathenau-Mord, sondern er behandelte in breiter Aufmachung auch die Toetungen, die von Angehoerigen der Reichswehr und ihren damaligen Hilfsorganen, der Schwarzen Reichswehr und der Freikorps, in den unruhigen Kaempfen in Oberschlesien im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland begangen waren.

Waehrend im Rotgardistenaufstand im Ruhrgebiet von 1920 allein 372 Angehoerige der Regierungstruppen zum Teil auf schrecklichste Weise getoetet worden waren, war es vorgekommen, dass im Anschluss an diese Ereignisse des Jahres 1920 ein An-

ein Angehoeriger der Freikorps, die damals den Ruhraufstand niederwarfen, der Leutnant Heines, einen vermeitnlichen Verraeter erschoss. Ebenso waren in Oberschlesien und im Anschluss daran zur Zeit des Ruhrkampfes 1923, als in den Abwehrkaempfen gegen den Separatismus und Verrat Hunderte von Menschen getoetet wurden, in der Schwarzen Reichswehr 8 Personen getoetet worden, die man fuer Verraeter und Spione hielt. Diese 8 Verraetertoetungen aus der Ruhrkampfzeit und die eine Toetung aus 1920 (Heines) wurden nun unter der Einwirkung der von Gumbel und seinen Freunden geleiteten Propaganda als "Fememordprozesse" gross aufgezogen, waehrend die zahlreichen Linksmorde ungesuehnt blieben. Jahrelang wurde die oeffentliche Meinung in Deutschland durch die "Fememordprozesse" vergiftet, bis schliesslich Maenner aus allen Lagern, allen Parteien, Konfessionen und Weltanschauungen sich zusammenschlossen, um nach Beendigung der Buergerkriegszeit als nach dem Ruhrkrieg eine relative Ruhe einkehrte, die Beendigung der Fememordprozesse zu verlangen. Im Ruhrgebiet und in der Pfalz wurden Ausschuesse gegruendet, denen fuehrende Persoenlichkeiten aus allen Parteien, auch der Demokraten und des Zentrums, angehoerten und es fuer ungerecht erklaerten, dass die Leute, die bei Abwehr von Angriffen gegen den Staat Toetungen begangen hatten, noch verfolgt wuerden, dagegen die Spartakisten, Separatisten und andere Landesfeinde unbehelligt blieben. Auf die Eingabe dieser Ausschuesse beschloss der Reichstag schon am 2. Juli 1930, als die nationalsozialistische Fraktion noch nicht sehr gross war, mit 2/3 Mehrheit, endlich einen Schlusstrich unter die unruhige Buergerkriegszeit zu ziehen und die bisherigen Amnestien auf Toetungsverbrechen auszudehnen. Zu den energischsten Verfechtern dieser Amnestie gehoerte damals auch Geheimrat Kahl, der diese Amnestie eine "Amnestie der Gerechtigkeit" nannte.

Lediglich die Sozialdemokraten unter Fuehrung von Braun und Severung stimmten gegen die Amnestie, weil sie ihnen ein politisches Kampfmittel, die Femehetze nahm. Braun als Preussischer Ministerpraesident legte sogar Einspruch gegen dieses Gesetz ein, so dass das Gesetz am 19. Oktober 1930, damals unter massgebender Beteiligung der NSDAP., nochmals beschlossen werden musste.

Damit war die Buergerkriegsperiode endgueltig liquidiert. In der Zwischenperiode relativer aussenpolitischer Ruhe von 1924 bis 1930, die mit der Beendigung des Ruhrkampfes begann und bis zur Rheinlandraeumung dauerte, hatten aber schon die innenpolitischen Kaempfe um die Macht begonnen, die dann von 1930 bis 1933 ihren Hoehepunkt erreichten, und mit der Machtergreifung durch die NSDAP endeten. Diese Zeit ist durch neue politische Toetungen angefuellt, die nicht mehr Buergerkriegscharakter tragen, sondern sich als reine politische Morde darstellen. Hunderte von Deutschen, die sich zur Bewegung des Nationalsozialismus bekannten, sind lediglich deshalb, weil sie Nationalsozialisten waren, von politischen Gegnern getoetet worden.

Diese Zeit des politischen Mordes (Rotmordes) ist erst durch die Machtergreifung beendet worden.

Die Vorwuerfe, die noch heute von Maennern aus dem Kreise um Gumbel vom Auslande her gegen die deutsche Rechtspflege erhoben werden, sind nicht gerechtfertigt. Was zunaechst die Buergerkriegszeit von 1918-1924 anbelangt, so befanden sich damals die Gerichte in einer ueberaus schweren Lage, die das Landgericht Berlin in seinem Beschluss vom 9. Januar 1929 am besten ausgedrueckt hat, wenn es sagt, dass die Gerichte gezwungen seien, in den sogenannten Fememordprozessen Vorgaenge der Geschichte nach Parapgraphen zu beurteilen, die nur fuer normale Zeiten geschrieben worden seien. Aber die deutschen Gerichte haben damals die Paragraphen angewandt und die sogenannten "Fememoerder" verurteilt. Erst allmaehlich begann sich eine andere Rechtsauffassung durchzusetzen, Man begriff einfach nicht, dass das Preussische Justizministerium den Rotgardisten des Spartakistenaufstandes von 1920 putative Staatsnotwehr zubilligen konnte, und man den Freikorpskaempfern und Angehoerigen der Schwarzen Reichswehr diesen Einwand versagen sollte.

Das Dilemma, in dem sich die Gerichte befanden, ist vielleicht am besten ausgedrueckt in dem Urteil des Schwurgerichts Berlin im Wilms-Prozess vom 26.3.1927, das die Angeklagten zum Tode verurteilte und doch in den Urteilsgruenden ausfuehren musste

"Andererseits ist aber zu beruecksichtigen, dass sie die Tat nicht aus eigennuetzigen Gruenden begangen haben, sondern weil sie in den verworrenen Zeiten der Ruhrbesetzung und der Inflation glaubten, eine gute Sache im vaterlaendischen Interesse und im - wenigstens stillschweigenden - Einverstaendnis mit der Reichswehr durchzufuehren. Der gute Glaube kann jedenfalls diesen Angeklagten nicht abgesprochen werden."

Es lag daher nahe, dass die Verteidigung in den Femeprozessen die Frage aufwarf, ob es nicht richtig sei, den Femeangeklagten die putative Staatsnotwehr oder den Staatsnotstand zuzubilligen, den das Preussische Justizministerium den Rotgardisten schon 1926 zugebilligt hatte.

Das Reichsgericht, das schon lage vorher in ganz anderem Zusammenhang den Gedanken des uebergesetzlichen Notstandes (Eingriff des Arztes) entwickelt hatte, erklaerte zum erstenmal in seinem Urteil im Reim-Prozess vom 8.5.1929, dass in den ausergewoehnlichen Lagen, in denen die Angehoerigen der Schwarzen Reichswehr im Ruhrkampf und den Oberschlesienkaempfen gehandelt haetten, die Annahme einer Staatsnotwehr unter gewissen Umstaenden moeglich sei; es verneinte aber das Verliegen dieser Voraussetzungen in dem vorliegenden Falle und verwarf die Revision des Leutnants Reim gegen das ihn verurteilende Erkenntnis des Schwurgerichtes Berlin vom 24.9.1928. Erst das Schwurgericht Schwerin zog die praktische Schlussfolgerung aus dem Urteil des Reichsgerichts vom 8.5.1929, indem es den Leutnant Eckermann, den Sohn des Admirals von Eckermann, den man aus Guatemala herbeiholte, um ihm in Deutschland einen Femeprozess zu machen, den putativen Staatsnotstand zubilligte und annahm, dass er sich in fahrlaessigem Tatirrtum befunden habe. Das Urteil nahm deshalb fahrlaessige Toetung an, die durch Amnestie erledigt war. Gegen dieses Urteil wurde von dem Republikanischen Richterbund eine heftige Propaganda entfaltet.

Das Reichsgericht hob das Urteil des Schwurgerichtes Schwerin auf und verwies die Sache an das Landgericht Rostock zurueck. Dort wurde die Sache nicht mehr verhandelt, weil inzwischen die Amnestie vom 19. Oktober 1930 in Kraft trat.

Das Reichsgericht hat also den Gedanken des Staatsnotstandes mit aeusserster Vorsicht und Zurueckhaltung angewandt. Praktisch ist in keinem Falle durch ein deutsches Gericht rechtskraeftig im Falle der Toetung eines Verraeters putative Staatsnotwehr oder Staatsnotstand angenommen worden.

Erst recht ist der Vorwurf ungerechtfertigt, der von den frueheren Linkskreisen auch heute wieder vom Ausland her gegen Deutschland erhoben wird, die deutschen Gerichte und deutschen Rechtslehrer haetten den "politischen Mord" in Deutschland gerechtfertigt.

Das ist nicht wahr. Der Trennungsstrich zwischen politischem Mord und den Verraetertoetungen, die man in Linkskreisen die "Fememorde" nennt, ist immer scharf gezogen worden. Die sogenannten Fememoerder glaubten, als sie vermeintliche Verraeter toeteten, im Recht zu sein, sie glaubten, im Interesse der Landesverteidigung nicht anders handeln zu koennen. Der politische Moerder weiss sehr wohl, dass seine Tat gegen Recht und Gesetz verstoesst. Er will die Folgen seiner Tat auf sich nehmen. Politischer Mord ist Mord und bleibt Mord, wenn auch das Motiv ein politisches ist; den politischen Mord zulassen, heisst die Anarchie herbeifuehren. Einen anderen Standpunkt hat auch die Verteidigung in den Femeprozessen niemals eingenommen. Das war auch der Standpunkt des Amnestieausschusses in Deutschland, der die Beendigung der Femeprozesse erstrebte.

Es waere wuenschenswert, wenn das Kapitel des politischen Mordes, das fuer Deutschland abgeschlossen ist, auch ueberall endgueltig abgeschlossen waere; und dass die Mahnung erfuellt wuerde, die die Verteidigung schon im Reim-Prozess vor dem Schwurgericht Berlin am 18.September 1928 in die Worte kleidete: "Wir muessen aus dieser Mordatmosphaere heraus!"

Noch sechs Todesopfer des Wahlkam

In zahlreichen deutschen Städten und Ortschaften kam es auch am Tage nach der Wahl noch zu politischen Zusammenstößen, Brandstiftungen und Anschlägen. In Billstedt in der Nähe von Hamburg wurde ein Kommunist von Polizeibeamten mit Waffen angetroffen. Er wurde aufgefordert, stehen zu bleiben. Da er der Aufforderung nicht Folge leistete, wurde auf ihn geschossen. Schwerverletzt brach er zusammen und kurze Zeit später erlag er im Krankenhaus seinen Verwundungen. Im benachbarten Dorfe Quickborn sollte ebenfalls ein Kommunist verhaftet werden. Er ergriff die Flucht und wurde bei der Verfolgung erschossen. In einer Gastwirtschaft in Wiesenau, Kreis Guben, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem, der K. P. D. angehörigen Arbeiter Bernhard Krause und zwei S.A.-Männern. Als Krause die beiden Nationalsozialisten mit der Pistole bedrohte, schossen die beiden S.A.-Männer und verletzten Krause durch einen Kopfschuß tödlich.

Der oldenburgische Landtagsabgeordnete Gerdes, der am Freitag vormittag vor seiner Wohnung überfallen und schwer verletzt wurde, ist gestern seinen Verletzungen erlegen. Gerdes gehörte der kommunistischen Landtagsfraktion an. — Der S.A.-Mann Kurt Hausmann, der am Freitag abend bei Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten in Schönebeck an der Elbe durch einen Lungenstich schwer verletzt wurde, ist ebenfalls an den Folgen der Verwundungen gestorben.

Aus Bad Freienwalde wird gemeldet, daß in der Scheune des Landwirts Ehrenberg in Altglietzen, der der KPD. nahesteht, ein Geheimlager der Kommunisten entdeckt und ausgehoben worden sei. Unter Heu hatten sich acht Kommunisten versteckt gehalten, sie wurden dem Amtsgericht Bad Freienwalde zugeführt. Außerdem fand man in der Scheune mehrere Jagdgewehre, drei Armeepistolen mit Munition und zahlreiches kommunistisches Propagandamaterial.

In Dresden wurden 15 Sozialdemokraten festgenommen, bei denen man Trommelrevolver, Hiebwaffen, zwei Pechfackeln und mehrere Tüten mit Pfeffer vorgefunden hatte. Nach einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen des Reichsbanners wurden die Räume eines Hauses, in die Reichsbannerleute geflüchtet waren und aus denen auch geschossen worden war, durchsucht. Man fand drei Holzkeulen, eine geladene Armeepistole und einige Hiebwaffen. Elf Reichsbannerleute wurden festgenommen.

Gestern mittag wurden in Hamburg in der Gegend des Großneumarktes Nationalsozialisten von Anhängern der K.P.D. beschossen. Dabei wurde ein Kind durch eine Kugel getroffen und leicht verletzt. Die Polizei nahm elf Kommunisten fest und beschlagnahmte bei der Durchsuchung ihrer Wohnungen mehrere Schlagwaffen. Das kommunistische Lokal „Internationale Seemannshilfe" in der Rotesothstraße wurde von der Hamburger Polizeibehörde bis auf weiteres geschlossen und polizeilich besetzt.

Nach einer Meldung aus Köln entstand in der Nacht zum Montag in den Siebendorfer Glaswerken im Kreise Berkheim ein Großfeuer. Mit lauten Detonationen brach das Feuer gleichzeitig an verschiedenen Stellen aus. Es liegt unzweifelhaft Brandstiftung vor. Als der Nachtwächter herbeieilte, wurde er von den flüchtenden Tätern beschossen. Das Hauptlagergebäude brannte restlos nieder. Sieben Kommunisten wurden unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen. Ebenso wurde in Zie- [illegible] Behöft eines protestantischen Geistlichen von Kommu- [illegible]

einem Angehörigen des Stahlhelms überrascht wurd sie ihn zu Boden und flüchteten.

In der Nähe von Bunzlau wurden nachts auf de zwischen Prinzdorf und Lorenzdorf neun Telegra tungen sowie 16 Kabelleitungen zerschnitten. Nac Untersuchung gelang es, den Haupttäter des Anschlags festz Unter dem Verdacht der Beihilfe wurden fünf Personen genommen und in das Gerichtsgefängnis in Sagan ei

BRESLAU, 9. MÄRZ

Die Leiche des am Wahlsonntag in Breslau erschossenen S.A.-Hilfspolizisten ist am Donnerstag abend in feierlichem Zuge nach der Breslauer Elisabeth-Kirche übergeführt worden, wo der Sarg im Fackelschein aufgebahrt wurde. Die S.A. stellt eine Ehrenwache. Am Freitag mittag wird der Sarg dann nach einer kirchlichen Feier unter Beteiligung starker Schutzpolizei- und S.A.-Formationen vor das Stadtgebiet geleitet werden. Die Beerdigung findet in Schweidnitz statt.

Nazimörder werden freigelassen

Essen, 17. März. ag. Wolff. Der 20jährige S.-A.-Mann Ditthardt, der kurz vor der vorletzten Reichstagswahl einen Reichsbannermann erschossen hatte, wurde heute aus der Untersuchungshaft entlassen. Am 20. März hätte der Prozeß gegen ihn stattfinden sollen.

INPRESS - 2 - 24.3.34.
Nr. 69/224

Aufkommen Nachtan 2.5. Mittler-Sahn Berlin 1934

" Ich habe gemordet ".

Berlin, 24.3. (INPRESS): In dem kuerzlich erschienenen Buch von Goering lesen wir: " Ich gab die schaerfsten Anweisungen, ich forderte ruecksichtslos den Einsatz der ganzen Person in der Niederringung staatsfeindlicher Elemente. Ich erklaerte damals vor Tausenden von Volksgenossen, jede Kugel, die aus dem Lauf einer Polizeipistole geht, ist meine Kugel. Wenn man das Mord nennt, dann habe ich gemordet, das alles habe ich befohlen, ich decke das, ich trage die Verantwortung dafuer und ich habe mich nicht zu schaemen."

Populaire 21.2.33

ationales

LA POLICE PRUSSIENNE REÇOIT L'ORDRE DE MASSACRER LES MANIFESTANTS OUVRIERS

M. Gœring, ministre hitlérien de l'Intérieur, menace les policiers de révocation s'ils hésitent à faire usage de leurs armes et leur enjoint de se mettre aux ordres des assassins nazis

Berlin, 20 février (dép. *Havas*). — La police prussienne devra dorénavant intervenir de toutes ses forces, en toute occasion, contre les partis et les organisations qui combattent le régime actuellement au pouvoir dans le Reich et devra, par contre, accorder sa protection aux troupes de l'armée privée hitlérienne et du Casque d'acier.

Pour la première fois dans l'histoire contemporaine de l'Allemagne, la police de la Prusse a reçu l'ordre formel de ne plus se considérer comme une force chargée de maintenir l'ordre impartialement, sans intervenir dans les querelles de partis.

Le 17 février, le ministre de l'Intérieur prussien, le capitaine Hermann Goering, a adressé à toutes les forces de police prussiennes un ordre publié aujourd'hui, dans lequel il invite les policiers prussiens à faire usage de leurs armes à feu contre les manifestants des partis hostiles au gouvernement et les menace de sanctions dans le cas où ils n'exécuteraient pas cet ordre avec l'énergie qu'on attend d'eux.

Au service des nazis

Voici le texte de ce document, tel qu'il est publié par le *Service de presse officiel* du gouvernement prussien :

« Je crois n'avoir pas besoin de faire remarquer spécialement que la police doit *éviter à tout prix de donner l'apparence d'une attitude hostile à l'égard des associations nationales* (troupes d'assaut hitlériennes et Casque d'acier) ou même de donner l'impression qu'elle les persécute. J'attends de toutes les autorités de police *qu'elles se mettent en liaison* et entretiennent les meilleurs rapports avec ces organisations parmi lesquelles se trouvent les principaux éléments reconstructeurs de l'Etat.

« De plus, la police devra soutenir de toutes ses forces l'activité de toutes les organisations favorables aux fins et à la propagande nationales. Ce n'est qu'en cas de nécessité absolue qu'il conviendra d'user à leur égard de mesures restrictives et d'édicter envers la presse nationale l'obligation de publier en première page les communications du gouvernement.

« En revanche, la police devra *s'opposer par les moyens les plus énergiques aux agissements des organisations ennemies de l'Etat*. Elle devra agir avec une extrême sévérité contre les actes de terrorisme et les agressions communistes et, le cas échéant, *faire impitoyablement usage de ses armes à feu*.

Une prime à l'assassinat

« *Je couvrirai, sans tenir compte des conséquences de ces actes, les fonctionnaires de police qui, dans l'accomplissement de leur devoir, auront fait ainsi usage de ces armes. Des sanctions disciplinaires frapperont au contraire ceux qui s'abstiendront d'en faire usage par suite de scrupules déplacés.*

« La protection des éléments nationaux de la population, sans cesse gênés dans leur activité, exige la stricte application des prescriptions légales contre les manifestations interdites, contre les réunions illicites, les actes de pillage, les provocations à la trahison et les complots contre la sûreté de l'Etat, la grève générale, l'insurrection, les délits de presse et autres agissements coupables des perturbateurs de l'ordre.

« Aucun fonctionnaire de police ne devra perdre de vue qu'en négligeant d'appliquer une mesures nécessaire, il se rend coupable d'un acte plus grave qu'en commettant des fautes dans l'application d'une sanction.

« Je compte et espère que la police tout entière sera d'accord avec moi pour affermir et concentrer toutes les forces nationales, afin de sauver la patrie de la désagrégation dont elle est menacée. »

BT 15.10.23

Der Kampf gegen Separatisten

Zehn Jahre nach der Schlacht am Aegidienberg

KÖLN, 14. Oktober. (Eigener Bericht.)

Zahlreiche Gedenkfeiern im ganzen Rheinland machen in diesen Tagen die Erinnerung an die Tage vor zehn Jahren lebendig, an denen die rheinische Bevölkerung in einmütigen Abwehrkämpfen die hochverräterischen Pläne der Sonderbündler endgültig zerstörten. Die Krönung aller dieser Feiern bildet am Sonntag die Grundsteinlegung des Denkmals auf dem Aegidienberg bei Honnef am Rhein, in dessen Nähe am 16. November 1923 die separatistische „Armee" eine blutige Niederlage erlitt, von der sich die Sonderbündler nie wieder erholt haben.

Nachdem der Düsseldorfer Putschversuch, den wir bereits früher eingehend geschildert haben, ein solches klägliches Fiasko erlitten hatte, inszenierte der Separatistenführer Matthes einen neuen Vorstoss, um die Ortschaften am Siebengebirge in seinen Besitz zu bringen. Undisziplinierte Horden in einer Stärke von etwa 4000 Mann, die zum grossen Teil aus landfremden Elementen und Verbrecherkreisen stammten, die überall plünderten und brandschatzten, sammelten sich am unteren Westerwald und rückten im Schutze des Novembernebels gegen die Stadt Honnef vor. **Die Vorposten des Selbstschutzes, der sich aus allen Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Partei gebildet hatte, war zu schwach, um die separatistischen Banden aufzuhalten.** Die drei Mann der Selbstschutzwache am Honnefer Wald wurden von den Sonderbündlern gefangen, als Geiseln mitgeführt und nach Berichten von Augenzeugen in der Schusslinie aufgestellt. In allen umliegenden Dörfern wurde der Selbstschutz alarmiert, als sich die Kunde von der Besetzung des kleinen Ortes Hövel verbreitete. Die Sturmglocken wurden geläutet. In Oberpleiss schlug der Glöckner in der Aufregung den Klöppel so heftig an, dass ein Stück aus der vielhundertjährigen Glocke sprang, die neben einer lateinischen Inschrift die Worte trägt:

„Man sal mich lüdin stürme"

Aus Oberpleiss, Aegidienberg, Nonnenberg, Winthagen, Ittenbach, strömten die Abwehrkämpfer. Zwei Kraftwagen der separatistischen Vorhut wurden von Mitgliedern des Selbstschutzes gestellt und ihre Insassen fielen dem Volkswut zum Opfer. Bereits am Tage vorher war der Bataillonsführer Ströhmann, der Führer der Sonderbündler, erschossen worden. Auch auf der Seite der Abwehrkämpfer gab es Verluste. Der 65jährige Theodor Wein aus Aegidienberg und der 18jährige Peter Staffel fielen den Kugeln der Sonderbündler zum Opfer, als sie tollkühn auf das Trittbrett des separatistischen Kraftwagens sprangen. Von einem 30 Mann starken Sonderbündlertrupp wurden 23 Mann getötet. Die Waffen des Selbstschutzes bestanden aus Beilen, Revolvern, alten Jagdflinten und Keulen. Fast die ganze separatistische Vorhut wurde vernichtet. Ein ebenso schreckliches Strafgericht wurde den nachfolgenden Kolonnen von der erbitterten Bevölkerung bebeitet. Wütende Nahkämpfe entspannen sich bei Hövel, wo allein 14 Separatisten getötet wurden, die später auf dem Friedhof in Aegidienberg begraben wurden. Bei den Leichen der Verräter wurden noch französische Francs-Scheine, die diesen als Löhnung ausgezahlt waren, gefunden. Der Hauptkampf spielte sich im Honnefer Stadtwald ab. Der Selbstschutz ging konzentrisch gegen die Separatistenbanden vor. Hier wurden allein 70 getötet und 50 gefangen genommen. Die „militärische Oberleitung" der Separatisten wollte Verstärkungen entsenden; aber als die völlig demoralisierten Flüchtlinge eintrafen, weigerten sich die übrigen Sonderbündler und legten die Waffen nieder.

Zahlreiche Erinnerungsstätten zeugen von den blutigen Kämpfen, die sich vor zehn Jahren im Siebengebirge abgespielt haben.

Vor der Kirche in Oberpleis befindet sich ein Gefallenenehrenmal mit der alten Sturmglocke, die vor der Separatistenschlacht zerbarst. Auf dem Friedhof von Aegidienberg sieht man das Grabmal von Theodor Weinz, das die Inschrift trägt: „Theodor Weinz fiel in den separatistischen Kämpfen, von meuchlerischer Kugel getroffen, auf seinem Heimatboden für die deutsche Einheit." Auf dem gleichen Friedhof bezeichnet ein einfaches Holzkreuz mit der Inschrift: „Hier ruhen 14 Separatisten, gefl. 16. 11. 23" das Massengrab der Verräter.

Während des Ruhrkampfes sind von französischer Seite die Freiheitskämpfe des rheinischen Volkes zur Abwehr des Separatismus als das Werk organisierter nationalistischer Freischärler charakterisiert worden. Mit dieser Legende muss ein für allemal restlos aufgeräumt werden. Die Abwehrkämpfer setzten sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen, Bauern, Arbeiter und Studenten. Als der Sturm der Volksmenge auf das Bezirksamtsgebäude in Pintasens begann, in dem sich der Separatistenführer Schwab mit seinen Anhänger verschanzt hatte, war es ein fast siebzigjähriger Arbeiter, der das Tor mit wuchtigen Axthieben zertrümmerte und rief:

„Ich bin ein alter Mann, auf mein Leben kommt es nicht mehr an. Aber ich will der erste sein, der das Haus von diesen Banden frei macht!"

Selten hat es eine Bewegung gegeben, die von einem solchen spontanen Abwehrwillen getragen war, wie der Kampf gegen die Separatisten. Heute wehen die Flaggen des neuen Deutschland über den Aegidienberg. Die Stadt Honnef hat für die morgige Feier, bei der Minister Dr. Goebbels sprechen wird, reichen Festschmuck angelegt. Diese Feier wird sich zu einer neuen eindringlichen Manifestation für die unerschütterliche Treue des Rheinlandes gestalten.

Goebbels vom kaiserhof sein Reichsbauernführer vom Ehrenhof 1935

p 254 : 31.1.33

« Es eine Abrechnung mit den linken Lügenverbrechern ist, ein Kampf gegen roten Terror sind. Volksgenossen, wollen wir von der Rechten Gegenmaßnahmen absehen. Der bolschewistische Revolutionsversuch muß mit Stumpf und Stiel ausgerissen werden, ehe er in dem Volke Wurzel schlagen kann. »

TEMPS ALLEMAGNE 7.II.34

La revision du code pénal

Notre correspondant particulier de Berlin nous téléphone vendredi matin 6 novembre :

La commission, qui préparait depuis plus de trois ans la revision du code pénal, a terminé ses travaux.

A cette occasion, M. Gürtner, ministre de la justice, et M. Freisler, secrétaire d'Etat, ont réuni des représentants du ministère, du parti national-socialiste et de la presse pour leur exposer les grandes lignes du nouveau droit criminel. Il doit reposer sur « le sentiment du public pour le juste et l'injuste »; son but est « la protection du peuple et la consolidation du sens de la communauté »; son principe essentiel : l'intérêt public passe avant l'intérêt particulier.

Le nouveau droit distingue, comme l'ancien, entre meurtre et homicide mais cette distinction ne repose plus sur la préméditation : est considéré comme meurtre tout homicide inspiré par la cruauté, la cupidité ou les impulsions sexuelles. Le meurtre sera toujours puni de mort. Les autres cas d'homicide seront punis de détention avec un minimum de cinq ans. Les crimes passionnels, si souvent suivis d'un acquittement dans d'autres pays, entrent, apparemment, dans cette catégorie.)

La tentative de suicide ou l'aide au suicide ne seront plus l'objet de poursuites ; par contre, l'incitation au suicide sera punissable.

Le nouveau code ne contient aucun article se rapportant au duel, sous prétexte qu'on ne peut interdire à un homme de se battre pour son honneur alors qu'il peut être appelé à défendre par les armes l'honneur de son pays.

Une partie du nouveau code vise la protection de la mère et de l'enfant : il sera interdit de tourner en ridicule le mariage et la maternité ainsi que d'inciter publiquement à la limitation du nombre des enfants. L'homme qui refusera des secours à son enfant naturel sera puni de prison. Le rapt d'enfants sera puni de mort.

Dans le domaine social et économique, la grève et le lock-out sont interdits l'un et l'autre sous peine de punitions sévères, de même l'accaparement des produits d'une importance vitale pour le peuple et la trahison à l'étranger des secrets industriels.

Une autre partie du code s'applique à la défense de l'honneur du peuple allemand et du parti national-socialiste. Toute diffamation du Führer est considérée comme une diffamation du peuple allemand, qu'elle vise l'homme privé ou l'homme public, le chef de parti, le chancelier. Il en sera de même pour toute attaque contre le parti, le Reich, l'armée et le service de travail. Seront soumis à la même protection un certain nombre de personnages désormais historiques : Hindenburg, Schlageter et Horst Wessel.

Par contre, est-il ajouté, des organisations telles que la IIIe Internationale ou des organisations de voleurs ne jouiront pas de la protection légale.

Les juges, gardiens du Droit, ne sont plus liés par la lettre d'un paragraphe. Le Droit doit être populaire et rendu suivant l'esprit du peuple.

Un complot catholico-communiste

Un grand procès en haute trahison viendra prochainement devant le tribunal du peuple, à Dusseldorf. Plusieurs ecclésiastiques catholiques, parmi lesquels les vicaires Rosaint et Kraemer, actuellement détenus à la prison de Moabit ; les vicaires Hilbert, Thome et Spuelbecker, le secrétaire général des anciennes associations catholiques de jeunesse Clemens, etc., sont impliqués dans cette affaire.

Les prévenus sont accusés de haute trahison et de tentative de complot contre la sûreté de l'Etat national-socialiste ; ils auraient tenté de créer un « Front populaire » contre le régime et se seraient mis en relations avec des communistes.

Nr. 256 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Freitag, 16. November 1934 | Chefredakteur: M. B

DF

Ein Kriegslesebuch

Jugenderziehung von der Humanität zur Bestialität

Unter den dunklen Kapiteln des „dritten Reiches" gibt es eins, dessen Schatten weit über die heutige Generation hinausreichen. Es handelt von der Vergiftung und von der Verrohung der deutschen Jugend, die aus der Wärme neuzeitlicher, in allen Kulturstaaten gültigen Pädagogik vertrieben und dem uniformierten Kriegsschulmeister ausgeliefert worden ist. Der Schulunterricht, diszipliniert von Wehrwillen und nationaler Ueberhebung, macht uns vor der Jugend grausen, die aus diesen Unterrichtsstätten ins Leben entlassen wird.

Dieser Tage kam uns ein amtliches Beweisstück dieses Ungeistes in die Hände, das zu verleugnen unmöglich ist. Es ist das Ergänzungslesebeft 1934 für die Oberstufe des Lesebuches des 7. und 8. Schuljahres (Verlag Velhagen u. Klasing, Bielefeld und Leipzig). Auf diesen 92 Seiten gibt es nichts anderes als Kriegsverherrlichung und heldische Verklärung der sieghaften Führer des „dritten Reiches". Wir Aelteren sehen beschämt, daß unser Glaube, das deutsche Volk könnte die schmierige Servilität vor den Herrschenden nie mehr dulden, sehr bitter durch die deutsche Wirklichkeit von 1934 enttäuscht werden konnte. Hitler, Göring, Goebbels, Horst Wessel werden in diesem Lesebuch deutscher Kinder von 12 bis 14 Jahren als Halbgötter geschildert, mit Erzählungen und Legenden, die diese aufnahmebereiten jungen Seelen als feststehende Wahrheiten annehmen müssen.

„Zehn Franzosen sind es . . ."

Da ist Adolf Hitler als Kriegsgott. Mit seinem blitzenden Auge hat er eines Tages zehn Feinde so gebannt, daß sie ihre Waffen niederlegten — und sich gefangen gaben:

„Dann steht Adolf Hitler vorn im Schützengraben und überbringt seine Meldung. „Wie sind Sie denn durch die Hölle von Granaten gekommen?" fragt der Leutnant. „Man muß Glück haben," sagt der Meldegänger. Der Morgen graut. Es geht über eine Brücke. Was ist denn los? Da leuchten im Gras rote Hosen. Hitler zählt: Zehn Franzosen sind es, schwer bewaffnete, eine feindliche Patrouille. Er springt vor, den Karabiner schußbereit. „Hände hoch!" ruft er auf französisch. „Ergebt euch, hinter mir steht eine ganze Kompanie!" Sie heben verblüfft die Hände hoch. Hitler nimmt ihnen die Waffen ab. Die zehn Gefangenen treibt er über eine Stunde vor sich her. Von der Kompanie ist nichts zu sehen. Die Franzosen knirschen vor Wut, aber das hilft ihnen nichts. Sie haben ja keine Waffen mehr. Dann liefert Adolf Hitler sie beim Regiment ab. Er erhält dafür das Eiserne Kreuz 1. Klasse."

Man sieht, er hat sie alle zehn umzingelt. Jetzt wissen wir, wie sich der „Führer" das bisher immer noch sagenhafte Eiserne Kreuz 1. Klasse verdiente.

Goebbels siegt mit Bierseideln

Von Goebbels hat man freilich keine Kriegserlebnisse zu berichten. Er saß zu Kriegsende im Hörsaal der Heidelberger Universität zu Füßen des nichtarischen Literarhistorikers Gundelfinger. Erst als die Belgier seine niederrheinische Heimat besetzten, entdeckte er in sich den Löwen. Damals wurde er in einem belgischen Gefängnis wegen seiner treudeutschen Gesinnung geprügelt. Diese Geschichte hat er wenigstens vor Gericht erzählt. Als ihn jedoch der Führer der einstigen Staatspartei, der Jungdeutsche Mahraun, zum Eide vor den Richter zitierte, flüchtete Joseph Goebbels in die Reihen seiner SA. Selbst hier hat man über sein belgisches Abenteuer herzlich gelacht. Noch heute wird der Herr Propagandaminister als ein inzwischen in Legenden tausendfach Erprobter an sein heldisches Erlebnis nicht gern erinnert.

Er konnte es damals, in den Jahren 1929 bis 1932, mit der Wahrheit freilich nicht so genau nehmen. Er hatte mit der „Eroberung von Berlin", wie wir aus dem Lesebuch mit vielen Details erfahren, alle Hände und Zungen voll zu tun. Das erzählt uns ein Aufsatz von Arthur Bach. Eine Versammlung in Berlin-Wedding sollte stattfinden. Die „Kommune" hatte gedroht: „Zu Brei wird der geschlagen, der sich einfallen läßt, auch nur einen Fuß in die Pharus-Säle zu setzen." Goebbels siegte durch eine Saalschlacht, deren Gipfelpunkt in diesem amtlichen Lesebuch folgendermaßen geschildert wird:

„Aber was ist das? Plötzlich formiert sich die SA. und SS. In kleinen Sturmtrupps stehen sie zusammen, und dann dringen sie vor, genau so, wie sie es draußen im Schlachtgewühl gelernt haben, wie sie es später besonders ausprobiert. Wie auf dem Exerzierplatz ist es. Irgend etwas haben sie ergriffen, einen Stuhl, ein Tischbein, und nun fällt Schlag auf Schlag auf die sich stauende, nicht vorwärts und rückwärts könnende kommunistische Menge. Aber sie sind das Kämpfen gewohnt, sind vor allen Dingen im Raufen geschult. Sie setzen sich zur Wehr. Blut rinnt den SA.- und SS.-Männern über das Gesicht. Auf der Bühne steht ein junger SA.-Mann und wirft Bierglas auf Bierglas in die Reihen der Feinde, bis er von einem weitherkommenden Bierglas an den Kopf getroffen wird. Eine klaffende Wunde tut sich auf. Das Blut strömt herunter. Doch der junge Mann nimmt die letzte Kraft zusammen und schleudert noch einmal eins seiner Geschosse in die Reihen seiner Feinde. Dann bricht er nieder. Zehn Minuten etwa währt die Schlacht. Dann ist sie entschieden. Die SA. und SS. haben gesiegt. Die Kommune ist auf der ganzen Linie zurückgeschlagen. Der Saal ist von ihr befreit."

So kämpfte Goebbels. Wenigstens ließ er die andern so für sich kämpfen. Mit Hilfe der Biergläser hatten „die Scharen des „dritten Reiches" die Bahn gebrochen zum letzten entscheidenden Vormarsch". Es ist zum Lobe des Herrn Goebbels derf es gesagt werden, die einzige Stelle in dem ganzen Buche, wo ein Sieg nicht durch Handgranaten, Trommelfeuer, Minen und Flugzeugbomben, sondern durch etwas Gläsernes erfochten wurde.

Ein „niedlicher Zwischenfall"

Aber es gibt in diesem Schülerlesebuch ein Kapitel, das selbst in der an Roheit und Sadismus nicht armen braunen Literatur ohne Beispiel ist. Es ist ein Aufsatz über das Thema: „Wie das Horst-Wessel-Lied entstand". Das Kapitel wurde dem Buche eines sicheren Emil Uellenberg entnommen „Und setzet ihr nicht das Leben ein" (aus der Sammlung „Deutschlands Erwachen", Verlag Velhagen & Klasing). Es beginnt mit der Schilderung, wie Horst Wessel, der erprobteste Schläger im weiten Umkreise von Berlin-Alexanderplatz, Zeuge eines „niedlichen Zwischenfalls" (wörtlich!) wurde. Er ging eines Abends zu einem Sanitäterkursus beim „Sturmbannarzt". Der erteilte Unterricht in „Erste Hilfe bei Unglücksfällen". Lesen wir im Wortlaut, was Horst Wessel hier anhörte:

„Als Horst eintrat, wurde er Zeuge eines niedlichen Zwischenfalles. Der Kursleiter prüfte die Teilnehmer. „Nun sagt mal, was würdet ihr tun, wenn bei einer Keilerei ein verwundeter Sozi zwischen uns liegen bliebe?" Der erste: „Ick schlüge ihm dot." Der zweite: „Ick piesacke ihm erst noch eine Weile." Der dritte: „Ick holte den Herrn Sturmbannarzt, dann stürb er von alleene." In das fröhliche Lachen rief der Mediziner: „Ihr seid mir ja schöne Sanitäter!" „Sanitäter, Herr Doktor, dürfen wir nicht sagen. Das klingt den Pazifisten zu sehr nach Militarismus und verstößt gegen den Vertrag von [illegible]ailles!" meinte bissig Horst Wessel. Ruf aus der Versammlung: „Wat dürfen wir denn eegentlich noch?" Antwort irgendwoher: „Lustschnappen! Aber auch det möglichst nur im Alex und unter Aufsicht von Isidor." Nun die schmetternde Stimme des Kursleiters: „Ruhe! . . . Stillgestanden!"

Das war der Geist der deutschen Erneuerung. So lachten sie fröhlich in Gedanken daran, daß sich ein Halbtoter auch ganz totschlagen ließe. Ein [illegible]ldherziger wollte erst noch etwas „piesacken". Worauf SA. mit „Heil Hitler" in den Straßenkampf marschierte. „Da schossen Horst Wessels Blauaugen Blitze. Der ganze prachtvolle Mens[illegible]oderte, stand in Flammen." So hatte ih[illegible] das Gespräch gefallen.

In solchen Flammen wollen die heutigen Pädagogen die ganzen Schulen sehen. So lodern HJ. und die militanten Mädchen von BdM. So steht es in ihren amtlichen Lesebüchern. Grillparzer, vor 50 Jahren gestorben, sieht sein Wort in den Schulen des „dritten Reiches" endlich bestätigt:

„Von der Humanität
zur Nationalität,
zur Bestialität."

„O du fröhliche, o du selige . . ."

Nun wird bald wieder gesungen: „O, du fröhliche, o, du selige . . ." Die Verleger überschütten das deutsche Volk mit Prospekten. Eine neue Jugendliteratur, bisher unbekannter Autoren ist ausgebrochen. „Wir haben eins dieser Bücher vor uns liegen, eins von vielen und gleichen. Es heißt „Kerndeutsche Jungen", eine Erzählung aus dem ersten Jahre des Weltkrieges von Reinhold Bachmann, Verlag Anton und Co., Leipzig. Es ist ein „kerniges Kriegsbuch aus Deutschlands erster und größter Zeit." Im Prospekt heißt es:

„Die Geschütze donnern und dröhnen, Maschinengewehre knattern ihr gleichmäßiges Tack-tack, Granaten krepieren und speien Tod und Verderben. Und durch das Kampfgetümmel dröhnt der Marschtritt der deutschen Soldaten, dröhnt das Hurra der Feldgrauen, die siegreich zum Sturm vorgehen. Dieses Buch ist das Hohelied der Freundschaft und Kameradschaft, die selbst über den Tod hinaus Bestand hat. Nicht nur unsere Jungen werden dieses Buch mit heller Begeisterung lesen, sondern auch jene, die die Schrecken eint selbst an der Front miterlebten."

Aber das ist nichts gegen die Bilder, die das Buch schmücken. Man sieht, wie junge Krieger mit aufgepflanztem Bajonett vorgehen. Endlich, endlich sind sie im Nahkampf. Hei, wie schmettert der Gewehrkolben auf den Schädel eines Franzosen, wie bohrt sich das Bajonett in einen zurücksinkenden Leib. Wir zweifeln, im Einvernehmen mit dem Verleger, nicht daran, daß die ertüchtigten Jungen so etwas mit „heller Begeisterung" lesen werden.

Eins werden sie freilich nicht begreifen: **Warum redet ihr Führer noch von Frieden und Verständigung, wenn ihnen draußen die höchsten menschlichen Ehren durch den Tod auf den Schlachtfeldern verheißt?** Zum Glück ist diese Jugend bereits „politisch" geschult. Sie weiß, daß der Kriegswillige, wenn er rüstet, den Frieden proklamieren muß, Kriegslist und Strategie.

Das ist die Jugend, die der „Führer" liebt. Kommt es zum letzten Einsatz, [illegible]nn wird freilich nicht nur die Jugend, sondern das ganze Deutschland geopfert, Deutschland, Europas Herzstück, um dessen Bestand und um dessen Zukunft wir zittern.

TEMPS *Lettre d'Allemagne* 20.XI.36

LE CODE PÉNAL DU TROISIÈME REICH

Pas de textes précis, des directives générales laissant au juge une grande liberté d'appréciation

(*De notre correspondant particulier*)

Berlin, novembre.

Le nouveau Code pénal allemand, dont le *Temps* a publié un aperçu, n'a pas encore force de loi. Pour qu'il entre en vigueur, il faut qu'il soit approuvé par le conseil des ministres. Il y a lieu de croire toutefois que ce n'est là qu'une formalité : le projet que nous connaissons sera adopté sans changement, ou avec des modifications insignifiantes.

Il y a longtemps que l'on parlait en Allemagne d'une réforme du Code pénal. L'ancien Code, qui datait de 1871, devait être revisé par une commission parlementaire : du temps de la République de Weimar elle siégea de longues années sous la présidence d'un des doyens du Reichstag, le professeur Kahl, populiste. Il était alors question d'une réforme dans le sens humanitaire : on batailla longuement, jusque dans la presse et au théâtre, autour de paragraphes comme ceux relatifs à l'avortement. Les partis d'extrême-gauche voulaient qu'il fût proclamé licite, comme en Russie. (On sait que, depuis, les législateurs soviétiques ont modifié leur point de vue.)

La peine de mort. Les juifs et le mariage

Dès que le national-socialisme arriva au pouvoir, il manifesta l'intention de modifier le code criminel, mais dans un sens opposé. La peine de mort, pratiquement supprimée (le président faisait presque toujours usage de son droit de grâce), fut rétablie, et les têtes tombèrent par douzaines, qu'il s'agît de crimes de droit commun ou de crimes politiques. D'importantes retouches, qui seront incorporées au nouveau Code, furent apportées à la législation criminelle : elles tendaient notamment à créer un droit d'exception pour les israélites, à qui il fut interdit de s'unir par mariage, ou même par simples relations, avec les soi-disant « aryens ». Notons — le détail est peu connu — que cette interdiction s'est déjà étendue à un certain nombre de pays étrangers, qui adhèrent à une convention au sujet du régime du mariage : Hollande, Etats scandinaves, Hongrie, Roumanie. Dans ces pays, comme en Allemagne, l'union entre israélite et « aryen » (ou « aryenne ») n'est pas permise, lorsque l'une des deux parties est de nationalité allemande.

Le nouveau régime poursuivit la réforme du Code avec une grande activité. Il y eut certaines divergences entre le ministère de la justice, dont le titulaire est M. Gürtner, national-allemand, et le chef des juristes nationaux-socialistes, M. Frank, d'abord secrétaire d'Etat, qui dut faire place à M. Freisler. M. Frank, homme agressif et violent, est rentré dans le cabinet du Reich comme ministre d'Etat; placé à la tête de l'académie du droit, qui a rédigé un mémoire important pour la réforme du Code, il a su faire triompher dans une large mesure les points de vue extrêmes du national-socialisme.

Le droit au service du peuple, non de l'individu

Sa thèse est que le droit a pour but de servir le peuple, et non l'individu. Dans les pays de régime libéral-démocratique on a donné au droit une base individualiste, qui aboutit pratiquement à la protection du criminel. Au lieu de défendre le criminel, le national-socialisme se propose de défendre la société contre lui. Les éléments jugés dangereux et vraiment incorrigibles seront supprimés sans pitié. Un des plus grands crimes contre la communauté sera la trahison : pour le juger, des tribunaux spéciaux seront créés, dits tribunaux populaires.

Nous touchons déjà à la source du droit nouveau, à la fois démagogique et politique : démagogique, parce qu'il est constamment question de défendre le peuple; le sentiment populaire est présenté comme le véritable inspirateur du droit, et de simples citoyens seront appelés, dans certains [illegible] à faire office de juges; politique, parce que ces [illegible] sur le vo[illegible] en raison de leurs [illegible] leur don[illegible] de ten[illegible]

chait, les sûretés dont il s'entourait sont supprimés. Supprimés les commentaires les plus réputés du code, sous prétexte qu'un grand nombre avaient pour auteurs des israélites; supprimé, surtout, le recueil des décisions du « Reichsgericht », le tribunal suprême, qui constituait un ensemble imposant de précédents, et auquel les juges ne manquaient pas de se référer : car beaucoup de magistrats juifs ont participé à ces décisions.

Désormais le juge s'appuiera avant tout sur l'esprit de la loi, c'est-à-dire sur la « Weltanschauung » nationale-socialiste. Comme l'ont fait remarquer les auteurs de la nouvelle législation, c'est cette « Weltanschauung » qui la distingue de celles des autres pays, qui n'ont pas de doctrine philosophique comparable au national-socialisme. Dans la plupart de ces pays, la législation est en effet indépendante du régime, qui, en France par exemple, a pu changer mainte fois en un siècle, sans que l'on songeât à détrôner le code Napoléon. En Allemagne, le code sera celui d'un régime, d'un parti; il sera l'instrument de ce parti; il sera appliqué dans son esprit par des hommes à sa dévotion, essentiellement pour le défendre. C'est là, sans aucun doute, une conception de la justice particulière au troisième Reich.

RENÉ LAURET.

Essen, 17. März. ag (Wolff.) Der 20jährige S.A.-Mann Titthardt, der kurz vor der vorletzten Reichstagswahl einen Reichsbannermann erschossen hatte, wurde heute aus der Untersuchungshaft entlassen. Am 20. März hätte der Prozeß gegen ihn stattfinden sollen.

16-9-35

DERNIÈRE HEUR

Le PETIT VAR est le seul journal de la région recevant les dernières dépêches

Tout en exaltant la puissance militaire du Reich le chancelier Hitler se défend de nourrir des desseins agressifs contre l'Autriche, la Russie et la France

Le Reichstag a promulgué trois lois :

1. Le drapeau rouge à croix gammée devient drapeau nationa
2. Les Allemands sont divisés en deux catégories : les sujets et les citoyen
3. Un statut sévère règle la vie des Juifs dans le Reich

Nuremberg, 15 septembre. — Le chancelier Hitler, a prononcé, ce soir, devant le Reichstag réuni à Nuremberg, un discours dans lequel il a déclaré :

— Le peuple allemand a créé son unité. La manifestation de la Wehrmacht qui aura lieu demain, ne sera pas une manifestation de force, mais montrera quelle est la valeur réelle de notre armée. L'Allemagne est de nouveau saine, tutant à l'égard de l'étranger qu'en ce qui concerne l'intérieur.

Le chancelier, a insisté sur l'amour de la paix qui anime le Reich. Il a condamné les combinaisons de la presse internationale qui attribue à l'Allemagne certaines prétentions à l'égard de l'Autriche, de la Russie, voire de la France.

Les décisions du gouvernement allemand ne sont dirigées contre personne, mais s'inspirent uniquement des responsabilités vis-à-vis du peuple allemand.

« Le but de l'armée n'est pas de menacer la liberté d'un Etat quelconque, mais de sauvegarder la paix de l'Allemagne.

MENACES A LA LITHUANIE

« L'Allemagne suit avec inquiétude les événements en Lithuanie ; le vol de Memel, en pleine paix, a été légalisé par la S. D. N.!

« Depuis des années, les éléments allemands de ce territoire sont martyrisés. Leur seul crime est d'être Allemands. Les protestations de forme des puissances signataires, sont restées vaines.

« L'Allemagne suit avec intérêt et attention ce qui se passe là-bas. Que la S.D.N. fasse le nécessaire, avant que des événements irréparables s'accomplissent. L'Allemagne ne pose pas des conditions exagérées en demandant que la Lithuanie observe scrupuleusement les traités. La volonté de 60 millions d'habitants mérite autant d'être respectée que l'arbitraire d'un peuple de 2 millions d'habitants ».

CONTRE LE « KOMINTERN »

Le chancelier reprend ensuite les attaques contre le Komintern.

« Le national-socialisme, dit-il, engage une lutte à fond contre les intentions du Komintern, d'organiser la révolution en Allemagne.

« Ce sont les Juifs qui empoisonnent le monde. Nous en avons eu la preuve par l'agression dont le drapeau allemand a été victime à New-York.

« On se plaint violemment, dans de nombreuses localités, que des membres du peuple juif adressent des plaintes et des dénonciations. Cela trahit une campagne systématique. Ces agissements prennent parfois l'aspect de démonstrations, comme nous l'avons vu à Berlin, contre un film inoffensif.

CONTRE LES JUIFS...

« Pour que ces agissements n'amènent pas des actes de défense, dont les conséquences seraient incalculables, il ne nous reste que la méthode d'un règlement légal du problème. Le gouvernement allemand est dominé, à cet égard, par l'idée de réaliser, par un règlement séculaire, une base sur laquelle il soit possible au peuple allemand de fixer ses rapports à l'égard du peuple juif.

« Au cas où cette méthode ne se révélerait pas pratiquable et où la campagne d'excitation juive continuerait, il nous faudrait procéder à une révision du problème.

« Le président Gœring va donner lecture des trois nouvelles lois. Les deux premières concernent la dette de reconnaissance que nous avons contractée envers le mouvement national-socialiste et le drapeau que le parti a conduit à la victoire. La troisième, constitue une tentative de règlement de la question juive en Allemagne... »

A ce moment la transmission radiophonique de la séance a été interrompue, à la surprise générale.

LES TROIS GRANDES LOIS DU CHANCELIER HITLER

Nuremberg, 15 septembre. — Au cours de la séance mémorable d'aujourd'hui le Reichstag national-socialiste, réuni à Nuremberg, a adopté et promulgué trois lois.

Une loi érigeant le drapeau rouge à croix gammée en drapeau national allemand.

La deuxième loi supprime l'égalité des Allemands. Il y aura désormais, en Allemagne, deux catégories d'Allemands : des sujets allemands et des citoyens allemands.

Ces derniers seront munis d'une lettre civique qui leur sera conférée après qu'ils auront prouvé leur dévouement au Reich et à l'Etat allemand.

La troisième loi, règle les conditions des Juifs en Allemagne.

L'article premier, interdit tout mariage entre Juif et Allemand ou d'une race apparentée à la race allemande.

Un autre article interdit les relations sexuelles entre ces mêmes catégories de personnes. Un autre, interdit à tout Juif d'engager une domestique allemande âgée de moins de 45 ans.

La loi sur les conditions des Juifs est sanctionnée par des peines très sévères, allant jusqu'à plusieurs années de prison. Les rapports sexuels entre Juifs et Allemands sont punis de peines allant jusqu'à 10 ans de prison. Le mariage entre Juifs et Allemands sera annulé et exposera à des poursuites, lorsqu'il aura eu lieu à l'étranger pour tourner la loi allemande.

Des peines moins sévères, mais allant jusqu'à un an de prison sont prévues contre tout Juif qui arborera le drapeau à croix gammée ou des insignes à croix gammées.

LA DIFFUSION DES DEBATS A ETE COUPEE

Nuremberg, 15 septembre. — On se perd en conjectures sur les raisons pour lesquelles la transmission radiophonique de la séance du Reichstag, à Nuremberg, a été brusquement interrompue. C'est, en effet, au moment où le chancelier Hitler donnait la parole au président Goering pour donner lecture des trois lois qui venaient d'être adoptées, que la transmission a été coupée.

De la musique d'opéra a brusquement succédé au compte rendu de la séance.

On mande de Berlin que le programme de la radio ne prévoyait que la transmission du discours du chancelier et non pas la séance du Reichstag, tout entière. Mais avant l'assemblée, rien n'avait été communiqué dans ce sens. Aussi grande a été la surprise, pour les auditeurs massés autour de hauts-parleurs, installés à tous les carrefours de Berlin, quand la transmission a été interrompue.

Rueckkehr zur Blutrache

(DI) In letzter Zeit mehren sich die Anordnungen, die einen verstaerkten Ehrenschutz der uniformierten Verbaende fordern. Ein Heereserlass macht den Offizieren die Erledigung von Ehrenhaendeln durch den Zweikampf mit Pistolen bis zur Kampfunfaehigkeit zur Pflicht. Der Reichsfuehrer der SS hat einen Befehl an die gesamte SS erlassen, wonach jeder SS-Mann die Pflicht hat "seine Ehre mit der Waffe zu verteidigen". Der Fuehrer des NS-Studentenbundes verkuendet eine neue Ehrenordnung, wonach "die Ehre nur durch Blut gereinigt werden kann". Staatsrat Goerlitzer verlangt in einer Rede in Hannover, dass dieses Recht nicht auf Studenten beschraenkt bleibe, sondern das ganze Volk erfassen muesse. Die Durchfuehrung dieser Forderung waere die Rueckkehr zur Blutrache. Tatsaechlich hat das Heidelberger Schwurgericht den Scharfuehrer der SA, Bernhard Modery, der einen schimpfenden Gegner mit seinem Dolch erstach, freigesprochen, mit der Begruendung, "dass jeder SA-Mann seine Uniform vor Beleidigungen mit der Waffe zu schuetzen habe".

Dr. Frank zur bayrischen Amnestie.

Rechtswidrige Eingriffe sollen nicht mehr geduldet werden.

G **München**, 11. August. Zur Amnestieverordnung, die jüngst, wie gemeldet, die bayerische Regierung erlassen hat, gibt der Justizminister Dr. Frank eine Erläuterung, die besagt, daß mit der Amnestie die bayerische Regierung dem kämpferischen Geiste, dem die Festigung des neuen Staates zu verdanken sei, ihre Anerkennung ausgesprochen habe. Sie wolle aber gleichzeitig feierlich kundtun, daß in dem gefestigten nationalsozialistischen Staate Ruhe, Rechtsfriede und Rechtssicherheit für alle gewährleistet seien. In Zukunft könnten, darin sei sich die bayerische Landesregierung mit allen maßgebenden Stellen einig, rechtswidrige Eingriffe in den staatlichen Hoheitsbetrieb, insbesonere in den Gang der Rechtspflege und in den Rechtsstreit Privater, unter keinen Umständen geduldet werden. Jeder Störer der Rechtsordnung werde ohne Ansehen seiner Person und der Beweggründe seines Handels unverzüglich und unnachsichtlich nach den bestehenden Gesetzen zur Verantwortung gezogen. Justizminister Frank macht es den Staatsanwälten und anderen Anwälten zur unbedingten Pflicht, diesem Willen der bayerischen Landesregierung bei allen ihren Maßnahmen Rechnung zu tragen. Die Träger der Staatsautorität und des Staatsgedankens, die Richter und Staatsanwälte, die Polizei- und Vollstreckungsbeamten, die Mitglieder der SA, des Stahlhelms, der SS und der übrigen aktiven Formationen der NSDAP dürften des besonderen staatlichen Schutzes versichert sein. Angriffe auf ihr Leben und ihre Gesundheit seien mit der größten Beschleunigung zu verfolgen, damit die Strafe der Tat auf dem Fuße folge. Dr. Frank verkündet weiter, er beabsichtige, über die von der Landesregierung gewährte Straffreiheit hinaus bei der Ausübung des Begnadigungsrechts solche Personen besonders wohltuend zu berücksichtigen, die sich vor dem 26. Juli 1933 aus wirtschaftlicher Not verfehlt haben. Endlich ordnet er an, daß im Falle der Amnestie auch der Vermerk im Strafregister getilgt werden solle.

Deutsche Freiheit
5. X. 33.

Zahnarzt ist schlimmer als Henker

Ein deutscher Professor namens Hoche

Ein Professor der Freiburger Universität namens Hoche hat einen Vortrag auf der Badener Neurologen-Versammlung gehalten und veröffentlicht ihn in Heft 10 der „Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsform", die kein geringerer als Franz von Liszt begründete. Er bejaht darin die Todesstrafe. Diese Bejahung an und für sich ist ja nichts Seltenes bei den Spitzen der deutschen Wissenschaft.

Aber die Begründung, die dieser fand, ist ein Zeitdokument! Herr Professor Hoche hat nämlich herausgefunden, daß es eine Todesstrafe gar nicht gibt. „Die Todesstrafe ist keine Strafe," lautet der Titel seines gedruckten Vortrages. Diese These verspricht er, „unbeschwert von Theorien und ohne Anwendung der juristischen Kunstsprache" zu erörtern. Er ist jedoch auch noch von anderen Dingen unbeschwert.

Zunächst stellt er fest, die Opposition gegen die Todesstrafe beruhe auf der „allgemeinen Voraussetzung, daß es besser sei zu leben als tot zu sein". Das hält der Freiburger Professor schon durchaus nicht für richtig. Die Zahl von 17 000 Selbstmördern jährlich, sowie die häufige Todessehnsucht beweisen ihm das Gegenteil. Schon deshalb ist seiner Ansicht nach die Todesstrafe gar keine Strafe.

Bestrafung muß außerdem aber auch in einem Leiden bestehen, doziert er. Totsein aber ist kein Leiden; also ist die Tötung auch keine Strafe.

Der Akt der Hinrichtung selbst aber? Nun: „Nicht einmal der Akt der Hinrichtung selbst bedeutet ein Leiden. Zahnarzt ist — in diesem Zusammenhange — schlimmer als Guillotine."

Dieser Feststellung gegenüber werden alle Argumente fruchtlos bleiben, und man kann sich nur sehr darüber wundern, daß Professor Hoche sich noch nicht den schlimmeren Leiden des Zahnarztes durch das geringere der Guillotine entzogen hat.

Die Schmerzlosigkeit des Hinrichtungsvorgangs vermag Hoche dann auch so eindeutig nachzuweisen, daß er abschließen kann: „Nun bleibt nur noch der Einwand: Aber die Todesangst ist doch ein Leiden." Aber auch hierauf hat er die schlüssige Erwiderung: „Ganz gewiß ist sie das. Aber die Menschen werden nicht zur Todesangst, sondern zum Tode verurteilt. Angst haben, ist ihre eigene Sache, die der Staat gar nicht von ihnen verlangt! Er selbst würde zweifellos vor dem Verbüßen von 10 Jahren Zuchthaus viel mehr Angst empfinden als vor dem bißchen Sterben."

Woher aber dann überhaupt irgendwelche Gegnerschaft gegen die Todesstrafe? Dem Mann der Wissenschaft ist der Grund sonnenklar: „Die Argumente, mit denen radikale Gruppen die Todesstrafe bekämpfen, wollen nicht viel bedeuten; ihre Motive sind durchsichtig; sie haben ein Interesse daran, daß sie bei dem als Einleitung von Umsturzbewegungen üblichen Oeffnen der Zuchthäuser bewährte Verbrecher dort am Leben vorfinden."

Wir denken an Potempa und geben Herrn Professor in gewissem Sinne recht ...

Sieges und desjenigen neuen Rechts sein, der Gegenstand unsers Kampfes war.

Die Hilfspolizei in Preußen

Ausführungsbestimmungen

CNB **Berlin**, 1. März. **(Telegr.)**

Die Einberufung von Angehörigen der nationalen Verbände zur Hilfspolizei hat an vielen Stellen Zweifel ausgelöst, ob nun die Angestellten von Firmen für die Dauer ihrer Tätigkeit als Hilfspolizisten beurlaubt werden müssen und ob diese Beurlaubung mit oder ohne Gehalt zu erfolgen hat. Eine Klärung dieser Frage ist bereits in die Wege geleitet, und es dürften in kürzester Frist noch Ausführungsbestimmungen darüber zu erwarten sein. Man wird vermutlich die Hilfspolizei in rechtlicher Beziehung der Freiwilligen Feuerwehr gleichstellen, die eine staatliche Mußmaßnahme darstellt. Die Angehörigen der Hilfspolizei wären also ebenso wie bisher schon die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr von ihren Amtsstellen unter Weiterzahlung des Lohnes oder Gehalts zu beurlauben. Die Hilfspolizei wird nicht dauernd Dienst tun, sondern nur in besondern Fällen zunächst als Verstärkung der Polizei für leichtere Maßnahmen (Absperrungen usw.) angefordert werden; ferner werden sie in den Fällen, in denen die uniformierten Polizeibeamten sämtlich außerhalb der Polizeiunterkünfte Straßendienst tun müssen, zum Schutz der Polizeiunterkünfte verwandt werden. In den Bestimmungen ist vorgesehen, daß die Zahl der Hilfspolizeibeamten die Zahl der planmäßigen Polizeibeamten nicht überschreiten darf. Es werden auch bei weitem nicht alle Hilfspolizeibeamten mit einer Schußwaffe ausgestattet; diese Bewaffnung würde nur dort erfolgen, wo etwa für Leib und Leben der Hilfsbeamten zu fürchten wäre. Die Zahl der Hilfspolizeibeamten für ganz Preußen wird jedoch nach dem bisherigen Überschlag bei weitem nicht die Zahl der planmäßigen Polizeibeamten erreichen. Die Hilfspolizeikommandos dürften sich durchschnittlich aus 50 v. H. SA.-Leuten, 30 v. H. SS.-Leuten und 20 v. H. Stahlhelmleuten zusammensetzen.

Man wird selbstverständlich auf die Interessen der Hilfspolizeibeamten als Arbeitnehmer Rücksicht nehmen und die Hilfspolizeikommandos nur in äußersten Fällen heranziehen. Ihr Zweck ist ja nur eine Entlastung der planmäßigen Polizei bei besonderer Beanspruchung derselben. Die erste größere Bereitstellung von Hilfspolizei wird am kommenden Samstag und Sonntag erfolgen, damit jede etwa geplante Störung von Wahlhandlungen durch Kommunisten im Keim erstickt werden kann. Während sonst die Hilfspolizeibeamten von den örtlichen Polizeiverwaltern bzw. Polizeipräsidenten einberufen werden und vom Regierungspräsidenten zu bestätigen sind, erfolgt die Einberufung der Hilfspolizei von Berlin bekanntlich durch das Ministerium des Innern. Es ist in Berlin mit der Zurverfügungstellung von etwa 3000 Mann Hilfspolizei zu rechnen. Die Hilfspolizisten werden für die wenigen Stunden ihrer Bereitschaft Polizeioffizieren unterstellt.

Der badische Minister des Innern hat gestern für die gesamte Polizei und Gendarmerie die höchste Bereitschaft angeordnet.

EN ALLEMAGNE

L'ANNIVERSAIRE DU PUTSCH NAZI

LE FUHRER PRONONCE UN GRAND DISCOURS
à la Bürgerbrau de Munich

Notre correspondant particulier de Berlin nous téléphone dimanche matin 10 novembre :

C'est par un temps pluvieux que s'est déroulé hier à Munich, le transfert solennel aux « temples d'honneur » des cendres des victimes du putsch de 1923. Les cercueils de fer avaient été posés sur des affûts de canon. Chaque fois que le cortège, dans lequel se trouvait le Führer avec ses anciens compagnons, passait devant une des 255 colonnes où était gravé le nom d'un homme mort pour le parti, on le nommait à haute voix. Lorsque le Führer prit place ensuite devant la Feldherrnhalle, il avait près de lui le « drapeau sanglant » qui, depuis ce 9 novembre 1923, est comme une relique du parti.

Après que les cercueils eurent été placés dans des sarcophages, dans les deux temples d'honneur, et que sur chacun d'eux le Führer eut déposé lui-même une couronne, un détachement de S. S. défila devant les tombes où, désormais, une garde d'honneur sera montée sans interruption.

La victoire finale était en germe dans cette tentative avortée

Dans un discours qu'il a prononcé dans l'après-midi à la Bürgerbrau, — d'où Hitler et ses compagnons partirent il y a douze ans pour entreprendre leur tentative —, le Führer a déclaré qu'aucune décision ne lui avait été plus pénible que celle qu'il prit le 8 novembre 1923. Il l'expliqua par la nécessité de prévenir les menées séparatistes, qui étaient alors très dangereuses en Bavière.

Je n'ai pas besoin, dit-il, de raconter les détails. Je le ferai après ma mort. Ce fut la décision la plus téméraire de ma vie. Lorsque j'y pense, j'en ai le vertige. Le destin nous a protégés. Il a fait échouer une action qui si elle avait d'abord réussi, aurait tout de même fini par un échec, parce que notre mouvement n'était pas mûr et que ses bases, son organsation étaient alors insuffisantes La Providence a agi sagement. Cette action courageuse n'a pas été accomplie en vain. Il en est sorti ce grand mouvement national sur lequel s'est portée tout d'un coup l'attention de l'Allemagne; tandis que nos adversaires nous croyaient anéantis, en réalité la semence de notre mouvement se répandait par tout le Reich.

Le Führer rend hommage à Ludendorff qui, le 9 novembre, marchait en tête des nationaux-socialistes. Il explique le sens de cette journée et comment elle guida son action ultérieure en lui faisant comprendre qu'il ne pouvait réussir par des moyens illégaux. Mais le fait d'y avoir recouru une fois attira vers lui tous les hommes résolus et enthousiastes.

Un Reich unique

Pendant neuf ans, j'ai combattu légalement pour le pouvoir; beaucoup d'autres l'ont fait avant moi, mais, comme ils prêchaient la légalité, ils n'ont séduit que les faibles et les lâches. Les hommes actifs, les révolutionnaires ne sont pas allés dans leurs rangs. Si je n'avais pas essayé le coup d'Etat du 9 novembre, si le sang n'avait pas coulé ce jour-là, je n'aurais pas pu dire pendant neuf ans : maintenant, nous allons combattre légalement. Seuls, les timides seraient venus à moi.

Si, hier, on a arboré dans le Reich un nouveau drapeau, c'est là un événement de première importance. Pour la première fois, depuis qu'il y a des Allemands, nous avons un Reich unique, habité par un seul peuple, dominé par une seule idée, défendu par une armée unique, sous un unique drapeau. Tout cela nous le devons à ces premiers combattants, car, si alors je n'avais trouvé personne qui risque sa vie pour ce Reich, ce Reich n'aurait pas été possible plus tard : tous les autres sacrifices ont été inspirés par celui-là.

Le Führer a passé la soirée au Rathauskeller avec ses anciens compagnons de captivité de la prison de Landsberg, notamment M. Rudolf Hess.

Nous ne pourrons subsister que si nous sommes forts

D'autre part, on mande de Munich à l'agence Havas:

Dans le discours qu'il a prononcé à la Bürgerbrau en présence des vétérans et chefs du parti, le chancelier Hitler a dit notamment :

Nous sommes entourés de puissants Etats qui regardent d'un mauvais œil tout relèvement de l'Allemagne.

Près d'eux nous ne pouvons subsister que si nous sommes forts par les armes et par la doctrine. Nous n'aurions pu y parvenir en détruisant les institutions militaires de l'Allemagne d'alors. Il nous fallait les concilier absolument en leur ensemble avec l'idée et la réalisation du national-socialisme, et instituer cette nouvelle union grâce à laquelle l'Allemagne apparaît si forte à l'univers. Je m'en suis rendu compte en 1923, à l'instant où crépitaient ici les coups de feu.

Aujourd'hui, le peuple allemand est uni en sa direction politique et militaire et dans la structure de sa vie intérieure. Nous ne sommes plus livrés à la merci des autres. Le drapeau du nouveau Reich est solidement ancré.

On mande de Munich :

M. Attolico, ambassadeur d'Italie à Berlin, a déposé samedi deux couronnes dans les deux temples d'honneur où reposent les nationaux-socialistes tombés le 9 novembre 1923.

LAI
. F. I. O.) CO Di

LA TERREUR va redoubler en Allemagne

Quiconque attaquera un hitlérien ou colportera des récits d'atrocités sera puni de mort, déclare M. Goering

Le Conseil des ministres a, en outre, décidé l'amnistie totale pour tous les malfaiteurs nazis arrêtés avant la prise du pouvoir par Hitler

Berlin, 2 2uillet (dép. *Havas.*) — Une série d'importantes mesures législatives viennent d'être prises par le gouvernement prussien réuni, en Conseil des ministres extraordinaire, par M. Goering, ministre-président de Prusse.

Ces mesures visent à protéger le mouvement national-socialiste, ses membres et les autorités de l'Etat contre les menées d'éléments ennemis de l'Etat.

Une ordonnance autorise le ministre prussien de la Justice à clore par un non-lieu toutes les poursuites judiciaires ayant pour objet les actes accomplis en vue du triomphe et de l'avènement du régime national-socialiste.

Cette mesure s'applique, précise l'ordonnance, « à tous les actes coupables commis entre le 21 mars 1933 et le 15 juillet 1933 ».

Une seconde ordonnance érige un ministère public central rattaché au ministère de la Justice et chargé de poursuivre tous les agissements des ennemis de l'Etat.

Le Conseil des ministres a été suivi d'une conférence à laquelle ont pris part les préfets de police, les procureurs généraux, les présidents de tribunaux et les gradés des milices nationales socialistes.

Ensuite, M. Goering a exposé aux représentants de la presse allemande l'importance de ces mesures et les motifs qui les ont provoquées.

« J'ai interrompu mes vacances et j'ai convoqué le Conseil des ministres en séance extraordinaire pour faire la clarté sur un point essentiel.

« En effet, on vient de s'apercevoir que les ennemis de l'Etat n'ont été matés qu'en apparence. Çà et là le communiste relève sa tête insolente.

(SUITE EN 3e PAGE, 1re COLONNE)

Herdersan a terminé

Populaire 23.7.33

23-7-33

Nouvelles Int

Une nouvelle vague de terreur en Allemagne

On ignore encore les véritables raisons d'être des réunions extraordinaires qui se sont tenues, hier, à Berlin, sur l'initiative et sous la présidence de Goering. Une note officielle dément — naturellement — les nouvelles concernant des émeutes et des désordres dans l'armée brune. Le bruit d'une divergence entre Hitler et Goering n'a pas trouvé de confirmation, non plus. La rumeur qui s'est propagée hier à Berlin et qui expliquait l'activité de Goering par des complications avec la Reichswehr, semble sans fondement. Bref, nous sommes réduits à des hypothèses que pour le moment il est impossible de vérifier.

Il reste toutefois que la situation intérieure de l'Allemagne est loin d'être stable. Et tout nous fait croire que le mécontentement des partisans de Hitler, dont nous avons parlé hier, est tel que le gouvernement prussien, en la personne de son dictateur Goering, rival de Hitler, se voit obligé de prendre de nouvelles mesures terroristes.

Officiellement, le décret introduisant une procédure accélérée et la peine de mort pour crimes politiques est justifié par la « nécessité de combattre le communisme ». Mais on sait que le terme « communisme » sert à Hitler pour désigner tous ses ennemis, quels qu'ils soient, y compris les « nazis » mécontents. On peut donc en conclure que Goering lance une nouvelle vague de terreur qui doit, par son ampleur, dépasser tout ce qui avait été fait par les « nazis ». Et cette fois la terreur ne sera plus l'œuvre de groupes « isolés » agissant « spontanément ». C'est le gouvernement prussien lui-même qui l'ordonne officiellement.

Or, un gouvernement dictatorial ne recourt à la terreur sanglante que le jour où il se sent menacé, où il se trouve devant des difficultés insurmontables. La décision même de Goering et la précipitation avec laquelle elle a été prise, confirment donc l'impression très nette qui se dégage des informations reçues, pour incomplètes, certes, et même contradictoires qu'elles soient : la dictature hitlérienne rencontre dans le pays, et notamment de la part des classes laborieuses, une vive résistance.

« L'ennemi n'est pas abattu !, dit Goering en substance, il faut nous défendre ». Mais il ajoute aussitôt : « Pas de deuxième révolution ».

Quelle est la préoccupation dominante ? Exterminer les militants des partis prolétariens, qui continuent à lutter contre l'hitlérisme et dont la propagande trouve un écho favorable dans la population laborieuse ? Ou bien barrer la route à la révolte des foules hitlériennes déçues par l'action ou plutôt l'naction du Führer dans le domaine social ? Impossible de répondre à cette question. D'ailleurs, l'un n'exclut pas l'autre. Les deux formes d'action antihitlérienne ne sont nullement contradictoires. Il se peut très bien, qu'en réalité nous assistions au réveil des masses populaires qui avaient arboré avec enthousiasme la croix gammée sur fond rouge, mais qui, se rendant à présent compte que leur Führer les a trahies, arrachent la croix pour garder le fond.

Quoi qu'il en soit la dictature raciste doit faire face à une situation fort trouble.

Et personne ne peut encore en prévoir les conséquences.

O. ROSENFELD.

Les atrocités sont « l'œuvre de provocateurs ». Mais dix otages seront exécutés pour chaque attentat contre un nazi

Berlin, 22 juillet (dép. *Havas*). — La correspondance officielle du parti national-socialiste publie l'ordonnance suivante de M. Rudolf Hesse, représentant muni des pleins pouvoirs de Hitler à la direction du Parti.

« La révolution française judéo-libératrice s'est baignée dans le sang de la guillotine. La révolution russe judéo-bolchevique résonne encore de l'écho des millions de cris sortant des caves sanglantes de la Tchéka.

Aucune révolution du monde n'a été si disciplinée et n'a versé moins de sang que la révolution nationale-socialiste.

Rien ne gêne autant les ennemis de la nouvelle Allemagne que ce fait, aussi s'empressent-ils d'inventer des atrocités parce qu'il n'y en a pas de véritables. Des étrangers impartiaux voyageant en Allemagne ont cependant dit la vérité. Ces prétendues atrocités ont été démasquées comme des mensonges et ne produisent plus aucun effet, mais les adversaires n'ont pas de repos.

La direction du parti a appris que des agents provocateurs s'étaient insinués dans les rangs des nationaux-socialistes. Ces agents ont pour mission de pousser les hommes des sections d'assaut à maltraiter leurs adversaires pour qu'on ait des preuves fabriquées après coup à l'appui des mensonges.

Nationaux-socialistes, miliciens, ayez conscience des intentions de vos adversaires. Livrez quiconque veut maltraiter des prisonniers ou vous inciter à commettre de mauvais traitements.

Tout national-socialiste qui serait victime de provocateurs sera exclu inexorablement du parti et interné dans un camp de concentration pour avoir travaillé en faveur des ennemis de l'Etat national-socialiste.

Chacun doit savoir que nous sommes loin de traiter nos adversaires avec douceur. Il faut qu'on sache que tout assassinat d'un seul national-socialiste par des marxistes et des communistes sera vengé dix fois contre des chefs communistes et marxistes.

Mais chaque national-socialiste doit avoir conscience aussi que maltraiter des adversaires procède d'une mentalité judéo-bolchevique, et est indigne d'un national-socialiste. »

Les décrets terroristes du gouvernement prussien

sont une procédure normale et la peine de mort pour crimes politiques est justifié par la nécessité de combattre le communisme. Mais on sait que le terme « communisme » sert à Hitler pour désigner tous ses ennemis, quels qu'ils soient, y compris les « nazis » mécontents. On peut donc en conclure que Goering lance une nouvelle vague de terreur qui doit, par son ampleur, dépasser tout ce qui avait été fait par les « nazis ». Et cette fois la terreur ne sera plus l'œuvre de groupes « isolés » agissant « spontanément ». C'est le gouvernement prussien lui-même qui l'ordonne officiellement.

Or, un gouvernement dictatorial ne recourt à la terreur sanglante que le jour où il se sent menacé, où il se trouve devant des difficultés insurmontables. La décision même de Goering et la précipitation avec laquelle elle a été prise, confirment donc l'impression très nette qui se dégage des informations reçues, pour incomplètes, certes, et même contradictoires qu'elles soient : la dictature hitlérienne rencontre dans le pays, et notamment de la part des classes laborieuses, une vive résistance.

« L'ennemi n'est pas abattu !, dit Goering en substance, il faut nous défendre. Mais il ajoute aussitôt : « Pas de deuxième révolution ».

Quelle est la préoccupation dominante ? Exterminer les militants des partis prolétariens, qui continuent à lutter contre l'hitlérisme et dont la propagande trouve un écho favorable dans la population laborieuse ? Ou bien barrer la route à la révolte des foules hitlériennes déçues par l'action ou plutôt l'inaction du Führer dans le domaine social ? Impossible de répondre à cette question. D'ailleurs, l'un n'exclut pas l'autre. Les deux formes d'action antihitlérienne ne sont nullement contradictoires. Il se peut très bien, qu'en réalité nous assistions au réveil des masses populaires qui avaient arboré avec enthousiasme la croix gammée sur fond rouge, mais qui, se rendant à présent compte que leur Führer les a trahies, arrachent la croix pour garder le fond.

Quoi qu'il en soit la dictature raciste doit faire face à une situation fort trouble.

Et personne ne peut encore en prévoir les conséquences.

O. ROSENFELD.

Les décrets terroristes du gouvernement prussien

(SUITE DE LA PREMIÈRE PAGE)

« Des miliciens ont été attaqués jusque dans une salle de tribunal. J'ai décidé de sévir avec une main de fer. *Qui s'attaquera, à l'avenir, à ceux qui font partie du mouvement national-socialiste le paiera de sa vie.*

« Le Conseil des ministres a décidé de soumettre d'urgence au gouvernement du Reich *une loi instituant des cours martiales qui prononceront la peine de mort contre les fauteurs d'attentats* tels que ceux auxquels je viens de faire allusion, ainsi que *contre ceux qui porteront atteinte à la dignité et à l'existence de l'Etat*, enfin *contre ceux qui se livrent à une propagande d'atrocités* qui peut avoir une répercussion grave au détriment de l'Allemagne.

« Il n'y aura pas de circonstances atténuantes. Quiconque s'attaquera aux fonctionnaires de l'Etat et aux miliciens nationaux-socialistes le paiera de sa vie.

« A partir d'aujourd'hui et pour toujours, il n'y a plus qu'une seule autorité, la volonté de l'Etat qui émane de la confiance sans bornes du peuple allemand.

Ceux qui veulent « continuer la révolution » seront traités en ennemis

Berlin, 22 juillet. (*Havas.*) — L'*Agence Wolff* publie l'information suivante :

« Le gouvernement de Thuringe vient de prendre des mesures pour empêcher de troubler la reconstruction nationale socialiste. Les attendus de l'ordonnance se réfèrent aux déclarations du chancelier Hitler, selon lesquelles la révolution allemande est terminée.

« Le gouvernement de Thuringe ordonne aux parquets :

« D'instituer une procédure d'urgence, énergique, rapide et sévère, contre tous les agissements qui constituent une rébellion contre le Furher ou un sabotage de la reconstruction nationale socialiste.

« *Qui parle aujourd'hui d'une seconde révolution ou de continuer la révolution, se révolte par la même contre le Furher et sera traité en conséquence.* »

d'assaut à maltraiter leurs adversaires pour qu'on ait des preuves fabriquées après coup à l'appui des mensonges.

Nationaux-socialistes, miliciens, ayez conscience des intentions de vos adversaires. Livrez quiconque veut maltraiter des prisonniers ou vous inciter à commettre de mauvais traitements.

Tout national-socialiste qui serait victime de provocateurs sera exclu inexorablement du parti et interné dans un camp de concentration pour avoir travaillé en faveur des ennemis de l'Etat national-socialiste.

Chacun doit savoir que nous sommes loin de traiter nos adversaires avec douceur. Il faut qu'on sache que tout assassinat d'un seul national-socialiste par des marxistes et des communistes sera vengé dix fois contre des chefs communistes et marxistes.

Mais chaque national-socialiste doit avoir conscience aussi que maltraiter des adversaires procède d'une mentalité judéo-bolchevique, et est indigne d'un national-socialiste. »

Temps

Bureaux de Poste — MARDI 17 SEPTEMBRE 1935

PRIX DE L'ABONNEMENT

PARIS, DÉPARTEMENTS et COLONIES FRANÇ. Trois mois 30 fr. Six mois 58 fr. Un an 110 fr.

ÉTRANGER { Pays accordant une réduction de 50 0/0 sur les tarifs postaux. — 52 fr. — 102 fr. — 200 fr. / Autres pays. — 75 fr. — 147 fr. — 290 fr.

LES ABONNEMENTS DATENT DES 1er ET 16 DE CHAQUE MOIS

Un numéro (PARIS et DÉPARTEMENTS) : 40 centimes

ANNONCES : AUX BUREAUX DU Temps, 5, rue des Italiens, à L'AGENCE HAVAS et dans ses succursales et dans toutes les Agences de Publicité

Le Journal décline toute responsabilité quant à leur teneur

CHÈQUE POSTAL : Paris, Numéro 60

LE FUHRER PRONONCE UN GRAND DISCOURS

devant le Reichstag réuni à Nuremberg

Trois lois sur le drapeau du Reich et la position des juifs en Allemagne sont votées par l'assemblée

C'est dans une salle de théâtre quelconque, décorée d'oriflammes rouges à croix gammée, qu'a eu lieu dimanche, à Nuremberg, la grande séance historique du Reichstag national-socialiste du « congrès de la liberté ».

Le général Gœring, président du Reichstag, ouvre la séance à 21 heures.

Il rappelle que c'est la première fois depuis des siècles, que le Reichstag se réunit dans la vieille ville historique de Nuremberg.

Ce seul fait montre que l'assemblée de ce jour doit accomplir une œuvre gigantesque et décisive pour l'avenir du peuple allemand. Les lois qui vont être soumises à l'assemblée prouveront l'unité du parti et de l'Etat, du peuple allemand et du mouvement national-socialiste.

Après M. Gœring, M. Frick, ministre de l'intérieur du Reich, prend la parole pour demander une modification du règlement du Reichstag, qui date de 1922, le pire temps du parlementarisme libéral, dit-il.

M. Frick propose que le Reichstag soit dirigé désormais suivant le principe d'autorité. C'est le général Gœring, président, qui fixera l'ordre du jour et les débats en toute liberté de décision.

Le chancelier Hitler prononce ensuite son discours.

Le discours du Führer

« Députés,

» Hommes du Reichstag allemand.

» Au nom du gouvernement du Reich allemand, j'ai prié le président du Reichstag Gœring de convoquer pour aujourd'hui à Nuremberg le Reichstag allemand.

» Nous avons choisi cet endroit parce que le mouvement national-socialiste l'unit étroitement avec les lois que nous avons à vous soumettre aujourd'hui. Nous avons choisi cette heure parce que la majorité des députés se trouvent encore à Nuremberg en qualité de membres du parti.

» Au sujet de ces lois qui vous sont soumises sous forme de motion, j'ai à vous faire quelques remarques succinctes. La première partie du congrès du parti à Nuremberg est terminée. La journée de l'armée le terminera demain définitivement. Le spectacle qu'offre cette fête du parti renforce l'impression de l'année précédente. Le peuple allemand a trouvé la voie d'une union et d'une discipline dont on n'avait encore eu aucun exemple dans l'histoire.

La force du régime actuel

» Cette expression de la fermeté du parti est en même temps l'expression de la force du régime actuel. Ce que la nation allemande a désiré vainement pendant des siècles, elle le possède aujourd'hui : un peuple uni de frères, libres des préjugés réciproques et des entraves des temps [illegible] le spectacle que nous offrira [illegible] intérieure. Ce ne sera [illegible] masse, mais seulement [illegible] de valeur intérieure de notre nouvelle armée. Le peuple allemand peut s'estimer heureux, conscient qu'il est de cette force recouvrée après des souffrances si effroyables et une longue impuissance. Et cela particulièrement à une époque qui semble exposée à une crise grave.

» L'Allemagne est assainie. A l'intérieur et à l'extérieur, ses institutions sont en ordre (applaudissements frénétiques). La responsabilité des dirigeants du Reich, en des temps si graves, n'en est que plus considérable.

L'amour de l'Allemagne pour la paix

» Il ne saurait y avoir pour notre attitude tout entière qu'une seule directive : notre grand et inébranlable amour de la paix. Il me semble nécessaire de faire aujourd'hui cette profession de foi. Malheureusement, en effet, une certaine presse internationale s'efforce constamment de faire entrer l'Allemagne dans le domaine de ses combinaisons.

» Tantôt on examine le cas d'après lequel l'Allemagne agirait contre la France, tantôt l'hypothèse qu'elle se tourne contre l'Autriche, puis la crainte qu'elle n'attaque la Russie, je ne sais où.

» Le plus souvent, ces attaques sont représentées comme un argument en faveur de la nécessité de coalitions que, selon les besoins, on voudrait plus ou moins diverses.

» D'une manière aussi magnanime, cette presse traite l'amitié de l'Allemagne comme un objet à la disposition immédiate de tout homme d'Etat [illegible]

tématiquement, à l'agitation révolutionnaire, c'est-à-dire à l'excitation internationale. Le spectacle du congrès du « Komintern », à Moscou, souligne efficacement la sincérité de la « politique de non-immixion » réclamée par la même puissance.

» Nos expériences et celles des autres Etats nous enseignent que nous ne devons rien attendre de protestations et de représentations à Moscou. C'est pourquoi nous sommes décidés à répondre à l'excitation révolutionnaire bolcheviste en Allemagne par les armes efficaces des arguments nationaux-socialistes.

» Le congrès ne devrait laisser aucun doute sur le fait que le national-socialisme s'opposera, de la façon la plus radicale, à toute tentative du bolchevisme de Moscou de prendre pied en Allemagne ou de la pousser dans une révolution. (Applaudissements.)

Le rôle dissolvant du judaïsme

» En outre, nous sommes obligés de constater qu'ici, comme presque partout, ce sont presque exclusivement des éléments juifs qui désagrègent et excitent les peuples les uns contre les autres.

» L'insulte faite au pavillon allemand, insulte qui a été réglée de la manière la plus loyale par une déclaration du gouvernement américain, illustre la manière dont le judaïsme se comporte envers l'Allemagne, même lorsqu'il s'agit de fonctionnaires juifs.

» Cette insulte justifie pleinement nos lois nationales-socialistes. Celles-ci visent de prime abord à prévenir de tels faits dans nos administrations et dans notre jurisprudence allemande et à ne les laisser se produire dans aucun cas. Si la justesse de notre conception avait encore besoin d'être soulignée, la nouvelle excitation au boycott que les éléments juifs mettent de nouveau en action contre l'Allemagne fournirait encore une large justification.

» Le trouble international dont le monde est victime semble malheureusement avoir éveillé parmi les juifs d'Allemagne l'opinion qu'il était peut-être temps d'opposer visiblement les intérêts juifs aux intérêts nationaux dans le Reich. Dans de nombreuses localités on se plaint de la façon la plus violente de l'attitude provocante des ressortissants du peuple juif. Le nombre impressionnant et l'analogie des plaintes permettent de conclure à une certaine méthode dans les agissements.

Trois lois

» Cette conduite est allée jusqu'à des démonstrations dans un cinéma berlinois contre un film étranger, en soi inoffensif mais dans lequel les milieux juifs se sont cru attaqués. Si l'on veut que cette conduite ne provoque pas des actions de défense résolues de la population indignée, impossibles à contrôler isolément, il ne reste que la solution légale du problème.

» Le gouvernement du Reich est dominé par la pensée de pouvoir créer, par une solution séculaire, une base qui permettra au peuple allemand d'avoir des rapports supportables avec le peuple juif. Si cet espoir ne devait pas être comblé, si l'excitation juive en Allemagne et l'excitation juive internationale devaient se poursuivre, il sera procédé à un nouvel examen de la situation. Je propose au Reichstag les lois dont le président du Reichstag Gœring va donner lecture.

» La première et la seconde loi acquittent une dette de reconnaissance au mouvement sous le symbole duquel l'Allemagne a reconquis la liberté. (Bravos.) Ainsi se trouve réalisé un point important du programme national-socialiste.

» La troisième loi est une tentative pour régler légalement un problème qui, en cas d'échec renouvelé, devrait être soumis par loi au parti national-socialiste pour une solution définitive. Le parti national-socialiste et, derrière lui, la nation allemande approuvent ces trois lois.

» Je vous prie d'adopter ces lois. »

Le général Gœring s'attache à justifier les nouvelles lois

M. Gœring reprend la parole. Il se lève et fait en substance les déclarations suivantes:

La première période de l'histoire de l'Etat national-socialiste est terminée; c'était celle de la prise du pouvoir. En ce jour, au congrès de la liberté, commence une seconde période: celle où l'Allemagne est redevenue libre. Sa liberté extérieure est assurée par la loi du 16 mars, qui lui a rendu une armée; sa liberté intérieure sera assu-

général Gœring, président, qui fixera l'ordre du jour et les débats en toute liberté de décision.

Le chancelier Hitler prononce ensuite son discours.

Le discours du Führer

« Députés,

» Hommes du Reichstag allemand.

» Au nom du gouvernement du Reich allemand, j'ai prié le président du Reichstag Gœring de convoquer pour aujourd'hui à Nuremberg le Reichstag allemand.

» Nous avons choisi cet endroit parce que le mouvement national-socialiste l'unit étroitement avec les lois que nous avons à vous soumettre aujourd'hui. Nous avons choisi cette heure parce que la majorité des députés se trouvent encore à Nuremberg en qualité de membres du parti.

» Au sujet de ces lois qui vous sont soumises sous forme de motion, j'ai à vous faire quelques remarques succinctes. La première partie du congrès du parti à Nuremberg est terminée. La journée de l'armée le terminera demain définitivement. Le spectacle qu'offre cette fête du parti renforce l'impression de l'année précédente. Le peuple allemand a trouvé la voie d'une union et d'une discipline dont on n'avait encore eu aucun exemple dans l'histoire.

La force du régime actuel

» Cette expression de la fermeté du parti est en même temps l'expression de la force du régime actuel. Ce que la nation allemande a désiré vainement pendant des siècles, elle le possède aujourd'hui : un peuple uni de frères, libres des préjugés réciproques et des entraves des temps [illegible] le spectacle que nous offrira [illegible] ce intérieure. Ce ne sera [illegible] tion de masse, mais seulement [illegible] tableau de valeur intérieure de notre nouvelle armée. Le peuple allemand peut s'estimer heureux, conscient qu'il est de cette force recouvrée après des souffrances si effroyables et une longue impuissance. Et cela particulièrement à une époque qui semble exposée à une crise grave.

» L'Allemagne est assainie. A l'intérieur et à l'extérieur, ses institutions sont en ordre (applaudissements frénétiques). La responsabilité des dirigeants du Reich, en des temps si graves, n'en est que plus considérable.

L'amour de l'Allemagne pour la paix

» Il ne saurait y avoir pour notre attitude tout entière qu'une seule directive : notre grand et inébranlable amour de la paix. Il me semble nécessaire de faire aujourd'hui cette profession de foi. Malheureusement, en effet, une certaine presse internationale s'efforce constamment de faire entrer l'Allemagne dans le domaine de ses combinaisons.

» Tantôt on examine le cas d'après lequel l'Allemagne agirait contre la France, tantôt l'hypothèse qu'elle se tourne contre l'Autriche, puis la crainte qu'elle n'attaque la Russie, je ne sais où.

» Le plus souvent, ces attaques sont représentées comme un argument en faveur de la nécessité de coalitions que, selon les besoins, on voudrait plus ou moins diverses.

» D'une manière aussi magnanime, cette presse traite l'amitié de l'Allemagne comme un objet à la disposition immédiate de tout homme d'Etat éprouvant le besoin de tendre la main vers elle.

» Mes députés, hommes du Reichstag, je n'ai pas besoin de vous assurer que les décisions du gouvernement allemand ne sont nullement dictées par une attitude d'hostilité envers qui que ce soit, mais qu'elles émanent exclusivement du sentiment de responsabilité du gouvernement envers l'Allemagne.

» Mais la fin de notre tâche ne consiste nullement à en consommer de nouveau les résultats dans une aventure entreprise à la légère et, par conséquent, insensée.

» Le but de la réorganisation de l'armée allemande n'a pas été de menacer, ou même de ravir la liberté de n'importe quel peuple européen, mais uniquement d'assurer au peuple allemand sa liberté.

Memel a été en pleine paix ravie à l'Allemagne...

» Ce point de vue détermine essentiellement l'attitude du gouvernement du Reich en politique étrangère. Aussi ne prenons-nous aucune position à l'égard d'événements qui ne concernent pas l'Allemagne, et ne souhaitons-nous pas y être impliqués. Mais le peuple allemand en suit précisément avec d'autant plus d'inquiétude les événements de Lithuanie. En pleine paix, des années après la conclusion de la paix, le territoire de Memel (Klaipeda) a été ravi à l'Allemagne.

» Cette spoliation, légalisée par la Société des nations, est liée seulement à l'observation d'une autonomie à accorder au germanisme de Memel, et fixée par traités.

» Or, depuis des années, l'élément allemand de ce territoire est maltraité et tourmenté, contrairement aux lois et traités.

» Une grande nation est obligée d'assister constamment à ce spectacle : des frères du même sang attaqués, en pleine paix et arrachés au Reich, sont traités d'une manière pire que ne le sont des criminels dans des Etats normaux.

» Or leur seul crime consiste en ceci : ils sont Allemands et veulent rester Allemands. Jusqu'à présent, les représentations à Kovno (Kaunas) des puissances responsables sont restées de pures formalités extérieures, sans aucune valeur et sans aucune conséquence intérieure.

» Le gouvernement allemand considère cette évolution avec attention et amertume. Ce serait pour la Société des nations une tâche louable que de s'intéresser au respect de l'autonomie du territoire de Memel et de donner à cet intérêt des formes pratiques et efficaces avant que les événements ne prennent une tournure qui, un jour, ne pourrait qu'être déplorée par toutes les parties. (Applaudissements et bravos.) La préparation des élections, qui a lieu actuellement dans le territoire de Memel, est une dérision du droit et des engagements.

» L'Allemagne ne formule aucune revendication injustifiée en demandant que la Lithuanie soit invitée par des moyens convenables à respecter les traités signés. (Longs applaudissements.) Une nation de 65 millions d'hommes a bien le droit final de demander à être respectée au moins tout autant que l'arbitraire d'un peuple de deux millions d'habitants.

L'agitation révolutionnaire de Moscou

» Malheureusement, nous constatons que, alors que l'entente entre les nations serait plus nécessaire que jamais, l'internationale bolcheviste se livre de nouveau, de Moscou, ouvertement et systématiquement, comme presque partout, ce sont presque exclusivement des éléments juifs qui désagrègent et excitent les peuples les uns contre les autres.

» L'insulte faite au pavillon allemand, insulte qui a été réglée de la manière la plus loyale par une déclaration du gouvernement américain, illustre la manière dont le judaïsme se comporte envers l'Allemagne, même lorsqu'il s'agit de fonctionnaires juifs.

» Cette insulte justifie pleinement nos lois nationales-socialistes. Celles-ci visent de prime abord à prévenir de tels faits dans nos administrations et dans notre jurisprudence allemande et à ne les laisser se produire dans aucun cas. Si la justesse de notre conception avait encore besoin d'être soulignée, la nouvelle excitation au boycott que les éléments juifs mettent de nouveau en action contre l'Allemagne fournirait encore une large justification.

» Le trouble international dont le monde est victime semble malheureusement avoir éveillé parmi les juifs d'Allemagne l'opinion qu'il était peut-être temps d'opposer visiblement les intérêts juifs aux intérêts nationaux dans le Reich. Dans de nombreuses localités on se plaint de la façon la plus violente de l'attitude provocante des ressortissants du peuple juif. Le nombre impressionnant et l'analogie des plaintes permettent de conclure à une certaine méthode dans les agissements.

Trois lois

» Cette conduite est allée jusqu'à des démonstrations dans un cinéma berlinois contre un film étranger, en soi inoffensif mais dans lequel les milieux juifs se sont cru attaqués. Si l'on veut que cette conduite ne provoque pas des actions de défense résolues de la population indignée, impossibles à contrôler isolément, il ne reste que la solution légale du problème.

» Le gouvernement du Reich est dominé par la pensée de pouvoir créer, par une solution séculaire, une base qui permettra au peuple allemand d'avoir des rapports supportables avec le peuple juif. Si cet espoir ne devait pas être comblé, si l'excitation juive en Allemagne et l'excitation juive internationale devaient se poursuivre, il sera procédé à un nouvel examen de la situation. Je propose au Reichstag les lois dont le président du Reichstag Gœring va donner lecture.

» La première et le seconde loi acquittent une dette de reconnaissance au mouvement sous le symbole duquel l'Allemagne a reconquis la liberté. (Bravos.) Ainsi se trouve réalisé un point important du programme national-socialiste.

» La troisième loi est une tentative pour régler légalement un problème qui, en cas d'échec renouvelé, devrait être soumis par loi au parti national-socialiste pour une solution définitive. Le parti national-socialiste et, derrière lui, la nation allemande approuvent ces trois lois.

» Je vous prie d'adopter ces lois. »

Le général Gœring s'attache à justifier les nouvelles lois

M. Gœring reprend la parole. Il se lève et fait en substance les déclarations suivantes:

La première période de l'histoire de l'Etat national-socialiste est terminée; c'était celle de la prise du pouvoir. En ce jour, au congrès de la liberté, commence une seconde période: celle ou l'Allemagne est redevenue libre. Sa liberté extérieure est assurée par la loi du 16 mars, qui lui a rendu une armée; sa liberté intérieure sera assurée par les mesures législatives qui vont être prises.

M. Gœring s'attache ensuite à justifier chacune des trois lois qui vont être soumises au vote de l'assemblée, et fait l'éloge du drapeau noir, blanc, rouge, qui fut déroulé, dit-il, pour la première fois, dans la salle des Glaces du château de Versailles, au grondement des canons.

Ce drapeau a été le drapeau d'une Allemagne glorieuse et comblée d'honneurs. Aujourd'hui il est devenu souvent le drapeau de l'opposition réactionnaire. Les réactionnaires oublient que c'est Hitler qui a tiré de la boue la cocarde aux couleurs noir, blanc, rouge.

Le drapeau à croix gammée, sous les plis duquel s'est fait le relèvement de l'Allemagne et sous les plis duquel le Reich a reconquis sa liberté, sera désormais l'unique emblème national de l'Allemagne. Ce drapeau ne saurait être arboré par des juifs. Celui qui touche au drapeau allemand insulte la nation allemande.

M. Gœring fait ensuite allusion à l'incident du *Bremen* et à l'arrêt du juge new-yorkais Brodsky:

Le gouvernement américain, dit-il, a déclaré qu'il n'était pour rien dans toute cette affaire et qu'il la regrettait; d'ailleurs un juif ne saurait nous insulter.

La croix gammée, poursuit le général Gœring, symbole de la liberté allemande reconquise, sera érigée aujourd'hui sur toute l'Allemagne.

M. Gœring justifiant ensuite la loi sur les juifs, dit:

Celle-ci a pour but de protéger la pureté de la race allemande. Nous sommes obligés de prendre des mesures pour sauvegarder nos femmes et nos enfants et de les mettre à l'abri de la lubricité d'une race qui ne sait pas se dominer.

Après quelques mots pour motiver la loi sur la qualité de citoyen allemand, M. Gœring conclut:

Ces trois lois que le national-socialisme adopte en cette journée historique de Nuremberg prouvent que nous tenons les promesses inscrites au programme de notre parti.

Le Reicstag a approuvé par acclamation les trois lois, dont lecture avait été donnée par le général Gœring.

Avant la clôture de la séance, le Führer-chancelier a déclaré:

Vous venez d'approuver une loi dont toute l'importance ne sera reconnue qu'après plusieurs siècles. Veillez à ce que la nation ne sorte pas du chemin de la loi. Veillez à ce que notre peuple suive le chemin de la loi. Veillez à ce que cette loi soit anoblie par la discipline inouïe de tout le peuple allemand dont vous êtes responsables.

LES LOIS ADOPTÉES PAR LE REICHSTAG

Voici les trois lois proposées par le gouvernement, adoptées par le Reichstag et immédiatement promulguées :

La première stipule que les couleurs du Reich sont le noir, le blanc et le rouge; le drapeau rouge à croix gammée est érigé en drapeau national allemand. Le drapeau rouge à croix gammée sera également le drapeau de commerce allemand. Le drapeau de la marine militaire allemande et le drapeau de guerre allemand feront l'objet d'un règlement ultérieur qui sera arrêté par le chancelier lui-même.

La deuxième loi supprime l'égalité des Alle-

Der wahre Himmler
Nach der Befoerderung: Verschaerfung des Terrors

Berlin (DI) Die Ernennung Himmlers zum Leiter des gesamten Polizeiwesens wird in unterrichteten Kreisen als der Beweis dafuer angesehen, dass eine neue verschaerfte Terrorwelle gegen die Opposition zu erwarten ist; Himmler ist bekanntlich der Mann, der die Folterungen und Misshandlungen als Verhörmethoden eingefuehrt hat. Himmler ist auch der Organisator der Katholikenverfolgungen. In vielen Erklaerungen ruehmt sich Himmler der von ihm mit Erfolg angewendeten grausamen Methoden, insbesondere der Geiselverhaftungen. Himmler, der einmal der Privatsekretaer von Gregor Strasser gewesen ist, hat aus der Gestapo das gemacht, was sie heute ist. Von ihm stammt das Wort, der Nationalsozialismus werde 20.000 Jahre dauern. In der SS hat er sich eine Elitetruppe geformt, fuer die er besondere Heiratsvorschriften erliess, um ihre "Hochzuechtung" zu garantieren. Wirtschaftspolitisch gehoert er dem Abwertungsflügel der Partei an. Er ist in einen gewissen Gegensatz zu Goering gekommen, weil dieser die Leitung der preussischen Polizei nicht aus der Hand geben wollte. Seine Befoerderung stellt einen Sieg der Abwerter dar und zugleich die Ankuendigung eines Ausrottungsfeldzuges gegen die Opposition, in dem Masse als der Tag des Kriegsausbruches naeherrueckt.

"Vergeltung fuer die Opfer, die im Geiste Langemarks gefallen sind!"
Ein neues Todesopfer der nationalsozialistischen Justiz?

(DI) Wegen einer im Juni 1931 begangenen Straftat wird seit Wochen in Chemnitz ein Prozess gegen den Arbeiter H a n s L i n k gefuehrt. Die "Internationale Juristische Vereinigung" erhaelt von einem englischen Anwalt, der der Gerichtsverhandlung in Chemnitz beigewohnt hat, folgenden Bericht :
Immer neue Zeugen werden von der Staatsanwaltschaft aufgeboten, um gegenueber dem Leugnen des Angeklagten Link zu beweisen, dass er es gewesen sei, der vor nun fast 5 Jahren den toedlichen Schuss auf einen SS-Mann abgegeben habe. Selbstverstaendlich koennen sich die meisten nicht an das Aussehen des Taeters erinnern, zumal der Zusammenstoss in der Nacht erfolgte. Nur einige SS-Leute belasten den Angeklagten. Alle anderen Zeugen - es sind ueber hundert - bestreiten, dass Link an der Schiesserei beteiligt war. Die wichtigsten Entlastungszeugen werden erst nach Ausschluss des Angeklagten aus dem Sitzungssaal vernommen - unter dem Vorwand, dass sie in seiner Gegenwart nicht die Wahrheit sagen wuerden! Als sie trotz der Vorhaltungen des Staatsanwalts bei ihrer entlastenden Aussage blieben, wurden fuenf von ihnen im Lauf einer einzigen Gerichtsverhandlung als angeblich des Meineids verdaechtig im Gerichtssaal selbst verhaftet! Der Staatsanwalt fordert Rache "fuer die Opfer, die im Geiste Langemarcks gefallen sind!" Und sein Plaedoyer endet mit dem Ausruf :

> "Ich bedaure es, dass die Todesstrafe gegen Link nicht in Betracht kommt, weil wir zur Zeit noch bezueglich der Strafhoehe an das erste Urteil gebunden sind. Ich beantrage gegen den Angeklagten 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Wenn aber das neuerliche Urteil des Schwurgerichts wieder aufgehoben werden sollte, dann ist der Weg frei, ein neues Verfahren aufzurollen. Dann ist zu erwarten, dass die Strafe ganz anders ausfallen wird, als dies jetzt der Fall ist."

64. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 10 Pfennig

Berlin Tageblatt

Mit vollständigem Kurszettel

und Handels-Zeitung

Nr. 340

Sonnabend, 20. Juli 1935

Daluege vor der Presse

Ein Vortrag des Befehlshabers der deutschen Polizei zu dem Thema: „Der Jude in der Kriminalität“

Der Befehlshaber der deutschen Polizei, Generalleutnant der Landespolizei Daluege sprach heute vor Pressevertretern.

Er führte u. a. aus: „Judenverfolgungen in Deutschland! Das ist zurzeit in den judenhörigen Teilen der sogenannten „Weltpresse“ wieder einmal die grosse Sensation, mit der man die Leser aufputscht. Niemand dieser Herren jedoch gibt sich die Mühe, ernstlich nach den Gründen zu forschen, die das deutsche Volk zu seinem Abwehrkampf gegen jüdische Anmassnug und gegen jüdisches Verbrechertum zwingen. Ich bin in der Lage, allen denen, die draussen in der Welt um das angeblich gefährdete Schicksal der deutschen Juden so besorgt tun, Material in die Hand zu geben, das sie nachdenklicher stimmen soll. Bevor ich auf das eigentliche Thema „Der Jude in der Kriminalstatistik“ eingehe, möchte ich einige kurze Ausführungen über die Methoden der neuen Polizeiarbeit in Deutschland vorausschicken.

Die Arbeit der staatlichen Polizeiexekutive stellt sich in dem Masse um, in dem die Kriminalität zurückgeht. Mehr und entschiedener als bisher soll durch einfache, wenig Kosten verursachende Massnahmen das Verhütungsprinzip, der Grundsatz, Straftaten von vornherein zu verhindern, in den Vordergrund gerückt werden. Verfolgung und Strafvollzug sind notwendige, unvermeidliche Begleiterscheinungen der polizeilichen Arbeit. Hauptzweck jedoch sind sie nicht! Die neue Polizei sieht im Gegensatz zu der früheren Auffassung vielmehr

ihre Aufgabe darin, jede Störung des Rechtsfriedens durch asoziale Elemente vorbeugend unmöglich zu machen.

Am deutlichsten wirkt sich dies bei der Kriminalpolizei aus, die in Zukunft mehr als bisher schlagartig zu überraschenden Aktionen, besonders zu Nachtstreifen, eingesetzt werden kann. Eine allmähliche Umstellung eines Teiles dieser Kräfte von der Tagestätigkeit auf die Tätigkeit bei Nacht, in der immer noch die meisten Straftaten begangen werden, wird uns unserem Ziele näher führen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Glückwunsch an Helldorf

Die Aufgabe der SA in Berlin

SA-Gruppenführer Uhland hat an den mit der vorläufigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Polizeipräsidenten von Berlin betrauten Polizeipräsidenten von Potsdam, SA-Gruppenführer Graf Helldorf, folgendes Glückwunschschreiben gesandt:

„Die SA Berlins beglückwünscht Sie zu ihrer neuen Aufgabe. Die mit Reichsminister und Gauleiter Dr. Goebbels stattgehabte Besprechung gibt der SA die Gewähr, dass sie in Zukunft mehr wie bisher Mitträger des Kampfes um die Säuberung der Reichshauptstadt sein wird. Die SA wird sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen.

Wilde Einzelunternehmungen, wie sie in letzter Zeit von SA-feindlichen Elementen aufzuziehen versucht wurden, wird die SA-Führung rücksichtslos unterbinden! Die SA grüsst den Polizeipräsidenten von Berlin, SA-Gruppenführer Graf Helldorf. Heil Hitler!

Der Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg i. V. gez. Uhland, Gruppenführer.

Auflösung staatsfeindlicher Artistenverbände

BERLIN, 20. Juli. (DNB)

Die Geheime Staatspolizei teilt mit: Im Einvernehmen mit der Reichskulturkammer und mit Staatskommissar Hinkel sind die nachstehend aufgeführten drei Artistenverbände wegen der in ihnen tätigen staatsfeindlichen Elemente von der Geheimen Staatspolizei aufgelöst worden: Die Internationale Artistenloge (Berlin), der Internationale Zirkusdirektoren-Verband (Berlin) und der Berufsverband deutscher Artistik (Berlin). Gleichzeitig ist das Organ dieser drei Verbände, die Zeitschrift „Das Programm“, verboten worden.

DF 21-12-34

Die Helden der SAP.

Foltermethoden der Gestapo gerichtlich festgestellt

Ueber die furchtbaren Mißhandlungen, denen Klaus Zweiling und Genossen, die in dem bekannten SAP.-Prozeß vom Volksgericht verurteilt worden sind, haben wir an dieser Stelle mehrmals berichtet. Nunmehr werden aber einige Einzelheiten aus der Gerichtsverhandlung selbst bekannt, die ein grelles Licht auf die Foltermethoden werfen, die unter dem nationalsozialistischen Regime zum eisernen Bestandteil eines „Gerichtsverfahrens" gehört.

Gleich der erste Angeklagte, der SAP.-Mann Max Köhler, schilderte sachlich und eindringlich die erlittenen Mißhandlungen, die bekanntlich schon im vorigen Jahre in der ausländischen Presse in aufsehenerregenden Berichten dargestellt worden waren. Die nächsten Angeklagten ergänzten diese Schilderung.

So berichtete Karl Baier, wie er im Februar 1934 aus der gerichtlichen Untersuchungshaft in Moabit erneut zur Gestapo gebracht worden sei und dort aufs Furchtbarste mißhandelt wurde:

Herr von Plotho ließ drei SS.-Leute kommen, ermunterte sich und sie durch reichlichen Biergenuß, und dann wurde Karl Baier über einen Tisch gelegt und erhielt jede Viertelstunde 20 furchtbare Schläge. Schließlich wurde er, ein besonders kräftiger Mann in den besten Jahren, ohnmächtig. Als er wieder zum Bewußtsein kam, erklärte Herr von Plotho zynisch: „Du mußt ja ein furchtbar dickes Fell haben, daß Dein Arsch noch nicht geplatzt ist!"

Besonders furchtbar wurde Dr. Stefan Szende mitgenommen, der noch heute, nach einem Jahr, große Narben auf der Brust aufzuweisen hat. Er berichtet, daß er durch immer neue Mißhandlungen gezwungen worden sei, Protokolle zu unterschreiben, in denen er sich selbst immer höhere Funktionen in der Partei beilegen mußte. Das war so kraß, daß der Vorsitzende sich zu dem grimmigen Witz veranlaßt sah: **„Wenn Sie noch weiter in dieser Weise vernommen worden wären, wären Sie wohl schließlich Reichspräsident gewesen!**

Uebereinstimmend erklärten die Angeklagten, sie wären nach den Mißhandlungen völlig besinnungslos gewesen und hätten schließlich auch ihr Todesurteil unterschrieben, wenn es verlangt worden wäre. Es darf auch nicht vergessen werden, daß mehrere der Angeklagten in ihrer Verzweiflung Selbstmordversuche begingen.

Zu diesen furchtbaren Anklagen hatten die Herren von der Gestapo nichts zu sagen!

Von Plotho erklärte,

gegenüber Fragen über Mißhandlungen habe er von seiner vorgesetzten Behörde ein generelles Aussageverbot! Als der Vorsitzende ihn fragte, ob es denn keinen Zweck habe, wenn das Gericht um Aussagegenehmigung nachsuchte, antwortete von Plotho: „Das hat schon deshalb keinen Zweck, weil ich auch von mir aus nicht aussagen würde, um mich nicht einer Strafverfolgung auszusetzen!"

Ein deutlicheres Eingeständnis ist nicht mehr denkbar! Vor dem höchsten deutschen politischen Gericht sind damit die Foltermethoden der Gestapo bewiesen und bestätigt worden. Was wird mit den schuldigen Beamten geschehen? Werden Herr von Plotho und sein Mitarbeiter Helfershelfer Wiesmann und all die anderen Folterknechte weiter in Amt und Würden bleiben?

Die Tatsache der von den Angeklagten erlittenen Mißhandlungen konnte auch dieses Gericht nicht übersehen. Sogar der Staatsanwalt mußte auf die polizeilichen Protokolle verzichten und auch in der Urteilsbegründung wurde das noch einmal festgestellt. Ebenso verwiesen die Verteidiger darauf, und zwar nicht nur die Wahlverteidiger, sondern auch die nationalsozialistischen Offizialverteidiger, die sich gewiß ungern genug von den Foltermethoden des „dritten Reiches" überzeugen mußten. Diese Nationalsozialisten erklärten, schlimmer könnten die Angeklagten gar nicht bestraft werden, als sie bereits durch das Erlittene bestraft seien!

Diese Mißhandlungen, ebenso wie die zahlreichen Protesttelegramme, die aus dem Auslande beim Henkergericht eintrafen, veranlaßten dieses, ein Urteil zu fällen, das, im Vergleich zu den drakonischen Terrorurteilen der Volksgerichte geradezu als milde betrachtet werden kann. Auch hat auf das Gericht das mutige Auftreten der Angeklagten einen starken Eindruck gemacht. **Auch die angeklagten Frauen, vor allem Edith Baumann und Edith Schustan, traten mit bewundernswertem Mut für ihre politischen Ideale ein.** So mußte selbst dieses „Gericht" den Bekennermut der Angeklagten und ihre idealistische Gesinnung anerkennen. Deshalb lautete das Urteil wie folgt: Für Max Köhler, Klaus Zweiling und Edith Baumann je drei Jahre Gefängnis; Stefan Szende, Gustav Kleinert, Erich Zander und Hans Ils je zwei Jahre Zuchthaus; Karl Baier und Hans Beldner je 2 Jahre 6 Monate Gefängnis; Erich Drucker 2 Jahre und 3 Monate Gefängnis; Käthe Schaftan 2 Jahre Gefängnis; Peter Keller und Günther Keil 1 Jahr 9 Monate Gefängnis; Lotte Adel und Peter Löwy 1 Jahr 6 Monate Gefängnis; Gustav Seeger, Hermann Reich, Hermann Jahr und Georg Weinberg 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Fünf jugendliche Angeklagte wurden freigesprochen.

*

Den Namen des Gestapo-Agenten, Freiherr v. Plotho, werden wir uns merken. Einst wird der Tag kommen, wo mit diesen Folter- und Henkersknechten gründlich abgerechnet wird. All diese Beamten und Richter, die ihren Eid auf den „Führer" und Reichskanzler geleistet haben, sie werden der verdienten Strafe nicht entgehen. Die kommende deutsche Revolution wird die Fehler des 9. November 1918 nicht wiederholen.

NATIONAL-ZEITUNG BASEL

Das Wesen der Gestapo

27.V.36

Der vor kurzem veröffentlichte Gesetzeserlaß vom 10. Februar hat die politisch-rechtliche Stellung der Gestapo dahin geklärt, daß diese „Geheime Staatspolizei" (die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme gebildet wurde) nun tatsächlich über den Behörden, ja, über jedem geschriebenen Gesetz und Recht steht. Chef der Gestapo ist der preußische Ministerpräsident (der Einfluß des aus München kommenden, im Kreis um Gregor Straßer großgewordenen Heinrich Himmler scheint etwas zurückgedrängt zu sein). In einem Netz von 35 staatspolitischen Aemtern ist die geheime Staatspolizei über ganz Deutschland ausgebreitet; besondere „Grenzkommissariate" sind an den Grenzen eingerichtet. Sie verfügt über ein spezielles, von keiner Instanz außer dem Chef zu kontrollierendes Budget, ihre Verfügungen unterliegen in keinem Falle der Nachprüfung der Verwaltungsgerichte. Sie hat von Regierungs- und Oberpräsidenten keinerlei Weisungen entgegenzunehmen, im Gegenteil: diese haben ihren Anordnungen jede mögliche Unterstützung zu leisten. Jeder Regierungspräsident erhält außerdem einen „politischen Sachberater" aus dem Kreise der Gestapo zur Seite gestellt. Der Gestapo untersteht die uneingeschränkte Beaufsichtigung aller Deutschen im In- und Ausland, sie ist autonom in der Verwaltung der vielen deutschen Konzentrationslager, sie braucht über die Behandlung der Lagerinsassen keiner Instanz der Welt Rechenschaft zu geben, sie kann mit sofortiger Wirkung und unter Ignorierung der Reichskulturkammer jede Druckschrift verbieten, — ihre Haftbefehle sind zu vollziehen, ohne daß den Behörden oder dem Häftling irgend ein Delikt als Grund der Festnahme anzugeben wäre. Sie überstellt die Angeklagten im Bedarfsfalle jenen neuen, an keine Rechtsnorm gebundenen und aus Parteiangehörigen bestehenden Sondergerichten, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagen. (Die Verhaftungen und Erschießungen des 30. Juni 1934 wurden fast ausschließlich von der Gestapo durchgeführt.)

Die geheime Staatspolizei verfügt über ein Netz von Agenten im Ausland, auf ihr Konto komm der Entführungsfall Jakob in der Schweiz so gu wie der Mordfall Formis in der Tschechoslowakei wer ihr Vertrauensmann ist, weiß niemand, — in Ausland hat sie nicht nur die Reichsdeutschen z überwachen und eventuell der Verfolgung zu über geben, sondern auch das geheime Personalarchiv i der Prinz Albrechtstraße in Berlin mit allen nur er reichbaren Daten über jene europäischen Staats männer (ihren Verkehr, ihre finanzielle Situatio etc.) zu beliefern, die für die Außenpolitik de Dritten Reiches von Bedeutung sind.

Die Gestapo-Mitglieder tragen keine Uniform ihre hauptsächlichen Funktionäre, darunter ihr stell vertretender Chef Heinrich Himmler sind aus de S. S. hervorgegangen. Die nationalsozialistisch geheime Staatspolizei ist die mächtigste und lücken loseste Polizeiorganisation, die die gesittete Wel bisher erlebt hat. Sie verbindet die unterirdisch Furchtbarkeit der altrussischen Ochrana und de modernen Tscheka mit der minutiösen Genauigkei des preußischen Polizeiapparates. Sie entscheide souverän über Haft und Freiheit, Leben und Tod jedes deutschen Staatsbürgers und es gibt keine Rechtsanspruch, nicht die allergeringste juristisch Möglichkeit, die selbst im Irrtumsfalle (siehe de Fall des aus Versehen erschossenen Münchne Musikschriftstellers Willy Schmid) gegen sie geltend gemacht werden könnte. Ihr obliegt beispielsweis die Ueberwachung und Zurückdrängung der gegen das nationalsozialistische Staatskirchentum kämpfen den „Bekenntniskirche", — und wenn eben de Gauleiter von Oberschlesien, von Oelssen, di Drohung ausstößt: „Man wird die Pastoren der be kenntnistreuen Richtung, wenn sie ihre Opposition gegen die Staatsautorität nicht aufgeben, genau so an die Wand stellen wie die widerspenstigen S. A.-Leute und ihr Oberhaupt Röhm am 30. Juni 19 so gibt es für die deutschen Pastoren gegen d Todesdrohung von einer der Gestapo nahestehenden Seite nicht den allergeringsten Schutz. Durch das Wirken der Gestapo wird ganz Deutschland in einen Ueberpolizeistaat verwandelt, in dem die ganze Apparatur der modernen Technik (geheime Mikrophonanlagen, Abhören von Telephongesprächen, Wachsplattenaufnahmen von Gesprächen etc.) in den Dienst der altpreußischen abgründigen Freiheits-Verachtung gestellt erscheint. Der „totale" Staat wird erst durch die Gestapo, — durch den Schrecken, den er durch sie bis in den letzten deutschen Bauernhof an der Grenze zu verbreiten weiß, tatsächlich zu einem das Individuum auflösenden Zwangsapparat. Diese Vernichtung des Individuums und seiner persönlichen Freiheit geschieht (man kann nach Ernst Jünger zitieren, von dem die Gestapo manche Anregung für ihren Aufbau erhalten hat) in bewußter Absicht: „In demselben Grade, in dem sich das Individuum auflöst, verringert sich der Widerstand, den der Einzelne seiner Mobilmachung entgegenzustellen vermag." Der Einzelne fühlt durch das sichtbare und unsichtbare Wirken der Gestapo (die ihn endgültiger und furchtbarer verschwinden lassen kann wie der Gouverneur Pizarro den Florestan im „Fidelio"), daß er nichts, buchstäblich nichs mehr bedeutet, — daß er als Individuum nicht mehr zählt und keinen Rechtsschutz genießt; insoferne wirkt die Gestapo sozusagen als die seelische Präparation zu jener „totalen" Mobilmachung, die auf den totalen Staat so sicher folgen wird wie auf das A das B. Die Initiatoren der Gestapo, der Gestapo-Politik, sind der Meinung, daß im kommenden „Ernstfall", in dessen vorbereitenden Dienst die gesamte Jugenderziehung gestellt ist, dasjenige Volk die größte militärische Chance besitzen wird, das mit der geballten Stoßkraft unpersönlicher Massen operieren, — das mit dem geringsten seelischen Widerstand des Einzelmenschen gegen seinen bedingungs- und rücksichtslosen Einsatz im modernen Materialkrieg rechnen kann.

Mit der Errichtung der Gestapo hat das Deutschland des Dritten Reiches mit jenen elementaren Grundsätzen gebrochen (Trennung der Legislative von der Exekutive, Rechtsverhältnis des Bürgers zum Staat etc.), die sozusagen das juristisch-moralische Fundament der europäischen Gesellschaft darstellen. Wenn sie und der von ihr getragene Staatsbegriff bleibt, dann ist der Geisteskampf der deutschen Dichter und Denker nichts als eine sinn- und folgenlose Träumerei gewesen.

★

Die gemeldete Abtrennung der Berliner politischen Polizei vom Polizeipräsidium und ihre Ausgestaltung zu einer selbständigen Behörde, die den Namen „Geheimes Staatspolizeiamt" trägt, verdient größte Beachtung. Der preußische Ministerpräsident und Innenminister Göring hat mit dieser Maßregel, die er als einen weiteren Schritt in seinem Programm „zur Reorganisation der preußischen Polizei und in Fortsetzung seiner umfassenden Maßnahmen zur Niederkämpfung des Bolschewismus und anderer staatsfeindlicher Bestrebungen" aufgefaßt wissen will, dem Staate ein überaus großes Machtmittel in die Hand gelegt. Es läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, wie die Ausgestaltung dieses neuen Apparates im einzelnen gedacht ist. Doch scheint schon jetzt das eine festzustehen, daß hier eine ähnliche Zusammenfassung sich vollziehen soll, wie sie in anderen Staaten Europas bereits seit langem besteht. Wir denken hier ganz besonders an das Beispiel Italiens, wo die Sicherheitspolizei des ganzen Landes in die Hand eines einzigen Mannes gelegt ist: eines Komissars, der im Ministerium des Innern sitzt, die staatliche und fascistische Polizei, die Carabinieri und die Gemeindepolizei unter sich hat und Mussolini für die öffentliche Sicherheit in ganz Italien haftet. In Frankreich sind die Sicherheitsverhältnisse gleichfalls in ähnlicher Weise geordnet durch die sogenannten „brigades des mobiles" zur Ueberwachung des gesamten Verbrechertums des ganzen Landes. Wir erinnern uns in diesem Augenblick an das eigenartige Geschick einer unter verheißungsvollen Vorzeichen vor zwölf Jahren begonnenen Bewegung in Deutschland selbst: Damals berieten die besten Fachleute über ein Reichskriminalpolizeiamt, das dem bisherigen Nebeneinander und — leider auch oft Gegeneinander ein Ende machen sollte. Das hierzu führende Reichskriminalpolizeigesetz war bereits im Reichsrat angenommen, ist aber niemals in die Tat umgesetzt worden. Alle Fachleute waren sich damals darüber einig, daß es für den Staat gegenüber allen gefährlichen Umtrieben ein gewaltiges Machtmittel bedeuten und für die Polizei selbst eine höchst erwünschte Vereinfachung und Erleichterung der schweren und keine Verzögerung duldenden Verbrecherbekämpfung bringen würde. Wenn jetzt das Geheime Staatspolizeiamt geschaffen worden ist, so haben zweifellos dem Ministerpräsidenten Göring ähnliche Motive geleitet. Es wäre wünschenswert, daß man im einzelnen da und dort auch auf die vor zwölf Jahren zu Papier gebrachten Erfahrungen der Fachwissenschaft zurückgreifen würde.

★

Geheimes Staatspolizeiamt

Sitz Berlin

Leiter: Oberregierungsrat Diels

WTB. meldet:

Im Zuge seines Programms zur Reorganisation der Preußischen Polizei und in Fortsetzung seiner umfassenden Maßnahmen zur Niederkämpfung des Bolschewismus und anderer staatsfeindlicher Bestrebungen hat der Preußische Ministerpräsident und Innenminister Goering die bisher dem Polizeipräsidium in Berlin angegliederte Zentrale der Politischen Polizei abgetrennt und zu seiner selbständigen Behörde ausgestaltet.

Das so geschaffene geheime Staatspolizeiamt, dessen Tätigkeit durch ein Gesetz vom 26. April 1933 geregelt und das dem Minister des Innern unmittelbar unterstellt ist, hat die Aufgabe, alle staatsgefährlichen politischen Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen. Hierzu sind ihm nicht nur die anderen Polizeibehörden unterstellt, sondern auch eigene Exekutivkräfte zugeteilt.

Das Geheime Staatspolizeiamt hat seinen Sitz in Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Seine Zuständigkeit erstreckt sich auf das ganze Staatsgebiet. Für Berlin übernimmt das Geheime Staatspolizeiamt auch eine Reihe wichtiger Funktionen, die der Polizeipräsident Berlin bisher ausgeübt hat, z. B. die Pressepolizei. Das Geheime Staatspolizeiamt hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Leiter des Geheimen Staatspolizeiamts ist Oberregierungsrat Diels.

Zweites Morgenblatt der Frankfurter Zeitung

Frankfurter Handelsblatt.

Verbreitung und Wiedergabe der Artikel mit ✱ oder ✓✓ und der Privatdepeschen nur mit genauer Quellenangabe „Frkf. Ztg." gestattet.

* Steuerung der deutschen Treibstofferzeugung?

Ein Plan aus der westdeutschen Industrie: Hydrierbenzin aus Stein- und Braunkohle, Gasöl aus Erdöl und Schwelteer.

ff Essen, Mitte April.

Eine in der letzten Zeit neu auflebende Erörterung kohlenchemischer Fragen unter besonderer Berücksichtigung der Steinkohlenverschwelung (Tieftemperaturverkokung), die durch eine auffallend starke Beteiligung von Herstellern von Verschwelungsanlagen nicht gerade einen gesamtwirtschaftlich eingestellten Charakter bekommt, könnte die Vorstellung erwecken, als stehe die geplante Neugestaltung des deutschen Treibstoffmarktes noch im Anfangsstadium technischer Erwägungen. In Wirklichkeit sind die Dinge schon weiter gediehen: für den wichtigsten deutschen Bergbaubezirk, das Ruhrgebiet, kommt eine Verschwelung im großen vorläufig nicht in Frage; die z. T. schon vor Jahren erbauten Schwelanlagen im Revier sind sämtlich stillgelegt, vielfach bereits abgebrochen. Für die nächste Zukunft ist die Entscheidung zugunsten der Druckhydrierung der Steinkohle gefällt worden, nicht zuletzt unter der wirtschaftlichen Erwägung, daß die Hydrierung eine ziemlich restlose Ausnutzung der Kohle zu Oelen ermöglicht, während die Verschwelung neben einem wesentlich kleineren Treibstoffanfall im Schwelkoks einen neuen Konkurrenten für den Markt fester Brennstoffe ergeben würde. Die Inangriffnahme der Neubauten für die Um- und Ausgestaltung der Stickstoffabriken zur Benzinhydrierung ist nur noch von den Absatz- und Preisbindungen für den zu erwartenden Mehranfall von Treibstoff abhängig, wobei teilweise an eine Festlegung der Anteile der verschiedenen Gruppen am Absatz gedacht wird. Neuere Pläne der deutschen Erzeuger, in der Hauptsache des Steinkohlenbergbaues und der I. G. Farbenindustrie, erstreben für die künftige Entwicklung der deutschen Erzeugung aller Treibstoffsorten

eine gewisse Arbeitsteilung, bei der der Steinkohle und der Braunkohle das Hydrierbenzin vorbehalten bleiben, dagegen das deutsche Erdöl unter Verzicht auf Benzingewinnung zur Destillierung auf Schmier- und Gasöl herangezogen werden soll

unter Ausdehnung der Gasölerzeugung auch aus Braunkohlenschwelteer. Ob diese im Anfangsstadium stehenden Erörterungen zu einer festen vertraglichen Bindung der Beteiligten in Form eines privaten Kartelles oder amtlicher Richtlinien führen, oder ob eine nur kaufmännische Beeinflussung durch Preisänderungen mit Hilfe von Zollerhöhung für Schmier- und Gasöl versucht werden soll, steht noch dahin. Der bei Benzin- und Benzolerzeugern wohl besonders starke Wunsch nach einer festen Interessenabgrenzung entspringt der Sor[illegible] liche Auswirkung der tech[illegible] gaser- wie de[illegible]

rd. 134 000 t zu 82 000 t Oelen verarbeitet, von denen etwa zwei Drittel für Dieselmotoren verwendbar waren. Als Beispiel für volkswirtschaftlich unzweckmäßige Auswirkungen der heutigen Preislage bezeichnet man den Bau einer Crackanlage für Braunkohlenschwelteer bzw. Braunkohlenöl in Mitteldeutschland im Jahre 1933, deren Betrieb zu ähnlichen Substanzverlusten des inländischen Rohmaterials führe wie die Erdölcrackung. Auch die Hydrierung von Gasöl aus Roherdöl und Braunkohlenschwelteer ist technisch möglich, aber nur zu Kosten, die zwei Drittel der Herstellungskosten von Benzin ausmachen, so daß diese Möglichkeit zugunsten der einfacheren und billigeren Destillierverfahren vorläufig ausschaltet. Im ganzen laufen also die Reformwünsche, die wohl in besonderen Verhandlungen neben denen aller Treibstoffverbraucher eine Rolle spielen werden, darauf hinaus, das weitere Eindringen des Dieselmotors in den Bereich des Vergasermotors abzuwehren und gleichzeitig die deutsche Erdöl- und Braunkohlenverarbeitung stärker auf Gasölerzeugung einzustellen. Erreicht werden sollen diese Ziele durch die Preissteigerung für Gas- und Schmieröle mit Hilfe von Zollerhöhungen.

Den Benzininteressenten schwebt dabei die Sicherung des Absatzraumes für ihre geplante Erzeugungssteigerung vor.

Nach den bestehenden Plänen will die I. G. Farbenindustrie ihre Benzinerzeugung von bisher rd. 100 000 t auf etwa 350 000 t pro Jahr erhöhen. Für den Ruhrbergbau schweben noch die Garantieverhandlungen bezüglich Absatz und Preis; er plant die Errichtung von Hydrieranlagen mit etwa 250 000 t Benzinkapazität. Daneben laufen Bestrebungen auf Erhöhung des normalen Benzolausbringens auf den Kokereien. Das auf mehreren Revierzechen bereits eingerichtete, auf anderen im Einbau befindliche Verfahren der sogenannten Innenabsaugung nach Still soll eine Erhöhung der Benzolausbringung um bis zu 29 % ermöglichen. Bei weiterer Konjunkturbesserung wird sich außerdem durch die Mehrbeschäftigung der Kokereien automatisch eine Erhöhung der Benzolerzeugung ergeben. Zunächst sollen von den rd. 900 000 t Benzineinfuhr des letzten Jahres rd. 500 000 t durch die erwähnten Kapazitätssteigerungen ersetzt werden, so daß sich der Einfuhrbedarf auf vorerst etwa 400 000 t verringern würde, unter den herunterzugehen im Interesse der inländischen Investierungen der Importeure (Zapfstellen, Vorratsläger) nicht für zweckmäßig gehalten wird. Bei dieser Schätzung gehen die Beteiligten davon aus, daß die Steigerung des Treib[illegible] durch [illegible] Motorisierung überwiegend von [illegible] für den Kraft-

Die "Form des Selbstmords".

Essen, 11.1. (INPRESS): In der Essener "National-Zeitung" schreibt der Pressereferent der obersten SA-Fuehrung, SS-Obersturmfuehrer J. Bosch: " Jeder von irgendwelchen Staatsfeinden versuchte offene Widerstand gegen das junge nationalsozialistische Deutschland waere heute nur noch eine nicht ganz(!)alltaegliche, dafuer aber mit hundertprozentiger Sicherheit toedlich wirkende Form des Selbstmords".

NAZIVERBRECHER WERDEN BEGNADIGT.

1534

Stettin, 4.5. (INPRESS): Die Verurteilung von Nationalsozialisten wegen bestialischer Misshandlung von Gefangenen in dem kuerzlichen Stettiner Prozess wurde von der Hitlerpresse als ein "Sieg des Rechts" gefeiert. Ueberall wurde das persoenliche Eingreifen Goerings geruehmt. Inzwischen sind Meldungen in die Oeffentlichkeit gedrungen, die einwandfrei bewiesen haben, dass der Prozess lediglich auf aeusseren Druck durchgefuehrt wurde. Der Polizeipraesident von Stettin erklaerte selbst in einer kuerzlich gehaltenen Rede, dass "Stadt und Land durch die Misshandlungen empoert und erschuettert" gewesen sind.

Nun triumphiert das Nazi-"Recht" zum zweitenmal. Wir erfahren aus zuverlaessiger Quelle, dass mehrere, zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilte SA-Leute durch Goering zu einer Gefaengnisstrafe von fuenf Wochen begnadigt worden sind, die ueberdies inzwischen verstrichen waren.

DER HITLERTERROR.

Goerings neue Todesdrohungen.

Essen, 26.4. (INPRESS): Goering laesst seine vor mehreren Tagen dem Reuterbuero gegebene Erklaerung, dass er neue drakonische Massnahmen beschlossen habe, durch einen fast beispiellosen Artikel in der ihm nahestehenden Essener "National-Zeitung" ergaenzen. Das Blatt schreibt: " Was der Ministerpraesident Goering ausfuehrte, war nichts geringeres, als eine neue und erheblich verschaerfte Kriegsansage gegen alle Feinde der nationalsozialistischen Reichsregierung... In den ersten Wochen der Revolution wurde ruecksichtslos und mit manchmal brutaler Schaerfe gegen jeden Staatsfeind vorgegangen. Heute droht den Wuehlern und Hetzern... eine Haft, die keineswegs so abschreckende Formen hat, dass sie diesen Elementen als Risiko erscheint. Das wird jetzt anders werden. (Im Original gesperrt.) Der Ministerpraesident sagte, dass er sich nicht scheue, ein Exempel zu statuieren und ... jene Elemente, die auch heute noch wider besseres Wissen das Reich verleumdeten und zum Umsturz schueren, an die Wand zu stellen.

Das Blatt veroeffentlicht dann folgende, vom Deutschen Nachrichtenbuero geheim gehaltene Erklaerung Goerings in seiner Rede bei Uebergabe der Geheimen Staatspolizei an Himmler: "... Wir, die wir verantwortlich sind fuer die Erhaltung des Staates und unseres herrlichen Reiches, wollten zoegern, jene Kreaturen, die das Reich stuerzen wollen, zu zertreten? Nein, wir zoegern nicht, wir werden sie zertreten, ruecksichtslos, wir werden niemand quaelen oder schinden, aber wir werden sie erschiessen."

Minister Goebbels droht den Sozialdemokraten.

BERLIN, 17. Juni. — «Wir, die wir die Macht erkämpft haben, verlangen heute für uns allein das Recht, von ihr Gebrauch zu machen», so erklärte der Reichspropagandaminister Goebbels gestern abend in einer Riesenversammlung der nationalsozialistischen Partei im Hamburger zoologischen Garten. Deshalb auch werden wir uns dieser Macht bedienen, wenn die nach Prag geflüchteten deutschen Sozialdemokraten versuchen, das Reich in internationale Verwicklungen zu stürzen. Wir werden uns jene herholen, die in Deutschland geblieben sind und diesen gegenüber werden wir verfahren nach dem bekannten Sprichwort: Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen.

Goebbels sprach dann gegenüber dem derzeitigen Führer der Sozialdemokratie in Deutschland folgende Drohung aus: Da es uns nicht möglich ist, Ihre Kameraden zu fassen, werden wir Sie, der Sie im Reich geblieben sind, zum Pfand nehmen.

Bezüglich des zukünftigen Schicksals der bürgerlichen Parteien erklärte der Minister: Lassen wir die Toten ruhen.

Straßburger Neueste Nachrichten 18.5.33.

Berliner Tageblatt 10.III.33

Die „Schutzhaft"

Die im Zusammenhang mit der Brandstiftung im Reichstag vorgenommenen Verhaftungen von zahlreichen kommunistischen und linksstehenden Persönlichkeiten werden in den amtlichen Berichten als „Verhängung von Schutzhaft" bezeichnet. Es handelt sich dabei um eine Massnahme, die sich auf § 22 der Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 stützt. Eine ähnliche Bestimmung gab es bereits in § 17 der Verordnung vom 14. Juni 1932, die aber bekanntlich durch die Schleichersche Verordnung zur Erhaltung des inneren Friedens aufgehoben worden war. In der Verordnung des Kabinetts Hitler wurde dann die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Personen in polizeiliche Haft zu nehmen, wieder eingeführt.

§ 22 der Verordnung zum Schutze des deutschen Volsek bestimmt, dass Personen, die in dem dringenden Verdacht stehen, bestimmte, in der Verordnung aufgezählte Verbrechen begangen zu haben, „im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen werden" können. Voraussetzung der Polizeihaft ist nicht mehr, wie in der früheren entsprechenden Bestimmung, dass der zu Verhaftende auf frischer Tat betroffen wird, sondern dass er in dem dringenden Verdacht eines der bezeichneten Delikte steht. Die Delikte, bei denen eine solche Polizeihaft verhängt werden kann, sind: Hochverrat, Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse, ferner Verbrechen oder Vergehen, die mittels einer Waffe begangen sind oder deren Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe oder unbefugtes Erscheinen mit einer Waffe begründet wird.

Zu der Voraussetzung, dass der dringende Verdacht eines solchen Delikts vorliegt, muss aber, damit die Polizeihaft verhängt werden kann, eine weitere Voraussetzung hinzutreten: Die Verhaftung muss im Interesse der öffentlichen Sicherheit liegen.

Bei den jetzt vorgenommenen Verhaftungen ist bisher weder angegeben worden, welcher Delikte die Verhafteten verdächtigt noch inwiefern ihre Festnahme im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist.

Die Polizeihaft der Notverordnung ist nicht dasselbe wie die gerichtliche Untersuchungshaft. Für sie ist allein die Polizeibehörde zuständig, die für die Verfolgung der in Frage kommenden strafbaren Handlungen zuständig ist. Sie kann auch nicht, wie dies bei der Untersuchungshaft der Fall ist, auf eine im gerichtlichen Strafurteil ausgesprochene Freiheitsstrafe angerechnet werden.

Die Polizeihaft ist aufzuheben, wenn entweder der dringende Tatverdacht entfällt oder das Interesse der öffentlichen Sicherheit die weitere Haft nicht mehr notwendig erscheinen lässt oder wenn gegen den Verhafteten die gerichtliche Untersuchungshaft verhängt ist oder wenn drei Monate seit der Inhaftnahme vergangen sind.

Die dem in polizeiliche Haft Genommenen zustehenden Rechtsmittel, mit denen er gegen die Festnahme vorgehen kann, sind ausserordentlich beschränkt. Gegen die Anordnung selbst gibt es nur die Beschwerde im Dienstaufsichtswege, die in letzter Instanz bis zum Minister des Innern des betreffenden Landes geht. Dagegen ist der sonst gegen polizeiliche Verfügungen in den Ländern gegebene Verwaltungsrechtsweg ausgeschlossen. Unabhängig von dem Verfahren der Dienstaufsichtsbeschwerde kann auf Antrag des Verhafteten in gewissem Umfange eine gerichtliche Nachprüfung der Haft stattfindet. Zuständig hierfür ist der Amtsrichter des Bezirks, in dem die Haft vollstreckt wird. Voraussetzung für eine Entscheidung des Amtsrichters ist ein von dem Verhafteten mit der Begründung gestellter Antrag, dass er die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung nicht begangen habe. Verneint der Amtsrichter einen dringenden Tatverdacht, so muss die Polizeibehörde die Polizeihaft sofort aufheben.

Verfahren eingestellt

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Mitteilung der Magdeburger Staatsanwaltschaft über das Verfahren wegen der Ermordung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Kasten (Stassfurt):

„Der Oberstaatsanwalt in Magdeburg, der bereits die Freilassung des anfänglich der Tat beschuldigten Schülers Matthes angeordnet hatte, hat nunmehr das Verfahren gegen ihn eingestellt, da ein zur Erhebung der öffentlichen Klage hinreichender Verdacht nicht mehr vorliegt. Zeitungsnachrichten, nach denen der Ermordete den Matthes als Täter bezeichnet oder eine genaue, auf diesen zutreffende Personenbeschreibung gegeben habe, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Ermittlungen nach den unbekannten Tätern dauern an. Die Aussetzung der Belohnung von 1000 Mark für irgendwelche sachdienliche Angaben bleibt weiterhin bestehen."

2. — LE TEMPS. — 12 juin 1936

SUISSE

Un complot contre le docteur Brüning?

Deux agents de la Gestapo, les nommés Rœmer et Müller, auraient tenté, récemment, d'organiser une action contre le docteur Brüning, ancien chancelier du Reich, qui se trouvait alors dans une clinique de Zurich. Suivant des déclarations de Müller, il s'agissait de mettre l'ancien homme d'Etat catholique « hors d'état de nuire ».

Rœmer est actuellement incarcéré à Zurich, et Müller en Hollande.

2 Fr. 1/2.11 33

Hitlergeist

Pr...en und Taten

Hundertausend, die in den Großstädten schon in jungen Jahren verdorben worden sind, erziehen wir in unseren Jugend- und SA.-Formationen zu anständigen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft.

Reichskanzler Hitler an die „Daily Mail".

In der „Groß-Wartenberger Zeitung" in Schlesien stand folgende parteiamtliche Kundgebung:

Von irgendwelchen Schweinehunden werden über SA.-Männer die unglaublichsten Gerüchte verbreitet, die jeder Unterlage entbehren, nur auf Unwahrheiten beruhen.

Um diesen Burschen ein für alle Mal ihr dreckiges Handwerk zu legen, werden wir zur Selbsthilfe greifen.

Jeden einzelnen dieser Gerüchtemacher werden wir, sobald wir seiner habhaft werden, öffentlich auf dem Ring durch SA.-Männer auspeitschen lassen zur Warnung für jeden anderen.

Gerhard Mendrzyk, Sturmf. 15/II/157.

Ein Flaggenerlaß.

Eine Kundgebung des Reichspräsidenten. — Reichskanzler Hitler: „Der zweite Abschnitt unseres Ringens beginnt."

Berlin, 12. März. (Wolff.) Reichspräsident v. Hindenburg erläßt folgende Kundgebung:

Am heutigen Tag, an dem in ganz Deutschland die alten schwarz-weiß-roten Fahnen zu Ehren unserer Gefallenen auf Halbmast wehen, bestimme ich, daß vom morgigen Tag ab bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge gemeinsam zu hissen sind. Diese Flaggen verbinden die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reichs und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint sollen sie die Macht des Staats und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volks verkörpern!

Die militärischen Gebäude und Schiffe hissen nur die Reichskriegsflagge.

Berlin, den 12. 3. 1933. Der Reichspräsident gez. v. Hindenburg, gegengezeichnet: Der Reichskanzler Adolf Hitler.

Bekanntgabe durch den Reichskanzler.

Diese Kundgebung des Herrn Reichspräsidenten gab der Herr Reichskanzler heute um 14 Uhr über alle deutschen Sender dem deutschen Volk bekannt.

Im Anschluß daran hielt der Reichskanzler folgende Ansprache:

Mit diesem Erlaß hat der Herr Reichspräsident bis zur endgültigen Regelung von sich aus verfügt, daß die Fahne der nationalen Erhebung nunmehr auf den Staats- und öffentlichen Gebäuden neben unserer unvergeßlichen, ehrwürdigen Traditionsfahne des alten Deutschen Reichs künftighin zu wehen hat. Nationalsozialisten, die Ihr in dieser Stunde mithört! SA- und SS-Männer! Damit ist auch nach außen hin sichtbar durch die Vermählung der Sieg der nationalen Revolution gekennzeichnet. Uns alle muß in dieser historischen Stunde, die wir eben zurückkehren von den Feiern für unsere toten Kameraden, neben dem Gefühl der tiefen Dankbarkeit für den hochherzigen Entschluß des Generalfeldmarschalls eine stolze Befriedigung erfüllen. Ein vierzehnjähriger Kampf um die Macht hat nunmehr seinen sichtbaren symbolischen Abschluß gefunden. Es ist aber nunmehr an uns selbst, dafür zu sorgen, daß diese Macht von jetzt ab durch nichts mehr erschüttert wird. Als Euer Führer und im Namen der Regierung der nationalen Revolution fordere ich Euch daher auf, die Ehre und damit aber auch die Würde des neuen Regiments so zu vertreten, daß es vor der deutschen Geschichte dereinst auch in Ehren und Würden zu bestehen vermag. Mit dem heutigen Tag, da nun auch symbolisch die gesamte vollziehende Gewalt in die Hände des nationalen Deutschlands gelegt ist, beginnt der zweite Abschnitt unseres Ringens.

Von nun ab wird der Kampf der Säuberung und Inordnungbringung des Reiches ein planmäßiger und von oben geleiteter sein. Ich befehle Euch daher von jetzt ab strengste und blindeste Disziplin. Alle Einzelaktionen haben von jetzt ab zu unterbleiben. Nur dort, wo die Feinde der nationalen Erhebung sich unseren gesetzlichen Anordnungen mit Gewalt widersetzen oder wo sie einzelne unserer Männer oder marschierende Kolonnen überfallen, ist der Widerstand dieser Elemente sofort und gründlichst zu brechen. Im übrigen aber ist es unsere Aufgabe, dem ganzen deutschen Volk, und vor allem auch unserer Wirtschaft, das Gefühl der unbedingten Sicherheit zu geben. Wer es von jetzt ab versucht, durch Einzelaktionen Störungen unseres Verwaltungs- oder des geschäftlichen Lebens herbeizuführen, handelt bewußt gegen die nationale Regierung. Denn heute sind wir für das Reich verantwortlich, weil es in unsere Hand gegeben ist.

Meine Parteigenossen! Ihr habt in 14jähriger Arbeit für dieses nunmehr entstehende Deutschland gekämpft. Heute ist die Fahne dieses Kampfes staatlich sanktioniert. Ihr könnt daran aber auch ersehen, wohin uns Eure Disziplin und Unterordnung geführt hat. Nur sie allein kann uns nunmehr weiterleiten. Unser Sieg ist so groß, daß wir nicht kleinliche Rachsucht empfinden können. Sollten die Feinde der nationalen Erhebung irgendeinen Widerstand versuchen, dann wird der Wille der Regierung der nationalen Revolution sie blitzschnell niederzwingen, und Ihr werdet die Befehle erhalten. Hütet Euch aber vor Provokateuren und Spitzeln, die, wie wir heute durch die Belege wissen, von der KPD in unsere Formationen entsandt worden sind. Wir werden sie dank unseres heutigen Einblicks in das Treiben dieser Verbrecherorganisation in kürzester Zeit ohnehin entfernt haben. Indem ich Euch so die Reinheit und damit die Ehre unserer nationalen Erhebung zu wahren befehle, danke ich Euch aber auch für das Uebermaß an Treue, Disziplin und an Opfern, die Ihr mir bisher entgegengebracht und gegeben habt. In wenigen Wochen ist durch Eure Mitarbeit und Mitwirkung die größte Umwälzung vollzogen worden, die Deutschland bisher je kennt. Sie wird dem deutschen Volk sichtbar gezeigt werden durch die Anordnung des Reichsinnenministers Dr. Frick, die ich hiermit bekanntgebe:

Zur Feier des Sieges der nationalen Revolution haben sämtliche öffentlichen Gebäude des Reiches von morgen, Montag, ab auf die Dauer von drei Tagen in den vom Herrn Reichspräsidenten anbefohlenen beiden Fahnen zu flaggen.

Meine Parteigenossen! Es lebe die nationale Revolution! Es lebe unser heißgeliebtes deutsches Volk und unser stolzes Deutsches Reich!

Ein Aufruf an die Bevölkerung.

Berlin, 12. März. (Wolff.) Nach dem Flaggenerlaß des Herrn Reichspräsidenten vom heutigen Tage verbinden die alte schwarz-weiß-rote Flagge und die Hakenkreuzflagge die ruhmreiche Vergangenheit des deutschen Volks und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint sollen sie die Macht des Staats und die Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volks verkörpern.

Um diesem Willen des Herrn Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen und damit gleichzeitig den Sieg der nationalen Revolution zu feiern, hat der Reichsinnenminister angeordnet, daß in den Tagen von morgen, Montag, bis kommenden Mittwoch einschließlich alle Reichsbehörden, Reichsstellen und Reichsanstalten die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge gemeinsam hissen. Die militärischen Gebäude hissen nur die Reichskriegsflagge.

Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen und die Kommissare des Reiches in den Ländern gebeten, für die Landes- und Kommunalbehörden die Maßnahme der Reichsregierung zu übernehmen.

Die Reichsregierung ruft das ganze deutsche Volk auf, sich ihrem Vorgehen anzuschließen und damit der Verbundenheit aller nationalen Kreise des Volkes mit der staatlichen Macht feierlichen Ausdruck zu verleihen.

Für die feierliche Beflaggung der Reichsdienstgebäude in den Tagen vom 13. bis 15. März hat der Reichsinnenminister noch folgende Hoheitsanordnung erlassen:

Wenn Reichsdienstgebäude mehrere Flaggenmasten haben, so sind in gleicher Zahl und Größe schwarz-weiß-rote Flaggen und Hakenkreuzflaggen zu setzen, bei ungerader Zahl am überschießenden Mast die schwarz-weiß-rote Flagge. Mehrere zusammenliegende Gebäude gelten hierbei als eine Anlage. Ist nur ein Flaggenmast vorhanden, so ist an ihm die schwarz-weiß-rote Flagge zu hissen. Die Hakenkreuzflagge ist in diesem Falle, wenn sich nicht ein zweiter Flaggenmast anbringen läßt, an einer bevorzugten Stelle der Straßenfront des Hauses mittels eines besonderen Flaggenstockes als hängende Fahne anzubringen.

Wien, 12. März. (Wolff.) Die Amtliche Nachrichtenstelle teilt mit: Mit Rücksicht auf verschiedene Gerüchte, die von einer Einreise Otto von Habsburgs nach Vorarlberg wissen wollen, wird an zuständiger Stelle erklärt, daß die amtlichen Erhebungen in dieser Frage hierfür nicht den geringsten Anhaltspunkt ergeben haben. Alle im Zusammenhang damit aufgetauchten Gerüchte sind Phantasiegebilde, und die österreichische Bundesregierung verwahrt sich entschieden gegen die böswilligen, besonders im Auslande aufgetauchten Unterschiebungen.

D42

26.6.33

Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus

Reichsstatthalter Sauckel befiehlt Intoleranz gegen alles andere

Weimar, 19. 6.

Unter großer Anteilnahme aus dem ganzen Lande begann am Sonnabend der Gauparteitag der NSDAP Thüringen mit einem Kongreß der Amtswalter, SA, SS und Hitler-Jugend.

Beachtenswerte Ausführungen machte Reichsstatthalter Sauckel, der zunächst über den Sinn des Gautages sprach und dann unter großem Beifall für die Landesregierung und den Thüringer Staat die Totalität des Nationalsozialismus verkündete.

„Ich befehle Ihnen nunmehr", so sagte er, „die Intoleranz gegen alles andere. Es darf in Thüringen für die Zukunft nur einen politischen Glauben geben. Das ist der Glaube und die Idee des Nationalsozialismus." In zähem Kampfe werde man zu erreichen wissen, daß die Jugend nur dem Nationalsozialismus und Adolf Hitler allein gehöre. Das Recht zu dieser Intoleranz nähmen die Nationalsozialisten aus der Notwendigkeit des einheitlichen Denkens und Handelns der gesamten Nation. Diskussionen über Dinge, die unser Leben und die Existenz des Volkes berührten, dürfe es nicht mehr geben. Mit dem Stempel des Verräters müsse derjenige gebrandmarkt werden, der es wage, die Richtigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung in Zweifel zu ziehen.

Ministerpräsident Marschler erklärte, daß voraussichtlich in einigen Wochen das Hakenkreuz im thüringischen Staatswappen Aufnahme finden solle, um so nach außen zum Ausdruck zu bringen, daß der Staat und die nationalsozialistische Bewegung eins geworden seien.

★

Stuttgart, 19. 6.

Auf der Außerordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins Württembergischer Verwaltungsbeamter machte der Staatsrat im Württembergischen Staatsministerium und Präsident des Württembergischen Landtags, Waldmann, der von der Führertagung der NSDAP aus Berlin zurückgekehrt ist, Ausführungen über die Ziele des Dritten Reiches, über die der Reichskanzler sich bei der Führertagung ausgesprochen hatte. Als die Ziele des Nationalsozialismus bezeichnete der Redner folgende fünf Punkte:

1. **Das Totalitätsprinzip: In der Folge werde es daher nicht nur zur Auflösung der marxistischen Parteien, sondern auch zu einem Aufsaugen aller übrigen bürgerlichen Parteien kommen.**

2. **Lösung jedweder internationaler Bindung: Dies gelte nicht nur für den Marxismus, sondern ebenso für die geistigen Bindungen des Judentums und des Logentums. Der Staat nehme das Erstgeburtsrecht auf allen Gebieten für sich in Anspruch.**

3. **Die Ueberwindung der Kluft zwischen den Ständen, Klassen und Berufen, besonders auch zwischen den Konfessionen, und damit die Schaffung einer Volksgemeinschaft.**

4. **Die Beseitigung des liberalistischen und kapitalistischen Wirtschaftssystems.**

5. **Die Beseitigung des parlamentarisch-demokratischen Systems.**

Aus Frankfurt. F.2.34.

Unter Mordverdacht festgenommen.

= Die Kriminalpolizei hat einen Mann verhaftet, der im Verdacht steht, an der Ermordung des Matrosen Rödel, der am 31. März 1919 in Frankfurt ums Leben kam, beteiligt gewesen zu sein. Rödel gehörte damals einer unter Führung Stickelmanns stehenden Matrosengruppe an, die radikal links stehend, während dieser Zeit gewisse Polizeifunktionen ausübte. Der jetzt Verhaftete trat damals in die Fremdenlegion ein und soll dort einem Legionär erzählt haben, an der Tat beteiligt gewesen zu sein.

Die bisherigen Ermittlungen der Frankfurter Kriminalpolizei haben keine Anhaltspunkte für die Beteiligung des Festgenommenen an dem Mord ergeben. Nach seinen eigenen Angaben will der Beschuldigte diese Selbstbezichtigung ausgesprochen haben, weil er dadurch hoffte, den deutschen Behörden ausgeliefert zu werden. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Nummer ... Seite 3

Grundzüge der Strafrechtspflege.

Ein Vortrag des Staatssekretärs Dr. Freisler.

✱ **Berlin, 17. Jan.** In der Universität gab auf Einladung der Verwaltungsakademie, Staatssekretär Dr. Freisler, in einem Vortrag einen Ueberblick über die nationalsozialistische Strafrechtsauffassung. Gerade der aktivistische Teil des deutschen Volkes habe die Strafrechtspflege zum Gegenstand massiver Angriffe gemacht, weil der frühere Staat, der nach seiner Grundeinstellung alle mit gleichem Maße habe messen müssen, in der Rechtsprechung, der Gesetzgebung und der Verwaltung diese Grundsätze bewußt verlassen habe. Diese innere Unwahrhaftigkeit habe sich vor allem gezeigt in der Schonung der Hintermänner in den Korruptionsprozessen, in der schleppenden Verhandlung und in der unzulänglichen Strafvollstreckung. Ein Teil dieser Kritik sei heute unberechtigt. Dafür sei die Gefahr einer formalistischen Objektivität aufgetaucht, die bekämpft werden müsse. Das materielle Strafrecht sei volks- und artfremd und müsse von Grund auf gewandelt werden. Das alte Strafrecht enthalte nichts vom Geiste der Front, nichts vom Soldatischen; es habe keine sittliche Grundlage, es sei nur der Wertmesser der Wertmesserlosigkeit. Erst wenn das Rechtsgut verletzt gewesen sei, habe das Recht eingegriffen. Das entspreche nicht dem deutschen Begriff, der den Willen habe, den zu vernichten, den man bekämpfe. Das nationalsozialistische Strafrecht müsse aggressiv sein, weil es alle Gegensätze niederwerfe und den Anspruch der Ausschließlichkeit erhebe. Es müsse dort anknüpfen, wo das verbrecherische Treiben erkennbar werde, die Reaktion auf das Verbrechen da beginnen, wo das Leben und der Arbeitsfriede des Volkes angegriffen werde. Das Strafrecht müsse sich gegen den gefährlichen Willen und nach Maßgabe der Gefährlichkeit dieses Willens entwickeln. Minderwertigkeit dürfe nicht entlastend, sondern müsse belastend sein. Wenn der Nationalsozialismus wirklich die Rückkehr zum Eigen-Ich des Volkes sei, dann gebe es keine Einzelgüter, dann müsse das gesamte Strafrecht unter der einen Anschauung stehen: das Strafrecht ist vom Volk aufgestellt, um sein Leben zu sichern. Es müsse verlangt werden, daß der Richter, nicht an die theoretische Norm gebunden, auch dann verurteilen könne, wenn lediglich der Grundsatz des Tatbestandes zum Ausdruck gekommen sei.

DF 3-10-34

Lebensbild eines deutschen Gegenrevolutionärs

Christian Roth

Dr. Christian Roth, Generalstaatsanwalt am bayerischen Verwaltungsgerichtshof, dessen Tod die Zeitungen melden, hat die Hinmordung seines früheren Chefs, Herrn v. Kahr, nicht um drei Monate überlebt.

Roth war von den Typen, die die bayrische Gegenrevolution emporgeschwemmt hat, eine der übelsten.

Vor dem Kriege machte er als junger Bezirksamtsassessor bei der Polizeidirektion München dadurch von sich reden, daß er dem russischen Zarismus politische Opfer in die Finger zu spielen suchte. Rußland hatte mit Bayern in der Zeit vor der deutschen Einigung von 1870 71 einen Auslieferungsvertrag im Jahre 1865 geschlossen. Dieser Vertrag war als ein fossiler Rest der deutschen Kleinstaaterei auch im deutschen Kaiserreich als eine Art bayrisches Reservatrecht bestehen geblieben. Rußland hatte in München eine eigene diplomatische Vertretung, in der ein Gesandtschaftsattachee von Bibikow traurige Berühmtheit erlangte. Er suchte durch agents provocateurs emigrierte Russen zu auslieferungsfähigen Taten zu veranlassen und beschuldigte, soweit ihm das bei Emigranten, die er ans Messer liefern wollte, nicht gelang, die Betreffenden gemeiner Verbrechen, z. B. des Bankraubes. Die Liebesdienste, die ihm bei solchem Tun Roth leistete, beschäftigten wiederholt die Oeffentlichkeit und gelegentlich auch den Landtag.

Mit Ausbruch des Weltkrieges wurde Roth als Hauptmann der Reserve mit der Leitung der Polizeiabteilung des stellvertretenden Generalkommandos 1. A. K. zu München betraut. Er brachte es, wiewohl er in wehrfähigem Alter und kerngesund war, doch fertig, den ganzen Krieg auf diesem Drückebergerposten zuzubringen. Die fast unumschränkte Macht, die er damals über das öffentliche Leben seines Generalkommandobereiches ausübte,, steigerte sein ohnehin schon übermäßig ausgebildetes Selbstbewußtsein. Seine giftig gehässigen Verfolgungen jeder freiheitlichen Regung und jedes Friedensgedankens während dieser Zeit (der Krieg konnte solchen Heimkriegern gar nicht lange genug dauern) sind Geschichte geworden. Kurt Eisner hat diesem System in seiner Schrift „Unterdrücktes aus dem Weltkrieg" ein für den Kenterfeiten trauriges Denkmal gesetzt. Die Zahl derer, die Roth während des Krieges wegen ihrer Ueberzeugung ruinierte, ist bedeutend.

Als im Oktober 1918 infolge der katastrophalen Nachrichten von der Front, des Verlangens Hindenburgs und Ludendorffs an die politische Leitung nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen, eine starke Welle der Unruhe auch durch Bayern ging und die Monarchie sich zum ersten Male ernstlich gefährdet sah, wurde Roth mit der Leitung eventueller Abwehrmaßnahmen gegenrevolutionäre Erhebungen betraut. Er ließ „zuverlässige" Heimattruppen aus Fahnenjunkern und Berufsunteroffizieren zusammensetzen und glaubte, damit den Lauf der Geschichte aufhalten zu können. Allein sein Abwehrunternehmen brach in der ersten Stunde der revolutionären Erhebung kläglich zusammen. Auch er selbst dachte nicht daran an der Spitze seiner Abwehrtruppen, getreu seinem Fahneneid, für seinen König den Heldentod zu erleiden. Gleich den anderen Militärs zog er es vielmehr vor, sich sofort mit in die bekannten Mauselöcher zu verkriechen. Nur Eingeweihte kannten den großen Mann im schwarzen Bürgerrock und steifen Hut, der Jedem, der ihm begegnete, eifrig versicherte, man müsse abwarten und dürfe sein Urteil über die neue Zeit nicht überstürzen, es sei sinnlos, ihr Widerstand zu leisten.

*

Erst als sich im April 1919 die sozialdemokratische Regierung Hoffmann zur Niederwerfung der kommunistischen Räterepublik in Bayern Militär aufstellte und sich mit Leuten wie dem heutigen Hitlerstatthalter v. Epp einließ, was sich zu spät als ein verhängnisvoller politischer Fehler zeigte, sah auch Roth seine Zeit wieder gekommen. Plötzlich tauchte er in feldgrauer Hauptmannsuniform wieder bei den München zernierenden Truppen auf und stellte der sozialdemokratischen Regierung seine wertvollen Dienste „loyal" zur Verfügung, die sie fehlerhafterweise annahm. Von den Kämpfen bei der Einnahme Münchens drückte er sich wieder, erst nach der Einnahme saß er auf einmal, wie vordem im Generalkommando, als juristischer Referent in der Münchener Stadtkommandantur und übte sich in seiner alten Tätigkeit. Zeitungsverbote, Standgerichtsanzeigen, Verhaftungen, Einsperrungen, Ausweisungen, Erschießungen. Was speziell die letzteren angeht, so schuf Roth auf eigene Faust sofort nach dem Einzug der Regierungstruppen in München und vor der Einsetzung von wenigstens scheingesetzlichen Standgerichten sogenannte „militärische Standgerichte" ohne jede Rechtsgrundlage. In irgendwelchen Kellern Münchens „amtierten" wildgewordene Offiziere und Spießer als „Vorsitzende" und ließen wahllos Leute abknallen, nachdem sie sich „schuldig" bekannt hatten, der Sozialdemokratischen Partei anzugehören. Vielfach gingen die „Gerichte" auch in die Wohnungen der Denunzierten hin und legten sie gleich dort kurzhändig um. Die Regierung hat später zugegeben, daß diese „Verfahren", bei denen nach amtlichem Zugeständnis gegen 200 Menschen füsiliert wurden, keinerlei Rechtsgrundlage hatten. Gegen den nach außen verantwortlichen „Schöpfer" dieser Taten, den württembergischen Generalmajor Haas, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und — selbstverständlich — eingestellt, gegen Roth, der die „Befehle" des Haas zugestandenerweise verfaßt hatte, kam es nicht einmal zur Einleitung eines Verfahrens.

Mit welcher Brutalität Roth in dieser Zeit vorging, dafür genügt ein einziges Beispiel. Als der Hochverratsprozeß gegen Levine-Nissen vor dem Münchener Standgericht gemacht wurde, erschien Roth bei dem Vorsitzenden des Gerichtes, dem inzwischen verstorbenen Landgerichtspräsidenten Dr. Stadelmeyer, und erklärte, wenn in dieser Sache nicht ein Todesurteil vollstreckt werde, könne er (!) nicht mehr für die Sicherheit von München garantieren. Das Gericht erließ ein Todesurteil. An die Stelle der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann war mittlerweile nach der Niederwerfung der Räterepublik eine Koalitionsregierung aus Bayerischer Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten getreten, in der die Sozialdemokraten keine Mehrheit mehr hatten. Das Bürgertum hatte die Niederwerfung der Räterepublik durch die Sozialdemokraten mit der Präsentierung seiner eigenen politischen Wechsel beantwortet und in den sogenannten Einwohnerwehren den ersten Grundstock zur Gegenrevolution in Bayern gelegt. Diese neue Regierung versagte Levine die Begnadigung. Die Begründung lautete, er habe ehrlos gehandelt, indem er ein hochverräterisches Unternehmen fortsetzte, dessen Aussichtslosigkeit er erkannt habe. Levine wurde also unter dem Druck Roths erschossen, weil er bei seinen Leuten blieb, als diese unterlagen und nicht ausriß, wie Wilhelm 2. im November 1918 und Adolf Hitler im November 1923.

*

Als diese und andere Heldentaten Roths bekannt wurden, war es der Regierung infolge vieler öffentlicher Angriffe nicht mehr möglich, Roth auf seinem Posten in der Stadtkommandantur zu halten. Er wurde zum Vorstand des Bezirksamtes in dem Vorortsnest Dachau ernannt, das erst in der Hitlerperiode durch die Einrichtung des Konzentrationslagers seine traurige Weltberühmtheit erlangt hat.

Ein rundes Dreivierteljahr war er dort in der Zivilverwaltung tätig, als der Kapp-Putsch im März 1920 seine Wellen auch nach Bayern schlug und Roth bei dieser Gelegenheit in die Regierung hochschwemmte. Als am 13. 3. 1920 die Koalitionsregierung Hoffmann „von einem Leutnant und zehn Mann" auf Betreiben des von den Sozialdemokraten ins Amt berufenen Münchener Polizeipräsidenten und nachmaligen Hitlerputschisten Poehner davongejagt wurde, wurde sie durch das stockreaktionäre Ministerium von Kahr ersetzt, zu dessen Justizminister Roth berufen wurde. Er hatte sich inzwischen parteimäßig den Deutschnationalen angeschlossen. Die Periode der Justizministerschaft Roths ist durch das Wort des Abgeordneten Dr. Held, des späteren bayerischen Ministerpräsidenten charakterisiert, daß in dieser Zeit „ein anständiger Mensch in Bayern seines Lebens nicht sicher war". Roth deckte alle Fememorde, die damals, zum ersten Male in der neueren deutschen Geschichte, aus den Kreisen der ehemaligen Einwohnerwehr heraus organisiert und begangen wurden. Die Protokolle des Femeausschusses des Deutschen Reichstages geben ausführlichen Aufschluß über die ebenso hinterhältig verlogene wie schändliche Rolle, die Roth in diesem dunklen Abschnitt der bayerischen Geschichte gespielt hat, vor allem in den bekannten Fememordfällen Sandmeier, Dobner, Hartung, Gareis, in denen er teils die Meuchelmörder direkt amtlich begünstigte, teils als ihr Mitwisser nichts gegen sie unternahm. Von Kahr seinerseits deckte Roth gegen alle Angriffe. Die beiden hatten sich schätzen gelernt, als Kahr noch Präsident der Regierung von Oberbayern, Roth als Dachauer Bezirksoberamtmann sein Untergebener war, indem sie gemeinsam die Verordnungen des sozialdemokratischen Innenministers Endres sabotierten.

* *

Schließlich wurde das Treiben der auf Geheiß der Entente aufgelösten Einwohnerwehrverbände derart toll, daß die Regierung von Kahr darüber stolperte und durch die unter Führung des bayerischen Volksparteilers v. Knilling stehende Regierung ersetzt wurde. In diesem Kabinett war Roth nicht mehr Justizminister. Sein Nachfolger wurde der keines Kommentars bedürftige Franz Gürtner. Die Bayerische Volkspartei als die größte Partei des Landes betraute die sehr schwankende Gestalt Knilling mit der Führung der Regierung in der Hoffnung, daß sie die Clique der rechtsradikalen Verbände durch kleine Konzessionen im Zaume halten und die Parteiherrschaft der Bayerischen Volkspartei hierdurch konservieren werde. Allein diese Rechnung, die die damalige politische Weisheit des Schaeffer-Flügels der Bayerischen Volkspartei widerspiegelte, erwies sich als ein schwerer Irrtum. Die Hochverratsorganisationen, gehätschelt von der Regierung und vor allem von der Justiz, wuchsen zusehends und erwiesen sich ihren Förderern von der Bayrischen Volkspartei gegenüber als äußerst undankbar. Die Flucht in die Oeffentlichkeit, die später der bayrische Innenminister Schweyer mit seinem Buch über bayrische Geheimverbände und über die verbrecherischen Unterlassungen der Justiz unter der Führung Gürtners antrat, sind ein Beleg dafür, wie weit die Dinge damals in Bayern gediehen waren.

Roth selbst verschwand nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt eine Weile aus dem öffentlichen Leben. Er erhielt den Titel eines „Ministerialrates a. D." und betätigte sich als Geschäftemacher in verschiedenen kapitalistischen Gesellschaften. Vor allem hat er dem Münchener Großeisenhändler Zeller, der in verschiedene Femesachen verwickelt gewesen war, viel Geld gekostet. Es war durchaus charakteristisch, daß Roth nach seinem Ausscheiden aus dem Amt sich von diesem Mann anstellen ließ. In dieser Tätigkeit kam er auch durch das Wirken für ein und dieselbe GmbH. mit dem Zinsknechtschaftsbrecher Gottfried Feder in geschäftliche Berührung und durch ihn mit den Nazi in Fühlung. Roth sympathisierte mit den Nazi, ohne der Nazipartei beizutreten und ohne bei den Deutschnationalen auszutreten. Wenige Monate vor dem Hitlerputsch sagten die Nazi einen großen Einzug ihrer Kolonnen in München nach Rückkunft von einer „Felddienstübung" an. Unter den Klängen des Liedes „Wir wollen keine Judenrepublik, pfui Judenrepublik" zogen sie durch das Siegestor in München ein. Zu den Honoratioren, die diese vaterländische Parade abnahmen, gehörte auch der Ministerialrat Dr. Christian Roth. Diese Demonstration sollte eine deutliche Mahnung an seine Partei sein, in der Regierungskoalition für seine Wiederbeschäftigung zu sorgen. Allein die Erpressung hatte keine Wirkung.

*

So näherte sich Roth bis zum Hitlerputsch zusehends mehr den Nazi. v. Kahr war inzwischen von der Regierung Knilling im September 1923 als Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten eingesetzt worden. Als der Hitlerputsch ausbrach, war Roth auf Seite der Putschisten. An dem 8. 11. 1923, an dem der sozialdemokratische erste Bürgermeister von München und eine Reihe sozialdemokratischer Stadträte von den Nazi aus dem Rathaus herausgeschleppt und zunächst in einen Münchener Bierkeller verbracht wurden, sahen sie dort unter den Nazihonoratioren auch Herrn Roth. Einer von ihnen, der inzwischen verstorbene Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, wendete sich an Roth mit der Frage, ob er gegenüber dieser rechtswidrigen Gewalt nicht einzugreifen gedenke. Allein der Justizminister a. D. drehte ihm den Rücken und ließ die Schande ohne jeden Versuch der Gegenwirkung geschehen.

Am nächsten Tag war der Hitlerputsch durch v. Kahr niedergeschlagen, Hitler und seine Unterführer teils ausgerissen, teils verhaftet. Unter den Gefangenen des Herrn v. Kahr befand sich auch Roth. Strafrechtlich war ihm nach Ansicht der Staatsanwaltschaft freilich nichts nachzuweisen. Er kam als Schutzhäftling in die Festung Landsberg, wo er Monate lang festgehalten wurde. Dort entdeckte er in seinen unfreiwilligen Mußestunden witzigerweise, daß es eine deutsche Reichsverfassung gebe und wendete sich in langatmigen Eingaben über die „Verfassungswidrigkeit" seiner Festhaltung an die Regierung und die öffentlichen Körperschaften, voll der Klage über das „Gewaltregiment" v. Kahr.

*

Kurz nach seiner Entlassung aus der Haft wurde Roth als Abgeordneter des „Völkischen Blocks", einer Eintagskonkurrenzorganisation der Nazi, in den bayrischen Landtag gewählt. Seine politische Rolle war geringfügig, um so stärker aber sein erpresserischer Druck auf die jetzt aus der Bayerischen Volkspartei, Deutschnationalen und Bauernbund bestehende Regierungskoalition, ihn wieder zum Nutzen des Vaterlandes zu beschäftigen. Dieser Druck wollte etwas bedeuten, denn Roth wußte aus der Femezeit noch viel, was der Regierungskolition sehr lästig sein konnte. Und so ereignete sich die politische Groteske, daß das Koalitionsministerium Held, das an die Stelle des Ministeriums Knilling getreten war, v. Kahr nach der Einstellung des gegen ihn wegen Hochverrats anhängigen Ermittlungsverfahrens zum Präsidenten des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes, den von ihm verhafteten Putschisten Roth aber zum Generalstaatsanwalt dieses Gerichtshofes ernannte. Der abgehalfterte Generalstaatskommissar und der Herr Putschist mußten nun friedlich in den Sitzungen die tiefgreifenden Rechtsfragen des Froschfanges in der Pfalz, der Kommunalabgaben, des Wegerechtes und was dergleichen Geheimnisse des bayrischen Verwaltungsrechtes mehr sind, zusammen einer Lösung entgegenführen, der Herr Putschist mußte wohlformulierte Anträge stellen und der Herr Präsident mußte ihnen stattgeben oder sie hinunterbügeln. Weder v. Kahr, noch Roth, noch die Regierungkoalition schämten sich dieses offenen Eingeständnisses, daß man Leute in Staatsstellen beruft, um ihnen den Mund zu verbinden. v. Kahr ging nach einigen Jahren dieser Tätigkeit in Pension. Die Rache der Nazi für seinen Sieg vom November 1923 hat ihn am 30. 6. 1934 erreicht. Roth ist an diesem Tage nichts geschehen. Während die Todesanzeige für Kahr, den gewesenen Ministerpräsidenten und Generalstaatskommissar, wochenlang in den Zeitungen nicht erscheinen durfte, während die bayrische Regierung von der Ermordung des früheren bayrischen Regierungschefs nicht mit einem Wort Notiz nahm, brachten Hitlerpresse und bayrische Regierung auf Roth schleimige Nachrufe. Sein Nachfolger, der jetzige bayrische Justizminister Frank II hat in einem „Handschreiben" an die Witwe, dessen Veröffentlichung nicht versäumt wurde, dem Verstorbenen alle nur denkbaren edlen Eigenschaften attestiert. Diese Hinrich[illegible]ach dem Tode hat nicht einmal Roth verdient. Sie ze[illegible]immerhin, wer er war. Denn sage mir, was Frank [illegible]Dich sagt und ich sage Dir, wer Du bist . . .

Beschlüsse des Münchener Stadtrats

dg. **München**, 22. 6. (Eigenbericht)

Der Hauptausschuß des Münchener Stadtrats beschloß heute in Uebereinstimmung mit einem Antrag der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion und zahlreichen Zuschriften aus der Bevölkerung die sofortige Entfernung der Grabdenkmäler Kurt Eisners auf dem Münchener Stadtfriedhof und Gustav Landauers auf dem Münchener Waldfriedhof. Die Aschenurnen werden der Israelitischen Kultusgemeinde zur Verfügung gestellt werden. Die Maßregel wird begründet mit der Empörung weiter Volkskreise darüber, daß diese marxistischen Revolutionäre, die so großes Unheil über die Bevölkerung gebracht haben, durch Denkmäler geehrt werden sollen.

*

Une caricature d'amnistie

Berlin, 30 avril.

D'après la *Tægliche Rundschau*, le gouvernement prussien a l'intention de mettre en liberté, sous certaines conditions, les détenus politiques les moins importants.

Par contre, tous les détenus supposés devoir se livrer à de nouvelles menées subversives en cas de liberté resteraient emprisonnés. Sont considérées comme telles « les personnes ayant joué un rôle dirigeant comme députés, fonctionnaires et agitateurs dans le parti communiste et ses annexes ainsi que dans les associations pacifistes ».

Les détenus graciés devront s'engager par écrit à s'abstenir à l'avenir de toute menée subversive. Ils seront sans doute soumis à la surveillance de la police.

On sait qu'à l'occasion du 1er mai, le gouvernement saxon a déjà ordonné de libérer plusieurs détenus politiques.

Die Richter des Volksgerichtshofs.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

‡ **Berlin**, 13. Juli. Amtlich wird mitgeteilt:

„Der Herr Reichskanzler hat auf Vorschlag des Herrn Reichsministers der Justiz gemäßt Artikel III § 2 des Gesetzes zur Aenderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934 (Reichsgesetzbl I/143) auf die Dauer von fünf Jahren zu Mitgliedern des Volksgerichtshofes ernannt:

1. Senatspräsident beim Kammergericht Dr. Fritz Rehn, Berlin;
2. Senatspräsident Wilhelm Bruner, München;
3. Senatspräsident Eduard Springmann, Düsseldorf-Wuppertal;
4. Landgerichtsdirektor Erik Schauwecker, Breslau;
5. Landgerichtsdirektor Dr. Friedrich Schaad, Düsseldorf;
6. Landgerichtsdirektor Dr. Johannes Merten, Kiel;
7. Amtsgerichtsrat Dr. Georg Zieger, Altona;
8. Landgerichtsdirektor Dr. Alfred Köhler, München;
9. Landgerichtsdirektor Emil Walter Hartmann, Dresden;
10. Landgerichtsdirektor Paul Lämmse, Stuttgart;
11. Landgerichtsrat Ludwig Luger, Karlsruhe;
12. Landgerichtsdirektor Dr. Günter Löhmann, Hamburg;
13. Oberst Busch, Kommandeur des Inf.-Regts. Nr. 9, Potsdam;
14. Oberstleutnant Reinecke, im Reichswehrministerium;
15. Fregattenkapitän Förster, im Reichswehrministerium;
16. Korvettenkapitän Rollmann, im Reichswehrministerium;
17. Dr. Herzlieb, im Reichswehrministerium;
18. Flieger-Kommodore Fritz Christiansen;
19. Flieger-Kommodore Felmy;
20. Flieger-Kommodore Wenninger;
21. Flieger-Kommodore Stumpff;
22. Flieger-Kommodore Wimmer;
23. Obergruppenführer Staatsrat von Jagow;
24. Gruppenführer Freiherr von Eberstein;
25. Gruppenführer Meyer-Quade;
26. Gruppenführer Staatssekretär Hofmann, München;
27. Gruppenführer Hauptmann a. D. Weiß, Berlin;
28. Regierungsrat Klitzing, Schwerin/Mecklenburg, Gauleitung;
29. Landesbauernführer Bredow, M. d. R., Manschnow-Oderbruch;
30. Kreisleiter Worch, Brauer und Mälzer, Karlsruhe;
31. Flugleiter Hartmann, Dessau;
32. Justizinspektor Augermann, Breslau, Gauleitung.

Ferner hat der Herr Reichsminister der Justiz gemäß § 2 der Verordnung über den Volksgerichtshof vom 12. Juni 1934 (Reichsgesetzblatt I/492) den Senatspräsidenten beim Kammergericht Dr. Fritz Rehn zum Präsidenten des Volksgerichtshofes und Vorsitzenden eines Senats und die Senatspräsidenten Wilhelm Bruner und Eduard Springmann zu Vorsitzenden eines Senats des Volksgerichtshofes bestimmt.

*

Der Volksgerichtshof besteht also aus zwölf richterlichen und zwanzig nichtrichterlichen Mitgliedern, die auf drei Senate verteilt werden. Den Vorsitz des einen Senates wird der Präsident des Volksgerichtshofes selbst übernehmen. Die richterlichen Beamten, von denen sechs aus der preußischen, zwei aus der bayerischen und je einer aus der sächsischen, württembergischen, badischen und hamburgischen Justizverwaltung genommen wurden, bleiben Landesbeamte, rücken aber für die Dauer ihrer Tätigkeit beim Volksgerichtshof in das zeitliche Reichsbeamtenverhältnis ein. Dasselbe Verhältnis entsteht für die nichtrichterlichen Mitglieder, die im übrigen ehrenamtlich tätig sind. Nach dem Gesetz über die Errichtung des Volksgerichtshofes sind als nichtrichterliche Mitglieder solche Persönlichkeiten ausgewählt worden, die „über besondere Erfahrungen auf dem Gebiete der Bekämpfung hoch- und landesverräterischer Bestrebungen" verfügen.

Reich. 2 Vortr. über ...
Neuaufbau des Reiches. 4...
Radtke, Eugen: Donaumon... wie es wirklich war. 94 S. Bln., Frundsberg-Verlag.
Reibnitz, E. Frh. v.: Der deutsch-polnische Ausgleich. 2. Aufl. 32 S. Bln., Internat. Verl. C. Santoro.
Stollenwerk, Alex.: 1923 in einer rheinischen Kleinstadt. (Der passive Widerstand u. die Separatistenzeit im altbesetzten Gebiet.) XII, 187 S. Jülich, Jos. Fischer.
Strunk, Roland, und Rikli, Martin: Achtung! Asien marschiert! Tatsachenbericht. M. 186 Kupfertiefdruckbild. 221 S. Bln., Drei Masken Verlag.
T... nd, J. B.: The Origins of Modern Spain. X, 220 p. London, Cambridge University Press.
Ernst Werner: „Gemeiner Mörder —?!" Das Rathenau-Attentat. 31 S; Treichel, Walter: Autarkie als wirtschaftspolitisches Ziel. 31 S., Lpzg., Schroll u. Co.
Wild, Carl Conrad: Ein Flug in die geistige Stratosphäre. 23 S. St. Gallen, C. C. Wilds Verlag.
Convegno di Scienze Morali e St... 14—20 Novembre 1932 — XI T...

kommando wieder in Berlin eingetroffen.

München, 22. Juni. (TU.) Der Stadtrat München beschloß auf Antrag der nationalsozialistischen Fraktion, die Gräber Kurt Eisners im Münchner Ostfriedhof und Gustav Landauers im Waldfriedhof sofort zu beseitigen. Die Gräber werden als erloschen erklärt und die Denkmäler abgetragen. Die Asche der beiden Toten wird der jüdischen Kultusgemeinde zur Verfügung gestellt.

Generalsäuberung!

Die Gräber von Eisner und Landauer werden ausgehoben

× **München**, 23. Juni. Der Stadtrat Münchens beschloß auf Antrag der nationalsozialistischen Fraktion, die Gräber Kurt Eisners im Münchener Ostfriedhof und Gustav Landauers im Waldfriedhof sofort zu beseitigen. Die Gräber werden als erloschen erklärt und die Denkmäler abgetragen. Die Asche der beiden Toten wird der jüdischen Kultusgemeinde zur Verfügung gestellt.

Beschlüsse des Münchener Stadtrats

dg. **München**, 22. 6. (Eigenbericht)

Der Hauptausschuß des Münchener Stadtrats beschloß heute in Uebereinstimmung mit einem Antrag der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion und zahlreichen Zuschriften aus der Bevölkerung die sofortige Entfernung der Grabdenkmäler Kurt Eisners auf dem Münchener Stadtfriedhof und Gustav Landauers auf dem Münchener Waldfriedhof. Die Aschenurnen werden der Israelitischen Kultusgemeinde zur Verfügung gestellt werden. Die Maßregel wird begründet mit der Empörung weiter Volkskreise darüber, daß diese marxistischen Revolutionäre, die so großes Unheil über die Bevölkerung gebracht haben, durch Denkmäler geehrt werden sollen.

*

Dienstag, 16. Januar 1934

Die rechtliche Seite der Schutzhaft.

‡ **Berlin**, 14. Jan. **Vom juristischen Standpunkt aus beschäftigt sich in der „Deutschen Justiz" Dr. Werner Spohr mit der Schutzhaft. Er stellt fest, daß gegen die Schutzhaft kein Rechtsmittel eingelegt werden könne und führt dazu folgendes aus:**

Das ordentliche Gericht könne nicht angerufen werden, weil die Verhängung der Schutzhaft eine rein polizeiliche Maßnahme sei. Auch auf dem Umweg über eine Schadenersatzklage könne die erfolgte Verhängung von Schutzhaft nicht der Prüfung des ordentlichen Richters unterstellt werden. Als Maßnahme der politischen Polizei könne die Verhängung der Schutzhaft aber auch nicht vom Verwaltungsrichter nachgeprüft werden. Dieser Standpunkt könne allerdings nicht durch das geschriebene Recht begründet werden. Aber dem geschriebenen Recht sei hinsichtlich der Schutzhaft auch die Anwendung zu versagen, denn es regle nur das allgemeine Polizeirecht, nicht auch das Sonderrecht der politischen Polizei. Von maßgebender Seite sei auch dargelegt worden, daß im nationalsozialistischen Staat Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz nicht gegeneinander stünden, so daß also die Justiz nicht politische Handlungen des Staates vom Grundgedanken einer anderen Betrachtungsweise aus verneinen könne.

Als einziger Rechtsbehelf gegen die Verhängung der Schutzhaft sei die formlose Dienstaufsichtsbeschwerde gegeben, was aus dem allgemeinen Charakter der Verhängung von Schutzhaft als Verwaltungsmaßnahme zu folgern sei.

Was das Arbeitsrecht und seine Verbindung mit der Schutzhaft anlange, so sei, auch unter Bezugnahme auf die bereits vorliegende Rechtsprechung, festzustellen, daß Schutzhaft auch einen Grund zur fristlosen Entlassung darstelle. Die Verhängung der Schutzhaft sei ein „wichtiger Grund" im Sinne der zur fristlosen Entlassung berechtigenden Gesetzesvorschriften. Dem wegen verhängter Schutzhaft fristlos entlassenen Arbeitnehmer stehe kein Einspruchsrecht zu.

Reichsminister Heß

Ein Sadist, der — genau wie Hitler — den anständigen Mann markiert

Man schreibt dem „Volksrecht" in Zürich:

Reichsminister Rudolf Heß, der „Stellvertreter des Führers", ist durchaus nicht der harmlose Biedermann, als der er sich in seiner jüngsten Rede dem Auslande gegenüber gegeben hat. Wir schöpfen aus Gerichtsakten, um zu zeigen, welcher sadistischen Schandtaten dieser Mann fähig ist.

Beim Hitlerputsch im Münchener Bürgerbräukeller am Abend des 8. November 1923 waren auch die bayerischen Minister Knilling, Gürtner, Dr. Schweyer und Wutzelhofer verhaftet und in die Villa des alldeutschen Verlagsbuchhändlers Lehmann verschleppt worden. Den Oberbefehl über die Bewachungsmannschaft führte der spätere Privatsekretär Hitlers Oberleutnant Rudolf Heß. Er tat alles, um die Haft des bei den Hitlerleuten besonders verhaßten Mitgliedes der Bayerischen Volkspartei möglichst unangenehm zu gestalten.. Auf Befehl des Heß verlangte die Wache in der Lehmannvilla von dem Minister Dr. Schweyer, daß er während der Nacht seine Zimmertür offenhalte. Gleichzeitig wurde ein Maschinengewehr mit Lauf gegen sein Nachtlager postiert. Der im Zimmer befindliche Ofen durfte nicht angeschürt werden. Am anderen Morgen wurden die Minister Dr. Schweyer und Wutzelhofer auf Anordnung des Heß in einen Kraftwagen verladen und dem Gebirge zugefahren. Heß machte die Fahrt mit. Um die Todesangst der Minister zu steigern, ließ er den Kraftwagen wiederholt in den Wäldern anhalten, die Begleitmannschaft aussteigen und im Walde nach geeigneten Plätzen zur Errichtung von Galgen herumsuchen. Es waren qualvolle Augenblicke für die verhafteten Minister, sie standen beide unter dem festen Eindruck, daß ihr letztes Stündlein geschlagen hätte. In den Kreuz- und Querfahrten verloren sie jede Orientierung. In Tölz begab sich Heß in das Haus eines Nationalsozialisten und erkundigte sich nach dem Stand der Dinge in München. Schließlich ließ Heß die Minister mit zwei verwegenen SA.-Kerlen allein, die, wie sich später herausstellte, ganz erhebliche Vorstrafen wegen gemeiner Verbrechen hatten. Wieder ging die Fahrt kreuz und quer weiter. Dr. Schweyer verlor völlig die Nerven und drohte zusammenzubrechen. Am späten Abend wurden dann die beiden Minister von ihren Begleitern nach München zurückgebracht. In der Hauptverhandlung, in der Heß nur zur Festungshaft verurteilt wurde, bedauerte er, daß seine Untergebenen die Minister nicht noch länger festgehalten hätten. Er selbst hätte dies getan. Das Gericht hat festgestellt, daß Heß die beiden Minister aus eigenem Entschluß ins Gebirge verschleppte und als Geiseln auf einer Skihütte festhalten lassen wollte. Minister Dr. Schweyer hat ausdrücklich erklärt, daß dieses Unternehmen „zu Lasten des Oberleutnants Heß fällt und insofern eine besondere Gemeinheit darstellt als es geradezu in sadistischer Weise darauf angelegt war, die Minister stundenlang in peinliche Todesangst zu versetzen". Er hat vorausschauend auch gesagt, daß die Anhänger einer solchen Bewegung imstande sind, die größten Verbrechen des Terrors zu verüben.

Das ist inzwischen in Deutschland längst Tatsache geworden und einer der Führenden dabei ist der „Stellvertreter des Führers", Reichsminister Rudolf Heß.

Leichenschänder

Die «Börsenzeitung» meldet aus München, daß der Stadtrat auf Antrag der nationalsozialistischen Fraktion beschlossen hat, die Gräber Kurt Eisners auf dem Münchner Ostfriedhof und Gustav Landauers auf dem Westfriedhof sofort zu beseitigen. Die Gräber werden als erloschen erklärt und die Denkmäler abgetragen. Die Banditen haben noch ein Grab vergessen: das Eugen Levinés, den die sozialdemokratische Regierung Hoffmann erschießen ließ, weil er 1919 für eine revolutionäre Politik kämpfte, die, wenn sie nicht an der Henkerarbeit der Sozialdemokratie gescheitert wäre, die Hitler und Konsorten politisch begraben hätte, ehe sie zu leben begannen.

Die Leichenschänder können die Grabsteine vernichten, die Frau und die Kinder Eisners verhaften — aber sie können das Andenken an wirkliche Revolutionäre wie Levine, Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogisches nicht aus den Herzen der Arbeiter reißen. Je mehr sie wie Vandalen hausen, um so höher wird die Flamme schlagen, an der sie verbrennen werden.

Eine Rehabilitierung.

Vor mehreren Jahren wurde über schwere Verfehlungen eines Majors a. D. Kurt Schmidt in seinem Amt als Leiter der Druckereiabteilung des Reichswehrministeriums berichtet. Eine Anklage gegen ihn wurde u. a. wegen Untreue, Betruges, Meineids und wegen Vergehens gegen die Verordnung über die Bestechung nichtbeamteter Personen erhoben. Major a. D. Schmidt wurde schließlich zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Juli 1931 wurde nun auch der Kaufmann Georg Stock verhaftet, da er in diese Affäre verwickelt schien. Er sollte Schmiergelder an Schmidt gezahlt, den Fiskus betrogen und einen Meineid geleistet haben, indem er die Zahlung von Bestechungsgeldern unter Eid vor Gericht bestritt.

Ein Prozeß, der vom 12. November bis 4. Dezember in Berlin verhandelt wurde, brachte aber die völlige Rehabilitierung des Kaufmanns Stock. Es ergab sich, daß er von dem Major a. D. Schmidt selbst schwer getäuscht worden war; Schmidt hatte ihn veranlaßt, ihm Gelder für einen angeblichen „schwarzen" Fonds zu übergeben, so daß Stock glauben mußte, einer besonderen Sache durch Spenden zu nützen. In Wahrheit hatte Schmidt das Geld in die eigene Tasche gesteckt. So zeigte sich auch, daß Stock den Falscheid subjektiv völlig gutgläubig geleistet hatte. Das Gericht sprach den Kaufmann Georg Stock daher von sämtlichen Anklagen frei; er sei ein durchaus ehrenwerter Charakter, dem mehr zu glauben sei, als den Zeugen, die ihn zu verleumden suchten.

Goerings Adjutant erhaelt illegale Literatur D. INFORMATION 19. XII. 36
Und eine Schweizerin erhaelt 1 Jahr und 9 Monate Gefaengnis

Basel - (DI) Die 27jaehrige Baslerin Valerie Bodenschatz wurde am 17. August beim Grenzuebertritt in Loerrach verhaftet und wegen Einschmuggelung staatsfeindlicher Druckschriften vor Gericht gestellt. Dieser Tage hat nun das in Karlsruhe tagende badische Sondergericht die Verhandlung gegen Frau Bodenschatz durchgefuehrt. Zur groessten Ueberraschung des Gerichts erklaerte die Angeklagte, die Druckschriften ihrem Vetter, dem Adjutanten des Ministerpraesidenten Goering geschickt zu haben. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 1 Jahr 9 Monaten Gefaengnis, wobei, wie es im Urteil heisst, strafmildernd in Betracht gezogen worden ist, dass die eingefuehrten "marxistischen Druckschriften" nicht zur Weiterverbreitung bestimmt gewesen sind.

...rgenblatt 78. Jahrg. Nr. 131 Zweimalige Ausgabe

...er Zeitung

...elsblatt
...old Sonnemann

(Neue Frankfurter Zeitung)

...legramme: Zeitung Frank...rtmain — Postscheck: Frankfurt-M 4430

GESCHÄFTSSTELLEN und Generalvertretungen:
Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Str. 31-37, Schillerstraße 18-24 (Tel. Ortsruf 20202, Fernruf 20301). Berlin W 9, Potsdamer Str. 123 (Tel. B 2 Lützow 8981). Hamburg, Anzeigen: Mönkedamm 7 (Tel. 366634), Vertrieb: Alsterarkaden 9 (Tel. 342324). Köln a. Rh., Ans.: Oberländerwall 30 (Tel. 99335), Vertrieb: Richmodstr. 8 (Tel. 215690) u. Kaiser-Wilhelm-Ring 10. Hannover, Dessauerstr. 9 (Tel. 62371). München, Anzeigen Emeransstraße 30 (Tel. 63249), Vertrieb: Briennerstr. 33 (Tel. 23180). Stuttgart, Ans.: Kronprinzstr. 22 (Tel. 23787), Vertrieb: Schloßstraße 37 (Tel. 22905). Leipzig W 33, Goethestr. 2/1 (Tel. 42670). Paris 8, 44, Rue de Lisbonne (Tel. Laborde 06-01 et la suite). London SW 1, 25, Evelyn Mansions, Carlisle Place (Tel. Victoria 1196). Haag-Voorburg, De Blookerstr. 21 (Tel. Haag 778708). New York, 174 Fifth Avenue (Telefon Gramercy 3623). Zürich, Paulstr. 7 (Tel. 28683)

Anfragen und unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.
Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.

13.3.34

Die Besprechungen in Rom.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Rom, 12. März. Am Vorabend der römischen Dreierbesprechungen Mussolini—Dollfuß—Gömbös weist man in Rom noch einmal und mit Eindringlichkeit darauf hin, daß von den hiesigen Unterredungen für keinen der interessierten Staaten — gemeint sind Deutschland und die Kleine Entente — etwas zu befürchten sei. Weder, so schreibt „Giornale d'Italia", sei beabsichtigt, einen politischen Block zu bilden, noch ziele die italienische Politik auf die Herstellung einer Wirtschaftsgemeinschaft ab, die die ökonomischen Interessen anderer Länder verletze. Offensichtlich hat es in Rom einen gewissen Eindruck nicht verfehlt, daß in den letzten Tagen deutsche Zeitungen auf das Interesse hingewiesen haben, das die kommenden Verhandlungen für die deutsche Wirtschaft hätten, denn das „Giornale d'Italia" versichert noch einmal ausdrücklich, daß nur bilaterale Handelsabkommen getroffen werden sollen und daß es jedem Staat weiterhin frei bliebe, Wirtschaftsabkommen mit Oesterreich und Ungarn zu treffen. Das offiziöse Blatt führt ferner aus, daß Italien in der Frage des Hafens von Triest nicht beabsichtige, den hamburgischen Exportinteressen Konkurrenz zu machen. Während diese italienischen Beschwichtigungen sich Deutschland gegenüber auf wirtschaftliche Fragen beziehen, werden gegen die Kleine Entente ausschließlich politische Argumente ins Feld geführt. „Giornale d'Italia" erklärt, daß die Kleine Entente für Oesterreich und Ungarn nie etwas getan habe, sondern stets als Großmacht versucht hat, ihren Einfluß im Donaubecken geltend zu machen. Diese schroffe Stellungnahme gegen die Staaten der Kleinen Entente wirkt nach den freundlichen Aeußerungen, mit denen man in Rom die verschiedenen Interviews des tschechoslowakischen Außenministers Benesch kommentiert hat, um so erstaunlicher und zeigt von neuem, daß die italienische Politik in der österreichischen und ungarischen Frage sehr vorsichtig zwischen den Gegensätzen der deutschen und tschechoslowakischen Interessen hindurchlavieren muß, ohne vorläufig mehr als die vollkommene Harmlosigkeit der römischen Besprechungen versichern zu können.

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös wird Dienstag vormittag Mussolini bereits einen Besuch abstatten, den der italienische Regierungschef am Nachmittag erwidern wird.

Bundeskanzler Dollfuß nach Rom abgereist.

...Bundeskanzler Dr. Dollfuß

Frankfurt, 13. März.

Schutzhaft.

Der preußische Ministerpräsident Göring hat soeben in seiner Eigenschaft als Chef der Geheimen Staatspolizei eine Neuregelung der Bestimmungen über die Schutzhaft vorgenommen. Die Maßnahmen, die er angeordnet hat, sind sämtlich einschränkender Natur und sollen, wie in einer ergänzenden Bekanntmachung der Geheimen Staatspolizei mitgeteilt wird, der „Befriedung und Herstellung eines Zustandes erhöhten Rechtsschutzes und erhöhter Rechtssicherheit" dienen. Als Kennzeichen der neuen Vorschriften wird man vor allem dreierlei anzusehen haben: Uebertragung der Kompetenzen zur Verhängung der Schutzhaft (mit der ja vielfach eine Ueberführung ins Konzentrationslager verbunden war) von den örtlichen Polizei- und Verwaltungsbehörden auf die höheren und höchsten preußischen Instanzen. Zweitens eine Verhinderung von „Korrekturen" der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch polizeiliche Maßnahmen. Und endlich eine Tendenz zur Verminderung von Freiheitsentziehungen dieser Art, vor allem solcher von längerer Dauer, indem sich der Ministerpräsident selbst die Entscheidung über alle Fälle vorbehält.

Als „Schutzhaft" werden im Grunde praktisch und rechtlich verschiedene Tatbestände bezeichnet. Die Festnahme kann z. B. erfolgen — und das dürfte nicht selten geschehen sein — weil das zum persönlichen Schutze des Verhafteten erforderlich war. Dieses Motiv würde an sich die möglichst rasche Freilassung des Festgenommenen verlangen, sobald die ihm drohende Gefahr als beseitigt erscheint. Allein die verschiedenartige praktische Handhabung und die Tatsache, daß die Gründe für die Anordnung der Schutzhaft häufig aus mehreren Quellen stammten (daß zum Beispiel jemand wirklich beschützt werden sollte, zugleich aber auch noch im Verdacht staatsfeindlicher Betätigung stand), machten eine erhebliche Annäherung dieser ersten Form an jene andern Fälle möglich, durch welche in der Hauptsache für die Oeffentlichkeit das Bild von Schutzhaft und Konzentrationslager geprägt worden ist. Mit der Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ist nämlich für Deutschland neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit eine Art „administrativer Justiz" geschaffen worden. Die Artikel 114 und 115 der Reichsverfassung wurden auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 außer Kraft gesetzt und mit ihnen die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person und der Wohnung. Ursprünglich war wohl die Auffassung überwiegend, daß die Polizei danach bei der Festnahme von Personen noch immer beschränkt sei durch die „Präambel" jener Notverordnung vom 28. Februar, in der als Motiv die „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" genannt wurde. Es ist müßig, dieses Problem juristisch zu diskutieren. Die Praxis und auch die maßgebenden Kommentatoren der Notverordnung sind andere Wege gegangen. Zunächst verlor der Begriff „staatsfeindlich" seine ursprüngliche Abstellung auf kommunistische Bestrebungen in dem Maße, wie auch die Bestrebungen anderer Parteien und Strömungen als staatsfeindlich galten. Dann aber wurde auch die Bezugnahme auf eine Bedrohung oder Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung als der ausschließlichen Voraussetzung solcher Verhaftungen fallen gelassen. Weder die erwähnte „Präambel" noch die §§ 14 und 41 des Polizeiverwaltungsgesetzes wurden weiter als begrenzend angesehen. Nur noch „pflichtgemäßes Ermessen" blieb ausschlaggebend. Dr. Werner Spohr hat demgemäß in einer zusammenfassenden Betrachtung über das „Recht der Schutzhaft" in der „Deutschen Justiz" hervorgehoben, daß die Verhängung der Schutzhaft nicht nur gegen aktive Staatsfeinde, „sondern z. B. auch aus erzieherischen Gründen gegen Kritiker der

Einbruch der Barbarei ins Strafrecht

Das Ende der „Humanitätsduselei“

Nach nationalsozialistischer Auffassung stand im Mittelpunkt der bisherigen Strafrechtspolitik der Verbrecher. Man sorgte sich darum, ihm nicht wehe zu tun. Man versenkte sich liebevoll in seine Seele und suchte seine Eigenart zu verstehen. Man betrachtete ihn mit mitleidigem Bedauern als ein Produkt seiner Umwelt. So sah — Herr Dr. Freisler, Staatssekretär im preußischen Justizministerium, verrät es uns — die deutsche Strafrechtspolitik aus. Die Abschaffung des Schutzes des keimenden Lebens wurde zum Programmpunkt jener das „destruktive“ System stützenden Parteien erhoben, und Versammlungen, die sich mit dem § 217 befaßten, standen „unter dem Schutze von Dirnen und Zuhälterbanden“. Die neuen Machthaber haben also weidlich nachsinnen müssen, da weder das alte Strafrecht noch der Strafgesetzentwurf, wie Herr Kerrl höchst persönlich ausführt, zur Grundlage des neuen Strafrechts gemacht werden konnten. So ist denn das, was als „Nationalsozialistisches Strafrecht“ (R. v. Deckers Verlag — G. Schenck-Berlin) in einer Denkschrift der Oeffentlichkeit unterbreitet wurde, ein krampfhafter Versuch, die nationalsozialistischen Doktrinen auch im Strafrecht zum Ausdruck kommen zu lassen. Da dieser Entwurf von einer Reihe von Juristen gemacht wurde — unter ihnen finden wir den Senatspräsidenten Professor Dr. Klee, im übrigen aber meist unbedeutende Gerichtsassessoren, Staatsanwälte und Oberstaatsanwälte —, ist er immerhin ein Stück Facharbeit und der ernsten Betrachtung wert.

Zwei wesentliche Gesichtspunkte kommen zum Ausdruck. Einmal die Militarisierung des Strafrechts und ferner der Wunsch, jenen Normaltyp des Deutschen zu schaffen, von dem der deutsche Staatsanwalt träumte, wenn er, wie im Falle George Groß, die Frage stellte: wie wirkt das Bild auf den „normal“ empfindenden Bürger. Als ein drittes Kennzeichen des Entwurfs wird die Barbarisierung des Strafvollzugs und die Wiedereinführung der Todesstrafe, die jetzt bereits in Deutschland in einem Ausmaß angewandt wird, wie das seit siebzig Jahren in Deutschland nicht der Fall war, Erwähnung finden.

An erster Stelle der Gesetzesreform steht der Schutz der Staatsordnung. Für den „Landesverrat“ wird nicht nur als Höchststrafe 15 Jahre Zuchthaus, sondern in besonders schweren Fällen Todesstrafe vorgesehen. Ein neuer Begriff ist „Landesverrat durch Greuelhetze“, wonach verurteilt werden kann, wer „vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, um dem Wohl des Reiches oder eines Landes durch Herabwürdigung ihres Ansehens im Auslande zu schaden“. Aber man geht im „Staatsschutz“ noch weiter. Kein Erfinder darf heute seine Erfindung im Ausland anbieten, wenn er sie nicht vorher den deutschen Behörden zur Uebernahme angeboten hat. Eine solche Tat ist bereits Landesverrat.

Einen neuen Hochverratsbegriff haben die Nationalsozialisten übrigens aus ihren Erfahrungen geschaffen. Während das bisherige Strafrecht nur den versuchten Hochverrat kannte — den vollendeten Hochverrat zu praktizieren blieb den Nationalsozialisten vorbehalten —, schafft der neue Entwurf den strengen, aber unklaren Begriff des „schweren Hochverrats“. Der „schwere Hochverrat“ wird gekennzeichnet durch die Anwendung gewaltsamer Mittel, aber auch schon durch die unmittelbare Richtung eines Angriffs auf die Staatsordnung und den Staatsraum. Derartige Vergehen werden zukünftig mit dem Tode bestraft! Ein Hochverräter, ein schwerer oder auch ein leichter, muß nach dem Entwurf immer sein Staatsbürgerrecht verlieren, und, so grotesk es klingen mag, für den Fall des „schweren Landesverrats“ ist auch die Aechtung durch Reichsverweisung vorgesehen. Daß man jeden Streik als eine hochverräterische Handlung ansieht und sich ausdrücklich auf die bereits schon erlassenen Verordnungen vom 28. Februar beruft, sei nur nebenbei erwähnt.

Die Militarisierung des Strafrechts zeigen die Vorschläge der Bestrafung wegen „Beschimpfung des Reiches“, „Staatsverleumdung“, Herabwürdigung der „Weihegesänge“ (Horst-Wessel-Lied) und Verletzung der Hoheitszeichen, woraus deutlich hervorgeht, daß man eine Uniformierung im Denken und Handeln der Untertanen wünscht. Unter diese Kategorie fallen auch die schweren Strafandrohungen — die im übrigen in das freie Ermessen des Richters gegeben sind — für Angriffe gegen die nationalsozialistische Volksbewegung, Angriffe auf Leib und Leben höchster Staatsorgane usw.

Dagegen nimmt man es mit dem Schutz der Wahlen und der Abstimmung nicht so genau, da in dem jetzigen Führerstaat, wir wollen es festhalten, solche „Wahlen und Abstimmungen nicht die ausschlaggebende Bedeutung, die ihnen bisher beizumessen war“, haben.

Die Wehrmacht ist besonders geschützt. Ihre Einrichtungen dürfen nicht verächtlich gemacht werden, und wenn eine solche Verächtlichmachung im Kriege oder bei drohender Kriegsgefahr erfolgt, wird der Täter als Hochverräter bestraft!

Die Nationalsozialisten, die vor nicht gar zu langer Zeit erklärten, daß sie keiner drakonischen Strafen bedürften, um Ordnung zu schaffen, müssen ein sehr schlechtes Gewissen haben. Sie wollen sogar denjenigen bestrafen, der, wie sie es ausdrücken, „böswillige Beunruhigung“ in der Bevölkerung hervorruft. Das heißt also: Leute, die Gerüchte kolportieren, kommen ins Gefängnis.

Ist man diesen Missetätern gegenüber sehr hart, so wird die Mensur sozusagen heilig gesprochen und steht nur bei tödlichem Ausgang unter Strafe.

*

Ein ganz neues Kapitel ist dem Entwurf eingefügt worden, das sich mit dem „Schutz von Rasse und Volkstum“ beschäftigt. Man stellt einleitend fest, daß es sich bei den Juden nicht um eine Rasse, sondern um „Angehörige fremder Blutsgemeinschaften“ handelt, „weil die Juden keine Rasse, sondern ein großes Rassengemisch darstellen, das aber durch die jahrhundertelange Inzucht zur Blutsgemeinschaft geworden ist“. A's „Rassenverrat“ wird im Sinne der Wehrhaftigkeit bestraft, wer sich mit einem Fremdrassigen vermischt. Beide Teile sind strafbar. Die farbigen Rassen sind verfemt, und wer sich öffentlich mit Angehörigen fremder Rassen zeigt, macht sich bereits der „Verletzung der Rassenehre“ schuldig. „Rassengefährdung“ (auch das ist ein strafbares Delikt) begeht, wer es unternimmt, gegen die sonstigen zur Reinerhaltung und Veredelung der deutschen Blutsgemeinschaft ergangenen gesetzlichen Vorschriften zu verstoßen oder den Aufklärungen über dieses Gebiet böswillig entgegenzuwirken.

*

Interessant ist, daß die nationalsozialistische Staatsführung die Grabschändungen unter hohe Strafe stellt, obwohl durch ihre Angehörigen, nach einer bekannten Denkschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mehr als dreihundert solcher Grabschändungen unternommen wurden.

Gegen die „Zersetzung der moralischen Volkskraft“ werden gleichfalls strenge Strafen vorgeschlagen. Niemand darf den „Willen zur wehrhaften Selbstbehauptung des deutschen Volkes“ lähmen oder zersetzen. Niemand darf daher den „natürlichen Willen des deutschen Volkes zur Fruchtbarkeit“ unterbinden. Ueberhaupt ist man im Lande des Herrn Röhm außerordentlich sittlich. Der § 175 soll übernommen werden. Selbstverständlich auch der § 218 in verschärfter Form. Frauen- und Kinderhandel wird neu als Delikt gekennzeichnet. Unter das Kapitel Sittlichkeit hat man auch den Tierschutz eingereiht, dem man ganz besondere Aufmerksamkeit schenkt.

„Volksehre und Volksfrieden“ gilt es zu schützen. Neue Strafdelikte wie „Volksverleumdung“, „Volksverhetzung“, bei denen man auf Entziehung des Staatsbürgerrechtes erkennen kann, werden vorgesehen. Wehe dem, der die geschichtlichen Leistungen des deutschen Volkes anders beurteilt als die gegenwärtige Regierung! Das Volksgut soll behütet werden. Die nationale Arbeitskraft darf nicht geschwächt werden, mit anderen Worten: Streikverbot. Der „wirtschaftliche Landesverrat“ ist neu eingeführt worden, denn es gilt in Deutschland aufzurüsten. Begriffe wie „Gefährdung von Betriebs- und Verkehrssicherheit“ oder „Gefährdung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft“ zeigen, wohin das neue Strafrecht gebracht werden soll.

Den Begriff des „Normalbürgers“ erläutert der Abschnitt über den „Schutz der Familie“ am besten. Man höre, wie man sich diesen Typ denkt: „Die Ehe, die eheliche Mutterschaft und das Verlöbnis sind unantastbare Grundlagen von Volk und Staat. Wer sie in Wort oder Schrift niederzieht oder schmäht, ist zu bestrafen.“ Der Ehetreubruch kommt unter Strafe, jedoch nur auf Antrag des verletzten Ehegatten. Zu bestrafen ist, wer sich oder anderen die Fähigkeit, gesunde Kinder zu erzeugen oder zur Welt zu bringen, dauernd zerstört.

*

In den allgemeinen Vorschriften, die dem Entwurf nachgestellt sind, während sie früher immer dem Strafgesetzentwurf vorangingen, ist der Grundsatz aufgestellt, daß auch eine Strafe ohne Gesetz möglich ist. „Ist aber eine nicht ausdrücklich für strafbar erklärte Handlung nach gesunder Volksanschauung sittlich verwerflich und wird eine Bestrafung von dem einem bestimmten Strafgesetz zugrunde liegenden Rechtsgedanken gefordert, so hat der Richter für die Tat eine Strafe innerhalb des Rahmens des entsprechend angewendeten Strafgesetzes festzusetzen.“

Neu eingeführt wird auch der an die germanische Sippenhaftung erinnernde „Begriff der Strafbarkeit der Unterlassung“ bei sittlicher Pflicht zum Handeln. Der Begriff „Versuch“ wird ersetzt durch den Begriff „Unternehmen“, wobei praktisch herauskommt, daß der Versuch gleich der vollendeten Tat bestraft wird. Das Notwehrrecht wird für Minderwertige eingeschränkt, denn es heißt, daß die Verteidigung rechtswidrig ist, die nach gesunder Volksanschauung einen erheblichen Mißbrauch des Notwehrrechtes darstellt. Also wehe dem, der einen SA.-Mann, der einen Andersdenkenden quält, abzuwehren wagt!

Der Entwurf schließt mit dem Kapitel „Strafen und andere Maßnahmen“, in dem mit der „Humanitätsduselei“ außer bei Unzurechnungsfähigen gebrochen wird. Der Verbrecher muß die ganze Schwere des Gesetzes zu spüren bekommen. Darum Wiedereinführung der Todesstrafe, die immer durch Enthauptung zu vollziehen ist, es sei denn, daß eine besondere Regierungsanordnung die Vollstreckung durch Erhängen bestimmt. Die körperliche Züchtigung wird als Zusatzstrafe eingeführt. Begründet wird diese Barbarei damit, daß die Züchtigung stark abschreckende Wirkung habe und eine besonders eindringliche Sühne sei. Sie gibt die Möglichkeit, langfristige Freiheitsstrafen durch verschärfte kürzere Strafen zu ersetzen. Fastentage werden ebenfalls bei kürzeren Freiheitsstrafen als Zusatzstrafen vorgeschlagen. Dem Richter ist ein weit stärkeres freies Ermessen gegeben, als er bisher jemals hatte. Es kommt den neuen Herren in Deutschland nicht darauf an, durch die Strafe zu bessern, sondern, wie ehedem, den Rechtsbrecher physisch und psychisch zu vernichten. In dem neuen Entwurf feiert die Barbarei herrliche Urstand.

Das neue preußische Strafvollzugsrecht.

Justizminister Kerrl und Staatssekretär Freisler vor der Presse.

(Letzte Meldung.)

Berlin, 2. Aug. (Conti.) Der preußische Justizminister, Landtagspräsident Kerrl, und Staatssekretär Freisler empfingen heute die Presse, um über die neue Strafvollzugsordnung und das neue Gnadenrecht Mitteilungen zu machen. Justizminister Kerrl wies darauf hin, daß auch in den Ferien im Preußischen Justizministerium mit gleichem Hochdruck gearbeitet werden solle wie vorher, und daß die Maschinen in gleichem Tempo weiterliefen. Vor vierzehn Tagen sei Staatssekretär Freisler mit dem Entwurf der neuen Strafvollzugsordnung zu ihm nach Kampen auf Sylt gekommen, wo er seinen Urlaub verlebt habe, und habe ihm die neue Strafvollzugsordnung und das neue Gnadenrecht vorgetragen. Er habe diese mit dem Ministerpräsidenten Goering besprochen, der für alle Ressorts der preußischen Verwaltung Interesse zeige. Dann habe Staatssekretär Freisler die Verordnung druckreif gemacht und nunmehr sei die preußische Strafvollzugsordnung endgültig erlassen worden.

Staatssekretär Freisler wies dann darauf hin, daß das Gebiet der Strafvollzugsordnung zum konkurrierenden Recht gehöre, daß also sowohl die Länder als auch das Reich auf diesem Gebiete gesetzgeberisch tätig sein können. Bisher sei es so gewesen, daß die Länder das Strafvollzugsrecht erlassen hätten. Das neue preußische Strafvollzugsrecht sei ein wesentlicher Schritt auf dem Gebiete zur Erneuerung der Justiz.

Verbunden mit diesem 74 Paragraphen umfassenden Gesetz ist das preußische Gnadenrecht, und zwar sind 43 Paragraphen dem Strafvollzugsrecht und 31 Paragraphen dem Gnadenrecht gewidmet. Das neue preußische

Gnadenrecht

gibt bekanntlich dem Ministerpräsidenten Goering ganz besondere Vollmachten auf diesem Gebiet. Staatssekretär Freisler wies weiter darauf hin, daß das Strafvollzugsrecht ergänzen und untermauern solle, was durch das Gnadenrecht neu bestimmt werde. Man sei bei der Ausarbeitung der neuen preußischen Strafvollzugsordnung, zu der Justizminister Kerrl den Anstoß gegeben habe, von dem Gedanken ausgegangen, daß man ein Recht schaffen wolle, das volkstümlich sei, und auch vom Volke allein gelesen werden könne. Man habe daher darauf verzichtet, auf andere Gesetzesbestimmungen Bezug zu nehmen und einen Wust von Zahlen aus dem Gesetz zu machen, sondern es volkstümlich gefaßt. Neu an dem Gesetz sei die Tatsache, daß bei jeder Bestimmung hinzugefügt sei, warum man diese Bestimmung erlassen habe. Das sei ein Novum auf gesetzgeberischem Gebiete und führe weiter dazu, das Gesetz volkstümlich zu machen.

Der Justizminister habe zunächst einmal darauf hingewirkt, eine überflüssige Ueberorganisation zu vermeiden. So werde z. B. das merkwürdige Zwittergebilde der Gerichtshilfe, die rein privaten Charakter habe, aufgehoben. Im demokratischen Staat sei man, so führte der Staatssekretär weiter aus, gegen die Staatsanwaltschaft in höchstem Maße mißtrauisch gewesen. Darum habe man den Strafvollzug in die Hand einer besonderen Behörde gegeben, nämlich des Strafvollzugsausschusses. Im neuen Staat sei man jedoch davon ausgegangen, daß, nachdem das unabhängige Gericht den Strafanspruch des Staates festgesetzt, dieser Strafanspruch auch vom Staate durchgeführt wird. Deshalb hat man diese Aufgabe der Strafvollzugsämter den Staatsanwaltschaften wiedergegeben. Die Strafvollzugsämter verschwinden also von jetzt ab. Das bedeute natürlich nicht, daß die Beamtenschaft, die im Strafvollzug notwendig ist, ebenfalls verschwindet. Diese Beamtenschaft besitze Kenntnisse wirtschaftlicher und technischer Art, ganz andere als die Beamtenschaft der Staatsanwaltschaft, und werde selbstverständlich bleiben. Aus ähnlichen Erwägungen heraus müsse auch den Richtern die Beauftragung für Gnadengesuche genommen werden. Es ist Sache der autoritativen Feststellung des Gerichts, ob eine Strafe festgesetzt wird, ebenso ist es aber auch Sache des Staates, den Strafanspruch unabhängig vom Gericht durchzuführen.

Die grundlegenden Gedanken bei der neuen Strafvollstreckung sind folgende: Bei der Todesstrafe ist es nicht einzusehen, warum da und dort, wo einmal französisches Recht galt, als Vollstreckungsmittel die Guillotine gelten soll, die übrigens dem deutschen Volk absolut fremd ist.

Sie wurde also beseitigt, ebenso das Fallschwert. Die Todesstrafe wird jetzt — wenn nicht das Reich etwas anderes bestimmt — durch Erschießen oder Erhängen — in Preußen durch das Beil — vollzogen. Es ist dies übrigens die allersicherste Todesart, die noch niemals zu irgendwelchen Beanstandungen Anlaß gegeben hat.

Was die Freiheitsstrafen anbelangt, so sind in der letzten Zeit Experimente über Experimente gemacht worden. Die Strafgefangenen wurden in einer Weise behandelt, daß ihr Lebensstandard weit über dem des Arbeitslosen, aber auch über dem Lebensstandard des Arbeiters und des Kleinbauern lag. Das war natürlich keine Strafe mehr, wie der „Strafvollzug" mit Fußballspiel, Kinovorführungen, Vorträgen aller Art und mit den Beschwerden, mit denen man ungehindert einen Kleinkrieg gegen die Beamten führen konnte. Es gibt nur eine einzige Art der Straferziehung, nämlich die, durch die dem Strafgefangenen auf das lebendigste klar wird, daß er nie wieder in ein solches Haus hinein möchte. Bisher war es so, daß sich die Strafgefangenen sagen konnten, die Strafanstalt sei ein kostenloses Hotel, das sie gut versorgt und in dem es sehr angenehm ist. In Zukunft werden sie aber nichts mehr fürchten, als wieder in dieses Haus hinein zu müssen, und dann werden sie sich vielleicht auch nach der Strafvollstreckung etwas in Acht nehmen. Das gilt für die große Masse der Strafgefangenen.

Irgend ein stufenweises Strafvollzugsrecht kann natürlich nicht in Frage kommen für Zuchthausgefangene. Es ist immer ein Fehler gewesen der vergangenen Jahre, daß zwischen Zuchthaus- und anderen Gefangenen überhaupt kein Unterschied gemacht wurde. Der Zuchthausgefangene muß anders behandelt werden als der gewöhnliche Gefangene. Von einem Stufenstrafvollzug oder von Vergünstigungen darf überhaupt nicht die Rede sein. Höchstens in einigen wenigen Ausnahmefällen darf man vielleicht sagen: Dieser besondere Zuchthausgefangene braucht nun nicht mehr im Zuchthaus seine Strafe zu verbüßen, sondern kann im Gnadenwege den Rest seiner Strafzeit im Gefangenenhaus verbringen.

Typisch ist für die Strafvollstreckung der vergangenen Jahre, daß sie nicht in der Lage war, ein Absinken der Kriminalität zu ermöglichen. Damit ist erwiesen, daß sie sich nicht bewährt hat. Deshalb müssen alle jene, die höhere Strafen zu verbüßen haben und nicht erstmalig bestraft sind, in Gefängnisse kommen, in denen es eine Stufenstrafvollstreckung einfach nicht gibt. Nur für jene, bei denen ein guter Funke Möglichkeit besteht, daß sie nicht zu den Verbrechern gehören, soll die Möglichkeit einer anderen Art der Straferziehung vorhanden sein, nur diesen kann man ausnahmsweise die Chance einer zweiten oder dritten Stufe der Straferziehung zuteil werden lassen.

Grundlegend anders muß natürlich die Art der Strafvollstreckung bei den Jugendlichen sein, und zwar um der Zukunft der Nation willen, weil diese straffällig Gewordenen innerlich noch nicht fertig sind. Hier wird natürlich der Sinn der Strafvollstreckung sein die Einprägung der Notwendigkeit zu Zucht, Ordnung und Einordnung; es soll aber auch der Weg der inneren Beeinflussung beschritten werden, um damit diese Jugendlichen für die nationale und soziale Gemeinschaft zu retten.

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 60 — 1. Jahngang | Saarbrücken, Dienstag, 29. August 1933 | Chefredakteur: M. Braun

Darüber spricht Hitler nicht!

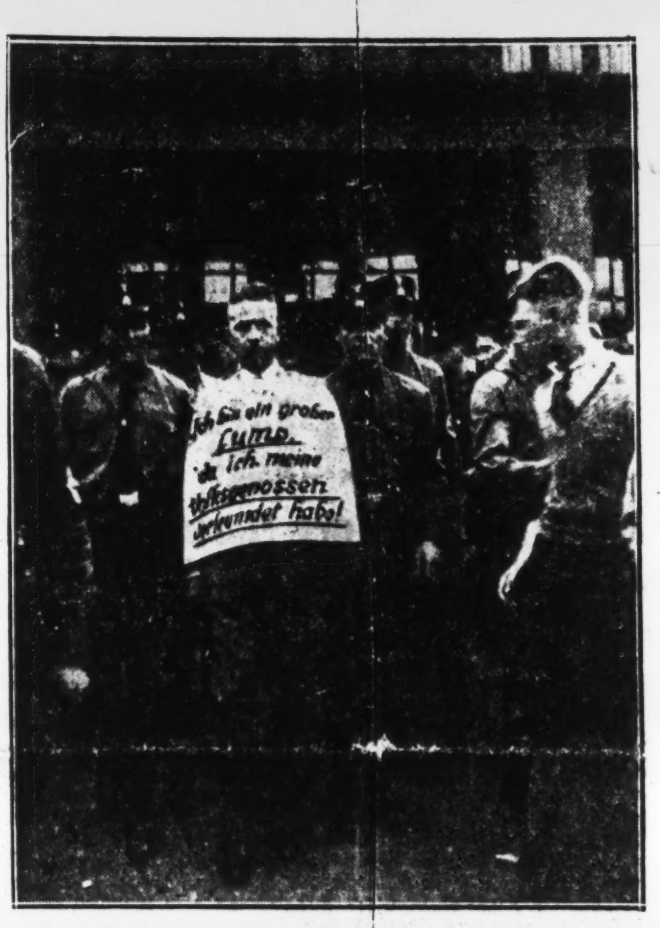
Das ist die fotografische Wiedergabe eines der tausenden Schandzüge, die in diesen Wochen durch die Straßen deutscher Städte johlen.

Im Mittelalter ging der öffentlichen Anprangerung eine Untersuchung und ein Urteilsspruch voraus. Im Mittelalter! Jetzt genügt eine Denunziation und ein Trupp SA.

Man sieht auf dem nebenstehenden Bilde sofort, daß der öffentlich Ausgestellte kein Arbeiter ist. Er ist auch kein Jude und kein Marxist. Nie hat er politisch links gestanden. Immer war er stramm rechtsnational. Es ist der Prokurist einer Firma in Hildesheim. Junge SA.- und SS.-Leute, mit unreifen fröhlichen Jungensgesichtern haben den gereiften Mann von seiner Arbeitsstätte fortgeholt und führen ihn nun zur allgemeinen Volksbelustigung vor.

Was hat der Mann, der da aufrecht und mit betont stolzem Gesichtsausdruck vor uns steht, getan? Ach, er hat Kritik geübt an einigen der jetzigen Machthaber. Er fand im neuen Deutschland nicht alles so, wie er es sich in seinen idealistischen Träumen vorher gedacht hatte. Nicht blind und nicht dumm genug, um die Postenjäger zu übersehen, zu ehrlich, um das große Lügen über die aufblühende Wirtschaft mitzumachen, hat er im Freundeskreise einige Worte des Unmuts geäußert. Das wurde ihm zum Verhängnis. Dieses Deutschland wimmelt ja von Spitzeln und Denunzianten. Ein Teil des Volkes grüßt mit erhobener Hand und der andere — mit dem Finger vor den Lippen: Schweigen!

Wo in Europa außerhalb Deutschlands wären solche Aufzüge möglich? In welchem Lande mit staatlicher und richterlicher Autorität könnten junge Burschen wagen, solche schändlichen Umzüge zu veranstalten? Tag für Tag redet der Kanzler und lügt unser Volk und alle Welt an über die Zustände in Deutschland. Nie aber bringt er soviel Wahrheitsliebe und Wahrheitsmut auf, um nur ein einziges Mal gegen die Schandtaten der von ihm organisierten, mit seinem Ungeist erfüllten, mit seiner Roheit gedrillten, von ihm befehligten braunen Horden zu protestieren. Sein Propagandaminister und zehntausend gleichgeschaltete Zeitungsschreiber verdächtigen uns der „Greuelpropaganda". Nicht wir provozieren Greuel, die SA. und die SS. verübt sie jeden Tag! Man muß um Deutschland willen die Schande seiner jetzigen Machthaber aufzeigen, wenn Deutschlands Freiheit und seine Ehre zurückgewonnen werden sollen.



Frauen und Kinder

Ausbürgerung auch für Familienangehörige

Berlin, 27. August. Im Zusammenhang mit den vorgestern gemeldeten Aberkennungen der Staatsbürgerschaft von einer Reihe politischer Flüchtlinge ist die Frage aufgetaucht, ob diese Aberkennung der Staatsbürgerschaft von vornherein auch gleichzeitig für die Angehörigen der Betroffenen gilt. Da die Aberkennung der Staatsangehörigkeit, so wird vom Reichsministerium des Innern betont, hier durch ein subjektives Verhalten des einzelnen begründet wird, erschien es angebracht, vorzusehen, daß über die Ausdehnung des Staatsangehörigkeitsverlustes auf Familienangehörige von Fall zu Fall entschieden wird. Bei Erlaß der Aberkennungsbekanntmachung waren für jeden einzelnen Fall die für die Erstreckung auf Familienangehörige maßgebenden Gesichtspunkte noch nicht genügend geklärt. Aus diesem Grunde mußte in der Bekanntmachung die Entscheidung über diesen Punkt vorbehalten bleiben.

Sechs Monate Gefängnis für einen Witz.

Die ganze innere Schwäche und geistige Minderwertigkeit des machtprotzenden Nationalfascismus wird vielleicht durch nichts schärfer illustriert, als durch seine Unfähigkeit, auch nur einen Witz zu vertragen. Gewitz ist in Zeiten einer brutalen Unterdrückung der Geistes- und Meinungsfreiheit das Witzwort oft die letzte Zuflucht und Freistatt geistigen Widerstandes, aber es muß schon sehr übel um die Sicherheit und Solidität eines Systems bestellt sein, das sich selbst in einem Falle wie dem folgenden nicht anders zu helfen weiß als mit feigen Terrormitteln. In Mannheim saß ein Schlosser in einem Gasthaus und zechte mit einigen Kollegen. Als die Stimmung animierter wurde, erzählte der Mann etliche Scherze, die alle beifällig belacht wurden. Schließlich sagte er, man wisse nunmehr auch, wer den Reichstag in Brand gesteckt habe, er werde den Namen des wirklichen Täters auf die Tischplatte schreiben. Gesagt, getan. Er nahm eine Kreide und schrieb auf den Tisch mit großen Lateinbuchstaben: SASS. Allgemeines Kopfschütteln. Sass? Das war doch das bekannte Einbrecherbrüderpaar, das wohl allerlei auf dem Kerbholz hat, aber doch nur schwer mit dem Reichstagsbrand in Beziehung gebracht werden kann. „O doch, ihr müßt halt durch die Mitte des Wortes nur einen senkrechten Strich ziehen!" Aha, da ergab sich also: SA und SS, die beiden bewaffneten Banditengruppen des Dritten Reiches. Für diesen Witz sprach nun, daß er mehr als ein Witz, daß er die Wahrheit war. Eben das aber sprach gegen den Mann, der den Witz gemacht hatte, und so wurde er auf der Stelle verhaftet, vor ein Gericht geschleppt und dort vor zwei Tagen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wie tief muß die Angst und das Schuldbewußtsein der Nazidiktatoren sein, wenn sie selbst einen in Weinlaune erzählten Witz so barbarisch bestrafen.

Haftstrafen für Verweigerung des Hitlergrußes.

‡ **Braunschweig**, 19. Okt. Das Amtsgericht Goslar verurteilte zwei Ehefrauen zu je zwei Wochen Haft, weil sie bei einer vaterländischen Feier während des Gesanges des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes nicht mitgesungen und den rechten Arm nicht erhoben hatten.

---

blicken läßt.

Aufenthaltsverbot nach dem Freispruch.

Wuppertal, 10. Juni. Die Telegraphen-Union meldet: Ueber den freigesprochenen früheren Beigeordneten der Stadt Heiligenhaus, den Verleger Otto Kretschmar, ist von Landrat Tapolski ein Aufenthaltsverbot für seinen Wohort Heiligenhaus verhängt worden. Das Aufenthaltsverbot wird damit begründet, daß das freisprechende Urteil und das Wiederauftreten Kretschmars in Heiligenhaus Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen habe.

Zuverlässigkeit der Aussagen Augenblicker wissen, befällt ein

Neue Terrorwelle in Mitteldeutschland

Dresden, 6. Juni. Die SA.-Sadisten haben noch nicht genügend „Material" zum Mißhandeln und Quälen in den Konzentrationslagern, denn sie haben in den letzten Tagen mit neuen Menschenjagden begonnen. Anfang Juni unternahmen sie einen Ueberfall auf die Bautzener Arbeiterviertel und hausten in einer Anzahl von Häusern wie die wilden Tiere. Schließlich nahmen sie, nachdem sie genug Wohnungen und Schrebergärten vandalisch verwüstet hatten, rund achtzig Personen mit, deren jetziger Aufenthaltsort zum Teil völlig unbekannt ist. Ihre Wut kehrte sich nicht nur gegen Funktionäre der Arbeiterbewegung — wie den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Wehle —, sondern insbesondere auch gegen die freiheitlich gesinnten Lehrer, von denen sie rund zwei Dutzend mitnahmen. Dabei wurden Lehrer als „gefährliche Bolschewiken" in Haft genommen, deren Verbrechen einzig darin besteht, daß sie sich in einer Elternversammlung gegen die Prügelstrafe ausgesprochen haben. Als die Hilfspolizei die Lehrer aus ihren Wohnungen holte, teilte man der herbeieilenden Bevölkerung mit, man werde jetzt „den Arschpaukern einmal beweisen, wie gesund eine Tracht Prügel ist". Auch in Chemnitz und Zwickau hat die SA. neue Verhaftungen vorgenommen und ihre Opfer bereits auf dem Abtransport in der fürchterlichsten Weise mißhandelt.

Mit der Befriedigung ihrer sadistischen Gelüste verbindet die Hitler-Garde in sehr vielen Fällen diejenige ihrer Beutegier. Bei einer Hausdurchsuchung im Westen, die die Hilfspolizei Leipzigs in der letzten Maiwoche vornahm, „konfiszierte" sie neben zahlreichen Schmuckstücken einen wertvollen Platinring und eine Stahlkassette. Als die Betroffenen — durchaus bürgerliche Leute — Lärm schlugen, wurde ihnen zuerst die Rückerstattung des Geraubten versprochen. Der betreffende SA.-Stoßtrupp weigerte sich aber ganz energisch, auf die Beute zu verzichten, und die Leipziger Polizei war darum am Ende ihres Lateins. Den Bestohlenen wurde schließlich eine Erklärung abverlangt, sie seien zu der Erkenntnis gelangt, daß sie von falscher Hilfspolizei beraubt worden seien. Dabei kennt ganz Leipzig die Namen der diebischen Hilfspolizisten.

Der Terror gegen Sozialdemokraten und Kommunisten nimmt in den letzten zwei Wochen überall zu, aber auch die Gewalttaten gegen deutschnationale Gemeindepolitiker häufen sich in der letzten Zeit in Mitteldeutschland zusehends. Am ärgsten sind die Zustände in den kleinen Orten Sachsens und Thüringens, wo die reguläre Polizei völlig eingeschüchtert ist und gelegentlich auch von der SA. kurzerhand verprügelt wird.

A.-Z. Pr. Wien. 8.6.33.

Deutsche Z...

100 Mark Geldstrafe für Verweigerung des Hitlergrußes.

D. Fr. 21.10.

Ein früherer Gewerkschaftssekretär hatte den deutschen Gruß verweigert und war deshalb vom Amtsgericht Hannover zu einer Geldstrafe von 100 RM verurteilt worden. Dagegen hatte er Beschwerde eingelegt, über die jetzt das Landgericht Hannover entschieden hat. Es verwarf den Einspruch und erkannte die Strafe von 100 RM als zu Recht bestehend an.

D. Fr. 8.10.33.

Unmenschliche Quälereien

Ein Augenzeuge, dem es gelungen ist, sich der Gewalt der braunen Sadisten zu entziehen, und dessen absolute Zuverlässigkeit bekannt ist, teilt der „Inpreß" mit:

Im Militärgefängnis Berlin-Tempelhof werden zur Zeit wöchentlich etwa 200—300 Gefangene eingeliefert. Diese Unglücklichen werden fast durchweg in der unmenschlichsten Weise gequält. Manche Gefangene werden dauernd gefesselt gehalten. Andre müssen — an ihren Zellentüren ist das ausdrücklich vermerkt — den ganzen Tag stehen. Gefangenen mit schwachen Augen werden die Gläser weggenommen, so daß sie ganz hilflos sind.

In dieser Folterkammer befinden sich auch die führenden Leute der Sozialistischen Arbeiterpartei Max Köhler und Karl Baier, sowie Edith Baumann vom Sozialistischen Jugendverband. Die Genannten sind am 22. August verhaftet worden. Bis heute hat die Nazipresse darüber noch kein Wort verlauten lassen. Das versteht man, wenn man erfährt, unter welchen Bedingungen die Menschen leben müssen.

Sie müssen auf bloßer Erde ohne Bettzeug schlafen, sie sind ohne Seife, ohne Handtuch, ohne genügende Wäsche. Die Ernährung ist so unzureichend, daß die Gefangenen ständig hungern.

Die Vernehmungen finden in dem Staatlichen Polizeiamt Prinz Albrecht-Straße statt und dauern bis zur völligen Erschöpfung (von 7 Uhr früh bis 2 Uhr nachts ohne Essen). Ständig erfolgen bei der Vernehmung Mißhandlungen durch Kriminalbeamte und SA.-Leute. Zum Zwecke besonders schwerer Mißhandlungen werden die Vernehmungen unterbrochen und die geschundenen Menschen in den Keller geschleppt. Auch Frauen, die anderswo untergebracht sind, werden hier bei der Vernehmung mißhandelt, darunter ein noch nicht 17jähriges Mädchen. Sein Name ist Lilly Adel. Ein anderes Mädchen, von dem gesagt wurde, daß es Kommunistin sei, ist mit einer Peitsche ins Gesicht geschlagen worden.

Die Gefangenen werden zu alledem sadistisch verhöhnt. Man schneidet ihnen die Haare ab, läßt aber ein paar Büschel stehen, damit sich die vertierten SA.-Leute amüsieren und die wehrlosen Gefangenen an den Büscheln zerren können. Wüstes Schlagen mit Gummiknüppeln ins Gesicht und auf die Hände ist an der Tagesordnung.

Während einer der Nazis den oder die Gefangenen befragt, kommt ein anderer, um die Befragten zu Boden zu werfen. Steht der Betreffende nicht schnell genug auf, so wird er getreten. Am schlimmsten von den SPD.-Leuten ist Max Köhler mißhandelt worden. Er wurde so zugerichtet, daß ihn der Arzt als nicht vernehmungsfähig erklärte; er wurde aber trotzdem auf einer Tragbahre zur Vernehmung geschleppt.

D.Fr. 18-10-33.

SA. mißhandelt Frauen

Weibliche Gefangene im Militärgefängnis

Wenn die braunen Sadisten glauben, ihre Brutalitäten vor der Welt verbergen zu können, so irren sie. Die Klagelaute der Opfer dringen durch die dicksten Kerkermauern. Häufig sind es SA.-Leute, die von dem blutigen Handwerk abgeschreckt, alle Schändlichkeiten ihrer Kameraden enthüllen. Längst wurde Hitler-Deutschland aus der Liste der zivilisierten Staaten gestrichen, und ausländische Blätter empören sich immer aufs Neue gegen die Schreckenstaten in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern. Daß auch Frauen mißhandelt, geschlagen, gefoltert werden, ist unfaßbar für jeden, der einen Funken Menschlichkeit in sich trägt.

Der „Manchester Guardian" enthüllt wieder einige krasse Fälle. Er schreibt:

„Eine typische Haftanstalt unter braunem Terror ist das Militärgefängnis zu Berlin-Tempelhof. Etwa 200 bis 300 Gefangene kommen wöchentlich dort an. Viele werden in Handschellen gehalten, andere müssen viele Stunden lang aufrecht stehen, Gefangene mit schwachen Augen werden ihrer Gläser beraubt.

Unter ihnen sind Edith Baumann, Max Köhler und Karl Baier von der SAP., die am 22. August verhaftet wurden. Sie müssen auf dem blanken Boden ohne Decken schlafen, sie haben keine Seife und keine Handtücher und erhalten so wenig Nahrung, daß sie immer hungrig sind.

Zum Kreuzverhör werden die Gefangenen in das Staatspolizeiamt Prinz-Albrecht-Straße gebracht. Die Kreuzverhöre werden von Braunhemden und von Agenten der Geheimen Staatspolizei durchgeführt. Sie dauern oft 12 bis 15 Stunden, am Ende und während dieser Zeit erhalten die Gefangenen überhaupt keine Nahrung. Das Verhör wird manchmal unterbrochen, um den Gefangenen durch grausame Methoden einzuschüchtern. Er wird in den Keller geschleppt und dort geschlagen.

Zwei der weiblichen Gefangenen wurden in der Prinz-Albrecht-Straße geschlagen:

Lilly Adelt, die noch nicht 17 Jahre alt ist und eine andere, vermutlich eine Kommunistin, deren Namen nicht festgestellt ist (sie wurde mit einer Peitsche übers Gesicht geschlagen). Die Schläge werden hauptsächlich mit Gummiknüppeln ausgeteilt.

Während des Verhörs werden die Gefangenen oft durch einen Nazi, der sie von rückwärts angreift, zu Boden geworfen. Wenn sie nicht sofort wieder aufstehen, werden sie mit Fußtritten bearbeitet. Max Köhler wurde so mißhandelt, daß der Arzt ihm Haftunfähigkeit bescheinigte. Er wurde trotzdem weiteren Kreuzverhören unterworfen, man brachte ihn auf einer Tragbahre herbei.

Die Gefangenen werden fortgesetzt von ihren Peinigern gehöhnt und beleidigt ... Unter denen, die die schlechteste Behandlung zu erleiden hatten, waren Edith Baumann und Karl Baier.

Aehnliche Brutalitäten werden an den Gefangenen in der Columbiastraße verübt."

Daß in Deutschland Frauen mißhandelt werden, hat der Nationalsozialist Graf Reventlow in seinem Brief an Hitler und den Oberl. SA.-Führer Röhm in einem öffentlichen Aufruf bestätigt. Die autoritäre Staatsführung ist aber entweder nicht willens oder nicht imstande, diese Kulturschande zu beseitigen.

6 Monate Gefängnis wegen Belästigung eines Amerikaners

Die Sonderabteilung des Berliner Schnellgerichts verurteilte am Dienstag den Glasbläser Paul Eckardt und den Kraftwagenführer Friedrich Wilbertz wegen Körperverletzung zu je sechs Monaten Gefängnis. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt v. Haacke bei der Zentralstaatsanwaltschaft beim preußischen Justizministerium, hatte die gleiche Strafe beantragt. Es handelt sich um die Belästigung des amerikanischen Staatsangehörigen Roland Völtz in Düsseldorf, der nach Ansicht der Angeklagten beim vorbeitragen einer Hakenkreuzfahne ein verächtliches Benehmen zur Schau getragen hatte.

IN A BROWN HOUSE

A Doctor's Story

[Early in March our special correspondent in Germany wrote an article describing the brutalities which had been perpetrated in the notorious "Brown Houses" of the Nazis. With regard to one of the maltreated Socialists he said: "He was taken to a room littered with straw; two other prisoners were there. One of them, apparently a Bulgarian, had been so injured that his condition was critical." Later on, this Bulgarian prisoner read the statement about himself in the "Manchester Guardian," and he has now sent the complete story of the treatment he received in the Brown House. This story (which we have translated from the original German) presents the most vivid and detailed picture of what went on in the Brown Houses; it is, indeed, in the nature of an historical document, and we think that, although it relates to events at the beginning of March, it should be given in full.]

They rang my door-bell at four o'clock in the morning of March 6. They said they were police. My wife told them to come again later, for she would admit no one at such an early hour. Thereupon they broke the door open and pushed their way in—there were five of them, Nazis, wearing the brown uniform of the "S.A." but not the brassard of the "Auxiliary Police." They had revolvers and automatic pistols.

When I asked them what they wanted they struck me with their rubber truncheons (Gummiknüppel) and with their fists. "Hold your mouth—don't speak till you're spoken to," they shouted. "The days of the Jews are numbered, you Bolshevik rabble! Hands up!"

They searched my rooms, smashed the drawers of my writing desk, and filled a trunk with books, letters, and documents.

Then they ordered me to go with them, and hustled and kicked me down the stairs. My wife protested, telling them that this was not the way to treat a sick man. I was ill with influenza.

"You'll get something to think about as well if you're not quiet, you impudent sow!" was all they answered.

A car was waiting outside, we got in (my wife did so uninvited, for she did not want to leave me) and were driven to a house where a number of "S.S." and "S.A." men (the former wear a black uniform) were standing. We were hustled up four flights of stairs with blows from rubber truncheons and dog whips. We went along a corridor—I had some difficulty in walking because of my illness. The corridor was lined with Brown Shirts; they yelled and gave us kicks and blows as we passed. We entered a room, where the contents of the trunk were examined cursorily, and were then driven back through the same corridor and were again kicked and beaten by the Brown Shirts.

We were taken to another room. A number of very youthful Brown Shirts arrived. I tried to explain that there must be some misunderstanding. My wife tried to remonstrate, whereupon she was told that she too could consider herself under arrest.

Interrogation

We were taken to yet another room, where three men questioned us. One of them, wearing the brown uniform, was thick-set, corpulent, and had a black moustache. He was one-legged and walked on crutches. Later on I learnt that he was Herr Bergmann, the Commissar of the Political Police. The second was a lean person in civilian clothes, Heinrich by name. He was said to have been a Communist once and to have served in the Russian G.P.U. The third was a small man in brown uniform who brandished a rubber truncheon, threatening to use it if I did not answer the questions.

I was asked what I was doing in Berlin, and so on. I replied that I was a Bulgarian and a doctor, that I had been in Berlin since 1920 and had worked in municipal hospitals, that I had recently filled a vacancy as head doctor in the hospital at Neu-Kölln, but had got sick leave until the end of March.

Did I speak Russian? I said I did. "How so?" I explained that Russian is a compulsory subject in Bulgarian High Schools (Gymnasia).

"Have you had any dealings with the Russians?" I explained that as a doctor I had taken an interest in Russian medicine and welfare work and had been on a visit of scientific inquiry to Russia with a number of other doctors.

They told me to go on talking. I asked them what it was they wanted to know. "We're not going to ask any more questions," they said, "you've just got to tell us everything."

"Then I have nothing more to add," I answered.

"We'll make you" (wir werden nachhelfen), said the little man with the truncheon, jumping up from his seat. I was taken into the adjoining room. Five or six pale-faced prisoners were sitting there; one of them, a fair-haired man, wore a blood-sodden bandage round his head.

"Here's your leader, you lot of swine (Schweinebande)," shouted a Brown Shirt, "a Bulgarian doctor, the director of Communist propaganda in Germany."

So this was the charge against me!

"Your Days are Numbered"

The Brown Shirts then began to beat me with their rubber truncheons, leather whips, and "Stahlruten" (rods of flexible steel). They seemed to be in a mad, bestial rage. They jumped on chairs and tables and struck downwards at me without mercy. Most of the blows fell upon my head. The blood streamed down my face. Then someone hit me with an iron bar; there was a whistling noise in my left ear, and I collapsed and lost consciousness.

When I came to I was alone in the room. After a while the cripple Bergmann, entered with another civilian, a Russian, who said—in Russian—"Your days are numbered now, you gang of criminals!" He produced a notebook of mine—there were entries in German and in Russian. One of them was a reference to gases and their use. He asked me to explain. I told him that the gases liberated in naphtha production were now used for heating workmen's tenements. He seemed dissatisfied with this reply. He then mentioned several persons by name and asked if I knew them. I said I did not.

They left me and came back with a slim man wearing a brown uniform with war decorations. He was a former officer. He asked me if I had been in Leningrad. I replied that I had visited the Pavlov and X-ray institutes there.

They took me to another room. The floor was covered with straw, the wall-paper was dirty and bespattered with blood. Several youthful prisoners were there. They were all pale, and some wore bloodstained head-bandages. They were waiting to be questioned. From time to time Brown Shirts would come in and shout "Hail, Hitler!" The prisoners had to spring to attention and repeat the words. Those who did not do so smartly enough were forced, under blows, to get up, shout "Hail, Hitler!" and sit down again ten or fifteen times. Now and again all the prisoners were forced to sing "Deutschland, Deutschland über Alles" or the "Horst Wessel Lied." Those who sang falteringly—some did not know the words well—were beaten.

I was so injured that I could not stand. I lay amid the straw and, as I did not get up with the others, I was kicked and beaten. One Brown Shirt drew his revolver and pointed it at my chest but then lowered it again, saying, "A bullet would be wasted on a rascal like you!"

I was taken back to the room where I had been cross-examined. I tried to stand, but giddiness overcame me. They brought me a chair, I sat down, but soon collapsed altogether and fell to the ground. I was carried back again and laid amid the straw.

After about an hour and a half Dr. Kramer, the medical officer of the "Sturmabteilung" (Brown Shirt Detachment) arrived. He saw that my condition was critical. I asked to be sent into hospital. He shrugged his shoulders and said that he alone could not decide. They seemed in some doubt as to whether they might not, somehow, be held responsible if I were to die. They rang up a colleague, Dr. Weingärtner. I was taken into another room. Dr. Weingärtner arrived and I gather that he advised them to send me to hospital. But Bergmann wanted to wait.

After a while a civilian wearing Nazi badges entered the room. He was treated with great respect and addressed as "Herr Kriminalkommissar." The other Nazis stood to attention and reported—with reference to myself—"Director of Communist Propaganda, a Cheka man, engaged in industrial espionage, a Bulgarian, a doctor. His wife has admitted everything, but he refuses to say a word."

The "Kommissar" grinned and said, "Stand him up against the wall and shoot him!" The Brown Shirts pulled open the drawer of a writing-desk that was full of revolvers and ammunition. Each one selected a weapon. But I was left alone for the time being.

There was a wireless apparatus in the room and a telegram was dispatched to postpone some action that had been planned for that same evening. Some Brown Shirts came and said they wanted the application forms for volunteers for service in Austria. I was then taken back to the room where the other prisoners waited and again lay amid the straw.

More prisoners arrived—from the Zentrum, the Wedding, and from Steglitz. One of them had insulted a Brown Shirt the previous day and had been dragged out of his bed and brought here. Another was a woman who had been arrested for telling a Communist who had gone over to the Nazis what she thought of him. Another was a lad who had been arrested in the street carrying a suitcase that belonged to the Communist Deputy Kippenberger—he had been so beaten that his face was unrecognisable, it was one horrible, blue, swollen mass of raw flesh; he lay next to me, breathing heavily.

Then, for about a quarter of an hour, there was a scene outside in the corridor which I can only describe as an orgy of blood-lust. The arrival of a prisoner named Schulze was announced. All the Brown Shirts left the room, and—everything was audible through the thin walls—there was an uproar of yells, shouts, and blows. A dozen men must have been busy shouting and beating.

The Old Pastor

A workman, a small fellow, aged about thirty, was pushed into our room. His right eye was a raw and bleeding mass. He was accused of being an accomplice in the murder of an "S.A. man." He denied the charge, but was ordered to answer "Yes" to every question put to him.

"Are you the murderer, you rascal?"

"No."

The blows descended until the blood streamed down his face.

"But you said 'Yes' before!"

"Because I was made to!"

He wiped the blood off his face with his sleeve. They made him climb on a wardrobe, face the wall, turn round when ordered, shout "Hail, Hitler!" and then jump down again. They pointed their revolvers at him, shouting, "Get a move on! Jump! Jump!" Obscene insults were showered upon him, he was driven out of the room, and told to go to the kitchen and get a haircut.

He returned with his hair cropped irregularly. He was then confronted with a fragile, white-haired man who must have been about eighty, a pastor from Lichterfelde, who was ordered to call him "comrade."

"I will shake hands with you," said the old man, "for you are a human being in pain." All the Brown Shirts laughed, one of them saying, "Is that the way you greet a murderer?" The old man replied, "And even if he is a murderer, he is a human being in pain, while you are the embodiment of violence, and violence is not eternal. It is only evil that requires violence. You cannot drive my conviction out of me with blows. You are national—I am international."

The old man's courage made an impression on the Brown Shirts. Some of them were about to assault him, but were restrained by the others.

Another batch of prisoners arrived. They had to do physical drill, shout "Hail, Hitler!" and stand to attention. As I continued to lie motionless on the floor I was again kicked by a Brown Shirt. He was in a state of wild excitement. "You ——," he shouted (uttering a foul word), "aren't you going to get up?" He raised his truncheon, but another Brown Shirt intervened, saying, "He can't get up; he'll be dead soon, in any case."

A young man came staggering in. "That Jewish swine (Saujude) Löwenberg," they shouted, and began to beat him, making him stand up, sit down, and stand up again a dozen times. Another batch arrived—they were from Cöpenick. They were beaten like the others until the "Cheka-man," Heinrich, came in and said in a low voice, "Don't beat them—there are special reasons." I have the impression that he was embarrassed by my presence as a witness.

Re-examination

After midnight I was taken back to the room where I had been questioned. My wife was there. She was as pale as a ghost. She whispered to me in our mother tongue, "I can't stand it any more! I'll throw myself out of the window! I can't stand it!" The Brown Shirts were furious when they heard us talking, and hustled my wife out of the room.

There was fresh blood on the wall-paper, and the chest of drawers in the corner was bespattered with blood. "Now, Doctor, will you speak up or not? If not—this is what will happen to you," he said, pointing to the bloodstains. "Your wife has admitted everything."

"I have said all there is to say. What more do you want?"

"We have a number of incriminating documents."

"Show them to me and I'll explain everything."

"Do you think we're so stupid as to show you the documents and supply you with arguments? You must now tell me the names of your associates."

I replied that they were all in the medical profession and had nothing to do with politics. While I was talking the Brown Shirt who questioned me nearly fell asleep. He got up, almost overcome with weariness, and left the room.

I was taken back to the other prisoners. My condition grew worse. I lost consciousness again. Then, as I came to once more, I heard my wife scream. She asked me with tears in her eyes whether I recognised her; I nodded assent, for I could not speak. My tongue was so swollen that I had no control over it.

At about eleven in the evening I was again cross-examined. A man in civilian clothes took a chair, lifted it up, and threatened to bring it down on my head if I did not speak. He smelt strongly of alcohol. "Do you," he said, "really imagine that the greatness of Germany is going to be thwarted by scoundrels such as you?" He drew his revolver and shouted "Three bullets: one in your forehead, one in your mouth, and one in your belly!" Then he changed his tone. He said he loved the Slavs—"A dear, nice people!" He had been to Kiev and Odessa and had known many Bulgarians. General Gantchev was his friend, he said (Gantchev was the adjutant of ex-King Ferdinand and Bulgarian Military Attaché in Berlin during the war, and is still living in Berlin). Then he again changed his tone. He was, he said, "nothing less than Commissar for Military Affairs and delegated by the Government—so you've got to speak, you scoundrel."

I was silent. He struck me in the face with his fist and said, "I'll have you hanged from the window-ledge head downwards—that's the way I hanged people in Kiev. . . . What is the Cheka doing? What is the G.P.U. up to?"

I remained silent and motionless. He kicked me in the stomach as hard as he could. I again lost consciousness—I do not know for how long.

"How Awkward"

I was semi-conscious again when a doctor, wearing the brown uniform, gave me an injection. I heard my wife scream, "He's dying, you murderers." She caught hold of me and said, "Don't you know who I am?"

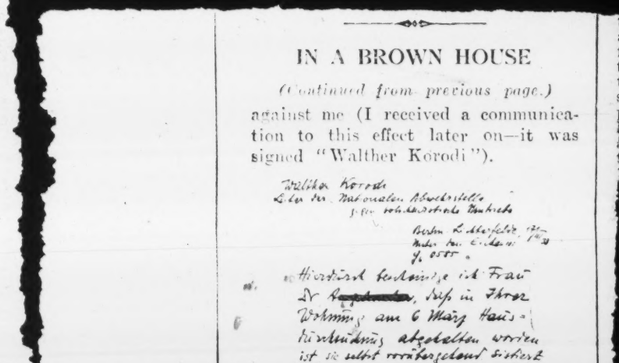
I did not recover full consciousness until I was in an ambulance that took me to the prison section of the municipal hospital in the Scharnhorststrasse. I lay in bed there four days, whereupon a civilian wearing a Nazi badge came to tell me that I was discharged as nothing had been proved

(Continued on next page.)

IN A BROWN HOUSE

(Continued from previous page.)

against me (I received a communication to this effect later on—it was signed "Walther Korodi").



It had all been a mistake, said the civilian. He took me home in a car. He saw the condition I was in and said: "Have they beaten you?"

"Yes, very much so."

"Oh, how awkward" ("Ach, wie peinlich"), he answered.

WALTHER KORODI, Leader of the National Office for Defence against Bolshevist Machinations.

Berlin-Lichterfelde, 17.3.33. Unter den Eichen 105. G6. 0635.

I hereby certify, on behalf of Frau A., that on March 6 a search was made of her dwelling and she herself temporarily detained, but released again for lack of suspicion of activities. The same applies to her husband. Please leave the couple in peace.

(signed) WALTHER KORODI.

Zusammenstösse in Kaiserslautern

Im Anschluss an die Kundgebung in Kaiserslautern, bei der Brüning sprach, kam es zu schweren blutigen Zusammenstössen zwischen Mitgliedern der Pfalzwacht, die bei der Versammlung den Saalschutz gestellt hatte, und Nationalsozialisten. 13 Personen wurden durch Schüsse, zum Teil schwer verletzt; 11 davon gehören der Pfalzwacht an. Mit Rücksicht auf die Pressenotverordnung begnügen wir uns damit, den Polizeibericht wiederzugeben, der — richtig gelesen — alles nötige über die Zusammenstösse in Kaiserslautern enthält.

Der Polizeibericht lautet:

„Um 22 Uhr schloss sich an die Brüning-Kundgebung in der Fruchthalle ein von der Polizeidirektion genehmigter Fackelzug der Pfalzwacht und der katholischen Männervereine an. Der Zug wurde polizeilich gesichert. Etwa zehn Minuten nach dem Abmarsch von der Fruchthalle war bereits ein grosser Teil des Zuges unbehelligt über den Marktplatz bis in die Bismarckstrasse gezogen, als in Richtung Marktstrasse auf dem Stiftsplatz in der Nähe der Stiftskirche eine grössere Menschenmenge zusammenströmte, aus der heraus laut geschrien wurde. Plötzlich fielen mehrere Schüsse; von welcher Seite, konnte bis jetzt noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Anschliessend kam es auf dem Stiftsplatz zwischen den Zugteilnehmern und politischen Gegnern zu einer Schlägerei. Das den Zug begleitende Ueberfallkommando trieb die Menge auseinander und säuberte nach dem Eintreffen von Verstärkungen den Stiftsplatz von der

zum grossen Teil aus Nationalsozialisten, die meistens nicht uniformiert waren, bestehenden Masse.

Der Zug wurde hierauf unter polizeilicher Bedeckung weitergeleitet. Kurz vor dem Auflösungsplatz wurden die Zugteilnehmer und die begleitenden Polizeibeamten aus den Nebenstrassen mit Pflastersteinen beworfen. Die Täter liefen beim Vorgehen der Polizei sofort davon. Am Auflösungsplatz hatten Schutzpolizei und Kriminalpolizei bei den Angehörigen der Pfalzwacht Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen, die

ohne Erfolg

blieben. Anschliessend daran hatte die Polizei mit mehreren Kraftwagen die Stadt durchfahren und Ansammlungen aufgelöst. Die auswärts wohnhaften, im Omnibus heimkehrenden Versammlungsteilnehmer wurden von der Polizei mit Kraftwagen bis über die Stadtgrenze hinaus begleitet.

Von 13 bis jetzt gemeldeten Verletzten sind elf Angehörige der Pfalzwacht. Die übrigen sollen S.-A.-Leute sein. Drei der Verletzten Pfalzwacht-Mitglieder, die einen Schulter- und Bauchsteckschuss, einen Kopfschuss und einen Bauchschuss davontrugen, wurden sofort operiert. Sie liegen im städtischen Krankenhaus.

Gegen 2 Uhr früh wurden zwei Nationalsozialisten wegen verbotenen Waffentragens vorläufig festgenommen."

Hitler-Faschismus

Köln, 14. März. ag. CNB. Mehrere Angehörige der Nationalsozialistischen Partei drangen am Dienstagvormittag in die **Wohnung eines jüdischen Kaufmanns und forderten diesen unter Bedrohung mit dem Revolver auf, den Geldschrank zu öffnen, aus dem sie dann 800 RM. entwendeten.** Die an der Tat beteiligten Personen wurden festgenommen und die SA.-Leitung schloß diese drei Leute sofort aus der Partei aus. Ferner wurde eine Strafuntersuchung eingeleitet.

Dortmund, 15. März. ag. CNB. In der Nacht zum Sonntag wurde der Führer der Zentrumsfraktion der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung, der Landtagsabgeordnete und Oberstudienrat Koch von mehreren Personen, die Sturmabteilungsuniform trugen, in seiner Wohnung aufgesucht und **gewaltsam in eine nahegelegene Wirtschaft gebracht.** Dort wurde er gezwungen, eine schriftliche Erklärung abzugeben, in der er sich verpflichtet, daß er in Zukunft den Führer der Nationalsozialistischen Partei, Reichskanzler Hitler, nicht verunglimpfen oder lächerlich machen werde. Der Vorsitzende der westfälischen Zentrumsfraktion hat sich daraufhin beschwerdeführend an den Vizekanzler von Papen gewandt, der sich mit dem Innenministerium in Verbindung setzte. Dieses hat eine Untersuchung des Vorfalles zugesagt.

Breslau, 14. März. ag. Wolff. Eine Staffel der Breslauer SA. hat das Gerichtsgebäude besetzt. An den Eingängen des Gerichtsgebäudes wird eine Kontrolle vorgenommen, **damit keine Juden das Gebäude betreten können.**

Deutschland

Verhaftungen und Ueberfälle

Hüls (Recklinghausen), 19. April. ag Das Wolff-Bureau meldet: In der letzten Nacht wurden drei S. A.-Leute von Kommunisten überfallen. Ein S. A.-Mann erhielt mit einem Beil einen wuchtigen Schlag auf den Kopf und blieb schwerverletzt liegen. Die Polizei konnte drei Täter festnehmen.

Fraustadt (Schlesien), 19. April. ag (Wolff.) Im Kreis Fraustadt wurde eine umfassende Säuberungsaktion bei Angehörigen der kommunistischen Partei durchgeführt. Zahlreiche Waffen wurden beschlagnahmt und etwa 200 Personen festgenommen. Man hat eine schwarze Liste von Persönlichkeiten, insbesondere von Führern der Nationalsozialistischen Partei, gefunden, die überwacht und unschädlich gemacht werden sollten.

Nazigreuel.

Warschau, 21. April. (T. R.) Amtlich wird aus Königshütte gemeldet: Gestern haben drei polnische Staatsangehörige, die bisher in Berlin lebten, der 55jährige Johann Knipsel und seine beiden Söhne, die polnische Grenze bei Beuthen überschritten. Sie gaben bei den Grenzbehörden zu Protokoll, daß sie in der Nacht zum Ostersonntag von etwa zwanzig SA.-Leuten in ihrer Berliner Wohnung überfallen wurden. Es wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt, aber nichts gefunden. Schließlich stürzten sich die SA.-Leute auf den alten Mann und seine beiden Söhne und mißhandelten alle drei. Knipsel hat infolge der ausgestandenen Aufregungen die Sprache verloren.

DRESDEN, 9. März.

Vor Beginn seiner heutigen Sitzung wurde der Sächsische Landtag von Polizei und S. A., die zum Teil mit Stahlhelm erschienen war, besetzt. Der Abgeordnete Fischer (Plauen), der vor einiger Zeit aus der N. S. D. A. P. zur deutschsozialistischen Partei übergetreten ist, wurde auf dem Korridor verprügelt. Auf Beschluss des Aeltestenrates fällt die für heute angesetzte Sitzung aus. Derv on der Reichsregierung eingesetzte Polizeikommissar für Sachsen, der nationalsozialistische Abgeordnete von Killinger, hat heute sein Amt angetreten.

DER HITLERTERROR.

Dem Henker schaudert.

Magdeburg, 12.1. (INPRESS): Seitdem Goering Polizeiminister ist, sind allein in Preussen 50 Todesurteile mit dem Handbeil vollstreckt worden. Als Scharfrichter fungierte der in Magedburg wohnende Waeschereibesitzer Groeppler, der diese Funktion im Nebenamt ausuebte. Groeppler hat jetzt sein blutiges Amt niedergelegt. Seine letzte "Betaetigung" galt drei jungen Arbeitern Bei ihrer Hinrichtung, die mit dem Handbeil vollzogen wurde, spielten sich grauenerregende Szenen ab. Groeppler erlitt einen Nervenzusammenbruch. Vielen Gefangenen, die von ihren Zellen aus die vom Innenplatz des Gerichtsgefaengnisses zu ihnen dringenden furchtbaren Schreie der zum Richtklotz geschleppten Arbeiterjungen anhoeren mussten, erging es ebenso. Groeppler erklaerte seinen Vorgesetzten, zu weiterer Amtierung als Scharfrichter seelisch nicht mehr in der Lage zu sein. An seiner Stelle wurde das Blutamt /Rossschlaechter Bollmann jr. aus Magdeburg uebernommen.
/vom

D IV. 2/22.1.34

Der Terror steigt!

Enthauptungen — Verhaftungen — Konzentrationslager — Mißhandlung der Gefangenen

Manchester Guardian":
(Von einem Sonderberichterstatter.)

Es herrscht allgemein die Ansicht, daß der braune Terror nachgelassen hat oder sogar verschwunden ist. Diese Ansicht ist falsch. An der Oberfläche erscheint alles friedlich: die SA. steht unter strengerer Kontrolle als vorher, Nichtdeutsche werden nicht geschlagen, und etwas Aehnliches wie Gesetz und Ordnung ist wiederhergestellt. Aber wenn man diesem „Gesetz und dieser Ordnung" auf den Grund geht, so wird man finden, daß es sich um Terrorhandlungen handelt und daß die Schreckensherrschaft noch offen und insgeheim fortbesteht.

Noch niemals haben seit Beginn der Neuzeit so viele Hinrichtungen in Deutschland stattgefunden wie jetzt. Diesen Hinrichtungen wird nicht genügend Beachtung geschenkt, weil sie auf Grund eines Urteilsspruchs nach einem ordentlichen Prozeß vollstreckt werden. Es handelt sich deshalb nicht weniger um Terrorhandlungen, denn das Gesetz ist rückwirkend (viele der angeblichen Verbrechen wurden im Jahre 1932 begangen, während das Gesetz, nach dem sie abgeurteilt werden, im vorigen Jahr in Kraft trat). Am 30. November wurden in Köln sechs Arbeiter wegen der angeblichen Ermordung eines SA.-Mannes im Jahre 1932 enthauptet. Gegen einen Teil der Gefangenen waren keine Beweise irgendwelcher Art zu erbringen, und den anderen war nicht nachzuweisen, daß sie nicht in Notwehr gehandelt hatten, denn in den politischen Wirren jener Zeit war die SA. mindestens so oft der Angreifer wie umgekehrt. Die sechs Männer wurden roh mit dem Beil enthauptet. Eine Beschreibung der Szene durch einen Augenzeugen — die Gefangenen wurden nacheinander in kurzer Zeit hingerichtet — befindet sich in unserem Besitze, aber sie ist zu furchtbar als daß man sie wiedergeben könnte. Alles was gesagt werden kann ist, daß die Verurteilten mutig starben.

Es wird kein Geheimnis daraus gemacht, daß diese Prozesse stattfinden und diese Hinrichtungen ausgeführt werden. Beides wird in der nationalsozialistischen Presse unter auffallenden Ueberschriften veröffentlicht, mit einer Zustimmung, die fast einem schadenfrohen Triumph gleichkommt. Die Hingerichteten sind übrigens nicht die einzigen Opfer des offenen Terrors, denn zahllose politische Gefangene werden nach terroristischen Verhören oft für Jahre ins Zuchthaus geschickt.

Der geheime Terror

Und während der offene oder „legale" Terror sich ausbreitet, hört der geheime Terror nicht auf.

Seit Monaten schon haben in Berlin nicht mehr so viele Verhaftungen stattgefunden wie seit dem 12. November, dem Tage der Wahlen und der Volksabstimmung. Die meisten dieser Verhaftungen sind bei einem erneuten Vorgehen gegen die Reste der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei vorgenommen worden. Sie wurden durch Agenten der Gestapo (der geheimen Staatspolizei unter Führung des Generals Göring), unter Mithilfe der SA. ausgeführt — die beiden Organisationen arbeiten Hand in Hand.

Die Folterung politisch Verdächtiger ist nichts Außergewöhnliches. Verschiedene Gefangene wurden, nachdem ihr Widerstand durch die Folter gebrochen war, gezwungen, von der Terrorzentrale aus in Gegenwart eines SA.-Mannes einen Genossen anzurufen und ihm zu sagen, er sei verhaftet gewesen, sei aber nun wieder frei, und mit ihm eine Verabredung zu treffen. Auf diese Art und Weise wurde dann dieser Genosse in eine Falle gelockt und seinerseits verhaftet.

Die Folterungen dieser SA Banden sind so furchtbar, daß die Gefangenen häufig vor Schmerzen die Besinnung verlieren. Es ist da ein SA-Arzt, der Kampferspritzen verabreicht. Ein jüdischer Gefangener machte einen Selbstmordversuch, indem er mit einem Splitter seiner zerbrochenen Brille die Pulsader durchschnitt. Er befindet sich jetzt im Krankenhaus, sein Zustand ist kritisch. Weibliche Gefangene werden durchaus nicht von diesen Folterungen verschont.

Die Bedingungen in den Konzentrationslagern sind je nach dem Lager verschieden. Im allgemeinen ist keine Besserung eingetreten. Einige Lager, — Fuhlsbüttel, Dachau, Brandenburg und andere — sind Stätten von dauerndem Schrecken und Grausamkeiten. Fremde Besucher werden gewöhnlich getäuscht; man gibt sich den Anschein, als sei wohl die Disziplin streng, als kämen aber keine wirklichen Unmenschlichkeiten vor.

Der bekannte Schauspieler Heinz Otto starb an den Folgen der Mißhandlungen durch die geheime Staatspolizei. Er war Mitglied des Berliner „Staatstheaters" und gehörte einer Gruppe radikaler Schauspieler an. Er wurde zusammen mit einem Freund vor etwa einem Monat in einem Café verhaftet, ins Gefängnis gebracht und dort geschlagen. Eine Zeitlang hörte man nichts von ihm, bis seine Frau zum Berliner „Staatskrankenhaus" gerufen wurde, wo sie ihn in hoffnungslosem Zustand fand. Er starb kurz nach ihrer Ankunft an seinen Verletzungen. Als Todesursache wurde Schädelbruch angegeben. Zwei Tage nach seinem Tode erhielten seine Verwandten eine Aufforderung, die Transportkosten vom Gefängnis zum Krankenhaus zu bezahlen. Seine Freunde hatten versucht, einflußreiche Persönlichkeiten zu bestimmen, sich für ihn zu verwenden, aber es scheint nicht, als ob irgend ein Versuch gemacht worden wäre, ihn zu retten.

Die Verhältnisse in einem Gefängnis

Die folgenden Einzelheiten über die Verhältnisse in einem der Gefängnisse der Geheimen Staatspolizei wurden uns übermittelt (es handelt sich um Schilderungen von Ende November und Anfang Dezember).

Der „Frühsport" beginnt um acht Uhr morgens. Die Gefangenen müssen sich niederlegen, aufspringen und laufen oder andere Uebungen machen. Für diejenigen Gefangenen, die durch die SA. oder SS. oder Angehörige der Gestapo mißhandelt worden sind, bedeutet der Drill und vor allem die „Kniebeugen" eine furchtbare Qual. Denn viele von ihnen haben noch eiternde oder nur halbverheilte Wunden. Es ist da ein Arzt — ein SS. Mann — der dort von Zeit zu Zeit Dienst tut. Wenn er fragt, wodurch ein Gefangener verletzt ist, so wird der Gefangene gezwungen, zu antworten: „Ich bin gefallen."

Die Nahrung ist folgende: morgens ein trocknes Stück Brot, mittags ein Teller Suppe, abends ein Stück trockenes Brot. Einige Gefangene werden zur Strafe auf halbe Ration gesetzt und auf die Türen einiger Zellen sind die Worte geschrieben: „Zwei Tage keine Nahrung". Wenn die Gefangenen zu den Uebungen ziehen, müssen sie singen: *„Karl Liebknecht hängt am Baume, Rosa Luxemburg schwimmt im Kanal"* — eine Anspielung auf die beiden deutschen Revolutionäre, die von den Vorgängern der Nationalsozialisten im Jahre 1919 ermordet worden sind und deren Leichen in den Kanal geworfen wurden.

Innerhalb und außerhalb von Deutschland ist die Ansicht verbreitet, daß der Terror nur eine Begleiterscheinung der frühen „revolutionären" Erhebung war und daß er jetzt verschwunden ist. Das Gegenteil ist wahr. *Der Terror ist organischer Bestandteil der Hitlerherrschaft:* er ist systematisch geworden, so wie die Herrschaft selbst systematischer geworden ist.

Téléphone :
Anjou 18-00

INPRESS

AGENCE DE PRESSE INDÉPENDANTE
INDEPENDENT PRESS AGENCY
UNABHÄNGIGE PRESSEAGENTUR

ÉLYSÉE BUILDING
56, Faub. St-Honoré
PARIS (8me)

Nr. 78/233
2.Jahrgang

DEUTSCHE AUSGABE

5.4.34.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

SA-TERROR IST STRAFFREI.

Berlin, 5.4. (INPRESS): Es ist uns gelungen, in den Besitz eines Geheimerlasses zu kommen, der fuer die Angehoerigen der SAR 1/bestimmt ist. Dieser Erlass ist besonders deshalb interessant, weil er dokumentarisch bestaetigt, dass die SA immun ist, selbst wenn sie bei ungesetzlichen Handlungen auf frischer Tat ertappt wird. Er traegt das Datum vom 23. Januar 1934, hat aber an Aktualitaet nichts eingebuesst, weil ausdruecklich befohlen wird, dass die "Bekanntgabe allmonatlich zu wiederholen ist". Die Verordnung lautet: /(SA Reserve 1, D.R.)

Betr. Zwangsgestellung Angehoeriger der SAR 1
zur Feststellung ihrer Personalien.

1. Jeder SAR 1-Mann ist im Besitz eines mit Lichtbild versehenen Ausweises. Diesen Ausweis hat er staendig bei sich zu fuehren. Sollte aus irgend einem Grunde die Feststellung seiner Personalien durch Polizeibeamte erforderlich sein, hat er sich durch diesen Ausweis dem Polizeibeamten gegenueber auszuweisen. Dadurch eruebrigt sich eine Zwangsgestellung zur Polizeiwache.

2. SAR 1-Maenner, die den Dienstausweis nicht bei sich haben, haben der Aufforderung der Polizeibeamten, zum Revier mitzukommen, Folge zu leisten. Der L.V. Berlin-Brandenburg hat das Kommando der Schutzpolizei gebeten, ihr hiervon Mitteilung zu machen, damit die SAR1-Leute, die ohne Ausweis im Dienstanzug angetroffen werden, wegen Nichtbefolgung eines Dienstbefehls bestraft werden koennen.

Dieser Befehl ist sofort auf dem naechsten Sturmappell bekannt zu geben, und allmonatlich ist die Bekanntgabe zu wiederholen. Dabei ist den SAR 1-Maennern klar zu machen, dass die Zwangsgestellung zur Feststellung ihrer Personalien keine Festnahme oder Verhaftung ist.

Ein Pro-

DF 27-9-34

„Wahl"-Nachklänge

So ließ sich Hitler zum Staatsoberhaupt „wählen"

Man schreibt uns aus der Pfalz:

In der Kaiserschule in Pirmasens ereignete sich am Wahltag folgendes Vorkommnis:

Ein Mann betrat mit seiner Frau das Wahllokal. Man drückte ihm einen fertigen Stimmschein in die Hand. Der Kreis hinter dem Ja war bereits angekreuzt. Er hatte den Mut zu protestieren und forderte von dem SA.-Mann, der Wahlhelferdienste tat, unter Berufung auf den Erlaß der Reichsregierung, daß die Wahlhandlung geheim sein müsse, einen neuen Stimmschein. Nach einigem Hin und Her erhielt er den Stimmschein. Er begab sich in die Zelle. Der Zugang zu dieser Zelle war diesmal nicht an der Wandseite, sondern gerade umgekehrt, gegenüber vom Tisch des Wahlleiters, sodaß eine Kontrolle des Abstimmenden leicht möglich war. Trotzdem wählte der in Frage stehende Mann mit Nein. Er steckte seinen Stimmschein in den Briefumschlag und gab ihm den Wahlleiter. Als er sich umdrehte, um zu gehen, rief ihm seine Frau zu, daß **der Wahlleiter soeben seinen Stimmschein unter den Tisch statt in die Urne geworfen habe.** Schon stand ein SA.-Mann mit seinen breiten Stiefeln auf dem Stimmschein. Der Abstimmende protestierte. Er wollte seinen Stimmschein wieder haben. Aber der Protest half ihm nichts. Dort lag sein Stimmschein mit der Nein-Stimme auf dem Boden, ein SA.-Mann hielt den Fuß drauf. Ein anderer SA-Mann aber bedeutete in nicht mißzuverstehender Weise unserem „freien deutschen Staatsbürger", daß er schleunigst das Lokal verlassen möge, da ihm sonst noch etwas anderes passieren könne. Weil er wußte, daß jetzt nur eine gehörige Tracht Prügel folgen könnte, verließ der Wähler mit seiner Frau das Lokal. Weiter passierte ihm nichts! Am nächsten Tag erhielt er einen Brief seines Friseurs, in dem ihn dieser aufforderte, sein Lokal nicht mehr zu betreten, da er Staatsfeinde nicht zu seinen Kunden zählen wolle. Wie frei und geheim doch die Wahl in Pirmasens war!

Aus dem pfälzischen Grenzdörfchen Wattweiler erreicht uns eine Meldung, nach der sich der Wahlvorgang dort folgendermaßen abgespielt hat: Der Bürgermeister ließ im Einverständnis mit dem SA.-Führer am Wahltag sämtliche Vereine des Dorfes auf einem freien Platz antreten. Die noch nicht irgendwo organisierten Wähler wurden aufgefordert, sich ebenfalls einzufinden. Dann gings mit Musik zum Wahllokal. Der Bürgermeister setzte sich an einen Tisch, verlas die Namen, und die Aufgerufenen traten der Reihe nach vor. Sie empfingen von einem SA.-Mann einen Stimmschein, ein anderer Hitlergardist reichte ihnen einen Bleistift, dann konnten sie **auf dem Tisch des Bürgermeisters ihr Kreuzchen in den Ja-Kreis eintragen.** Hierauf nahm ein weiterer SA-Mann den Stimmschein entgegen, steckte ihn überflüssigerweise in ein Couvert und überreichte ihn dem Bürgermeister. In kurzer Zeit hatten so alle wahlberechtigten Bürger gewählt. Resultat: 100prozentige Wahlbeteiligung, sämtliche abgegebenen Stimmen für Hitler, keine Nein- und keine ungültige Stimme. Es ist schade, daß man nicht in ganz Deutschland nach der simplen Methode des Wattweiler Bürgermeisters gewählt hat. Der Mann war wenigstens ehrlich!

sagen hat."

Die Banditen des Reichskanzlers

Von durchaus vertrauenswürdiger Seite wird uns der folgende Brief aus dem Reiche zur Verfügung gestellt. Die Veröffentlichung wurde uns nur unter der Bedingung gestattet, daß wir die Namen weglassen. Der Briefschreiber fürchtet die Rache der braunen und schwarzen Banden.

Noch stehe ich unter dem erschütternden Eindruck eines Vorfalles, der sich hier unter dem Kommando des Sadisten ... ereignet hat. Vergangene Woche ist in ... vom Kriegerdenkmal eine schwarzweißrote Kranzschleife verschwunden. Dieser Vorfall veranlaßte die SA. von ... zu „Aktionen". Unter der Führung von ... rückten etwa 100 SA.-Leute ein. Die Einwohner mußten vor das Denkmal ziehen, wo ... eine Rede hielt. 15 Männer, von denen bekannt ist, daß sie früher mit der SPD. sympathisiert haben, wurden herausgesucht und in den Saal von ... (Gastwirtschaft) geführt. Dort mußten sie sich ausziehen und auf den Fußboden legen. Jeder einzelne wurde von vier SA.-Leuten auf die Erde gepreßt, so daß er sich nicht bewegen konnte. Dann gab .... das Kommando „Schlagen", und nun schlugen alle übrigen mit Gummiknüppeln und Drahtpeitschen auf die entkleideten, wehrlosen Menschen ein, bis die Haut auf dem Körper buchstäblich auseinanderplatzte. Wer das sadistische und lüsterne Grinsen des .... und seiner Leute gesehen hat, vergißt es nie. Einige von den Geschlagenen ließen sich am folgenden Tage nach .... fahren und vom Arzt untersuchen.

Der Arzt war selbst von dem Anblick so erschüttert, daß er Zeugen kommen ließ, die die Mißhandelten ebenfalls in Augenschein nahmen, um zu bescheinigen, daß das vom Arzt ausgestellte Attest den Tatsachen entsprach.

In dem Attest selbst heißt es: „Der Rücken und das Gesäß sind von faustdicken Streifen und aufgeplatzten Hautstellen bedeckt, welche von unzähligen Schlägen herrühren, die mit großer Gewalt geführt sein müssen. Das Gesicht ist verschwollen, am Hals Würgemale. An den Handgelenken blaue Flecken. —

Einer von den Geschlagenen, der noch nicht bewußtlos war, hat, ihn doch lieber sofort zu erschießen. Das Schreien der Opfer war aus weiter Entfernung zu hören. Führende Stahlhelmmänner, die dieses sadistische Treiben nicht mehr mit ansehen konnten, wandten sich an die Polizei, damit diese dem Treiben der Banditen Einhalt gebiete. Dort wurde ihnen erklärt: „Dagegen läßt sich nichts machen. .... handelt als Beauftragter der politischen Polizei." Und das passiert zur gleichen Zeit, wo alle deutschen Zeitungen behaupten, in Deutschland gäbe es keine Greueltaten mehr.

Aber ich kann Dir noch mehr berichten. Am vergangenen Sonntag war die „Wahl". Das Resultat ist offensichtlich gefälscht. Beweis:

In einem Wahllokal, wo 14 unserer Leute mit „Nein" gestimmt haben, was wir bestimmt wissen, sind bei der Auszählung nur drei Nein-Stimmen gezählt worden.

Die Plakette mit dem „Ja", mußte jeder anstecken, der nicht Gefahr laufen wollte, angepöbelt oder geschlagen zu werden. In .... hat man am Wahlsonntag nachmittags 4 Uhr, also noch während der Wahl, 18 Männer und Frauen, welche sich kein Ja-Abzeichen kauften, durch die Straßen geführt und ihnen Plakate umgehängt mit der Aufschrift „Ich bin ein Volksverräter, ich heiße ... und habe mit „Nein" gestimmt." Am Dienstag sollte das Schandspiel wiederholt werden,

weil sich jedoch einer von den Gegeißelten inzwischen erschossen hatte, wurde den anderen dieser Spießrutenlauf erspart.

Gewiß, wenn es nur beim „Zuschaustellen" geblieben wäre, hätte kein Mensch etwas dagegen gehabt. Denn wir alle, die wir mit Nein gestimmt haben, sind stolz darauf. In ... hat sich dasselbe zugetragen. Ja, wenn es nicht sogar hier in der Zeitung stehen würde, könnte man es gar nicht glauben.

Am 1. Januar 1934 wird nun wieder die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Die Stadt .... bekommt ein Bataillon Infanterie und eine Fliegerkompanie. Der Nazi-Oberbürgermeister hat dies in einer Besprechung mit den Führern der Gewerbetreibenden mitgeteilt. Er selbst war stolz darauf, weil er damit eine Belebung der Stadt erhofft.

Arbeiter und Angestellte am Tage vor der Wahl in seiner Arbeiter und Angestellte am Tage vor der Wahl in seiner Lohntüte hatte. Na, so wird im dritten Reiche „Wahl" gemacht.

Dein Freund X.

Dt. Freiheit
5. 12 33.

das Tragen von Uniformen und das Mitführen von Wim- methoden nicht überschreiten läßt.

D. Freiheit 6.2.34

Priester für ermordete Kommunisten

Die hl. Messe für die in Köln hingerichteten 6 Arbeiter

Ueber die vor kurzem erfolgten Verhaftungen katholischer Priester bringt das „Achtuhrblatt" in Nürnberg (Nr. 17) einen Bericht, der mit großer Deutlichkeit die nationalsozialistische Katholikenhetze offenbart:

Bei einem der Geistlichen handelt es sich um den Pfarrer Josef Sturm von Waldhausen, Oberamt Neresheim, der am 8. Oktober in der katholischen Kirche in Waldhausen in seiner Predigt ausgeführt habe,

die nationalsozialistische Bewegung sei nicht von Gott, sondern vom Teufel geschaffen und somit eine Teufelsbewegung. Sie werde auch kein weiteres Bestehen haben.

Diese Aeußerung wurde im Laufe des Untersuchungsverfahrens von zahlreichen Zeugen bestätigt. Pfarrer Sturm hat bei seiner protokollarisch festgelegten polizeilichen Vernehmung selbst zugegeben, diese Aeußerung getan zu haben.

Stadtpfarrer Dangelmaier aus Metzingen hat in der katholischen Kirche in Metzingen für die sechs in Köln hingerichteten Kommunisten eine heilige Messe gelesen.

Zwischen ihm selbst oder der Einwohnerschaft Metzingens und den hingerichteten Kommunisten bestehen nachgewiesenermaßen keinerlei Beziehungen. Ferner hat er in der Christenlehre, die sich an den Gottesdienst anschloß, den Kölner Fall **in vollkommen einseitiger Weise mit den Kindern erörtert.** Bei seiner Vernehmung durch einen höheren Beamten der Württembergischen Politischen Polizei gab er selbst zu, daß er den Kölner Fall als eine hochpolitische Angelegenheit ansehe. Die gegen ihn verhängte Schutzinhaftierung war auf Grund dieser Vorkommnisse, die von ihm mündlich bei seiner Vernehmung und überdies in einem von ihm bei der Württembergischen Politischen Polizei eingereichten Schriftsatz bestätigt worden sind, notwendig geworden.

Trotz der eindeutigen Tatbestände und trotz der eindringlichen Verwarnung wagen es verschiedene Kreise, die Maßnahme der Württembergischen Politischen Polizei zum Anlaß zu nehmen, **weiterhin eine lebhafte gegnerische Tätigkeit zu entfalten.** So wird der Versuch gemacht, die beiden in Verwahrung genommenen Geistlichen als die unschuldigen Opfer einer „bösartigen Verleumdung" hinzustellen, obwohl die Untersuchungen ergeben haben, daß die ihnen zum Vorwurf gemachte zersetzende Tätigkeit den Tatsachen entspricht und obwohl beide von den zuständigen Stellen auch die schwerwiegendsten der ihnen zur Last gelegten Verstöße **selbst eingestanden haben.**

Jeder Versuch, die beiden Geistlichen als unschuldig oder als Opfer einer „kirchenfeindlichen Willkür" hinzustellen, wird daher von der Württembergischen Politischen Polizei als eine bewußte Untergrabung der Staatsautorität angesehen, die entsprechend verfolgt wird.

Die Württembergische Politische Polizei sah sich auch bereits veranlaßt, gegen derartige **Sabotenre der staatlichen Ordnung** und Sicherheit weitere Maßnahmen durchzuführen.

So wurden der Metzger und Landwirt Nikolaus Funk in Waldhausen und der Schreiner Anton Kaufmann in Aalterwang bei Waldhausen in Schutzhaft genommen, weil sie sich in diesem Sinne führend betätigt und **Unterschriften unter eine Protesterklärung gegen die Schutzhaft des Pfarrers Sturm gesammelt hatten.** In der Protesterklärung wird gesagt, daß die in der von zuständiger Stelle, also dem Württembergischen Innenministerium, Württembergische Politische Polizei, veröffentlichte Mitteilung über den Pfarrer Sturm „nicht richtig, sondern verdreht" sei.

Eine von den beiden Beschuldigten einberufene Protestversammlung gegen die Inschutzhaftnahme wurde von der Außenstelle der Württembergischen Politischen Polizei verboten.

Die von den zuständigen Stellen durchgeführten Untersuchungen über die an derartigen Umtrieben beteiligten Personen haben ergeben, daß als besonderer Unruheherd und Treffpunkt für die Drahtzieher der Gasthof „Zum Fäßle" in Waldhausen, Inhaber Nikolaus Funk, in Frage kommt. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung wurde daher **der Gasthof mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres geschlossen.**

Weiterhin haben die Nachforschungen ergeben, daß das geistige Haupt dieser sich gegen die Maßnahmen der Regierung richtenden Umtriebe der Pfarrer Leißle aus Elchingen O. A. Neresheim ist. Ueber die Betätigung dieses Pfarrers liegt das protokollarisch festgelegte Ergebnis zahlreicher polizeilicher Zeugenverhöre vor. Außerdem befinden sich bei den Akten eine Anzahl Protestschreiben des Pfarrers Leißle, in denen zu der Schutzhaft des Pfarrers **Sturm in ungebührlicher Weise** Stellung genommen wird.

In einem Schreiben an den Kreisleiter des Oberamts Neresheim

drohte Pfarrer Leißle u. a., die Angelegenheit nicht nur den zuständigen Stellen der Landes- und der Reichsregierung, sondern auch „in Rom" vorzulegen.

Diese Drohung mit einem Appell **an eine außerdeutsche Instanz** ist für die politische Einstellung dieser Geistlichen besonders bezeichnend. Wenn sich in der Oeffentlichkeit gewisse Vorstellungen von den „überstaatlichen Mächten" hartnäckig erhalten, muß die Erklärung dafür in solchen Methoden deutscher Mitglieder des katholischen Klerus gesucht werden.

Ferner verstieg sich Pfarrer Leißle in Briefen an den in Schutzhaft genommenen Pfarrer Sturm zu der Behauptung, daß das Eingreifen der Staatsbehörden auf Grund von **„Verdrehungen, gehässigen Unterstellungen, persönlichen Racheakten"** und ähnliches mehr bestimmt worden sei. In einem weiteren Brief an Pfarrer Sturm behauptet er außerdem, der Bericht der Württembergischen Politischen Polizei sei „unrichtig". Durch diese Behauptungen werden Behörden und staatliche Organe beschimpft und böswillig verächtlich gemacht. Er macht sich ferner die Auffassung seines Amtsbruders zu eigen, indem er diesem in das Schutzhaftlager Kuhberg wörtlich schreibt: „Deine Worte waren inhaltlich und formell unangreifbar **und sind katholische Wahrheit."**

Pfarrer Leißle mußte ebenfalls in Schutzhaft genommen werden.

Populaire 7.4.34.

s Interna

LA TERREUR EN ALLEMAGNE

Le gouvernement hitlérien se voit obligé d'avouer que les prisonniers politiques sont torturés

Pour se disculper Goering prétend n'avoir pas connu l'existence d'un camp de concentration à Stettin et fait condamner quelques gardiens

Berlin, 6 avril (dép. *Havas*). — Le général Hermann Goering, ministre président de Prusse a eu la surprise, récemment, d'apprendre l'existence à Stettin d'un camp de concentration au sujet duquel, contrairement à ses instructions, on ne lui avait adressé aucun rapport.

Il prescrivit immédiatement une enquête. Celle-ci révéla que les détenus politiques avaient été soumis par leurs gardiens à des traitements odieux.

Le général Goering prit aussitôt des sanctions sévères. Il fit arrêter huit fonctionnaires de police qui ont comparu aujourd'hui devant le tribunal correctionnel de Stettin. Sur les huit, sept ont été reconnus coupables de manquements très graves à leurs fonctions et de s'être livrés sur les prisonniers confiés à leur garde à des sévices ayant entraîné des blessures dangereuses pour la vie des prisonniers.

Ils ont été condamnés à des peines variant de 9 mois de prison à 13 ans de travaux forcés. Le huitième a été condamné à une amende.

Les débats ont eu lieu à huis clos.

Le service officiel de presse prussien souligne que c'est sur l'ordre direct du général Goering, ministre président de Prusse que ces fonctionnaires et employés ont été poursuivis. Il ajoute que le jugement a prononcé de lourdes peines de prison et de travaux forcés. Elles prouvent que l'Etat national-socialiste ne tolère pas de manquements et qu'il les poursuit avec une énergie farouche.

« Ce fait suffit *estime le Service de presse prussien* pour réfuter le plus clairement du monde les nouvelles répandues à l'étranger sur les atrocités commises avec l'approbation des autorités dans les prisons et les camps de concentration ».

(Quant à nous, nous pensons au contraire que cela prouve l'exactitude de toutes les informations sur les mauvais traitements dans les camps de concentration).

Dt. Freiheit 3.2.34.

...und wieder Geiseln!

Die Methode von Schuften

Die Polizeidirektion Freiburg teilt mit: Gestern abend während des Anmarsches zur machtvollen Kundgebung auf dem Münsterplatz zur Feier des 30. Januar hat die illegale KPD. wieder einmal Gelegenheit genommen, Flugblätter mit aufreizendem Inhalt zur Verteilung zu bringen. Die gewohnt versteckte Art der Verbreitung machte es unmöglich, die Täter zu fassen. Die Polizeidirektion Freiburg sah sich deshalb veranlaßt, zur Unterbindung solcher Störungen der Staatsordnung zu einschneidenden Repressalien zu schreiten. Sämtliche aus Anlaß des Weihnachtsfestes zur vorläufigen Beurlaubung aus den Schutzhaftlagern gelangten ehemaligen Angehörigen der KPD. wurden noch gestern abend wieder festgenommen. Heute morgen werden weitere Festnahmen erfolgen.

*

Dienheim (Rheinhessen), 2. Febr. Im Hausbriefkasten eines hiesigen Handwerkers wurden kommunistische Flugschriften aufgefunden. Da die Verbreiter dieses Hetzmaterials nicht ausfindig gemacht werden konnten, wurden der hiesige frühere KPD.-Führer Heinrich Lohmann und zwei weitere ehemalige kommunistische Funktionäre, der Arbeiter Jean Schenk und der Schreiner Hermann Krenzer, von der Gendarmerie festgenommen und ins Amtsgefängnis eingeliefert, wo sie bis zur Feststellung der eigentlichen Täter verbleiben werden.

*

Halle (Saale). Nachdem am Mittwoch der Truppführer des Wehrstahlhelms Architekt Georg Schmidt in Halle wegen schwerer Beleidigung des Gauleiters Staatsrats Jordan und Wühlarbeit gegen andere führende Persönlichkeiten der NSDAP. von der Geheimen Staatspolizei festgenommen worden ist, wurde jetzt nach einer Mitteilung der Pressestelle

1934

Segers Frau und Kind als Geisel.

Dessau, 23.2. (INPRESS): Die Frau des früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Gerhart Seger, der aus dem Konzentrationslager Oranienburg bekanntlich entfliehen konnte, ist mit ihrem Kind in einem Konzentrationslager untergebracht worden. Die Angehörigen von Frau Seger, die sich um die Freilassung bemuehte, erhielt von dem Reichsstatthalter Loeper folgende Antwort: "Frau und Kind von Seger koennen nicht eher freigelassen werden, als bis der Landes- und Volksverraeter Seger sich den deutschen Behoerden wieder stellt."

- 3 -

INPRESS
Nr. 49/204

- 4 -

1.3.34.

DER HITLERTERROR.

Attentat auf Niemoeller.

Berlin, 1.3. (INPRESS): Auf die Wohnung des Fuehrers der evangelischen Kirchenopposition, Dr. Niemoeller, ist ein Bombenattentat veruebt worden. Verletzt wurde niemand.

1434

[redacted] - 3 - 16.2.34.
Nr. [redacted]/217

OSSIETZKY AM ENDE SEINER KRAFT.
Muehsam taub. - Kasper misshandelt. - Neubauer verschwunden

Paris, 16.2. (INPRESS): Die Internationale Befreiungskomitee fuer Thaelmann und alle Antifaschisten hat Erkundigungen ueber das Schicksal Carl von Ossietzkys eingezogen und wendet sich mit folgenden Feststellungen an die Oeffentlichkeit: " Die wenigen Menschen, die Gelegenheit hatten, Ossietzky jetzt zu sprechen, schildern ihn als einen gebrochenen Menschen, der am Rande seiner Kraefte ist. Das Internationale Befreiungskomitee appelliert insbesondere an alle Schriftstellerorganisationen der Welt, sich Carl von Ossietzkys anzunehmen und nicht zu dulden, dass er, wie so viele andere, seinen Leiden im Konzentrationslager erliegt. Allein eine wuchtige Protestbewegung ist imstande, das Leben dieses aufrechten Mannes zu retten."

Weiter berichtet das Internationale Befreiungskomitee erschuetternde Einzelheiten ueber das Schicksal Erich Muehsams. " Mit zu den ersten Verhafteten in den Maerztagen nach Hitlers Regierungsantritt gehoert der den Nationalsozialisten wie so viele andere toetlich verhasste anarchistische Schriftsteller Erich Muehsam. Ein Jahr hat genuegt, um aus dem frueher Schwerkranken einen Sterbenden zu machen. Infolge der ununterbrochenen Misshandlungen und der voelligen Entbloessung von aerztlicher Hilfe ist Muehsam voellig taub /. Nach den letzten Meldungen soll Muehsam nach einer neuen Pruegelszene, waehrend er wiederum gezwungen werden sollte, nationalsozialistische Lieder zu singen, einen so schweren Nervenchok erlitten haben, dass seine Freunde, die die brutale Szene miterlebten, der Meinung sind, Muehsam sei durch die Pruegel zum Wahnsinn getrieben worden. Es ist ein Gebot tiefster Menschlichkeit, fuer die sofortige Freilassung Muehsams einzutreten, und das Internationale Befreiungskomitee bittet alle Organisationen und Intellektuellen, mit ihm dafuer zu kaempfen, dass den Qualen Muehsams durch sofortige Entlassung ein Ende bereitet wird." /geworden

Das Komitee berichtet ueber eine Reihe weiterer Faelle unmenschlicher Behandlung von Verhafteten und macht besonders darauf aufmerksam, dass die Londoner "Times" und andere englische Zeitungen wiederholt aufsehenerregende Mitteilungen ueber die Behandlung, der der fruehere kommunistische Landtagsabgeordnete Kasper ausgesetzt ist, gebracht haben. "Willi Kasper", heisst es in dem Bericht, "ist am Rande seiner Widerstandskraft angelangt. Alle Berichte ueber ihn sind ein einziger Hilfeschrei. Er wird das "nationale" Erziehungsregime nicht ueberleben, wenn nicht baldigst seine Befreiung erfolgt."

Das Komitee gibt dann noch einen Bericht ueber das Schicksal Theo Neubauers, des frueheren Reichstagsabgeordneten der KPD, der im Reichstagsbrandprozess als Zeuge auftrat: "Man kann nur ahnen", schliesst der Bericht, " was diese mutige Aussage vor dem Reichsgericht im heutigen Deutschland fuer Folgen gehabt hat. Tatsaechlich weiss man seit dem Auftreten Neubauers im Reichstagsbrandprozess nicht mehr, wo er sich befindet und ob er ueberhaupt noch lebt. Das Internationale Befreiungskomitee appelliert an alle Organisationen und insbesondere an die Intellektuellen, sich in Anfragen an die Hitlerregierung zu wenden, um zu erfahren, was mit Theo Neubauer geschehen ist, um, wenn es noch moeglich ist Leben und Freiheit fuer ihn zu erkaempfen." -3-

Téléphone :
Anjou 18-00

INPRESS

AGENCE DE PRESSE INDÉPENDANTE
INDEPENDENT PRESS AGENCY
UNABHÄNGIGE PRESSEAGENTUR
DEUTSCHE AUSGABE

ÉLYSÉE BUILDING
56, Faub. St-Honoré
PARIS (8me)

Nr. 42/197
2.Jahrgang

21.2.34.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

IN HITLERS SCHRECKENSKAMMERN.
Zweite oeffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Paris, 20.2. (INPRESS): Der Internationale Untersuchungsausschuss zur Aufklaerung des Terrors in Hitler-Deutschland trat gestern abend im Saale der " Société pour l'Encouragement de l'Industrie", Paris, 44, Rue de Rennes zu seiner zweiten oeffentlichen Sitzung zusammen. Angesichts der Scheusslichkeiten und Verbrechen, die unaufhoerlich und mit grauenhafter Steigerung grade wieder in den letzten Wochen von Nationalsozialisten veruebt worden sind, hielt es der Untersuchungsausschuss fuer seine Pflicht, die Aufmerksamkeit der Weltoeffentlichkeit auf die blutigen Methoden der Hitlerdiktatur durch eine neue oeffentliche Sitzung hinzulenken.

Die Vernehmung einer Reihe von Zeugen wurde geleitet von dem Deputierten der franzoesischen Kammer, dem bekannten Pariser Rechtsanwalt Campinchi; von den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses waren erschienen: Frau Professor Lahy-Hollebecque, Professor Prenant, die Rechtsanwaelte Chanvin, Drugeon, Milhaud, Kieffé, Jean Rous und die Aerzte Cord, Martini, Tager und Weissmann-Netter. " Was wir, Franzosen und Deutsche, die das Gefuehl fuer Recht besitzen, heute zu unternehmen beabsichtigen", erklaerte Campinichi, " ist, die Wahrheit festzustellen. Was in Deutschland geschieht, entehrt ein Land, das zivilisiert ist oder das wir fuer zivilisiert gehalten haben."

"Der Hund lebt noch".

Der Saal der "Société pour l'Encouragement de l'Industrie" war von Zuhoerern, die den Vernehmungen mit staerkster Anteilnahme und oftmaligen Entsetzensrufen folgten, dicht besetzt. Als erster Zeuge erschien der fruehere kommunistische Reichstagsabgeordnete und Parteisekretaer Hans Beimler aus Muenchen, der im April vorigen Jahres von sechs Kriminalbeamten, die das Hakenkreuz trugen, verhaftet, zunaechst ins Polizeigefaengnis abgefuehrt und dann von drei Nazis gefesselt in einen Kellerraum des Ausstellungsgebaeudes "Weisser Saal" transportiert wurde. In diesem Kellerraum musste Beimler sich voellig entkleiden, man warf ihn ueber einen Tisch und schlug so lange, wahl- und ziellos von Kopf bis Fuss auf ihn ein, bis er keinen Laut mehr von sich geben konnte. Nach einiger Zeit fuehrte man ihn in den "Weissen Saal" zurueck, in dem sich 50 bis 60 Nazis und Stahlhelmer aufhielten. Schreie empfingen

juge aujou… compromet… croire qu'on cherche à l'éloigne… pour l'affirmer dans le rôle de théoricien et de mentor intellectuel du parti national-socialiste.

Un attentat manqué contre le cardinal Faulhaber (?)

On mande de la Cité du Vatican :

La nouvelle est parvenue mercredi soir dans l'entourage du Vatican qu'un attentat aurait été commis, samedi soir, à Munich, contre le cardinal Faulhaber, archevêque de cette ville. Il paraîtrait que des coups de feu ont été tirés dans une fenêtre de sa résidence, mais personne n'aurait été atteint.

Un télégramme ultérieur de la Cité du Vatican annonce :

Le pape a envoyé au cardinal Faulhaber un…gramme exprimant la solidarité du Saint-… avec l'archevêque de Munich à propos des …es dirigées contre lui dans un discours pro…é par un ministre bavarois (M. Esser).
…autre part, le cardinal Pacelli a envoyé au … prélat un télégramme de protestation … les manifestations dirigées contre lui et le …ant d'avoir échappé à l'attentat qui le visait, …rs duquel deux coups de revolver furent …ur le palais archiépiscopal.

Hitl… de … pir… vor… par… des … … … qu…

Tempo 2.2.34

Mais pourquoi M… t-il prévenu d'abo… utôt que le comm… quartier ?

DANS L'ALLEMAGNE HITLERIENNE

Maisons de torture enfants enlevés huile de ricin

Voilà les crimes fascistes contre lesquels lutte héroïquement le P.C.A.

Une terreur abominable et allant s'amplifiant règne dans l'Allemagne sous le joug des assassins nazzis. Les informations sur les crimes des sections d'assaut qui parviennent ne donnent qu'une idée altérée de la véritable situation.

Il y a des milliers d'ouvriers communistes, social-démocrates, républicains qui sont dans les prisons et camps de concentration.

Mais aussi, les assassins nazzis se livrent, avec une cruauté sadique, à la torture des militants arrêtés et qu'ils enferment dans leurs « maisons ».

A Berlin, il y a, 23½ Friedrichstrasse, une caserne raciste. Là, sont torturés plusieurs dizaines de communistes. On nous relate que les voisins horrifiés ne peuvent dormir les nuits, réveillés qu'ils sont par les cris et les plaintes des torturés !

Judenstrasse et Alexanderplatz sont également deux semblables maisons de torture.

Enfants disparus et huile de ricin

La police régulière qui connaît ces faits horrifiques va jusqu'à dire que les ouvriers arrêtés sont plus en sécurité dans les prisons que dans les casernes et camps de concentration nazzis où les communistes sont assassinés !

Les assassins d'Hitler vont jusqu'à enlever les enfants. Le fils de Ruth Fisher, ex-dirigeante du P.C.A. qui fut exclue, le jeune Friedlander, âgé de 15 ans, a été enfermé dans la maison de la Friedrichstrasse et depuis sept jours on est sans nouvelle de lui. Plusieurs enfants de militants de 14 à 19 ans ont ainsi disparu.

Les nazzis qui torturent, assassinent, saccagent les maisons des syndicats, emploient également la méthode mussolinienne de l'huile de ricin. Toute la famille d'un Allemand employé à la mission commerciale de l'U.R.S.S. en Allemagne a dû subir le supplice de l'huile de ricin !

L'Inquisition est la règle… personnes, à quelque rang qu'elles appar… tiennent, si elles sont connues ou soup… d'être sympathisantes au com… munisme, voient leur maison perquisi… tionnée. Les sections d'assaut … les militants comm… illégalement le… des ouvriers …

SA-Ueberfallbande.

Duesseldorf, 27.1. (INPRESS): Unter Fuehrung des SA-Mannes Gilles und Teilnahme der SA-Leute Schreinermacher, Prinz und Bremen besteht in Kohlscheid eine Ueberfallbande, die in den letzten Monaten eine Reihe von blutigen Terrorakten auf harmlose Passanten und Einwohner veruebt hat. In Bank bei Kohlscheid wurde eine /wurde Wirtschaft demoliert, die Fenster, Tueren und saemtliches Mobiliar/ zerschlagen; 50 Schuesse wurden abgegeben; ein Gast blieb mit schwerer Schussverletzung liegen, der Wirt wurde mit Schaedelbruch, ein anderer Gast mit leichteren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Ein andermal misshandelte die Bande ihren Parteigenossen Douster, einen Bierhaendler, schlugen und traten ihn und zerfetzten ihm das Gesicht derart, dass der Mann heute nicht wiederzuerkennen ist. Der SA-Mann Bremen betrat in der Neujahrsnacht eine Wirtschaft in Kohlscheid und schoss ohne den geringsten Anlass einen Mann ueber den Haufen. Der Angeschossene ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Keine der … Sa…tat wird polizeilich verfolgt. Die Betroffenen werden mit …r… schiessen bedroht, wenn sie Anzeige erstatten wollen.

—

INPRESS — 4 — 21.2.34.
Nr. 42/197

eines Jungen von 18 Jahren, Feldmann, der, ohne einer politischen Partei anzugehoeren, im Konzentrationslager Oranienburg interniert wurde, weil er Jude ist. Er befand sich dort mit Kameraden, deren juengster 13 Jahre alt war.

Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Campinchi, schloss die Sitzung mit einem Appell an die Oeffentlichkeit; es sei, erklaerte er, Aufgabe eines jeden Einzelnen, sich mit allen seinen Kraeften gegen die Grausamkeiten zu wenden, die ununterbrochen in Nazi-Deutschland begangen werden.

…der

Faulhaber zum Legat des Papstes ernannt.

Rom, 2.3. (INPRESS): Die Lage des Muenchener Kardinals Faulhaber, auf dessen Wohnung vor kurzem bekanntlich ein Attentat veruebt wurde, ist vom Vatikan als so kritisch betrachtet worden, dass Faulhaber zum Legat des Papstes ernannt worden ist. Er besitzt nunmehr die Unverletzlichkeit auslaendischer Diplomaten und das Recht der Exterritorialitaet.

- 2 -

sie um Unterstuetzung anzurufen.

Kardinal Faulhaber wird bewacht.

Tempo 2.2.34

Muenchen, 222. (INPRESS): Die beiden Schuesse, die in das Arbeitszimmer des Kardinals Faulhaber abgegeben wurden, verfehlten dadurch ihr Ziel, dass der Erzbischof von Muenchen sich in jenem Augenblick in seiner Kapelle aufhielt.

Das Palais Faulhabers wird nunmehr durch Posten dauernd bewacht. Die deutsche Presse hat von dem Attentat keine Notiz genommen.

Bei Stresemann: Hochverrat.

Morgenblatt 78. Jahrg.

er Zeit

lsblatt (Neue Frankfurter Z

d Sonnemann

ramme: Zeitung Frank rtmain — Postscheck: Frankfurt-M 4430

1 Frkf. Ztg. 7.4.34

Wegen Gefangenenmißhandlung verurteilt.

Schwere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen für die Schuldigen.

Berlin, 6. April. (DNB.) In der Strafsache gegen Dr. Hoffmann und Gen. verkündete die Große Strafkammer des Landgerichtes Stettin am Freitag nach mehrtägiger Verhandlung folgendes Urteil:

Es werden verurteilt:

1. der Kriminalangestellte Dr. Joachim Hoffmann wegen gefährlicher Körperverletzung und Amtsverbrechens und Vergehens zu 13 Jahren Zuchthaus,

2. der Kriminalangestellte Karl Salis wegen gefährlicher Körperverletzung und wegen Amtsvergehens zu fünf Jahren Gefängnis,

3. der Kriminalangestellte Fritz Pleines wegen gefährlicher Körperverletzung und Amtsverbrechens und Vergehens zu fünf Jahren Zuchthaus,

4. der Kraftfahrer Gustav Fink wegen gefährlicher Körperverletzung zu zehn Jahren Gefängnis,

5. der Fleischer Willi Herrmann wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Jahren Gefängnis,

6. der Kellner Walter Treptow wegen gefährlicher Körperverletzung zu neun Monaten Gefängnis,

7. der Kriminalassistent Paul Grafunder wegen Begünstigung zu 300 Mark Geldstrafe.

Die Geldstrafe wird durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erklärt.

Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem Verurteilten Hoffmann auf die Dauer von fünf Jahren, dem Verurteilten Pleines auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die Anklage wurde von der Zentralstaatsanwaltschaft in Berlin vertreten.

*

Der Amtliche Preußische Pressed[illegible]t teilt mit: Das Urteil der Großen Strafkammer des Landg[illegible]s Stettin vom 6. d. M. in der Strafsache gegen Dr. Hoffmann und Gen. ist ergangen gegen Kriminalangestellte und Beamte der Polizeiverwaltung Stettin wegen Mißhandlung ihrem Schutz anvertrauter Häftlinge.

Auf persönliche Weisung des Ministerpräsidenten Göring, der den nachgeordneten Behörden die korrekte Behandlung aller Häftlinge zur unbedingten Pflicht gemacht und strengste Ahndung etwaiger Uebergriffe und Mißhandlungen an Gefangenen angeordnet hat, ist das Verfahren anhängig gemacht und von der Zentralstaatsanwaltschaft mit besonderer Beschleunigung durchgeführt worden. Das Urteil, in dem auf hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen erkannt worden ist, zeigt zur Genüge, daß Uebergriffe im nationalsozialistischen Staat nicht geduldet und mit rücksichtsloser Schärfe verfolgt werden. Die Tatsache der Durchführung des Verfahrens, die Höhe der ausgesprochenen Strafen widerlegen am eindeutigsten die in ausländischen Hetzschriften verbreiteten Nachrichten über angeblich mit Duldung der Behörden verübte Greueltaten in Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Göring „greift ein"!

„Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit"

Nazi-Schinder

Es wird aus Berlin folgender für das Ausland bestimmter Bericht verbreitet:

In der Strafsache gegen Dr. Hoffmann und Genossen verkündet die Große Strafkammer des Landgerichts in Stettin am Freitag nach mehrtägiger Verhandlung folgendes Urteil:

Es werden verurteilt:

1. Der Kriminalangestellte Dr. Joachim Hoffmann wegen gefährlicher Körperverletzung und Amtsverbrechen und Vergehens zu 13 Jahren Zuchthaus,

2. der Kriminalangestellte Karl Salis wegen gefährlicher Körperverletzung und wegen Amtsvergehen zu 5 Jahren Gefängnis,

3. der Kriminalangestellte Fritz Pleines wegen gefährlicher Körperverletzung und Amtsverbrechen und Vergehens zu 5 Jahren Zuchthaus,

4. der Kraftfahrer Gustav Fink wegen gefährlicher Körperverletzung zu 10 Jahren Gefängnis,

5. der Fleischer Willi Herrmann wegen gefährlicher Körperverletzung zu 6 Jahren Gefängnis,

6. der Musiker Heinrich Richter wegen gefährlicher Körperverletzung zu 2 Jahren Gefängnis,

7. der Kellner Walter Treptow wegen gefährlicher Körperverletzung zu 9 Monaten Gefängnis,

8. der Kriminalassistent Paul Grafunder wegen Begünstigung zu 300 Mark Geldstrafe. Die Geldstrafe wird durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erklärt.

Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem verurteilten Hoffmann auf die Dauer von 5 Jahren, dem verurteilten Pleines auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die Anklage wurde von der **Zentralstaatsanwaltschaft in Berlin** vertreten.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Das Urteil der Großen Strafkammer des Landgerichts Stettin vom 6. d. M. in der Strafsache gegen Dr. Hoffmann und Genossen ist ergangen gegen Kriminalangestellte und Beamte der Polizeiverwaltung Stettin wegen Mißhandlung ihnen anvertrauter Häftlinge.

Auf persönliche Weisung des Ministerpräsidenten Göring, der den nachgeordneten Behörden die korrekte Behandlung aller Häftlinge zur unbedingten Pflicht gemacht und strengste Ahndung etwaiger Uebergriffe und Mißhandlungen an Gefangenen angeordnet hat, ist das Verfahren anhängig gemacht und von der Zentralstaatsanwaltschaft mit besonderer Beschleunigung durchgeführt worden. Das Urteil, in dem auf hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen erkannt worden ist, zeigt zur Genüge, daß Uebergriffe im nationalsozialistischen Staat nicht geduldet und mit rücksichtsloser Schärfe verfolgt werden. Die Tatsache der Durchführung des Verfahrens, die Höhe der ausgesprochenen Strafen widerlegen am eindeutigsten die in ausländischen Hetzschriften verbreiteten Nachrichten über angeblich mit Duldung der Behörden verübte Greueltaten in Gefängnissen und Konzentrationslagern.

*

Dazu fragen wir:

1. Wie können Kraftfahrer, Fleischer, Musiker und Kellner Gelegenheit haben, Gefangene zu mißhandeln?

2. Warum verschweigt man, daß es offensichtlich Angehörige der von Hitler und Göring so hoch gelobten SA.- oder SS.-Banden waren?

3. Warum ist die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, wenn man wirklich die Absicht hat, auf die vielen Tausenden SA.- und SS.-Leute abschreckend zu wirken, die ungezählte politische Gefangene tot und siech geprügelt haben?

4. Warum hat die Zentralstaatsanwaltschaft in Berlin die Anklage erhoben, wenn die Verbrechen in Pommern geschehen sind? Hatte in Pommern kein Staatsanwalt den Mut dazu?

4. Warum wurde die Klage erst auf persönliche Veranlassung des Herrn Ministerpräsidenten erhoben?

6. Was geschieht in den vielen tausend Fällen, die dem Ministerpräsidenten nicht zu Ohren kommen?

7. Warum hat der Ministerpräsident in den sehr vielen brutalen Fällen von Ausschreitungen der SA. und SS., die ihm bisher amtlich zur Kenntnis gebracht worden sind — wir stellen das unter Beweis —, nichts unternommen?

Der Schlußsatz des Berichtes des Amtlichen Preußischen Pressedienstes zeigt, daß es sich um ein reines Propagandaurteil handelt. Es ist uns deshalb sehr zweifelhaft, ob die Verurteilten wirklich einen wesentlichen Teil ihrer Strafe abzubüßen haben.

Es bleibt bestehen: Der Ministerpräsident hat zu Beginn seiner Amtstätigkeit wiederholt durch gewalttätige Reden gegen die marxistischen „Verbrecher" und durch Lahmlegen der politischen Exekutive gegen die SA.- und SS.-Banden massenhaft Ausschreitungen provoziert und begünstigt. Wahr bleibt, daß in zahllosen eidlich zu beweisenden Fällen die SA. und SS. ihre „verhafteten" und blutig geschlagenen politischen Gegner bei den Polizeibehörden abgeliefert hat, ohne daß diese gegen die Schuldigen einzuschreiten wagten, weil sie nicht gegen die Intentionen des Ministerpräsidenten handeln wollten. Die Verantwortung für die maßlosen Ausschreitungen trägt aber der preußische Ministerpräsident und Polizeiminister.

Ministerpräsident Göring will seinen Ruf im Auslande verbessern. Daher dieses Schauurteil. In den Gefängnissen der Gestapo und in den Konzentrationslagern wird weiter geprügelt wie bisher.

Heilmanns Schicksal

Weiß davon Göring nichts?

Ernst Heilmann, der Vorsitzende der früheren sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen, der im Herbst vorigen Jahres vom Konzentrationslager Oranienburg nach dem Lager Börgermoor gebracht und eines Tages mit ernstlichen Schußwunden in das katholische Krankenhaus Papenburg aufgenommen wurde, ist, wie wir vernehmen, aus diesem Krankenhause entlassen worden. Heilmann ist nicht nach Börgermoor zurückgebracht, aber auch nicht in Freiheit gesetzt worden. Er befindet sich **als Gefangener der Gestapo in einem Gefängnis bei Berlin.** Sein körperlicher und geistiger Zustand ist **infolge der furchtbaren Behandlung im Konzentrationslager der eines gebrochenen Mannes.** Der früher so hochbegabte Mann, einer der besten Redner im Parlament, macht einen abgestumpften und geistesabwesenden Eindruck. Dies ist auch der Grund, warum man es nicht wagt, diesen Mann, der für das „dritte Reich" kaum mehr gefährlich sein kann, auf freien Fuß zu setzen. Man fürchtet, daß allein der Anblick seines Zustandes gegen das Regime zeugen würde.

DIE DIKTATUR-JUSTIZ.

Berlin, 4.2. (INPRESS): "Das Justizministerium erklaert dem 'Angriff'" ueberschreibt das Goebbelsblatt ein Interview mit dem Oberstaatsanwalt im Preussischen Justizministerium Dr. Krug, dem persoenlichen Referenten des Staatssekretaers Dr. Freisler, das zu dem schamlosesten gehoert, was von einem hohen Justizbeamten selbst in Nazi-Deutschland der Oeffentlichkeit uebergeben worden ist. Das Urteil im Maikowski-Prozess, erklaerte Krug, "wird allgemeinals ungenuegende Suehne angesehen... Das Urteil in dem Prozess ist auch fuer den Juristen politisch untragbar. Obwohl die gesamten eingehenden Ermittlungen keine Moeglichkeit ergeben haben, gerade diejenigen festzustellen, deren Kugeln Maikowski und Zauritz getoetet haben, so erscheint doch eine ganz andere strafrechtliche Beurteilung aller an dem Ueberfall Beteiligten Politisch notwendig." dem

Und obwohl, wie Referent des Justizministeriums selbst zugibt, ... keine Schuldbeweise vorhanden sind, stellt er fest: " Ganz zweifellos waren alle Beteiligten Kommunisten (es sind 53 angeklagt worden - D.R.) schon wenige Tage nach der Tat zum Tode verurteilt worden, wenn ... Revolutionstribunale die Feinde des neuen Staates abzuurteilen gehabt haetten."

Dann widmet der "Angriff", der fuer die Auffassungen Krugs dreiviertel Seite zur Verfuegung stellt, eine Schlagzeile der "fatalen" halben Stunde, die es verhindert habe, die Tat vom 27. Februar, eine halbe Stunde vor Mitternacht, nach der Todesverordnung vom 28. Februar abzuurteilen. Trotz dieser Sachlage, stellt Krug fest, haetten vom Gericht weit schaerfere Strafen verhaengt werden muessen: " Ein summarisches Gesamtergebnis zeigt, dass der Staatsanwalt etwa 250 Jahre Freiheitsstrafen beantragt hatte, dass das Gericht aber nur 150 Jahre verhaengte. Bei einer gesunden Justiz wird im allgemeinen zwischen dem Antrag des Staatsanwalts und dem Erkenntnis des Gerichts kein wesentlicher Unterschied bestehen... Schliesslich ist in allen Faellen die Untersuchungshaft voll angerechnet worden, trotzdem der Staatsanwalt ebenso eingehend wie nachdruecklich seinen Antrag auf Nichtanrechnung der Untersuchungshaft begruendet hat. Hieraus ist in besonderem Masse ein politisches Unverstaendnis zu schliessen."

" Das Fuehrerprinzip muss eingefuehrt werden!" verlangt Krug, weil "eine Garantie fuer eine besondere staatstreue Einstellung bei Schoeffen und Geschworenen trotz der nach sorgfaeltigster Pruefung erfolgten Neuwahlen nicht besteht. Der einzig gangbare Weg", sagt dieser "Jurist", "ist der, das Fuehrerprinzip auch im Kollegialgericht einzufuehren. Dann wuerde der Vorsitzende des Gerichts die Entscheidung nach Beratung durch die anderen Richter und Laien allein zu treffen haben. Zu Vorsitzenden des Gerichts aber wird der Staat dann seine besten Juristen berufen, die ... die erforderliche staatspolitische Einsicht haben."

Was von der Nazi-"Justiz" in Zukunft zu erwarten ist, wird klar gesagt: " Das Prozessverfahren wird eine grundlegende Neugestaltung erfahren, wobei die Einfuehrung des Fuehrerprinzips nach den Lehren dieses Prozesses zu erhoffen ist."

- 6 -

gehalten.

Ludwig Renn vor dem Reichsgericht

Leipzig, 16. 1.

Unter der Anklage des Hochverrats wurde dem Reichsgericht am Dienstag der 45jährige Schriftsteller Ludwig Renn aus Berlin-Stralau zur Aburteilung vorgeführt.

Der Angeklagte entstammt einer alten sächsischen Adelsfamilie. Er war aktiver Offizier und machte den Krieg als Bataillonskommandeur mit. Unter dem Pseudonym Ludwig Renn gab er die bekannten Bücher „Der Krieg" und „Nachkrieg" heraus. Am 1. Februar 1928 trat er der KPD bei und wurde später Mitglied des sogenannten „Aufbruchkreises", der von 10 Offizieren im März 1931 anläßlich des Uebertritts des Ulmer Reichswehrleutnants Scheringer aus der NSDAP in die KPD gegründet wurde.

Die Anklage wirft Renn vor, in der Zeitschrift „Der Aufbruch" hochverräterische Artikel geschrieben und in kommunistischen Versammlungen durch Vorträge staatszersetzende Propaganda getrieben zu haben. Ludwig Renn, dem zwei Wahlverteidiger zur Seite stehen, bekannte sich zu Beginn der Verhandlung offen und rückhaltlos zu den kommunistischen Zielen.

Ludwig Renn vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 16 Jan. (DNB.) Unter der Anklage des verfuchten Hochverrats wurde dem Reichsgericht am Dienstag der 45jährige Schriftsteller Ludwig Renn aus Berlin-Stralau vorgeführt.

Der Angeklagte entstammt einer alten sächsischen Adelsfamilie. Er war aktiver Offizier und machte den Krieg als Bataillonskommandeur mit. Unter dem Pseudonym „Ludwig Renn" gab er die bekannten Bücher „Der Krieg" und „Nachkrieg" heraus. Am 1. Februar 1928 trat er der K P D. bei und wurde später Mitglied des sogenannten „Aufbruchkreises", der von zehn Offizieren im März 1931 anläßlich des Uebertritts des Ulmer Reichswehrleutnants Scheringer aus der NSDAP in die KPD gegründet wurde.

Die Anklage wirft Renn vor, in der Zeitschrift „Der Aufbruch" hochverräterische Artikel geschrieben und in kommunistischen Versammlungen durch Vorträge stark zersetzende Propaganda getrieben zu haben.

Ludwig Renn, dem zwei Wahlverteidiger zur Seite stehen, bekannte sich zu Beginn der Verhandlung offen und rückhaltlos zu den kommunistischen Zielen.

L'écrivain Ludwig Renn inculpé de haute trahison devant la cour de Leipzig

L'écrivain allemand Ludwig Renn, auteur plusieurs ouvrages très connus, comme *la Guer* et *l'Après-guerre*, a comparu, ce matin, devant la cour de justice de Leipzig pour y répondre du délit de haute trahison. L'acte d'accusation lui reproche d'avoir, dans la revue ***Der Aufbruch***, écrit des articles invitant à la haute trahison, et d'avoir répandu ces idées dans des réunions communistes.

Au début de l'audience, Ludwig Renn s'est reconnu ouvertement et sans réserve partisan du communisme et des buts qu'il poursuit.

[Ludwig Renn fut arrêté, avec de nombreux pacifistes, socialistes et communistes, dans la nuit de l'incendie du Reichstag, le 27 février de l'année dernière. Ses ouvrages sur la guerre, où il faisait de celle-ci une peinture terrifiante, furent brûlés publiquement.

Renn, représente, aux yeux des hitlériens, une espèce de pacifistes particulièrement haïe; en effet, il n'est pas juif; descendant d'une vieille famille noble de la Saxe, son nom véritable est Arnold Friedrich Viech von Golssenau. Il fit toute la guerre, et l'armistice le trouva commandant d'un bataillon d'active. Après la guerre, il devint socialiste, puis communiste.]

Texte 17.1.34

Gefängnis! Gefängnis!

Wenn man die Wahrheit sagt

Aus Gießen wird gemeldet:

Wegen Beleidigung der Reichsregierung, deren Maßnahmen er in einer Gießener Gastwirtschaft abfällig kritisierte, erhielt der frühere Privatdozent an der Universität Gießen Dr. Georg Mayer vom Schöffengericht drei Monate Gefängnis zudiktiert. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Reichsregierung gegen heimtückische Angriffe.

Ferner verurteilte das Gießener Schöffengericht den Dachdecker Theodor Ruckstuhl aus Gießen zu vier Monaten Gefängnis, weil er in einer Wirtschaft in Laubach erklärt hatte, die Reichsregierung habe den früheren Kommunistenführer Thälmann unschuldig ins Gefängnis gesperrt.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet:

Ein 32jähriger Milchausträger aus Neuwied besuchte im vergangenen Herbst die Kirmes in Mockendorf. In angetrunkenem Zustand mischte er sich in eine Debatte und äußerte einem Nationalsozialisten gegenüber, daß bei der Winterhilfe Schiebungen vorkämen; auch machte er noch andere gewagte Bemerkungen. Das Sondergericht verurteilte jetzt den damals inhaftierten Milchausträger wegen Vergehens gegen die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung zu drei Monaten Gefängnis. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Behauptungen von außerordentlichem Ausmaß gewesen seien, aber das Gericht konnte den Fall milder ansehen, weil einmal die Behauptung gegenüber einem Nationalsozialisten aufgestellt wurde und so keinen Schaden bringen konnte und weil die Angetrunkenheit des Angeklagten bei ihm gewisse Hemmungen beseitigt hatte.

Gefängnisstrafe für einen tätlichen Angriff auf einen Amerikaner

DNB meldet:

Der SA-Mann Friedel, der am Montag im Verlaufe persönlicher Streitigkeiten mit einem amerikanischen Staatsangehörigen verhaftet worden war, ist am Mittwoch von dem Schnellgericht wegen Körperverletzung zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Unbeugsam.

Berlin, 12.11. (INPRESS): Der Buehnenarbeiter Walter Thomas, der sich weigerte, als Zeuge vor Gericht den Hitlergruss anzuwenden, wurde in die hoechstzulaessige Ordnungsstrafe von drei Tagen genommen und sofort abgefuehrt,

Die Aermsten werden misshandelt.

Stettin, 11.4. (INPRESS): Zu dem Zuchthausurteil gegen mehrere hohe Kriminalbeamte und SA-Maenner wegen Gefangenenmisshandlung verbreitete der Amtliche Preussische Pressedienst bekanntlich einen Kommentar. Bei der Verbreitung dieses Kommentars ist der folgende Schlussatz unterdrueckt worden: " Besonders strafverschaerfend wirkte der Umstand, dass die Angeklagten unter Missachtung nationalsozialistischer Grundsaetze die strafbaren Handlungen im wesentlichen gegen mittel- und einflusslose Haeftlinge veruebten, waehrend bessergestellte Gefangene sich Erleichterungen verschaffen konnten."

1934.

Aberkennung der Bauernfähigkeit.

Landesbauernführer v. Rheden (Hannover) teilte in einem Vortrag mit, daß sechs Bauern der Provinz Hannover wegen Erblosigkeit die Bauernfähigkeit aberkannt worden sei. Ihnen wurde das Verfügungsrecht über ihren Hof entzogen und zum Teil der Frau für ihre Kinder übertragen.

Schutz den Chinesen!

Wenn Juden und Marxisten im „dritten Reich" so geschützt würden

Aus Düsseldorf berichtet die Nazipresse:

Schärfer als jede frühere Regierung hat sich die völkische Regierung dafür eingesetzt, daß jedem **Ausländer** im Reiche der Schutz und die Achtung erwiesen werden, auf die er als Gast des Landes Anspruch hat. Selten sind glücklicherweise jene Fälle, in denen ein Deutscher dieses selbstverständliche Gebot in derart grober Form verletzt, wie der Ingenieur X. vor einigen Wochen. In einem Restaurant an der Horst-Wessel-Straße mißfiel ihm die Anwesenheit eines Chinesen, der am Nebentisch ruhig sein Bier trank. Er belegte den Chinesen mit Kosenamen wie „Kaffer" und „dreckiger Japs". Der Chinese, der nur gebrochen Deutsch spricht, erwiderte ruhig, er sei weit herumgekommen in Deutschland, überall sei er mit der größten Höflichkeit behandelt worden; ein Mann, der grundlos so über Ausländer schimpfe, könne seines Erachtens kein Deutscher sein. Diese verdiente Zurechtweisung, die eine hohe Anerkennung für das deutsche Volk enthielt, erregte den Ingenieur so, daß er, ein hünenhaft gebauter Mensch sich nicht schämte, über den schmächtigen kleinen Chinesen herzufallen, dem bei der Rauferei der Anzug zerrissen wurde. Andere Gäste rissen die Streitenden auseinander und alarmierten das Ueberfallkommando. Noch auf der Wache führte der Ingenieur das große Wort und drohte, er werde den Beamten schon das „Deutschdenken" beibringen.

Wegen Körperverletzung vor das Schöffengericht zitiert, erzielte der Angeklagte mit seiner Behauptung, der kleine Chinese, der neben ihm fast verschwand, habe ihn zuerst angegriffen, nur einen Heiterkeitserfolg. Auch die Zeugen widerlegten diese Ausrede. Der Chinese, der keinen Strafantrag wegen der Beleidigungen gestellt hatte, erklärte anständigerweise, er habe auch an der Bestrafung wegen der Körperverletzung kein Interesse. Das konnte den Angeklagten nicht retten. Der Staat hat ein sehr starkes Interesse daran, daß Ausländer in Deutschland genau so behandelt werden, wie wir Deutsche im Auslande behandelt zu sehen wünschen, wie liebe Gäste nämlich.

*

Der Vorsitzende geißelte scharf das unglaubliche Verhalten des Angeklagten, der Deutschlands Ansehen im Auslande schwer geschädigt habe. Einem solchen Verhalten könne nur eine ganz exemplarische Sühne gerecht werden: der Angeklagte wurde zu **neun Monaten Gefängnis** verurteilt und im Saale sofort **verhaftet.** — Der Staatsanwalt hatte **ein Jahr Gefängnis** beantragt.

Renn zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Leipzig, 16. Jan. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat hatte sich, wie im I. Morgenblatt schon kurz berichtet, heute der Schriftsteller Arnold Friedrich Vieth von Golßenau, der unter dem Pseudonym Ludwig Renn vor allem durch sein Buch „Krieg" der großen Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Den Vorsitz in dem Prozeß führt Senatspräsident Linz. Dem Angeklagten stehen der Rechtsanwalt beim Reichsgericht Harold Hansen und Rechtsanwalt Dr. Ehlers (Berlin) zur Seite.

Renns Leben

ist in vieler Hinsicht bemerkenswert. „Ludwig Renn", also Arnold Friedrich Vieth von Golßenau, der zuletzt in Berlin-Stralau gewohnt hat, entstammt einer alten sächsischen Adelsfamilie. Sein Vater ist Gymnasiallehrer in Dresden. Die Vernehmung ergibt, daß der Angeschuldigte 1889 in Dresden geboren wurde und sich für den Offiziersberuf entschied. Er trat als Fahnenjunker in das Sächsische Leibgrenadierregiment Nr. 100 ein, wurde Leutnant und Regimentsadjutant. Er machte den Krieg mit, wurde zweimal verwundet und 1915 zum Oberleutnant befördert. Nach dem Kriege wurde er Führer einer sozialdemokratischen Truppe in Dresden, trat darauf der Schutzpolizei bei, aus der er 1922 wieder ausschied, und zwar weil er schon in dieser Zeit nicht mehr ganz mit dem damaligen Staatssystem einverstanden gewesen sei.

Er studierte dann Jura und versuchte sich auch als Kaufmann, fand aber in diesem Beruf keine Befriedigung, so daß ihm nunmehr allein seine Hauptmannspension als Existenzgrundlage dienen mußte. Sie war ausreichend, um Golßenau zunächst einmal Reisen zu ermöglichen. Seine Reisen erklärte er als notwendig, weil er — damals noch nicht im marxistischen Sinne — keine Möglichkeit eines neuen Aufstieges der bürgerlichen Welt gesehen habe. Es sei ihm auch nicht gelungen, aus dieser geistigen Situation, die man etwa als Kulturnihilismus bezeichnen könne, einen Ausweg zu finden.

Als er aus dem Ausland zurückgekommen sei, hätte er seine Ansichten wesentlich geändert, denn es sei ihm klar geworden, daß der Deutsche doch etwas Wertvolles in sich trage. In die nächsten Jahre, in denen er auch sein im Kriege begonnenes Buch vollendete und veröffentlichte, fällt seine Bekanntschaft mit dem Marxismus und seine eigentliche

politische Wandlung,

die ihn nach kunstgeschichtlichen Studien in Wien Anfang 1928 zur Kommunistischen Partei führte. Auch heute vor Gericht bekennt er sich offen und rückhaltlos zur kommunistischen Weltanschauung. Er wurde Mitglied zahlreicher kommunistischer Unterorganisationen, Sekretär des „Bundes politisch-revolutionärer Schriftsteller" und unternahm 1929 und 1930 Studienreisen nach Rußland. Der Angeklagte war u. a. Mitarbeiter der kommunistischen Literaturzeitschrift „Die Linkskurve" und trat dem „Aufbruch-Kreis" nahe, der von zehn Offizieren anläßlich des Uebertritts des früheren Ulmer Reichswehrleutnants Scheringer aus der NSDAP in die KPD gegründet wurde. Der Angeklagte betont ausdrücklich, daß er das bolschewistische System für das gegebene und das Proletariat für die herrschende Klasse der Zukunft halte.

Wie die Verhandlung erkennen läßt, wird Vieth von Golßenau in der Anklage vor allem seine

Lehrtätigkeit an der Berliner Marxistischen Arbeiterschule (Masch)

zur Last gelegt. Er hat hier kriegstheoretische Kurse abgehalten, die Teilnehmer in die Waffenkunde eingeführt und sie mit taktischen Problemen vertraut gemacht. Es entspinnen sich zwischen dem Senatspräsidenten und dem Angeklagten lange Auseinandersetzungen, in denen Vieth von Golßenau seine Anschauungen über die parteipolitische Taktik der KPD und über den Zweck der militärwissenschaftlichen Instruktionskurse entwickelt. Der Angeklagte bestreitet immer wieder die Aktualität und die unmittelbare Zweckbestimmung seiner Kursusdarlegungen für den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg. Offenbar hat er eine ziemlich intensive Schulungsarbeit geleistet, die zwar im allgemeinen Rahmen mit historischen Darlegungen begonnen wurde, schließlich aber, erläutert an den Beispielen fremder Länder, bis zur genauen Erörterung über die Zersetzung der militärischen Machtmittel durch defaitistische Bestrebungen und revolutionäre Eingriffe führte. Das Ergebnis der Arbeit war dann die Konzeption taktischer Parolen, wie sie aus der Tätigkeit der KPD in den letzten Jahren bereits bekanntgeworden sind.

Bei einer polizeilichen Durchsuchung der „Masch", an der ein anderer Angehöriger des „Aufbruch-Kreises" ebenfalls einen militärwissenschaftlichen Vortrag hielt, ist Vieth von Golßenau im November vorigen Jahres verhaftet worden. Darauf wurde auch die Wohnung des Angeklagten durchsucht und hier, wie der Vorsitzende mitteilt, umfangreiches Material über den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg gefunden, darunter auch Dispositionen über die Entwicklung der Kriegstechnik, die an die Kursusteilnehmer verteilt worden waren.

In der Nachmittagsverhandlung wurde ein Polizeioberleutnant i. R. über den

Charakter des „Aufbruchkreises"

vernommen. Er sagte aus, daß dieser Kreis das Sammelbecken von Männern gewesen sei, die sich aus dem Kriegserlebnis heraus zur nationalen und sozialen Befreiung, weiter aber zu einem engen Zusammengehen mit Sowjetrußland bekannt hätten. Sie aber der Meinung gewesen, daß der nationalen und sozialen Befreiung die Vernichtung des kapitalistischen Systems vorangehen müsse. Dadurch sei der Kreis in ein enges Verhältnis zur KPD gekommen, die auch durch einen Abgeordneten in der Gemeinschaft vertreten gewesen sei.

Die Plädoyers.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft, Oberregierungsrat Lämmle, hielt darauf sein Plädoyer. Er betonte, daß in diesem Prozeß weniger die Tat als solche, als vielmehr die Persönlichkeit des Täters im Mittelpunkt stehe. Vieth von Golßenau habe nach Herkunft und Stand keine Beziehungen zur KPD haben können. Er habe den Krieg mit Auszeichnung mitgemacht und seine Erlebnisse an der Front dann in einem Buche niedergelegt, in dem er keinen Gedanken äußere, der mit seiner späteren Einstellung im Zusammenhang stünde. Oberregierungsrat Lämmle führt die politische Wandlung des Beschuldigten in ihrem entscheidenden Stadium vor allem auf den Einfluß der Berliner kulturbolschewistischen Kreise zurück.

Er bezeichnet die Tätigkeit Vieth von Golssenaus in der „Masch", die Veranstaltung von sogenannten Bürgerkriegsspielen und seine Veröffentlichungen im „Aufbruchkreis", der eine rein kommunistische Nebenorganisation darstelle, als Vorbereitung zum Hochverrat. Die Anwendung des Amnestiegesetzes sei deshalb ausgeschlossen, weil die hochverräterische Tätigkeit des Angeklagten auf die Zersetzung von Reichswehr und Polizei abgezielt habe, die ausdrücklich von der Amnestie ausgenommen worden seien. Es komme bei der Zersetzungsarbeit nicht darauf an, sich an einzelne heranzumachen. Es genüge schon die Betonung ihrer Notwendigkeit. Der Beschuldigte sei zweifellos mehr Theoretiker als Praktiker. Er sei sich aber über die Folgen seiner Handlungen vollkommen klar gewesen. Die Gefährlichkeit und Intensität seines hochverräterischen Vorgehens fordere eine exemplarische Bestrafung, die sich nicht weit von der Höchstgrenze entfernen dürfe. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte zwei Jahre neun Monate Gefängnis und volle Anrechnung der Untersuchungshaft.

Die Abgrenzung des Begriffes der Zersetzung und die Anwendung der Amnestie bildete auch den Kernpunkt der Plädoyers der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hansen sprach sich dahin aus, daß ein bestimmtes, fest umrissenes Tun vorliegen müsse und nicht nur eine Erwähnung und theoretische Erörterung der Zersetzung. Außerdem habe der Angeklagte niemand zur Zersetzung aufgefordert. Das Gesetz über die Straffreiheit vom Dezember 1932 müsse deshalb Platz greifen. Rechtsanwalt Dr. Ehlers (Berlin) schilderte vor allem die Persönlichkeit des Angeklagten. Er bezeichnete Vieth von Golßenau als einen durchaus ehrlichen und innerlich vollkommen lauteren Menschen, der auch in seiner politischen Entwicklung konsequent und ehrlich gewesen sei. Er, der Anwalt, sei überzeugt, daß sich der Angeklagte noch von den falschen kommunistischen Ideologien abwenden und zur Volksgemeinschaft sich hinwenden werde. Dafür gebe es auch in seinen Büchern Anhaltspunkte.

Das Urteil:

Das Urteil gegen Vieth von Golßenau wurde kurz vor 20 Uhr verkündet. Es lautete:

Der Angeklagte wird wegen der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Elf Monate eine Woche Untersuchungshaft gelten als verbüßt.

Die Urteilsbegründung.

Zur Begründung des Urteils führte Senatspräsident Linz u. a. an: Es bedürfe nach dem Gang der Verhandlung keiner weiteren Darlegungen, daß die Tätigkeit des Beschuldigten in der „Masch" bei den Bürgerkriegsspielen und die Artikel in der Zeitschrift „Aufbruch" als hochverräterisch anzusehen seien. In dem Hochverrat selbst träte aber in allen drei Phasen das Moment der Zersetzung zutage. Der Angeklagte habe sich bei dem Hinweis auf die Zersetzung zwar auf andere Länder bezogen, aber den Teilnehmern die Schlußfolgerungen überlassen. Er habe so den Hörern die Zersetzung nahegebracht, um sie zu empfehlen. Die Absicht der ideologischen Zersetzung und der gewaltsamen Zerschlagung der Machtmittel des Staates komme klar zum Ausdruck.

Der Angeklagte gebe die konkrete Bestimmung der Parole in seinen Aufzeichnungen auch offen zu. Auch die Artikel des Beschuldigten im „Aufbruch" beschäftigten sich mit der Zersetzung. Die Amnestie habe deshalb nicht angewendet werden können.

Wegen der Offenheit und Ehrlichkeit des Beschuldigten sei die Untersuchungshaft in vollem Umfang angerechnet worden. Im übrigen habe er aber als Offizier mit vorzüglichen militärischen Kenntnissen als besonders gefährlicher Hochverräter bestraft werden müssen.

A LA RENCONTRE DES INGENIEURS ANGLAIS

Comment j'ai été expulsé d'Allemagne

Une gare bien gardée. =:= Refoulé sur Liége. =:= Un consulat illuminé et enfin un consul aimable

(De notre envoyé spécial)

Liége, 3 heures du matin.

J'écris ces lignes de la « ville martyre » de 1914, après avoir été refoulé d'Aix-la-Chapelle parce que je n'avais pas de visa allemand sur mon passeport.

Les humiliations et les insultes auxquelles j'ai été soumis à Aix-la-Chapelle m'ont mis dans un état d'esprit que vous pouvez comprendre, mais, tout de même, je vais essayer d'être impartial.

Laissez-moi vous raconter ma petite histoire.

Donc, hier matin, à 10 h. 35, mon rédacteur en chef me dit :

— Top, tu vas aller à Berlin rencontrer les ingénieurs britanniques expulsés de Moscou.

Ça va... Taxi Batignolles. Bouclage de ma petite valise. Gare du Nord, train 13 heures 36.

Je me disais : « Je n'ai pas de visa allemand, mais comme je suis rentré en Allemagne depuis 1930 sans visa préalable — l'obtenant sans difficulté à la frontière — on risque le coup. »

Aix-la-Chapelle, 20 heures 5... « Passeports s'il vous plaît ! »

Comment j'ai été expulsé d'Allemagne

→ Suite de la première page

Il est accompagné de deux gamins en chemise brune, croix gammée sur le bras. Ces deux gosses me coïncent d'un peu trop près :

— Allez, les mômes, leur dis-je en essayant encore de rigoler, donnez-moi un peu d'air !

En fait d'air, ils saisissent ma petite machine à écrire et mon nécessaire, et je me trouve sur le quai.

— Cela va vous faire de la bonne publicité, suggérai-je au herr kommissar... Vous êtes déjà si populaires !

Aussi étrange que cela puisse vous sembler, le herr kommissar s'aperçut d'un soupçon d'ironie, et moi je m'aperçus que j'étais transporté dans le train en partance pour Liége, sans avoir touché terre de la voie 5 à la voie 7.

Ce n'est pas pour me vanter, mais, en dépit de mes cinquante ans et de mon embonpoint, je suis certain que j'aurais pu et que je pourrais corriger — et c'est un de mes plus grands espoirs — ces deux gosses s'hitlériens en moins d'un round.

Et soudain me revint à l'esprit un incident de la même nature à Civita-Vecchia, en octobre 1922, lors de la marche sur Rome. Deux adolescents, portant la chemise noire cette fois, m'avaient traité avec la même désinvolture. Mais, à ce moment-là, l'affaire s'était terminée autrement et j'avais réussi à rentrer à Rome le soir même. J'avais 39 ans et pesait seize kilos de moins.

Alors le voile se déchira. Aix-la-Chapelle 1933, Civita-Vecchia 1922 ; c'était bien la même chose.

Ces chemises brunes ne sont que des chemises noires déteintes.

Hitler ? Un Mussolini au petit pied.

En 1922, on se disait : « Ces Latins au sang chaud, qui boivent du chianti énervant et excitant, cela se comprend ! »

Les Allemands nous servent un deuxième plat de fascisme à la bière glacée.

— Tenez ce « sewheinehund » à l'œil, et veillez à ce qu'il ne descende pas du train ! fut la dernière objurgation de mon ober-lieutnant.

J'avoue que ma patience était lassée. Et je répondis du tac au tac à son insulte.

— Rentrez à Liége ! fit-il, méprisant.

— Je suis certain que j'y rentrerai plus facilement que vous n'y êtes entrés en 1914 ! susurrai-je comme le train s'ébranlait vers la frontière belge.

Dans le même compartiment, je trouvai M. et Mme Marcel Chapoul, artistes français en route pour Copenhague pour remplir un engagement. Pas de visa. Refoulés. Leur contrat commençait vendredi soir dans la capitale danoise. Les beaux yeux noirs de Mme Chapoul étaient remplis de larmes.

Ils avaient expliqués qu'ils ne mettraient pas pied à terre, étant simplement « en transit » pour le Danemark.

« Rentrez à Liége ! » Sentence impitoyable.

Nous voilà donc de retour à Liége.

Au consulat d'Allemagne

C'est la fête d'Hitler. On y donne une réception. L'immeuble de l'avenue Brancen est brillamment illuminé. Deux agents de police belges font les cent pas devant la porte. Nous leur expliquons notre cas. Ils sont là pour protéger le consulat contre les attaques communistes. Ils nous introduisent au consulat. Il est 23 h. 30. On danse au premier.

Enfin, voici un gentleman allemand !

Herr F. Lamerdin, vice-consul allemand à Liége, nous reçoit. Les bureaux du consulat sont ouverts de 9 à 12 heures et de 15 heures à 17 heures...

— Nous allons vous arranger cela, dit-il en s'excusant auprès de sa pertenaire qu'il abandonnait pour la prochaine danse.

A minuit, Chapoul, sa femme et moi avions sur nos passeports un visa en bonne et due forme.

Mme Chapoul avait retrouvé son sourire.

— Il y a encore tout de même des « gentlemen » allemands ! me dit-elle en sortant du consulat.

— Oui, mais il faut sortir de l'Allemagne pour les trouver ! trancha son mari.

THOMAS T. TOPPING.

le plus beau type du feldwebel 1914 en civil que j'ai jamais vu.

— Ach ! pas de visa allemand, me dit-il... Il faut vous en retourner à Liége.

Je le prends à la blague. Je lui explique la rapidité avec laquelle j'ai été obligé de quitter Paris. Impossibilité matérielle d'obtenir un visa... Avec mon plus gracieux sourire et un billet de 10 marks dans la main.

— Mets-moi un visa là-dessus. Trois fois déjà depuis deux ans, je l'ai obtenu. Allons, pas de blague !

— Ils ont eu tort ! Il y a quelque chose de changé en Allemagne. Il faut retourner à Liége ! me réplique mon feldwebel de 1914.

Cela commence à devenir sérieux. Je lui explique ma mission à Berlin, essaie de le prendre par les sentiments.

Il semble hésiter.

— Je vous amène le Herr Kommissar, concède-t-il.

Ce n'est plus le type du feldwebel, mais bien celui du ober-lieutnant que j'ai eu le malheur de rencontrer pendant la guerre.

Raide, corseté, monocle :

— Rentrez à Liége ! ordonne-t-il.

→ Voir la suite en 3e page, 2e colonne

22-3-33

Nouvelles In

Le Reichstag hitlérien s'est réuni hier

Les prisonniers politiques de Berlin sont enfermés à Spandau

Les communistes Thaelmann et Togeler sont vivants, mais à la suite de traitements inhumains, ils ont dû être transportés à l'hôpital de la prison

LE GOUVERNEMENT A DECIDE DE DETRUIRE TOUTE LA « LITTERATURE MARXISTE »

Le Reichstag s'est réuni hier. Un Parlement étrange qui, dès la première séance, se voit déjà amputé d'un bon nombre de ses membres. Les communistes en sont, en effet, exclus par décision gouvernementale !

On lira plus loin le compte rendu de la première journée « parlementaire » de Hitler. Il est à noter que la coalition gouvernementale qui possède la majorité absolue, a cru bon de réserver un siège au bureau du Reichstag, à un représentant du Centre catholique.

Faut-il en conclure que le Centre a déjà capitulé devant le fascisme et essaye une « collaboration » avec Hitler ? L'histoire du fascisme italien n'a donc rien appris aux catholiques allemands.

✦ ✦ ✦

De source sûre, j'apprends que les prisonniers politiques et notamment les communistes se trouvent à Spandau, une forteresse désaffectée, près de Berlin.

Là se trouvent aussi les chefs communistes Thaelmann et Togeler. On m'affirme qu'ils sont vivants. Mais, après les tortures auxquelles ils ont été soumis, ils sont dans un tel état qu'on a dû les transporter à l'hôpital de la forteresse.

Quant à Karl von Ossietzky, pacifiste connu, qui avait été poursuivi pour haute trahison et qui a « disparu » depuis l'arrivée au pouvoir des « nazis », il y a tout lieu de croire qu'il a été assassiné. Du moins c'est ce que les autorités « nazi » on fait comprendre à sa femme.

Par ailleurs, j'apprends que le gouvernement a décidé de détruire toute la « littérature marxiste ». Mais, plus pratique que le kalife Omar, il ne fera pas brûler les livres et les brochures socialistes et communistes. Il a décidé de les « pilon-

Le président, accompagné des personnalités officielles, quitta ensuite l'église et se rendit sur la place, face à l'église où eut lieu le défilé des troupes et associations patriotiques. Pendant tout le défilé, le maréchal et les troupes furent l'objet d'interminables ovations de la part de la foule. Après le défilé, qui dura plus de deux heures, le président Hindenburg rentra à Berlin.

La première séance

Berlin, 21 mars (Dép. *Havas*). — Le Reichstag, élu le 5 mars, s'est réuni pour la première fois cet après-midi à 17 heures, au Krolltheater.

La salle de l'ancien théâtre d'Etat a été aménagée pour la circonstance. Le bureau se trouve sur la scène au fond de laquelle a été tendu un immense drapeau à la croix gammée, encadré par deux oriflammes noir, blanc, rouge.

Aux premiers rangs des fauteuils de balcons réservés pour le corps diplomatique, on remarque l'ambassadeur de France, M. François-Poncet, ainsi que l'ambassadeur de Pologne et, derrière eux, l'ex-kronprinz en uniforme d'apparat.

A 17 h. 12, le chancelier Hitler va prendre place à son fauteuil, sous les applaudissements de la grande majorité des députés et du public installé dans les galeries supérieures.

A 17 h. 15, la séance est ouverte par le ministre Gœring, président du Reichstag dissous.

On procède immédiatement à l'élection du bureau. M. Gœring est réélu président à mains levées.

L'élection des autres membres du bureau a lieu ensuite de la façon la plus expéditive.

Sont élus : Premier vice-président : M. Esser, du parti du Centre ; Deuxième vice-président : M. Graef, national-allemand ; Troisième vice-président : M. Zoerner, national-socialiste.

M. Gœring monte ensuite à la tribune et prononce le discours d'ouverture.

M. Gœring, après avoir fait allusion à l'incendie du palais du Reichstag, « qui devait être le signal, a-t-il dit, d'une guerre civile », et avoir affirmé que la révolution s'était accomplie en l'espace de quelques semaines, a déclaré en substance que l'ère de Weimar était définitivement abolie et que l'Allemagne était revenue à l'esprit de Potsdam.

M. Gœring a affirmé [illegible]ement que le peuple allemand n'[illegible]amais le spectacle [illegible]ation

La rentrée du nouveau Reichstag

Berlin, 21 mars (dép. *Information*). — La première réunion solennelle du nouveau Reichstag en l'église de la garnison de Potsdam, a eu lieu ce matin au milieu de l'affluence du public. On estime en effet à plus de cent mille le nombre de personnes venues à Potsdam pour assister à cette grande manifestation qui eut un caractère militaire et nationaliste. Dès les premières heures de la matinée, toutes les routes conduisant de Berlin à Potsdam étaient noires de monde et un service d'ordre très important eut beaucoup de peine à assurer au cortège et aux voitures automobiles officielles un passage à travers la foule qui encombrait les rues.

Dans le quartier de la gare de Potsdam, les immeubles officiels et la plupart des maisons particulières étaient pavoisés aux couleurs impériales et aux couleurs hitlériennes.

A 10 h. 30 eut lieu, aux églises protestantes et catholiques de Potsdam un service religieux auquel assistèrent le maréchal Hindenburg, certains membres du cabinet, ainsi que tous les députés à l'exception des communistes, des social-démocrates et des centristes. Ces derniers assistèrent à un office à l'église catholique mais le chancelier Hitler et les ministres nationaux-socialistes n'y prirent pas part en raison de l'attitude qu'ont eue certains évêques allemands à l'égard du mouvement national-socialiste.

Pendant que se déroulait le service religieux à l'église catholique, le chancelier Hitler, accompagné de plusieurs de ses lieutenants, se rendit au cimetière de Potsdam où il déposa des couronnes sur les tombes des nationaux-socialistes tombés au cours de bagarres politiques.

La réunion solennelle

A midi, le président Hindenburg, qui portait l'uniforme de maréchal et le grand cordon de l'ordre royal des Hohenzollern, accompagné de tous les membres du cabinet ainsi que du corps diplomatique et de nombreux attachés militaires, se rendit à l'église de la garnison, où eut lieu la réunion solennelle du Parlement. A cette occasion, le président du Reich prononça une courte allocution dans laquelle il souligna les grands problèmes qui, dans les domaines intérieur et extérieur, attendent une solution et formula l'espoir que les fractions et les hommes politiques, sans distinction de parti, se montrent disposés à aider le nouveau cabinet dans sa lourde tâche.

Après le président, le chancelier Hitler prit la parole, et prononça un long discours, au cours duquel il fit un tableau très sombre de la situation de l'Allemagne d'après-guerre. Il ajouta, que, par suite des nombreuses fautes commises par les gouvernements précédents, la situation du pays, loin de s'améliorer, avait empiré d'année en année.

Faisant ensuite allusion aux événements qui précédèrent son arrivée au pouvoir, le Chancelier déclara que, le 5 mars dernier, le peuple allemand avait définitivement placé son avenir entre les mains d'un gouvernement national et que ce gouvernement, qu'il avait l'honneur de présider, était fermement résolu à entreprendre la grande œuvre de la réforme et de la réorganisation de l'Allemagne nouvelle.

Après le discours du Chancelier, le président Hindenburg descendit dans l'[illegible]s-sol de l'église où il déposa une couronne sur la tombe de Frédéric-le-[illegible]d.

[illegible] oublierait [illegible] nationale qu'il lu[illegible]

[illegible] impériale et après[illegible]

[illegible] les socialistes s'abstenaient de toute démonstration. La séance a été ensuite ajournée à jeudi.

On a beaucoup remarqué l'élection, comme premier vice-président, de M. Esser, centriste.

Ce choix, fait sur la proposition de M. Frick, ministre de l'Intérieur et chef du groupe parlementaire raciste, paraît indiquer que le gouvernement espère obtenir l'adhésion du Centre à la loi sur les pleins pouvoirs.

L'antisémitisme hitlérien soulève aux Etats-Unis une profonde émotion

New-York, 21 mars. — Au nom de tous les chrétiens des Etats-Unis, et avec l'approbation de l'évêque anglican de New-York, le conseil fédéral des églises d'Amérique vient de publier une protestation énergique contre les persécutions dont sont victimes les juifs en Allemagne.

Les mesures prises à l'égard des juifs en Allemagne sont sévèrement critiquées et font l'objet de nombreux commentaires de presse. Les perquisitions effectuées dans la maison de M. Albert Einstein, après celles opérées dans l'appartement du romancier Feuchtwanger qui vient de terminer une tournée de conférences en Amérique, sont particulièrement commentées.

Le *New-York Times*, qui publie un violent article de M. Feuchtwanger, s'élève particulièrement contre les mesures prises à l'égard des juifs.

« L'opinion du monde civilisé, écrit cet organe, contemple avec étonnement et horreur les événements se déroulant en Allemagne. Les scènes de violence qui suivent la victoire de M. Hitler, ressemblent aux pillages qui succèdent à la capture d'une ville ennemie. »

Tirant de ces événements des conclusions politiques, le *New-York Times* déclare que M. Hitler donne une nouvelle preuve du fait que l'Allemagne est « incapable traditionnellement de comprendre les sentiments de l'humanité civilisée ».

« L'aveuglement des nazis n'est-il pas la répétition de l'aveuglement des militaires allemands en 1914, dont l'attitude, si on en croit les plaintes de l'Allemagne, a été si mal interprétée. »

Le but essentiel de l'Allemagne a été de se libérer des obligations du traité de Versailles parce que, disait-elle, elle n'était pas responsable de la guerre, « mais dès qu'il a la majorité, M. Hitler rend ses adversaires responsables des malheurs qui, en réalité, ont été déclenchés par ceux qui soutiennent actuellement sa politique ».

Les milieux judeo-américains, dont l'influence est considérable, sont violemment émus et le comité juif américain a annoncé qu'il demanderait au gouvernement américain « de faire des représentations adéquates au gouvernement allemand au sujet de la persécution des juifs sous le régime de M. Hitler ».

Le département d'Etat a prié l'ambassade des Etats-Unis à Berlin de lui fournir un rapport détaillé sur la situation.

Le département d'Etat, précise-t-on, a informé l'ambassade des Etats-Unis à Berlin du « malaise profond » que provoquent aux Etats-Unis les mauvais traitements dont sont victimes les juifs allemands. Cette communication s'accompagne d'un rapport appuyé sur des exemples précis

GOERING WUETET HEMMUNGSLOS.

Paris, 4.2. (INPRESS) Das Internationale Befreiungskomitee fuer Dimitroff, Thaelmann, Torgler, Popoff, Taneff und alle in Deutschland gefangenen Antifaschisten erlaesst einen Aufruf, in dem es heisst:

Der faschistische Terror in Deutschland hat eine noch nie dagewesene Hoehe erreicht. In den letzten vierundzwanzig Stunden vernimmt die Weltoeffentlichkeit von neuen grausamen Morden, begangen an politischen Gefangenen, und erhaelt eine Reihe besorgniserregender Nachrichten ueber das Schicksal tausender anderer Insassen der deutschen Kerker und Konzentrationslager.

Gestern erfuhr die Welt, dass die Leipziger Gefangenen Dimitroff, Popoff und Taneff aus dem Leipziger Gefaengnis ueberraschend abtransportiert worden sind. Jeglicher Versuch der in Deutschland weilenden Mutter Dimitroffs, mit den Gefangenen in Verbindung zu kommen und sich ueber ihre Lage zu erkundigen, war ergebnislos.

Fast gleichzeitig verbreitet sich die Nachricht von einem grausamen vierfachen Morde. Die Antifaschisten John Scheer, Stellvertreter Thaelmanns; der schon seit Monaten schwer misshandelte Eugen Schoenherr; der seit 10 Monaten im Konzentrationslager internierte Sekretaer der Roten Hilfe Erich Steinfurth und der politische Gefangene Albert Schwarz wurden nach der bekannten Formel des deutschen Faschismus "auf der Flucht" feige erschossen. Versuche, die von berufener Seite zur Feststellung der Lage des eingekerkerten Fuehrers der KPD, Thaelmann, unternommen worden sind, waren ergebnislos. In Berlin kursieren die beunruhigendsten Gerueechte ueber sein Schicksal.

Fest steht, dass Hitler, Goering und ihre politische Polizei mit der vierfachen Mordtat eine neue Welle von Morden einleiten. In dieser Stunde ruft das Internationale Befreiungskomitee zu einer geschlossenen Rettungsaktion auf. Noch nie war das blinde Wueten des Hitlerterrors so hemmungslos und bedrohlich wie heute. Noch nie war eine geschlossene Aktion aller Antifaschisten so gebieterisch notwendig wie in diesem Augenblick. Wir muessen durch Delegationen von Juristen in Deutschland eingreifen. Wir muessen Ueberwachungs- und Untersuchungsausschuesse bilden, die Hinterbliebene und Familienangehoerige der Ermordeten und Verfolgten mit den Gaben einer grosszuegig durchgefuehrten Solidaritaetsaktion unterstuetzen."

Telegramm an Hitler.

Paris, 4.2. (INPRESS): Das Buero des Untersuchungsausschusses zur Aufklaerung des Terrors in Deutschland, vertreten durch Frau Prof. Lahy, Magdeleine Paz, Frau Darius Milhaud, Prof. Pronant und Frau Hilsum hat an den Reichskanzler Hitler folgendes Telegramm abgesandt: " Mit Entsetzen erfahren wir von der furchtbaren Ermordung der vier Antifaschisten John Scheer, Eugen Schoenherr, Erich Steinfurth und Albert Schwarz. Nach dem der Untersuchungskommission vorliegenden Material ist ein angeblicher Fluchtversuch ausgeschlossen. Es steht fest, dass "auf der Flucht" bereits hunderte von Unschuldigen erschossen worden sind. Die Untersuchungskommission wird in einer Tagung in Paris den Wahrheitsbeweis fuer ihre Behauptungen erbringen."

„Lieber Gott, mach mich stumm ....“

(Inpreß.) Die 23 Jahre alte Arbeiterin Magdalene Stephan hatte zu Bekannten geäußert, Deutschland sei kein Vaterland, sondern ein Zuchthaus; Adolf Hitler sei ein Landesverräter und Ausländer, der sich schleunigst unsichtbar machen sollte. Sie wurde von der Strafkammer des Dresdener Landgerichts zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

(Inpreß.) Der 60jährige Invalidenrentner Richard Apelt wurde vom Freiberger Sondergericht zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte Aufschriften an Wänden angebracht, die, wie das Gericht feststellte, „den Reichskanzler unflätig beschimpften“.

(Inpreß.) Die Provisionsreisende Gertrud Köhler aus Leipzig soll Hitler, Göbbels und Göring „in gemeinster Weise“ beleidigt haben. Das Freiberger Sondergericht für das Land Sachsen verurteilte sie zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

(Inpreß.) Dem Glasschleifer Richard Voigt aus Leipzig wurde vorgeworfen, den Nazistaat und seine Einrichtungen beschimpft und beleidigt zu haben. Das Urteil des Freiberger Sondergerichts lautete auf 9 Monate Gefängnis.

(Inpreß.) Die in der Schweiz geborene Frau des Geschäftsführers Häckner aus Dresden schrieb an ihre Mutter nach Brunnen (Schweiz) einen Brief, in dem sie über die Zustände in Deutschland berichtete. Der Brief an ihre Mutter kostete sie vor dem Freiberger Sondergericht ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

(Inpreß) Sieben Bibelforscher aus Niederschlema und Lichtenstein-Callberg, die aus Gewissensbedenken der „Wahl“ am 12. November ferngeblieben waren, wurden, mit „Schandschildern“ versehen, Fackeln tragend, von SA.-Leuten durch die Straßen von Niederschlema geführt und dann „zu ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen“.

DER HITLERTERROR.

Teure Wahrheit.

Duessaldorf, 17.11. (INPRESS): Ein 19jaehriges Maedchen aus Emmerich wurde zu 9 Monaten Gefaengnis verurteilt, weil sie einen Brief an einen Freund in Holland geschrieben hatte, der an der Grenze geoeffnet wurde und nach Auffassung des Gerichts "Greuelmeldungen" enthielt.

Hochverratsprozess gegen KPD-Abgeordneten Walter.

Leipzig, 21.11. (INPRESS): Nach Mitteilungen der "Leipziger Abendpost" verhandelte der sechste Strafsenat des Reichsgerichts gegen den Dreher und ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Paul Walter, der der Vorbereitung eines hochverraeterischen Unternehmens beschuldigt wurde. Walter hatte die ihm zur Last gelegten Handlungen nach dem 5. Maerz begangen, nachdem er kurz vorher aus der Schutzhaft entkommen war. Im Jahre 1919 war er an dem Kampf um das Vorwaertsgebaeude beteiligt und wegen Landfriedensbruchs damals zu einer Gefaengnisstrafe verurteilt worden. 1920 trat er zur KPD ueber. Von 1930 bis 1933 war er kommunistischer Reichstagsabgeordneter; bis zum September 1932 Betriebsratsvorsitzender der AEG.

Der Reichsanwalt fuehrte aus, dass es sich bei Walter um einen Spitzenfunktionaer handle, der ausserordentlich wichtige Funktionen gehabt habe. Der Senat erkannte wegen Vorbereitung zum Hochverrat auf 2 Jahre Gefaengnis.

En attendant "l'amnistie",
la terreur s'aggrave.

Dortmund,19 Octobre.- Mme Frieda Schnellenberg,Israélite,a été condamnée à neuf mois de prison par le Tribunal d'exception pour s'être plainte, dans une conversation privée,du sort que sa race subissait en Allemagne.Son interlocuteur,Joseph Dankwart,qui s'était indigné de voir que les chefs nazis vivaient dans le luxe au milieu de la misère générale,a été condamné à la même peine.

Dortmund,19 Octobre.- L'ouvrier mineur Karl Emil Rausch qui avait affirmé que le mystérieux raid aérien au-dessus de Berlin,qui avait eu lieu le 25 Juin,avait été organisé par le gouvernement du Reich et que l'incendie du Reichstag n'était pas l'oeuvre des communistes,a été condamné par le Tribunal d'Exception à deux ans de prison. (INPRESS)

taten Beihilfe geleistet zu haben."

12 Jahre Zuchthaus.

Essen, 9. Aug. In Dortmund wurden ein 23jähriger und ein 20jähriger Arbeiter zu je zwölf Jahren Zuchthaus und je zehn Jahren Ehrverlust verurteilt, weil sie als Mitglieder des Kommunistischen Kampfbundes an einer Schießerei beteiligt waren, bei der in der Nacht zum 23. Februar d. J. ein Polizeibeamter erschossen wurde. Die Angeklagten hatten ausgesagt, daß sie von einem jetzt in das Ausland geflüchteten kommunistischen Funktionär des Kampfbundes gegen den Fascismus bewaffnet worden seien und den Befehl erhalten hätten, SA-Männer zu überfallen.

3 Monate Gefängnis für den Kauf einer verbotenen Zeitung.

dt Hamburg, im Aug. Das Sondergericht für Schleswig-Holstein verurteilte wegen Vertriebs der verbotenen kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" einen Malergesellen sowie einen Arbeiter in Altona zu zwei bzw. eineinhalb Jahren Gefängnis und zugleich einen Nieter wegen Beihilfe zu drei Monaten Gefängnis. Nach der Auffassung des Gerichtes hat sich der Nieter dadurch der Beihilfe schuldig gemacht, daß er durch Zahlung des Kaufpreises für die Zeitung in Höhe von 10 Pfg. die KPD in ihren illegalen Zielen unterstützt hat.

Der Ueberfallene wird verurteilt.

Lübeck, 27. Mai. (Wolff.) In dem Prozeß gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Leber und den Arbeiter Rath wurde heute das Urteil gefällt. Wegen Raufhandels erhielten Dr. Leber ein Jahr acht Monate und Rath ein Jahr Gefängnis. (Leber ist seinerzeit von SA.-Leuten überfallen und schwer verletzt worden. Die Nazi wurden natürlich nicht angeklagt. Red.)

La terreur en Allemagne

Condamnation

Berlin, 21 avril. — Un israélite polonais a été condamné à 18 mois de prison pour avoir tenu des propos sur « les atrocités nationales-socialistes ».

Ein Jahr Gefängnis. Das für den Oberlandesgerichtsbezirk Breslau eingesetzte Sondergericht verurteilte am Sonnabend den 52jährigen Kaufmann Wald aus Berlin wegen Verbreitung von Greuelnachrichten zu einem Jahr Gefängnis. Der Verurteilte hat am 29. März in Görlitz, wo grade die jüdischen Rechtsanwälte aus den Gerichten entfernt wurden, der Frau eines Gasthauspächters erzählt, in Berlin seien zwei Männer begraben worden, von denen dem einen die Augen ausgestochen, der andere verstümmelt worden sei. Die Wirtin, die der N. S. D. A. P. angehört, benachrichtigte ihren Mann, der die Festnahme veranlaßte. Der Verurteilte erklärte bei seiner Vernehmung, daß ihm diese Geschichte von zwei Kunden in einem Café erzählt worden sei.

1½ Jahre Gefängnis für Greuelgeschichten

Das Sondergericht in Moabit verurteilte den 36jährigen Provisionsvertreter Oliner wegen Vergehens gegen den § 3 der Verordnnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März d. J. zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Oliner, der polnischer Staatsangehörigkeit ist, hat am 31. März in einem Laden in der Linienstraße einem Pensionär gegenüber die Aeußerung getan: „Wenn Sie wüßten, wie vielen von uns die Augen ausgestochen und die Finger abgehackt worden sind und wie viele zerstückelt auf dem Friedhof begraben liegen!" Auf den empörten Widerspruch des Pensionärs hatte er noch hinzugefügt: „Durch die Hitler-Regierung ist schon viel Blut geflossen. Wenn Sie für jeden 1 Mark hätten, wären Sie ein reicher Mann!"

Am nächsten Tag setzte sich der Pensionär mit der S.A. in Verbindung und begab sich in Begleitung von vier S.A.-Leuten wieder in den Laden, um nach Oliner zu suchen. Sie fanden ihn auch und forderten ihn auf, seine Aeußerung zu wiederholen. Oliner bestritt, etwas gesagt zu haben, und versetzte einem der S.A.-Leute einen Tritt in den Leib und versuchte zu flüchten. Er wurde jedoch festgenommen.

Vor Gericht blieb er dabei, daß er die ihm zur Last gelegten Aeußerungen nicht getan habe, und hielt seine Behauptung auch aufrecht, als ihm der Pensionär und dessen Frau als Zeugen unter Eid entgegentraten. Der Staatsanwalt bezeichnete die von dem Angeklagten verbreiteten Greuelbehauptungen als so gemein, wie sie vor dem Sondergericht noch nicht vorgekommen wären, ebenso sei auch das Verhalten des Angeklagten, der hartnäckig bei seinem Leugnen bleibe, als strafverschärfend zu berücksichtigen. Hinzu käme, daß der Angeklagte zu den besonders gefährlichen Elementen gehöre, die Greuelbehauptungen vorsätzlich verbreiten. Er beantragte daher zwei Jahre Gefängnis. Auch der Verteidiger stellte sich auf den Standpunkt, daß mildernde Umstände für den Angeklagten nicht zu finden seien, und gab dem Gericht die Entscheidung anheim.

Dr. Leber haftentlassen

LÜBECK, 17. Februar (W. T. B.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Leber, der im Zusammenhang mit dem kürzlich erfolgten politischen Zusammenstoss, bei dem ein Nationalsozialist den Tod fand und er selbst erhebliche Verletzungen erlitt, verhaftet worden war, ist aus der Haft entlassen worden. Er wurde aus dem Lazarett der Strafanstalt in das Katholische Krankenhaus gebracht. Das Oberlandesgericht Hamburg hat der Haftbeschwerde Dr. Lebers entsprochen, weil Fluchtverdacht nicht vorliege da er Mitglied der Lübecker Bürgerschaft und ausserdem Vorstandsmitglied der S. P. D. sei. Die Haftbeschwerde der übrigen drei Verhafteten

Hetz-Zentrale unschädlich gemacht

Kommunistischer Greuelnachrichtendienst ausgehoben.

Berlin, 19. April.

Bei einer überraschenden polizeilichen Razzia wurden während der Osterfeiertage in Schöneberg große Mengen kommunistischer Hetzschriften beschlagnahmt. Eine Anzahl kommunistischer Funktionäre, bei denen eine Fülle von Photographien, die angebliche Greueltaten an Kommunisten und Juden zeigen, gefunden wurden, sind der Polizei zugeführt worden. Die Polizei entdeckte sogar blutige Kleidungsstücke, die die kommunistischen Funktionäre als „Kleidungsstücke der von der S. A. und der Polizei mißhandelten Personen" vorzuzeigen pflegten.

Wie sich herausgestellt hat, ist von der Polizei damit ein kommunistischer Nachrichtendienst ausgehoben worden, der die ausländische Presse seit Wochen mit Greuelmeldungen gespeist hatte.

4 Monate Gefängnis wegen Singens der „Internationale".

‡ **Berlin**, 10. Aug. Vor einem Berliner Schnellgericht wurde heute der 64jährige Schuhmacher Zieslik zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er nachts nach einer Kneiperei auf dem Heimweg die „Internationale" gesungen hatte. Der Vorsitzende erklärte, daß die Strafe milde sei und begründete daß damit, daß in der stillen Straße in der Nacht durch das Singen der „Internationale" ein erheblicher Schaden nicht entstanden und daß der Angeklagte bisher unbestraft sei. In einem anderen Falle müßte die Strafe weit höher ausfallen, denn das Singen derartiger Lieder bedeute eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, gegen die mit strengen Strafen vorgegangen werden müsse.

Allgemeines Schächtverbot in Baden.

† **Karlsruhe**, 25. März. Die badische kommissarische Regierung hat ein allgemeines Verbot des Schächtens erlassen.

*

† **Karlsruhe**, 24. März. Das Schöffengericht hat den Redakteur des hiesigen Organs der Sozialdemokratie, des „Volksfreund", Grünebaum, wegen Beleidigung des Reichskommissars Wagner zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen eines Artikels aus dem Januar, in dem gegen Wagner sehr schwere persönliche Vorwürfe erhoben worden waren.

Die Reichseinnahmen im Februar.

‡ **Berlin**, 24. März. Im Februar betrug das Gesamtaufkommen an Steuern und Zöllen 483.9 Mill. gegen 559.1 im Februar v. J. In den ersten elf Monaten des Etatjahres sind bisher 6078.6 Mill. aufgekommen gegenüber einem Voranschlag für das Gesamtjahr von 7464.3 Mill. Gegenüber elf Zwölfteln

Ein Rekord Thüringens.

Weimar, 16. August. Nach einer amtlichen Mitteilung sind vor dem thüringischen Sondergericht für politische Straftaten bis jetzt rund elfhundert Strafverfahren anhängig gemacht worden. Außerdem sind noch zahlreiche Strafprozesse, die politische Delikte betreffen, bei den ordentlichen Gerichten anhängig, und schließlich sind zahlreiche Personen ohne jedes Gerichtsverfahren inhaftiert. Die Zahl der Bewohner Thüringens, die in den letzten drei Monaten wegen politischer Delikte von den Gerichten verfolgt worden sind und noch verfolgt werden, beträgt mehr als zweitausendzweihundert, die Zahl der in Konzentrationslagern befindlichen „staatsfeindlichen Elemente" ist unbekannt. Dabei zählt ganz Thüringen nur rund 1·6 Millionen Einwohner. Rechnet man die Kinder und die Greise ab, so ergibt sich, daß gegen jeden fünfhundertsten Thüringer, ob Mann oder Frau, ein Sondergerichtsverfahren anhängig ist.

W. Tgb. 4b

17.8.33.

...ins Augusta-Hospital geschafft werden.

Festnahme wegen Verbreitung von Greuelnachrichten

Bei der ehemaligen Stenotypistin der „Roten Hilfe", der hier in Schutzhaft befindlichen Selma D., ist, wie die Polizeipresse stelle meldet, ein „Situationsbericht über den Bezirk Schlesien" gefunden worden, der in der Hauptsache sensationsmäßig aufgebauschte, unwahre Angaben über Greueltaten der SA. in Schlesien enthält. Danach soll eine große Anzahl von Arbeitern verschleppt und dann erschlagen, irgendwo verscharrt oder ins Wasser geworfen sein. Die Zahl der Toten wird mit 15 angegeben. Kommunisten sollen die Augen ausgestochen worden sein usw.

Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß diese Greuelnachrichten völlig aus der Luft gegriffen sind. Sie sollen der Stimmungsmache gegen das nationale Deutschland dienen. Es beweisen, daß von derartiger Lügenpropaganda nichts zu halten ist. Der Schreiber dieses Situationsberichts ist der Bezirksekretär der „Roten Hilfe", Jakob Huber. Er konnte inzwischen in München festgenommen werden.

Neue Bresl. Ztg.

16.V.33

Der Arbeiter Kurt Aßmann wurde vom Liegnitzer Schöffengericht zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er aus einem Schrebergarten eine größere Menge Birnen gestohlen hatte, die er nachher verkaufte.

Die 40jährige Martha Becker in Neurode stürzte beim Ueberschreiten des Mühlgrabens in den Graben und erlitt einen Beinbruch. Infolge einer Infektion der Wunde durch den Schlamm des Mühlgrabens ist die Verunglückte im Knappschaftskrankenhaus gestorben.

Neue Bresl. Ztg.

16.V.33

...lebt.

Mannheim Volksstimme 17.2.33

Leber aus der Haft entlassen

SP. Lübeck, 17. Febr. (Eig. Drahtb.) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Leber ist am Donnerstagnachmittag aus der Haft entlassen worden. Vor dem Gefängnislazarett wurde er von einer großen Schar von Anhängern, die auf die Nachricht von seiner bevorstehenden Freilassung zusammengeströmt waren, stürmisch begrüßt und gefeiert. Leber begab sich sofort ins Krankenhaus. Die Verletzungen, die er bei dem nächtlichen Zusammenstoß am 1. Februar davongetragen hat, sind noch recht erheblicher Art. Die beiden Nationalsozialisten und der Reichsbannermann, die seinerzeit wegen des Zusammenstoßes zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten ebenfalls festgenommen wurden, bleiben vorläufig in Haft.

Urteil im Prozeß Dr. Leber-Rath

SPD Lübeck, 27. Mai.

In dem Prozeß gegen Dr. Leber und den Arbeiter Rath wurde heute nach mehrstündiger Beratung das Urteil gefällt. Wegen Raufhandels erhielten Dr. Leber ein Jahr acht Monate Gefängnis und Rath, dem die Untersuchungshaft angerechnet wird, ein Jahr Gefängnis. Die Anklage auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang wurde fallen gelassen.

Neue Bresl. Ztg.

28.V.33

Die täglichen Schreckensurteile

34½ Jahre Kerker gegen 6 Kommunisten.

Das Elbinger Schwurgericht verurteilte 6 Kommunisten zu insgesamt 34½ Jahen Zuchthaus bezw. Gefängnis unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf längere Zeit. Die Verurteilten waren beschuldigt, sich am 13. März ds. Js. an einem Ueberfall auf SA.-Männer beteiligt zu haben. Obwohl der Nachweis der Schuld nicht einwandfrei erbracht werden konnte, hatte der Anklagevertreter sogar insgesamt 56½ Jahre Zuchthaus beantragt.

***

21 Jahre Zuchthaus und Gefängnis für [illegible] von Provokateuren.

Das Berliner Sondergericht verurteilte [illegible] Komunisten Maly wegen gemeinschaftlicher politischer Brandstiftung zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, den Angeklagten Gerwart zu fünf Jahren Gefängnis und den Angeklagten Schelk wegen Unterlassung der Anzeige einer ihm bekannten strafbaren Handlung zu drei Jahren Gefängnis. Gegen Maly war die Todesstrafe beantragt worden. Die Angeklagten waren Provokateuren zum Opfer gefallen und hatten einen Getreideschober angezündet bezw. davon gewußt.

Vom 29. IV. 33.

Gefängnis für Greuelmärchen

Zwei Urteile des Sondergerichts

Wegen Verbreitung von Greuelnachrichten verurteilte das Sondergericht in Moabit den 29jährigen Verkäufer Martin Hein zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, drei Monaten. Hein hatte verbreitet, in dem Parteilokal der N.S.D.A.P. in der Hedemannstraße seien 150 festgenommene Kommunisten gezwungen worden, Rizinusöl zu trinken, das Leichenschauhaus in Berlin sei ganz mit jüdischen Leichen gefüllt. Schließlich hatte er noch behauptet, ein junger jüdischer Mann sei nachts von S.A. aus seiner Wohnung geholt und durch 16 Messerstiche schwer verletzt worden. Das Sondergericht betonte bei der Verurteilung, daß gegen die Verbreitung so gemeiner Behauptungen mit ganz besonderer Energie vorgegangen werden müsse.

Wegen eines Gesprächs in der Stadtbahn war der 35jährige Lagerist Richard Schwarze angeklagt, der in der Stadtbahn einem Bekannten mit lauter Stimme erzählte: „Wenn ich erzählen würde, was alles totgeschlagen wird, würden Ihnen die Haare zu Berge stehen, und Hoffmann haben sie die Finger abgehackt." Der Angeklagte erklärte, er habe gedankenlos die Aeußerungen getan. Hoffmann gehöre zu seinem Bekanntenkreis und sei in Schutzhaft genommen worden. An diese Tatsache hätte sich in der ganzen Nachbarschaft die Behauptung geknüpft, es seien ihm die Finger abgehackt worden. Der inzwischen aus der Schutzhaft entlassene Hoffmann war als Zeuge zu der Verhandlung erschienen und konnte durch Vorzeigen seiner gesunden Hände das Greuelmärchen zunichte machen.

Der Zeitungsausträger Emil Mandelkow hatte beim Austragen von Zeitungen gesprächsweise einem Zeugen gegenüber geäußert, ein Rabbiner sei am Schönhauser Tor totgeschlagen worden. Einen anderen Mann habe man zum Krüppel geschlagen. Er bekomme aber jetzt von der N. S. D. A. P. Geld, damit er schweige. Als der Zeuge bei einer anderen Gelegenheit den Angeklagten zur Rede stellte und darauf hinwies, daß überall Ruhe und Ordnung herrsche, erklärte Mandelkow, er kenne noch viele andere Greueltaten, und fügte hinzu, Reichskanzler Hitler sei österreichischer Deserteur und Ueberläufer. Vor dem Sondergericht gestand er ein, die ihm zur Last gelegten Aeußerungen getan zu haben. Er wurde zu einem Jahr, sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Urteil gegen Ministerialamtmann Engel

Wegen der Veruntreuungen und Durchstechereien im Auswärtigen Amt, die seit einigen Wochen in einem großen Prozeß die Erste Strafkammer des Landgerichts I beschäftigen, wurden die Angeklagten wie folgt verurteilt: Der Ministerialamtmann Hugo Engel wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung und fortgesetzter Verleitung zur Amtsunterschlagung, fortgesetzter Hehlerei, fortgesetzter passiver Bestechung, fortgesetzter gemeinschaftlicher schwerer Urkundenfälschung und fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges zu insgesamt drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, der Oberregierungssekretär Georg Sommer wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, der Regierungsoberinspektor Karl Zellmer wegen fortgesetzter passiver Bestechung und fortgesetzter gemeinschaftlicher schwerer Urkundenfälschung zu fünf Monaten Gefängnis und zum Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von drei Jahren, der Filialvorsteher des Mitteleuropäischen Reisebüros Ernst Fritzsche wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher schwerer Urkundenfälschung und fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges zu vier Monaten Gefängnis. Die Ehefrau des Angeklagten Sommer, die unter der Anklage der Hehlerei stand, wurde freigesprochen.

Die Unterschlagungen bei der Landesaufnahme

Das endgültige Urteil

In dem Prozeß um die Riesenunterschlagungen bei der Reichsanstalt für Landesaufnahme erging heute nach 34tägiger Verhandlung, von denen allein zwei Tage der Beratung des Gerichts gewidmet waren, das Urteil gegen die angeklagten Beamten. Durch Reichsgerichtsurteil war 1932 die Verurteilung des Regierungsoberinspektors Artur Blum zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust wegen fortgesetzter schwerer Amtsunterschlagung bestätigt worden. Das Urteil gegen die anderen drei Angeklagten, Verwaltungsamtmann Wladislaw Wolff und die Regierungsinspektoren Richard Baer und Alfred Wendt, die zu je 4½ Jahren Zuchthaus bzw. zu je 2 Jahren Zuchthaus verurteilt waren, wurde aufgehoben.

In der neuen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I, in der 116 Zeugen und fünf Sachverständige vernommen wurden, wurden die Vorgänge nochmals eingehend erörtert. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß sie gemeinsam in der Zeit von 1924 bis 1930 insgesamt 350 000 Mark unterschlagen haben. Auf Grund des geführten Indizienbeweises der Staatsanwaltschaft sah die Strafkammer die Angeklagten für überführt an. Der Angeklagte Wolff wurde wegen fortgesetzter Beihilfe zu fortgesetzter schwerer Amtsunterschlagung und fortgesetzter Hehlerei zu vier Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von einem Jahr sechs Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Gegen Baer und Wendt wurde auf eine Zuchthausstrafe von je einem Jahr zehn Monaten wegen fortgesetzter Beihilfe zur fortgesetzten schweren Amtsunterschlagung erkannt.

beck ergänzte diese D
keitsbericht. Der Bund
lion Mark Unterstütz
und unterhält in Preu
beschädigten und Krieg
400 000 Köpfe. Pflege
zu Wehrhaftigkeit und
die Schuldlüge, gegen
tigsten Aufgaben des
a. D. von Gottbe
für die Potsdamer Tag
tausende alter Krieger
sammeln wird.

DER HITLERTERROR.

Noch mehr Schweigen.

Berlin, 17.11. (INPRESS): Das Propagandaministerium hat der deutschen Presse den Befehl erteilt, ueber die Verhaftung politischer Gegner nur noch kurz, an unauffaelliger Stelle und nicht allzu oft zu berichten.

In der "herrlich geeinten Nation" darf nicht allzu oft mitgeteilt mitgeteilt werden, dass trotz des blutigsten Terrors die Unruhe keineswegs erstickt ist.

Frankft. Ztg 7-6-34

Nummer 284 Seite 2

KURZE MELDUNGEN

Bei einem Schulungskursus der Deutschen Arbeitsfront in Königswusterhausen teilte Dr. Ley mit, daß die Arbeit in den Betrieben künftig mit einem Appell beginnen und mit einem Appell schließen werde. Bei dem Morgenappell solle ein Losungswort für den Tag gegeben werden.

*

Das Sondergericht in Hamm verhängte gegen Hörer des Moskauer Senders empfindliche Strafen. Es hatten sich ein Mann und sein Sohn zu verantworten, die in ihrer Wohnung in Gemeinschaft mit früheren Gesinnungsgenossen Moskauer Rundfunksendungen abgehört hatten. Der Vater erhielt 18 Monate, der Sohn 15 Monate Gefängnis.

*

Ein Arbeitslager für Kirchenmusiker soll demnächst, wie auf der Arbeitstagung des Reichsverbandes evangelischer Kirchenchöre in Wörlitz (Anhalt) mitgeteilt wurde, eingerichtet werden, um Pfarrer, Organisten und Kantoren in halbjährlichen Kursen in zeitgemäßer Weise liturgisch-musikalisch zu schulen.

*

...rlegungen durch einen instruktiven Tätig-
...zahlte bisher jährlich über eine halbe Mil-
...igen an Kameraden, Witwen und Waisen
...ßen fünf Kriegerwaisenhäuser; die Kriegs-
...hinterbliebenen des Bundes zählten allein
...der Kameradschaft, Erziehung der Jugend
...zu vaterländischer Gesinnung, Kampf gegen
...Marxismus und Pazifismus seien die wich-
...Bundes. Schließlich gab Generalmajor
...g einen Ausschnitt aus dem Programm
...ung, die vom 30. Juni bis 4. Juli Zehn-
...in Preußens schönster Soldatenstadt ver-

...ösung
...den-
...hrend
...tiellen
...nd zu
...hlung
...: etwa
...einem
...jedoch,
...derfall
...Groß-
...in den
...ationen

Strafmaßregeln für die Zerstörung der Hindenburg-Eiche

Kommunisten als Täter festgestellt

Die Pressestelle des Staatsministeriums teilt mit:

Die am Tage der nationalen Arbeit auf dem Tempelhofer Feld gepflanzte Hindenburg-Eiche wurde in der Nacht zum 27. 7. von Kommunisten zerstört.

Das Geheime Staatspolizeiamt hat als Gegenmaßregel angeordnet, daß sämtlichen kommunistischen Schutzhäftlingen für drei Tage die Mittagsmahlzeit entzogen wird. Den Schutzhäftlingen ist diese Maßregel im Hinblick auf den an der Hindenburg-Eiche verübten Frevel zu eröffnen.

*

Wiedereinführung des Schandpfahles.

BRAUNSCHWEIG, 8. Juli. — Die Bewohner von Wernigerode im Harz waren heute morgen nicht wenig überrascht, als sie auf dem Marktplatz einen Pranger errichtet sahen. Gleichzeitig wurde der Bevölkerung, nach dem «12 Uhr-Blatt» mitgeteilt, daß jeder, der den Kanzler beleidigt, oder sich Handlungen zuschulden kommen läßt, welche gegen die öffentliche Ordnung gehen, einen ganzen Tag lang an diesen Schandpfahl gebunden werde.

Greuelpropaganda durch Briefe aus dem Gefängnis

Der seltene Fall, dass ein Angeklagter aus dem Gefängnis heraus Greuelpropaganda getrieben hat, bildete die Grundlage einer Verhandlung vor dem Berliner Sondergericht am Montag. Der Kaufmann Walter Köppe, der in Plötzensee eine Betrugsstrafe verbüsst, hat aus dem Gefängnis heraus an seine Braut, die gleichfalls angeklagte Stenotypistin Hildegard Freund, Briefe gerichtet, in denen er die gemeinsten und dümmsten Greuelmärchen behauptete. Auch die Freund hat in entsprechender Weise geantwortet. Die Briefe wurden jedoch kontrolliert, und so gelang es, die beiden Schädlinge zu fassen. Köppe wurde heute zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, die Freund, die sofort im Gerichtssaal verhaftet wurde, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Strafmaßnahmen wegen Zerstörung einer Hitlereiche.

ft Essen, 30. Sept. In Krefeld wurde in der Nacht zum 27. September die Krone einer Hitler-Eiche im Stadtwald abgebrochen. Nach einer Mitteilung des Krefelder Polizeipräsidenten sei die Tat ohne Zweifel auf kommunistische Dunkelmänner zurückzuführen. Der Polizeipräsident habe daher angeordnet, allen marxistischen Schutzgefangenen im Gefängnis von Krefeld und Anrath, die aus Krefeld-Uerdingen stammen, für drei Tage das Mittagessen zu entziehen. Das Gleiche gilt für diejenigen, die im Laufe des Oktober in Schutzhaft kommen, falls sie die Symbole der Regierung verletzt haben.

Vengeance imbécile

Essen, 2 octobre. — Des inconnus ayant abattu, à Krefeld, le faite d'un « chêne de Hitler », le préfet de police a déclaré que c'était « sans aucun doute, l'œuvre des communistes » et a ordonné, en conséquence, de priver, pendant trois jours, de déjeuner, tous les détenus marxistes des prisons de Krefeld et d'Anrath, qui sont ressortissants de la région. — (*Inpress.*).

Menschen als Geisel für Hitler-Eichen.

Berlin, 30. Mai. Wie der „Völkische Beobachter" berichtet, wurden in der letzten Zeit eine Anzahl zu Ehren Hitlers in verschiedenen Orten gepflanzte Eichen beschädigt. Da es nicht möglich war, die Täter zu fassen, hat nunmehr der württembergische Justizminister angeordnet, daß an den in den betreffenden Orten ansässigen Führern der Linksparteien Vergeltungsmaßnahmen zu üben sind. Der „Völkische Beobachter" sagt jedoch nicht, welcher Art diese Maßnahmen sind.

Das Volk gegen den Terror.

Landau(Pfalz)-(DM) Bei den Festungsbauten in der Gegend von Zweibruecken-Landau sind fremde Arbeiter zu Tausenden eingesetzt worden. In der Gegend von Thaleischweiler liegen viele Norddeutsche. Zwischen ihnen und oertlichen SA-Leuten kam es am 12.Juli zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen der SA-Mann Willi Schweitzer den Tod fand. Die Naziformationen sperrten daraufhin den ganzen Ort ab und nahmen einen Berliner Arbeiterfest. Sie verdaechtigen ihn, den SA-Mann erstochen zu haben. Die auswaertigen Arbeiter wurden gezwungen, sich an der Beerdigung des SA-Mannes Schweitzer zu beteiligen.

Kiel-(DM) An einer Hochbruecke ist von Arbeitern ein uniformierter Nazi im Strassengraben tot aufgefunden worden. Der Mann war erschossen, aber eine Pistole ist nicht bei ihm gefunden worden, so dass kaum Selbstmord vorliegen duerfte.

Großer Spionage-Prozeß

Vor dem 1. Straffenat des Oberlandesgerichts in Breslau begann am Dienstag ein Prozeß für den eine Dauer von drei Tagen vorgesehen war.

Angeklagt ist der 1909 in Wüsten in Lippe geborene frühere Angehörige der Reichswehr Hans Schwabedissen. Es werden ihm drei Verbrechen gegen § 1 des Spionagegesetzes zur Last gelegt. Die Spionage wurde zugunsten Frankreichs, der Tschechoslowakei und Polens begangen. Weiter ist Schw. des unbefugten Besitzes von Heeresgut und der Uebertretung gegen das Waffengesetz angeklagt.

Der Angeklagte wurde in Detmold am 19. März 1932 verhaftet. Die Haft hat er durch eine zweimalige Strafverbüßung von je drei Wochen Gefängnis wegen Unterschlagung, schwerer Urkundenfälschung und Betruges unterbrechen müssen. Am 1. Januar 1930 trat Schw. bei der Reichswehr ein.

Außer 25 Zeugen waren ein militärischer und zwei medizinische Sachverständige geladen worden. Zwei Zeugen wurden aus dem Zuchthaus vorgeführt, in dem sie eine Strafe wegen Spionage zu verbüßen haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Nach dreitägiger Verhandlung wurde der Angeklagte vom Straffenat wegen Spionage zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Was in Deutschland bestraft wird

Den « Basler Nachrichten » wird gemeldet: Das badische Sondergericht in Mannheim hatte sich mit zwei Fällen der Einfuhr der in Deutschland verbotenen Basler « Arbeiterzeitung » zu beschäftigen. Angeklagt waren der 24jährige Kaufmann Ernst Petersen und der 21jährige Arbeiter Wilh. Kölbele aus Freiburg i. Breisgau, die am 9. Mai mit der Straßenbahn von Basel nach Lörrach fuhren, wo bei ihnen anläßlich der Grenzkontrolle je eine Nummer der « Arbeiterzeitung » gefunden wurde. Wegen Einführung einer verbotenen ausländischen Zeitung erhielt Kölbele sechs Monate, Petersen vier Monate Gefängnis. Die gleiche Strafe von sechs bezw. vier Monaten Gefängnis erhielten 2 junge Leute aus Wolfenweiler bezw. Waltershofen, die im Bezirk Müllheim Handzettel verbreitet hatten, die gegen die Regierung Hitler gerichtet waren.

Sie gehören zum Volke!

BT 7.134

Ministerpräsident Göring schützt die entlassenen Schutzhäftlinge

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst" mitteilt, hat der preussiche Minister aus Anlass der Weichnachtsamnestie zum Ausdruck gebracht, dass die Schutzhäftlinge, die nunmehr zur Entlassung gekommen sind, sich nicht als Ausgestossene betrachten sollen, sondern sich bemühen müssen, den Weg zur Volksgemeinschaft zurückzufinden. In der Durchführung dieses Vorsatzes darf auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei den Entlassenen seitens der Behörden und der Oeffentlichkeit keine besondere Schwierigkeit bereitet werden. Der Zweck der grossen Entlassungsaktion wird jedoch erst dann vollständig erreicht werden, wenn überall im Sinne des Wunsches des preussischen Ministerpräsidenten die entlassenen Schutzhäftlinge als vollgültige Volksgenossen behandelt werden.

Wie das Geheime Staatspolizeiamt hierzu bemerkt,

dürfen selbstverständlich alte verdiente Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung, insbesondere die Angehörigen der SA und SS, durch Massnahmen zugunsten der früheren politischen Gegner nicht benachteiligt werden.

Die Abtragung der Dankesschuld gegenüber den Leuten, die dem Nationalsozialismus unter grossen Opfern zum Siege verholfen hätten, bleibe nach wie vor die vornehmste Aufgabe des neuen Staates. Jedoch werde auch gerade bei den alten Nationalsozialisten Verständnis dafür bestehen, dass der Sieg erst dann vollkommen sei, wenn alle, auch die früheren Gegner, für den nationalsozialistischen Volksstaat gewonnen seien. Verfehlt würde es daher sein, die entlassenen Schutzhäftlinge von den Organisationen des neuen Staates grundsätzlich und für alle Zeit fern zu halten; denn es komme entscheidend darauf an, sie mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus vertraut zu machen und sie zu deutschen Menschen zu erziehen. Die in den Konzentrationslagern begonnene Erziehungsarbeit an den Häftlingen könne nur dann wirkungsvoll weiter geführt werden, wenn den Entlassenen zum Bewusstsein komme, dass sie nach ihrer Rückkehr in die Freiheit nicht sich selbst überlassen blieben, sondern ungeachtet ihres früheren volksfeindlichen Verhaltens nunmehr als Mitglieder der neuen Volksgemeinschaft gälten.

Der preussische Ministerpräsident will nicht, dass diese Volksgenossen nur deshalb, weil sie in einem Konzentrationslager waren, benachteiligt werden sollen, so dass ihnen z. B. die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses nur allein aus dem Grunde unmöglich gemacht wird, weil sie ehemalige Schutzhäftlinge sind.

Es wird erwartet, dass schon die örtlichen Dienststellen im Bewusstsein ihrer Verantwortung als Organe des nationalsozialistischen Staates den früheren Häftlingen Förderung und Unterstützung angedeihen lassen.

Das Verständnis für die Durchführung der Absichten des preussischen Ministerpräsidenten wird bei der Beamtenschaft, die sich mit den Entlassenen zu befassen hat, vorausgesetzt. Durch das Beispiel der Behörden und ihrer Beamten müsse dann in allen beteiligten Kreisen der Sinn für die Pflicht zur Mithilfe auch bei diesem Teil des Aufbauwerkes am neuen Reich geweckt werden.

Die Fürsorge für die entlassenen Häftlinge sei am wirksamsten durchzuführen, wenn sie bereits bei den untersten Organen des Staates einsetze und von dort in das Volk hinausgetragen werde. Die Aufsichtsbehörden hätten deshalb nicht nur darüber zu wachen, dass die Beamten in dieser Hinsicht ihre Pflicht erfüllten, sondern dass überhaupt auf einer Stelle durch die Ausserachtlassung dieser Richtlinien das Erziehungswerk Adolf Hitlers sabotiert werde.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Ausgabe)

la stabilisation du dollar.

LA POLITIQUE DES ÉTATS-UNIS

Le gouvernement américain déclare « inopportune » une stabilisation temporaire

La délégation américaine a communiqué, jeudi après-midi, à la presse la déclaration suivante :

Une importance exagérée a été attachée à l'étude du plan de stabilisation temporaire de fait des devises. En fait, ce plan n'a jamais été du ressort de la délégation. Il a été examiné par les représentants des Trésoreries et des banques centrales des Etats-Unis, de la Grande-Bretagne et de la France, le docteur Sprague ayant été spécialement délégué pour représenter la Trésorerie américaine.

TEMPS **RÉPUBLIQUE ARGENTINE** 18.IV.37

Mystérieux assassinat d'un chef nazi

On télégraphie de Buenos-Aires :

L'Allemand Joseph Riedel, chef d'une organisation nationale-socialiste locale, a été tué dans la nuit de dimanche à lundi dernier, dans le village de Ballester, province de Buenos-Aires. A la requête de l'ambassade d'Allemagne, une enquête a été ordonnée, en vue d'établir les causes du meurtre, ainsi que l'examen du cadavre par les médecins légistes.

Selon un professeur allemand de Buenos-Aires, Joseph Riedel était chargé de recueillir de l'argent officiellement destiné au Secours d'hiver allemand, mais qui, en réalité, allait alimenter la caisse de la propagande nationale-socialiste en Argentine.

Un groupe d'ouvriers allemands nazis de Ballester demandèrent un entretien à Riedel pour qu'il leur rendît compte des sommes qu'il avait perçues. Une violente discussion s'ensuivit, au cours de laquelle Riedel brandit un revolver. Les autres tentèrent de le désarmer, mais une balle partit, blessant Riedel au ventre.

L'émotion en Allemagne

On télégraphie de Berlin :

Le ministre Rudolf Hess, représentant permanent du Führer, a adressé au groupe de l'Argentine de l'organisation du parti national-socialiste à l'étranger un télégramme exprimant ses condoléances à l'occasion du « lâche assassinat » de M. Riedel.

M. Bohle, chef de l'organisation du parti national-socialiste à l'étranger, a publié de son côté un appel, qui dit notamment :

« Joseph Riedel, comme Wilhelm Gustloff et comme l'Allemand assassiné à Barcelone, est entré dans les rangs de ceux qui, loin de leur patrie, ont dû payer de leur vie leur fidélité au Reich national-socialiste. »

D'autre part, M. Bohle a ordonné qu'à l'occasion de l'assassinat de M. Riedel, tous les services en Allemagne de l'organisation du parti national-socialiste à l'étranger prennent le deuil jusqu'au 19 avril et mettent leurs drapeaux en berne.

Enfin, M. von Neurath, ministre des affaires étrangères, a prié par télégramme l'ambassadeur d'Allemagne à Buenos-Aires de transmettre ses condoléances à la veuve du « chef de bloc » Riedel, et à la direction du parti national-socialiste à Buenos-Aires.

On précise à Berlin que M. Joseph Riedel était chef de groupe de l'organisation de Buenos-Aires des Allemands à l'étranger.

Le chef des nazis de Buenos-Ayres a été assassiné

POPULAIRE — 17.IV.37

Buenos-Aires, 16 avril. — L'Allemand Joseph Rieder, chef des « Allemands à l'étranger » pour Buenos-Aires, a été tué la nuit dernière dans le village de Ballester, province de Buenos-Aires, au cours d'une discussion avec d'autres Allemands nationaux-socialistes qui, dit-on, lui reprochaient d'avoir détourné des fonds appartenant au parti. Rieder tira un revolver mais un de ses compagnons tira sur lui et le tua.

La police se montre réservée sur ce meurtre et aucun journal ne s'est jusqu'ici occupé de l'affaire.

ooo

Berlin, 16 avril. — La presse allemande de l'après-midi publie de longues dépêches sur le meurtre de Joseph Rieder tué à Ballester. Elle voudrait y impliquer les adversaires politiques du nazisme.

M. Rudolf Hess, représentant du Fuehrer, a adressé à l'organisation des nazis en Argentine un télégramme de condoléances.

Le vol serait le mobile du crime

Buenos-Aires, 16 avril. — Selon de nouveaux renseignements fournis par le commissariat du village de San Martin, le meurtre de l'Allemand Rieder n'a pas eu d'autre mobile que le vol. L'attentat a été commis dimanche à 21 h. 30 dans le corridor de la maison de la victime, celle-ci a succombé lundi matin à l'hôpital.

TEMPS **ALLEMAGNE** 7.V.38

Arrestations et suicides en Autriche

On mande de Vienne à l'agence Radio :

Le docteur Wichtl, médecin de la prison de Garsten, qui s'était attiré l'inimitié des nationaux-socialistes incarcérés dans cette prison, vient d'être arrêté et révoqué. Il s'est d'ailleurs créé officiellement, dans la Haute-Autriche, une association des anciens prisonniers nationaux-socialistes de Garsten.

La *Neue Freie Presse* annonce la mort de M. Karl Hirsch, directeur de la compagnie autrichienne de linoléum et de cuir artificiel, qui s'est suicidé il y a quelques jours.

On apprend, d'autre part, l'incinération de M. Moritz Sternberg et de sa femme, qui se sont suicidés en même temps il y a quelques jours.

Un incident tragique s'est produit mercredi après-midi à Linz, devant le café Gœthe. Un grand négociant en farine, Robert Werner, un juif, s'était jeté par la fenêtre de son appartement dans la rue au moment où il allait être arrêté pour fraude fiscale. Dans sa chute, il a écrasé un ouvrier qui se tenait debout dans la rue sous la fenêtre.

Werner n'a eu qu'une fracture de la cuisse, tandis que l'ouvrier a été mortellement blessé.

Die deutsche Schandjustiz.

Berlin, 22. Mai. Von der Oeffentlichkeit fast unbeachtet, fällen die nach der Machtergreifung Hitlers eingerichteten Sondergerichte die unerhörtesten Urteile. Hier ein paar Beispiele aus der letzten Zeit:

Der 31jährige Arbeiter Erich Ohlendorf wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er — vor der Machtergreifung der Nazi — das Abzeichen des deutschen Arbeitersamariterbundes getragen hat.

Der 28jährige Schmied Otto Trog aus Schöningen hat am 18. März unter dem Rockkragen, also nicht ohne weiteres sichtbar, das Drei-Pfeile-Abzeichen getragen. Strafe: zehn Monate Gefängnis.

Die 43jährige Wäscherin Henriette Junge antwortete, als ein Nazi sie mit „Heil Hitler!" begrüßte, unüberlegt mit „Heil Moskau!" Als der Nazi sie mit drohenden Worten zur Rede stellte, sagte sie: „Ich werde niemals „Heil Hitler" sagen, denn die Hitler-Leute haben gemordet und sperren ihre politischen Gegner ein." Das Sondergericht verurteilte sie „wegen besonders gemeiner Gesinnung" zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis.

Der 29jährige Zimmermann Karl Schumann aus Calvörde wurde angeklagt, weil er in einer Gastwirtschaft gesagt haben soll, der Verzicht Adolf Hitlers auf sein Reichskanzlergehalt sei ein Schwindel. Der Angeklagte schwor hoch und heilig, daß er diese Aeußerung nicht getan habe. Das Gericht erklärte, durch sein Leugnen beweise er, daß er sozialdemokratischer Gesinnung sei und verurteilte ihn zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.

ils doivent immédiatement démissionner. L'Humanité 10.V.37

Le "réveil" de l'Allemagne

— Le chef du parti national-socialiste de la région d'Essen et les chefs des troupes d'assaut et des formations de protection racistes, invitent publiquement les membres des partis communiste et social-démocrate à livrer dans un délai de 48 heures toutes les armes qu'ils peuvent encore détenir et à dénoncer tous les dépôts d'armes clandestins qu'ils peuvent connaître. Celui qui ne donnera pas suite à cet appel sera jugé traître à la patrie e la « colère du peuple se tournera contre lui ».

— Au cours d'une perquisition opérée ces jours-ci dans un immeuble syndical de Berlin, on a trouvé dans une cave seize caisses remplies de livres et manuscrits ayant appartenu à Rosa Luxembourg. Les caisses ont été mises sous scellés.

— Olaf Larsen, journaliste norvégien qui appartient au parti socialiste, a été arrêté à Warnemunde, à la suite de la publication dans le journal norvégien *Nordtys* d'un article jugé tendancieux par les autorités allemandes.

— Le *Regensburger Anzeiger*, organe de l'ancien président du Conseil bavarois, M. Heldt, a été interdit pour trois jours pour avoir publié un article désobligeant pour le nouveau gouvernement bavarois.

20.000 volumes vont être brûlés en place publique

Berlin, 9 mai. — Le nombre des livres confisqués à Berlin par la commission des étudiants, qui mène une lutte contre l'esprit non allemand, s'élève à 20.000 environ. Tous ces ouvrages seront brûlés demain soir en auto-dafé sur la place de l'Opéra.

Le "réveil" de l'Allemagne

— Le Tribunal de Karlsruhe a condamné à neuf jours de prison un employé de banque qui n'avait pas levé le bras au moment où l'on jouait l'hymne hitlérien. C'est la première condamnation prononcée pour manque de respect à l'hymne national-socialiste.

TEMPS **RÉPUBLIQUE ARGENTINE** 19.IV.37

Le meurtre de l'Allemand Riedel

On télégraphie de Buenos-Aires :

Selon de nouveaux renseignements fournis par le commissariat du village de San Martin, le meurtre de l'Allemand Riedel n'a pas eu d'autre mobile que le vol.

L'attentat a été commis dimanche à 21 h. 30 dans le corridor de la maison de la victime. Celle-ci a succombé lundi matin à l'hôpital.

On annonce, d'autre part, de Berlin, que M. Eduardo Labougle, ambassadeur d'Argentine près du Reich, a rendu visite au chef du protocole à titre purement privé, et lui a exprimé ses regrets au sujet de la mort de l'Allemand Riedel.

Wenn man sich abfällig über den Herrn Reichskanzler äußert.

München, 23. April. ag. Das Sondergericht verurteilte fünf Angeklagte, die sich teils öffentlich, teils privat abfällig über den Reichskanzler geäußert hatten, zu einem Jahr, 6 Monaten, 5 Monaten und zweimal je 3 Monaten Gefängnis.

Blutige Zwangsrekrutierung.

Gelsenkirchen-(DM) In Gelsenkirchen-Schalke ist es Mittwoch morgen um 11 Uhr bei Zwangsrekrutierungen von Mannschaften zu einem blutigen Handgemenge gekommen, bei dem ein Unteroffizier erstochen, 2 Arbeiter erschossen und 7 Soldaten und Arbeiter so schwer verwundet wurden, dass sie ins Krankenhaus transportiert werden mussten.

Deutsche Informationen. Paris, 17. September 1938.

Le martyre d'un avocat berlinois

Londres, 21 novembre. — Le *Daily Herald* a obtenu des renseignements sur le sort du Dr Hans Litton, avocat berlinois éminent, qui a plaidé, du côté des républicains, dans bien des procès politiques et qui fut arrêté la nuit de l'incendie du Reichstag.

Le docteur Litten s'adressa à Hitler exprimant le désir de comparaître en qualité de témoin dans le procès de l'incendie du Reichstag ; cette démarche lui valut d'être enfermé dans un camp de concentration où il fut cruellement torturé. Les nazis s'acharnèrent sur lui, voulant obtenir des renseignements sur les personnalités politiques qu'il avait défendues. Devant son refus, les bourreaux hitlériens le brutalisèrent à un tel point que sa guérison est improbable.

A deux reprises, le Dr Litton a essayé de mettre fin à ses jours. Transporté dans un hôpital, il y fut traité par un médecin qui dit textuellement que le malade ne devait pas mourir tant qu'il n'aurait pas livré ses secrets.

Actuellement, le Dr Litton se trouve de nouveau dans un camp de concentration; il y est alité et réclame continuellement du poison. (*Inpress.*)

Ein Schutzhaftlager wird gezeigt.

Berlin, 24. Mai. (Tel.-Komp.) Das preußische Staatsministerium hat gestern eine Anzahl Auslandpressevertreter zu einem Besuch des Staatsgefängnisses in Sonnenburg eingeladen, in dem zurzeit ausschließlich politische Schutzhäftlinge untergebracht sind. Darüber berichten heute die Berliner Blätter, die Gefängnisleitung verfolge den Grundsatz, dem Aufenthalt der Inhaftierten, unter denen sich die Schriftsteller v. Ossietzki und Erich Mühsam, die kommunistischen Abgeordneten Kasper, Schneller und Dr. Litten befinden, den Strafcharakter zu nehmen und die Eigenart eines Zuchthauses nicht in Erscheinung treten zu lassen. Die Sträflinge lebten daher kaum anders als in einer Kaserne. Tagsüber spielen sich sowohl der Arbeitsdienst als auch die Freizeit in größeren Gemeinschaften ab. Rauchen, Lesen, Singen und Spielen sei ihnen gestattet, ebenso das Absenden und Empfangen von Briefen und Postsendungen. Die ärztliche und gottesdienstliche Betreuung sowie Unterricht und Hausordnung entsprächen denen eines Internats.

italiens et les a retenus à dejeuner.

Le meurtrier de l'Allemand Riedel est identifié

Buénos-Aires, 24 avril. — La police de la province de Buenos-Aires a annoncé que le meurtrier de l'Allemand Riedel était un Argentin nommé Martin Bucci, âgé de 23 ans, ayant déjà subi une condamnation il y a deux ans et qui a eu pour complice un Polonais nommé Kreimer.

Pour la publicité, s'adresser, à Lyon : 6, rue Childebert, et à l'Agence Havas, 81, rue de la République.

Lyon Republicain 25, II, 34

Eine zusammengebrochene Hetze

PT 23 IV 34

Berlin, 22. Juni.

An versteckter Stelle veröffentlichen einige Blätter (u. a. die „Frankfurter Zeitung") jetzt eine unscheinbare Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros über den Mord an dem Blockleiter Riedle in Buenos Aires. „Die ursprüngliche Annahme, dass es sich um einen Mord aus politischen Motiven gehandelt habe, habe sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet", heisst es in der Meldung. Diese „ursprüngliche Annahme" wurde aber von der gesamten Nazipresse als feststehende Tatsache in Schlagzeilen seinerzeit gebracht und damit eine neue Hetze gegen die „Emigranten, Juden und Bolschewisten, die den Blockleiter wie Gustloff ermordet haben", eingeleitet. Wieder einmal ein Beispiel nazideutscher Berichterstattung.

Zu mehrere Wie die Korrespreß meldet, sind außer dem früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Künstler u. a. aus dem Konzentrationslager entlassen worden der Schriftsteller Klaus Neukrantz und der Kommunist Oberdörfler. Nicht amnestiert wurden der ehemalige sozialdemokratische Oberpräsident von Schlesien, Lüdemann, der bekannte Pazifist Küster, der Rechtsanwalt Litten und die kommunistischen ehemaligen Abgeordneten Stoecker, Albert Kuntz und Geschke.

DF 24-9-34

Ein Stahlhelmführer verurteilt.

Halle, 24. Mai. (T. N.-B.) Das Sondergericht Halle verurteilte den früheren Stahlhelmgauführer Major a. D. Kleinschmidt zu vier Monaten Gefängnis, weil er um Mitternacht am Biertisch gesagt hatte: „Wie ich früher Rotfront und Rotmord bekämpft habe, so werde ich in Zukunft gegen Braunfront und Braunmord kämpfen."

Wo ist Hans Litten?

DF 12-12-34

Eines der Opfer der Gestapo

Seit Monaten ist keine Nachricht mehr über das Schicksal des Berliner Anwalts und tapferen Antifaschisten Hans Litten über die deutschen Grenzen gedrungen. Niemand vermag zu sagen, in welchem Konzentrationslager oder Gefängnis sich Litten zur Zeit befindet und ob er überhaupt noch am Leben ist.

Die Beunruhigung im Ausland und namentlich unter Littens Fachkollegen war schließlich so groß geworden, daß die Internationale Juristische Vereinigung den Pariser Rechtsanwalt Rozelaar der in ihrem Auftrag dem Prozeß gegen Klaus Zweiling und Genossen vor dem „Volksgericht" beiwohnte, bat, bei den deutschen Behörden Erkundigungen über Hans Litten einzuziehen.

Nach vergeblichen Demarchen in verschiedenen Ministerien, die alle sich für unzuständig erklärten, wurde Rechtsanwalt Rozelaar zur Geheimen Staatspolizei, Prinz Albrecht-Straße 8 geschickt. Dort, im Hauptlager der Gestapo, herrschte sichtliche Bestürzung über das Auftauchen des Auslanders, der sich so hartnäckig für das Schicksal seines unglücklichen Berufskollegen interessierte. Ein Beamter verwies ihn an den andern. Schließlich wurde er im Büro 32 von einem höheren Gestapo-Beamten empfangen. Dieser hörte zunächst widerspruchslos mit an, was Rechtsanwalt Rozelaar auf Grund von Informationen der englischen Presse über die Mißhandlungen und Erpressungen berichtete, denen Litten in der Haft ausgesetzt war. Als jedoch der Pariser Anwalt an diesen Bericht die Bitte schloß, seinen verhafteten Kollegen besuchen zu dürfen, und sei es auch nur in Gegenwart von Aufsichtsbeamten, da lehnte der Vertreter der Gestapo dies mit größter Entschiedenheit als „völlig unmöglich" ab. Ebenso verweigerte er jede Auskunft über Littens Aufenthaltsort und beschränkte sich auf die Mitteilungen, daß er noch lebe und jetzt wieder von seiner Mutter besucht werden dürfe.

Begreiflicherweise hat der Bericht über diesen Besuch bei der Gestapo die größe Beunruhigung und Empörung der am 2. Dezember in Paris versammelten Internationalen Juristenkonferenz ausgelöst. Die Konferenz hat in einem mit zahlreichen Unterschriften versehenen Schreiben an den deutschen Justizminister den Antrag von Rechtsanwalt Rozelaar aufgenommen und um Autorisierung ersucht, Hans Litten im Konzentrationslager besuchen zu dürfen.

Die Delegierten der Konferenz aber werden, in ihre verschiedenen Länder zurückgekehrt, berichten, welches Martyrium Hans Litten erleidet, dem selbst die Nationalsozialisten nichts anderes „vorwerfen" können, als daß er als Anwalt mit ganzer Kraft sich für seine Klienten eingesetzt hat. Und aus allen Ländern wird es den deutschen Behörden entgegen hallen:

Wo ist Hans Litten? Gebt ihn endlich frei!

Rechtsanwalt wird gefoltert

Auswärtiges Amt zum Fall Litten

(Inpreß) In einem für den internen Gebrauch bestimmten Zirkular des Auswärtigen Amtes wird zu dem Fall des eingekerkerten und mißhandelten Rechtsanwaltes Dr. Hans Litten Stellung genommen. Zunächst ist festgestellt, daß „das Wohlergehen Littens immer wieder die Auslandspresse beschäftigt"; dann fährt die Information fort:

„Rechtsanwalt Hans Litten ist nach dem Reichstagsbrand in Schutzhaft genommen worden und befand sich im Strafgefängnis Spandau. Seine Inschutzhaftnahme war nicht nur wegen seiner jahrelangen kommunistischen Tätigkeit eine Notwendigkeit, sondern auch deswegen, weil der berechtigte Verdacht bestand, und auch heute noch besteht, daß Litten seine Finger beim Reichstagsbrand mit im Spiel gehabt hat. Im Strafgefängnis Spandau hat Litten einen Selbstmordversuch unternommen, worauf er sofort durch die Spandauer Feuerwehr in das Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin überführt wurde. Schon am folgenden Tage wurde der Mutter des Litten die Erlaubnis bewilligt, ihren Sohn zu sprechen. .. Nach Beendigung des Besuches, der etwa eine halbe Stunde gedauert hatte, traf Frau Litten den ihren Sohn behandelnden Arzt, dem sie erregt zurief: „Es wäre besser für meinen Sohn, wenn er gestorben wäre." Worauf der Arzt Frau Litten erwiderte: „Es ist meine Pflicht, all meine Kraft daran zu setzen, Ihren Sohn wieder herzustellen. Warum sollte es besser sein, wenn er nicht mehr am Leben wäre? Er braucht doch nur seine Aussage zu machen; es wird niemand von ihm etwa Unmenschliches verlangen...."

„Dr. Hans Litten ist von seinem Selbstmordversuch völlig wieder hergestellt, befindet sich in Schutzhaft, ohne daß ihm irgend etwas geschieht," meint das Auswärtige Amt, nachdem Litten so schwer mißhandelt worden war, daß er durch einen Selbstmordversuch sich den unerträglichen Folterungen zu entziehen suchte. Aber dann stellt selbst das Amt fest: „Es liegt an ihm, sich durch Aussagen der Wahrheit von dem gegen ihn erhobenen Verdacht zu reinigen."

Wozu nur noch zu ergänzen bleibt, daß die Aussagen die von Litten verlangt werden, sich nicht auf seine Teilnahme an der Reichstagsbrandstiftung beziehen — die leicht widerlegt werden kann —, sondern auf Einzelheiten aus Prozessen, die Litten früher geführt hat.

A. F. 23.1.34.

Litten gemartert.

London, 22.11. (INPRESS): "Daily Herald" erfaehrt Einzelheiten ueber das Schicksal des bekannten Berliner Rechtsanwaltes Dr. Hans Litten, der in vielen fruehreren politischen Prozesses auftrat und in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet wurde.

Litten wurde vor Monaten in ein Konzentratuonslager gebracht, weil er in einem Brief an Hitler beantragt hatte, als Zeuge im Reichstagsbrandprozess vernommen zu werden. Im Konzentrationslager ist er auf das grausamste misshandelt worden. Mit bestialischer Wollust stuerzten sich die Nazis auf ihn, folterten ihn und verlangten Auskuenfte ueber die politischen Persoenlichkeiten, die er verteidigt hatte. Da Litten sich weigerte, wurde er derartigen Torturen unterworfen, dass er zwischem Leben und Tod schwebt. Zweimal hat er versucht, Selbstmord zu begehen. .... Der Arzt eines Krankenhauses, in das Litten zwischendurch untergebracht wurde, erklaerte woertlich, dass " der Kranke nicht sterben solle, bis er seine Geheimnisse preisgegeben habe".

Zur Zeit befindet sich Litten erneut im Konzentrationslager; er ist bettlaegerig und verlangt fortgesetzt Gift, um seinen Leiden ein Ende zu setzen.

Téléphone :
Anjou 18-00

INPRESS

AGENCE DE PRESSE INDÉPENDANTE
INDEPENDENT PRESS AGENCY
UNABHÄNGIGE PRESSEAGENTUR

ÉLYSÉE BUILDING
56, Faub. St-Honoré
PARIS (8me)

Nr. 16/171 DEUTSCHE AUSGABE 20.1.34.
2.Jahrgang

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

AUSWAERTIGES AMT ZUM FALL LITTEN.

Berlin, 20.1. (INPRESS): In einem fuer den internen Gebrauch bestimmten Zirkular des Auswaertigen Amtes wird zu dem Fall des eingekerkerten und misshandelten Rechtsanwalts Dr. Hans Litten Stellung genommen. Zunaechst ist festgestellt, dass "das Wohlergehen Littens immer wieder die Auslandspresse beschaeftigt"; dann faehrt die Information fort:

" Rechtsanwalt Hans Litten ist nach dem Reichstagsbrand in Schutzhaft genommen worden und befand sich im Strafgefaengnis Spandau. Seine Inschutzhaftnahme war nicht nur wegen seiner jahrelangen kommunistischen Taetigkeit eine Notwendigkeit, sondern auch deswegen, weil der berechtigte Verdacht bestand, und auch heute noch besteht, dass Litten seine Finger beim Reichstagsbrand mit im Spiel gehabt hat. Im Strafgefaengnis Spandau hat Litten einen Selbstmordversuch unternommen, worauf er sofort durch die Spandauer Feuerwehr in das Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin ueberfuehrt wurde. Schon am folgenden Tage wurde der Mutter des Litten die Erlaubnis bewilligt, ihren Sohn zu sprechen... Nach Beendigung des Besuches, der etwa eine halbe Stunde gedauert hatte, traf Frau Litten im Korridor den ihrem Sohn behandelnden Arzt, dem sie erregt zurief: "Es waere besser fuer meinen Sohn, wenn er gestorben waere." Worauf der Arzt Frau Litten erwiderte: " Es ist meine Pflicht, all meine Kraft daran zu setzen, Ihren Sohn wieder herzustellen. Warum sollte es besser sein, wenn er nicht mehr am Leben waere? Er braucht doch nur seine Aussage zu machen; es wird niemand von ihm etwa Unmenschliches verlangen..."

" Dr. Hans Litten ist von seinem Selbstmordversuch voellig wieder hergestellt, befindet sich in Schutzhaft, ohne dass ihm irgend etwas geschieht" meint das Auswaertige Amt, nachdem Litten so schwer misshandelt worden war, dass er durch einen Selbstmordversuch sich den unertraeglichen Folterungen zu entziehen suchte. Aber dann stellt selbst das AA fest: "Es liegt an ihm, sich durch Aussagen der Wahrheit von dem gegen ihn erhobenen Verdacht zu reinigen."

Wozu nur noch zu ergaenzen bleibt, dass die Aussagen, die von Litten verlangt werden, sich nicht auf seine Teilnahme an der Reichstagsbrandstiftung beziehen - die leicht widerlegt werden kann - , sondern auf Einzelheiten aus Prozessen, die Litten fruehe gefuehrt hat.

Litten

Temps 18. XII. 35 Antwort von Ripperdrop an lord Allen of Hartwood

D1 18. XII. 26 Beihrachtsamnestie gefordert

ooo

Dortmund, 19 octobre. — L'ouvrier mineur Karl-Emil Rausch, qui avait affirmé que le mystérieux raid aérien, au-dessus de Berlin, qui avait eu lieu le 25 juin, avait été organisé par le gouvernement du Reich, et que l'incendie du Reichstag n'était pas l'œuvre des communistes, a été condamné par le tribunal d'exception à deux ans de prison.

Pop... 20.X.33.

Deutsches Recht

N.L. 25.6.33

Der 24jährige Arbeiter Wilhelm Markwart aus Harzburg wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am 3. März, also vor der Reichstagswahl, Flugblätter der Eisernen Front verteilt hatte, in denen die Nationalsozialisten angegriffen wurden.

Volksgerichtshof verurteilt Hetzer.

1934.

Berlin, 31. Aug. Der Volksgerichtshof verurteilte am Freitag die beiden Mitglieder der KPD., Friedrich Große aus Greiz und Walter Böhme aus Gera, wegen Verbrechens gegen das Gesetz über die Gewährleistung des Rechtsfriedens vom 13. Oktober 1933 zu je 4 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust, unter Anrechnung von je acht Monaten Untersuchungshaft. Auf der Zollstraße Selb—Asch waren die beiden Angeklagten angehalten worden, als sie auf dem Motorrade von der tschechoslowakischen Grenze herkamen. Im Rucksack führten sie eine große Anzahl von Hetzschriften und Greuel-Flugblättern mit sich, die zum großen Teil von Emigranten verfaßt und in Straßburg im Elsaß gedruckt worden waren. Unter den beschlagnahmten Schriften befanden sich auch Miniaturausgaben des in der Tschechoslowakei erscheinenden neuen „Vorwärts“ und des berüchtigten, aus dem Reichstagsbrandstifterprozeß bekannten Braunbuches.

Falsche Behauptungen über Nein-Stimmen.

Fakt 2.16 3.52

Hannover, 2. Febr. Ein 36jähriger Einwohner von Einbeck hatte behauptet, daß es bei der letzten Volksabstimmung in Volksen 30 Nein-Stimmen gegeben habe und daß diese ausschließlich von Angehörigen des Stahlhelms abgegeben worden seien. Diese Behauptungen waren jedoch nicht zutreffend, da in Volksen überhaupt keine Nein-Stimmen abgegeben worden waren. Aus Stahlhelmkreisen wurde daher Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Der Angeklagte wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gefängnis für Ueberfall auf ein SA-Lokal.

Berlin, 2. Febr. Vier Kommunisten hatten sich vor dem Landgericht Berlin wegen der Teilnahme an einem Ueberfall auf ein SA-Lokal am 29. Dezember 1930 zu verantworten. Bei dem Ueberfall wurde ein Polizeiwachtmeister mißhandelt. Unter Berücksichtigung des Straffreiheitsgesetzes vom Dezember 1932 wurde das Verfahren gegen zwei der Angeklagten eingestellt. Die beiden anderen, Franz Lange und Herbert Knaak, wurden wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust und einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Voruntersuchung gegen Finanzminister Klepper.

Berlin, 2. Febr. In einer Mitteilung der Justizpressestelle Berlin heißt es: „Ende März 1933 wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin gegen den früheren preußischen Finanzminister und ehemaligen Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse), Otto Klepper, und gegen den früheren Direktor der Deutschen Pächter-Kreditbank (Domänenbank), Dr. Hans Walter Schmidt, die Voruntersuchung eröffnet. Klepper war dringend verdächtig, sich in mehreren Fällen der Untreue zum Nachteile der Preußenkasse schuldig gemacht zu haben. Bei Dr. Schmidt bestand der Verdacht, Klepper bei einigen dieser Untreuehandlungen Beihilfe geleistet, im übrigen zum Nachteil der Domänenbank gehandelt zu haben. Nach umfangreicher Ermittlungsarbeit ist die Voruntersuchung nunmehr geschlossen worden. Bei der Eröffnung der Voruntersuchung hatten die Angeschuldigten Deutschland verlassen. Sie halten sich auch jetzt noch im Auslande auf. Da ihre Rückkehr nach Deutschland nicht zu erwarten ist, ihre Auslieferung aber nicht zu erreichen war, hat die Strafkammer des Landgerichts Berlin auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen beide Angeschuldigte wegen Abwesenheit vorläufig eingestellt. Die Voruntersuchung hat in mehreren Fällen ergeben, daß bezüglich beider Angeschuldigter dringender Tatverdacht vorliegt.“

Die Mandatsverzichte in Braunschweig durch Foltern erpreßt

In der Nacht zum 13. März wurde der Landtagsabgeordnete Thielemann von SA. aus dem Auto geholt und mit vorgehaltenem Revolver verschleppte ihn die SA. in ihre Kaserne. In der Nacht zum 18. März wurde der ehemalige Minister und Universitätsprofessor Jasper in eine SA.-Kaserne, die im Hause des "Volksfreund" untergebracht ist, verschleppt und gefoltert. In der Nacht zum 22. März geschah dasselbe dem Geschäftsführer Neddermayer, dem Landtagsabgeordneten Poth und einundzwanzig anderen Genossen. In der Nacht zum 23. März wurde der Rechtsanwalt Phillips, der sich um das Schicksal Jaspers gekümmert hatte, in seiner Wohnung überfallen und schwer mißhandelt. Der Landtagsabgeordnete Zander und zwei Söhne des Geschäftsführers Cartal wurden in die SA.-Kaserne im Hause des "Volksfreund" verschleppt und gefoltert. Die Wohnung des Landtagspräsidenten Rieke wurde demoliert. In der gleichen Nacht wurde der Gemeindevorsteher Friecke in Broitzen fürchterlich mißhandelt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Alle Mandatsverzichte in Braunschweig sind durch Foltern erpreßt worden. Im ganzen Lande herrscht tierischer Terror.

Der Braunschweiger SPD.-Führer, Exministerpräsident und Rechtsanwalt Dr. Jasper, ein Mann von etwa 57 Jahren, ist durch die Behandlung, die er gleich vielen anderen im besetzten "Volksfreund"-Gebäude erlitten hat, in einen solchen Zustand gebracht, daß kein Mensch Zutritt zu ihm erhält. Unter dieses Verbot fallen natürlich nicht Lebewesen, die auf Menschentum keinen Wert legen.

Volksstimme 7.IV.33 Nº 83.
Saarbrücken

"Der innere Feind"

Dresden - (DI) Auf einem Appell der Amtswalter und politischen Leiter wurde erklaert, dass man noch mehr als bisher auf den "inneren Feind" achten muesse. Verdaechtig sei, wer oft auslaendische Sender einstelle, oft am Abend seine Wohnung verlasse oder viel Besuch empfange. Am besten sei es, alle verdaechtigen Personen sofort der Polizei zu melden.
Entsprechend dieser Nervositaet gegenueber der Antinazipropaganda mehren sich die Meldungen ueber Verhaftungen : in Pirna 15 Personen, in Dresden 21, In Heidenau 12, in Berlin-Kreutzberg 51, in Reuth in Thueringen 11.
Gleichzeitig waechst die Schaerfe der Urteile. So wurde Frau Ruth Heinrichsdorf in Berlin zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie lebte seit 1933 im Ausland, wo sie ihr Studium fortsetzte. Ostern 1935 kam sie nach Deutschland. Durch irgendeine Denunziation wurde sie sofort an der Grenze verhaftet, unter der Anschuldigung, mit politischen Emigranten in Verbindung gestanden zu haben. Gleichzeitig wurde ihr voellig unpolitischer Mann, von dem sie seit Jahren getrennt lebt, verhaftet. Nach einjaehriger Untersuchungshaft erhielt jetzt der Mann 1½ Jahre Gefaengnis, sie selbst 5 Jahre Zuchthaus, weil sie politische Emigranten gekannt haben soll...
Ein anderer Fall : der jugendliche Angestellte Werner Seiffert aus dem Bezirk Prenzlauer Berg erhielt vier Jahre Zuchthaus, weil er einem frueheren Bekannten aus der Arbeiter-Sportorganisation "Fichte" ein illegal erschienenes Blatt weitergegeben habe. In seiner Wohnung wurde nichts gefunden und es wurde ihm keinerlei politische Betaetigung nachgewiesen.

Berlin - (DI) Zwischen Hitler und einigen Vertretern der Ruhrindustrie fand waehrend der letzten Tage eine Besprechung statt, die sich vor allem mit der Einfuehrung neuer Steuern beschaeftigte. Die Industriellen machten Hitler darauf aufmerksam, dass ohne einschneidende Massnahmen zur Verbilligung der Arbeitskraft die beabsichtigte neue Besteuerung der Industrie untragbar sei. Die Industriellen wiesen darauf hin, dass bereits die fuenfprozentige Mehrfracht der Reichsbahn nur dadurch tragbar gewesen sei, dass das Reichswirtschaftsministerium ihnen die Abwaelzung auf die Abnehmer gestattet habe.
Hitler teilte den Industriellen mit, dass er ihnen zunaechst besonders billige Arbeitskraefte aus der Reserve-Arbeitsarmee zuweisen werde, die gegenwaertig aus denjenigen Erwerbslosen gebildet wird, die aus den Unterstuetzungslisten massenweise gestrichen und fuer einen Tagelohn von 2 Mark fuer Familienvaeter und 1½ Mark fuer Kinderlose eingesetzt werden sollen. Diese billigen Arbeitskraefte wuerden den Betrieben auch den Lohndruck auf die uebrigen Arbeiterkategorien wesentlich erleichtern. Die Durchfuehrung dieses Planes soll begleitet sein von einer neuen Propagandakampagne fuer "spartanische Lebensweise" der Bevoelkerung.

„Unter dem Gesichtspunkt der Abschreckung und unter Anwendung der neuen strafschärfenden Bestimmungen erhielten der 33 Jahre alte frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Nikolaus Thielen aus Wehrden im Saargebiet und der 41jährige, übrigens bereits zehnmal vorbestrafte Georg Handke aus Hanau je 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, der 54 Jahre alte Georg Kretschmer sowie die 32jährige Emma Thoma, beide aus Berlin, je 6 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust. Gegen sämtliche Angeklagte wurde außerdem die Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erklärt. Es handelte sich bei den Angeklagten um kommunistische Spitzenfunktionäre, die bis zum September vorigen Jahres noch am illegalen Wiederaufbau der KPD. gearbeitet hatten." (V.B., 4. 7. 35.)

Kritik in der Zeit

Les condamnations du tribunal allemand du peuple

Berlin, 6 août.

Pour « divulgation de secrets d'Etat », M. Paul Supianek, originaire de Mechau, ancienne localité allemande devenue polonaise, a été condamné à la réclusion à perpétuité par le tribunal du peuple.

Le communiqué officiel ne donne pas d'autres précisions.

7-8-35 Temps

Condamnations pour haute trahison

Sous l'inculpation de trahison au profit de puissances étrangères, plusieurs accusés, dont on n'indique ni les noms, ni le nombre, viennent d'être condamnés à mort par le tribunal du peuple. D'autres ont été condamnés à des peines de réclusion, allant jusqu'à quinze ans. Deux seulement ne se sont vu infliger que des peines d'emprisonnement.

Le service de presse du ministère de la justice publie, à ce sujet, un communiqué de ton draconien :

Toutes ces peines, dit-il, ont été infligées en vertu des anciennes prescriptions, les accusés ayant commis leurs crimes avant le 2 mai 1934, date de l'entrée en vigueur de la loi qui, pour la trahison, ne prévoit, en principe, que la peine de mort. Tout Allemand qui, depuis cette date, aura trahi sa patrie, devra se rendre compte qu'il a joué sa tête et qu'il sera exclu de la communauté nationale. Seule une telle conception est conforme au bon sens populaire et au sentiment national-socialiste de la justice.

Temps 2.11.34.

L'application des lois de Nuremberg

Temps 19-12-35

Pour la première fois un tribunal de Berlin a eu à s'occuper, mardi, d'une infraction aux dispositions des lois antisémitiques de Nuremberg.

Il s'agissait d'un israélite, nommé Otto Jaffe, qui, antérieurement à la promulgation de ces lois, avait une liaison avec une femme « aryenne » et qui n'avait pas voulu rompre cette union irrégulière dont était déjà né un enfant.

Le tribunal s'est rallié aux conclusions du procureur du Reich et a condamné l'accusé à quinze mois de prison.

Protestations contre l'expulsion

Weitere Badeverbote

BT Drahtmeldung unseres Korrespondenten

26-7-35 ✱ STUTTGART, 26. Juli.

Nach dem Vorbild in anderen Städten hat jetzt auch die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Karlsruhe den Juden das Betreten sämtlicher städtischer Badeanstalten verboten. Ebenso untersagte der Oberbürgermeister von Freiburg i. Br. den Juden den Zutritt zu den städtischen Freibädern.

*

Der Gemeinderat von Merkenfritz (Oberhessen) fasste dieser Tage folgenden Beschluss: „Wer als deutscher Volksgenosse und deutsche Volksgenossin in Merkenfritz mit einem Juden irgendwelche Geschäfte tätigt, sie beherbergt oder mit ihnen liebäugelt, ist ein Verräter am deutschen Volk und seinem Führer und kann in der Gemeinde seitens der Verwaltung keinerlei Beschäftigung finden oder bei irgendwelchen Auftragsvergebungen Berücksichtigung finden."

D BRESLAU, 25. Juli.

Der Kurdirektor des Bades Charlottenbrunn, SA-Sturmbannführer Stock, hat die Tanz- und Kurkapellen von Charlottenbrunn angewiesen, ab sofort Musikstücke jüdischer Komponisten nicht mehr aufzuführen.

Ein Steuerbetrüger

BERNBURG (Anhalt), 26. Juli. (DNB)

Wegen Steuerhinterziehung wurde hier der Metallalthändler Alfred Katzenstein in Haft genommen, da Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht vorliegt.

Katzenstein, der jüdischer Rasseangehöriger ist, hat Vermögens- und Einkommenssteuer im Gesamtbetrage von 50 000 RM, soweit sich bis jetzt übersehen lässt, hinterzogen und ferner dem Finanzamt Vermögenswerte im Betrage von mindestens 100 000 RM verschwiegen.

„Gerhard der Schwarze"

10 Jahre Zuchthaus für kommunistischen Agitator

Unter Anwendung der neuen strafverschärfenden Bestimmungen verurteilte heute der 1. Senat des Volksgerichtshofs den 31 Jahre alten kommunistischen Funktionär Kurt Wagner aus Chemnitz, der unter dem Spitznamen „Gerhard der Schwarze" in Sachsen an leitender Stelle am Wiederaufbau der KPD mitgearbeitet hatte, antragsgemäss zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Nach seinem eigenen Geständnis hatte Wagner sich noch im Frühjahr vorigen Jahres bereit erklärt,

an der Wiederaufrichtung des Kommunismus in Deutschland mitzuarbeiten.

Zunächst spielte er als Verbindungsmann nur eine untergeordnete Rolle. Als jedoch der kommunistische Bezirksleiter in Chemnitz plötzlich verhaftet wurde, riss Wagner sämtliche Fäden dieser Organisation an sich. Er stellte Verbindungen zu anderen KPD-Bezirken her, versuchte ehemalige Kommunisten wieder für die illegale Arbeit zu gewinnen und nahm die einkassierten Beitragsgelder aus den Unterbezirken in Empfang, um sie dann an den sogenannten „Oberberater" abzuführen.

Er unternahm mehrere Reisen in die Tschechoslowakei, hielt dort mit hohen kommunistischen Funktionären geheime Besprechungen ab, nahm Weisungen entgegen und wirkte selbst bei der Einfuhr übelsten Hetzmaterials nach Deutschland mit.

Schutzhaft wegen Verlassens des Arbeitsplatzes

Wiederholt sind in letzter Zeit Warnungen ergangen, die sich gegen das fristlose Verlassen von Arbeitsstellen, namentlich auf dem Lande richten. In Weissenburg (Bayern) ist jetzt eine Dienstmagd in Schutzhaft genommen worden, die böswillig mehrmals ihren Arbeitsplatz verlassen hatte.

Im Zeichen der Nürnberger Rassegesetze D. Information 11.4.36

(DI) Vor der Ersten Strafkammer des Landgerichts Dortmund wurde dieser Tage gegen den 57jaehrigen Juden Sally Brandenstein aus Boenen wegen "Rassenschande" verhandelt. Nach der Anklage soll er die Beziehungen zu einem arischen Maedchen auch nach dem Erlass der Nuernberger Gesetze, "jedoch in unnatuerlicher Weise", fortgesetzt haben. Obwohl der Angeklagte nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht schuldig gesprochen werden kann, wurde er auf Antrag des Staatsanwalts im Sinne einer erweiterten Auslegung des Gesetzes zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Urteilsbegruendung wurde ausgefuehrt, dass es sich um einen Fall handele, der erstmalig vor einem deutschen Gericht zur Entscheidung gekommen sei. Bei der Auslegung der Nuernberger Rassengesetze muessten auch die allgemeinen Rechtsgrundsaetze des nationalsozialistischen Staates beruecksichtigt werden.

DIE BUNTE SEITE Beilage der Deutschen Informationen Nr.12/4.4.1936

"Gedankensuende" gegen die Nuernberger Gesetze
1 Jahr Gefaengnis und 5 Jahre Ehrverlust

Remscheid - (DI) Das Remscheider Schoeffengericht verurteilte den Juden Sally Nussbaum wegen "versuchter Rasseschaendung" zu einem Jahr Gefaengnis und fuenf Jahren Ehrverlust. Auf die Dauer von fuenf Jahren wurde dem Angeklagten die Ausuebung eines Gewerbebetriebes, in dem ihm weibliche Personen unterstellt sind, untersagt. Die "Essener National-Zeitung", das Blatt Goerings, schreibt dazu am 24.3.1936 : "In seinen Ausfuehrungen sagte der Staatsanwalt, dass der Angeklagte zwar nicht gegen die Buchstaben der Nuernberger Gesetze verstossen habe... Der Vorsitzende betonte in der Urteilsbegruendung, dass der Angeklagte.. indirekt, dem Gedanken nach, sich gegen die Nuernberger Gesetze vergangen habe".

3 Jahre Gefängnis

Für eine Randbemerkung

Das Sondergericht in Braunschweig verurteilte den Redakteur des früheren sozialdemokratischen „Volksfreundes" und früheren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Otto Thielemann zu drei Jahren Gefängnis. Thielemann, der sich seit dem vorigen Jahr in Schutzhaft befand, hatte sich aus der Strafanstaltsbücherei ein Buch entliehen und darin einen auf 1918 gemünzten Satz mit einer Randbemerkung versehen, die sich auf die heutige Zeit bezog. In der Verhandlung erklärte er, er habe damit die Reichsregierung nicht gemeint. Der Zusatz bezöge sich lediglich auf die Rechtsblätter, die die Sozialdemokratie für den Zusammenbruch der Front im Jahre 1918 verantwortlich gemacht hätten. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, es bestehe kein Zweifel, daß der Angeklagte mit seiner Randbemerkung die nationalsozialistische Regierung und die Parteistellen der NSDAP. gemeint habe. Es sei eine Unverfrorenheit erster Ordnung, daß Thielemann trotz seiner Schutzhaft seine staatsfeindliche Tätigkeit noch fortgesetzt habe.

25.4.34 Dt. Freiheit

Plauderei im Gemüsegeschäft — ein Jahr Gefängnis

Das Schöffengericht Blankenburg verurteilte einen Dr. Klusmann zu einem Jahr Gefängnis wegen „Vergehens gegen die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe auf die Regierung". Der „heimtückische Angriff" des Angeklagten bestand darin, daß er „in einem Gemüseladen Aeußerungen über angebliche Ungesetzmäßigkeiten bei der Volksabstimmung getan und außerdem ein Gerücht weitererzählt hat, das geeignet war, das Ansehen des Führers und Reichskanzlers herabzusetzen".

Dt. Frh. 10.10.34.

Zuchthaus für Hochverräter

Vor dem Ersten Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau hatten sich in vielstündiger Verhandlung, bei deren Beginn die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wurde, 14 Angeklagte aus Breslau, darunter zwei Frauen, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Zwölf Angeklagte wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Zuchthausstrafen in Höhe von 1½ bzw. 2 Jahren und Ehrverlust verurteilt, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bis zu einem Jahr sechs Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der beschlagnahmte Vervielfältigungsapparat, Flugblätter und Zeitschriften wurden eingezogen.

B.T. 30.4.34.

Zuchthaus! Zuchthaus!

Die Rache der Barbaren

Berlin, 11. Oktober.

Hauptpunkt der Anklage vor dem 4. Strafsenat des Kammergerichts war ein Handgranatenanschlag auf das SA.-Lokal in der Goethestraße 14 am 9. Februar 1933. Angeklagt waren der 28jährige Ernst Brandenburg, der 30jährige Gustav Drenkow, der 25 Jahre alte Otto Redner, der 24jährige Max Jacob, der 20 Jahre alte Herbert Krüger und der 24jährige Fritz Meyer. Allen Angeklagten, mit Ausnahme von Krüger, wurde Vorbereitung zum Hochverrat, begangen in der Zeit von Oktober 1932 bis Mai 1933, vorgeworfen, den Angeklagten Brandenburg Drenkow und Redner außerdem noch Sprengstoffverbrechen, Redner und Jacob allein ferner Sprengstoffkomplott und Mordversuch. Gegen Krüger lautete die Anklage auf Unterlassung der Anzeige eines Sprengstoffverbrechens.

Brandenburg, der sich am stärksten mit der Beschaffung von Sprengstoff befaßt hatte, wurde zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtverlust verurteilt, Drenkow bekam fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Fritz Meyer sechs Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Krüger ein Jahr Zuchthaus. Redner, der zusammen mit Jacob den Handgranatenanschlag auf das SA.-Heim verübt hatte und bereits wegen politischer Delikte mehrfach bestraft ist, wurde zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust, Jacob zu zwölf Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Gestapo hat die letzte Nummer des „Manchester Guardian" wegen eines Artikels über den bevorstehenden Prozeß gegen Thälmann beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden die „Times" vom Samstag beschlagnahmt, und zwar wegen einer Nachricht über die Verurteilung eines Nazi-Putschisten in Wien. Dies ist der fünfte Fall innerhalb von sechs Wochen, daß die konservative englische Zeitung von der Gestapo beschlagnahmt wurde.

Dt. Freiheit 12.X.34

Zehn Monate Gefängnis

für einen Leser der „Freiheit"

DNB. Mannheim, 10. April. Der Bauarbeiter Schneider hatte bei einem Besuch in Basel die „Deutsche Freiheit" aus der Schweiz mit über die badische Grenze genommen; sie wurde ihm an der Grenze von einem Staatspolizeibeamten aus der Tasche gezogen. Das Badische Sondergericht in Mannheim erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten. Der Staatsanwalt hatte eineinhalb Jahr Zuchthaus beantragt.

Dt. Freiheit 12.4.34.

BT. 5.2.34

Fünf Jahre Gefängnis wegen Beschimpfung des Führers

Die 7. Grosse Strafkammer des Landgerichts Berlin verurteilte den 35 Jahre alten Ernst Reitmann wegen Vergehens gegen die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Reichsregierung zu der empfindlichen Strafe von fünf Jahren Gefängnis.

Zur Verhandlung standen Beschimpfungen und Verleumdungen des Führers, wie sie in so abscheulicher Form vor Berliner Gerichten noch nicht zur Aburteilung gestanden haben. Gerade der Angeklagte hatte am wenigsten Veranlassung zu derartigen gehässigen Schimpfereien, als er es der neuen Regierung zu danken hatte, dass er als Wohlfahrtsempfänger zu Notstandsarbeiten herangezogen wurde, und dann bei Bauarbeiten am Alexanderplatz Beschäftigung fand. Gegenüber seinen Arbeitskollegen führte er ständig widerliche Reden gegen den Volkskanzler, um sich schliesslich sogar zu Behauptungen zu versteigen, die so unflätig waren, dass sie nicht wiedergegeben werden können. Auch in der Verhandlung legte er ein äusserst freches Benehmen an den Tag.

20. 10. 34.

Unter der braunen Knechtschaft

Zuchthaus ! Zuchthaus ! — Die Rache der Barbaren

Hauptpunkt der Anklage vor dem vierten Strafsenat des Berliner Kammergerichtes war ein Handgranatenanschlag auf das SA.-Lokal in der Goethestraße 14 am 9. Februar 1933. Angeklagt waren der 28-jährige Ernst Brandenburg, der 30-jährige Gustav Drenkow, der 25 Jahre alte Otto Redner, der 24-jährige Max Jakob, der 20 Jahre alte Herbert Krüger und der 24-jährige Fritz Meyer. Allen Angeklagten, mit Ausnahme von Krüger, wurde Vorbereitung zum Hochverrat, begangen in der Zeit von Oktober 1932 bis Mai 1933, vorgeworfen, den Angeklagten Brandenburg, Drenkow und Redner außerdem noch Sprengstoffverbrechen, Redner und Jakob allein ferner Sprengstoffkomplott und Mordversuch. Gegen Krüger lautete die Anklage auf Unterlassung der Anzeige eines Sprengstoffverbrechens.

Brandenburg, der sich am stärksten mit der Beschaffung von Sprengstoff befaßt hatte, wurde zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Krüger ein Jahr Zuchthaus. Redner, der zusammen mit Jakob den Handgranatenanschlag auf das SA.-Heim verübt hatte und bereits wegen politischer Delikte mehrfach bestraft ist, wurde zu 15 Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust, Jakob zu zwölf Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt.

Görings Popularität.

Ein eigenartiger Vorfall in den « Deutschen Werken » in Spandau, der außerordentlich typisch für die Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft ist, wird seit einigen Tagen in Berlin von Mund zu Mund erzählt. In der genannten Spandauer Fabrik hingen eines Morgens plötzlich zwei Puppen in einer der großen Werkstätten. Die eine stellte « Lametta-Hermann» in Uniform dar, die andere einen gewöhnlichen Schlosser in Arbeitstracht, der mit dem Finger auf die Göring-Puppe wies und die Inschrift trug : « Ihr lebt in Saus und Braus und wir können uns vor Hunger aufhängen. » Gleich darauf erschien die Gestapo und sperrte den ganzen Betrieb ab, so daß die zweite Schicht nicht zur Arbeit antreten konnte. Trotz mehreren Verhaftungen konnten die Täter nicht ermittelt werden.

Zuschlag zur Lohnsteuer. — Mitgliedsbeitrag für die « Deutsche Arbeitsfront ».

In einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers heißt es :

« Einzelne Betriebe haben sich bereit erklärt, die Beiträge der Mitglieder der Gefolgschaft für die Deutsche Arbeitsfront durch die Betriebsbureaus mit einzuziehen. Diese Bereitwilligkeit wird begrüßt. Die übrigen Führer der Betriebe werden gebeten, zu prüfen, ob sie in der Lage sind, aus freiem Entschluß diesen Vorbildern zu folgen und die verhältnismäßig geringen Mühen und Kosten, die mit der betrieblichen Einziehung der freiwilligen Beiträge verbunden sind, auf sich zu nehmen. »

Wenn diese Praxis allgemein wird, so ist von den Gewerkschaften in Deutschland nichts übrig geblieben als — ein neuer Zuschlag zur Lohnsteuer, den die Arbeiter zu tragen haben. Aber warum diese Ausschaltung der unteren Organe der Arbeitsfront ? Ist es die Folge der Massenkorruption ? Haben sie so viel gestohlen, daß der Oberkorruptionist Ley diese unerbetene Konkurrenz ausschalten will ?

Ein Sachkundiger

Ein früherer Schutzhäftling hatte sich in einem Lokal in Altona sehr abfällig über ein Konzentrationslager, dessen Insasse er gewesen war, geäußert. Das Altonaer Sondergericht verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis.

17.4.34.

Zuchthausstrafen für Verbreitung einer kommunistischen Zeitung

Unser Hamburger ∞-Korrespondent drahtet: 21 hamburgische Kommunisten, darunter als Rädelsführerin eine frühere kommunistische Bürgerschafts-Abgeordnete, wurden wegen Herstellung und Verbreitung der verbotenen kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" zu Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren und zu Gefängnisstrafen bis zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Acht weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

B.T. - 4.7.34

Oeffentliche Flugblattverteilung in Nürnberg nicht mehr erlaubt

Die Polizeidirektion Nürnburg-Fürth macht darauf aufmerksam, dass künftighin die Verteilung von Flugblättern und Flugschriften auf öffentlichen Wegen, Strassen und Plätzen in ihrem Amtsbereich nicht mehr zugelassen wird. Dahingehende Gesuche seien zwecklos. Die Polizeidirektion habe in den letzten Monaten in Ausnahmefällen die Verteilung von Flugblättern zugelassen. Dabei hätten sich aber solche Unzuträglichkeiten ergeben, dass nunmehr die Verteilung generell verboten werde.

Professor Leisegang

Sechs Monate Gefängnis

Berlin, 8. Dezember.

Das thüringische Sondergericht in Weimar verurteilte den an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena tätig gewesenen Ordentlichen Professor der Philosophie, Dr. Johannes Leisegang, zu sechs Monaten Gefängnis, und zwar wegen vorsätzlicher Verbreitung unwahrer Behauptungen unwahrer Art. Professor Leisegang war beschuldigt, aus Anlaß der Uebertragung der Tannenbergtrauerfeier am 7. August auf dem Marktplatz in Jena, wohin er als Stahlhelmer marschiert war, abfällige Aeußerungen über den „Führer" und dessen Rede gemacht zu haben. So soll er unter anderm gesagt haben, die Rede Hitlers sei doch nur eine Wahlrede, wie er sich auch darüber aufgehalten habe, daß ein Gefreiter die Trauerrede für einen Generalfeldmarschall halte.

Nach einem Bericht des „Berliner Tageblatts" bestritt der Angeklagte, die letzte Aeußerung in dieser Form getan zu haben. Er habe im Gegenteil gesagt, daß der Generalfeldmarschall es sich nicht hätte träumen lassen, daß die Grabrede für ihn von einem schlichten Gefreiten gehalten würde. Die Aeußerung hinsichtlich der Wahlrede hingegen gibt Leisegang zu.

Der Staatsanwalt hatte ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt. Die Anzeige gegen Professor Leisegang war erfolgt auf Grund einer dienstlichen Meldung, die ein Stahlhelmmann erstattet hatte. Professor Leisegang wurde sofort in Haft genommen.

DF 4-12-34

Drei Jahre Gefängnis für einen früheren Abgeordneten.

Braunschweig, 21. April. Das Sondergericht verurteilte den Redakteur des früheren sozialdemokratischen „Volksfreundes" und früheren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Otto Thielemann zu drei Jahren Gefängnis. Thielemann, der sich seit dem vorigen Jahr in Schutzhaft befand, hatte sich aus der Strafanstaltsbücherei ein Buch entliehen und darin einen auf 1918 gemünzten Satz mit einer Randbemerkung versehen, die sich auf die heutige Zeit bezog. In der Verhandlung erklärte er, habe damit die Reichsregierung nicht gemeint. Der Zusatz bezog sich lediglich auf die Rechtsblätter, die die Sozialdemokratie für den Zusammenbruch der Front im Jahre 1918 verantwortlich gemacht hätten. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, es bestehe kein Zweifel, daß der Angeklagte mit seiner Randbemerkung die nationalsozialistische Regierung und die Parteistellen der NSDAP gemeint habe. Es sei eine Unverfrorenheit erster Ordnung, daß Thielemann trotz seiner Schutzhaft seine staatsfeindliche Tätigkeit noch fortgesetzt habe.

---

6 Monate Gefängnis wegen Verbreitung von Greuelnachrichten.

Zwischenfall bei einer Sammlung für das Eintopfgericht.

Berlin, 11. Mai. Wegen Verbreitung von Greuelnachrichten verurteilte das Berliner Sondergericht die 54jährige Ehefrau des pensionierten Studienrats Professor Segebrachts zu sechs Monaten Gefängnis. Am 15. Oktober 1933 wurde in der Wohnung des Professors für das Eintopfgericht gesammelt. Als der Mann gerade im Begriff war, eine Mark zu geben, ging die Frau dazwischen und erklärte: „Auf keinen Fall zahlst du etwas, nicht einen Pfennig geben wir diesem Arbeiterstaat, das sind nicht Arbeiter, sondern Erpresser." Das Gericht berücksichtigte bei der Strafzumessung, daß es sich um eine stark hysterische Frau handele, die ihre Zunge nicht so in der Gewalt habe, wie man es von einem Manne hätte erwarten können.

Nachtrag für einen Teil der Auflage.

Gefängnis wegen Verleumdung eines Reichsstatthalters.

Schwerin, 9. Mai. In der Nacht zum Mittwoch wurde vor dem Sondergericht in Schwerin das Urteil gegen den Administrator Röbring aus Rust bei Wahren verkündet, dem zur Last gelegt wurde, schwere Beleidigungen gegen den Reichsstatthalter Hildebrandt ausgesprochen zu haben. Er hatte den Reichsstatthalter in Verbindung gebracht mit der Erschießung des Gutsbesitzers von Flotow im April 1933. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre sechs Monaten. In der Begründung charakterisierte das Sondergericht von Flotow als eine minderwertige, allem Schlechten zugeneigte, gewalttätige Landsknechtnatur, die eine Gefahr für das deutsche Volk bildete. Der vom Reichsstatthalter gegen ihn erlassene Schutzhaftbefehl sei völlig berechtigt gewesen. Bei der Vollstreckung des Haftbefehls habe von Flotow einen Fluchtversuch unternommen und sei dabei erschossen worden. Dieser Erschießung, so führte der Vorsitzende aus, stehe der Reichsstatthalter in jeglicher Beziehung fern. Röhring habe seine Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt und die Ehre des Reichsstatthalters damit in schärfster Weise verunglimpft.

IMPRESS
Nr. 111/266

- 5 -

16.5.34.

Attentat auf Bruening?

Wien, 16.5. (IMPRESS): Nach einer Meldung des "Neuen Wiener Journals", dem wir die Verantwortung fuer die Veroeffentlichung ueberlassen muessen, ist auf den ehemaligen Reichskanzler Dr. Bruening ein Attentat verueubt worden. Ein SA-Fuehrer soll zwei Schuesse auf Bruening abgegeben haben, ohne ihn zu treffen.

Strafverfahren gegen Ehm Welk.

Berlin, 15.5. (IMPRESS): Gegen den fruehoren Chefredakteur der "Gruenen Post", Ehm Welk, der inzwischen aus dem Konzentrationslager entlassen worden ist, soll wegen Beleidigung eines Regierungsmitgliedes Anklage erhoben worden. Im Frueh zu einem dreimonatigen Verbot der "Gruenen Post" fuehrte. steht der offene Brief Welks an Goebbels, der bekanntlich Weiter besteht die Absicht, Welk aus dem Reichsverband der deutschen Presse auszuschliessen, was bedeuten wuerde, dass er weder Redakteur noch Mitarbeiter einer in Deutschland erscheinenden Zeitung sein darf.

zu verwenden.

Abwehr heimtückischer Angriffe

Gefängnisstrafen gegen „Meckerer"

Das Schöffengericht in Braunschweig verhandelte gegen Hans Eckensberger, der in einem Lokal behauptet hatte, durch Zahlung einer bestimmten Summe könne er die Aufnahme in die NSDAP erreichen. Damit habe der Angeklagte, so hiess es im Eröffnungsbeschluss, nicht ein Werturteil abgegeben, sondern eine Tatsache behauptet, die geeignet sei, das Ansehen der NSDAP schwer zu schädigen. Ausserdem hätte der Angeklagte einen Parteigenossen in leitender Stellung und einen weiteren Parteigenossen beleidigt. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr.

Eine Frau Bauer aus Berlin hatte in Altenbrak, wo sie sich zur Erholung befand, nach Anhören einer „Stunde der Nation" im Rundfunk abfällige und beleidigende Bemerkungen über Horst Wessel getan und die nationalsozialistische Bewegung verächtlich gemacht. Das Amtsgericht in Blankenburg verurteilte Frau Bauer zu drei Monaten Gefängnis wegen Verstosses gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933 zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Reichsregierung.

---

den ist.

Jena. Volksverräter. Der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Jena verurteilte zwei Kommunisten aus Ilmenau, die den bekannten Verpflichtungsschein zwar unterschrieben, aber ihre Tätigkeit für die kommunistische Bewegung nicht eingestellt hatten, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu je drei Jahren Zuchthaus. Ein weiterer Angeklagter aus Dobitschen, der gleichfalls das hochverräterische Treiben der Kommunisten unterstützt hatte, wurde zu eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Rudolstadt. Ein Zwischenfall. Ein nicht alltäglicher Zwischenfall ereignete sich dieser Tage in unserer Gegend

---

Jena. Zwei Hochverratsprozesse. Vor dem Ersten Strafsenat des Oberlandesgerichtes Jena standen neun Kommunisten aus Gotha und Tüttleben unter der Anklage des versuchten Hochverrats. Nachdem im Herbst 1933 die kommunistische Partei für staatsfeindlich erklärt und ein Teil der führenden Kommunisten verhaftet worden war, haben die Angeklagten die Organisation fortgesetzt. Sie richteten Deckadressen für Briefe von der Erfurter Bezirksleitung ein und entwarfen Hetzflugblätter. Während ein Angeklagter freigesprochen wurde, erhielten die sieben anderen Angeklagten Strafen von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis bis drei Jahre Zuchthaus. — Die zweite Verhandlung richtete sich gegen vier Kommunisten aus Hermsdorf, unter ihnen ein Ehepaar. Einer der Angeklagten, Kurt Schäller, ist zur Zeit noch flüchtig. Er gehört dem Bund „Freunde der Sowjetunion" an und ist auch in Rußland gewesen. Die Angeklagten haben durch verschiedene Handlungen der KPD. Vorschub geleistet und gegen die neue Staatsordnung gewühlt, hetzerische Schriften verbreitet, einen flüchtigen Parteiinstrukteur beherbergt, den Moskausender gehört. Das Urteil lautete gegen die Angeklagten auf je ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Die Durchführung der Amnestie.

Der Verfügung, die der Reichsjustizminister für die Durchführung des Amnestiegesetzes erlassen hat, sind noch folgende Einzelheiten zu entnehmen:

Bei Verurteilten, die Freiheitsstrafen bis zu 3 Monaten und Ersatzfreiheitsstrafen für Geldstrafen bis zu 500 Mark erhalten haben, haben die Gefangenen-Anstalten die Strafen alsbald zu unterbrechen und hiervon der Vollstreckungsbehörde Anzeige zu machen. Die Gefangenen-Anstalten haben ferner der Vollstreckungsbehörde in Listen diejenigen Gefangenen mitzuteilen, die Freiheitsstrafen von mehr als drei bis zu sechs Monaten oder Ersatzstrafen für Geldstrafen bis zu 1000 Mark verbüßen.

Die Strafvollstreckungsbehörden haben den Eintritt des Straferlasses durch Verfügung festzustellen und die Vollstreckung von Freiheitsstrafen sofort zu unterbrechen. Wenn Zweifel bestehen, ist umgehend die Entscheidung des Gerichts herbeizuführen. Die bei den Strafverfolgungsbehörden schwebenden Verfahren sind, soweit das Gesetz auf sie Anwendung findet, durch Verfügung einzustellen. In den gerichtlich anhängigen Sachen ist alsbald die Entscheidung des Gerichts über die Anwendbarkeit des Gesetzes herbeizuführen. Sie kann auch außerhalb der Hauptverhandlung ergehen. Die Anstellung weiterer Ermittlungen ist nur insoweit zulässig, als für die Entscheidung über die Anwendbarkeit des Gesetzes der Tatbestand noch weiter aufgeklärt werden muß.

Gößnitz, 7. März. Verurteilung kommunistischer Hetzverteiler. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilte das Oberlandesgericht Jena den Maurer Herbert Ruß aus Gößnitz als Hauptangeklagten zu 2½ Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, zehn weitere Angeklagte aus Gößnitz und Umgegend zu Gefängnisstrafen von einem bis zu 2½ Jahr unter teilweiser Anrechnung der Untersuchungshaft. Die Angeklagten hatten illegale Flugblätter und Handzettel hergestellt bzw verbreitet.

Zuchthausstrafen für unbefugten Sprengstoffbesitz.

‡ **Berlin, 14. Aug.** Nach eintägiger Verhandlung verkündete heute der zweite Senat des Volksgerichtshofs das Urteil gegen sechs Angeklagte aus Lay a. d. Mosel, die eine von dem Hauptangeklagten Beicht hergestellte Flasche mit Sprengstoff von Koblenz nach Lay gebracht und dort eine Zeitlang verborgen gehalten hatten. Die Angeklagten, unter denen sich der Leiter des Kampfbundes gegen den Fascismus und der kommunistische Ortsgruppenleiter aus Lay befanden, waren nach der Ueberzeugung des Gerichts über die umstürzlerischen Ziele der KPD genau unterrichtet und hatten sich deshalb durch ihre Tätigkeit der Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit einem Verbrechen gegen § 7 des Sprengstoffgesetzes (unbefugter Besitz) schuldig gemacht. Lediglich bei dem Angeklagten Josef Flöck wurde Beihilfe angenommen und daher nur auf eine durch die Untersuchungshaft verbüßte Gefängnisstrafe von neun Monaten erkannt. — Im übrigen lauteten die Strafen: Gegen die Hauptangeklagten: Peter Beich auf zwei Jahre Zuchthaus, Wilhelm Rott auf ein Jahr vier Monate Zuchthaus, Karl Becker auf ein Jahr und zwei Monate Zuchthaus, sowie gegen Franz Mader und Frau Katharina Rott auf die zulässige Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus. — Auf die Zuchthausstrafen wird die Untersuchungshaft voll angerechnet.

Zu zehnjähriger Zuchthausstrafe begnadigt.

‡ **Berlin, 14. Aug.** Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: „Der preußische Ministerpräsident hat die von dem Sondergericht am 7. April 1934 gegen den Wilhelm Renn aus Zorndorf wegen Mordes verhängte Todesstrafe im Gnadenwege in eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren umgewandelt. Der 62jährige Verurteilte hatte am 10. März 1934 den Otto Erdmann aus Zorndorf erschossen. Der preußische Ministerpräsident hat in diesem Falle von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht im Hinblick auf das hohe Alter des Verurteilten, seine bisherige Unbestraftheit, sowie auf die immerhin bestehende Möglichkeit, daß der Verurteilte bei der Tat unter dem überwiegenden Einfluß einer augenblicklichen Zornaufwallung gehandelt hat, die seine freie Willensbestimmung beeinträchtigte."

SONDERDIENST der Deutschen Informationen Nr.296/29.I.1938

Fuenf Jahre Hitler

DER STRAFVOLLZUG IM DRITTEN REICH

Aus einer Denkschrift "Fuenf Jahre Zerstoerung von Freiheit, Recht und Frieden durch das Hitlerregime" herausgegeben vom "Centre International pour le droit et la liberté en Allemagne" zum fuenften Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, veroeffentlichen die"Deutschen Informationen" das Kapitel ueber den Strafvollzug.

Die Gesetzgebung fuer den Strafvollzug wird seit Hitlers Machtantritt vom Suehnegedanken beherrscht. Alle Vorschriften fuer eine Sonderbehandlung politischer Ueberzeugungstaeter wurden aufgehoben. An ihre Stelle trat eine offensichtliche Verschlechterung der Lage der politischen Gefangenen gegenueber den Kriminalverbrechern. Gerade jene Kategorie von Gefangenen, die aus hohen idealistischen Motiven "straffaellig" wurden, die aus Solidaritaet mit den Unterdrueckten, aus Naechstenliebe, aus ihrer altruistischen Haltung heraus im Paragraphennetz des Diktaturstaates haengen blieben, sie werden am unmenschlichsten behandelt, diffamiert und von den Behoerden als "asoziale Elemente" beschimpft. Am 17.Dezember 1935 wurde der Schwerkriegsbeschaedigte Rudolf Claus in Berlin hingerichtet. Als Delikt fuer seine Verurteilung zum Tode wusste selbst der amtliche Prozessbericht nichts anderes anzufuehren, als dass Claus in einer verbotenen Hilfsorganisation taetig gewesen war. Claus wurde hingerichtet wegen seiner Gesinnung, die ihn zu der wahrhaft humanen Aufgabe verpflichtete, politische Gefangene und deren in Not befindliche Angehörige zu unterstuetzen.

Bis ins einzelne kehrte man zu den alten Zwangsmassnahmen zurueck: die Revision der Buechereien, die Einschraenkung des Beschwerderechts, das Verbot des Tabakgenusses,das Empfangsverbot fuer Geburtstags- und Weihnachtspakete, die Abschaffung des Strafurlaubs, Militaerische Disziplin und Drill sollen die Haft verschaerfen. Der Erziehungsgedanke ist in Wirklichkeit aus dem Strafvollzug ausgerottet worden. Die Mittel des humanen Strafvollzugs, der dazu diente, die positiven Kraefte im Gefangenen wachzuhalten und ihn auf die Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorzubereiten, werden jetzt als "Auswuechse" bezeichnet.

Dementsprechend sieht die Praxis des Strafvollzugs in Deutschland aus. Der Oberdirektor der Strafanstalt Ploetzensee schrieb darueber im "Tag": Wir verpflegen heute den Gefangenen fuer 32 bis 35 Pfennig. Der neue Staat hat es ganz bewusst so eingerichtet, dass die Strafe als Uebel wirken und empfunden werden soll". Damit wird ganz offen zugegeben, dass die Gefangenen systematisch ausgehungert werden. Der Direktor einer Hamburger Strafanstalt erklaerte den leitenden Beamten:"Das Essen in der Strafanstalt ist noch viel zu gut, die fuer die Verpflegung festgesetzten Summen muessen um 30% herabgesetzt werden.

Der Amerikaner Lawrence Simpson, der in Hitlerdeutschland verhaftet war, berichtete am 27.Maerz 1937 in der New-Yorker Zeitung "Deutsches Volksecho" ueber seine Gefangenschaft im Hamburger Gefaengnis: "An mehreren Zellen haengen Schilder mit der Aufschrift: Ketten. Das bedeutete, dass der Zelleninsasse nicht nur in Einzelhaft, sondern auch in Ketten lag. In einer dieser Zellen war ein Mann mit Namen Mehlis, einer der besten und mutigsten Fuehrer der Hamburger Arbeiter. Eines Tages, als ich das grosse Eisenschloss an Mehlis Zellentuer putzte, sah ich, dass der Waerter sich wegwandte und um eine Ecke verschwand. Die Luft war klar. Ich oeffnete rasch den Deckel ueber dem "Spion" und schaute hinein. Was ich sah, liess es mir kalt ueber den Ruecken laufen. Da war Mehlis, in der Mitte der dunklen, engen Zelle, an Hand und Fuss mit schweren Ketten an den Stuhl gefesselt, auf dem er sass. Sein Kopf war tief gesenkt, so angekettet sass er schon 6 Monate in Einzelhaft."

(DEUTSCHE INFORMATIONEN)

SONDERDIENST der Deutschen Informationen Nr.270/30.11.1937

Erste schwarze Liste

DIE SPITZEL, MOERDER UND MORDHELFER DER HAMBURGER GESTAPO-ZENTRALE

Die Hamburger Gestapo ist in der ganzen Welt besonders berueechtigt wegen ihrer besonderen Grausamkeit. Die "DEUTSCHEN INFORMATIONEN" sind auf Grund einer Re=cherche in der Lage,folgende Angaben ueber die gefaehrlichsten und brutalsten Mordhelfer der Hamburger Gestapo-Zentrale,denen ungezaehlte deutsche Freiheits=kaempfer zum Opfer gefallen sind,zu veroeffentlichen.

Oberster Leiter der Hamburger Gestapo ist ein ehemaliger Polizeisender namens Strecken=bach. Mit seinem Namen sind die Schutzhaftbefehle gezeichnet.

Der "Chef vom Dienst" heisst Kraus,von den Beamten kurz "Chef" genannt. Kraus leitet die Verhoere in politisch wichtigen Faellen und ordnet persoenlich die Folterungen an.Gegen=ueber Frauen von Verhafteten gibt er sich zunaechst "loyal",was ihn nicht hindert,die Frauen, wenn sie nicht die gewuenschten Aussagen machen,auspeitschen zu lassen.

Der Kommissar Struwe hat die Frage zu bearbeiten,ob Haeftlinge nach der Strafverbuessung ins Konzentrationslager ueberfuehrt werden sollen.Struwe ist ein alter Beamter,der sich aeusserlich loyal gibt.Von seiner Entscheidung haengt oft Tod und Leben des Gefangenen ab.

Struwes engster Mitarbeiter ist der Kriminalassistent Teege, ein aeusserst gerissener Spezialist,der besonders die Faelle,die in Zusammenhang mit dem frueheren "Rotfrontkaempfer-Bund" gebracht werden sollen,bearbeitet. Teege beginnt die Vernehmungen durch Aushorchungs=versuche,versucht auf Umwegen,durch scheinheilige Fragen und Anbieten von Zigaretten sein Opfer weich zu machen, um in Moment,wo er einen Anhaltspunkt findet,brutal vorzugehen.

Teeges "rechte Hand" im wortwoertlichen Sinne ist der Schlaeger Konny,der die von Teege Vorbereiteten in Empfang nimmt.Dieser Konny hat persoenlich mehrere deutsche Arbeiter (es werden die Namen Scheffel,Wassilewski,Wolff,Feddersen genannt) auf dem Gewissen.

Ein weiterer Mitarbeiter von Teege ist Knuth, ein aelterer Beamte,der auf Grund seiner Kenntnis aus frueheren Jahren,besonders zur Aufrollung und Kombinierung laengst verjaehrter affaeren gebraucht wird. Er erzaehlt unentwegt Zoten.

Der ehemalige Stahlhelmer Luethgen ersetzt seine kriminalistische Unfaehigkeit durch forsches,militaerisches Auftreten.Er hat die Gewohnheit,den Verhoerten falsche Antworten in den Mund zu legen und die Protokolle zu faelschen.

Schmidt, genannt 'Tango-Schmidt',ein besonderer Protégé von Struwe,hat in verschiede=nen Ressorts gearbeitet,fruehr in Jugendsachen,spaeter gegen zurueckgekehrte Emigranten, jetzt in der Ueberwachung der Kirchen-Opposition. Auch er ist ebenso unfaehig wie brutal.

Das Hafenkommando wird geleitet von einem gewissen Will, der bereits vor Hitler zur Staatspolizei gehoerte.Will,der im Maerz 1933 verhaftet wurde,erkaufte sich seine Freiheit durch Verrat.

Die ehemaligen Oberwachtmeister der gruenen Polizei Pat Juergens und Vollstaedt waren bereits vor Hitler wegen ihrer Brutalitaet berueechtigt. Vollstaedt,der Elmsbuettel zustaen=dig ist, ist ein besonders gefuerchter Totschlaeger.

Unter den zahlreichen Spitzeln und Vigilanten sind besonders drei Helfer des Schlae=gers Konny berueechtigt. Diese drei, Lippert,die sogenannte "Hundeschnauze" und ein dritter unbekannten Namens, sind saemtlich zu Zuchthaus ueber 10 Jahren verurteilt,aber sie bewegen sich trotzdem voellig frei in den Raeumen der Gestapo.

Im Kreise der Spitzel und Mordhelfer fehlt auch nicht eine perverse Frau,die Sekretae=rin und Geliebte von Streckenbach, Herta Jens,die sich vor Hitler als Antifaschistin ausge=geben hat. Sie ist staendig in Geldverlegenheiten.Sie hat eine Anzahl von Antifaschisten gegen Bezahlung verraten und laesst sich ebenfalls fuer ihre Liebesdienste von der ganzen Gestapo bezahlen. Ihre Lieblingsbeschaeftigung ist, bei den Folterungen der Gefangenen zuzusehen.

Die Polizei kassiert rueckstaendige Mitgliedsbeitraege der verbotenen Logen D.I. 30/IX.37

(DI) Bekanntlich wurden die Logen in Deutschland schon vor laengerer Zeit verboten und ihr Vermoegen beschlagnahmt. Verschiedene ehemalige Logenbrueder Hamburgs wurden jetzt in einem Schreiben darauf hingewiesen, dass das Vermoegen ihrer Loge an den Staat verfallen sei, dass der Staat mit dem Vermoegen auch die Forderungen der Loge uebernommen habe und dass sie ihre rueckstaendigen Beitraege im Polizeipraesidium in Hamburg abliefern muessten.

Gemeine Beschimpfungen Léon Blums im Streicherblatt

Berlin - (DI) Die neueste Nummer des antisemitischen Hetzblattes "Der Stuermer", dessen Herausgeber Julius Streicher, der beste Freund Hitlers ist, bringt einen umfangreichen Artikel unter der Ueberschrift "Frankreich, eine Beute Alljudas". Nach der Wiedergabe von Auszuegen aus einem Artikel von Henri Beraud im "Gringoire" ueber die juedischen Mitarbeiter des franzoesischen Kabinetts schreibt das Blatt Streichers: "Dabei darf natuerlich nicht vergessen werden, dass Léon Blum selbst Jude ist. ...Wird Frankreich die Entschlusskraft, den Willen haben, sich von dieser Kanaille zu befreien, oder wird es zum grossen Teil angefault durch Weichlichkeit, durch religioese Unglaeubigkeit, Spott ueber Geisteswerte, sich endgueltig der juedischen Sklaverei unterwerfen?"

Deutsche Mitteilungen

POSTSCHECKKONTO:
Max Braun, Paris 1970-33

HERAUSGEGEBEN VON
Heinrich MANN, Georg BERNHARD, Professor LIEB

1.Jahrgang/Nr.2
12.Februar 1938.
JOURNAL PÉRIODIQUE
paraissant 3 fois par semaine

55, RUE DE FAUBOURG MONTMARTRE, PARIS-IX – TELEFON : TRUDAINE 14-93 (4 lignes)

Eigene Korrespondenten in den wichtigsten Staedten Deutschlands

Aus dem Inhalt: Prof. Denicke: das neue Reichswirtschafts=Ministerium - Berliner Bericht: Hitlers schwindende Partei - Hetze geen Eden und Vansittart - Berliner Angst vor der Anglo-franzoesischen Entente.

Werden die deutschen Grenzen geschlossen?
Die Hinrichtungs-Kommission.

Berlin - (DM) Aus der Unzahl der Geruechte, die jetzt im Reiche kursieren und ueber seine Grenzen hinausgehen, kann Ihr Berichterstatter Ihnen folgende Tatsachen mitteilen:

1) Die SA= und SS= Standarten befinden sich in erhoehter Alarmbereitschaft und den aktiven Mannschaften unter ihnen ist der Befehl erteilt worden, ihre Arbeitsstelle nicht aufzusuchen, sondern sich jederzeit zum sofortigen Einsatz erreichbar und bereit zu halten.

2) An allen Grenzen ist eine verschaerfte Grenzkontrolle, insbesondere durch SS=Mannschaften, eingefuehrt worden, die jeden ausreisenden Deutschen einer mehrfachen Kontrolle unterziehen. Es soll den als unzuverlaessig geltenden Elementen der Armee ebenso wie Nachrichtenkurieren fuer das Ausland der Uebertritt ueber die Reichsgrenzen unmoeglich gemacht werden. Man rechnet in eingeweihten Kreisen stuendlich mit der Verhaengung einer absoluten Grenzsperre, nachdem die Tatsache, dass deutsche Generaele zu politischen Emigranten geworden sind, nicht nur im Auslande, sondern staerker noch im Inlande zu den wildesten Geruechten und zu einer verstaerkten Zersetzung unter den bisherigen Anhaengern des Nationalsozialismus gefuehrt hat.

3) Eine gemischte Kommission aus hohen Offizieren der SS und nationalsozialistischen Offizieren der Armee betreibt eine Saeuberungsarbeit im Offizierscorps gegenueber allen Personen, die im Rufe stehen, mit der Opposition zu sympathisieren und gegen das Nazisystem kritisch eingestellt zu sein. Die Initiative zu dieser und einer Reihe anderer Massnahmen liegt beim Chef der Gestapo, Heinrich Himmler. Die Kommission, die ihre Untersuchungen auch auf die Unteroffiziere ausdehnt, hat nicht nur das Recht zur fristlosen Entlassung, sondern auch zur Verhaftung und zur sofortigen Hinrichtung.

4) In allen Garnisonsorten herrscht in den Offiziers-, Unteroffiziers- und Mannschaftskreisen eine in der preussisch=deutschen Armee bisher unbekannte Unruhe, die Rueckwirkungen auf die Bevoelkerung hat, die die Nationalsozialisten mit der Verbreitung folgenden Geruechts auf ihre Seite zu ziehen versucht: die konservative Reaktion habe gemeinsam mit den monarchistischen Offizieren die Rueckkehr der Hohenzollern und die Wiederkehr der Privilegien der bevorzugten Schicht betrieben, und nur dagegen richte sich der Schlag Hitler's.

5) Papen, der bisherige Botschafter in Oesterreich, der bereits im Januar 1933 das erste Kompromiss zwischen Hitler und der konservativen Reaktion zustandebrachte, bemueht sich augenblicklich um eine Vermittlung zwischen der Generalitaet und Hitler.

6) In der Nazipresse herrscht grosse Bestuerzung ueber den Sturz des faschistischen Regimes in Rumaenien.

7) Die Vertagung des Niemoeller=Prozesses wird im ganzen Reiche als eine Schwaeche des Nazi=Systems angesehen, das in diesem Augenblick nicht noch weitere Unruhe in die Bevoelkerung hineintragen will.

(Deutsche Mitteilungen)

Das ganze deutsche Volk macht sich strafbar - - sagt das Reichsgericht

Berlin (DI) Das Reichsgericht hat, wie die "Juristische Wochenschrift" (Seite 2390 5d 760/36) mitteilt, in einer grundsaetzlichen Entscheidung festgestellt, dass eine strafbare Handlung auch in ganz vertraulichen Aeusserungen liegen kann, die im engsten Familienkreis fallen. Selbst wenn Verschwiegenheit zugesichert wird, liegt nach Ansicht des Reichsgericht eine gewollte Kundgebung an einen anderen vor. Wenn die entsprechende Kundgebung im engsten Familienkreise, z.B. zwischen Eltern und Kindern oder zwischen Ehegatten, mit der Vereinbarung strengster Geheimhaltung erfolgt ist, ist dennoch der Tatbestand der Heckerei nach dem Heimtueckegesetz oder der Beleidigung gegeben. Folgendes Eingestaendnis der Stimmung der Bevoelkerung ist dabei von Bedeutung: "Auch die Erwaegung, dass dann wohl die Mehrzahl der Volksgenossen sich irgendwann einmal in einem Augenblick der Verzweiflung strafbar gemacht habe, und dass man nichts verlangen solle, was fast unmoeglich sei, koenne nicht dazu fuehren, solche Handlungen straflos zu machen."

Extra-Ausgabe der Deutschen Informationen Nr.243/25.9.1937

"KRIEGSSCHAUPLATZ INNERDEUTSCHLAND"

Geheimvortrag des Chefs der Gestapo vor dem Offizierkorps der Wehrmacht

Der "Neue Vorwärts", das Organ der Sopade, ist in der Lage, den Wortlaut eines Vortrags zu veroeffentlichen, den der Chef der Gestapo vor den Fuehrern der Wehrmacht gehalten hat. In diesem Vortrag entwickelt Himmler die Notwendigkeit, bei Kriegsausbruch ausser den Fronten gegen den aeusseren Feind, auch einen "inneren Kriegsschauplatz" zu organisieren, um den erwarteten Widerstand des deutschen Volkes gegen den Krieg zu brechen. Woertlich fuehrte Himmler u.a. aus:

"Ich komme nun im Zusammenhang mit diesem Komplex zu der Hauptfrage: Sicherheit im Innern und Aufgabe der Polizei waehrend eines Krieges. Wir werden in einem kuenftigen Kriege nicht nur die Front der Armee auf dem Lande, die Front der Marine zu Wasser, die Front der Luftwaffe in der Luftglocke ueber Deutschland haben, wie ich es nennen moechte, sondern wir werden einen vierten Kriegsschauplatz haben: Innerdeutschland! Das ist die Basis, die wir gesund erhalten muessen, auf Biegen oder Brechen gesund, weil sonst die drei anderen, die kaempfenden Teile Deutschlands, wieder den Dolchstoss bekaemen.

Wenn dieser Krieg fruecher kommen sollte, als irgendeiner von uns glaubt oder es je wünsch wenn ueberhaupt ein Krieg kommen sollte, muessen wir uns daruber klar sein, dass im deutschen Volke immer ein Bodensatz bleiben wird, der den Ansatzpunkt fuer die Komintern bildet. Einstellen auf diese Gefahr, auf diesen Kriegsschauplatz im Innern, muessen wir uns auf jeden Fall und muessen uns immer klar machen, dass jeder Krieg bei einer Vernachlaessigung dieses Kriegsschauplatzes im Innern zu einem Verlust fuehren wuerde.

Ich stelle mir nun das Aufgabengebiet im Falle eines Krieges folgendermassen vor: Die Polizei wuerde selbstverstaendlich, wie ich es als ihre Pflicht ansehe, einen Teil - vielleicht hoechstens 15 000 bis 20 000 Mann, mehr nicht, an die Wehrmacht als Soldaten abgeben koennen. Insgesamt habe ich rund 80 000 bis 90 000 Mann uniformierte Polizei. Dabei ist zu bedenken, dass ein grosser Teil dieser uniformierten Polizei ueber 45 Jahre alt ist oder mindestens ueber 40, so dass ich, wenn ich von dem verbleibendem Rest vielleicht 15 000 bis 20 000 Mann abgebe, eigentlich den Stahl aus dieser Polizei abgebe. Ich kann die Leute ersetzen durch Maenner ueber 55 oder 60 Jahre, die ich wieder aktiviere. Das kann man zur Not machen.

Moeglich ist das jedoch nur, wenn ich mir eine Eingreiftruppe sichere, die ich fuer Aktionen im grossen gebrauchen kann. Das sind die Totenkopfverbaende.

Die Totenkopfverbaende werden in jeden Regierungsbezirk Deutschlands kommen. Dabei sind folgende Massnahmen vorgesehen:

Erstens kommt kein Verband in seine Heimat, es wird also niemals ein pommerscher Sturm in Pommern Dienst machen.

Zweitens: Jeder Verband wechselt nach drei Wochen ueber.

Drittens: Der Verband wird niemals im einzelnen im Strassendienst eingesetzt. Es wird niemals ein einzelner Mann mit dem Totenkopfabzeichen im Strassendienst als Polizist verwendet, das gibt es nicht.

Viertens: Wenn diese Verwendung eintritt, wird ruecksichtslos durchgegriffen. Etwas anderes kommt nicht in Frage.

Denn sonst muessten wir in Deutschland mit all den Moeglichkeiten rechnen, wie: Fallschirmabspruenge, Einsatz von Saboteuren, Einsatz von verwegenen Gruppen von 16 oder 20 Mann, die einmal mit Unterstuetzung einer kommunistischen Belegschaft sich in einer Munitionsfabrik festsetzen koennen. Wenn diese Massnahmen nicht vorgesehen sind, koennte man nicht mit einer so geringen Zahl von Mannschaften auskommen."

"Ausschluss aus der Volksgemeinschaft" D.I. 3.XI.37

Hindenburg - (DI) In den Borsig-Kokswerken in Hindenburg -Oberschl.) gab der Vertrauensmann durch Anschlag am schwarzen Brett der gesamten Belegschaft bekannt, dass der Lokomotivfuehrer Alscher und der Tischler Josef Wilk fuer ein halbes Jahr aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen worden sind. Als Begruendung wird angefuehrt, dass sich die Beiden bei einem juedischen Arzt haben behandeln lassen. Dieser juedische Arzt ist zwar zur Krankenkasse zugelassen, aber wer sich von ihm behandeln laesst, wird moralisch mit dem Ausschluss aus der Volksgemeinschaft geaechtet.

200 verhaftete Gewerkschaftler in Hannover D.I. 16.XI.37

Hannover - (DI) Die von einer Berliner Dienststelle der Gestapo durchgefuehrten Massenverhaftungen von ehemaligen Gewerkschaftlern hat die Zahl 1 200 ueberschritten. Unter ihnen befinden sich die fruecheren leitenden Verbandssekretaere Gail und Karl des Fabrikarbeiterverbandes. Die Verhaftungen begannen bereits im Spaetsommer und von den Verhafteten befinden sich heute noch immer mehr als 200 in Haft.

Verschaerfte Verfolgung der Bibelforscher D.I. 16.XI.37

Duesseldorf- (DI) Vor dem Sondergericht wurde gegen 5 Maenner und 2 Frauen aus der Gegend von Duisburg, Hamborn und Hoerde verhandelt, die beschuldigt werden, Propaganda fuer die internationale Bibelforschervereinigung getrieben zu haben. In der Gerichtsverhandlung wurde bekannt, dass einer der urspruenglich verhafteten Bibelforscher, der 35-jaehrige Paul Lesnienski, in der Zelle angeblich "Selbstmord" beging, was soviel bedeutet, dass er von der Gestapo im Zuge der Vernehmungen ermordet wurde. Tatsaechlich wurde das Verfahren auf Grund seiner angeblichen Gestaendnisse durchgefuehrt. Der Hauptangeklagte Peters verweigerte vor dem Sondergericht jede Antwort. Das Gericht verhaengte ueber die Angeklagten Gefaengnisstrafen bis zu 2 Jahren.

[illegible] Comédie, Paris 6° Le Gérant: BOLORE Georges

Terror gegen ein ganzes Volk D.I. 6.XI.37
Lebenslaengliches Zuchthaus fuer sozialdemokratische Kaempfer

Berlin - (DI) Vor dem Volksgericht wurden die Eheleute Emil und Frieda Weber aus Annweiler in der Pfalz wegen illegaler sozialdemokratischer Betaetigung zu lebenslaenglichem Zuchthaus verurteilt. Der Mitangeklagte Ernst Koch aus Annweiler erhielt wegen des gleichen Deliktes 12 Jahre Zuchthaus. Einer der Mitverhafteten namens Erder war bereits im Gefaengnis von der Gestapo umgebracht worden. Die Angeklagten waren saemtlich ehemalige Sozialdemokraten, die Ostern 1936 verhaftet wurden und 18 Monate in Untersuchungshaft sassen.

Das Volksgericht verurteilte ausserdem sozialdemokratische und kommunistische Funktionaere aus Wehrden in der Saar wegen illegaler Betaetigung zu drei und vier einhalb Jahren Zuchthaus.

MANCHESTER GUARDIAN 29.10.37

POLITICAL OPPONENTS OF THE NAZIS

To the Editor of the Manchester Guardian

Sir,—The effort is being made from Berlin to arouse interest in the case of two members of the Czecho-Slovak Parliament who are alleged to have received blows with truncheons when the police were breaking up a crowd at Teplitz-Schönau. We should like your readers to bear in mind the German members of Parliament who [illegible] had to endure far worse things.

Since Adolf Hitler's seizure of power these members of Parliament have been murdered: Eggerstedt, Ferkel, Gerdes, Götz, Henk, Husemann, Jacobs, Kasten, Langhorst, Landgraf, Mäder, Dr. Marum, Putz, Reith, Dr. Sachs, Scheer, Schulz, Schütz, Stelling, Steinfurth, Stentzer. In none of these twenty-one cases were the murderers punished.

A large number of members of Parliament have been kept under arrest without legal process for long periods, and some of them have been severely ill-treated. Among these are Beimler, Brandes, Ebert, Faust, Dobbert, Endemann, Felder, Fleissner, Freitag, Frölich, Gerlach, Graef, Hartsch, Hermann, Hirtsiefer, Jürgensen, Kunstler, Kuhnt, Kupfer, Dr. Leber, Liebmann, Litke, Löbe, Lüdemann, Meier-Baden, Metz, Poeschke, Remmele, Reuter, Rossmann, Seger, Schirmer, Soldmann, Dr. Staudinger, Thielemann, Unterleitner.

A large number of members of Parliament are in prison to this day, almost all of them without legal process. Among these are Geschke, Graupe, Heilmann, Dr. Jasper, Maddalena, Dr. Mierendorff, Dr. Neubauer, Puchta, Overlach, Dr. Schumacher, Schumann, Stamm, Stöcker, Thälmann.

Some of these members of Parliament have been kept in confinement without legal process for more than four years.—Yours, &c.,

THE EXECUTIVE OF THE GERMAN SOCIAL DEMOCRATIC PARTY.

Prague, October 21.

TEMPS 14.VIII.37

Le permis de conduire retiré à des « individus susceptibles de commettre des délits politiques »

On mande de Berlin à l'agence Radio:

La *Gazette hebdomadaire des juristes* a relevé un certain nombre d'arrêts du tribunal suprême d'administration retirant le permis de conduire sans qu'aucune contravention au code de la route ait été constatée.

Le tribunal estime qu'il est des cas où il est dangereux de laisser aux individus le permis de conduire, notamment lorsqu'ils sont susceptibles de commettre des délits politiques.

Ce permis ne doit être accordé qu'aux personnes sûres aux yeux du régime.

On doit relever que l'obligation d'attendre dans les stations d'essence à la suite d'automobiles pilotées par des juifs, causait une irritation croissante aux membres du parti.

Arrestation d'un ex-député du centre catholique

TEMPS 7.VIII.37

Le docteur Franz Sommer, de Carlsruhe, ancien député du centre catholique au Reichstag, a été arrêté.

Il aurait commis des malversations dans l'exercice des fonctions d'administrateur judiciaire.

Condamnation d'une « ennemie du régime »

On mande de Berlin à l'agence Radio :

Une femme de 59 ans a été poursuivie devant le tribunal spécial de Kœnigsberg pour avoir écrit à ses parents en Pologne une lettre où elle s'exprimait de façon « haineuse » sur le régime et la terreur qu'il fait régner. Pour contravention à la loi sur les attaques perfides, elle a été condamnée à quatre mois de prison.

Un avion s'écrase au sol : huit morts

SONDERDIENST der Deutschen Informationen Nr. 210/ 8. Juli 1937

"HOCHVERRAT" BEIM RADIOEMPFANG

Aus der Begruendung eines Schreckensurteils

Das "Archiv fuer Funkrecht", Amtsblatt der Reichsrundfunkkammer, (Juni 1937) veroeffentlicht den Wortlaut des Urteils des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 14. April 1937, in welchem mehrere Angeklagte zu Zuchthausstrafen bis zu sechs Jahren verurteilt worden sind, weil sie den Moskauer Sender abhoerten. Die Verurteilung erfolgte wegen "fortgesetzter Vorbereitung eines hochverraeterischen Unternehmens". Die "Deutschen Informationen" veroeffentlichen aus der Urteilsbegruendung einige Abschnitte, die den ungebrochenen Widerstand der deutschen Antifaschisten bezeugen :

Nach der Schilderung, wie der Angeklagte B. sich auf der Rundfunkausstellung erkundigt habe, ob man mit dem Volksempfaenger Moskau hoeren koenne und wie er sich schliesslich nach den ihm gegebenen technischen Ratschlaegen einen Volksempfaenger mit Hochantenne und Sperrkreis angeschafft habe, faehrt das Urteil fort :
"Der Angeklagte huldigte zugegebenermassen dem Grundsatz, dass, wer Kommunist sein wolle, zunaechst seine Ehefrau und seine Kinder von der Richtigkeit des Kommunismus ueberzeugen muesse, dann koenne er weitergehen. Diesen Grundsatz hat der Angeklagte befolgt. Seine Frau war schon kommunistisch eingestellt. Er konnte also weitergehen und in einem groesseren Kreise kommunistische Propaganda treiben. Dazu sollte ihm das Abhoeren des Moskauer Senders mit dem neuerworbenen Volksempfaenger dienen... Jedenfalls bildete sich um den Angeklagten in kurzer Zeit eine starke Hoerergemeinschaft... Im Anschluss an das Abhoeren wurde stets ueber das Gehoerte diskutiert. Geleitet wurde diese Gemeinschaft von dem Angeklagten B. Er erklaerte das Gehoerte und beantwortete Fragen der Mithoerer. Er benutzte die Diskussionen dazu, die russischen Nachrichten als wahrheitsgetreu gegenueber den angeblich unwahren deutschen Meldungen hinzustellen, die russischen Verhaeltnisse als sehr gut zu schildern und die Anwesenden in ihrer kommunistischen Einstellung zu festigen und in ihrem Glauben an den Endsieg des Kommunismus zu staerken. Meldungen ueber Sammlungen in anderen Laendern zugunsten der spanischen Kommunisten quittierte er staendig mit den Worten :"Bravo, Genossen!" Die von Moskau uebertragene Internationale bezeichnete er als sein Nachtgebet."

Der Angeklagte hat, wie aus der Urteilsbegruendung weiter hervorgeht, auch vor Gericht seine Gesinnung verteidigt. Das Urteil faehrt fort :
"Diese Feststellungen lassen keinen Zweifel darueber, dass der Angeklagte B. mit nicht zu ueberbietender Intensitaet fuer den Kommunismus Propaganda gemacht hat durch Aufbau von Hoerergemeinschaften, Mundpropaganda und Beeinflussung nichtkommunistischer Personen. Wenn der Angeklagte in der Hauptverhandlung versuchte, als Beweggrund fuer seine Handlungen und als sein Ziel das Werben fuer den Sozialismus hinzustellen (fuer den ja auch die nationalsozialistische Bewegung kaempft), so kann er damit nicht gehoert werden. Der Angeklagte ist alter, unbekehrter und unverbesserlicher Kommunist und alle seine Handlungen dienten ausschliesslich dem Zweck, den Kommunismus auszubreiten und die alten Kommunisten in ihren kommunistischen Irrtuemern zu festigen. Dadurch hat der Angeklagte sich der Vorbereitung eines hochverraeterischen Unternehmens schuldig gemacht."

Der Angeklagte B. erhielt 6 Jahre Zuchthaus. Unter den Mitangeklagten befindet sich eine Frau E., die bereits wegen "Vorbereitung eines hochverraeterischen Unternehmens" von einem Hitlergericht zu 2 Jahren Gefaengnis verurteilt wurde. Diese Strafe hat sie bis zum 7. August 1936 verbuesst. Nach ihrer Haftentlassung kam sie zur Familie B. mit den Worten: "Ich muss mal wieder Barenbeck hoeren" (womit der Moskauer Sender gemeint war). Die 52 Jahre alte Frau ist jetzt wegen Teilnahme an dieser Hoerergemeinschaft erneut zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Unter den Angeklagten befindet sich ferner ein Mitglied der "Deutschen Arbeitsfront" und des Luftschutzes. Die Hoerergemeinschaft wurde im Oktober 1936 von der Gestapo ausfindig gemacht.

(De[illegible] Inform[illegible]

SONDERDIENST der Deutschen Informationen Nr. 222/ 5. August 1937.

DER DEUTSCHE ARBEITER UNTER KRIEGSGESETZ

Vom deutschen Sklavenmarkt

Der Praesident der Reichsanstalt fuer Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat eine Verordnung erlassen, wonach alleinstehende Kurzarbeiter bis zum Alter von 30 Jahren von der Kurzarbeiterunterstuetzung ausgeschlossen werden. Dieser Erlass dient lediglich dem einzigen Zwecke, den deutschen Arbeiter noch staerker als bisher unter Kriegsgesetz zu stellen, d.h. ihn ohne Ruecksicht auf persoenliche oder familiaere Verpflichtungen dort einzusetzen, wo es der Kriegsvorbereitungswirtschaft des Nationalsozialismus gefaellt. Das Recht auf Freizuegigkeit ist restlos abgeschafft. Wie jetzt der Arbeitsmarkt amtlich reguliert wird, dafuer bringen die "Deutschen Informationen" folgende illustrativen Beispiele :

Pirmasens : Angeblich gibt es in Pirmasens keine Arbeitslosen. Aber allein aus dem Bezirk Pirmasens befinden sich etwa 4.000 Personen fuer 52 Pfg. pro Stunde beim Strassenbau in den entlegensten Gegenden Deutschlands. Ebensoviele sind zwangsweise bei der Landhilfe und beim Arbeitsdienst beschaeftigt. Wer sich weigert, eine nachgewiesene Stelle anzunehmen, wird aus der Unterstuetzung ausgeschlossen. Sich auf eigene Rechnung und Gefahr nach einer geeigneten Stelle umzusehen, ist zwecklos, da die Ueberweisung durch das Arbeitsamt verweigert wird. Die Bezahlung bei der Zwangsarbeit ist so, dass die Familien daheim in den meisten Faellen bittere Not leiden.

Freiburg i. Baden : Aus dem Saargebiet, von der Wurm und aus dem Ruhrrevier sind viele Bergarbeiter zwangsweise in die Erzgruben bei Donaueschingen verpflanzt worden. Die Arbeit in diesem Revier ist schwer und gefaehrlich, und Erkrankungen und Verletzungen sind in den niedrigen und wenig ergiebigen Erzgaengen sehr haeufig. Ebenso sind die toedlichen Unfaelle hier haeufiger als anderswo. Dazu kommt ein Arbeitstempo, das von den Arbeitern nur "Mordtempo" genannt wird. Besitzer dieser Gruben ist der Huettenbesitzer Hermann Roechling aus Voelklingen im Saargebiet, derselbe Mann, der waehrend des Krieges die franzoesischen und belgischen Fabriken pluenderte.

Aachen : Im Rahmen der Verordnung ueber den Unterstuetzungsentzug bei Kurzarbeitern werden jetzt viele Entlassungen durchgefuehrt. Die Entlassenen werden aufgefordert, aus diesen Grenzgebieten abzuwandern und Landarbeit oder Strassen- und Talsperrenbau anzunehmen. Von dieser Verordnung werden besonders die Textilbezirke betroffen. Nach einer Statistik des Oberregierungsrats Dr. Bargheer in der "Textil-Zeitung" liegen die Verhaeltnisse folgendermassen : "Mehr als zwei Drittel der Empfaenger der Kurzarbeiterunterstuetzung, naemlich 71.700 von insgesamt 105.200, sind in der Textilindustrie beschaeftigt. von 66.400 Kurzarbeitern, die verstaerkte Kurzarbeiterunterstuetzung erhalten, d.h. die noch unter drei Tagen die Woche arbeiten, gehoeren 37.300 zur Textilindustrie. Mit 21.400 folgt dann die Schuhindustrie." In den weiteren Ausfuehrungen des Artikels wird ganz offen zugegeben, dass die Gruende in der Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung liegen, dass aber die Gefolgschaften so vermindert werden muessten, dass man die zugeteilten Rohstoffe in Vollarbeit aufteilen koennte.

Saarbruecken : Die Deportation von 9.000 Saarbergarbeitern geht weiter. Die Leute werden einzeln aufs Arbeitsamt bestellt und dort wird ihnen erklaert, dass Arbeitsverweigerung fuer eine Arbeitsstelle ausserhalb der Saar Unterstuetzungsentzug zur Folge habe. Die Werbungen erfolgen unter den Arbeitern durch offiziell beauftragte Werber, insbesondere auch fuer die neue "Hermann Goering-A.G." fuer Erzbergbau. Die Nachrichten, die von den neuen Arbeitsplaetzen ins Saargebiet gelangen, enthalten dauernd Klagen ueber Lohn, Verpflegung und Unterkunft und kuendigen baldige Rueckkehr an.

(Deutsche Informationen)

Menschenraub im Elsass D.I. 19.X.37

Weisenburg - (DI) In Bischwiller (Bas-Rhin) wohnte und arbeitete der seit 14 Jahren in Frankreich lebende 38 Jahre alte Schuharbeiter Franz Arnold, ein Deutscher aus Speyer a.Rh., der im Jahre 1923 seine Heimat verliess, sich im Elsass verheiratete und dort mit Frau und Kindern zurueckgezogen, aber zufrieden lebte. Sein Kind verbrachte, wie manches Jahr zuvor, auch die letzten Schulferien bei den Grosseltern in Speyer. Ploetzlich erhielt das Ehepaar Arnold ein Telegramm aus Speyer:"Kind verungluckt, schwer verletzt, kommt sofort." Das taten die erschrockenen Eltenn, sie fuhren ueber Weisenburg nach Deutschland. Franz Arnold jedoch wurde an der ersten deutschen Grenzstelle sofort verhaftet, und seine Frau weiss bis heute nichts ueber seinen Aufenthalt. Wieder einmal ist es der Gestapo gelungen, einen um sein Kind bangenden Vater in eine Falle zu locken.

Zwei Monate Gefaengnis fuer eine Spenden-Verweigerung D.I. 23.XII.37

Altona - (DI) Ein Arbeiter weigerte sich einem Sammler fuer die "Winterhilfe",der ihn in einer Wirtschaft ansprach,etwas zu geben.Da der Mann mit der Buechse hartnaeckig blieb,kam es zu einer Unterhaltung,bei der der Arbiter in gut norddeutscher Art seinem Herzen ueber die ewigen Belaestigungen mit der offiziellen Bettelei Luft machte.Der Sammler zeigte ihn an,und er wurde wegen "groben Unfugs und Beleidigung" vor Gericht gestellt.Der Einzelrichter stellte fest,dass die Aeusserungen des Arbeiters "marxistische Redensarten" gewesen seien.Er wurde zu zwei Monaten Gefaengnis verurteilt.

Gestapo-Erpresserbriefe auch in New York D.I. 4.I.38

New-York - (DI) Auch die New-Yorker Zeitungen und zahlreiche bekannte Publizisten erhielten aus dem Konzentrationslager Dachau gleichlautende "Briefe" von politischen Gefangenen, in denen Bezug genommen wird auf Meldungen der Emigrantenpresse ueber die Zustaende in deutschen Konzentrationslagern.Auch in diesen Briefen wird mitgeteilt, dass angeblich bis zur Feststellung der Taeter, die Juden in Isolationshaft genommen worden seien. Es handelt sich um die gleichen Erpressungsbriefe,die auch an zahlreiche europaeische Zeitungen von der Gestapo gerichtet worden sind,mit dem Ziele,die wahrheitsgemaesse Berichterstattung ueber den Naziterror zu unterbinden. Die antifaschistischen Publizisten in den Vereinigten Staaten haben auf diese Erpressungsversuche ebenso reagiert, wie ihre europaeischen Kollegen: mit einer Verstaerkung der Kampagne fuer die ungluecklichen Opfer des Hitlerterrors.

"Staatsfeinde" am laufenden Band D.I. 28.I.38

Koenigsberg - (DI) In einem Bibelforscherprozess erklaerte der Angeklagte, der 30 Jahre alte Bernecker, der zusammen mit seiner Frau vor Gericht stand, er achte die deutsche Nationalhymne nicht, auch den Hitlergruss nicht, er wuerde nie ein Amt im Dritten Reich uebernehmen und auch keinen Eid leisten; den Luftschutz hielte er fuer verwerflich und er werde den Dienst mit der Waffe verweigern.Und wenn er aus dem Gefaengnis herauskaeme,werde er weiter fuer die Verbreitung der Lehre der "Zeugen Jehovahs" wirken. Der Angeklagte wurde zu 4 Jahren Gefaengnis, seine Frau zu 2 Jahren verurteilt.

Darmstadt - (DI) 12 Angeklagte der verbotenen Sekte "Menschenfreundliche Versammlung" hatte sich dieser Tage wegen Aufrechterhaltung ihrer Organisation und der Verbindung mit ihren Glaubensbruedern in der Schweiz vor dem Sondergericht in Darmstadt zu verantworten.Der Hauptangeklagte erhielt 5 Monate Gefaengnis, die anderen wurden zu geringeren Gefaengnisstrafen verurteilt.

Weiden - (DI) Das Sondergericht Nuernberg hielt in Weiden eine Tagung ab,um mehrere,wegen des sogenannten "Heimtueckegesetzes" angeklagte "Staatsfeinde" abzuurteilen. Es handelte sich durchwegs um Dorfeinwohner,die gegen das Regime gerichtete Aeusserungen von sich gegeben haben.Der 52jaehrige Josef Weidner von Tumsreuth erhidt 1 Jahr Gefaengnis, der 47jaehrige Josef Ederer aus Kuehlried erhielt 10 Monate Gefaengnis, der 28jaehrige Johann Trautmann aus Sulzbach 1 Jahr, 2 Monate Gefaengnis.

Imprimé: 13, rue de l'Ancienne Comédie, Paris 6e Le Gérant: BOLORE Georges

29.X.37

LAWS AGAINST THE JEWS

Striking Instances of Nazi "Justice"

From a Correspondent

Since roughly the middle of 1935 the German law courts have become more and more simply a department of the Nazi Administration, and their sentences are in accord with Nazi policy, regardless of what the law itself says in the actual case. Wherever Jews or political opponents are concerned judgment is given against them. Laws are expanded to fit the case, and where no appropriate law can be discovered judgment is given in accordance with the "healthy popular feeling" (gesundes Volksempfinden). A few examples of recent months will serve to illustrate this. As far as Jews are concerned, the cases can be classified under three headings—mixed marriages, racial pollution (Rassenschande), and the economic boycott.

The Nuremberg Laws of 1935 punish extramarital intercourse between Jews and non-Jewish Germans. During the first months after these laws were promulgated the sentences were comparatively mild. Furious propaganda in the Nazi press has resulted in extremely severe penalties being meted out. With rare exceptions Jewish offenders are sentenced to several years' penal servitude. An article by the Secretary of State for Justice, Dr. Freisler, declared that in principle Jews who committed this crime should be sentenced to penal servitude, while non-Jews might be punished for the same crime by mere imprisonment. ("Frankfurter Zeitung," December 16, 1936.)

This advice has been followed generally by the law courts. Only in exceptional circumstances are Jews let off with mere imprisonment. The usual penalty is four to five years' penal servitude, while "Aryan" offenders are punished much more mildly. The law punishes only the man, which provides an easy opening for blackmail. The law courts could help to suppress this kind of blackmail by punishing severely those blackmailers who are brought to book, while dealing mildly with their accusers. Actually they do the opposite. The "Schlesische Zeitung" in Breslau on July 15, 1937, published a series of sentences against Jews for "racial pollution." They were all sentenced to long terms of penal servitude. On the other hand, a woman blackmailer received a sentence of only eight months' imprisonment. In another case, also in Breslau, a prostitute who had blackmailed a Jew for "racial pollution" was sentenced to four months' imprisonment, while her Jewish accuser was sentenced to eighteen months' imprisonment. As such sentences are published in the press, they naturally deter Jews who are blackmailed from denouncing the blackmailer, for they know that they themselves will be punished more severely than the blackmailer.

Almost all the law courts interpret the term "Rassenschande" very broadly. But even where no further stretching of the law is possible the courts are ingenious enough to find reason to punish the Jew. In Magdeburg a 22-year-old Jew asked a young girl whether she would like to go to the cinema with him. The girl refused and denounced him. The Jew was sentenced for insult to four weeks' imprisonment. The judge declared that the intention of the Nuremberg Laws was to prohibit any erotic approach by a Jew to a German woman. By his invitation the accused had shown the girl that he regarded her capable of associating with a Jew. Such a suggestion was a grave insult, which deserved imprisonment. ("Frankfurter Zeitung," August 12, 1937.)

While in matters of mixed marriages and "racial disgrace" the judges have succeeded in stretching the law almost beyond recognition, the new court rulings in the economic sphere have practically created a new law against the Jews. Whereas the Nazis have issued anti-Jewish laws and decrees in almost all spheres of life, no such laws have yet been directed against Jews as far as commerce and industry are concerned. Nazi officials and propagandists regularly tell foreigners who ask about the Jewish question that Jews who obey the laws of the country are perfectly free and unhampered in business life. As far as laws are concerned this is true, but in practice it is not so. Until recently the anti-Jewish boycott in commercial life was based on administrative measures by high party officials. Now the law courts have joined forces with them. A few examples may show their methods.

On January 19, 1937, the Hanseatische Oberlandesgericht (High Court of Appeal in Hamburg) granted a divorce to an "Aryan" couple. One of the reasons for attributing the guilt of the destruction of the marriage to the wife was that she had bought a coat in a Jewish shop. The court, in its decision, declared verbally:

> A grave offence against the marriage vows lies in the fact that she bought in a Jewish shop although she knew that the plaintiff, as member of the party and a political functionary, did not agree with this. Defendant should have taken more interest in the political activities of the plaintiff.

The court in Remscheid has ruled that purchases made by the wife of a National Socialist from a Jew are not binding on the husband. According to German law, the husband is responsible for the ordinary household purchases of his wife. In this case the wife had bought goods at a Jewish shop at the end of 1934 and the beginning of 1935. She did not pay at once, and when the merchant brought a claim for payment against the husband the Remscheid court decided that the husband need not pay. The court declared:

> At the end of 1934 and the beginning of 1935, when the wife of the defendant bought the goods, it was the generally accepted view that it was not decent for a German co-national to buy from a Jew. Such purchases had already become the exception. A German husband cannot be expected to consider himself bound by such an agreement. As a result of these circumstances the purchasing agreements contracted by the wife with a Jew are not legally binding on the husband of German blood.

The court did not decide that the goods had to be returned to the Jew. This would have been impracticable, as the purchases had been made over two years before. Thus, the result of this decision is that the "Aryan" husband may consume the goods bought from a Jew but need not pay for them.

In Hamburg a Jew and an "Aryan" were in partnership in the tobacco trade. The district leader of the Nazi party demanded the dissolution of this partnership. While the "Aryan" partner agreed, the Jew objected to the dissolution. The "Aryan" appealed to the law courts, and the High Court of Appeal in Hamburg decided that the partnership should be dissolved and the whole business pass into the hands of the "Aryan" without any compensation for the Jew. The court declared that the demand of the district leader of the Nazi party was of an obligatory nature, as the district leader was a public functionary with the powers of an official authority. Almost cynically the court remarked that the Jew after the dissolution of the partnership was not much worse off than before. (This decision was published in the "Nationalzeitung," Essen, August 28, 1937.)

In the town of Allenburg, East Prussia, a business man had called his competitor a Jew. The competitor, who was not a Jew, appealed to the courts, and the defendant was sentenced to two months and two weeks' imprisonment. The court decided that to-day it was a grave insult for an "Aryan" to be called a Jew. ("Königsberger Allgemeine Zeitung," June 11, 1937.)

Nazi justice is not directed solely against Jews. Political opponents of the Nazi regime suffer equally; while in some cases ordinary people do not escape. The consequences of the drive for racial purity are seen in the following case. A young man had had relations with a girl which were not without consequences. After the child was born the girl was compulsorily sterilised at the order of the court, because she did not quite come up to the racial standards demanded by the Nazis. In spite of this fact, the father of the child did the only decent thing and married the girl, thus making the child legitimate. But the Nazi laws prohibit marriages between healthy and sterilised people, so the couple concealed the fact of the sterilisation from the registrar. Later they were found out, the marriage was declared invalid, the child again became illegitimate, and the man, for his decent action, was sent to prison for three months. ("Frankfurter Zeitung," June 26, 1937.)

These sentences and court rulings are chosen at random from a mass of similar cases. They show conclusively how low justice has sunk in Germany during the comparatively short duration of the Nazi rule.

Wegen Landesverrat verurteilt

Sieben Jahre Zuchthaus für eine Frau

Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: Die 22jährige Angela Golla aus Siemianowitz ist durch Urteil des 3. Senats des Volksgerichtshofes wegen Landesverrat zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Ausserdem ist auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt worden.

Dienstantritt Graf Helldorfs

Wie die Pressestelle des Berliner Polizeipräsidiums mitteilt, hat Polizeipräsident Graf Helldorf sofort nach seiner Berufung seinen Urlaub abgebrochen, um sein Amt als Polizeipräsident der Reichshauptstadt anzutreten. Bei seinem Dienstantritt war auch der Befehlshaber der deutschen Polizei, Generalleutnant Daluege, zugegen, der es sich nicht nehmen liess, seinen alten Kampfgefährten zu begrüssen.

Polizeistunde jüdischer Eisdielen auf 19 Uhr festgesetzt

Die „Berliner Lokalnachrichten" melden:

„Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung und zur wirksamen Unterbindung weiterer unerwünschter Demonstrationen ist seitens des Polizeipräsidenten in Berlin — die Staatspolizeistelle für den Landespolizeibezirk Berlin — für alle jüdischen Eisdielen in der Zeit vom 20. bis 28. Juli 1935 die Polizeistunde auf 19 Uhr festgesetzt worden."

Gehaltszahlung in zwei Raten

Von unserem Korrespondenten

≋ DANZIG, 20. Juli.

Auf Grund des Gesetzes „zur Behebung der Not von Volk und Staat" vom 24. Juni 1933 hat der Senat mit Gesetzeskraft angeordnet, dass ab 1. August die Dienstbezüge der Beamten und Staatsangestellten in zwei Raten gezahlt werden. Dasselbe gilt auch für die Bezüge der Versorgungsberechtigten. Die Auszahlungen erfolgen zur Hälfte am bisherigen Zahltag und zur anderen Hälfte am 10. eines jeden Monats. — Die Massnahme ist nur vorübergehend,

Ernst Thaelmann transféré de Moabit à Hanovre

POPULAIRE — 28.E.37

Le leader communiste Ernst Thaelmann, emprisonné et torturé depuis le 4 mars 1933, est fort gênant pour Hitler. Il n'ose cependant pas le supprimer. L'action vigoureuse que l'on a menée dans tous les pays pour obtenir sa libération n'est certainement pas restée sans résultats : le fascisme allemand n'a pas osé tuer Thaelmann et l'a gardé depuis 1933 à la prison de Moabit à Berlin. Or depuis le mois d'août toute trace de Thaelmann avait disparu. Des prisonniers libérés de Moabit assuraient qu'Ernst Thaelmann n'avait pas été vu depuis cette époque dans la cour de la prison. L'émotion des milieux antifascistes s'est traduite dans des communiqués de presse. Résultat : des nouvelles sont venues. Les autorités berlinoises déclarent que Thaelmann a été transporté à Hanovre. Le transfert de Thaelmann a eu lieu à l'époque même où Himmler, chef de la Gestapo, donna l'ordre de maintenir en détention les hommes politiques arrêtés, en tant qu'otages.

Thaelmann est donc vivant. Mais dans quelles conditions ? Et jusqu'à quand ?

A. M.

DRITTE SEITE — Beilage der Deutschen Informationen — Nr.39/6. Juli 1936

Die Zeugin Jehovas

(DI) Eine erschütternde Gerichtsverhandlung fand dieser Tage vor dem Dortmunder Sondergericht statt. Im September vorigen Jahres hatte die Gestapo die 63jährige Charlotte Tessmin aus Dortmund "verwarnt", ihre Tätigkeit für die Sekte der "Ernsten Bibelforscher" einzustellen. Die alte Frau liess sich nicht abhalten, weiter Bibeln zum Kauf anzubieten. Sie zog von Haus zu Haus und "zeugte fuer Jehova". Nun stand sie vor dem Sondergericht, um sich wegen "staatsfeindlicher Umtriebe" zu verantworten. Die "Westfälische Landeszeitung", also das Organ der NSDAP, berichtet selbst ueber die Haltung der Angeklagten: "Die alte Charlotte Tessmin stand steif da und verweigerte den deutschen Gruss, wofuer sie in eine Strafe von drei Tagen Haft wegen Ungebuehrs vor Gericht genommen werden musste. Sie bleibt dabei, nur die Zeugin Jehovas zu sein und nur ihm Heil zu wuenschen". Auf Antrag des Staatsanwalts verurteilte das Gericht die Angeklagte zu einem Jahr Gefaengnis.

Konzentrationslager fuer Verweigerung des deutschen Grusses D.I. 22.VI.37

(DI) Das Schoeffengericht Husum verurteilte einen 27jaehrigen frueheren Stahlhelm-Mann z 50 Mark Geldstrafe, weil er sich geweigert hatte, beim Spielen des "Horst Wessel-Liedes" die Hand zu erheben. Der Verurteilte legte Berufung beim Landgericht in Flensburg ein, das ihm in der Verhandlung erklaerte, seine Meinung, als Andersdenkender und alter "Stahlhelmer" nicht zum Deutschen Gruss verpflichtet zu sein, sei sehr irrig. Wer das "Horst Wessel-Lied" nicht achte, verachte die Nation und stelle sich ausserhalb der Volksgemeinschaft. Der Mann wollte das nicht einsehen. Am Ende der Verhandlung wollte der Vorsitzende sich an dem Angeklagten fuer sein aufrechtes Verhalten raechen und sagte ihm : "So und nun schliessen wir die Verhandlung mit dem deutschen Gruss!", dabei erhob er die rechte Hand. Aber der Angeklagte hob die Hand nicht zum Gruss. Ehe er aber dazu kam, den Gerichtssaal zu verlassen - die Berufung war natuerlich verworfen worden - liess ihn der Vorsitzende von der Stelle weg verhaften. Als Verwandte sich am naechsten Tag nach seinem Verbleib erkundigten, wurde ihnen gesagt, dass er auf dem Wege in ein Konzentrationslager sei, wo man ihm schon "Manieren beibringen werde".

(Deutsche Informationen)

RECHTSPFLEGE IM DRITTEN REICH

1 Jahr Gefaengnis fuer die Wahrheit ueber den Reichstagsbrand

Stettin - (DI) Vor dem Stettiner Sondergericht wurde am 4. Februar der langjaehrige Gewerkschafter und Sozialdemokrat Thomas Joseph zu 1 Jahr Gefaengnis verurteilt, weil er, wie der Gerichtsvorsitzende in der Urteilsbegruendung sagte, "unsinnige Behauptungen ueber den Reichstagsbrand aufstellte und dadurch den Fuehrer beleidigte". Joseph ist 40 Jahre alt, sass seit Oktober 1936 in Untersuchungshaft und wurde schwer misshandelt. Er hatte auf seiner Arbeitsstelle in Voigtsdorf bei Grimmen in ruhiger und sachlicher Weise die Wahrheit ueber den Reichstagsbrand gesagt und die Zustimmung seiner Arbeitskameraden gefunden. Der Angeklagte bekannte sich vor Gericht uneingeschraenkt zu seinen Aeusserungen.

Wo es keinen Prozess gibt ! D.I. 13.II.37

Koeln - (DI) In ein Café in Aschmannsdorf kam eine Kolonne besoffener SS-Leute. Sie verlangten vom Inhaber, dass er ihnen borge. Der Besitzer Bernhard Bruns, ein Katholik, lehnte das ab. Bei dem Wortwechsel zog ein SS-Mann die Pistole und schoss Bruns in die rechte Brustseite. Der schwerverletzte Mann musste ins Krankenhaus ueberfuehrt werden. Die SS-Leute wurden nicht verhaftet. Es wurde keine Untersuchung eingeleitet. Keine Zeitung durfte darueber berichten.

Imprimé: 5, rue Lamartine, Paris 9e Le Gérant: BOLORE Georges

Gestapospitzel sammeln fuer Spanien D.I. 8.XII.36

Essen - (DI) Aus mehreren Bergarbeiterorten wird berichtet, dass in letzter Zeit oefter in den Wirtschaften Leute auftauchen, die die Arbeiter in Gespraeche ueber Spanien locken. Sie schimpfen dabei auf die Lugenmeldungen des deutschen Rundfunks und loben den Moskauer Sender, der eine richtige Darstellung des Kampfes in Spanien gebe. Am Ende laufen die Gespraeche meist darauf hinaus, dass man den spanischen Arbeitern mit Geld zu Hilfe kommen muesste. Sie hatten schon Gelder gesammelt, nur wuessten sie nicht, an wen sie abzuliefern waeren. Es handelt sich bei diesen Gespraechen um Lockspitzel der Gestapo, die auf diese Weise erfahren wollen, auf welchem Wege die tatsaechlich in Deutschland von den Arbeitern gesammelten Betraege nach Spanien gelangen.

Imprimé : 5, rue Lamartine, Paris 9e. Le Gérant : BOLORE Georges.

Fuer die Freilassung der Witwe Hans Beimlers D.I. 16.II.37

Paris - (DI) Bekanntlich halten die Nazis immer noch Frau Zenta Beimler, die Witwe des vor Madrid gefallenen deutschen Freiheitskaempfers Hans Beimler und seine Schwegerin Maria Dengler als "Geisel" im Frauenkonzentrationslager Mohringen gefangen. Anlaesslich einer internationalen Hilfskonferenz, die kuerzlich in Paris stattfand, und an der Frauen und Maenner von 19 verschiedenen Nationen teilnahmen, wurde ein erschuetternder Appell fuer die Freilassung Frau Beimlers beschlossen. In dem Appell heisst es u.a."Die Verhaftung von Zenta Beimler und Maria Dengler als Geiseln fuer Hans Beimler, dessen man sich nicht bemaechtigen konnte, ist ein schreiendes Unrecht. Aber es heisst die Schande und die Ungerechtigkeit verzehnfachen, wenn man Menschen als Geiseln im Gefaengnis haelt, fuer einen Menschen, der nicht mehr unter den Lebenden weilt. Wir protestieren in tiefster Empoerung und mitaller Leidenschaft gegen diese Ungerechtigkeit, gegen diese Schande, gegen dieses Verbrechen." Dieser Appell wurde u.a. unterzeichnet von:
Hélène Gosset, Redakteurin am l'Oeuvre. - Martha Huysmans, Sozial. Partei Belgien. Guy Menant, La Jeune République, France (Katholische Bewegung) - Mme.Malaterre-Sellier, franzoesische Voelkerbundsliga. - Helene Stassova, Rote Hilfe Sowjet-Russlands. - Mme. Gillet-Galty, Irland. - Bertha Bergmann, Lettland. - Leat Manuireg, England. - Mme. Paul Langevin, Frau des beruehmten franzoesischen Professors. - Mme.Victor Basch, Frau des Praesidenten der Liga fuer Menschenrechte. - Jef Last, Schriftsteller, Holland. Helen Erle,Schweiz. - Sophie Blasco, Spanien. - Nenne Geelinuydien, Norwegen. - Hélène Laguerre, Liga d.Muetter u.Erzieherinnen f.den Frieden,Paris. - Mme.Isabelle Blume, Abgeordnete, Sozialistische Partei Belgien. - Mme.César Chabrun,Comité fuer Verteidigung der politischen Gefangenen. -Mme.André Jaive,Internationale Liga fuer Frieden u.Freiheit. Gabriele Duchène, Frauen Welt-Comité. - Thérèse Pottecher-Arnould,internationale Frauenliga fuer Frieden und Freiheit,Paris. - Maralle Leroy,Frauen Welt-Comité. - Madeleine Braun, Sekretaerin des Coordinations-Comités fuer Hilfe fuer das republikanische Spanien-Frankreich. - Ellen Horeep,Daenemark. - V.Savivain, England. - V.Villard,Internationale Juristische Vereinigung. - Rachel Clerk,Matteotti-Fond,Belgien. - Gerda Grepp, Arbeiter- und Justizfond,Norwegen.

Die Angst vor dem illegalen Sender

D.I. 4.V.37

Berlin - (DI) In den Siedlungen um Berlin haben die Haushaltungsvorstaende Anweisungen der Behoerden erhalten, wonach sie ihre Radio-Apparate am 1. Mobilmachungstage abzuliefern haetten.

Die Angst vor dem Deutschen Freiheitssender

D.I. 3.V.37

Bremen - (DI) Seit einiger Zeit werden hier keine Radiogeraete mit Kurzwellenempfang mehr verkauft. Auf Grund einer Verfuegung der Oberpostdirektion werden die angemeldeten Radioempfangsapparate in den Wohnungen dahin ueberprueft, ob sie fuer den Kurzwellenempfang eingerichtet sind. Ultrakurzwelleneinrichtungen werden aus den Apparaten entfernt und selbst fuer Kurzwellenempfang bedarf es einer besonderen Erlaubnis. Durch diese Massnahmen wird die Bevoelkerung erst recht auf die Existenz des Deutschen Freiheitssenders aufmerksam gemacht, von dem ohnehin viel gesprochen wird. Man hoert immer wieder die Aeusserung : "Wenn doch alles gelogen ist, was die auslaendischen Sender bringen, warum dann diese kostspieligen Anstrengungen, um ihren Empfang zu verhindern?" Goebbels bereitet eine Verordnung vor, die nur noch den Empfang des sogenannten Volksempfaengers freilaesst, waehrend der Erwerb von Kurzwellengeraeten und Auslandsempfaengern genehmigungspflichtig gemacht wird.

Hollaendischer Offizier im "Dritten Reich" misshandelt

Amsterdam - (DI) Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Prozess gegen Mitglieder des "Jungnationalen Bundes" (Vgl. "DI" vom 24. April 1937) wurde ebenfalls ein hollaendischer Offizier, der Premierleutnant d.R. der Flieger, G.H. Aalders aus Enschede, am 8. September 1935 in Koeln verhaftet. Aalders sitzt mit den angeklagten Jungnationalen jetzt seit 21 Monaten in "Untersuchungshaft". Dem niederlaendischen Rechtsanwalt, D.P.S. Meerburg aus Enschede, wurde sowohl die Einsicht in die Anklageakte, wie auch ein persoenlicher Besuch bei seinem Klienten verweigert. Wie das "Twentsch Dagblad Tubantia" in Enschede vom 21. Mai 1937 meldet, hat nach Rueckfrage der Zeitung bei dem Verteidiger Aalders dieser ihr mitgeteilt, "dass die Niederlaendische Regierung diese Angelegenheit mit immer groesserem Interesse verfolgt hat. Die sehr lange Dauer der Voruntersuchung hat auch in Den Haag die Aufmerksamkeit erregt. Es ist vom Aussenministerium bei den zustaendigen deutschen Stellen darauf gedrungen worden, eine Abschrift der Anklageschrift von Aalders nach Holland zu senden. Man will um jeden Preis hierzulande wissen, was an Tatsachen Aalders zur Last gelegt wird. Mehrmals schon hat unsere Regierung darauf gedrungen, die Strafsache zu beschleunigen." Aalders wurde nach seiner Verhaftung bei den "Vernehmungen" durch die Gestapo-Kommissare Dr. Vogt und Dr. Schaefer im Gestapo-Gefaengnis in Duesseldorf-Dehrendorf ebenso wie die uebrigen Jungnationalen schwer misshandelt. Diese Tatsache ist bekannt geworden durch seine Mutter, die bei einem Besuch von ihrem Sohn die Mitteilung empfing, dass er ernstlich misshandelt und ausgepeitscht wuerde. Bei der Waesche, die Aalders nach Hause schickte, befand sich eine Unterhose, die voll Blut und zerfetzt war. Die Hose ist dem hollaendischen Rechtsanwalt uebergeben worden, der sie seinerseits von einem Sachverstaendigen untersuchen liess. Das Urteil des Sachverstaendigen war, dass die Loecher und Beschaedigungen der Hose nur von den unzaehligen Stockhieben und Peitschenschlaegen herruehren koennten. Die Angelegenheit erregt in Holland begreifliches Aufsehen.

DAILY HERALD 31.V.37

USING PRISONERS TO GAG WORLD PRESS

NAZIS ARE TRYING BLACKMAIL

From Our Own Correspondent

PARIS, Sunday.

NAZI Germany is trying to blackmail the world's Press into ceasing its criticism of Hitlerism by cutting down the already slender privileges of political prisoners.

Wives of prisoners detained for three or four years in the notorious Dachau concentration camp this month received printed forms from their husbands instead of letters.

"In view," the documents read, "of the attitude of the international Press to Germany it has been ordered that we shall henceforth be allowed to write to our families only one letter every four weeks. This measure will last as long as the international Press goes on attacking Germany."

The printed forms are signed by the prisoners.

Foreign correspondents in Berlin have already been approached by the families of prisoners and besought to use their influence on their newspapers to take a more friendly attitude towards Hitler.

Most of them have answered that it was impossible to yield this Nazi blackmail, and that it would, indeed, be useless, since the authorities would always find an excuse for exercising reprisals against prisoners and their families.

MANCHESTER GUARDIAN 9.IV.37

VICTIMS OF THE NAZIS

An Ill-Fated Family

To the Editor of the Manchester Guardian

Sir,—Can you help to secure the liberation of a tortured wife and mother?

Until 1933 Anton Hausladen and his family lived peacefully in a small house in Fürth, Bavaria. Since then the family have been torn asunder and its three members exposed to persecution, maltreatment, and imprisonment. What was their crime? Anton Hausladen came home from the war badly wounded. He received a war pension up to the time of his arrest. He became a town councillor, and was also an official in the Social Democratic trade union movement.

Immediately after the Reichstag fire Storm Troopers hunted for him. They failed at first to find him, and arrested his wife as a hostage. They kept her under arrest until Whitsun, 1933, although they had caught her husband at the beginning of April. Anton Hausladen was taken at once to Dachau concentration camp, where he has been interned to this day. During these four years of confinement no judicial verdict has been pronounced against him; he has been kept at Dachau and employed on the heaviest of labour without any sort of regular legal process. He received a serious wound in the leg in the world war; nevertheless, as a photograph in the "Illustrierte Beobachter" shows, he is made to pull the roller in road-making.

The "leaders" at Fürth did not rest content with these blows at the family; they agitated for and secured the expulsion of the 18-year-old son from his public school on account of his father's "hostility to the State." With his career thus destroyed, the young man left home to make his way in the world. At the beginning of last year the Gestapo visited his mother and demanded precise details as to his whereabouts. The poor mother was unable to give sufficient information, and on this she was again arrested as hostage; she is still, fifteen months later, under arrest. Probably her son is abroad—so the Gestapo assume,—trying to complete his studies.

As a comrade in the war of Anton Hausladen, with whom I served in the 4th Bavarian regiment of field artillery, enduring with him the horrors of the fighting at Verdun, I feel it my duty to call public attention, especially that of the ex-front line fighters, to the case of this ill-fated family in the hope that this publicity may improve their lot.—Yours, &c.,

EX-COMBATANT.

March 30.

MANCHESTER GUARDIAN 27.V.37

LISTENING-IN TO MOSCOW

A Crime in Germany

From our Berlin Correspondent

Several persons who had formed small groups to listen-in to the Moscow Broadcasting Station have been sentenced by a court in Hamburg to terms of from two to six years of penal servitude on the charge of having prepared high treason.

Listening-in to Moscow is not legally forbidden, the sentence declared, but it constitutes a serious danger, because it may easily develop into "preparation of high treason." This is the case, in the opinion of the court, if persons listening-in to Moscow do so because they want to use what they have heard for making propaganda for Communism, or because they just want to "strengthen themselves in their Communist feelings," hoping to use what they have heard on a later occasion.

This "crime," the court explained, is quite unmistakable if persons listen-in in groups and discuss political matters while listening-in or afterwards. But also, the court added, a single individual listening-in is liable to commit this crime.

Der Gehein-Prozess gegen den hollaendischen Leutnant Aalders

Amsterdam - (DI) Auf die Schritte, welche die niederlaendische Regierung bei den deutschen zustaendigen Stellen erhoben hat, haben diese mitgeteilt, dass der Prozess gegen den hollaendischen Fliegerleutnant Aalders und die mitangeklagten deutschen Jungnationalen am 14. Juni ds.Js. in Essen stattfinden soll. Der den hollaendischen Staatsbuerger Aalders vertretende Rechtsanwalt Moerburg aus Enschede ist zu dem Prozess nicht zugelassen. Die hitlerschen Justizbehoerden haben ihm keinen Einblick in die 110seitige Anklageschrift gewaehrt. Ebenso hat die hitlersche Justiz der niederlaendischen Regierung eine Abschrift der Anklage oder die Angabe der Tatsachen, welche gegen Aalders vorliegen, verweigert. Die Forderung der niederlaendischen Regierung, bei dem Prozess vertreten zu sein, sei es durch einen Bevollmaechtigten der niederlaendischen Gesandtschaft in Berlin oder durch den Konsul in Essen, ist abgelehnt worden. Der Prozess soll also hinter verschlossenen Tueren stattfinden, wenn sich die hollaendische Regierung diese Behandlung eines ihrer Staatsangehoerigen gefallen laesst.

2½ Jahre Zuchthaus fuer Abhoeren des Strassburger Senders D.1.29.V.37

Kiel - (NDA) Das wegen seiner Rundfunkurteile beruechtigte Hanseatische Sondergericht hat den 38jaehrigen Sozialdemokraten Johann Schuetthoeft aus Kiel zu 2½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er "seit laengerer Zeit die Sendungen des Strassburger Rundfunks regelmaessig abgehoert hat".

Lebenslaengliches Zuchthaus fuer ehemaligen Landtagsabgeordneten D.1.25.V.37

Kassel - (DI) In einem Prozess, der vom 12.-15. Mai in Kassel stattfand, wurde der ehemalige Landtagsabgeordnete Walter Kassner aus Magdeburg zu lebenslaenglichem Zuchthaus und der kommunistische Funktionaer Alfred List aus Berlin zu 12 Jahren Zuchthaus wegen "Vorbereitung eines hochverraeterischen Unternehmens" verurteilt. Die Verurteilten wurden beschuldigt, sich weiterhin illegal fuer die Ziele der KPD eingesetzt zu haben. Kassner und List gehoerten der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung schon seit Jahrzehnten an. In ihrer fast zweijaehrigen Untersuchungshaft hatten Kassner und List die schwersten Misshandlungen zu erdulden. Trotzdem blieben sie vor Gericht standhaft.

Imprimé : 5, rue Lamartine, Paris 9e. Le Gérant : BOLORE Georges.

UN DEPUTE SOCIALISTE EST ARRETE A DANTZIG

Dantzig, 27 mai. — Le député socialiste Wichmann a été arrêté par la police politique dantzicoise.

POPULAIRE 28.V.37

Kreuz und quer

Revolution im Strafrecht

Schutz der Volksgemeinschaft.

„Das Ziel der nationalsozialistischen Rechtsreform ist die Schaffung eines Rechts, das die Volksgemeinschaft in ihrem inneren und äußeren Bestand schützt. . . . Es ist offenbar, daß die Durchführung der nationalsozialistischen Strafrechtsreform Änderungen von grundlegender und umwälzender Bedeutung bewirken muß. Die Reformarbeiten der NSDAP. unterscheiden sich jedoch gegenüber dem jahrzehntelangen Verhandeln und Feilschen aus der Zeit des Parlamentarismus dadurch, daß sie, auf der nationalsozialistischen Weltanschauung organisch aufbauend, ein Recht schaffen, das seinem ganzen Wesen nach nur dem Nutzen der Volksgemeinschaft dienen kann. Dieser Unterschied liegt in der revolutionären Kraft des Nationalsozialismus. Es wird in Zukunft nur ein Strafrecht geben, das den Verbrecher jeder Schattierung als einen Schädling der Volksgemeinschaft ansieht und ihn durch eine gerechte Bestrafung aus dieser Gemeinschaft ausscheidet."

Reichsminister Dr. Hans Frank.
(V.B., 5. 7. 35.)

Aus dem Inhalt der Strafrechtsnovellen vom 28. Juni 1935

Rechtsschöpfung durch entsprechende Anwendung der Strafgesetze.

„Das geltende Strafgesetzbuch läßt die Bestrafung einer Tat nur dann zu, wenn ihre Strafbarkeit im Gesetz ausdrücklich festgestellt ist. Dieser Rechtsatz . . . galt in der liberalistischen Zeit als so grundlegend, daß er sogar in die Weimarer Verfassung aufgenommen wurde. Im nationalsozialistischen Strafrecht kann er diese Bedeutung nicht mehr beanspruchen.

Vielmehr muß nach nationalsozialistischer Auffassung jeder strafwürdige, durch Taten in Erscheinung getretene Wille seine Ahndung finden, gleichviel, ob die Tat den Wortlaut einer Strafvorschrift genau erfüllt oder nicht. Der strafrechtliche Schutz gegen strafwürdiges Verhalten darf nicht daran scheitern, daß das geschriebene Gesetz Maschen oder Lücken aufweist, durch die der geschickte Verbrecher hindurchzuschlüpfen weiß."

Verhütung ungerechter Freisprüche.

„Die zweite grundsätzliche Neuerung erstrebt die Verhütung ungerechter Freisprechungen durch Zulassung der Wahlstellung. Bisher konnte ein Täter nur dann bestraft werden, wenn alle gesetzlichen Merkmale einer bestimmten Strafvorschrift nachgewiesen waren.

Bisweilen läßt sich aber der Sachverhalt nicht vollkommen aufklären. Es läßt sich beispielsweise wohl feststellen, daß der Täter ein Eigentumsvergehen begangen hat. Dagegen bleibt es unaufgeklärt, ob dieses Vergehen ein Diebstahl oder eine Hehlerei war. Auch in solchen Fällen muß um der materiellen Gerechtigkeit willen Bestrafung eintreten. Die Rechtsprechung hat dies bisher trotz mancher Ansätze nicht in genügendem Maße zu erreichen vermocht. Das neue Gesetz läßt deshalb Verurteilung auf Grund der sogenannten Wahlfeststellung ausdrücklich zu."

Schutz der Wehrpflicht.

„Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gab zu einer gründlichen Umgestaltung der Vorschriften des bisherigen Strafgesetzbuches zum Schutz der Wehrpflicht Anlaß. . . .

Die neue Vorschrift betrifft die verbotene Auswanderung vor und nach Erfüllung der aktiven Dienstpflicht, die Verleitung von Soldaten zur Fahnenflucht und deren Erleichterung, die Anwerbung Deutscher zum Heeresdienst einer ausländischen Macht, die Selbstverstümmelung und die betrügerische Wehrpflichtentziehung.

Diese Vergehen sind im Tatbestand den neuen Bestimmungen über die Wehrpflicht angepaßt und in der Strafdrohung, insbesondere durch Androhung von Ehrenstrafen, verschärft.

Neu eingefügt ist ein Tatbestand der Wehrmittelbeschädigung, deren Strafdrohung im Falle der Herbeiführung einer Gemeingefahr bis zur Todesstrafe ansteigt."

Bekämpfung der Unzucht.

„Ein besonders wichtiger Artikel der Novelle bringt eine Neuregelung der Vorschriften gegen die gleichgeschlechtliche Unzucht zwischen Männern. . . .

Neben dem mit Gefängnis bedrohten Grundtatbestand sind noch qualifizierte Fälle vorgesehen, für die Zuchthaus bis zu zehn Jahren, bei milderen Umständen Gefängnis nicht unter drei Monaten angedroht ist. Es handelt sich dabei um die Nötigung eines anderen Mannes zu gleichgeschlechtlicher Unzucht, um Unzucht zwischen Männern unter Mißbrauch einer durch ein Dienst-, Arbeits- oder Untergeordnungsverhältnis begründeten Abhängigkeit, um die Verführung Minderwertiger und um die gewerbsmäßige Prostitution."

Schutz der NSDAP. und ihrer Gliederungen.

„Eine weitere neue Vorschrift bedroht das öffentliche Beschimpfen oder böswillige Verächtlichmachen der NSDAP., ihrer Gliederungen, Hoheitszeichen, Standarten, Fahnen, Abzeichen und Auszeichnungen mit Gefängnis. Die Vorschrift entspricht dem gleichartigen § 134 a StGB., der das Reich, seine Farben und Flaggen und die Wehrmacht gegen Beschimpfung schützt."

Unterlassene Hilfeleistung — ein Vergehen.

„Eine Vorschrift gegen unterlassene Hilfeleistung baut die bisherige Übertretungsvorschrift des § 360 Nr. 10 zu einem Vergehen aus. Die Vorschrift wird aber auch sachlich weit umfassender gestaltet.

Während bisher die Strafbarkeit an die Voraussetzung geknüpft war, daß der Täter von der Polizei zur Hilfeleistung aufgefordert war, wird dieser Tatbestand künftig nur als ein Hauptanwendungsfall der allgemeinen, aus dem gesunden Volksemp-

Blick in Bücher und Zeitschriften

Wird der Krieg überflüssig?

Claus Schrempf: Das Warum des Krieges. Die Tat. Juli 1935.

„Unterstellen wir einmal die ernstliche Entschlossenheit der Völker, den Frieden zu bewahren. Aber zum Frieden gehört mehr als der gute Wille. Es genügt nicht die subjektive Einstellung auf ihn. Die Völker müssen auch wirklich imstande sein, den Frieden zu wollen und den Krieg zu entbehren. Es müssen die materiellen Tatsachen und objektiven Voraussetzungen da sein, die ein dauernder Friede erfordert. Der Krieg muß überflüssig geworden sein. Wäre auf rein formalem Wege, mit Pakten und Traktaten, die Gewalt endgültig durch Verständigung zu ersetzen, dann war ja aller Krieg nur Mißverständnis, Irrtum, Diplomatenpech, eine Auffassung, die angesichts der Massengräber nicht nur unglaubwürdig, sondern ruchlos ist. Wer je auf einem Schlachtfeld stand, wird nicht den Eindruck gehabt haben, daß hier eine zufällige Lücke der Verständigung vorliegt. Nein, hier ist die eherne Notwendigkeit, der Hammer Thors, herabgesaust mit unabwendbarem Schlage.

Soll daher der Krieg für immer abgeschickſal und Daseinsgestaltung bereits der Krieg durch die Technik eingeschränkt. Vielleicht sind wir im Begriff, aus dem polemokratischen (Polemik = Streit) Zeitalter in das technokratische überzutreten. Das Wort Technokratie ist kaum zwanzig Jahre alt, und noch niemand weiß, was es bedeutet. Man fühlt nur, daß das Leben von Grund aus verändert ist. Früher stand Mensch gegen Mensch, jetzt stehen gegen den Menschen die energetischen Kräfte, die zunächst die Oberhand über ihn haben. Ein unblutiges, aber schweres Ringen ist da im Gange. Arbeitslosigkeit und Geburtenrückgang stehen mit ihm in Zusammenhang. Wenn die energetische Technik, wie es den Anschein hat, das menschliche Leben in den Zustand ununterbrochener Novation (Erneuerung) versetzt, dann ließe sich denken, daß der Krieg, der nach dem Willen der Natur nicht die Ausrottung des Menschen, sondern die Verlebendigung seines Daseins bezweckt, allmählich seinen mörderischen Betrieb einstellt und einem Friedenszustand das Feld räumt, der von Kämpfen und Gefahren bewegt ist, die wir heute nur ahnen. Doch liegt dies trotz der technischen Revolution des 19. und 20. Jahrhunderts noch in weitem Felde....

Wir können nichts tun, als auf der Bahn der energetischen Technik, auf der es kein Zurück mehr gibt, tatkräftig fortfahren und von der Zukunft Besitz ergreifen, die sie uns schafft. Ob es eine unblutige sein wird, ist nicht in unser Ermessen gestellt. Menschlicher Friedenswille ist unvermögend gegenüber der Urgewalt des Krieges. Ist die energetische Technik, die sich vor unsern Augen erhebt, eine Urgewalt von gleichem Range, so wird sie eine Weltwende herbeiführen, nach welcher das Völkerleben andere Gesetze beherrschen als jetzt.

Friedenspolitik, Abrüstungs- und Verständigungspläne sind notwendig, aber sie sind nur von einem geringen Einfluß auf diese Entwicklung. Es gibt keine Mittel und Maßnahmen zur Kriegsverhütung. Keine Maschinerie, weder eine diplomatische noch eine physikalische, vermag den Zusammenstoß der Völker zu hindern, solange er ihren Lebensnotwendigkeiten entspricht."

Pikanterien im Beichtstuhl

„In Württemberg erscheint eine Schrift, die sich ‚Weg zum Ziel' nennt, sich mit der seelischen Genesung des deutschen Volkes befaßt und deren Schriftleitung von einem Herrn Krupka in Vaihingen a. Fildern betreut wird.

In der Nr. 18/1935 finden wir einen Artikel, der berechtigtes Aufsehen erregt und als ein nicht mehr zu überbietendes Kulturkuriosa zu werten ist. Der Verfasser, der kein anderer als Krupka selbst ist, läßt ihn unter der Spitzmarke ‚Anfechtung und Versuchung ringsum' starten und ergeht sich in scheinheiligen Betrachtungen über den sittlichen Verfall des neuen Deutschland.

‚... Besonders erfolgreich ‚arbeitet' in der Gegenwart die Fleischeslust. Ich habe den starken Eindruck, daß sich ein Geist der Unreinheit über unser Volk ergießt. Es kommt vor, daß in den Städten hin und her Dirnen einer besseren Regung folgen und den Versuch machen, ein anderes Leben zu beginnen. Dabei liefern sie ihren Seelsorgern die Listen ihrer ‚Kunden' aus, und wenn man diese Listen zur Kenntnis nimmt, ist man getroffen bis ins Mark. Es sind Namen darauf, deren Träger führend sind und als Ehrenmänner geachtet werden.

Als man einer solchen Dirne den Rat erteilte, doch eine Stelle anzunehmen, sagte sie: ‚Es ist dies in unserer Stadt ganz unmöglich. Ich würde ja in jedem Hause bei Gesellschaften frühere Kunden von mir treffen ...'

Anfangs meinten wir, die Sittlichkeit würde sich im Dritten Reich heben — heute erweist sich diese Hoffnung mehr und mehr als trügerisch. Die Menschen sind Fleisch und wollen sich vom Geiste Gottes nicht mehr strafen lassen ...

Wir sind heute wie gestern allzumal Sünder, die Erlösung brauchen; und diese Erlösung bringt uns nur der Mann von Golgatha. Über Christus und sein Werk wird die Menschheit nie hinauskommen; auch die Botschaft über Rasse, Blut und Boden bleibt, so wertvoll und wahr sie teilweise ist, hinter Christus zurück. Das bringe ich mit der größten Ruhe zu Papier.'

Nun wissen wir wenigstens, auf welche Neuigkeiten die ‚Seelsorger' in den Beichtstühlen lauern. Mit perverser Lüsternheit quetschen sie ein sentimental gewordenes Freudenmädchen aus und verweigern ihr gewissermaßen den Passierschein in den Himmel, wenn sie nicht vorher ihr gewissenhaft geführtes ‚Kassenjournal' vorlegt.

‚Getroffen bis ins Mark' fühlte sich Herr Krupka, als er die Namen führender Persönlichkeiten aus den Listen zur Kenntnis nahm, die im heutigen Deutschland logischerweise nur Nationalsozialisten sein können. (Nachtigall, ich hör dir trapsen!)

Hans Pfitzner. Der Vertreter der Studentenschaft feierte den Meister als schöpferische Persönlichkeit und kämpferischen Deutschen, zu dessen hohem Ethos sich die nationalsozialistische Jugend leidenschaftlich bekenne. Sein temperamentvolles Eintreten für Pfitzner verband der Sprecher mit einer bemerkenswert scharfen Stellungnahme gegen Richard Strauß, ohne indessen der historischen Bedeutung von Pfitzners künstlerischem Antipoden sachlich eingehend gerecht zu werden." H. J.

(Frankfurter Zeitung, 24. 6. 35.)

Richard Strauß, der Künstler, der im Deutschen Volkstum wurzelt.

„Wir sehen in Richard Strauß den Künstler und Komponisten, der im deutschen Volkstum wurzelt und überall in der Welt anerkannt wird."

Staatskommissar Hinkel.

(Dresdener Tageszeitung, zitiert nach Theater-Tageblatt, 26. 6. 35.)

Arbeiderbladet, Oslo
25. I. 36

Morderen i den tyske olympia-komite.

Som de norske idrettsmenn skal veksle håndtrykk med.

Riksidrettslederen Tschammer-Osten har nu opnevnt nye medlemmer til olympia-komiteen i Tyskland. Deriblandt finner en også Gestapo-chefen Heydrich. Denne opnevnelse viser hvilken ånd det er som behersker tysk idrett av idag.

Hvem er Heydrich?

Dette spørsmål gir Otto Strasser svar på i sitt organ «Die Schwarze Revolution» En S. A.-fører som var flyktet til utlandet traff Otto Strasser i Prag og lot følgende utsagn protokollere:

Kort tid før jeg blev transportert til Kolumbiahuset, satt jeg flere uker fengslet i de underjordiske celler i Prinz Albrechtstrasse i Berlin, Gestapos hovedkvarter. Fengselskameratene mine og noen av vaktfolkene viste mig da celle nr. 16, hvor nasjonalsosialisten Gregor Strasser blev myrdet under 30. junibegivenhetene i 1934. Denne meddelelse fikk mig til å efterspore nærmere det som var hendt den dagen da Strasser blev myrdet.

Gregor Strasser blev om eftermiddagen den 30. juni innlevert i Prinz Albrechtstrasse av en Gestapo-avdeling og anbragt i celle nr. 16. Litt senere på dagen bad Strasser en av funksjonærene i fengslet, Gugalla, om å skaffe sig cigaretter og gav funksjonæren penger til det. Gugalla spurte da Gestapos chef, Heydrich, om han fikk lov til å gjøre dette. Som svar troppet 3 S. S.-underførere op hos Gugalla og forlangte at han låste op Strassers celledør.

Strasser trodde det var cigarettene som blev bragt og gikk bort til døren. Her fikk han se de 3 S. S.-menn rette pistolene mot sig, og uten et ord fyrte de løs på ham.

Det første skuddet streifet bare Strasser, som snudde sig og prøvde å komme bort til sengen. På veien fikk han et nytt skudd i ryggen. Blod fløt frem og Strasser sank sammen ved sengen. Nu fikk han et tredje — dødbringende — skudd i nakken. Hele cellen flommet da av blod.

I dette øieblikk kom Heydrich personlig inn i cellen og gav ordre til å bære Strasser, som enda levde, til vaktrummet. I vaktrummet la de ham på en sofa. Blodtapet var fremdeles voldsomt, og en av S. S.-mennene spurte Heydrich om han ikke kunde gi Strasser et nådeskudd for å forkorte hans lidelser. Heydrich brølte da: «Nei, dette er all right. La bare hunden forbløe sig. Nu har den skurken fått sin fortjente lønn».

Er borgerlig norsk idrettsungdom virkelig så avstumpet i sine følel... så fullstendig besatt av sportsidioti... ikke reagerer overfor muligh... skulle vi'sle håndtrykk m... denne?

L'extradition de Heinz Neumann doit être empêchée

Populaire 28-12-34

Au cours de ces derniers jours, les milieux intéressés allemands ont fait circuler des bruits, selon lesquels le réfugié politique Heinz Neumann, arrêté en Suisse, n'aurait été condamné qu'à quinze jours de prison et à une amende, mais qu'il n'y aurait aucun danger d'extradition. On osait même affirmer que l'Allemagne ne se montrerait guère disposée à formuler une demande officielle d'extradition.

Le Comité international d'Aide aux Victimes du Fascisme hitlérien est en mesure d'affirmer catégoriquement que le gouvernement allemand a demandé officiellement le 22 décembre, en suivant toutes les formalités d'usage dans une pareille requête, l'extradition de Heinz Neumann auprès du gouvernement fédéral de la Suisse, sous prétexte que celui-ci aurait commis « plusieurs meurtres de droit commun ».

Il est également exact que Heinz Neumann n'est pas sorti de prison le 24 décembre, comme la police cantonale de Zurich l'avait annoncé à son avocat, mais qu'il a été transféré le 23 décembre de la caserne de la police cantonale à la prison pénitentiaire de Regensdorf, près de Zurich. Heinz Neumann sera détenu là jusqu'à ce que le tribunal fédéral de Berne aura décidé de la demande d'extradition du gouvernement allemand.

Le Comité international d'aide aux victimes du fascisme hitlérien porte ces faits à la connaissance du monde tout entier, souligne de nouveau le danger extrême et immédiat dans lequel se trouve Heinz Neumann et fait appel à toutes les organisations antifascistes ainsi qu'à tous les antifascistes pour empêcher par un suprême effort que Heinz Neumann soit livré à ses bourreaux.

tion de la police. »

Heinz Neumann ne sera pas livré aux bourreaux hitlériens

Le gouvernement suisse refuse son extradition

Berne, 29 mars. — Sur la proposition de son département de justice et de police, le Conseil fédéral, dans sa séance d'aujourd'hui, a refusé au gouvernement allemand l'extradition du communiste Heinz Neumann parce qu'à son avis, Neumann est poursuivi pour des raisons d'ordre politique.

Neumann ayant séjourné un certain temps à Zurich avec un faux passeport, sans autorisation, et ayant déployé une activité susceptible de porter atteinte à la sécurité intérieure et extérieure du pays, le Conseil fédéral, par arrêté du 21 décembre 1924, avait prononcé son expulsion du territoire suisse, conformément à l'article 70 de la constitution fédérale. La question de l'extradition étant maintenant tranchée, il sera procédé à l'expulsion de Neumann.

Tous, Salle Wa...
Populaire
30-3-35

le Populaire 17-12-34

Nouvelle

Heinz Neumann ne doit pas être extradé !

La police suisse avait arrêté à Zurich, il y a quelques jours, Heinz Neumann, ancien député communiste au Reichstag et ancien membre du Comité Central de son parti.

Le gouvernement allemand, qui l'a fait dénoncer par ses agents à la police suisse, en demande maintenant l'extradition pour « assassinat ». Heinz Neumann se serait trouvé, en 1931 sur le Bulow-Platz, où avait lieu une manifestation politique, finie dans une bagarre entre communistes et nazis. Des coups de feu furent échangés et deux officiers de police furent tués à coups de revolver par des inconnus.

En 1934, c'est-à-dire trois ans après les faits, le tribunal de Berlin a condamné à mort deux ouvriers sous l'accusation d'avoir tiré les coups. Quoique la preuve de leur culpabilité n'ait aucunement été faite, les deux ouvriers ont été condamnés à mort et décapités. Au cours du procès un témoin bénévole affirma que Heinz Neumann aussi avait tiré. D'autres personnes, qui se trouvaient à côté de Neumann, ont affirmé le contraire. En tout cas, l'accusation portée contre lui est entièrement fausse et elle sert de prétexte pour demander l'extradition de Neumann.

Celui-ci qui, après l'avènement de Hitler en Allemagne, était passé à l'opposition dans le parti communiste allemand et qui, à la suite de cela, avait été écarté de tout travail responsable, ne peut pas être extradé. Le mensonge du gouvernement hitlérien est cousu de fil blanc.

S'il n'y a plus de juges à Berlin, espérons qu'il y en a encore en Suiss...

Härlen.

Stuttgarter Tageblatt 30-3-35

Heinz Neumann wird aus der Schweiz ausgewiesen

dnb. Bern, 29. März.

In seiner Sitzung vom Freitag hat der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Antrag des Justiz- und Polizeidepartements beschlossen, das von der deutschen Regierung für den Kommunisten Heinz Neumann gestellte Auslieferungsbegehren abzulehnen. Neumann werde nach Auffassung des Bundesrates aus politischen Gründen verfolgt, wofür das schweizerische Asylrecht in Frage komme. Da sich Neumann aber auf Grund eines falschen Passes in Zürich ohne Genehmigung der Fremdenpolizei aufgehalten und durch seine kommunistische Tätigkeit die innere und äußere Sicherheit des Landes gefährdet hat, so wird er, gestützt auf Artikel 70 der Bundesverfassung aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft ausgewiesen.

— M. M.

EN SUISSE

Populaire 27-2-35

Un cri d'alarme en faveur de Neumann

Zurich, 26 février. — Un fait nouveau vient d'aggraver soudainement la situation de Heinz Neumann déjà menacée.

Sur une demande adressée par le Conseil fédéral au Parquet fédéral zurichois, pour savoir si, selon lui, Heinz Neumann est passible des tribunaux sur la base du droit zurichois, le procureur général de Zurich, Engster, a rédigé un document qui conclut que, en vertu du code pénal zurichois, l'accusation de complicité de meurtre peut être portée contre Neumann.

Sans s'attarder au fait inouï que les assertions de la justice nazie, inspirée par sa soif de vengeance, sont *a priori* admises comme démontrées, il faut cependant souligner que ces documents n'abordent d'aucune manière le côté politique de l'affaire.

Il est donc à peu près certain que le Conseil fédéral remettra au tribunal fédéral la charge de trancher la question de l'extradition de Neumann.

La question de l'extradition de Neumann doit être déclarée « purement juridique » pour enlever son efficacité au mouvement de protestation contre l'extradition qui, après examen de la situation, semble être sérieusement envisagé.

Tous ces faits récents nécessitent une intervention immédiate pour empêcher que Neumann ne soit livré à ses bourreaux. On ne doit pas permettre que les nazis arrivent à s'emparer d'un adversaire politique détesté d'eux pour se venger sur lui et le faire périr.

La population travailleuse de Suisse ne doit pas tolérer que sur son territoire soit commise l'infamie, le sachant et le voulant, d'un service honteux aux gouvernants qui sont au-delà du Rhin.

Une démarche à Berne de l'Association Juridique Internationale en faveur de Heinz Neumann

Nous avons dénoncé hier la manœuvre du gouvernement hitlérien essayant d'obtenir l'extradition de l'antifasciste Heinz Neumann. L'Association Juridique Internationale vient d'envoyer à Berne deux de ses membres, l'avocat Jaegle, du barreau de Strasbourg, et l'avocat Rozelaar, du barreau de Paris. On sait que le gouvernement hitlérien se sert comme prétexte d'un meurtre dont Neumann aurait été l' « instigateur intellectuel ». Les deux juristes français attireront l'attention des magistrats suisses sur le fait que le principal témoin à charge et le co-accusé dans le procès de Berlin, un nommé Klause, a été démasqué dans les débats même comme mouchard et provocateur. Klause a été condamné à mort en première instance, mais en appel le Reichsgericht n'a confirmé ces jours-ci que les deux autres condamnations capitales et pas la sienne, ce qui prouve suffisamment le rôle qu'il jouait dans le procès. C'est le même mouchard dont les nazis veulent se servir actuellement contre Heinz Neumann.

La tentative des bourreaux hitlériens doit échouer.

Populaire 30-12-34

DF 12-12 1934

Heinz Neumann verhaftet

Ein Auslieferungsbegehren an die Schweiz

Zürich, 11. Dez. Die Züricher Staatspolizei verhaftete am Montag den früheren deutschen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Heinz Neumann ehemaliges Mitglied des Zentralausschusses der KPD. Neumann hielt sich seit längerer Zeit unter dem Namen Bieler mit einem falschen Paß in Zürich auf. Er wird von den deutschen Behörden des Mordes beschuldigt und steckbrieflich verfolgt. Die Staatspolizei übergab den Verhafteten der Kantonspolizei, die das Justiz- und Polizeidepartement in Bern von dem Fall verständigte, da dieses über ein mögliches Auslieferungsbegehren Deutschlands zu entscheiden hat.

Es handelt sich natürlich um politischen „Mord", den man Neumann vorwirft. Wahrscheinlich nur irgendwelche künstlich konstruierte intellektuelle Urheberschaft. Man muß verlangen, daß die Schweizer Behörden das deutsche Auslieferungsverfahren ablehnen.

Man schweige

Heinz Neumann

DF 10-1-35

Auslieferungsantrag auf schwachen Füßen

Aus Zürich wird der Basler „National-Zeitung" berichtet:

Der Haftbefehl des Landgerichtes Berlin und das Auslieferungsbegehren des Reichsministers der Justiz gegen Heinz Neumann scheinen auf äußerst schwachen Füßen zu stehen. Der Haftbefehl wirft Neumann vor, zu jener bekannten Mordtat dadurch Anlaß gegeben zu haben, daß er zu den beiden Arbeitern Klause und Pesckv während der Demonstration auf dem Bülowplatz gesagt haben soll: „Was ist das für eine Schweinerei, der läuft immer noch herum und es passiert nichts." Damit sei, wird behauptet, der daraufhin ermordete Polizeihauptmann Anlauf gemeint gewesen, es bestehe dringender Verdacht, daß Neumann mit dieser Aeußerung in besonderem Maße Anlaß zur Tat gab und damit des gemeinschaftlichen Mordes schuldig sei. Nun wurde der Zeuge Klause in einem Gerichtsverfahren im Juni 1934 als Provokateur entlarvt und anerkannt und Pescky hatte im vergangenen Jahr schon erklärt, daß er an jenem Tage überhaupt nicht im Liebknechthaus gewesen sei. Sehr fraglich erscheint somit, ob Neumann den Ausspruch getan, und falls ja, ob dieser sich auf Anlauf bezogen hat. Fraglich ist ferner, ob mit dem Ausdruck „es passiert nichts" der Wunsch nach Ermordung ausgedrückt wurde. Unbewiesen ist fernerhin, ob der Täter von diesem Ausspruch erfuhr, ja, man weiß nicht einmal, wer der Mörder war, noch ob er durch solch einen Ausspruch zur Tat hätte veranlaßt werden können. Die Behauptung, Neumann sei vielleicht des gemeinschaftlichen Mordes schuldig, erscheint somit äußerst nebelhaft.

In der Begründung des Auslieferungsbegehrens wird behauptet, daß die Zusammenstöße auf dem Bülowplatz und die Erschießung der Polizeioffiziere nach eingehenden Plänen und Vorbereitungen der kommunistischen Partei veranlaßt wurde; dennoch handle es sich nicht um eine politische Tat, da die Polizeioffiziere nicht ihrer politischen Einstellung, sondern ihrer dienstlichen Tätigkeit wegen bedroht waren. Die Tat habe keine politischen Ziele verwirklichen wollen, sondern stelle einen Racheakt dar.

Mittwoch wird Neumann von der Zürcher Kantonspolizei vernommen. Es erscheint uns unmöglich, daß der Bundesrat auf Grund dieser Dokumente Neumann den deutschen Behörden ausliefern kann.

JF 15-12 34

Heinz Neumann

Gegen seine Auslieferung

Die deutsche Regierung hat an die Schweizer Bundesbehörden ein Ersuchen um Auslieferung des früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Heinz Neumann gerichtet. Sie beschuldigt Heinz Neumann, der intellektuelle Urheber der Morde an den beiden preußischen Polizeioffizieren Lenk und Anlauf gewesen zu sein.

Wegen der Vorgänge, die 1931 am Bülowplatz in Berlin sich abgespielt haben und in deren Verlauf neben zahlreichen Arbeitern auch die beiden Polizeioffiziere den Tod fanden, hat im Juni 1934 ein umfangreicher Prozeß vor einem Berliner Schwurgericht stattgefunden. Der Prozeß endete mit der Verhängung von zwei Todesurteilen gegen die Berliner Arbeiter Bröde und Mattern. Die Anklage ebenso wie diese Urteile stützten sich im wesentlichen auf die Zeugenaussagen eines gewissen Klause. Dieser konnte als Spitzel entlarvt werden.

Trotzdem ist es wieder in erster Linie die Aussage dieses Zeugen, auf die heute das Auslieferungsersuchen sich stützt. Das ist die Methode der nationalsozialistischen Regierung: mit Hilfe von Spitzelaussagen, die von den Behörden selbst inspiriert worden sind, soll unter dem Vorwand der kriminellen Straftat ein politischer Gegner der Hitler-Regierung dem sicheren Ausland entrissen und seinen Henkern ausgeliefert werden.

Die Internationale Juristische Vereinigung, die den Kampf um das Asylrecht als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, hat unverzüglich folgendes Telegramm an den Schweizer Bundesrat gesandt:

„Entsetzt über Auslieferungsersuchen gegen Heinz Neumann weisen wir darauf hin, daß der kriminelle Mord nur ein Vorwand ist und daß der Hauptzeuge der deutschen Behörden, Klause, von unabhängiger Untersuchungskommission als Spitzel entlarvt ist und selbst in der Hauptverhandlung gestanden hat, ein Polizeispitzel zu sein. stop. Erwarten unter diesen Umständen, daß Schweizer Bundesrat Ersuchen ablehnt und Neumann umgehend frei läßt. stop. Internationale Juristische Vereinigung."

Das "Heldenbett" der Gestapo

D. I. 23. 12. 35

Duisburg - (DI) Die Zusammenballung der unzufriedenen Arbeitermassen im Ruhrgebiet hat die Gestapobeamten auf besonders grausame Abschreckungsmethoden gebracht, in denen sich besonders die Beamten Bind, Horch, Goering, Nellen und Raschkowitz hervortun. Ihre Vernehmungsmethoden sind folgende :

1. Das "Heldenbett" : Der Verhaftete wird nackt auf einen Bock aufgeschnallt und dann das Gesaess mit Peitschen bearbeitet.

2. Der "Kleiderhaken" : Der Gefangene wird mit einem Strick um den Hals so aufgehaengt, dass er mit den Fuessen noch den Boden beruehrt, und dann wird auf ihn losgepruegelt.

3. Der "Armesuenderstuhl" : Das ist ein Stuhl, bei dem ein Stuhlbein nur untergestellt ist. Will der Gefangene nicht das aussagen, was die Beamten wollen, so wird ploetzlich das Stuhlbein weggestossen, der Mann faellt um und sofort wird auf ihn losgeschlagen.

4. Die "Inquisition" : Erste Stufe : Der Gefangene wird gefragt, ob er rauchen will; er bekommt dann brennende Zigarren oder Zigaretten in Mund und Ohren gesteckt. Zweite Stufe: Dem Opfer werden die Beine gefesselt und hocgezogen und dann die Fussohlen gepeitscht. Dritte Stufe : Das Opfer kommt in eine Badewanne, es wird ihm ein Wasserschlauch mit Gewalt in die Speiseroehre gepresst und dann der Wasserhahn aufgedreht. Der Leib schwillt unfoermig auf und drueckt auf das Herz. In den dadurch entstehenden gesteigerten Angstzustaenden unterschreiben die meisten Gefangenen alles, was von ihnen verlangt wird.

Imprimé : 5, rue Lamartine, Paris 9e. Le Gérant : BOLORE Georges.

EN ALLEMAGNE

M. von Ribbentrop repousse une requête de lord Allen of Hurtwood

18 - 12. 35

Elle visait la libération de l'avocat communiste Litten

Notre correspondant particulier de Berlin nous téléphone mardi matin 17 décembre :

M. von Ribbentrop a écrit une longue lettre à lord Allen of Hurtwood, qui lui avait demandé d'intervenir pour faire libérer l'avocat communiste Hans Litten, enfermé dans un camp de concentration. Longtemps déjà avant l'arrivée au pouvoir des nationaux-socialistes, Litten était spécialisé dans la défense des accusés communistes, et il joua un rôle important à ce titre dans le procès de l'incendie du Reichstag.

Dans sa lettre à lord Allen — publiée hier soir par le D. N. B. — M. von Ribbentrop déclare qu'après avoir examiné le cas, il ne croit pas pouvoir intercéder en faveur du prisonnier :

Les arguments invoqués, dit-il, dans la pétition de vos amis anglais, sont basés en partie sur de fausses hypothèses et en partie ne répondent pas aux faits. Les révolutions ne se font pas dans les tribunaux et d'après les règles du droit normal. Du reste, l'avocat Litten est parfaitement bien traité et jouit même d'un traitement de faveur.

Je voudrais maintenant, très honorable lord, vous demander ceci : un gouvernement, et en même temps un système juridique qui met sous les verrous des ennemis irréconciliables de la société humaine, est-il si mauvais quand il fait, par là, le bonheur d'un peuple de 65 millions d'hommes ?

M. von Ribbentrop ajoute que ses amis anglais comprendraient mieux ses arguments s'ils avaient vécu en Allemagne dans la période de décadence qui précéda le 30 janvier 1933. Il affirme que, dans l'avenir, le droit régnera en Allemagne, un droit fondé sur le caractère et le sentiment juridique du peuple allemand. La révolution nationale-socialiste s'est déroulée dans le cadre de la légalité; elle a fait moins de victimes que la plupart des autres révolutions.

L'ambassadeur et homme de confiance de M. Hitler fait ensuite allusion au cas Dimitrov. Il est intervenu lui-même pour la libération du Bulgare qui devait devenir, par la suite, le secrétaire général — donc le véritable chef — du Komintern. Le but de la IIIe Internationale est d'établir dans le monde la dictature du prolétariat par la terreur. L'Allemagne de M. Adolf Hitler est le grand obstacle à l'impérialisme rouge. Si elle disparaissait, toute l'Europe et l'empire britannique seraient la proie du communisme. Ce beau programme est le résultat de la libération de Dimitrov.

La raison d'Etat, conclut M. von Ribbentrop, oblige souvent les gouvernements à suivre des voies sévères sans qu'un peuple renonce pour cela aux bases morales et philosophiques qui tiennent à son être intime. Ces voies sont même la condition du maintien de ces bases. L'Angleterre d'aujourd'hui ne l'a pas encore compris, mais je crois que ces idées s'imposeront de plus en plus à elle. L'histoire de l'empire britannique sera la meilleure des leçons.

Für Heinz Neumann

DF 67/I/35

Saarbrücken, im Dezember 1934.

An den

Schweizer Bundesrat

in Bern.

Die Unterzeichneten, das Friedenskomitee und das Mittelstandskomitee an der Saar, die in zahlreichen Konferenzen und Kundgebungen breite Bevölkerungskreise um sich gesammelt haben, sind von Besorgnis um das Schicksal des bekannten deutschen Antifaschisten Heinz Neumann erfüllt. Die Hitlerregierung verlangt die Auslieferung Heinz Neumanns, den sie unter Mordanklage stellen will.

Der Regierung des „dritten Reiches", die vor dem Weltgewissen des vielhundertfachen Mordens nicht nur an Antifaschisten aller Schichten, sondern auch an ihren eigenen Kameraden, an bedeutenden Generälen, an ebenso untadeligen wie hervorragenden Katholikenführern, die nicht abzuwälzende Schuld trägt, können wir kein Recht auf Mordanklage zubilligen.

Es geht hier nach dem Willen der Reichsregierung nicht um die Sühne eines Mordes, denn Heinz Neumann hat nach den Ergebnissen des seinerzeitigen Prozesses um die Ereignisse am Bülowplatz im August 1931 nicht das geringste damit zu tun. Vielmehr beabsichtigt die Regierung des „dritten Reiches", sich eines ihrer verhaßtesten Gegner zu bemächtigen. Wir im Saargebiet haben zu gut die Methoden der Hitlerregierung kennengelernt, um nicht zu wissen, daß eine Auslieferung Neumanns nach Deutschland unmenschliche Folterungen, wenn nicht die Tötung des Mannes bedeuten würden, dessen Schicksal und Leben heute in den Händen der höchsten Schweizer Behörde liegt.

Wir erinnern den Bundesrat daran, welch große Sympathien die Schweiz sich in der ganzen Welt durch die kompromißlose Gewährung des Asylrechtes für politische Flüchtlinge in der Vergangenheit erworben hat.

Wir beschwören die Regierung der Schweiz, dieser Tradition treu zu bleiben, die Forderung der deutschen Regierung zurückzuweisen und dem politischen Flüchtling Heinz Neumann das Asylrecht zu gewähren.

Das Friedenskomitee und das Mittelstandskomitee an der Saar:

Hans Peick, Ingenieur; Dr. Gustav Regler, Schriftsteller; Dr. Erich Drucker, Arzt; Karl Hoppe, Kaufmann; Metty Schneider, Schriftsteller; A. Stern, Schriftleiter; Helene Wallhorn-Heß, Schriftstellerin; Franke, Journalist; Lehmann, Rechtsanwalt; Erich Weinert, Schriftsteller; Dr. Ernst Meyer, Jurist; Max Hofmann, Geschäftsführer; Theo Maret, Künstler; Emil Kirschmann, Journalist; Bruno v. Salomon, Schriftsteller; M. Schwarz, Redakteur; Dr. Norbert Mühlen, Volkswirt; Dr. Hanau, Arzt; G. Scheffel.

Eine ähnliche Kundgebung erließen:

Delepine, Izoard, Gondchaux, Rechtsanwälte bei den Pariser Gerichten; Dr. Walter Sender, Rechtsanwalt (Saargebiet); Van T'Hoff Stolk, Rechtsanwalt (Holland); Dr. Felix Loria, Rechtsanwalt (Tschechoslowakei).

BEILAGE der Deutschen Informationen Nr.156/ 4 Maerz 1937.

DIE STIMME EINES KRIEGSBLINDEN

Ein franzoesischer Frontkaempfer klagt Hitler an

Von Emile Nedelec, Ehrenlegion und Kriegskreuz

Ich, der ich meine Augen im Kriege verloren habe, bin tief bewegt durch all das, was ich erzaehlen hoere von den Leiden, welche heute einer grossen Anzahl ehemaliger deutscher Frontkaempfer, ja selbst Schwerkriegsverletzten zugefuegt werden. Ich habe den Krieg als franzoesischer Soldat mitgemacht und als solcher deutsche Soldaten mir gegenueber gehabt und habe sie schaetzen gelernt. Wir haben, die einen wie die anderen, fuer unser Vaterland gekaempft, aber auf der einen wie der anderen Seite der Front, inmitten der Schrecken des Krieges, haben wir nicht aufgehoert, Menschen zu sein. Von diesem Krieg, den wir nicht gewollt haben, haben wir ein unausloeschliches Mal behalten. Wir sind heute alle geeint in demselben Gefuehl des Schreckens vor dem Krieg.

Deutschland hat heute an seiner Spitze eine Regierung, welche sich stolz "Regierung von Frontkaempfern" nennt. Aus diesem Grunde entrueste ich mich, ehemaliger Frontkaempfer und Kriegsblinder, wenn ich sehe, dass sie ehemalige deutsche Frontkaempfer grausam behandelt, deren einziges Verbrechen darin besteht, dass sie das Volk warnten vor einer Politik, welche unweigerlich zum Krieg fuehrt, und zu einem wieviel schrecklicheren Krieg als der Weltkrieg 1914 - 1918!

Edgar André war ein ehemaliger Frontkaempfer. Ich hatte meine Stimme erhoben, um zu versuchen, diesen deutschen Kameraden, den man wegen seines Kampfes fuer den Frieden unschuldig zum Tode verurteilt hatte, vor dem Beil des Henkers zu retten. Man hat mich nicht angehoert. Der ehemalige Frontkaempfer Adolf Hitler hat den ehemaligen Frontkaempfer Edgar André enthaupten lassen.

Auch Ernst Puchmueller ist ein ehemaliger Frontkaempfer und, was noch schwerer wiegt, Kriegsblinder wie ich. Die Arbeiterbevoelkerung Luebecks hatte ihm ihr Vertrauen geschenkt und ihn ins Parlament geschickt. Der Blinde Puchmueller, der mit demselben Opfermut die Sache der Opfer einer "ungerechten Justiz" verteidigte wie die Sache der Kriegsopfer, war fuer die Nationalsozialisten untragbar geworden. In der Zeit, welche der Machtuebernahme Hitlers folgte, wurde er mehrere Male verhaftet, aber stets wieder freigelassen bis zu dem Tage, wo er bei einer Razzia mit 200 Luebecker Arbeitern festgenommen wurde. Im Verlauf dieses Prozesses im Dezember 1936 wurde Ernst Puchmueller, Kriegsblinder, angeklagt, der Leiter einer illegalen Organisation zu sein und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Einen Kriegsblinden, der gehetzt ist von der Polizei, ueberwacht von Spionen, die er nicht sehen kann, anzuklagen, der Leiter einer illegalen Organisation zu sein! Einzig der Faschismus kann eine solche Anklage erdenken. Ernst Puchmueller hat alle Schuld auf sich genommen, um seine Kameraden zu entlasten.

Tastend ging er zur Anklagebank und stellte sich vor die Richter, welche er nicht sah, solidarisierte sich mit seinen mitangeklagten Genossen. Und die Richter haben nicht davor zurueckgeschreckt, diesen Mann, der bereits in der Nacht lebt, fuer 15 Jahre in die Duesternis eines Zuchthauses zu schicken.

Und dann ist da Ernst Thaelmann, dessen Name teuer ist allen denen in der Welt, welche gegen den Krieg, fuer den Frieden, gegen die Unterdrueckung, fuer die Freiheit kaempfen. Auch er ist ein ehemaliger Frontkaempfer. Er hat den ganzen Krieg an der franzoesischen Front mitgemacht, und es ist moeglich - ich weiss es nicht - aber es ist moeglich - dass wir uns, 100 Meter von einander entfernt, in den Graeben gegenuebergestanden haben. Aber was ich wohl weiss, ist, dass er aus dem Krieg und seinen Schrecken dieselbe Lehre gezogen hat wie ich, naemlich dass die Menschheit auf jeden Fall vor den Schrecken eines neuen Krieges bewahrt werden muss. Ernst Thaelmann hat fuer den Frieden gekaempft und durch diesen Kampf hat er das Vertrauen der Arbeiter aller Laender und aller Friedensfreunde ueberhaupt gewonnen. Er hat in Paris vor den Arbeitern gesprochen und hat sie ermahnt, sich ihren deutschen Kameraden anzuschliessen, um gegen die nationalistischen Treibereien zu kaempfen und

fuer die gegenseitige Verstaendigung und Freundschaft der beiden an den Ufern des Rheines gelegenen Laender zu arbeiten.

Und weil Thaelmann diese Kampagne fuer den Frieden gefuehrt hat, weil er wusste, dass Frieden nur zwischen freien Voelkern existieren kann, darum hasst Hitler, welcher das deutsche Volk geknechtet hat und ebenso das franzoesische Volk knechten moechte, ihn als seinen Todfeind, darum haelt der ehemalige Frontkaempfer Adolf Hitler seit vier Jahren den ehemaligen Frontkaempfer Ernst Thaelmann als Gefangenen fest, ohne auch nur den Mut zu haben, ihn vor Gericht zu stellen. Darum verfolgt er in Deutschland die, welche nach dem Vorbild Thaelmanns fuer den Frieden und die Freiheit kaempfen. Darum befreit er nicht Ossietzky, darum will er den Deutschen von nun an verbieten, den Nobelpreis anzunehmen, die hoechste Auszeichnung, welche die zivilisierte Welt den Verteidigern des Friedens zu vergeben hat. Er will keine Friedenskaempfer in Deutschland. Er laesst sie enthaupten, er wirft sie ins Gefaengnis, er schickt sie ins Exil. Dieser Mann, dem es auch haette passieren koennen, dass er das Augenlicht im Kriege verliert, dieser Mann hat vergessen, welch entsetzliches Geschehen der Krieg ist.

Ich, ich habe es nicht vergessen, und ich werde nicht muede werden, die Menschheit vor ihm zu warnen. Ich werde nicht aufhoeren, meine Stimme zu erheben zugunsten unserer deutschen Kameraden, welche wegen ihres mutigen Kampfes fuer den Frieden gefangengesetzt, gemartert, ja getoetet werden. Wir haben alle die Pflicht, ihnen zu Hilfe zu kommen. Wenn wir es nicht tun, werden wir einen neuen Krieg haben. Und wenn es mir auch nicht gestattet ist, sein entsetzliches Antlitz zu sehen, so fuehle ich doch das Gewitter, welches grollt. Vielleicht bin ich in der Nacht, in der zu leben ich verdammt bin, hellsichtiger als die, deren Blick vom Hass geblendet ist.

Kommt den Friedenskaempfern in Deutschland zu Hilfe! Helft uns Ernst Puchmueller retten, Ernst Thealmann retten, Ossietzky retten, alle zu retten! Euch selbst zu retten!

(Deutsche Informationen)

TEMPS **La police de la capitale** 24.11.37

Les propriétaires d'immeubles berlinois sont invités par les autorités de police à remettre un jeu de clefs de leur immeuble au commissariat de police de leur quartier. Cette mesure permet à la police de pénétrer dans les immeubles à toute heure du jour et de la nuit.

Wenn man den Parteiverlag der NSDAP verklagt

Berlin (DI) - Der "SA-Mann", das Organ der obersten SA-Fuehrung berichtet, ueber den Versuch eines bayrischen Regierungsrats Dr.Hermann von Wehner gegen den Zentralparteiverlag der NSDAP Recht zu bekommen. Regierungsrat Wehner, ein Sohn des frueheren bayrischen Kultusministers Wehner, hatte den Verlag verklagt, weil dieser in dem Buche von Hans Zoeberlein "Der Befehl des Gewissens" die juedische Abstammung der Familie Wehner behauptete. Der blosse Versuch, den Zentralparteiverlag zu ver klagen, fuehrte zur Entlassung des Regierungsrates von seinem Amt und zu einer Anklage gegen ihn vor dem Disziplinargericht. Seine Klage wurde von dem Gericht nicht einmal in Erwaegung gezogen. Der "Voelkische Beobachter" verhoehnt diesen neuen Michael Kohlhaas, der geglaubt hatte, es gaebe noch ein Recht in Deutschland. In einem grossen Artikel "Staatsstreich eines Regierungsrates" bezeichnet das Zentralorgan der NSDAP die Klage des Regierungsrates Wehner als eine "Provokation" und schreibt: "Vielleicht findet Wehner jetzt Zeit, um sich mit den Elementen der nationalsozialistischen Revolution etwas mehr vertraut zu machen, falls ihm das ueberhapt moeglich ist." Aus dieser Andeutung ist zu schliessen, dass sich Wehner bereits im Konzentrationslager befindet.

BEILAGE der Deutschen Informationen Nr. 143/ 2. Februar 1937

VIER JAHRE HITLER - VIER JAHRE TERROR

Eine grauenerregende Bilanz

Die "Deutschen Informationen" veroeffentlichen eine Statistik ueber den Terror in Deutschland nach nationalsozialistischen Quellen :

Die sich steigernden Kriegsvorbereitungen und die damit verbundenen wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben im Jahre 1936 den Terror der Nazidiktatur noch verschaerft. Massenverhaftungen und Massenprozesse mit oft Hunderten von Angeklagten wurden in solchem Ausmasse durchgefuehrt, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Viele Verhaftete wurden schon vor der Verhandlung von der Gestapo zu Krueppeln geschlagen und 90 Namen von den auf diese Weise ermordeten Hitlergegnern sind im Jahre 1936 bekannt geworden - ohne die, von denen bisher nichts verlautete.

Im Wuppertaler Prozess wurden 600, im Hamburger Prozess 570, in Elmshorn 270, im Stuttgarter Jugendprozess 60, in Zeitz 150, im Brotfabrik-Prozess in Duisburg-Hamborn 600, in Luebeck 250, in Kiel 60 und in Hamburg gegen Jahresende wieder 150 Angeklagte zu Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Allein in diesen Massenprozessen wurden nahezu 3.000 antifaschistische Kaempfer zu insgesamt mehr als 9.000 Jahren Kerker verurteilt.

Obgleich die deutsche Presse nicht mehr ueber diese Prozesse im frueheren Umfange berichten darf, da sie sonst zu sehr dokumentieren wuerde, wie sehr die hundertmal totgesagte Opposition trotz aller Verfolgungen staerker geworden ist, kann man aus ihr folgende luckenhafte Statistik zusammenstellen :

Es wurden im Jahre 1936 wegen politischer Vergehen in 609 Einzelprozessen 3.283 Angeklagte zu 6.486,3 Jahren Zuchthaus und zu 1.763,4 Jahren Gefaengnis, insgesamt also zu 8.249 Jahren und 7 Monaten Kerker verurteilt. Zaehlt man dazu die mehr als 9.000 Jahre, die in den Massenprozessen verhaengt wurden, so sind in den 4 Jahren Hitlerherrschaft an Strafen fuer politische "Verbrechen" insgesamt 44.606,4 Jahre Kerker verhaengt worden.

Diese Urteile sind aber nur die, die nach deutschen Pressemeldungen zusammengestellt werden konnten und die daher unvollstaendig bleiben muessen. Wenn man die Berichte deutscher Vertrauensleute im Dritten Reiche und sonstige ziemlich exakte Feststellungen beruecksichtigt, dann sind in diesen Mitteilungen der gleichgeschalteten Presse hoechstens 20% der bisher verhaengten Strafen wegen politischer Vergehen erfasst.

Im Jahre 1936 wurden wegen politischer Vergehen 15 Todesurteile gefaellt und 9 Hinrichtungen vollzogen. Es wurden 18 Angeklagte zu lebenslaenglichem Zuchthaus und 56 Angeklagte zu 10 - 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Unter den oben genannten Verurteilten befinden sich, soweit die Zugehoerigkeit zu einer Organisation oder weltanschaulichen Gemeinschaft festgestellt werden konnte, u.a. :

1203 Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler
898 Angehoerige der Kommunistischen Partei
157 Angehoerige der S.A.P.
330 Mitglieder der Bibelforschervereinigung
41 Geistliche (beider Konfessionen)
28 Auslaender
18 Katholiken,

und es wurden 117 Angeklagte wegen "Rassenschande" verurteilt.

Zum Tode verurteilt bezw. hingerichtet wegen politischer Vergehen wurden : Franz Suess, Rudolf Menzel, Walter Scheve, Walter Gelbke, Wilhelm Blessig, Helmut Kionka, Robert Wendel, Edgar André und Walter Wobbrock.

Folgende 8 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, befinden sich aber noch in den Todeszellen : Bruno Schroeter, Helmut Schweers, Bruno Blank, Walter Schulz, Walter Zimmermann, Johannes Eggert, Richard Holzer und Adolf Scheffel.

(Deutsche Informationen)

Das Geschaeftsmonopol fuer "Mein Kampf"

(DI) Der Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf. Muenchen veroeffentlicht im Boersenblatt fuer den deutschen Buchhandel eine Anzeige, in der die Buchhaendler gewarnt werden, bei der Werbung der Sonderausgabe fuer Neuvermaehlte Rabatte oder gar Freiexemplare den Gemeinden anzubieten, die Massenbestellungen aufgeben. Gleichzeitig wird gewarnt, sich als "Auslieferungsstelle" oder "Alleinvertrieb" dieser Sonderausgabe zu bezeichnen, weil dagegen eingeschritten werden wird. Der Sinn dieser Ankuendigung ist der, dass der Zentralverlag sich das Monopol der Auslieferung sichern will, um die Sonderrabatte einzusparen. Bei einem Preis von 7,20 Mk. pro Exemplar bedeutet das also eine Sonderbesteuerung der Gemeinden, die das Buch an die Neuvermaehlten verschenken muessen zugunsten des allerhoechsten Autors, in dessen uneigennuetzige Taschen der Profit aus den bisher verkauften 3 Millionen Exemplaren geflossen ist.

Frau Centa Beimler - frei

Paris (DI) - Die grosse Bewegung zur Befreiung der Frau des vor Madrid gefallenen ehemaligen Reichstagsabgeordneten Hans Beimler, Centa Beimler, hat nun zu dem Erfolg gefuehrt, dass Frau Centa Beimler, die mit ihrer Schwester Maria Dengler als Geisel fuer Hans Beimler im Frauenkonzentrationslager Mohringer gefangen gehalten wurde, am 20. Februar freigelassen wurde. Die Bemühungen zur Befreiung Maria Denglers werden fortgesetzt. Die Bewegung fuer eine Amnestie aller politischen Gefangenen in Deutschland nimmt einen immer groesseren Umfang an, wie aus der Tatsache hervorgeht, dass dieser Tage ein neuer Brief mit der Forderung einer Amnestie an Hitler gesandt wurde, der von zahlreichen franzoesischen Abgeordneten und Rechtsanwaelten unterzeichnet ist. Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören u.a. die Abgeordneten: Albertin, Monnerville, Philippe Serre, etc., die Rechtsanwaelte: Noguerres, Henry Torres, Maria Verone, Alexandre Zevaes, etc..

Fuer Thaelmann, Ossietzky und alle politischen Gefangenen D. FO. 9. 9. 37

Eine Protesterklaerung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Prag - (DI) Der "Neue Vorwaerts", das Organ des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, veroeffentlicht eine Protesterklaerung des Prager Parteivorstandes gegen die Hitlerrede vom 30. Januar, in der es u.a. heisst :

"Thaelmann und Ossietzky haben, als es noch ein freies politisches Leben in Deutschland gab, die Sozialdemokratie bekaempft. Das hindert uns nicht, zu erklaeren, dass kein Anlass besteht, ihre persoenliche Ehrenhaftigkeit zu bezweifeln. Wenn die gegenwaertigen Machthaber Deutschlands Gefallen daran finden, ihre wehrlosen Opfer oeffentlich zu beschimpfen, so kennzeichnen sie damit nur sich selbst.

Neben Thaelmann befinden sich aber noch zahlreiche andere Maenner der verschiedensten politischen Parteien seit der Machtergreifung Hitlers in Gefangenschaft, unter ihnen Sozialdemokraten wie der ehemalige Ministerpraesident von Braunschweig Jasper, die Reichstagsabgeordneten Heilmann, ~~Mierendorff, Schumacher,~~ Leber und viele andere untadelige Maenner, zum grossen Teil Kriegsteilnehmer, die im Felde schwere Verwundungen erlitten haben. Seit Jahren sind sie ihrer Freiheit beraubt und schweren koerperlichen und seelischen Misshandlungen ausgesetzt. Von ihnen sprach in einer kuerzlich gehaltenen Rede der Chef der SS, Himmler, als von "Untermenschen und Raedelsfuehrern", denen sich niemals die Tore der Konzentrationslager oeffnen wuerden.

Im Namen der ungluecklichen Opfer und ihrer bedauernswerten Angehoerigen, die ein furchtbarer Druck zum Schweigen bringt, appellieren wir an die Recht und Freiheit liebenden Menschen der ganzen Welt. Moegen sie nicht aufhoeren, ihre Stimme zu erheben, bis sich trotzalledem die Tore der deutschen Gefaengnisse und Konzentrationslager oeffnen!"

Imprimé : 5, rue Lamartine, Paris 9e. Le Gérant : BOLORE Georges.

La Defense 11.XII.36

Le Gouvernement hitlérien envisage la mise en accusation d'Olga Benario-Prestes et d'Elise Ewert

Mme Prestes, mère de Luis-Carlos Prestes, accompagnée de sa fille, de Mme Maria Verone, avocate à la Cour, de Mme Chabrun, présidente du Comité pour la défense des prisonniers politiques, et de Miss Archdale, du « Six Point Group », s'est rendue à Berlin pour s'informer du sort d'Olga Benario-Prestes et d'Elise Ewert.

La Gestapo et le ministère de la Propagande refusèrent toute autorisation de voir les deux femmes, ainsi que de faire connaître le nom de la prison où elles sont détenues.

Contrairement aux précédentes informations, Olga Prestes ne serait pas encore accouchée. On attend la naissance d'une heure à l'autre. C'est donc quelques semaines avant de donner le jour à son enfant qu'Olga Benario-Prestes a subi les mauvais traitements des policiers brésiliens et a été embarquée de force sur un bateau à destination de l'Allemagne. La Gestapo a déclaré que les deux femmes avaient été « isolées du monde extérieur, afin de ne pas troubler l'instruction ouverte contre elles ». La délégation n'a pu obtenir de renseignements plus détaillés sur le caractère des accusations portées contre les malheureuses Olga Benario et Elise Ewert.

Was ist mit Frau Beimler?

D.INFO 14.1.37

Paris - (DI) Bekanntlich ist die Frau des fruheren Reichstagsabgeordneten Hans Beimler, Centa Beimler, seit mehr als zwei Jahren im Konzentrationslager Mohringen gefangen und zwar als Geisel fuer ihren aus dem Konzentrationslager Dachau gefluechteten Mann. Nun ist aber vor einiger Zeit Hans Beimler an der Front von Madrid gefallen. Nichtsdestoweniger wird Frau Beimler weiter als "Geisel" fuer ihren toten Mann in Haft gehalten. Diese einzigartige Tatsache erregt in wachsendem Masse die oeffentliche Meinung Frankreichs. In letzter Zeit ist der Fall Centa Beimler in Versammlungen franzoesischer Volksfrontorganisationen zur Sprache gekommen und hat ueberall dort zu lebhaften Protestkundgebungen gefuehrt. So hat das Ortskomitee der Volksfront von Malakoff am 11. Januar in einer Resolution die sofortige Freilassung Centa Beimlers und eine Amnestie fuer alle politischen Gefangenen Deutschlands gefordert. Die Generalversammlung der Gewerkschaft der Friseure des 14. Pariser Bezirks hat am 14. Januar gleichfalls eine Resolution zugunsten der politischen Gefangenen in Deutschland angenommen.

Imprimé : 5, rue Lamartine, Paris 9e. Le Gérant : BOLORE Georges.

MANCHESTER GUARDIAN 29.1.37

WOMEN POLITICALS IN GERMAN GAOLS

Story of Ill-Treatment

To the Editor of the Manchester Guardian.

Sir,—I feel bound to make public the fate of some women who are now in German prisons on account of political offences. I have myself shared their lot for two and a half years.

Last spring the wife and mother-in-law of Ewald Kaiser, who was formerly a member of the Prussian Diet, were sent to the women's prison of Aichach to serve sentences respectively of six and four years. They are rigorously kept apart from one another, to the grief of both of them. The situation of mother and daughter is made still worse by the fact that Frau Kaiser is suffering from lung trouble contracted during the interrogation under remand, which was accompanied with months of maltreatment; she was lifted up again and again and brutally dropped, and was given in addition many blows on the head and the upper part of the body. This continual violence has done its work. The two women have petitioned again and again to be put together. The reply has been: "That would be pleasant for you, but we are not making things so nice for you." The mother asked that at least her daughter should be taken out of solitary confinement, so as not to be continually alone, in view of her malady, but received this answer: "She is not coming out so quickly; she must be alone for a long time yet, so as to reflect on what she has done."

The mother is suffering dreadfully from this official handling and is visibly in decline. It is horrible to know that her sick daughter is a few yards away and has been able to see her only for ten minutes in three months.

Lene Overlach, formerly a Communist member of the Reichstag, has been in prison since December, 1933. I was for a long time in the same hall as she, and saw how she suffered. She has heart trouble, and had attacks almost every day. The slightest effort or excitement made her ill. Yet she had to fight for every drop of medicine, both in Gotteszell prison and in Ziegenhein. She was declared to be malingering.

She, too, was kept a long time in solitary confinement. Once she had an attack, was unable to pull the bell, and lay for hours on the cold floor, without any sort of medical or other attention. Shortly after this happened she complained of being ailing and weak. When she got out of bed she was unable to stand. This condition lasted a week. Subsequently she complained to the Justizrat in charge; the answer she received was: "Well, what if she was in pain for a week? Now it is over." Many weeks later this "malingerer" was, after all, allowed tonic wine, tablets, and half an hour's additional exercise. Later, when she was transferred from Ziegenhein to Gotteszell, the same struggle with the authorities began again. I should add that she has lost some forty pounds in weight.

Another arrival at Aichach last spring was Maria Baitz, aged about thirty. She has suffered for years from kidney disease, and some time ago one kidney was removed by operation. This did not prevent the authorities responsible for carrying out her sentence from sending this sick woman to the open-air centre of Lauffen, to work in the peat. After three weeks she fell seriously ill. She needs a special diet. For three weeks she received it, but since then she has had to eat the ordinary rations. Her sentence runs into 1938.

Finally I want to mention two women who are in prison on account of their sons, who were killed by the Nazis. In 1931 the son of Frau Krämer was assaulted and killed by a Storm Trooper. The assailant's identity was discovered, and he was tried for murder. The charge of murder was reduced to manslaughter, and that again to bodily wounding. The Nazi was sentenced to eighteen months' imprisonment, and the sentence was deferred. Frau Krämer appealed; when the case came up again the man had fled. It is not surprising that after that Frau Krämer was no enthusiastic adherent of the Führer. She has two young children, but is in prison and refuses to ask for mercy, as she is urged to. Her son was murdered, and she considers that she is unjustly imprisoned, and will have nothing to do with mercy from Hitler.

The second case is that of Frau Bösel. One day she was told that her son, who was in Dachau concentration camp, had hanged himself. She said she did not believe it; more likely he had been hanged. She was sentenced to two years' imprisonment for "atrocity-mongering." It is heart-breaking to see this poor woman. Often she sits at work in Aichach prison with the tears streaming from her eyes. She cannot forget that they have taken her beloved son from her.

I will add a few words about my own tragedy. I was pregnant when I was arrested. Although I visited the doctor every day after my baby was born the baby was nearly starving. After ten weeks he was taken from me and placed in an orphanage. The people there were horrified, for in the ten weeks since his birth he had only gained one pound in weight.—Yours, &c.,

A GERMAN WOMAN.

January 14.

Weihnachtsamnestie fuer die politischen Gefangenen in Deutschland!

Ein Aufruf an alle Friedensfreunde

(DI) Die "Permanente Kommission fuer eine Vollamnestie der politischen Gefangenen in Deutschland" veroeffentlicht einen Aufruf an alle Friedensfreunde der Welt, in dem es heisst :

"Die Weltbewegung fuer den Frieden erkaempfte dem pazifistischen Schriftsteller Carl von Ossietzky den Friedensnobelpreis. Dieser praechtige moralische Erfolg ist eine Ehrung aller eingekerkerten Soldaten des Friedens im Dritten Reich.

Ueber 200.000 politische Gefangene fuellen die Kerker des Dritten Reiches. Der Terror schont weder Katholiken, Juden, Protestanten, Pazifisten, noch Gewerkschaftler, Sozialisten und Kommunisten. Erpressungen, Folterungen, Verhaftungen von Frauen als Geiseln ihrer Maenner, kennzeichnen den Leidensweg derer, die in Deutschland den Frieden wollen. Charaktervolle Maenner wie Litten, Thaelmann und Mierendorff werden seit fast vier Jahren ohne Prozess gefangen gehalten. Unschuldige Frauen, wie Else Steinfurth und Centa Beimler werden als Geiseln gequaelt.

Die Zahl der Todesopfer waechst ununterbrochen. Der aufrechte Edgar André wurde trotz erwiesener Unschuld aufs Schafott geschleppt. In Hannover wurden der Gewerkschaftsfuehrer Brennecke, die Reichsbannerfunktionaere Jahn und Hahn und der Gewerkschaftsfuehrer Scheinhard im Oktober 1936 bestialisch erschlagen. Prozesse finden hinter verschlossenen Tueren statt. Immer haeufiger wird die Welt durch die lakonische Mitteilung ueber eine vollzogene Hinrichtung vor ein fait accompli gestellt.

Es sind Menschen mit unbeirrbarer Friedensgesinnung, die hier gefoltert, verurteilt, hingerichtet oder ermordet werden. Das Dritte Reich bestraft sie fuer Taten, fuer die die zivilisierte Welt unserm Ossietzky den Nobelpreis gab.

Zu dieser Schande darf das Weltgewissen nicht schweigen. Gegen diese Herausforderung der Menschheit erheben wir unsere Stimme. Fuer Deutschlands gefesselte Soldaten des Friedens fordern wir Freiheit, fordern wir Gerechtigkeit.

Dieses Heer der in den Kerkern gequaelten Bruder und Schwestern ist die einzige Hoffnung der friedensliebenden Welt, dass in Deutschland selbst jene Energien frei werden, die der Kriegsraserei des Nationalsozialismus Einhalt gebieten koennen.

Weihnachten steht vor der Tuer. Dieser Tag gilt fuer Millionen Deutsche als Fest der Liebe und Versoehnung. Fuer diesen Tag fordern wir von den deutschen Machthabern eine Amnestierung ihrer politischen Gegner. Wir wollen, dass zu Weihnachten die politischen Gefangenen zu ihren von Gram gebeugten Muettern und Kindern, zu ihren Frauen und Braeuten in den Kreis ihrer Familie zurueckkehren.

Mit uns und durch uns fordert das Gewissen der Welt :

Volle, uneingeschraenkte WEIHNACHTSAMNESTIE fuer die politischen Gefangenen in Deutschland!"

Lebenslängliches Zuchthaus

P12 8.XII.36

Berlin, 4. Dezember.

Der deutsche Staatsangehörige Walter Schulze aus Graudenz wurde vom „Volksgericht" wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Schulze war angeklagt, in Ostpreussen Spionage zugunsten einer auswärtigen Macht getrieben zu haben.

Neue Massenverhaftungen D.I. 14.7.37

Hildesheim - (DI) Saemtliche fruheren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in Hildesheim und Umgegend wurden verhaftet. Der fruehere Bezirksleiter der Sozialistischen Arbeiterjugend Hermann Glaeser wurde dabei von der Gestapo schwer misshandelt.

la déf

Une visite à la prison de Moabit, « parvis de l'E

Craignant un piège, un matelot américain emprisonné refuse noblement l'offre d'un avocat de ses compatriotes qui voulait lui payer un défenseur

LA DÉFENSE 4.XII.36

Le 27 septembre 1936, le Tribunal du « peuple » de Berlin a condamné à trois ans de prison le matelot américain *Lawrence Simpson*. Celui-ci était accusé d'avoir apporté en Allemagne de la littérature antifasciste. Dès que fut connu le verdict, les équipages de neuf bateaux en rade de New-York et un bateau en rade de Philadelphie déclarèrent une grève de protestation. Aux Etats-Unis prit naissance un large mouvement contre ce verdict, mouvement qui grandit de plus en plus. L'avocat américain *Gifford Cochran* visita Simpson avant le procès et il écrit à ce sujet ce qui suit :

« Après une courte attente, un gardien introduisit un jeune homme ayant mauvaise mine et une expression de souffrance. C'était Lawrence Simpson.

« Le consul Geist qui m'accompagnait, ouvrit la conversation et déclara que je suis venu d'Amérique avec des moyens suffisants pour engager un avocat. Si Simpson veut profiter de cette occasion, il faut qu'il signe un pouvoir, me donnant le droit d'agir en son nom; il déposa le pouvoir sur la table.

— *Je voudrais bien savoir en quelle qualité vous êtes venu ici et pourquoi vous vous intéressez précisément à mon cas* — dit Simpson. *Représentez-vous le Secours Rouge ? Je voudrais que ce soit le Secours Rouge et personne d'autre qui s'occupe de mon cas.*

« Je lui déclarai que les lois du IIIe Reich ne permettaient malheureusement pas à cette organisation de travailler dans l'enceinte des frontières allemandes; que moi je ne suis qu'une personne privée, qui désire et s'efforce de l'aider à sortir de cette situation; que j'ai appris son affaire dans les journaux et que j'ai discuté à ce sujet avec son père à New-York.

— *Etes-vous membre d'une organisation de défense s'occupant de ce genre d'afaires ?* demanda-t-il.

« Je dus lui répondre que non et lui déclarai que je n'appartenais pas à une telle organisation, mais que je sympathisais avec leur travail. Je le priai de me faire confiance et de croire que je tenais vraiment à l'aider dans un but purement humanitaire. Il accepta une cigarette que je lui offris et j'espérais avoir réussi à le convaincre.

— *Peut-être pouviez-vous comprendre*, dit-il, *qu'il m'est très difficile de croire que quelqu'un, en dehors du Secours Rouge ou d'une organisation semblable, puisse supporter tant de désagréments et de frais pour mon cas sans vouloir en tirer un profit personnel. Vous ne ressemblez pas à un ouvrier et je refuse de tomber dans la situation d'un traître à la classe ouvrière, en acceptant votre aide. Vous voulez que je signe un document vous donnant le droit d'engager un avocat, mais je ne comprends pas quel est le but que vous pouvez poursuivre. Vous dites que vous admirez le travail du Secours Rouge, mais vous déclarez en même temps que vous n'appartenez pas à cette organisation. Cela me paraît une situation anormale.*

« Je répondis que, si anormal que cela pût paraître, la chose était vraie et répétai que mes intentions étaient honnêtes.

« M. Geist intervint et confirma que je tenais absolument à l'aider. Il lui recommanda d'accepter mon aide et tendit à Simpson le pouvoir pour un avocat. Il engagea Simpson à le signer et au cas où l'avocat que nous lui aurions trouvé ne lui donnerait pas satisfaction, il serait libre de refuser ses services. Simpson réfléchit un instant et j'espérais que, finalement, il accepterait. A ce moment, le docteur Zieger, fonctionnaire allemand, qui s'était tu jusqu'à maintenant, se mêla à la conversation.

« Il conseilla avec insistance au prisonnier de suivre la voie indiquée et lui laissa entrevoir que le mieux qu'il eût à faire, était d'accepter notre proposition. J'ai vu immédiatement une expression de méfiance apparaître dans les yeux de Simpson et je pensai : « Si ce docteur Zieger s'était tu évident que Simpson ne mais qu'un fonctionnair proposer quelque chos ment utile pour lui. Tou apparut immédiatem nier comme un guet vais que nous avion cause. J'essayai d'in que je pouvais faire, péter ma sympathie je me rendais parfai du manque d'effet que cela devait pro ment.

« Après une long dant laquelle Simps sur l'ensemble de s'adressa à moi :

— *Je vous remerc votre intérêt et de v mais, dans ces co obligé de refuser vo fère être jugé dans ordinaires.*

« C'est avec re congé de lui. Je lu et le gardien vint *Lawrence Simpson* lule. »

La prison de Moabit, à Berlin.

Dans A sinist

U dans

PDO — Reisebüro — Gestapo!

DVZ 24.V.36

PDO, das ist der Pressedienst für die Au... tätigkeit der Gestapo. Gewiss steht ihm das nicht auf der Titelseite geschrieben; doch der Sache nach haben alle Stellen, die sich mit Spionage, Emigrantenüberwachung, Menschenraub und politischem Mord beschäftigen, nämlich das Propagandaministerium, die Reichswehr und die Gestapo im PDO ein Organ zur Bearbeitung der Presse. Allerdings ist das nur die eine Seite. PDO dient zu gleicher Zeit der nationalsozialistischen Propaganda im Ausland, vor allem unter den deutschen Minderheiten, also dem, was offiziell »deutsche Volkstumsarbeit« genannt wird.

Vor einiger Zeit wunderte sich die tschechoslowakische Presse über den Fall, dass die »Deutsche Tageszeitung« in Karlsbad einen Artikel brachte, der um die gleiche Zeit in einer Mannheimer Zeitung zu lesen war. Es erschien merkwürdig, dass eine sudetendeutsche Zeitung ausgerechnet eine reichsdeutsche Zeitung aus dem Rheingebiet abschreibt. Das Rätsel löst sich leicht: Der in Mannheim und Karlsbad erschienene Artikel stand vorher im PDO.

Der »Pressedienst Ostraum«, so nennt sich dieses Instrument faschistischer Spionage und Propaganda, erscheint in zwei Ausgaben: in einer wöchentlichen, dem »Informationsdienst«, und einer täglichen, der »einzigen täglich erscheinenden volksdeutschen Pressekorrespondenz«. In der Wochenausgabe finden sich lange Artikel über »Weg und Ziel der deutschen Erneuerung in Polen«, den »Kampf um die sudetendeutsche Kultur«, den »Volkstumskampf in Rumänien« usw. Hier wird wörtlich die Parlamentserklärung der Henleinpartei oder eine hitlerfreundliche Rede Gömbös' abgedruckt. Die Wochenausgabe dient nicht nur den gleichgeschalteten Redakteuren zur Information, sondern auch den nationalsozialistischen Agitatoren in den deutschen Minderheiten als Referentenmaterial. In der täglichen Ausgabe finden sich Nachrichten aus Nordschleswig, Memel, Polen, Rumänien, kurz aus allen deutschen Minderheiten. Die Sudetendeutschen und die Tschechoslowakei nehmen einen grossen Raum ein. Mit besonderer Liebe wird jede Äusserung Henleins, jede aussenpolitische Regung der Republik und jede innenpolitische Veränderung, die vielleicht auf eine aussenpolitische Schwenkung hoffen lässt, verzeichnet. Der Kommentar, den der PDO an diese Nachrichten knüpft, fällt nicht selten unter den völkerrechtlichen Begriff der »Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates«. Es wird interessant sein, gelegentlich einige Beispiele für diese Gestapo-Aussenpolitik zu veröffentlichen.

*

Es ist bekannt, dass Auslandsfilialen deutscher Reisebüros als Zahlstellen für Gestapoagenten benutzt werden. Reisebüros sind aber auch noch zu anderen Zwecken zu gebrauchen. Der PDO beschreibt, wie die »deutschen Kolonisten in Karpathorussland dem Deutschtum zurückgewonnen« wurden. Das sei ein Verdienst der reichsdeutschen Exkursionen, die seit dem vorigen Jahr regelmässig dorthin unternommen wurden:

»Diese von einem Dresdener Reisebüro veranstalteten Fahrten brachten schon viele Hunderte Reichsdeutsche, hauptsächlich Angehörige des Mittelstandes, Beamte, Lehrer, Gewerbetreibende und Arbeiter, in die deutschen Kolonien Karpathorusslands, denen sie auch einen bedeutenden materiellen Gewinn brachten. Es wurde — von tschechischer Seite — behauptet, dass diese Fahrten ganz andere als touristische Ziele verfolgen; aber bis jetzt wurde nichts unzulässiges festgestellt.«

»Nichts unzulässiges festgestellt,« triumphiert der PDO. Ist das ein Beweis, dass nichts unzulässiges geschah? Die Stimme des PDO beweist eher das Gegenteil.

Ein Dresdener Reisebüro organisiert diese harmlosen Exkursionen. Der Auftraggeber des Agenten Bertold, Geissler, sitzt in Dresden. Nach Dresden liefen die Verbindungen der Spionin Anna Dienel.

Die Mehrzahl der bisher entlarvten Agenten sind Mitglieder der SdP. Die SdP ist die organisatorische Basis und das Rekrutendepot für Gestapoagenten. Auch das ist ein Beweis für die enge Koppelung: Propaganda — Gestapo — Spionage. Jochen Dierk.

DÉFENSE 4.XI.36

Le sort de Mmes Olga Prestes et Ewert

On sait que Mmes Maria Vérone, avocate à la Cour, César Chabrun, présidente du Comité de défense des prisonniers politiques, Miss Archdale, du *Six Point Group*, se sont rendues tout récemment à Berlin pour s'informer du sort réservé à Mmes Olga Benario-Prestes et Ewert qui, on s'en souvient, ont été embarquées au Brésil sur un bateau allemand et livrées à la police allemande.

Olga BENARIO-PRESTES,
compagne du héros brésilien
Carlos Prestes.

Cette délégation féminine a été reçue à la *Gestapo*. Elle a obtenu confirmation de l'emprisonnement des deux femmes, appris qu'elles sont l'objet d'une instruction judiciaire et que, contrairement à ce que l'on croyait, Olga n'était pas encore accouchée.

La Gestapo a refusé de faire connaître le lieu de la détention et le chef de l'inculpation. Elle a refusé également toute permission de visite aux deux détenues qui sont au régime secret le plus strict.

La délégation n'a été autorisée qu'à leur faire remettre des vêtements chauds, ainsi qu'à adresser à la *Gestapo* une demande écrite tendant à obtenir la remise de l'enfant qui doit naître à la grand'mère, résidant actuellement à Paris.

mein Ausweisungsbefehl sei rückgängig gemacht worden; man würde sich an hoher Stelle in Deutschland aufrichtig freuen, wenn ich wieder nach Berlin fahren würde. An der Aufrichtigkeit dieser Freude habe ich eben gar nicht gezweifelt; deswegen habe ich mich gehütet, dieser Einladung Folge zu leisten. Der so liebenswürdige Herr Dr. Kuznierez hatte leider mit einigen deutschen Emigranten mehr Glück.

Sie liessen sich überzeugen, dass sie dank seiner Fürsprache, beim Konsulat anstandslos einen neuen Pass bekamen. Der schöne neue Pass wurde ihnen an der Grenze in Aachen prompt abgenommen und sie wanderten ins Gefängnis.

Eine beliebte Methode, den Emigranten in die Gewalt zu bekommen, besteht darin, urplötzlich seine Auslieferung als Gemeinverbrecher zu verlangen. Besonders bei jüdischen Anwälten ist diese Methode oft angebracht worden. Ein Rechtsanwalt hat gewöhnlich Gelder zu verwalten; es ist ein Leichtes, einen ehemaligen Kunden zu finden, der bereit ist, entweder aus «Naziüberzeugung», oder aus Furcht, oder gar aus Habgier, gegen ihn die Anklage zu erheben, er hätte ihm anvertraute Gelder veruntreut. Eine «Untersuchung» wird eingeleitet, Akten werden aufgebaut. Ein Auslieferungsgesuch wird eingereicht. Es ist mehrmals geschehen, dass sogar angesehene Rechtsanwälte von der französischen Polizei, zum Beispiel, auf ein solches Gesuch hin verhaftet wurden und es kostete viel Zeit, viel Mühe und viel Geld, ehe es gelang, den französischen Behörden klar zu machen, dass es sich um ein erbärmliches Manöver handelte, einen politischen Gegner zu fassen. Das war am Anfang; jetzt sind die Behörden, wenigstens in Frankreich, auf der Hut und lassen sich nicht leicht irreführen.

Ausser den ausgesprochenen Gegnern des Hitler-Regimes gibt es eine Anzahl im Auslande lebender Deutschen, deren Anständigkeit sie in Berlin verhasst macht und die man auf irgend eine Weise zur Rückkehr nach Deutschland zu zwingen versucht. Vor einigen Wochen ist in Athen ein solcher Fall passiert.

Der deutsche Kaplan in Athen war ein guter Christ; er verfügte über gewisse Unterstützungsgelder, er hatte die Aufsicht über das deutsche Krankenhaus. Er war ein anständiger Mensch, er kümmerte sich nicht um Politik. Wenn ein Deutscher in der Not zu ihm kam, erkundigte er sich nicht, wie seine politische Gesinnung sein möchte, noch ob beide Grossmütter Arierinnen gewesen waren. Er half den armen Juden ebenso gern wie dem armen Arier — dem armen Republikaner ebenso wie dem gestrandeten Nazi. Das wurde ihm zum Verhängnis. Die deutsche Gesandtschaft in Athen erteilte ihm eine Rüge. Die Verwaltung des deutschen Hospizes wurde ihm entzogen. Eine ganze Reihe von «Freunden» gab ihm den dringenden Rat, doch die Konsequenzen zu ziehen, seinen Posten aufzugeben und nach Deutschland zurückzukehren. Alles umsonst.

Schliesslich griff die Gestapo zum letzten Mittel. Ein Druck wurde in Berlin auf die evangelische Kirchenbehörde ausgeübt; man lud ihm ein, an einer Besprechung der auslandsdeutschen Kapläne teilzunehmen. In vollem Vertrauen auf seine Vorgesetzten reiste der Athener Kaplan nach Berlin.

Die Besprechung fand auch tatsächlich statt; er schrieb seiner Frau ganz vergnügt, er habe die Absicht, am nächsten Tage die Rückreise nach Griechenland anzutreten. Zwei Tage später erhielt seine Frau aber einen neuen, ganz kurzen und anscheinend hastig geschriebenen Brief, der mit den Worten endete: «Dieser dürfte wohl der letzte Brief sein, den Du auf lange Zeit von mir erhalten wirst.»

Seitdem ist der Kaplan verschwunden. Man setzte sich für ihn bei der Gesandtschaft in Athen ein; nach einiger Zeit wurde die sonderbare Antwort erteilt, dieser Geistliche, der so tatenfroh, besonnen und normal war, sei plötzlich verrückt geworden, und man habe ihn in eine Irrenanstalt einsperren müssen!

Je nach Bedarf heissen die vierzig deutschen Konzentrationslager «Irrenanstalt», «Sanatorium» oder «Erholungsheime».

Eine andere, beliebte Methode. Belgrad ist schon lange ein Nest deutscher Intrigen gewesen. Eine in politischen und Hofkreisen sehr angesehene deutsche Dame, deren katholische Ueberzeugung sie zu einer Gegnerin des Hitler-Regimes gemacht hatte, bemühte sich mit Erfolg, den Einfluss der hitlerfreundlichen Partei zu bekämpfen. Eines Tages im Februar dieses Jahres meldete sich bei ihr ein Reichsdeutscher mit einem hochadeligen Namen. Sie kannte ihn zwar nicht persönlich, war aber mit Verwandten von ihm früher gut befreundet gewesen. Zu ihrem Entsetzen sagte ihr dieser Kavalier:

«Ich soll Ihnen einen schönen Gruss von Ihrem Sohn Kurt aus Trier bestelen. Er befindet sich allerdings in einer peinlichen Lage. Er ist auf Grund des Paragraph 175 des Strafgesetzbuches verhaftet worden und die Sache sieht für ihn sehr schlimm aus. Sie können ihn aber retten. Wenn Sie sich verpflichten, Belgrad sofort zu verlassen und Ihre dem Dritten Reich feindliche Propaganda voll und ganz einzustellen, sind wir bereit, Ihren Sohn aus der Haft zu entlassen und das Verfahren gegen ihn einzustellen».

Die Frau gab nach. Was soll eine Mutter anderes tun, wenn es sich darum handelt, ihren Sohn zu retten? Nun kommen aber folgende Einzelheiten noch dazu. Der junge Mann, der vor kurzem geheiratet hatte, war nach Aussage aller seiner Bekannten der letzte, den man der ihm zur Last gelegten Handlung verdächtigen könnte. Er war das Opfer einer von der Gestapo aus freien Stücken erfundenen Mache geworden, um seine Mutter durch Erpressung zum Aufgeben ihrer Tätigkeit zu zwingen.

Vor seiner Haftentlassung wurde ihm von einem «Freund» nahegelegt, seine Mutter aufzufordern, nach Trier zu reisen, da er von den Strapazen der Haft sehr angegriffen sei. Er schrieb diesen Brief natürlich im guten Glauben, da ihm von dem Erpressungsmanöver nichts bekannt war und er annehmen musste, dass die gegen ihn erhobene und nun niedergeschlagene Anklage auf einem Irrtum beruhte. Die Mutter ist heute in einem deutschen Konzentrationslager; nur auf Intervention ihrer einflussreichen Verwandtschaft, die einen Skandal verhindern wollte, ist sie einer Anklage wegen Landesverrat entkommen.

Geoffrey Fras[illegible]

Die Gestapo

AKTION, Porto Alegre 25. V. 41

Es hat in den letzten drei Jahren eine Anzahl Beispiele für die rücksichtslosen Methoden der Gestago gegeben. Man braucht nur an die Morde von Professor Lessing und von Ingenieur Formis, an die Entführungsaffäre Jacobs zu erinnern.

Ausser diesen Fällen, die ein Weltecho gefunden haben, hat es aber unzählige andere gegeben, die viel weniger oder überhaupt kein Aufsehen erregten.

Manchmal, weil das Opfer so spurlos verschwunden war, dass es nicht gelang, die genauen Einzelheiten festzustellen.

Manchmal, weil es in letzter Minute gelang, die Pläne der Gestapo zu durchschauen und zu vereiteln,

Oder weil die Opfer arme unbekannte Personen waren, um die sich kein Mensch kümmerte.

Viele Hunderte von Emigranten haben sich sympathisch auftretenden Landsleuten, die sie in der Ferne kennenlernten, überreden lassen, ins Dritte Reich zurückzufahren — alles sei vergessen und vergeben! Sie sind alle ins «Konzertlager» oder ins Gefängnis abtransportiert worden, wo sie Zeit haben, über ihre Kurzsichtigkeit nachzugrübeln.

Jener Dr. Kuznierez, den ich früher erwähnte, der «Radio-Sachverständige der deutschen Botschaft in Paris», hat sich in meinem Falle stark in dieser Richtung bemüht. Er könne mir die Versicherung geben — er sei ja als amtliche Person dazu befugt — dass man in Berlin schon längst den «Irrtum» in meinem Falle eingesehen habe;

Konzentrationslager fuer Arbeitslose

Neue Massnahmen zur "Beseitigung der Arbeitslosigkeit"

Berlin - (DI) Auf Grund zentraler Anweisungen sind jetzt die Polizeibehoerden mehrerer Staedte dazu uebergegangen, Arbeitslose, die sich weigern die von ihnen geforderte Gratiszwangsarbeit zu leisten, in Konzentrationslager zu sperren. So gibt das Polizeipraesidium Mannheim offiziell bekannt, dass in den letzten Tagen sieben "asoziale Elemente, die immer wieder angebotene Arbeit hartnaeckig ausgeschlagen haben",in das Konzentrationslager Kieslau eingeliefert worden sind. ("Hakenkreuzbanner", Mannheim, vom 5. Okt.) Gleichzeitig berichtet die "Allgemeine Zeitung" in Chemnitz (8. Oktober) ueber eine Besprechung des Oberbuergermeisters von Chemnitz mit den Stadtraeten, in der "die zwangsweise Beschaeftigung Arbeitsscheuer" beschlossen wurde. Personen, die sich weigern, die ihnen aufgetragene Arbeit anzunehmen, sollen in ein "Arbeitszwangslager" gebracht werden. Es handelt sich in Wirklichkeit um Arbeitslose, die man zu kostenloser Zwangsarbeit bei Strassenbauten und als Landhelfer "vermitteln" will. Diese Massnahmen beweisen, dass die Verweigerung der Zwangsarbeit durch die Arbeitslosen einen solchen Umfang angenommen hat, dass die Nazibehoerden den Widerstand mit Konzentrationslager zu brechen suchen.

"Abhoeren des Ausland-Rundfunks ist Hochverrat"

Bremerhaven - (DI) Vor dem Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts, der sowohl Fiete Schulze wie Edgar André zum Tode verurteilt hat, standen neun ehemalige Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler, die in ihren Wohnungen die auslaendischen Sender Strassburg, Luxemburg, Prag und Moskau abhoerten. Sie befanden sich deshalb seit laengerer Zeit in Schutzhaft und wurden jetzt zu schweren Strafen verurteilt. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts erklaerte, dass das Abhoeren eines auslaendischen Rundfunks bereits den Tatbestand der Vorbereitung zum Hochverrat erfuelle. Strafverschaerfend sei dabei, dass sich die Angeklagten ueber das Gehoerte auch unterhalten haetten. Deshalb erhielt der Arbeiter Lutter 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust; die Arbeiter Wers und Poppe je 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Drei weitere Angeklagte erhielten Gefaengnisstrafen und der Rest wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Deutsche Informationen

Jahrgang I, Nr. 86
22. September 1936
JOURNAL PERIODIQUE
paraissant 3 fois par semaine

POSTSCHECKKONTO:
Max Braun, Paris 1970.33

HERAUSGEGEBEN VON
HEINRICH MANN, RUDOLF BREITSCHEID, MAX BRAUN, BRUNO FREI

5, RUE LAMARTINE, PARIS-IX — TELEFON: TRUDAINE 34-00

Eigene Korrespondenten in den wichtigsten Städten Deutschlands

Aus dem Inhalt : Lebensmittelschlangen in Berlin - Goebbels's Bildfaelschungen - Der "ungeschuetzte Innenraum" Frankreichs - Alfred Rosenberg ein Judenstaemmling - Die wachsende Radikalisierung der Frauen in Deutschland

Geiselmorde an politischen Gefangenen geplant

Der Hintergrund der Goebbelsschen Drohungen in Nuernberg

Berlin - (DI) Propagandaminister Dr. Goebbels hat in seiner Nuernberger Rede bekanntlich angekuendigt, man werde "mit einer Ruecksichtslosigkeit, die selbst Moskau in Erstaunen setzen werde" dem Versuch entgegentreten, in Deutschland "den Bolschewismus wieder in Gang zu setzen". Goebbels erklaerte in diesem Zusammenhang, es gaebe nichts, wovor man zu diesem Zwecke zurueckschrecken werde. Der Sinn dieser vielbeachteten Drohung wird klar, wenn man erfaehrt, dass zwei Wochen vor Beginn des Nuernberger Parteitags in Berlin eine Besprechung stattgefunden hat, an der u.a. als Vertreter des Reichsjustizministers Dr. Guertner, Oberlandesgerichtsdirektor Dr. Bayer, ein Vertreter des Reichsinnenministeriums, ferner Himmler, der Chef der Gestapo, und ein Vertreter des Propagandaministeriums teilnahmen. Die Besprechung fand im Hause der Gestapo, Prinz Albrechtstrasse 8, statt und war der Beratung von Massnahmen gegen die wachsende Unzufriedenheit der Bevoelkerung gewidmet.

In dieser Sitzung gab Himmler einen ausfuehrlichen Bericht ueber die antifaschistische Propaganda in den verschiedenen Gebieten des Reiches, wobei er sich besonders mit der schlechten Stimmung in den Industriegebieten und der starken Unzufriedenheit der Bauern, insbesondere Schleswig-Holsteins, beschaeftigte.

Der Vertreter des Propagandaministeriums wies darauf hin, dass man sich von der Propagandakampagne zum Nuernberger Parteitag gegen den Bolschewismus eine Diskreditierung des Kommunismus bei den unzufriedenen Schichten verspreche. Himmler war nicht dieser Ansicht und wurde dabei vom Vertreter des Justizministeriums unterstuetzt, der auf die hohe Zahl der Massenverhaftungen wegen politischer Taetigkeit in den letzten Monaten hinwies.

Schliesslich wurden folgende Massnahmen beschlossen, um in den kommenden Wintermonaten ein gefaehrliches Ausmass der Unzufriedenheit zu unterbinden.

Erstens sollen alle politischen Gefangenen, deren Strafhaft ablaeuft und bei denen auch nur die geringste Wahrscheinlichkeit dafuer besteht, dass sie nach wie vor ihrer politischen Ueberzeugung treu geblieben sind, nicht zur Entlassung kommen, sondern entweder in ein Konzentrationslager ueberfuehrt werden, oder in ein neues Prozessverfahren verwickelt werden.

Zweitens wurde auf Vorschlag Himmlers beschlossen, fuer die wichtigsten Industriegebiete und Grosstaedte eine Liste der populaersten in Haft befindlichen Funktionaere der Arbeiterparteien und der ehemaligen Gewerkschaften aufzustellen, die im Falle einer sichtbaren Verstaerkung der antifaschistischen illegalen Taetigkeit an den betreffenden Orten als Repressalie, aehnlich wie im Februar 1934 im Falle des Sekretaers der Kommunistischen Partei John Scheer und Genossen, erschossen werden sollen.

Tatsaechlich sind schon in den letzten zwei Monaten nahezu keine bekannten politischen Funktionaere der Arbeiterorganisationen nach Ablauf ihrer Strafe in Freiheit gesetzt worden. So wurden der bekannte Hamburger Funktionaer der KP, Anton Sefkow, und der als Zeuge im Andr[illegible] Prozess vernommene Kommunist Tastesen, der entlastend fuer André ausgesagt hatte, am Tage des Ablaufs ihrer Strafhaft in ein Konzentrationslager ueberfuehrt.

Die Menschenrauborganisation der Gestapo
Hollaendischer Rheinschiffer sollte Emigranten verschleppen

Aus Antwerpen wird den "Deutschen Informationen" berichtet :
Wie die Gestapo Auslaender in ihre Dienste zu pressen versucht, enthuellt das aufregende Erlebnis, das der hollaendische Rheinschiffer Th. van Meer soeben berichtet. Van Meer faehrt seit vielen Jahren im Dienste einer franzoesischen Reederei mit seinem Kahn den Rhein entlang. Am 25. Juni hatte er auf der Rheinbruecke bei Kehl einen Zusammenstoss mit den deutschen Grenzbeamten, die von ihm den Hitlergruss verlangten. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Hollaender verhaftet und ins Polizeigefaengnis Kehl gebracht wurde. Selbstverstaendlich wurde der Mann, der aus seiner hitlerfeindlichen Gesinnung kein Hehl gemacht hatte, schwer verpruegelt und schliesslich vom Schnellgericht zu 8 Monaten Gefaengnis verurteilt. Bei den Verhoeren, die neben dem Gerichtsverfahren von der Gestapo durchgefuehrt wurden, liessen die Beamten durchblicken, dass der Hollaender seine Freiheit wieder haben koennte, wenn er bereit waere, Gegendienste zu leisten. Er sollte versuchen, in Strassburg oder Antwerpen deutsche Emigranten an Bord zu locken und nach Deutschland zu bringen. Besonders interessierten sich die Gestapobeamten fuer die Auslieferung bestimmter, namentlich genannter deutscher Fluechtlinge. Gleichzeitig wurde dem Rheinschiffer angedroht, dass er bei seiner naechsten Reise verhaftet und wegen Hochverrats abgeurteilt wuerde, wenn er seinen neuen Auftraggebern gegenueber Verrat ueben sollte. Nach sechstaegiger Haft wurde van Meer, der allem zugestimmt hatte, freigelassen. Die Gestapo glaubte sich seiner sicher. Man gab ihm die Telefonnummer der Gestapo in Kehl (Nr. 117), wo er nach dem Kriminalbeamten Hoedle fragen sollte. Ausserdem gab man ihm eine Postadresse (Dankwartstrasse 9) mit. Der Rheinschiffer, froh, sein gefaehrliches Abenteuer beendet zu haben, meldete in Antwerpen den ganzen Sachverhalt. Seine eigene Reederei haelt die Drohung der Gestapo fuer so gefaehrlich, dass sie die Rueckreise ihres Angestellten, trotzdem er Auslaender ist und unter franzoesischer Flagge faehrt, fuer undurchfuehrbar haelt und sie verbot.

Imprimé : 5, rue Lamartine, Paris 9e. Le Gérant : BOLORE Georges.

Das Internationale
Ausschnittbüro

Bureau International de Documentation
Boite Postale 32 à SCEAUX (Seine) France

Pariser Tageszeitung

27 JUIN 1936

Mord, Entführung, Bespitzelung

Die illegale Arbeit der Gestapo in der Tschechoslowakei
Eine Liste der Verbrechen

Die Tätigkeit der Gestapo im Ausland stellt einen Faktor der Beunruhigung dar, der geeignet ist, die Beziehungen der Völker untereinander zu vergiften und schwere Konflikte hervorzurufen. Die geographischen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, dass die Aktivität der Gestapo in der Tschechoslowakei besonders gross ist. Die nachstehende Aufstellung gibt zum ersten Mal einen vollständigen Ueberblick über diese Geschehnisse, die grade in ihrer nüchternen Aneinanderreihung besonders aufrüttelnd wirkt.

I. MORDE

31. *August* 1933

Professor Theodor Lessing wird in der Villa Edelweiss in Marienbad durch zwei Revolverschüsse ermordet. Die Täter fliehen nach Deutschland. Der Mord ist bisher ungesühnt.

25. *Januar* 1935

Durch ein reichsdeutsches Femekommando wird in Zahori bei Prag der reichsdeutsche Emigrant Rolf Formis ermordet. Die Täter, die unter den Namen Gert Schubert, Hans Müller und Edith Karlsbach eingereist waren, entkamen über die deutsche Grenze.

II. ENTFUEHRUNGEN

16. *Mai* 1934

Bei Zinnwald wurden am Sonntag, 13. Mai, bei der Lugsteinbaude zwei Emigranten, Vater und Sohn, die sich mit einem Verwandten dort treffen wollten, von mehreren aus Sachsen kommenden Männern überfallen und über die Grenze geschleppt.

30. *April* 1935

Von dem Grenzort Eisenstein wird der Emigrant Lampersberger gewaltsam entführt. Lampersberger muss von den reichsdeutschen Behörden, die ihn verhaftet hatten, freigelassen und nach der Tschechoslowakei zurückgestellt werden.

16. *Mai* 1935

Der Emigrant Richard Proft verschwindet aus Prag. Nach 12 Tagen wird festgestellt, dass er sich in einem deutschen Gefängnis befindet.

Oktober 1934

Der tschechoslowakische Staatsangehörige Frodl wird beim Grulicher Schneeberg über die Grenze gelockt und dort mehrere Monate inhaftiert. Er muss freigelassen werden. Nach seiner Rückkehr bezichtigt er drei Personen des Menschenraubs. Einer von diesen, namens Nedelka, wird im März 1936 vom Schwurgericht in Königgrätz wegen Menschenraubs zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

September 1935

Der Gestapoagent Gerhart Berthold gibt bei der Polizei zu, drei Emigranten: Max Niklas, Max Richter und A. Tiermann der sächsischen Gestapo in die Hände gespielt zu haben.

Oktober 1935

Der tschechoslowakische Staatsangehörige Josef Hanl lockt den Tschechoslowaken F. Heger aus Kaaden über die Grenze. Heger kann jedoch noch in die Tschechoslowakei zurückfliehen.

Januar 1936

Der Tschechoslowake Baumann aus Peterskirchen (Huldschiner Ländchen) wird von vier Burschen mit Gewalt entführt und in das Gefängnis von Oppeln gesperrt.

Mai 1936

Der tschechoslowakische Staatsbürger Rebic aus Endersdorf in Schlesien (CSR) wurde von mehreren Personen nach Deutschland verschleppt. Sie wurden in Deutschland pro forma wegen unerlaubten Grenzübertritts bestraft.

III. VERSUCHTE ENTFUEHRUNGEN

8. *November* 1933

Das Pilsner Schwurgericht verurteilte den reichsdeutschen SA-Führer Leonhard wegen Menschenraubes zu fünf Jahren schweren Kerker. Leonhard hatte versucht, bei dem Grenzort Schönbach den Kommunisten Lippert, der dort mit seiner Frau zusammentreffen wollte, gewaltsam über die deutsche Grenze zu schleppen.

20. *April* 1934

Bei Brandau an der böhmisch-sächsischen Grenze wurden die 27jährige Anna Fischer aus Meissen und der 34jährige SA-Funktionär Paul Ebert aus Chemnitz unter dem Verdacht verhaftet, nach Böhmen gekommen zu sein, um reichsdeutsche Emigranten über die Grenze zu locken und der SA auszuliefern.

7. *Dezember* 1934

In einem Prozess gegen eine gewisse Anna Krüger und einen Hans Luka wird festgestellt, dass ein gewisser Brauser und Hans Zirka versucht hatten, Otto Strasser und Kurt Grossmann zu ermorden. Auf Otto Strassers Büro wird ein Ueberfall von angeblichen Kriminalbeamten durchgeführt. Brauser und Zirka entfliehen. Die beiden Angeklagten werden später mangels Beweises freigesprochen.

17. *Januar* 1935

Unweit des Ortes Kolovraty bei Klanowitz wird der Emigrant Josef Stramm durch zwei Revolverschüsse verletzt, die aus einem Auto von Reichsdeutschen abgegeben werden.

Oktober 1935

In St. Katharinaberg versucht ein Mann, der später als SS-Mann Hans Hoffmann festgestellt wird, den Tschechoslowaken Rudolf Klug mit Gewalt über die Grenze zu ziehen.

Januar 1936

Der SA-Mann E. H. Willkommen wird wegen versuchten Menschenraubs ins Leitmeritzer Gefängnis eingeliefert. Er hatte versucht, den früheren SA-Mann Anders aus Dresden über die Grenze zu locken.

Februar 1936

Vom Kreisgericht in Eger wurden wegen versuchten Menschenraubs zwei Reichsdeutsche, der Kaufmann Rudolf Werner Löffler und der Chemiker Bruno Debrag verurteilt.

März 1936

In Troppau wurden sechs tschechoslowakische Staatsangehörige verhaftet, weil sie den sozialdemokratischen Abgeordneten Heeger und den Kommunisten Max Hartenberg nach Deutschland verschleppen wollten.

In Weheditz bei Karlsbad wurde die Ehefrau des Eisenbahnbeamten Krejicka auf der Strasse überfallen. Man versuchte, sie in ein bereitstehendes Auto zu schleppen. Als sich Passanten näherten, fuhr das Auto davon.

Mai 1936

In Prag wird ein Kurt Wagner getroffen, der mit einem von der Polizei ausgestellten falschen Pass eingereist war. Wagner entkommt. Es gelingt festzustellen, dass er die Entführung der Freundin eines kommunistischen Emigranten beabsichtigte.

IV. BESPITZELUNG DURCH GESTAPOAGENTEN

22. *August* 1933

Die Gendarmerie in Joachimsthal verhaftet die Hakenkreuzler **Wagner** und Lorenz, bei denen man Instruktionsmaterial für Emigrantenüberwachung fand. Beiden gelang die Flucht aus dem Bezirksgerichtsgefängnis nach Deutschland.

24. *August* 1933

Laut „Pravo Lidu" wurde der Hitleremissär Walter Härtel verhaftet und mit ihm in Verbindung ein gewisser Stefan Filip in Aussig. Beiden wurden Verbindungen zu reichsdeutschen Stellen nachgewiesen.

29. *September* 1933

Die Gendarmerie in Komotau verhaftete den Nationalsozialisten Josef Göpfert. Er erkundigte sich in Komotau nach den Adressen von Emigranten. Die bei ihm durchgeführte Haussuchung ergab, dass er sich eine Liste von 60 Emigrantenadressen aus Komotau, Teplitz und Brüx verschafft hatte.

30. *März* 1934

Durch Denunziation wurde der Grenzübertritt des Emigranten Hohlfeld nach seiner Heimatgemeinde Sebnitz verraten. Er wurde von im Hinterhalt befindlichen SA-Leuten überfallen, bewusstlos geschlagen und der Polizei übergeben.

26. *April* 1934

Das Kreisgericht in Brüx verurteilte den Nazispitzel Gottfried Herbert Schulz, der am 22. September verhaftet wurde und gestand, von der Leitung der SA nach der Tschechoslowakei geschickt worden zu sein, um Adresen und illegale Verbindungen von Emigranten auszukundschaften, zu drei Jahren schweren Kerkers.

28. *Februar* 1935

Ein Mann namens Viktor Wolf wird in Karlsbad verhaftet, der nachweislich Emigrantenspitzelei betrieb.

September 1935

Neben dem bereits genannten Berthold werden seine Ehefrau Martha Berthold und die Eheleute Manfred und Hertha Lieberwirth in Prag verhaftet. Eine weitere Gestapoagentin Else Stoeve entkommt.

März 1936

In Bodenbach wird die Sängerin Olga Kulka, die der Emigrantenspitzelei überführt ist, verhaftet. Nach kurzer Zeit gelingt es, zwei Dresdener Gestapobeamte, ebenfalls in Bodenbach, zu verhaften, die der Kulka Aufträge brachten.

Mai 1936

Die Polizei deckt mit der Verhaftung des Emigranten Peter Ochmann und des tschechoslowakischen Staatsbürgers Rudolf Kossek aus Giesshübel eine ganz besonders wichtige Gestapospitzelarbeit auf. Ochmann hat mit Hilfe von Gestapobeamten die Protokolle der sozialdemokratischen Flüchtlinge photographiert und die Photokopien an die Gestapo weitergeleitet.

Der zweite Tote in Wuppertal
Folterungen mit Starkstrom

D. Informationen N. 60/25.VII.36

Dortmund-(DI) In Wuppertal haust die Gestapo wieder wie im Fruehjahr 1935. Im Polizeipraesidium haben die Folterungen ein zweites Opfer gefordert. Heini Gross, ein Arbeiter von 36 Jahren, wurde am 13.Juli zur Vernehmung geholt. Die Gestapo teilte am 14.Juli mit, Gross habe sich in der Zelle erhaengt. Der Mund des Toten war fest geschlossen,das Gesicht von wahnsinnigem Schmerz verzerrt. Heini Gross hat vorher mitteilen koennen, dass er wieder gefoltert wird und die naechste Vernehmung nicht ueberlebt. Die ganze Aktion der Gestapo richtet sich in der Hauptsache gegen die Familien der in dem Massenprozess Verurteilten. Die Frauen werden im Luftschutzkeller des Polizeipraesidiums in der Von-der-Heidgasse furchtbar zugerichtet. Die Polizei wendet dabei neue raffinierte Methoden an. Den Opfern werden starke elektrische Stroeme durch den Koerper gejagt. In verschiedenen Faellen war der Strom so stark, dass die Fuesse verbrannten. Der Leiter des Folterkommando ist der Kriminalassistent Schmidt von Elberfeld.

Gestapo versorgt Irrenhaeuser

Duisburg - (DI) Ende des Jahres 1933 wurden der jugendliche Arbeiter Bullanger aus Duisburg verhaftet und nach Folterungen zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Waehrend der Strafverbuessung erhielt er nie Besuch. Nach Ablauf der Strafzeit stellte sich heraus, dass sich der junge Mensch im Irrenhaus Weissensee befindet. Besucher anderer Kranker konnten bei ihm die grossen Narben am Kopf, die von den Misshandlungen herruehrten, feststellen. Auf dem Ruecken der rechten Hand ist ein Hakenkreuz eingebrannt. Es befinden sich in dieser Anstalt 56 Sozialdemokraten und 107 Kommunisten, die in den Folterstaetten der Gestapo irrsinnig wurden.

SONDERDIENST der Deutschen Informationen Nr.62/30.Juli 1936

DIE ORGANISATION DER GESTAPO

Die Gestapo ist das wichtigste Instrument der nationalsozialistischen Diktatur. Unzaehlig sind ihre Verbrechen, und ihr Terror ist grenzen- und skrupellos.Im Zuge der Neuorganisierung der Polizei, zu deren Leiter der SS-Chef Himmler ernannt wurde,wurde auch die Gestapo reorganisiert. Sie nennt sich jetzt "Hauptamt der Sicherheitspolizei"; an ihrer Spitze steht der SS-Gruppenfuehrer Leutnant Heydrich, der Stellvertreter Himmlers.Die "DI" geben die folgenden Einzelheiten ueber die innere Organisation der Gestapo bekannt:

Die Zentralstelle der Gestapo ist im zweiten Stockwerk es Gestapo-Palastes in der Prinz-Albrechtstrasse, Berlin untergebracht. Dort residieren auch die Herren Himmler und sein Stellvertreter Heydrich. Die Zentralstelle untersteht nicht weniger als drei Parteiaemtern. D.h. sie ist neben ihrer amtlichen Funktion Hilfsorgan 1. des Herrn Bouhler, Chef der Privatkanzlei des"Fuehrers". 2. des Majors Buch, des unumschraenkten Herrn des Parteigerichtes ("Uschla") und 3. des Herrn Rudolf Hess, . Stellvertreter des "Fuehrers", der durch einen eignen "Verbindungsstab" staendig ueber alle wichtigen Vorgaenge informiert wird.

Die Zentralstelle ist in 5 Hauptabteilungen (nachstehend H.A. genannt) gegliedert:

H.A. 1 : Ueberwachung des Verkehrs und aller Verbindungen zu Lande und zu Wasser.
H.A. 2 : Ueberwachung der illegalen Taetigkeit der sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gruppen.
H.A. 3 : Ueberwachung und Kontrolle der fruheren Mitglieder aller uebrigen Parteien, wi Deutschnationale, Zentrum usw.
H.A. 4 : Ueberwachung der NSDAP, aller angeschlossenen Organisationen, aller gleichgeschalteten Organisationen, Vereine und Verbaende.
H.A. 5 : Abwehrstelle gegen wirtschaftliche, industrielle und militaerische Spionage.

Der Zentrale untergeordnet sind "Landesstellen", nach dem gleichen Schema gegliedert. Daneben gibt es die sehr interessante Einrichtung "der Unterabteilungen" (nachstehend nur U.A. genannt), die ein Eigenleben fuehren und der Zentralstelle unmittelbar verantwortlich sind. Die Aufgaben der U.A. sind :

U.A. 1 : Ueberwachung der Emigranten
U.A. 2 : Ueberwachung der Auslaender und Staatenlosen
U.A. 3 : Ueberwachung des Brief-, Telegramm- und Telefonverkehrs
U.A. 4 : Ueberwachung politisch Verdaechtiger
U.A. 5 : Ueberwachung der politisch Unzuverlaessigen in der Landespolizei

Der Zentrale direkt unterstellt ist ferner die "Beobachtungsabteilung" (nachstehend B.A. genannt), die wieder folgende Untergruppen hat:

B.A. 1 : Allgemeine Abteilung fuer oeffentliche Sicherheit
B.A. 2 : Ueberwachung der SA
B.A. 3 : Ueberwachung der Grossbetriebe und Industriezentren

Im Rahmen der Abteilung B.A. 1 (fuer oeffentliche Sicherheit) arbeitet die aus SS-Leuten zusammengestellte "Nachrichtenabteilung". Hier laufen die Berichte der unteren Organisationseinheiten der NSDAP (Strassenwarte, Blockwarte usw.), sowie die des Reichsschutzbundes ein. Die NSBO (nationalsoz. Betriebszellen-Organisation) gibt ihre Beri an die B.A.3 (Ueberwachung der Grossbetriebe und Industriezentren).

(Deutsche Informationen

Feuer und nahmen die Verfolgung auf. Drei Insassen des Kraftwagens wurden getötet, der vierte erlitt schwere Brandwunden.

[illegible] jedoch damit, daß die Zahl der [illegible] höhen wird, da die Berichte aus den entlegene[illegible] teilen noch ausstehen.

D. Freiheit 19.6.34

Minister, Jugendführer und Sittenprediger

Von besonderer Seite wird uns aus der Hauptstadt eines fernen Landes geschrieben:

Wir sind keine Splitterrichter. Die abnorme Veranlagung eines Ministers würde uns nicht interessieren, wäre nicht an der Verherrlichung durch seine angeblich ganz auf Sittlichkeit und inniges Familienleben eingestellte Partei ihre abgrundtiefe Verlogenheit nachzuweisen. Anders beurteilen wir eine Betätigung dieses Ministers, die ihn als völlig verwahrlost und des Sinnes für Sauberkeit entbehrend erkennen läßt.

Bei der Staatsanwaltschaft unserer Hauptstadt befindet oder sagen wir lieber vorsichtig befand sich bis zur Tronbesteigung unseres neuen Herrschers ein Aktenstück, das seine Entstehung einem üblen Abenteuer des jetzigen Ministers verdankt. Im Jahre 1931 oder 1932 hatte der ehrenwerte Herr bei einer Anwesenheit in unserer Hauptstadt, die damals noch nicht den Vorzug hatte, ihn zu ihren Bürgern zu zählen, einen Dienstmann und einen Strichjungen von der Straße in ein fragwürdiges Hotel mitgenommen, hatte sich mit ihnen ins Bett gelegt und ihnen befohlen, sich zu seiner Extravaganz an einander zu betätigen, was denn auch selbstverständlich gegen Bezahlung geschah. Das widerliche Vorkommnis war zur Kenntnis der Behörden gelangt. Der zuständige Staatsanwalt, anscheinend vom gleichen Schlage wie jener Richter, der sich jetzt in der Presse beweißräuchern läßt, weil er in den Zeiten der Republik zugunsten staatsfeindlicher Bombenleger das Recht gebeugt hat, stellte das Verfahren gegen den jetzigen Minister ein, weil dieser selbst sich eine Verfehlung gegen das Gesetz nicht habe zuschulden kommen lassen. Daß der Beschuldigte sich der Anstiftung zu diesem Vorgehen schuldig gemacht hatte, war anscheinend übersehen worden. Der neue Herrscher und seine Paladine kennen diesen Tatbestand. Trotzdem konnte jener Mensch Ehrenbürger seines Heimatlandes und Minister und Jugendführer werden. Minister vom alten Adel und betont christlicher Gesinnung schütteln ihrem Kollegen die Hand und bringen ihre Frauen mit ihm zusammen.

*

Ob der Minister sich noch immer an Dienstmännern und Strichjungen erfreut, schreibt unser Gewährsmann nicht. Wir wollen ihn auch nicht fragen, denn es ist ein fernes, fernes Land, und Briefe dahin gehen manchmal verloren.

Jubiläumsfeier mit Hindernissen

(Sopade). Die Berliner Elektrizitäts A.G. (Bewag) feierte Anfang Mai das 50jährige Bestehen der Berliner Elektrizitätsversorgung. Die heutige Bewag hat im Laufe dieser Zeit einige bedeutsame Wandlungen durchgemacht. Nach dem Kriege stellte sie den Zusammenschluß aller Berliner Elektrizitätswerke her und war ein rein kommunaler Betrieb. In der Krisenzeit erfolgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, an der in größerem Umfange ausländisches Kapital beteiligt wurde. Nach dem Hitlersieg sicherten sich die Nazis selbstverständlich den Einfluß auf dieses Großunternehmen und jetzt feiern sie das Jubiläum eines Werkes, an dessen Aufbau und Leistungen sie nicht das geringste Verdienst haben.

Die Feier wurde von langer Hand vorbereitet. Den Angestellten der Bewag, die in früheren Jahren zu Weihnachten ein Monatsgehalt als Gratifikation erhielten, wurde Weihnachten 1933 mitgeteilt, daß sie diese Gratifikation erst im Mai 1934 aus Anlaß der Jubiläumsfeier erhalten würden. Sie erhielten Anfang Mai aber lediglich eine Jubiläumsschrift „50 Jahre Bewag" und außerdem die Nachricht, daß alle verheirateten Angestellten einen elektrischen Kochherd nebst Zubehör erhalten würden. Das in Aussicht gestellte Bargeschenk wurde nicht ausgezahlt, und die ledigen Angestellten mußten sich überhaupt nur mit der Lektüre der Jubiläumsschrift begnügen.

Die eigentliche Jubiläumsfeier fand im „Clou" statt. Selbstverständlich war für alle Angestellten der Bewag der Besuch dieser Veranstaltung Pflicht. Es wurde aber angeordnet, daß niemand in Uniform erscheinen dürfe. Weder SA-Uniform, noch Ley-Anzug durfte getragen werden. So kam in Berlin zum ersten Male seit vielen Monaten eine zivile Veranstaltung zustande, deren ungewohntes Bild nur dadurch belebt wurde, daß die unentwegten SA.-Leute im Knopfloch ihrer Zivilanzüge Büroklammern trugen. Der Grund dieser Scheu, Uniform zu zeigen, liegt nahe. Man wollte den ausländischen Geldgebern, die als Ehrengäste geladen waren, nicht das Schauspiel einer militärischen Zwangsveranstaltung bieten.

Trotz dieser Bemühungen, guten Eindruck zu machen, erlebten die Leiter der Veranstaltung während der Feier noch eine peinliche Panne. Als zweiter Redner sprach Pg. Engel. Er wurde mit sehr dünnem Beifall empfangen und seine Rede begegnete eisigem Schweigen. Das brachte den braunen Bonzen in Harnisch, und er ließ sich in seiner Festrede zu der Erklärung hinreißen, daß er erst jetzt sehe, wieviel es in der Bewag noch auszuräumen gäbe, ehe der Betrieb als wirkliche nationalsozialistische Betriebsgemeinschaft angesehen werden könne. Nach seiner Rede trat ein ausländischer Gast, und zwar der Vertreter der Sofina, eine Mitbesitzerin der Bewag, auf Engel zu und erklärte unter stürmischem Beifall der Versammlung, daß in der Bewag Herr Engel nicht allein regiere. Die Bewertung der Angestellten der Bewag werde daher auch in Zukunft nicht nach ihrer Gesinnung, sondern nach ihren Leistungen erfolgen.

"Schwaechezustand" der Justiz beseitigt.

Paris, 4.5. (INPRESS): Zu der Einsetzung von Standgerichten, die mit dem Namen "Volksgerichte" getarnt werden, erinnert der Berliner Korrespondent des "Journal" an die Haltung der Naziprosse nach dem Urteil im Reichstagsbrandprozess. Sie habe den Richtern damals vorgeworfen, dass sie sich von uebertriebenen Gefuehlen habe leiten lassen und den Willen der Diktatur nicht genuegend beruecksichtigt haetten. Die nationalsozialiste Regierung habe jetzt einen Zustand beseitigt, den die Nazis als Schwaeche der Justiz bezeichneten.

. 419 (Sonntag Nr. 33) Zweimalige Ausgabe

ung

Zeitung)

GESCHÄFTSSTELLEN und Generalvertretungen: Frankfurt a.M., Gr. Eschenheimer Str. 31-37, Schillerstraße 18-24 (Telefon Ortsruf 20202, Fernruf 20801). Berlin W 9, Potsdamer Str. 133 (Tel. B 2 Lützow 8981). Hamburg, Anzeigen: Mönkedamm 7 (Tel. 366864), Vertrieb: Alsterarkaden 9 (Tel. 342523). Köln a. Rh., Anz.: Oberländerwall 30 (Tel. 99555), Vertrieb: Richmodstr. 2 (Tel. 215690) und Kaiser-Wilhelm-Ring 10. Hannover, Deutanerstr. 9 (Tel. 19371). München, Anzeigen: Emeranstr. 20 (Tel. 43949), Vertr.: Briennerstr. 53 (Tel. 23983). Stuttgart, Anz.: Kronprinzstr. 22 (Tel. 23787). Vertr.: Königsbau, Ecke Fürstenstr. Tel. 25426. Leipzig C 1, Anz.: Salomonstr. 18. Tel. 12870, Vertr.: C 1, Talstr. 2, Tel. 23926. Paris 8, 44, Rue de Lisbonne, Tel. Laborde 04-01 et la suite. London SW 1, 25, Evelyn Mansions, Carlisle Place, Tel. Victoria 1196. Haag-Voorburg, Dr. Blookerstr. 21, Telefon Haag 778198. New York, 174 Fifth Avenue Tel. Gramercy 3823. Wien II, Praterstr. 43, Tel. R-49-7-11, Zürich, Bahnhofstraße 5, Tel. 34070

Anfragen und unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen

Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.

19.8.34

Die Nachprüfung der Schutzhaftfälle.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung.")

≠ **Berlin**, 18. Aug. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: „Auf Anordnung des Ministerpräsidenten Göring ist in Ausführung des Willens des Führers und Reichskanzlers die Nachprüfung aller Schutzhaftfälle sofort in Angriff genommen worden. Die Untersuchung ist hinsichtlich derjenigen Maßnahmen, die aus Anlaß der Ereignisse des 30. Juni 1934 ergriffen werden mußten, bereits beendet. Es ergibt sich folgendes Bild:

Anläßlich der Röhm-Revolte mußten im Interesse der Staatssicherheit insgesamt 1124 Personen vorläufig in Schutzhaft genommen werden. Auf Grund der angestellten Nachprüfungen sind 1079 Personen in Freiheit gesetzt worden. Es befinden sich also zur Zeit im Zusammenhang mit der Röhm-Revolte nur noch 45 Personen in Schutzhaft, die am schwersten belastet sind, und hinsichtlich deren die Ermittlungen noch fortgesetzt werden müssen. Im übrigen ist die Aktion vom 30. Juni 1934 nunmehr abgeschlossen.

Die Nachprüfung der sonstigen Schutzhaftfälle wird fortgesetzt. Noch im Laufe dieses Monats wird eine weitere beträchtliche Zahl von Schutzhäftlingen in Verfolg der Gnadenbotschaft des Führers und Reichskanzlers entlassen werden."

...langt sei. Als er

Neue Volk

4.5.34

Blüten aus den

...ristlos entlassen weil er nicht die Rede des Reichskanzlers am 21. März anhörte.

Die «Frankfurter Zeitung» schreibt:

«Einen für den Kläger unerwarteten Ausgang nahm eine Verhandlung vor dem Kölner Arbeitsgericht. Als Kläger trat der Prokurist eines Kölner Großbetriebes auf, der fristlos entlassen worden war und nun auf Zahlung seiner Bezüge bis zum Vertragsende in Höhe von 4500 Mark klagte. Der Vertreter der beklagten Firma erklärte, daß der Pokurist sich geweigert habe, zusammen mit der Betriebsleitung und den übrigen Angestellten und Arbeitern die Rede des Reichskanzlers am 21. März, die im großen Saale des Betriebs durch Rundfunk übertragen wurde, anzuhören. Der Kläger hatte sich außerdem noch in verächtlicher Weise über die Rede geäußert und sich während der Kundgebung in einem Nebenraum aufgehalten und die Kundgebung zu stören versucht. Auf Grund dieses Verhaltens sei die fristlose Entlassung erfolgt.

Das Gericht wies die Klage kostenfällig ab. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Firma entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung angeordnet habe, daß alle Angestellten und Arbeiter des Betriebes gemeinsam die Rede des Reichskanzlers anhören sollten. Der Kläger habe diese Anordnung ignoriert und damit den Arbeitsvertrag verletzt und sich außerdem durch sein ganzes Verhalten außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt. Nach der Urteilsverkündung wurde der Kläger durch zwei Beamte der geheimen Staatspolizei verhaftet.»

rien pour la France.

Temps 24-7-35

EN ALLEMAGNE

L'interdiction du « Stuermer » est levée

L'interdiction du *Stuermer* annoncée hier, a été rapportée le même jour. M. Jules Streicher, aurait obtenu le maintien de son journal, qui est pour lui une source appréciable de revenus (le *Stuermer* tire à plus de 200,000 exemplaires) en promettant de s'abstenir de toute attaque contre des personnalités officielles.

Saisie de journaux français

Le *Jour*, le *Journal*, l'*Ere nouvelle* et le *Temps* du 21 juillet, ont été saisis par la police d'Etat.

L'antisémitisme

La police de Breslau, qui a, par ailleurs, arrêté un juif de soixante-dix-huit ans, accusé de traite des blanches, déclare que ce sont des provocateurs qui ont maltraité les israélites dans les rues de la ville. Les coupables ont été arrêtés. Dans certains cas les provocateurs seront envoyés dans un camp de concentration.

On télégraphie de New-York :

Les attaques dont les juifs sont l'objet en Allemagne ont soulevé les protestations du congrès juif américain et de la commission juive du travail. Des orateurs ont demandé que des représentations soient faites par le département d'Etat des Etats-Unis auprès du gouvernement de Berlin.

Le port de l'uniforme et la jeunesse confessionnelle

Notre correspondant particulier de Berlin nous téléphone mardi matin 23 juillet :

Le ministre de l'intérieur a signé un décret interdisant à tous les groupements de jeunesse confessionnelle le port de l'uniforme ou de vêtements ressemblant à un uniforme, le déploiement de drapeaux ou d'oriflammes et les exercices sportifs dans la campagne.

Cette mesure généralise, dans tout le Reich, une interdiction qui, jusqu'à présent, n'avait été appliquée que par certaines autorités locales. Le communiqué qui en fait part ajoute que le gouvernement ne pouvait tolérer plus longtemps des exercices qui doivent être réservés aux jeunesses hitlériennes et qui compromettraient la sécurité et l'ordre public.

Le bourgmestre de Duisbourg a enjoint aux fonctionnaires de cette ville d'abandonner toute participation à des sociétés de caractère confessionnel et de retirer leurs enfants des groupements du même ordre.

La situation des Casques d'acier

Le chef des Casques d'acier, M. Franz Seldte, ministre du travail du Reich, s'est rendu hier de Berlin à Berchtesgaden, résidence d'été de M. Adolf Hitler. Le chancelier, qui était en tournée en Allemagne du Sud, a regagné sa résidence pour recevoir M. Franz Seldte.

Les conversations ont porté sur la situation de l'association des Casques d'acier, dont les relations avec le gouvernement sont en ce moment très tendues.

On sait qu'à la suite de l'arrestation de certains chefs de sections et de la dissolution d'un certain nombre de ces sections, M. Franz Seldte avait demandé les dossiers de ces affaires.

Les informations de Prague

Les réfugiés allemands à Prague, où l'opposition a centralisé ses services d'informations, publient sur le Reich des bulletins périodiques dont l'intérêt n'est pas douteux. En faisant la part du caractère partial des nouvelles réunies, un réel souci d'objectivité préside cependant à la rédaction de ces copieux documents qui ne dénigrent pas systématiquement le régime hitlérien, reconnaissant ses côtés forts et s'efforcent de faire le point. Le bulletin du mois de juin (2e année, n° 6), antérieur par conséquent aux dernières mesures d'autorité, est, à ce point de vue, fort instructif. Une partie des informations confirmaient l'indifférence générale et même la léthargie de l'opinion allemande signalées deux mois auparavant. Mais la contre-partie est que l'hitlérisme n'a pas réussi à convaincre le peuple de la « scélératesse » des criminels politiques que l'on arrête et que l'on envoie dans les camps de concentration. On aurait même tendance actuellement à les plaindre et à les respecter pour leur virilité. Le temps serait proche où l'on chercherait même à les aider. Cela commence par de petits faits : les camarades de travail ne se dénoncent plus pour des propos imprudents. On soustrait à la Gestapo l'homme qu'elle cherche. Le *Bulletin*, qui note avec satisfaction cette tendance nouvelle de l'opinion, dit qu'il ne faut pas en tirer de conclusions d'un optimisme prématuré en faveur de l'opposition. Il règne en Allemagne encore une grande confiance en la personne même d'Hitler. Devant les abus de ses partisans on entend répéter : « Le Führer ne veut certainement pas cela, mais il ne peut pas tout connaître. » Pour l'un des informateurs du *Bulletin*, 80 0/0 de la population est passive et et ne réagirait ni dans un sens ni dans un autre en cas d'événements graves :

La bourgeoisie n'est plus fascinée par la croix gammée comme elle le fut jusqu'à la moitié de 1934. La lutte contre le catholicisme, contre l'Eglise évangélique, la fermeture des loges maçonniques ont, d'une façon ou d'une autre, blessé personnellement tous les bourgeois intellectuels. Les grands entrepreneurs sont satisfaits. Le petit commerce, les entreprises modestes, qui avaient vu en Hitler leur sauveur, sont désappointés. Dans la haute administration, même état d'esprit; on se plaint amèrement de voir les postes occupés par d'anciens repris de justice (*Tütenkleber*). Quand elle n'est pas sévèrement contrôlée, la nouvelle législation nationale-socialiste est sabotée ou l'on n'en tient pas compte. La justice et même la police échappent dans bien des cas aux mesures nouvelles.

La théorie de la race, avec son corollaire, l'antisémitisme, n'a pas développé de racines profondes dans le peuple.

La grande masse n'approuve pas les méthodes employées contre l'opposition et le prolétariat reprend lentement conscience de son besoin de solidarité, source de sa force.

Le *Bulletin* cite divers faits relevés dans l'Allemagne du nord-ouest, du sud-ouest, en Bavière du nord et du sud, en Saxe, en Silésie. L'ouvrier nouveau venu qui croit bien faire d'accompagner d'un « Heil Hitler » son entrée sur le chantier ne trouve pendant longtemps personne à qui parler.

Le travail fourni par le réarmement — y compris les autostrades — a rallié au régime, par le souci du pain quotidien, les ouvriers employés, mais ce sont pour la plupart des hommes faits, car on a choisi les gens capables. Le jeunesse par contre, parquée dans ces camps de travail, militarisée a perdu les vertus artisanes et n'a reçu du régime aucune amélioration à son sort. Elle souhaite que « cela change ». La crainte de la « bolchevisation » a perdu de ses qualités d'épouvantail depuis que les Soviets sont entrés dans la Société des nations et font de la politique européenne. En Saxe on croit à un retour de la social-démocratie, mais avec une période intermédiaire où la bourgeoisie et la Reichswehr détiendront le pouvoir.

En Silésie on ose se plaindre ouvertement auprès des autorités sans qu'il soit question de poursuites pour ces audaces.

Les sans-travail manifestent parfois avec violence. Parmi eux se trouvent d'anciens S. A. et S. S. qui ne sont pas les moins hostiles au gouvernement. Le *Bulletin* signale qu'en Rhénanie et en Westphalie, beaucoup de socialistes ont perdu la foi dans leur cause. La chute du système nazi ne pourra survenir que par une guerre. Ils la souhaitent en conséquence le plus tôt possible. Les plus raisonnables — mais ils sont les moins nombreux — attendent le changement des difficultés économiques.

Suivant de nombreux témoignages venu de diverses parties du Reich, le monde ouvrier est incapable actuellement de faire une révolution, mais personne ne croit plus en Allemagne à la durée indéfinie du régime hitlérien. La gloire mystique de son immortalité s'est évanouie. Ces divers renseignements éclairent les mesures actuelles.

Le trafic des devises

Notre correspondant particulier de Berlin nous téléphone mardi matin 23 juillet :

Les pères Martin Utsch et Rudolph Wilmsen, de la province de l'Allemagne du Nord, de la mission du Sacré-Cœur de Jésus, ont été condamnés respectivement à quatre ans de prison et 75.000 marks d'amende, trois ans de prison et 20.000 marks d'amende, pour trafic illicite de devises.

Les relations commerciales

Après avoi-
maines.
velle

1934

Deutschland oeffnet 70 Prozent auslaendischer Postsendungen.

Prag, 4.5. (INPRESS): Die tschechoslowakische Postverwaltung hat beim Internationalen Postverein in Bern Beschwerde daruber erhoben, dass Deutschland fortgesetzt den Bruch des Briefgeheimnisses begeht. In der Beschwerde wird gesagt, dass bei etwa 70 Prozent aller Postsendungen aus, nach und durch Deutschland eine unberechtigte Oeffnung festgestellt werden konnte. Trotz wiederholter Vorstellungen sei eine Besserung dieses Zustandes nicht eingetreten. Die tschechoslowkische Postverwaltung hat deshalb den Antrag gestellt, bei der Befoerderung von Postsendungen nach Moeglichkeit das deutsche Reich zu meiden.

IMPRIM:56,Rue du Fbg.St.Honore,Paris VIII.Le Gérant:Marcel Chartrain

DF 5-6-34

Heinrich Brüning als Emigrant

Der ehemalige Reichskanzler flieht nah England

Wie der Londoner Korrespondent des „Journal" meldet, ist der frühere Reichskanzler Dr. Brüning auf der Flucht vor den Nazis in England eingetroffen. Er hat sich damit der drohenden Verhaftung durch die Gestapo entzogen. Der Chef der Gestapo, der SS.-Reichsführer Himmler hatte seine Verhaftung angeordnet. Das Versprechen Dr. Brünings sollte in angeblichen „Manövern" gegen die Sicherheit des Hitlerregimes bestehen. Man nimmt an, daß die Verhaftung im Zusammenhang steht mit der Zuspitzung des Konfliktes zwischen der katholischen Kirche und dem „dritten Reiche".

Es ist bekannt, daß Brüning im Vatikan sehr angesehen war. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Flucht dieses Mannes der ausgesprochenen Zentrumsrechten von weittragenden Folgen begleitet sein wird. Schon einmal hatte man gegen Brüning gehetzt, weil er angeblich Oesterreich gegen Nazideutschland aufgeputscht haben sollte.

*

Der frühere Chef der Reichstagsfraktion des Zentrums und spätere Reichskanzler ist seit dem Ausbruch des Hitlerschen Banditismus in Deutschland ein gehetzter Mann. Er hatte zunächst Zuflucht in einem katholischen Krankenhaus gefunden. Dort wurde, insbesondere von nationalsozialistischen Aerzten so gemein gegen ihn gehetzt, daß die Krankenhausverwaltung schließlich dem „Landesverräter" nahelegte, zu seiner eigenen Sicherheit das Haus zu verlassen. Er lebte dann bei Freunden in einem Berliner Vorort. Immer wieder war er das Ziel von Drohungen. Nationalsozialistische Führer wie der Pogromantisemit Kube, Oberpräsident von Berlin, eröffneten eine neue Brüning-Hetze, wenn das Interesse ihrer Anhänger für den proskribierten Mann etwas zu erlahmen schien. Vor kurzem wurde ein Revolverattentat auf Brüning gemeldet, bei dem er glücklicherweise unverletzt geblieben ist. Nun scheint er sich endlich in Sicherheit gebracht zu haben.

Wie uns dazu von katholischen Freunden des Reichs geschrieben wird, die von der Flucht Brünings noch nichts wußten, bewegt das Schicksal des früheren Reichskanzlers die Katholiken und gerade die katholische Jugend sehr stark. Sein Ansehen ist nach wie vor groß, und die katholischen Gegner des barbarischen Systems setzen noch immer politische Hoffnungen auf Dr. Brüning.

Die Methoden des "Volksgerichts".

Berlin,3.8.(INPRESS): Zu dem ersten Urteil des "Volksgerichts" wird in unterrichteten Kreisen darauf aufmerksam gemacht, dass die Sitzung sich in voller Absicht mit einem "leichterem Fall" befasste, um die Empoerung der oeffentlichen Weltmeinung gegen Hitlers Blutjustiz nicht aus Anlass der ersten Verhandlung zu verschaerfen. Immerhin erfahren wir Einzelheiten aus der Verhandlung , die erkennen lassen, was an Rechtsbeugung von diesem Gericht zu erwarten ist.

Die Erste Kammer des"Volksgerichts", die das Urteil faellte, wurde geleitet durch den Praesidenten Dr. Rehn; zu dem Gericht gehoerten ein Dr. Laemmel und drei"Richter", die von Hitler bestimmt waren: der Oberst Busch, der Fliegerkommandant Christiansen und der neue Gruppenfuehrer der SA-Berlin-Brandenburg, von Jagow, der bekanntlich nach dem Kriege der Femeorganisation"Consul"angehoerte.

Angeklagt war ein Johannes Brinkheger, 26 Jahre alt, wegen Verbreitung kommunistischer Flugblaetter zu Anfang des Jahres 1933, staatsfeindlicher Umtriebe und wegen Waffenbesitzes; es wurde bei ihm ein Revolver gefunden. Brinkheger, der bereits seit einem Jahre in Haft sitzt, erklaerte, dass er weder lesen noch schreiben koenne und deshalb nicht in der Lage gewesen sei, festzustellen, ob die von ihm verbreiteten Flugblaetter "staatsfeindliche Bemerkungen" enthalten haetten. Ueberdies aber, betonte der Angeklagte, sei die Tat, derentwegen er beschuldigt war, , zu einer Zeit begangen worden, als die Kommunistische Partei noch legal war. Zu diesen Angaben des Angeklagten bemerkte sein Verteidiger, dass sein Klient keineswegs Analphabet sei.

Das Gericht verurteilte Brinkheger zu einem Jahr und neun Monaten Gefaengnis; von der Untersuchungshaft werden nur sieben Monate angerechnet.

INPRESS - 4 - 2.3.34.
Nr.50/205

DER HITLERTERROR.

Kriegspension nur fuer Nazis?

Berlin, 2.3. (INPRESS): Die Reichsregierung hat ein Gesetz beschlossen, wonach eine auf Grund des 18 des Kriegspersonen-/ gesetzes zuerkannte Versorgung entzogen werden kann, wenn" der Beschaedigte im Zeitpunkt der Beschaedigung Angehoeriger einer staatsfeindlichen oder ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen war." Dieses Gesetz trifft mindestens alle jene Kriegsbeschaedigten, die waehrend des Krieges einer der Arbeiterorganisationen angehoerten, die inzwischen unterdrueckt und als "staatsfeindlich" erklaert worden sind. Die Anwendung kann jedoch darueber hinaus willkuerlich erfolgen, denn"die Entscheidung trifft der Reichsarbeitsminister, sie ist fuer die Gerichte bindend".

/schaeden

„Nervenzusammenbruch" à la Kolumbiahaus

Eine besonders schöne Stelle befindet sich in dem Berliner Dementi, das von einem geheimen Staatsfeind im Reichspropagandaministerium verfaßt worden sein muß, über den abgesetzten und verhafteten Oberpräsidenten, Gauleiter und Staatsrat Brückner:

Brückner wurde nach seiner Amtsenthebung in Haft genommen und in das Kolumbiahaus in Berlin überführt. Hier erlitt er einen Nervenzusammenbruch, der seine Ueberführung in das Staatskrankenhaus notwendig machte. Ausdrücklich sei festgestellt, daß der Inhaftierte keinerlei Verletzung oder Verwundung davongetragen hat. Sein Zustand hat sich soweit gebessert, daß Brückner, wie an den vorhergegangenen Tagen, auch am Weihnachtstage den Besuch seiner Frau entgegennehmen konnte.

Die „Nervenzusammenbrüche" im Kolumbiahause zu Berlin kennen wir seit 1½ Jahren. Wenn wir über die Verhörmethoden der Gestapo in dieser Folterhölle berichteten, waren es bisher „Greuelmärchen". Es ist anerkennenswert, daß jetzt unsere Meldungen amtlich bestätigt werden. Wenn schon ein alter Nazi und hoher Staatsbonze nach wenigen Stunden Behandlung im Kolumbiahause mit seinen „Nerven" zu Ende ist, kann man sich vorstellen, wie es den Marxisten nach wochenlanger „Untersuchung" zumute war; und sie wurden nicht in Staatskrankenhäuser überführt, sondern „erhängten" sich, „stürzten aus dem Fenster" oder wurden „auf der Flucht erschossen" oder erlitten sonstige Unfälle, die sich aus dem „Nervenzusammenbruch" erklären.

Daß Herr Brückner „keinerlei Verletzungen oder Verwundungen" erlitten hat, darauf kann man bei der ersichtlichen Glaubwürdigkeit dieses großartigen Dementis geradezu schwören. Es war nur zarte Rücksichtnahme auf die Nerven seiner Frau, wenn man ihr den Besuch erst nach einigen Wochen gestattete. Immerhin wäre möglich gewesen, daß die Frau den Mann gar nicht erkannt hätte, wenn sie ihn gleich nach dem „Verhör" im Kolumbiahaus gesehen hätte. Solche Fälle sind uns hinreichend bekannt.

Im übrigen haben wir natürlich mit Herrn Brückner gar kein Mitleid. Er hatte endlich einmal Gelegenheit, seine eigenen Methoden am eigenen Leibe zu verspüren. Wie sagt doch Herr Dr. Goebels so schön und wahr? „Nur nicht drängeln. Es kommt jeder dran!"

Es kommt jeder dran. Wenn nicht im dritten, so im vierten Reich. Auch die Herren gleichgeschalteten Redakteure, und man wird dann erleben, ob ihre Nerven stärker sind als die des Pg. Helmuth **Brückner.**

DF 29-12-34

Thaelmann in Danger

Just as the terrorism that goes on outside the law in Germany grows worse, so the legal Terror also becomes worse in so far as the sentences passed by the German courts grow more and more ferocious. The Socialist workman Jaenicke was beheaded the other day because he helped to repel a Nazi assault on a number of workmen in 1931; there was no evidence that he himself had committed manslaughter. Then the Communist Claus was sentenced to death by beheading because he helped to organise the underground political opposition to Hitler. What told heavily against him was that he took part in the Central German insurrection of 1921. And now a man who has taken part in no violence of any kind has been sentenced to the same death—the former Communist member of the Reichstag Albert Kayser. He was a transport worker, and took a leading part in the Berlin transport workers' strike in 1932—a fact that was urged against him in court, although the strike was supported by the Nazis at the time, they still being anxious in those days to win the working-class vote. He was arrested in 1933 and sent to a concentration camp. He was released at the end of the year, and at once joined the underground movement against Hitler. He was rested at the beginning of this year. The sentence passed on him is not only unjust and barbarous in itself; it is also a precedent. The trial of the Communist leader Thälmann may be expected shortly. He has been in gaol since the beginning of 1933. He has committed no indictable offence, for the only laws under which he could be tried were enacted after his arrest. But with the precedents established by Hitlerite law in dealing with Jaenicke, Claus, and Kayser anything is possible in the Third Realm, and Thälmann must be considered as being in mortal danger.

tion: Lyon Rép.

L'étrange aventure d'un Allemand expulsé d'Amérique

1-2-36

Paris, 31 janvier. — Le bruit courait qu'un sujet français, Georges Brésin, âgé de 47 ans, était séquestré par des hitlériens à bord du parquebot américain « Président-Roosevelt ». D'après un télégramme, arrivé à Paris, les agents hitlériens devaient assassiner notre compatriote. La police française alarmée, avait attendu sur le quai l'arrivée du paquebot. On reconnut d'abord que Georges Brésin n'était pas sujet français, mais sujet allemand, et qu'il avait effectué la majeure partie du voyage à l'hôpital du bord. A l'infirmerie, Brésin était gardé à vue, car il était expulsé d'Amérique pour aliénation mentale.

A bord du navire, il avait été autorisé d'abord à prendre ses repas à la salle à manger commune, mais un jour il fit scandale et fut conduit à l'infirmerie, où il fut gardé et surveillé. Interdiction absolue avait été donnée au commandant du navire de le laisser débarquer dans aucun port autre que Hambourg, et il reçut même l'ordre de remettre le voyageur à son arrivée dans le port allemand, aux autorités locales.

Quand le paquebot leva l'ancre, à la fin de l'après-midi, Georges Bresin entamait une dernière étape d'un voyage dont on ne sait vraiment pas comment il se terminera pour lui.

BT 10.4.34

Karpensteins Kommentar zum Stettiner Zuchthaus-Urteil

Drahtmeldung unseres Vertreters

✕ STETTIN, 9. April.

Das Stettiner Urteil gegen Dr. Hoffmann und Genossen, in dem wegen Misshandlung von Häftlingen Zuchthausstrafen bis zu 13 Jahren verhängt wurden, hat den Gauleiter von Pommern, Wilhelm Karpenstein, zu grundsätzlichen Ausführungen veranlasst, die er auf einem Kreisparteitag der NSDAP machte.

Gauleiter Karpenstein erklärte: „Die Machtfülle, die uns gegeben ist, darf uns nicht dazu verleiten, dem Volk im hohen Gefühle des Siegers gegenüberzutreten. Diese Machtfülle muss sich bewähren durch die reine Stimme des Blutes und durch die persönliche Ehrenhaftigkeit des Führers. Wem diese notwendige Charakterfestigkeit und persönliche Ehrenhaftigkeit fehlt, der muss, um der Ehre der Partei willen, hart bestraft werden. Gegenüber solchen Schuldigen hört auch das Gefühl der alten Parteikameradschaft auf. Das Volk erwartet vom Kämpfer im Braunhemd besondere Ehre und Zuverlässigkeit und sieht in ihm einen besonders guten und besonders ehrenhaften Vertreter der nationalsozialistischen Pflicht. Ich als Gauleiter werde insbesondere unnachsichtlich gegen jeden Nationalsozialisten einschreiten, der seine Machtstellung gegen einen „kleinen Mann", der sich nicht wehren kann, ausnutzt. Das ist unanständig und verstösst gegen das Gesetz der eigenen Ehre.

Man regiert ein Volk nicht mit dem Gummiknüppel oder mit dem Kommando, sondern dadurch, dass unsere Taten aus dem Herzen kommen und überzeugen.

Unsere Aufgabe, unser letztes und höchstes Ziel ist es, das gläubige Vertrauen des Volkes zu erwerben und zu erhalten, dass es uns freiwillig als seine Repräsentanten empfindet und anerkennt."

Stettin, 10.5. (INPRESS): Vor dem Stettiner Sondergericht wurde der Arbeiter Otto Barkow aus Schievelbein zu 1½ Jahren Gefaengnis verurteilt, weil er im Gefaengnis "sich anderen Gefangenen gegenueber in ueberaus gehaessiger Weise ueber die Regierung und namhafte Fuehrer der Regierung aeusserte". Das gleiche Gericht verurteilte einen Studenten wegen Verteilung von Flugblaettern, "die geeignet waren, das Ansehen der Reichsregierung aufs schwerste zu schaedigen", zu 10 Wochen Gefaengnis.

Liegnitz, 10.5. (INPRESS): Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei sind in Liegnitz der Schriftleiter Richter und der Kaufmann Hollaender "wegen gehaessiger Verleumdung und absichtlicher Wuehlarbeit" verhaftet worden.

Arbeiderbladet, Oslo
16. 1. 36

Mordet på nazi-spionen.

Hvorfor skjøt den vakre Vera sin elsker?

Den amerikanske presse ruster sig til en større rettssak nu i januar måned, og hvis ikke alle ting slår feil, vil prosessen mot den lille Vera Stretz som står tiltalt for å ha skutt sin elsker, dr. Fritz Gebhard, få bølgene til å rulle temmelig høit.

I denne prosess er motivet til mordet temmelig dunkelt selv om det er adskillig lys over de to hovedpersoner.

Gebhard blev skutt i november ifjor på et av de fornemste hoteller i New York. Da folk kom til satt mordersken i sin vakre silkepyjamas på gulvet foran døren og betraktet uinteressert de rødlakkerte negler på sine tær. Ved siden av henne lå revolveren, ennu rykende.

«Jeg har gjort det,» sa hun til politiet, «og enhver amerikanerinne hadde gjort det samme. Alt annet akter jeg bare å si under rettssaken.»

Både Vera og den myrdede var av tysk avstamning. Allerede 16 år gammel blev hun gift, men dagen efter bryllupet vendte hun tilbake til sine foreldre. Fra ektemannen hørte man aldri noe mer. På en fornøielsesdamper til Vestindia traff hun Gebhard og vendte tilbake med ham som hans «sekretær». En dag reiste han til Tyskland, kom tilbake og blev noen dager efter skutt av sin elskerinne.

Hvem var nu denne Gebhard? De amerikanske journalister har fått adskillig å vite og likedan de amerikanske myndigheter, i særlig grad synes det militære efterretningsvesen å ha vært interessert i mannen. Det viser sig at Gebhard i sin tid samarbeidet med den berømte tyske professor Haber, Nobel-pristager og kjent giftgasskjemiker. Umiddelbart før Hitlers maktovertagelse ophevde Gebhard dette samarbeid og kom i forbindelse med en bankier Schrøder i Køln, hos hvem også von Papen vanket.

Efter hvad de amerikanske aviser meddeler blev Gebhard tysk spion og blev sendt til Amerika som spesiell tillitsmann i kjemiske spørsmål, blandt hans efterlatte papirer var også en anbefalingsskrivelse fra von Papen. Og det spørsmål som nu beskjeftiger sinnene forut for rettssaken, er hvad den lille Vera har hatt som motiv? Sjalusi, sinne, kanskje var hun blitt forstøtt av Gebhard, eller — var det et politisk mord?

Dt. Freiheit 11.IV.34

Greuel und Generalfeldmarschall

Die Existenz sadistischer Polizeipräsidenten und Folterungen im Konzentrationslager erwiesen

Die Basler „Nationalzeitung" berichtet aus Berlin:

Das drakonische Urteil des Stettiner Sondergerichtes gegen die SA.-Leute wegen Gefangenenmißhandlung ist von erheblicher Bedeutung. 13 Jahre Zuchthaus sind gegen den Hauptmissetäter Dr. Hoffmann erkannt worden. Der Staatsanwalt hatte 15 Jahre, die Höchststrafe, verlangt. Gleichzeitig wurde auf direkte Veranlassung des preußischen Ministerpräsidenten Göring der aus der SA. Pommerns stammende Stettiner Polizeipräsident abgesetzt. Es ist das erstemal, daß auch SA. die Staatsfaust rücksichtslos zu spüren bekommt. Ueber den Hintergrund des Prozesses erfahren wir noch folgendes: Die sämtlichen, zu hohen Zuchthausstrafen Verurteilten hatten im Stettiner Vorort Bredow, auf dem Terrain der stillgelegten Vulkanwerft, sich das Vergnügen eines geheimen, sozusagen privaten Konzentrationslagers geleistet, wo wahllos und kreuz und quer verhaftete angebliche Staatsfeinde eingeliefert und aufs brutalste mißhandelt wurden. Als sich die sadistischen Burschen schließlich auch ehemaliger, angesehener deutschnationaler Bürger bemächtigten, wurde das Geheimnis ruchbar und drang zu Ohren des in Stettin lebenden Generalfeldmarschalls von Mackensen, der sich daraufhin nach Berlin begab und den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den preußischen Ministerpräsidenten Göring informierte. Noch am gleichen Tage flog Göring im Sonderflugzeug nach Stettin, wo er alle Schuldigen sofort verhaften ließ. Das Durchgreifen des Staates hat auf die Stettiner Bevölkerung einen starken Eindruck gemacht.

Man beachte wohl: „Marxisten" und sonstige „Staatsfeinde" durften wahllos verhaftet, eingesperrt und Jahr und Tag mißhandelt werden. Kein Widerspruch regte sich. Uebte jemand Kritik, so verbreitete er „Greuelmärchen" und flog mit ins Konzentrationslager. Die Herren Hitler und Göring schworen alle paar Tage, daß es sich nur um Erfindungen von Emigranten und ähnlichen Halunken handele. Die von ihnen eingeschüchterte oder gekaufte Presse schwor mit.

Erst als auch deutschnationale Bürger mit den Sadisten Bekanntschaft machten, wurde Lärm geschlagen. Erst als Deutschnationale mißhandelt wurden, kam der Generalfeldmarschall von Mackensen dahinter, daß es wirkliche Greuel in Hitlerdeutschland gibt. Erst als Deutschnationale blutig geschlagen waren, griff Göring ein.

Und wie tat er es? Verurteilt wurden ein paar kleine Kriminalangestellte und proletarische SA.-Leute. Der Polizeipräsident, als Hauptschuldiger, wurde lediglich abgesetzt. Nicht einmal von einem Pensionsentzug verlautet etwas.

Die Reichsregierung und die preußische Regierung wissen sehr genau, daß viele Tausende mißhandelt worden sind und noch mißhandelt werden. Es hätte dem preußischen Ministerpräsidenten leicht fallen müssen, sich über die Bestialitäten im Columbahaus der Geheimen Staatspolizei in Berlin zu unterrichten. Die „Deutsche Freiheit" hat immer wieder Material veröffentlicht, das nicht dementiert werden konnte.

Tatsache ist und bleibt, daß die Schreie der gefolterten marxistischen Staatsfeinde nicht gehört werden. Erst wenn deutschnationale Bürger unter die Folterknechte des Nationalsozialismus geraten, wird eingeschritten.

DER HITLERTERROR.

Die Tagesbilanz.

Zwickau, 10.5. (INPRESS): Das Sondergericht fuer das Land Sachsen faellte in dem Prozess gegen 69 Jugendliche im Alter von 18 bis 22 Jahren, unter denen sich 6 Maedchen befinden, wegen illegaler Taetigkeit im Rahmen des aufgeloesten kommunistischen Jugendverbandes folgende Urteile: gegen 11 Angeklagte Zuchthausstrafen in Hoehe von insgesamt 26 Jahren und 2 Monaten, gegen 55 Angeklagte Gefaengnisstrafen von 2 Monaten bis zu einem Jahr und zehn Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen; die Strafe einer Angeklagten gilt durch die Untersuchungshaft als verbuesst.

Leipzig, 10.5. (INPRESS): Vor dem Reichsgericht hat der Hochverratsprozess gegen 34 Kommunisten aus dem Liegnitzer Bezirk, insbesondere aus Sagan und Weisswasser, begonnen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich etwa zwei Wochen dauern.

Goerlitz, 10.5. (INPRESS): In dem Goerlitzer Hochverratsprozess gegen 34 angeklagte Kommunisten/fuenf zu Zuchthausstrafen in Hoehe von insgesamt 29 Jahren, 19 zu Gefaengnisstrafen von insgesamt 32 [illegible]

Die wachsende Unzufriedenheit im Spiegel der Prozessstatistik D.I. 9.5.34

Berlin - (DI) Ein vergleichender Bericht eines Ministerialbeamten ueber die Kriminalitaet in de beiden letzten Jahren ergibt fuer 1937, dass die Zahl des Verbrechens des "Landesverrates", trotz schwerer Strafe, wie Todesstrafe, nicht abgenommen hat. Die Anzeigen wegen "Heimtuecke" haetten zugenommen. Doch waehrend frueher hauptsaechlich "Greuelpropaganda" den Anlass gegeben haette, bestuende es jetzt mehr "in Meckereien am Biertisch". Das Gebiet der Kirchensachen sieht der Bericht darin charakterisiert, dass 1936 die katholische Kirche, 1937 die evangelische Kirche im Mittelpunkt stand. Dann kuendigt der Bericht an, dass die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Geistliche im Rheinland fortgesetzt werden. Eine grosse Anzahl harre noch ihrer Erledigung. Dieso Prozesswelle soll, wie angekuendigt wird, vom Rheinland auch auf Bayern ausgedehnt werden.

Imprimé: 13, rue de l'Ancienne Comédie, Paris 6e — Le Gérant: BOLORE Geor[illegible]

Recht vor Gesetz D.I. 9.5.34

Berlin - (DI) Auf der Generalmitgliederversammlung des Gaues Berlin des "Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes" sprach Professor Dr. Noack ueber das Verhaeltnis des Nationalsozialismus zu Gesetz und Recht. Die Abneigung des Nationalsozialismus das Recht zu codifizieren, sodass der Richter sich an einen Text halten muss, der dem Angeklagten einen gewissen Schutz bietet, kam zum Ausdruck in dem Bekenntnis des Vortragenden: "Wir Rechtswahrer bekennen uns eindeutig zu dem Primat des Rechts vor dem Gesetz. Recht aber ist, was dem Leben und der Lebensordnung des Volkes dient." Es ist dies die theoretische Einkleidung, der von den deutschen Gerichten geuebten Willkuerjustiz, wonach der Richter nicht an das Gesetz gebunden ist, sondern nach den Weisungen der nationalsozialistischen Partei urteilen soll.

Im Hochschwung des Terrorismus

Eine neue Etappe der diktatorischen Justiz hat mit grauenerregender Brutalität und Folgerichtigkeit eingesetzt. Die erste Etappe war mit dem Begriff der « Abrechnung » gekennzeichnet. Der Terrorapparat hatte sich noch nicht eingespielt. Sein Zugriff vollzog sich rein willkürlich. Er traf alles, was in zentralen und lokalen Instanzen als « besonders verdächtig » angekreidet war. Und er traf jene unvorbereiteten Reste der antifaschistischen Bewegung, die mit einer Art naiver Ungläubigkeit auf den Zusammenbruch reagierten.

Es ist nicht so, wie eine Emigrationslegende es schildert, als ob in der deutschen Arbeiterbewegung keine Spur von Widerstand gegen den « verfassungsmässigen » Ueberfall der Hindenburg/Hitler aufgestanden und spürbar geworden sei. Tausende von Einzelnen waren nicht nur bereit zur Erhebung, sondern sie versuchten ihren Willen gegen die Diktatur einzusetzen.

Auf sie richtete sich die terroristische Gewalt der ersten Diktaturperiode. Noch hatte niemand gelernt, ohne Organisation und gegen die Organisation zu handeln. Die primitiven Verbindungen, die sich aus der ersten Etappe der Illegalität herausbildeten, wurden schnell und gewaltsam auseinandergesprengt.

Die zweite Etappe stand im Zeichen der antifaschistischen Depression. Die Nazis begannen systematischer vorzugehen, aus ihrer spontanen Gewaltherrschaft wurde planende Rache. Der Terror ergriff und zerstörte die Halblegalität. Er sorgte dafür, dass die friedlichen Illusionsbemühungen kompromisslerischen Elemente wie Schnee an der Sonne zerrannen.

Erst jetzt, in der dritten Etappe, sieht sich die Diktatur den ersten Anfängen eines organisierten Widerstandes gegenüber. Nichts könnte deutlicher für den organisierten Beginn des Widerstandes zeugen als die Prozesse, die in den letzten Wochen vor einer sehr beschränkten Oeffentlichkeit in Berlin stattfanden.

DER LICHTENBERGER PROZESS

Die Gewaltjustiz bleibt sich nur in den äusseren Formen gleich. Ihre Funktionen, ihr innerer Charakter und auch ihr tatsächlicher Ablauf verändern sich gemäss den politischen Wandlungen. Und je mehr die Justiz zum reinen Werkzeug der Herrschenden, zur willigen Magd der Diktaturen herabsinkt, desto schärfer prägt sich ihre Abhängigkeit von dem unterirdischen Strömungen der Politik aus.

Alle Berichte, die uns über den « Lichtenberger Prozess » zugekommen sind, beweisen diese These mit aller Deutlichkeit. Schon die Absicht, die der Inszenierung dieses Prozesses zugrunde lag, unterschied sich erheblich von den voraufgegangenen Rachekomödien der deutschen Terrorjustiz. Aber auch der Verlauf des Prozesses deutet auf mindestens so einschneidende Wandlungen hin.

Während die grossen Prozesse gegen Kommunisten, die sich in den Jahren vor Hitlers Machtergreifung an Schiessereien beteiligt haben sollten, nur und ausschliesslich in der Absicht brutaler Vergeltung unternommen wurden, zielte der Lichtenberger Prozess *auf die Verdeutlichung aktueller Zusammenhänge ab.* Eine Reihe illegaler Verbindungen, denen man nicht auf die Spur kommen konnte, sollten im Prozessverfahren enthüllt werden.

In diesem Prozess ereignete es sich, dass die Zeugenvernehmung nicht nur den Absichten der Staatsanwaltschaft zuwider lief, *sondern auch, das die Zeugen im Gerichtssaal politisch demonstrierten.* Sogar ein Nationalsozialist leistete diesmal keinen Meineid und blieb auch gegenüber den Drohungen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts fest. Mehrere Zeugen wurden im Gerichtssaal verhaftet.

Das Todesurteil gegen die drei antifaschistischen Funktionäre kam selbstverständlich doch zustande. Trotzdem ist dieser Prozess insofern ein Markstein, als er eine geschlossene Front von Angeklagten und Zeugen dem Gericht entgegenzustellen vermochte.

DER PROZESS ROSSAINT

Auf den Verlauf und den grundsätzlichen Gehalt des Prozesses gegen die katholischer Jugendführer werden wir zurückkommen, wenn das Urteil und die Urteilsbegründung vorliegen. Für den Zusammenhang der dritten justizpolitischen Etappe können folgende Feststellungen über diesen Prozess getroffen werden :

Erstens. Dieser Prozess spiegelt ein Stück antifaschistischer Wirklichkeit, wenn auch mit all den Widersprüchen, die für die Teilnahme des politischen Katholizismus daran charakteristisch sind.

Zweitens. Der Prozess beweist, wie gering das Vertrauen auf die Dauer der Diktatur in grossen Teilen der Jugend ist und wie sehr auch die katholische Jugend in einem Zustand nicht nur des religiösen, sondern des politischen Hasses gegen die Diktatur lebt.

Drittens. In dem Prozess dokumentiert sich die Tatsache, dass in den Kreisen des peripheren Antifaschismus über die sozialen Zusammenhänge des Diktatursystems und die konstruktive Aufgabe einer künftigen Gesellschaft in Deutschland ernst gesprochen und diskutiert wird.

Viertens. Der Prozess beweist, dass selbst die gebildeten und politisch ausgerichteten Elemente des niederen Klerus immer nur halbe Bundesgenossen des Faschismus sind. Freilich, wer die durchgeistigte und gehetzte Gestalt des Kaplans Rossaint auf den Bildern, die in der deutschen Presse erschienen sind, gesehen hat, wird vielleicht annähernd die Tiefe des Gewissenkonflikts ermessen können, der in einer solchen Situation für einen aufrichtigen Diener der Kirche entstehen muss.

ZUSAMMENFASSUNG

Solche Monstreprozesse sind natürlich nur kleine Ausschnitte aus dem justizpolitischen Gesamtbild, das in der Vielfältigkeit seiner Formen und Methoden überhaupt nicht erschöpfend nachzuzeichnen ist. Aber eines scheint unzweifelhaft festzustehen : ***die Justiz ist heute gezwungen, sich mit einer Gegenwart auseinanderzusetzen, die der Diktatur bereits feindlich und willensbestimmt gegenübersteht.*** Das ist der Sinn und das Wesen der dritten terroristischen Etappe.

Die Geheime Staatspolizei

„Sie muß zahllosen Menschen wehe tun"

Ein Aufsatz über die Geheime Staatspolizei, die «Gestapo», im «Völkischen Beobachter» enthält einige interessante Einzelheiten über diese polizeiliche Einrichtung und ihr Wirken. Die vorbeugende Tätigkeit der Geheimen Staatspolizei, so heißt es darin, bestehe in erster Linie in der umfassenden Beobachtung der Tätigkeit aller Staatsfeinde im Reichsgebiet. Da die Geheime Staatspolizei neben den ihr in erster Linie obliegenden Vollzugsaufgaben diese Beobachtung der Staatsfeinde nicht in dem notwendigen Maße durchführen könne, trete ihr ergänzend der Sicherheitsdienst des Reichsführers die SS., zur Seite und stelle damit einen großen Teil der von ihm mobilisierten Kräfte in den Dienst der Staatssicherheit.

Das Bestreben der Führung gehe dahin, aus den Angehörigen der Geheimen Staatspolizei nicht nur einen einwandfrei und erfolgreich arbeitenden Behördenapparat, sondern ein weltanschaulich und kameradschaftliche fest in sichgeschlossenes Staatsschutzkorps neuer Prägung zu schaffen.

Das äußere Zeichen dieser inneren Geschlossenheit sei die schwarze Uniform der SS., die schon heute von einem großen Teil der Beamten und Angestellten der Geheimen Staatspolizei getragen werde.

In anderem Zusammenhang erwähnt der Aufsatz, während kurzfristige Schutzhaft in Polizei- und Gerichtsgefängnissen vollzogen werde, nähmen die der Geheimen Staatspolizei unterstehenden Konzentrationslager diejenigen Schutzhäftlinge auf, die für längere Zeit aus der Oeffentlichkeit «herausgenommen» werden müßten. «Die Geheime Staatspolizei weiß», so schließt der Artikel, «daß sie sich mit ihrer Arbeit, in der sie unmittelbar und mittelbar zahllosen Menschen wehe tun muß, weder Liebe noch Dank gewinnt. Sie erstrebt ebensowenig äußere Anerkennung und Ehrung.»

Ueberwachung der Briefpost

Leipzig - (DI) Jede zweite Woche werden an einem Abend die Brieftraeger gruppenweise "politisch geschult", wobei sie von hoeheren Beamten der Gestapo darueber unterrichtet werden, wie sie staatsfeindliche Verbindungen aufdecken helfen koennen. Jede irgendwie verdaechtige Briefsache soll bis zum naechsten Bestellgang zurueckgestellt werden, damit inzwischen die Spezialbeamten der Gestapo eine Untersuchung des Briefes vornehmen koennen. In einer solchen Schulungsstunde hat der unterrichtende Gestapobeamte woertlich geaeussert : "Natuerlich muss das Briefgeheimnis von den Brieftraegern grundsaetzlich gewahrt werden. Aber trotzdem besteht die Moeglichkeit, dass die Interessen des nationalsozialistischen Staates den Postbeamten zu einer Durchbrechung dieses Prinzips zwingen. Ein solcher Beamter ist vor der Strafverfolgung sicher." In erster Linie sollen die Brieftraeger auf den auslaendischen Briefverkehr verdaechtiger Personen achten. Mit den Block- und Hauswarten der NSDAP sollen sie zusammenarbeiten und sofort alles berichten.

SONDERDIENST der Deutschen Informationen Seite 2 Nr.9/28.3.1936

In Viererreihen angetreten... ...as Spitzelheer

In dem pfaelzischen Grenzdoerfchen Wattweiler liess am 19. August 1934 der Buergermeister im Einverstaendnis mit dem SA-Fuehrer saemtliche Bewohner des Dorfes auf einem freien Platz antreten. Dann gings mit Musik zum Wahllokal. Der Buergermeister setzte sich an einen Tisch, verlas die Namen, und die Angerufenen traten der Reihe nach vor. Dann machten sie auf dem Tisch des Buergermeisters ihr Kreuzchen in den Ja-Kreis und ueberreichten den Stimmzettel einem daneben stehenden SA-Mann, der ihn in ein Couvert steckte und dem Buergermeister uebergab. Resultat: 100%ige Wahlbeteiligung, saemtliche abgegebenen Stimmen fuer Hitler, keine ungueltige Stimme. -

Der braunschweigische Oberbuergermeister Dr. Hesse, Kreisleiter der NSDAP in Braunschweig, erklaerte zwei Tage vor der Wahl vom 12. November 1933: "Wir werden am 12. November ab 12 Uhr mittags einen Wahlschleppdienst organisieren, der vor allen Dingen die lauen Brueder erfasst... Wir muessen auch zeigen, dass wir eine Organisation haben, die jetzt so eingespielt ist, dass jeder Blockwart am Abend des 12. November, wenn in seinem Stimmbezirk Nein-Stimmen vorhanden sind, sofort sagen kann, wer diese Nein-Stimmen abgegeben hat."

DEUTSCHE INFORMATIONEN Nr.2-, Seite 3 9. Mai 1936

Hitler laesst politische Gefangene verhungern
Der Bericht eines Gefangenen aus dem Zuchthaus Brandenburg

(DI) Bekanntlich ist in den deutschen Konzentrationslagern offiziell die Pruegelstrafe eingefuehrt. Die Pruegel und Misshandlungen, die die politischen Gefangenen zu erleiden haben, werden verschaerft durch den Hunger. Die Ernaehrungslage der politischen Gefangenen ist entsetzlich. So wird aus dem als "vorbildlich" geschilderten Zuchthaus Brandenburg von einem Gefangenen folgendes berichtet :
"Zu der gesundheitsschaedlichen Unterbringung, den vielen Strafen und anderen koerperlichen Beanspruchungen durch Arbeit und Exerzieren tritt die mangelhafte Ernaehrung, um den Gefangenen gaenzlich zu ruinieren. Verdorbener Rindertalg, verfaulte Tierkoepfe werden verwendet. Die Abendsuppen bestehen meistens aus Gruetze in Wasser. Wir haben ein staendiges Hungergefuehl. Magenkrankheiten und Abmagerung sind die Folgen.- Der Anstaltsarzt, Dr. Wittenburg, findet alles in Ordnung. 20 % der Gefangenen sind krank durch Infektionen und schlechte Ernaehrung. Ein Untersuchung dauert 20 Sekunden inclus. militaerischer Meldung. Ein ganz bezeichnender Fall ist der des sozialdemokratischen Kameraden Fischer. F. hatte Ohrenschmerzen, wurde nicht behandelt und lag schliesslich an Gehirnhautentzuendung tagelang bewusstlos in hohem Fieber. Schliesslich wurde er zur hoffnungslosen Operation ins Staedtische Krankenhaus gebracht. Noch in der Narkose wurde er ins Zuchthaus zurueckgebracht, wo er am naechsten Tage starb. Solche Faelle sind nicht vereinzelt."

Ende April wurde laut einer Regierungsverordnung der Verpflegungssatz fuer die Haeftlinge der Konzentrationslager und Gefaengnisse, der bisher 42 Pfg. pro Tag und Kopf betrug, auf 20 Pfg. herabgesetzt, betraegt also heute weniger als die Haelfte des bisherigen Satzes.

Den verschiedenem deutschen Hilfskomitees fuer politische Gefangene sind zahlreiche Faelle bekannt, in denen das Hungern der Gefangenen nicht nur zum Siechtum, sondern in vielen Faellen zum Tode gefuehrt hat.

Die Verfolgung der Friedenskaempfer

MONATSBILANZ DES TERRORS
Februar 1936

Die "Rote Hilfe Deutschlands" uebermittelt uns die nachstehende Urteilsstatistik der Hitlerjustiz fuer den Monat Februar. Diese Statistik ist notwendigerweise unvollstaendig, da sie sich nur auf die in der deutschen Presse veroeffentlichten Urteile stuetzt. Auf besondere Weisung des Propagandaministeriums wird aber nur ein Bruchteil der vor den 29 Sondergerichten und anderen "Gerichtshoefen" durchgefuehrten Verhandlungen gegen Antifaschisten in der Presse veroeffentlicht. Umso eindrucksvoller beweisen die folgenden Zahlen die unverminderte, ja sich sogar steigernde Heftigkeit des Terrors gegen die illegale Opposition, die fuer den Frieden kaempft.

In 65 Prozessen wurden 379 Angeklagte zu 905,7 Jahren Zuchthaus und zu 208,11 Jahren Gefaengnis verurteilt. Darunter waren 29 Frauen und 6 Jugendliche.
5 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt.
4 Angeklagte bekamen lebenslaenglich Zuchthaus.
Unter den Verurteilten befinden sich 6 Auslaender.

141 Verurteilte waren Mitglieder der K.P.D.
22 " " " " R.H.
104 " " " " Freien Gewerkschaften
13 " " " " S.A.P.
2 " " " " S.P.D.
28 " " " " Bibelforscher
6 " " Geistliche
7 Angeklagte sind wegen Rassenschande verurteilt worden.

Die wichtigsten Prozesse im Februar 1936

1. Der Richardstrasse-Prozess: 5 Angeklagte sind zum Tode verurteilt, 5 zu 14 Jahren Zuchthaus, 1 zu 12 Jahren, 1 zu 10 Jahren und die 3 uebrigen zu 5 und 6 Jahren Zuchthaus.
2. Der Prozess gegen die freiheitlichen Sportler vor dem "Volksgericht"Berlin Erich Wade, 25 Jahre, und Hans Mickin, 27 Jahre, bekamen lebenslaenglich Zuchthaus, Willi Mayer, 24 Jahre, bekam 13 Jahre Zuchthaus.
3. Ein Prozess vor dem "Volksgericht" in Essen : Der Hauptangeklagte Grzybows ist wegen Hochverrat zu lebenslaenglichem Zuchthaus, Paulick zu 12 Jahren, Haberer zu 10 Jahren und Roemer zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.
4. Der Prozess vor dem "Volksgericht" gegen Fritz Hurst, der wegen Landesverrat zu lebenslaenglichem Zuchthaus verurteilt wurde.
5. Der Prozess gegen den 19jaehrigen Emil Wild, der wegen Landesverrat zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.
6. Ein Geheimprozess vor dem "Volksgericht" Berlin gegen Mitglieder der KPD. Bojarski wurde zu 12 Jahren, der kommunistische Stadtverordnete Kautz zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt.
7. Der Prozess gegen den Arbeiter Wasem aus Schaffhausen, der wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit 12 Jahren Zuchthaus bestraft wurde.
8. Der Prozess gegen Hans Hirt aus Schaffhausen, der wegen des Vertriebs der illegalen Zeitschrift der "Roten Hilfe", "Tribunal", 8 Jahre Zuchthaus bekam.
9. Der Prozess gegen den schwedischen Seemann Erik Jansen, der 5 Jahre Zuchthaus bekam.
10. Einige Prozessabschnitte im Prozess der 270 Hamburger Kommunisten. Weitere Prozesse gegen die 600 Wuppertaler Gewerkschaftler.

Jeder Wirt ein Spitzel oder Denunziant.

Berlin, 2. Sept. ag. Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbungsgewerbe hat an alle Mitglieder der Wirtschaftsgruppe einen Aufruf erlassen, der die deutschen Gastwirte zu verschärfter Wachsamkeit gegenüber staatsfeindlichen Elementen veranlassen soll. Auch der deutsche Gastwirt habe die Pflicht, sich zweifelhafte Elemente in seinem Lokal daraufhin näher anzusehen, und sie, wenn nicht anders, der Polizei zu überantworten. Die deutschen Gaststätten seien im besten Sinne des Wortes Pflegestätten nicht nur der deutschen Gastfreundschaft, sondern auch neuen deutschen Geistes. Die Mitglieder der Wirtschaftsgruppe werden aufgerufen, sich ihrer Pflichten und Aufgaben auch in dieser Beziehung bewußt zu bleiben. Sie ständen mit ihren Betrieben zu Führer, Volk und Vaterland und sollen Schädlingen der Nation, sobald sich solche in Gaststätten bemerkbar machten, darüber keinen Zweifel lassen.

Berner Tagwacht 3-9-35

Nazi-Ueberfälle in Schlesien

SP. Breslau, 18. Febr. (Eig. Draht.) Aus den mittelschlesischen Kreisen werden zwei neue nationalsozialistische Gewalttaten gemeldet.

In Oels stürmte eine Horde von etwa 30 Nazis aus dem Braunen Haus in den Vorraum des Postgebäudes, in dem sich acht sozialistische Jungarbeiter aufhielten. Die Arbeiter wurden mit Gummiknüppeln, Ochsenziemern sowie Schulterriemen niedergeschlagen und auf das gemeinste mißhandelt. Unmittelbar nach dem Ueberfall nahmen die Nazis mit ihren Knüppeln und Stöcken an einer Beerdigung teil. Den Jungarbeitern, die den Vorfall auf der Polizei meldeten, wurde von einem Beamten erklärt:

„Ihr habt noch nicht genug bekommen, ihr hättet noch mehr Schläge haben sollen!"

In dem Städtchen Winzig, Kreis Wohlau, versuchte eine Gruppe von 150 Nationalsozialisten, die aus der Umgegend zusammengezogen waren, eine Versammlung der Eisernen Front zu sprengen. Die Hakenkreuzler warfen mit gefrorener Erde die Saalfenster ein. Als daraufhin Unruhe im Saal eintrat, schritt die Polizei zur Auflösung der Kundgebung. Auf der Straße wurden die Versammlungsteilnehmer von SA.-Leuten angefallen. Mehrere Angehörige der Eisernen Front, darunter eine Frau, wurden erheblich verletzt. Außerdem zerschlugen die Hakenkreuzler einigen auswärtigen Versammlungsteilnehmern die Räder und Musikinstrumente.

18.2.33

SONDERDIENST der Deutschen Informationen, Blatt 2 Nr.11/2. April 1936

D E U T S C H E R A L L T A G

Die "Deutschen Informationen" sind in der Lage, den folgenden Bericht eines Augenzeugen aus dem Konzentrationslager Esterwege zu veröffentlichen :

Der Golgathaweg des Jesuitenpaters Josef Spiecker

Im Mai 1935 traf ich auf dem Transport zum Konzentrationslager Esterwege den Jesuitenpater Josef Spiecker aus Köln. Von der SS wurden wir auf dem Bahnhof Papenburg empfangen: der Pater Spiecker, zwei Juden aus Frankfurt und ich. Der Weg ins Lager ging nicht ohne die üblichen Schikanen ab. Das Martyrium fing aber erst auf dem Wege zur Kleiderkammer an. Durch den Priester, der in seinem Ordenskleid war, und durch die zwei Juden wurde die Aufmerksamkeit von mir abgelenkt. Es regnete und als wir schliesslich zusammen die Kammer erreichten, konnte ich die 3 Mitgefangenen nicht mehr erkennen. Des Paters Ordenskleid und die gutbürgerliche Kleidung der beiden jüdischen Gefangenen waren mit einer dicken Dreckschicht bedeckt. Man hatte sie durch den Kot geschleift, was man "Sport" nannte. Der Weg zur Kleiderkammer wurde von den Häftlingen die "Seufzerallee" genannt. Nachdem man uns eingekleidet hatte, belustigte sich die SA damit, dem Priester und den beiden Juden die Haare mit dem Taschenmesser abzuschneiden, wobei Fetzen der Haut mitherausgerissen wurden. Mir selbst schnitt man ein Hakenkreuz in die Haare und sagte, dass das meine "Hakenkreuztaufe" sei.

Dass der Priester am schlimmsten behandelt wurde, liegt an der persönlichen Einstellung der Posten. Später, als ich "alter Mann" war, habe ich erfahren, dass man den Posten keinen grösseren Gefallen tun kann, als ihnen Gelegenheit zu geben, über Religion und Kirche zu schimpfen. Ihre Spezialausdrücke für die inhaftierten Geistlichen waren: Pfaffen, Himmelskomiker, Jesusgreifer, usw.

N. F. 31. 7. 34

Das verzweifelte Hamburg

Ein Reisebericht für die „Deutsche Freiheit"

(Schluß)

Am Ende der Illusionen

In diesem unglaublichen Nazitohuwabohu ist die Stimmung in allen Ständen und Schichten gereizt und kritisch geworden. Der erzwungenen Schaumschlägerei der Zeitungen wurde man derart überdrüssig, daß der spontan einsetzende doch anhaltende Leserstreik mehrere Zeitungen auch hier vernichtete. Dagegen kauft man deutschsprachige Auslandszeitungen an allen Straßenecken, nicht nur in der inneren Stadt, sondern auch in den vorörtlichen Arbeitervierteln.

Ein ehemals Deutschnationaler erklärte mir offen: „Wenn schon biedere alte Zeitungen durch Goebbels-Verordnungen erdrosselt werden, so sollte man doch wenigstens erwarten können, daß die nationalsozialistische Parteipresse etwas zu bieten hat. Aber das partei-amtliche „Hamburger Tageblatt" erinnert in seinem fatalen Niveau an anfechtbare Lokalblätter peruanischer Hafenstädte. Das bietet man uns. Hausknechtsdeutsch gesellt sich hier zu einer derartig niedrigen Einschätzung des Leserkreises, daß man nicht weiß, ob man empört sein oder schmunzeln soll."

Nun, außer SA.-Bräuten und Kleinbürgerfrauen macht dieses Konjunkturgewächs wohl keinem noch ernsthaft etwas vor. Mag es noch so unverfroren von wahren Arbeitsorgien berichten oder von dem riesigen Aufschwung des Schneidergewerbes durch Uniform- und Festanzugsaufträge, es ist nicht zu verhindern, daß die Menschen miteinander reden und ihr Teil sich denken.

Müller, Meier und Schulz müssen zwar Festanzüge bestellen, dadurch jedoch sind sie gezwungen auf den längst geplanten Sonntagsanzug zu verzichten. Sie bedauern das laut beim Friseur, laut am Stammtisch und so weiß die ganze Stadt plötzlich was „Zusatzaufträge" praktisch bedeuten.

Das „Tageblatt" brachte zum 21. März — zur Eröffnung der Arbeitsschlacht — pompös die Meldung vom Bau eines (!) 16 000 Tonnen-Dampfers, der jetzt begonnen würde. Die ganze Stadt aber weiß, an diesem „Kasten" wurden schon seit dem Herbst wenige Mann in Arbeit gehalten. Minister Klumpfuß, der als Propagandachef die Arbeitsschlacht siegfriedhaft schlagen soll, kann fatalerweise das Denken, Reden und Raunen im Volk nicht ausschalten. Wieviel Kummer ihm das wohl macht. Aeußerliches Gleichschalten nützt erfahrungsgemäß gar nichts; nicht was die Zeitungen, sondern was seine Ladenkasse dem Geschäftsmann sagt, das formt seine Ansichten. Wie leer die früher vollen Restaurants, Kaufhäuser und Eisenbahnzüge sind, und tausend ähnliche Anhaltspunkte, sie werden dem Untertan der Diktatur zum Barometer, nach dem sein Unternehmungssinn sich richtet.

So ist zum Beispiel die weltbekannte große Gaststätte am Jungfernstieg, der „Alster-Pavillon" zwar noch heute fast täglich gut besucht, aber wem entgeht es, daß vornehm nur noch Kellner und Kapelle tun? Seitdem dieses Unternehmen seine Preise den Massenkaffeehäusern angleichen mußte, um der Pleite zu entgehen, seitdem sitzen auch hier die einsamen, doch lächelnd einladenden Damen. Was früher — milde gesagt — undenkbar war. Diese Tasse Kaffee kostet 23 Pfennige! Das marmorne Bieber-Kaffee am Hauptbahnhof ist an den Folgen der „nationalen Erhebung" bereits verendet und mit ihm diverse andere.

Diese kleinen Angelegenheiten mögen die in Jahrhunderten denkenden völkischen Geister übergehen; volkswirtschaftlich betrachtet, mögen sie von untergeordneter Bedeutung sein, aber volkspsychologisch sind sie von geradezu verheerender Wirkung. „Unheil Hitler" raunt man.

„St. Pauli liegt in Agonie," sagte man mir, ich glaubte es nicht. Nun sehe ich es selbst: die Reeperbahn fade und leer, Bettler statt Betrieb, Rudel von Straßenmädeln in angstvoller Aufdringlichkeit: „Zahle, was Du kannst". Die Cafés leer, die Tanzlokale bis auf wenige leer, Tanzmädel mit krampfhaftem Lächeln hoffen auf Gäste, die Geld bringen sollen. In der Vergnügungsgasse „Große Freiheit" nebenan in Altona wandere ich durch die Lokale. Magere Musik bei leerem Tanzparkett. Bitterster Existenzkampf. Existenzkrampf.

Seitdem im Staatlichen Schauspielhaus vor der Egmont-Ouvertüre das Horst-Wessel-Lied stieg, fühlt man sich auch [illegible]ekelt. Theater-Pflichtbesuche der Beamten jedoch [illegible]as Haus nicht voll. In den Kinos sollen auch hier [illegible]rreden und Paraden an peinlicher Stille des Publi[illegible]rüberziehen. So berichtet man mir, und fügt hinzu, [illegible]uletzt erfuhr: ein Wochenschau zeigte Göring in seiner neuen Skiuniform. Belustigte Stimmung soll immer wieder überall das Ergebnis gewesen, im Passage-Lichtspieltheater in der Mönkebergstraße aber soll man einmal in schallendes Gelächter ausgebrochen sein, — **ein Witz aus dem Dunkel hatte gezündet.**

„Göring-Witze verbreitet man ungeniert," erklärte man mir von verschiedenen Seiten. Warum soll ich das nicht glauben? Im ganzen Reich, in allen Schichten, (auch bei den gemiedenen Nazis selbst!) spottet man über „Minister Feuersbrunst". An alle Gelegenheiten heftet sich der beißende Hohn. Notventile der Erbitterung.

In der Hauptstraße Steindamm, auf der der autorasende Statthalter seinen ersten Toten hinterließ, ist ein vor Kassenleere rasendgewordener Restaurateur auf die Idee verfallen, einen baumlangen Portier als bärenfell-bekleideten Germanen mit Schild und Speer vor sein Lokal zu stellen.

Der Erfolg war verblüffend: alles staunte, und man dachte nicht schlecht. Da verbot ihm eine Naziinstanz das falsch Verstehen der nationalen Erhebung. Der Germane verschwand, doch der Spott entstand. Göring habe hier nächtlicherweise inkognito die Straßenmädel inspiziert, — so redete man nun — als er aber den Germanen zu Gesicht bekommen, da habe er vor Begierde geweint. Man mußte die Germanenuniform — ihm schenken. In einem Rasiersalon bekomme ich folgendes erzählt: Göring verlangt von seinem Chauffeur den neuesten Witz zu hören, der über ihn in dem niederen Volke umgehe. Der legt los: Man sage, die Glocke des Reichspräsidenten werde nun abgeschafft, weil Göring mit den Orden rasseln will. Darauf tobt Göring schreckenerregend, bedroht den Chauffeur mit drei Jahren Kazett, aber besinnt sich plötzlich und benutzt die Situation zur Erpressung. Er werde ihn amnestieren, wenn er ihm jetzt restlos alles erzähle, was das niedere Volk über ihn sagt. Doch untertänig-zerknirscht bittet der Chauffeur ums Kazett, denn das dauere doch wenigstens nur drei Jahre.

Hohnlachen, Spott und Witz sollen die fiebrige Gegenwart erträglicher machen. Die erbitterte Stimmung hier fand bereits in der November-Wahl ihren Ausdruck, als Hamburg mit 16,1 Prozent „ungültiger" Stimmen Herrn Hitler aufwartete, bei 7,8 Prozent im Reichsdurchschnitt.

Rot sind sie

Wenn man sieht, wie vier ehrenbedolchte Nazi-Herren breit und frech in einer Reihe dahinschreiten, wie die Passanten ihnen ausweichen, stumm einen Blick ihnen nachwerfen; oder wenn man — wie ich in der Hauptverkehrszeit am Rödingsmarkt stand und — zufällig Zeuge wurde, wie ein höchst elegantes Nazi-Auto vor einem Passanten-Uebergang stoppen muß, wie die Menschen langsam vor dem Wagen die Straße kreuzen, ironisch-kalte Blicke auf die beiden SA.-Offiziere werfen, die hochnäsig geradeaus ins Leere starren, wie auf dem Fußsteig Arbeitslose sich ansammeln, Hände in den Taschen, schweigend wer weiß was denken, wie alles dem scharf davonrasenden Wagen nachstarrt, bis der Bann sich löst —, wer das sieht, der weiß Bescheid, welches Maß Sprengstoff die Stimmung bereits enthält, und mag eine leise Vorahnung bekommen, wie hochnotpeinlich die gelobte Volksgemeinschaft den Herren von Heute noch einmal werden kann. Gab es solche Begegnungen nicht schon einmal vor kaum zwanzig Jahren in Belgien? War nicht solche Stimmung kurz vorher in Zabern gewesen?

So mag es hier in Hamburg zur Zeit der französischen Besatzung ausgesehen haben, so in den Niederlanden unter Herzog Alba, als Egmont so zum Tode schritt, wie heute auch hier in Hamburg so mancher Freiheitskämpfer.

Das Regime hat sich zwar eingenistet und verschanzt, hat gleichgeschaltet und terrorisiert jeden Einzelnen, aber es wird die Stricke immer noch fester schnüren müssen; denn obwohl es weiß, daß jeden, ob Arbeiter, Bauer oder Bürger gerade das rebellisch macht, bleibt ihm doch keine Wahl, es muß auf die Ketten, es muß auf den Henker vertrauen. Weil ihm das Volk nicht vertraut.

Der Eroberer weiß, er hat trotz der Macht nicht das Volk. Ob seine Horcher ihm berichtet haben, daß auch hier in den norddeutschen Provinzen seine Anhänger bereits derart gemieden werden, daß sie sich hinweggewünscht fühlen und mehr und mehr aus diesem Motiv zusammenhalten und Privat-Kliquen, „Inseln der Unglückseligen" bilden? Daß zum Aerger der Gastwirte die Gäste verstummen, unaufgefällig zahlen und gehen, wenn ihnen als Nazi bekannte Nachbarn eintreten?

Nationalsozialisten, Mitläufer aus Angst: genannt „Fördernde Mitglieder", Anbeter Hitlers und gewiß nicht wenige von diesen allen gibt es, aber wenn auch selbst außer diesen noch manche andere hörige Dilettanten Wundertaten von dem falschen Messias erwarten — vielleicht in der dumpfen Ahnung, daß eben nur noch Wunder das Chaos verhindern können — so beginnt doch mehr und mehr die Opposition der Massen Formen anzunehmen, die der Fremdherrschaft ernsthaft zu denken geben.

Alarmierend wirkt vor allem, daß die düstere Opposition nicht allein gegen die unerträglichen Verhältnisse, sondern einheitlich gerichtet ist gegen das Terror-Regime selbst.

Trotzdem diese allgemeine Oppositions-Stimmung inhaltlich je nach Klasse, Stand und Interessen verschieden ist. Wer ehemals geprahlt hatte, man müsse den Nazis eine Chance geben, schlimmer könne es nicht werden, wer kleinbürgerstolz seinen Haß gegen die Arbeiterklasse dokumentieren wollte und mit der Redensart: so kann es nicht weitergehen, Nazi gewählt, und dieser Sorte damit zur Macht verholfen hat, dessen Stimmungs-Inhalt muß heute begreiflicherweise anderer Art sein, als der der Arbeiterklasse. Der Arbeiter wundert sich über nichts was geschieht, denn er hat nie etwas anderes erwartet. So braucht er nicht erst durch tägliche Enttäuschungen zur Besinnung gezwungen zu werden, welchen Prozeß der Kleinbürger heute langsam und widerwillig durchmachen muß. Die Stimmung der Arbeiterschaft in Hamburg ist hart und entschlossen. Ich stand am Baumwall, wo aus dem Hafengebiet die Arbeitermassen zurückfluteten in die Stadt. Ihre Mienen sprachen von verhaltenem Haß, Mut und Verachtung. Vor dem Arbeitsamt unter Arbeitslosen stand ich, war in den Arbeitervierteln, war mit Genossen zusammen. **Rot sind sie. Das zu sagen genügt.**

Wo gärt es eigentlich nicht?

Auf einer NSBO.-Versammlung beschwerten sich einige Arbeiter, während der Arbeit vom Antreiber stets mit dem Hitlergruß belästigt zu werden. Der Versammlungsleiter baute ihnen eine goldene Brücke zum Rückzug. Sie traten ihn nicht an. Sie ließen sich aus der Versammlung heraus verhaften. — Kaufmann, der Urkundenfälscher und Statthalter sprach am 21. März zur Eröffnung der Arbeitsschlacht in den Werft-Betrieben von Blohm u. Voß, Nieter, Stemmer und Bohrer beschlossen, der Rede geschlossen fernzubleiben. Die Wirkung auf die Belegschaft — jetzt 4000 Mann — war durchschlagend: schätzungsweise 2500 bis 3000 Mann demonstrierten durch Abwesenheit. So berichteten mir zwei einander unbekannte Genossen.

In endloser Folge ließen sich diese kleinen Alltagsdinge berichten, jedes an sich zwar unbedeutend — bedeutsam aber in ihrer psychologischen Wirksamkeit.

„Oben sitzen wir Beamten in den Amtsstuben, sind aktenüberlastet, wissen das aufgezwungene höhere Arbeitspensum nicht zu bewältigen und sehen unten auf der Straße unseren abgebauten Kollegen stehen, der nichts als arbeiten will. Dabei werde einer nicht wild!"

Wo gärt es eigentlich nicht? Es gärt überall.

Die Zeiten „schlimmer kanns nicht werden" sind einem Zustand brütender Verzweiflung gewichen, in dem man heute Wunder erhofft und morgen das Schlimmste befürchtet. Verzweifelt, aber machtlos beginnt man zu erkennen, daß irgend eine Katastrophe herannaht. Jeder fühlt es, keiner vermag seine Vorahnung zu ignorieren. Das geht aus allem hervor.

Verzweifelte Exporteur-Kreise, verzweifelter Mittelstand, verzweifelte Arbeitslose und — **das Gefährlichste: verzweifelte Frauen einer wortkarg-abwartenden, klassenbewußten Arbeiterschaft.**

„Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten!" Nach solcher Weisheit möge Herr Hitler auf Hölle und Henker vertrauen, wo es in allen Schichten des Volkes gärt, wo in gemeinsamer bitterer Not eine Volksgemeinschaft sich kristallisiert, die nichts zu verlieren hat als Hitlerketten.

Soviel ist heute bereits gewiß: **Ein Termin liegt in unserer Zukunft, unabwendbar: der Zusammenbruch des „dritten Reiches.**

Offen steht nur die Frage, ob vor dem geplanten Krieg oder darin. Hier im roten Hamburg wurde mir wieder die Auffassung bekräftigt, nicht die Arbeiterklasse allein, sondern das Volk, das ganze, verzweifelte, ausgeplünderte Volk wird sich erheben unter Führung der kämpfenden Arbeiterklasse.

Robert Rocker.

30-3-35

Devisenvergehen bei Klöstern

Stgt N.T.

dnb. Berlin, 29. März.

Entgegen umlaufenden falschen Gerüchten wird von der Zollfahndungsstelle Berlin folgendes mitgeteilt:

Mitte März d. J. fanden wegen dringenden Verdachtes schwerer Devisen- und Effektenschiebungen durch die zuständigen Zollfahndungsstellen Untersuchungen bei zahlreichen katholischen Klöstern im ganzen Reich statt mit dem Ergebnis, daß große Vergehen in devisenrechtlicher Hinsicht festgestellt worden. Soweit sich bislang übersehen läßt, handelt es sich um Werte von mindestens 2½ Millionen Reichsmark. Eine Reihe von Geistlichen, Ordensschwestern und Ordensbrüdern befinden sich in Haft. Einzelheiten können im Interesse der schwebenden Ermittlungen vorerst nicht bekanntgegeben werden. Weitere Berichte bleiben jedoch vorbehalten.

INPRESS
Nr. 88/243

17.4.34.

DER HITLERTERROR.

Ein Jahr "Abschreckung".

Stuttgart, 17.4. (INPRESS): Der Wuerttembergischen Sondergericht sind bis zum 31. Maerz, waehrend seines einjaehrigen Bestehens, insgesamt 1044 Faelle gemeldet worden, die sich auf 1609 Beschuldigte bezogen. Abgeurteilt wurden insgesamt 345 Angeklagte in 224 Prozessen. 46 Personen wurden wegen politischer Verbrechen, 198 wegen politischer Vergehen verurteilt, darunter 15 Frauen. Die verhaengten Zuchthausstrafen betragen insgesamt 562 Monate, die Gefaengnisstrafen 1817 Monate; blosse Geldstrafen wurden kaum einmal verhaengt. Mit Freispruch oder Einstellung des Verfahrens endeten 82 Faelle.

Das Amtsblatt der NSDAP fuer Stuttgart, der "NS-Kurier", bemerkt dazu: "Die meisten Strafen mussten verhaengt werden wegen Verbreitung kommunistischer Hetzgaetter vom Inland oder Ausland, fuer Versuche der Neuorganisation der KPD und ihrer ehemaligen Hilfsorganisationen, sowie bei leichtfertigen Angriffen auf die Ehre der Regierung und der NSDAP." Weiter sagt das Blatt: " Im deutschen Reich gibt es insgesamt 27 Sondergerichte. Es sind insgesamt 22 verschiedene Arten von Straftaten, die vor das Sondergericht kommen. Die Schlagkraft des Sondergerichts wird gewaehrleistet durch rascheste Aburteilung der Tat in einer Hauptverhandlung mit einmaliger, erschoepfender Beweisaufnahme, also ohne umstaendliche gerichtliche Voruntersuchung und zeitraubende Beweiserhebungen durch den Untersuchungsrichter, insbesondere aber durch sofortige Vollstreckung seiner Urteile, die mit ihrer Verkuendung sogleich rechtskraeftig sind... Das Sondergericht besteht nur aus einem Vorsitzenden und zwei Richtern bzw. deren persoenlichen Stellvertretern. Es entscheidet stets in dieser Besetzung zu dreien, unter Ausschluss von Schoeffen usw."

Aber das Naziblatt wird noch deutlicher. Es gesteht, warum auf "gerichtliche Voruntersuchung", auf "zeitraubende Beweiserhebung" verzichtet wird: " Die Ansicht fruehrer Zeiten, der Strafzweck bestehe ueberwiegend in der Erziehung des fehlgegangenen Missetaeters zur Besserung, ist vom Dritten Reich ueber Bord geworfen. Auch vor dem Sondergericht ist fuer Verbrechensbeschoenigung und Humanitaetsduselei kein Raum. Seine Strafbemessung muss nach dem Willen des Gesetzes auf Abschreckung eingestellt sein. "

Vermögen des kommunistischen Schriftstellers Dr. Wolf eingezogen

Stuttgart, 25. 5. (DNB)

Vom Württembergischen Politischen Landespolizeiamt wird gemeldet:

„Das Württembergische Politische Landespolizeiamt hat durch Verfügung vom 22. Mai 1934 auf Grund des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens das Vermögen des flüchtigen kommunistischen Arztes und Schriftstellers Dr. med. Wolf, zuletzt wohnhaft in Stuttgart, zugunsten des Landes Württemberg eingezogen."

Wolf hat sich bis zur Machtergreifung durch den Nationalsozialismus vorbehaltlos für die KPD eingesetzt und deren Ziele tatkräftig gefördert. Seit seiner Flucht in das Ausland arbeitet er gegen das nationalsozialistische Deutschland.

DAZ 26. V. 34

Wie Heines hauste

Dt. Freiheit 28.4.34.

Aufklärung über Stettin

AP. **Stettin,** 26. April. Wie bereits gemeldet, war das Vorgehen gegen die SA.-Leute wegen Gefangenenmißhandlungen durch die Intervention v. Mackensen's veranlaßt worden. Wir erfahren dazu noch folgende Einzelheiten: Das Einschreiten gegen die Deutschnationalen und Stahlhelmer erfolgt wegen einer Stahlhelmrevolte im Sommer vorigen Jahres, zu deren Niederschlagung der Polizeipräsident von Breslau, Heines, mit seiner Leibwache nach Pommern gerufen wurde. Diese Breslauer SA. hauste in Pommern nicht gerade sanft. Es liegen jetzt auch Meldungen darüber vor, welche führenden Wirtschaftsleute — neben einigen bekannten Deutschnationalen — davon betroffen wurden. Zunächst wurde der weit über Stettin hinaus bekannte jüdische Großredereibesitzer K u n s t m a n n von SA.-Leuten verhaftet und schwer mißhandelt. Kurz danach begab sich ein leitender Angestellter des international bekannten Stettiner Speditionsgeschäftes Cohrs u. Amme Nachfolger nachmens Heimann ins Braune Haus in Stettin, um in einer Denunziationsangelegenheit eines Bekannten zu intervenieren. Er wurde eine Reihe von Tagen dort behalten und gefoltert. Heimann war im Felde Offizier und schwer verwundet. Als man ihn wegen seiner schweren Verletzungen nicht mehr dort behalten konnte, ließ man ihn einen Revers unterschreiben, daß er einen Unfall erlitten habe, und transportierte ihn ins Krankenhaus, wo die Aerzte verschiedene Knochenbrüche, schwere innere Verletzungen und so schwere Gesichtsverletzungen feststellten, daß nach dem Befund der Greifswalder Universitätsklinik, an die der Patient überwiesen wurde, langsame, aber sichere Erblindung eintreten wird. Da es sich bei Heimann um einen prominenten Vertreter der Stettiner Gesellschaft und zugleich um den Repräsentanten eines Unternehmens von internationaler Bedeutung handelt, erregte der Fall im Zusammenhang mit der Verhaftung Kunstmanns solches Aufsehen, vor allem in der Geschäftswelt der an der Ostsee vorherrschenden Reedereien und Speditonsgeschäfte, daß der Regierung nichts anderes übrig blieb als einzugreifen.

Dt. Freiheit 28.5.34.

Amnestie mit Löchern

Etwa 20 K o m m u n i s t e n wurden in C e l l e nachts in ihren Wohnungen zwangsgestellt und in U n t e r s u c h u n g s h a f t genommen. Die Verhafteten werden beschuldigt, staatsfeindliche Umtriebe begangen zu haben. Es handelt sich bei ihnen um Personen, die erst kürzlich auf Grund der Amnestie aus dem K o n z e n t r a t i o n s l a g e r entlassen worden waren.

Dt. Freiheit 8.5.34

Englische Delegation belogen!

Frau Seger mit ihrem Kind noch immer im Konzentrationslager

Berlin, 17. Mai. (Inpreß.) Die englische Delegation, die unter Führung des Earl of Listowel sich vor einigen Tagen in Berlin aufhielt und die beim Justizminister Gürtner und beim Chef der Geheimen Staatspolizei um die Möglichkeit nachgesucht hatte, Thälmann, Ossietzky, Neubauer, Torgler, Mühsam, Rechtsanwalt Litten sowie Frau und Kind von Gerhard Seger zu sehen, ist von den Beauftragten des Außenpolitischen Amtes der NSDAP., wie sich herausgestellt hat, offensichtlich getäuscht worden. Was den Fall Seger anbetreffe, erklärten diese führenden Männer der NSDAP., so seien sie sehr überrascht von dem Verlangen, Frau Seger und Kind zu sehen. Wenn in der ausländischen Presse mitgeteilt sei, Frau Seger und Kind seien verhaftet, so handle es sich bei dieser Nachricht um einen der üblichen Lügen- und Schwindelberichte, die immer noch von Emigranten verbreitet würden. In Wirklichkeit befänden sich Frau Seger und ihr Kind in Dessau in Freiheit und lebten dort absolut friedlich und sehr glücklich. Die englische Delegation, die einige Adressen von Verwandten der Familie Segers besaß, gab sich mit den Erklärungen nicht zufrieden, sondern fuhr nach Dessau. Dort stellte sie fest, daß die Behauptung der nationalsozialistischen Unterhändler glatt erlogen war. **Frau Seger und Kind befanden sich nicht in Freiheit, lebten nicht glücklich in Dessau; die englische Delegation stellte vielmehr einwandfrei fest, daß Frau Seger mit ihrem Kinde am 10. Januar verhaftet wurde und sich seitdem in dem Konzentrationslager Roßlau bei Dessau befindet.** Es war in diesem Falle möglich, die führenden Nationalsozialisten der Lüge zu überführen.

Kein deutscher Anwalt fuer Thaelmann.

Paris, 4.5. (INPRESS): Die Internationale Juristische Vereinigung teilt mit: " Vierzehn Monate nach seiner Einkerkerung ist Ernst Thaelmann, der Fuehrer der KPD, ohne jeden Rechtsbeistand. Die deutsche Presse, ebenso wie fuehrende Nationalsozialisten, sprechen schon seit laenger als einem halben Jahr davon, ihn wegen Hochverrats unter Anklage zu stellen. Aber kein Verteidiger findet sich in Deutschland, der bereit waere, Thaelmanns Interessen wenigstens im Rahmen der dort geltenden Strafprozessordnung wahrzunehmen. Vergeblich hat sich Frau Thaelmann an eine Reihe von Berliner Anwaelten gewandt. Alle haben die Uebernahme der Verteidigung abgelehnt. Aber die Absicht der deutschen Regierung, Thaelmann jedes Rechtsbeistands zu berauben, wird von den Anwaelten des Auslandes durchkreuzt werden. 35 franzoesische Anwaelte haben sich, auf Aufforderung der Internationalen Juristischen Vereinigung, bereit erklaert, die Verteidigung Thaelmanns zu uebernehmen. Sie werden sich an den Praesidenten des Reichsgerichts wenden und die Zulassung als Verteidiger Ernst Thaelmanns beantragen.

Ehm Welk im Konzentrationslager?

Paris, 4.5. (INPRESS): Das Pariser "Journal" meldet aus Berlin: "Es kursiert das Gerucht, dass der bekannte Schriftsteller Ehm Welk, der den in der/"Gruenen Post" erschienenen Artikel gezeichnet hatte, in dem die Pressepolitik des Propagandaministers Dr. Goebbels scharf, aber gerecht kritisiert wurde, verhaftet und ins Konzentrationslager Oranienburg gebracht worden ist."

/auf drei Monate verbotenen

Tschechische Intellektuelle fuer deutsche Emigranten.

Prag, 4.5. (INPRESS): Eine Gruppe bekannter tschechischer Kulturarbeiter, darunter die Schriftsteller Nezval, Olbracht, Vanzura usw. unterrichteten sich auf Grund von Besuchen ueber die Lage der deutschen Emigranten in der Tschechoslowakei. Nach den Feststellungen, die sie getroffen haben, halten sie Hilfe fuer unerlaesslich. Sie ergreifen die Initiative zu einer breiten Hilfsaktion fuer die deutschen Emigranten.

Frauen von Antifaszisten werden gepeitscht.

Es werden immer wieder Fälle bekannt, wo Frauen illegal in Deutschland lebender, oder sich in der Emigration befindlicher Antifaszisten von der Gestapo als Geiseln verhaftet wurden, um längere oder kürzere Zeit im Gefängnis festgehalten zu werden.

Die Frauen sind dort vielfach derselben grausamen Behandlung unterworfen, wie die männlichen politischen Gefangenen. Sie werden auf das zynischste beleidigt und auch tatsächlich mißhandelt. Auf jede Weise wird den Frauen das Leben zu Hölle gemacht. um sie zu Gerständnissen über den Aufenthalt ihres Mannes zu bewegen. Auch zur Aufindigmachung der Lagerstätten illegalen Materials und zur Feststellung der Mitarbeiter aktiver Antifaszisten wurde diese schamlose Prozedur gegen Frauen wiederholt zur Anwendung gebracht.

DF

23-12-34

Die Gestapo „vernimmt"

Man schreibt uns aus Westfalen: Die Gestapo bedient sich barbarischer Mittel. In Dortmund in der Steinwache sind Verbrechermethoden der Gestapo üblich, die im Ruhrgebiet lebhaft besprochen werden. Die Inhaftierten liegen die ersten Tage vielfach in einem Keller. Hier sollen die Häftlinge durch Dunkelheit, ungenießbares Essen und die fürchterlich stinkende Luft der Kloiettteimer für das Verhör vorbereitet werden. Ist das Verhör erfolglos dann führt man die Leute in die Keller zurück. Sie müssen die Hände im Nacken ineinanderlegen. Dann legt man ihnen eine Decke über den Kopf, die man unter den Arm des Häftlings mit einem Strick oder Lederriemen zusammenzieht. Diese Präparierung der Opfer geschieht, um sie wehrlos zu machen und ihr Schreien zu dämpfen. Die Bestien schlagen nun mit Stöcken, Gummiknüppeln oder langen Lederpeitschen auf ihre Opfer solange los, bis diese zusammenbrechen, unter sich urinieren und sich mit eigenem Kot beschmutzen. **Einer der wüstesten Schläger ist der ehemalige Schupobeamte Korsebaum**, der jetzt Dienst in der Gestapo tut.

Meldungen aus anderen westdeutschen Städten besagen, daß die Verhöre nicht durch Mißhandlungen begleitet sind

DF 30-11-34

Schupos schreiben der „Deutschen Freiheit"

Wie die sächsische Gestapo ausgebildet wird

Von Mannschaften der sächsischen Schutzpolizei erhielten wir auf Umwegen folgenden Bericht:

Nachwuchs der Gestapo

In Sachsen wurden junge Männer, die noch nicht fünfundzwanzig Jahre alt sind und unverheiratet sein müssen, für die politische Polizei angeworben. Nachdem alle gründlich untersucht worden waren, blieben von den Gemeldeten achtzig übrig, die für tauglich befunden wurden und Gestellungsorder für den 1. September bekamen. Die Untersuchung nahm ein SS-Standartenarzt vor. Grundbedingungen waren: Nicht unter 1,70 Meter groß, rein arischer Abstammung, 1 Jahr Arbeitsdienst geleistet, kerngesund sein. Bei der Anwerbung lauteten die anderen Eintrittsbedingungen: Nach vier Wochen Probedienst Verpflichtung auf zwei Jahre Unter diesen Umständen glaubten die jungen Leute, sich eine einigermaßen gesicherte Existenz für die nächste Zeit gründen zu können, und als sie den Befehl zum Einrücken auf den 1. September bekamen, fuhren sie mit geschwellter Brust gen Dresden, wohin sie beordert waren. Fahrgeld sowie Zehrgeld für die ersten zehn Tage mußten sie aus eigenen Mitteln beschaffen. Das war die erste bittere Pille, aber die wurde immerhin gern geschluckt. Der Glaube an die Existenz für die nächsten zwei Jahre versüßte den bitteren Beigeschmack. In Dresden aber pfiff ein anderer Wind. Die bei der Anwerbung zugesicherte Verpflichtung auf zwei Jahre wurde umgeändert in eine Verpflichtung auf fünf Jahre. Und die Behandlung der jungen Anwärter war derart roh und gemein, daß fünfzig von den achtzig verzichteten und sofort wieder nach Hause fuhren. Die übrigen dreißig wurden zur Ausbildung nach Sachsenburg, einem der sächsischen Konzentrationslager, transportiert.

„Viehisch verrohte SS.-Bande"

Was nun begann, dafür gibt es keinen Vergleich, selbst nicht bei den übelsten preußischen Rekrutenschindern der früheren Militärzeit. Das Ausbildungspersonal für diese Gestapo ist viehisch verrohte SS.-Bande. Man sieht unter diesen SS.-Leuten nicht ein einziges Gesicht, das einigermaßen menschliche Züge aufweist. Die Rohheit, Gemeinheit, Brutalität, ja der Mord, steht diesen SS.-Leuten allen auf den Gesichtern geschrieben. Der die Ausbildung leitende Obertruppführer ist für unter seinem Titel „Herr Obertruppführer" bekannt. Er bewohnt die Villa, die zu der ehemaligen Fabrik, in der das Lager eingerichtet ist, gehört. Seine Hauptbeschäftigung ist, seine zwei Reitpferde zu reiten, die Schutzgefangenen zu schikanieren und den Ausbildungstrupp auf SS.-Mordpraxis zu dressieren.

Unter dem Eindruck des ersten Tages, wo die Gestapo-Volontäre mit den ordinärsten Schimpfnamen belegt wurden, wie Rindviecher, Schweine, Rotzlöffel usw., verging von den dreißig neuen Anwärtern bereits zwanzig die Lust, vier Wochen Probezeit auszuhalten. Schon am ersten Tag rückten diese zwanzig wieder ab, so daß von ursprünglich 80 noch zehn übrig waren. Am zweiten Tag wurden die Leute eingekleidet. Sie erhielten funkelnagelneue SS.-Uniformen, neue Leibwäsche, Stiefel und Schuhe. Sie faßten dieses Zeug auf der Kammer.

Rekrutenschinder

Am frühen Morgen dieses Tages aber hatten sie erst zwei Stunden Morgengymnastik. Und zwar bestand diese in einem 10-Kilometer-Lauf und Freiübungen. Ohne daß auch nur einer für den 10 000-Meter-Lauf trainiert war, wurden sie diese Strecke herumgejagt, bis einer um den anderen zusammenbrach. Ohne Rücksicht wurden sie wieder hochgepeitscht und mußten weiter, bis jeder seine 10 000 Meter abgeschraubt hatte. Und wenn er sie auch nur schleichenden Schrittes bezwang und am Ziele wiederum zusammenbrach. Je öfter sie die Kräfte verließen, um so roher wurden sie behandelt. Ganz toll war auch die Gymnastik, die mit ihnen betrieben wurde, nachdem sie ein wenig verschnauft hatten. Kniebeugen bis zum Umsinken, im Liegestütz Armbeugen und Strecken bis zum Schwarzwerden vor den Augen waren die mit ihnen betriebenen Uebungen. Vor Wut und Schmerz haben sie beim Armbeugen das Gras mit den Zähnen abgebissen.

Am dritten Tage faßten sie funkelnagelneue Gewehre, Seitengewehre, Patronentaschen, Leibriemen und alles, was zur Ausrüstung gehört. Die Gewehre waren noch ungebraucht, die Schäfte noch nicht eingeölt. Anschließend hatten sie Gewehrunterricht, mußten die Schäfte einölen, das Gewehr auseinandernehmen und wieder zusammenbauen. Unterricht gab es im Gebrauch aller Feuerwaffen, besonders auch im Maschinenpistolenschießen. Am gleichen Tage gab es auch wieder Exerzierdienst. Zwei Stunden lang übten sie Grundstellung, Stramm, mit durchgedrückten Knien standen sie, durften sich nicht rühren, während die, die sie drillten, von Mann zu Mann gingen und korrigierten, aber wie! „Wie alt sind Sie Schwein?" wurde ein Mann angeschnauzt. „24 Jahre," antwortete der. „Erst 24 Jahre und da zitterst Du Sau? Ich werde Dich schon Mores lehren!" war die Erwiderung des Vorgesetzten. Jedes zweite Wort der Vorgesetzten, das sie redeten, war irgendein gemeiner Kraftausdruck wie Schwein, Sau, Rindvieh, Saufehlimmel, Rotzlöffel u. a. Und wehe dem, der sich dagegen auflehnt.

Standrecht im Lager

Im Lager herrscht das Standrecht und nach ihm allein wird abgeurteilt an Ort und Stelle. Ein Kontrollorgan kennt man nicht. Im Laufe der letzten zwei Monate hatte man in der Presse gelesen, das Konzentrationslager Sachsenburg sei aufgelöst und ebenso auch die Lager Colditz wie Hohnstein. Aber das Lager Sachsenburg besteht noch, wie auch die anderen Lager. Die deutsche Oeffentlichkeit ist also regierungsamtlich belogen worden. In Sachsenburg werden die Schutzhäftlinge durch SS-Posten, die mit Gewehren bewaffnet sind, bewacht und zur Arbeit in den Steinbruch gebracht. Bei Außendienst hat die SS. das Bajonett aufgepflanzt. Im Lager selbst lassen sich die SS.-Leute nur von den Schutzhäftlingen bedienen. Diese heißen hier nur „Schwung". Der Schwung muß der SS.-Leuten die Stiefel putzen, die Kleider bürsten, muß ihnen Kaffee- und Mittagstisch decken und sie jederzeit bedienen. Der Schwung ist sozusagen der Bursche des SS.-Mannes. Auch die Anwärter wurden von einem Schwung, also einem Schutzhäftling, bedient. Einmal bat ein Anwärter bei einer Mahlzeit zu ihm: „Bitte, geben Sie mir mal ein Stück Brot her." Sofort schaltete sich die SS.-Meute ein: „Du großes Schwein, gib mal rasch Brot her, aber lebhaft, sonst trete ich Dir in den Arsch, beißt das hier verstehen Sie?" wurde der Anwärter belehrt.

Die Herren Mörder

Geradezu ungeheuerlich ist die Unterhaltung der SS.-Leute. Ganz frei erzählen sie sich bei Tisch usw. über ihre Mordtaten. Und machen dabei sich über ihre Opfer lustig, die „feige gezittert" hätten, als sie an die Wand gestellt wurden. Von ihren Opfern reden sie nur als von den schwarzen Schweinen, die gefillt werden mußten, weil es Mutschmann oder irgendein anderer hoher Führer der NSDAP. wollte. —

Daß man Briefe an seine Angehörigen senden kann, ist nur nach vorheriger Kontrolle möglich. Kein Brief geht ungeöffnet aus dem Lager, und daher ist es kaum möglich, daß etwas von den grauenerregenden Lagerzuständen in die Oeffentlichkeit gelangen kann. Der Verfasser selbst erkrankte noch vor Ablauf der vier Wochen Probezeit und kam daher zur Entlassung. Aus näherer Kenntnis der Dinge vermag er kein anderes Urteil zu fällen als dies:

Wer glaubt, daß die Ausbildung für die Gestapo nach menschlich-anständigen und gesitteten Grundsätzen erfolgt, irrt sich gewaltig. Denn das Ausbildungspersonal ist schlimmer als wildes Getier und erzieht keine Menschen, sondern entmenschte Bestien.

Wer diese Ausbildungszeit übersteht und sich nach solchen Methoden zum Gestapo-Beamten machen läßt, der ist dann natürlich auch darnach. Und das ist ja beabsichtigt. Die verhafteten Sozialisten in den sächsischen Polizeigefängnissen wissen darüber Bescheid.

M. Hugenberg n'a pas disparu

Berlin, 22 février. — Un journal anglais ayant publié une information d'après laquelle M. Hugenberg aurait disparu depuis le congrès de Nuremberg, en septembre dernier, on déclare à Berlin que cette nouvelle est purement fantaisiste. On rappelle que M. Hugenberg assistait, il y a un mois à l'assemblée générale d'une grande société cinématographique et que tout récemment le chancelier Hitler lui a adressé des vœux pour son anniversaire.

„Greuellügen am Pranger"

Ein demütiger Rückzug

Prag, 10. April. (Inpreß.) Die deutschnationale „Sudetendeutsche Tageszeitung" hatte im vorigen Jahr die Berichte des Schriftstellers Egon Erwin Kisch, die nach seiner Haftentlassung und Ausweisung aus Deutschland erschienen, als „erlogen" bezeichnet. Kisch verklagte das Blatt, um den Hitlerpropagandisten Gelgenheit zu geben, vor Gericht nachzuweisen, daß die von ihm veröffentlichten „Greuelnachrichten" unrichtig seien.

Jetzt hat die „Sudetendeutsche Tageszeitung" ihre damalige Behauptung auf Grund eines außergerichtlichen Vergleichs öffentlich widerrufen, weil sie es auf die Durchführung des Prozesses nicht ankommen lassen wollte. Die in ihrem Blatt veröffentlichte Erklärung hat folgenden Wortlaut: **„Greuellügner am Pranger**

Unter diesem Titel brachten wir in unserm Blatte vom 16. Mai 1933 einen Artikel, der heftige Angriffe gegen den Schriftsteller Egon Erwin Kisch enthielt, durch welche sich Herr Kisch mit Recht beleidigt fühlen konnte. Diesen Artikel haben wir aus einem Berliner Pressedienst entnommen. Da wir uns von der Unhaltbarkeit der in diesem Artikel gegen E. E. Kisch erhobenen Angriffe überzeugt haben, erklären wir hiermit, daß wir uns mit diesen Angriffen nicht identifizieren können und widerrufen darum mit dem Ausdruck des Bedauerns alle gegen E. E. Kisch erhobenen Angriffe und Beleidigungen, selbstredend auch die Beschuldigung der Verbreitung von Greuellügen über Deutschland. Die Redaktion."

Ferner verpflichtete sich das Blatt, außer den bereits entstandenen Prozeßkosten einen Sühnebetrag in Höhe von 1000 Kronen für die Unterstützung von Emigranten zur Verfügung zu stellen.

SA.-Leute schänden eine Synagoge in Westfalen

Zwölf große und künstlerisch wertvolle Fenster der Synagoge zu Beverungen in Westfalen wurden zertrümmert, die Tür der Synagoge wurde aus den Angeln gehoben. Wie die Polizei mitteilt, sind als die Täter Mitglieder der SA.-Sportschule in Beverungen ermittelt worden.

De nombreuses personnalités britanniques demandent la mise en liberté des pacifistes allemands emprisonnés

Londres, 12 juillet. — De nombreuses personnalités britanniques appartenant à toutes les classes de la société ont apposé leur signature sur un document adressé à M. Hitler, lui demandant la mise en liberté des pacifistes allemands actuellement détenus prisonniers dans les camps de concentration.

Le document adressé au chancelier du Reich, est signé notamment par l'évêque de Birmingham, lord Ponsonby, sir Walter Layton, le doyen de Canterbury, M. J.-E. Priestley, etc.

Sozialdemokratisches Heldentum

Ein Mann und braune Schufte

M. Frey. 12. V. 34.

h. h. Der ehemalige braunschweigische Landtagsabgeordnete der Sozialdemokratie, Otto Thielemann, ein allezeit mutiger und temperamentvoller Kämpfer gegen die braune Barbarei, wird von seinen nationalsozialistischen Gegnern nun seit mehr als einem Jahr ununterbrochen malträtiert und gehetzt.

Gleich nach der Besetzung des braunschweiger Parteihauses im März vorigen Jahres wurde Thielemann von bewaffneten SA.-Leuten festgenommen und in dem als SA.-Kaserne eingerichteten Parteihause fürchterlich zugerichtet. Da Thielemanns Zustand es seinigen Peinigern nicht gestattete, ihr Opfer in die Oeffentlichkeit zurückkehren zu lassen, wurde er nach den Mißhandlungen, wie so viele andere, in das Kreisgefängnis gesteckt.

Nachdem seine Wunden geheilt waren, glückte es einem braunschweiger Rechtsanwalt, ihn aus seiner „Schutzhaft" zu befreien. Thielemann hielt sich danach vorerst in Hannover, später in Hamburg auf, ständig von den braunen Spürhunden verfolgt. Endlich hatten diese seinen neuen Aufenthaltsort ausfindig gemacht. Eines Tages fuhr in Hamburg ein Kraftwagen mit braunschweiger Nazis vor, die Thielemann in ihren Wagen schleppten und mit ihm verschwanden.

Die Fahrt ging durch die Lüneburger Heide. Mitten in der unbewohnten Heide zwangen die SA.-Leute den Genossen Thielemann, während einer Fahrtpause abzusteigen und ein Stück allein voranzugehen. Dann wurde ein Fluchtversuch „angenommen" und Thielemann von den Hilfspolizisten beschossen. Er trug eine ernste Beinverletzung davon, an der er heute noch leidet. Seine Ermordung wurde damals nur durch das Dazwischenkommen andrer Autofahrer verhindert, die das Lastauto, auf welches Thielemann nach diesem Vorgang geschleift wurde, bis Braunschweig nicht mehr aus den Augen ließen.

Nach der Ankunft in Braunschweig wurde Th. erneut ins Gefängnis, in „Schutzhaft" gesperrt, da man trotz monatelangen Suchens nichts fand mit Hilfe dessen man ihm hätte einen Strafprozeß machen können.

Vor ungefähr einem halben Jahr schrieb ein hoher Naziwürdenträger in einer offiziellen Parteimitteilung sinngemäß, es sei sehr fraglich, ob Thielemann das Gefängnis überhaupt einmal wieder verlassen würde. Der Verhaftete hat trotz seiner Verletzung und aller Qualen auch im Gefängnis den Mut nicht sinken lassen. Als man ihm Leseerlaubnis zubilligte, bekam er aus der Gefängnisbibliothek ein Werk, das sich mit der Novemberrevolution beschäftigte. In diesem Buche war ein Satz enthalten, der lautete:

„Noch nie ist das deutsche Volk so belogen worden, wie im Jahre 1918."

„Sehr wahr! Wie im Jahre 1933!"

Daraufhin schrieb Thielemann an den Rand der betreffenden Seite:

Das sollte ihm zum Verhängnis werden. Er hatte sich wegen dieser Randglosse am 21. April vor dem Braunschweigischen Sondergericht zu verantworten. Das Delikt lautete auf Schädigung des Ansehens der Reichsregierung.

Der Vorsitzende des Sondergerichts, der sattsam bekannte Blut-Lachmund, begrüßte den Angeklagte mit den Worten: „Angeklagter, wissen Sie, daß Sie im Volksmund als „Lügen-Thielemann" bekannt sind?"

Als Thielemann das verneinte, beharrte der Herr Landgerichtspräsident:

„Aber Sie sind doch mit diesem Beinamen in rechtsstehenden Zeitungen so genannt worden!"

Thielemann hielt zu der Anklage eine mutige Verteidigungsrede, in der er gründlich auf seine politische Einstellung einging und sich zur Sozialdemokratie bekannte. Er sei Sozialdemokrat, weil er es sich zur Lebensaufgabe gestellt habe, dem Frieden zu dienen.

Zu der Beschuldigung selbst betonte er, daß er zu der in der Randglosse wiedergegebenen Meinung nach wie vor stehe. Er habe damit die Verlogenheit der bürgerlichen Presse kennzeichnen wollen, die besonders im Jahre 1933 immer wieder behauptet habe, die Sozialdemokratie sei für den Ausgang des Weltkrieges verantwortlich.

Der Staatsanwalt Ahrens betonte dagegen, daß Thielemann mit seiner Bemerkung „ganz offenbar" die Reichsregierung gemeint habe, deren Ansehen durch dieses Vorgehen auf das schwerste geschädigt worden sei. Bei der Strafzumessung müsse die Persönlichkeit des Angeklagten berücksichtigt werden. Thielemannn sei durch seine Hetzartikel, die er jahrelang als Redakteur des „Volksfreund" anwandte, hinreichend gekennzeichnet. Der nationalsozialistische Staat müsse es sich verbitten, von Leuten wie Thielemann in dieser unerhörten Art angegriffen zu werden. Wenn das der Angeklagte noch nicht in der Schutzhaft begriffen habe, so müsse er es in der Strafhaft lernen.

Der Strafantrag lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Das Sondergericht folgte diesem Antrage und verurteilte Thielemann entsprechend. In der Urteilsbegründung führte Blut-Lachmund aus, daß der Angeklagte ein lebendes Beispiel dafür sei, wie das Volk zur Zeit der marxistischen Herrschaft verhetzt und belogen wurde. Irgendwelche Milde habe der Angeklagte bei der Schwere des Falles nicht verdient, daher sei die Strafe von drei Jahren Gefängnis als angemessen anzusehen.

Der Fall Thielemann ist typisch für die Rechtspflege im „dritten Reich". Zugleich aber zeigt er uns, daß unsere alten Kämpfer trotz der furchtbaren Quälereien und Verfolgungen, die sie über sich ergehen lassen müssen, treu zur Fahne des Sozialismus stehen!

COMITÉ INTERNATIONAL
POUR LA LIBÉRATION
DE DIMITROF, THÆLMANN
ET DE TOUS LES ANTIFASCISTES EMPRISONNÉS

INTERNATIONAL COMMITTEE
FOR THE LIBERATION
OF DIMITROF, THÆLMANN
AND ALL THE IMPRISONED ANTIFASCISTS

INTERNATIONALES
BEFREIUNGSKOMITEE
FUER DIMITROF, THÆLMANN
UND ALLE EINGEKERKERTEN ANTIFASCHISTEN

Présidents d'honneur : ANDRÉ GIDE
Honorary Chairmen : ET
Ehrenpraesidenten : ANDRÉ MALRAUX

10, RUE NOTRE-DAME-DE-LORETTE
PARIS-IX•
TÉLÉPHONE : TRUDAINE 52-70

Sonderausgabe des Bulletin Nr.5

Aus dem Inhalt :

1. Carl von Ossietzki stirbt !
2. Hans Fladung verschollen!
3. Lambert Horn in den Haenden der Gestapo .
4. Mordprozess gegen Albert Kunz.
5. Die Qualen Erich Muehsams.
6. Theo Neubauer schwer krank im Konzentrationslager.
7. Ein Totkranker im Gefaengnis.
8. Hilfe fuer Willi Kasper.
9. Lebt Karl Olbrisch noch ?
10. Bruno Peterson verschwunden.

- -

An alle Redaktionen !
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Die im hartnaeckigen Kampfe der Hitlerdiktatur abgerungene Befreiung Dimitroffs, Popoffs und Taneffs zeigt, dass der Kampf fuer Leben und Freiheit gefaehrdeter deutscher Antifaschisten mit Erfolg gefuehrt werden kann. Noch sind Hunderte in unmittelbarer Lebensgefahr. Dem Kampf fuer ihre Freiheit und ihr Leben ist diese Sondernummer des Bulletins des IBK gewidmet. Hitler soll merken, dass die Augen der Welt nach wie vor auf das Mordhandwerk seiner SA und SS- Garden gerichtet sind und dass dieselben Millionen, die fuer Dimitroff auf den Plan traten, unerschuetterlich bereit sind, mit derselben Energie und Entschlossenheit Leben und Freiheit all der unbekannten heldenhaften Dimitroffs zu verteidigen, die an vorderster Front im antifaschistischen Kampf gegen die Hitlerdiktatur standen.
Wir bitten die Redaktionen, das Material dieses Bulletins laufend zu veroeffentlichen. Jede Publikation ist Hilfe fuer die vom Tode bedrohten Antifaschisten. Jede Alarmierung der Oeffentlichkeit, insbesondere durch die Presse, ist von groesster Bedeutung fuer ihre Rettung !

Carl von Ossietzki stirbt !
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Carl von Ossietzki, als Pazifist und begabter radikaler Schriftsteller den Nazis seit langem verhasst, gehoert zu denjenigen, die als Opfer der provokatorischen Brandstiftung im Reichstag durch die Nationalsozialisten verhaftet und ins Konzentrationslager geschleppt wurden. Selbst die staerksten Arbeiter ueberstehen nicht ohne schwere Schaedigung ihrer Gesundheit den Aufenthalt in diesen "neudeutschen Erziehungsanstalten". Mit noch groesserer Wucht lastet der militaerische Drill, die unbarmherzige Antreiberei in einem solchen Lager auf dem intellektuellen Schriftsteller Carl von Ossietzki. Sein Schicksal ist um so tragischer, als er bereits Ende des Jahres 1931 wegen angeblichen Verrats militaerischer Geheimnisse fuer einen Artikel, den er nicht einmal geschrieben hatte, zu 1 1/2 Jahren Gefaengnis verurteilt wurde. Der Verfasser floh vor der drohenden Strafe ins Ausland, Ossietzki, tapfer und aufrecht fuer seine Gesinnung einstehend, stellte sich dem Gericht und verbuesste fast die ganze Strafe.
Die wenigen Menschen, die Gelegenheit hatten, Ossietzki jetzt zu sprechen, schildern ihn als einen gebrochenen Menschen, der am Rande seiner Kraefte ist. Das Internationale Befreiungskomitee fuer Thaelmann und alle eingekerkerten Antifaschisten appelliert insbesondere an alle Schriftsteller- Organisationen der Welt, sich Carl von Ossietzki's anzunehmen und nicht zu dulden, dass er, wie so viele andere, seinen Leiden im Konzentrationslager erliegt. Allein eine wuchtige Protestbewegung ist imstande, das Leben dieses aufrichtigen Mannes zu retten .

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Hans Fladung verschollen !
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Ende Oktober 1933 wird in Berlin der Arbeiter Hans Fladung verhaftet. Das ist das Letzte, was wir von ihm wissen. Nur einmal wird das Dunkel, das seitdem um ihn ist, zerrissen. Entlassene berichten von furchtbaren Folterungen, denen er ausgesetzt ist. Den Werktaetigen des Niederrheinischen Industriegebietes war Hans Fladung als ein eifriger und unermuedlicher Vorkaempfer auf dem Arbeitsgebiet der proletarischen Kulturorganisationen bekannt. Ihm, dem Sohn der Arbeiterklasse, der eisern an seiner Selbstbildung arbeitete, gelang es, grosse Teile der niederrheinischen Intelligenz in die antifaschistische Bewegung hineinzuziehen. Im Reichstag, dem er angehoerte, trat er als Vertreter seiner Partei des oefteren als Redner in kulturpolitischen Fragen auf und seine kuehne Sprache gegen den Kulturbarbarismus der dunkelsten Reaktion haben ihm die Nazis nicht vergessen. Sein Leben ist in unmittelbarer Gefahr, weil er, ohne auch nur einen Augenblick zu zoegern, sofort in der vordersten Reihe des illegalen antifaschistischen Kampfes gegen die Hitlerdiktatur stand. Ihm droht, wie das bei Hunderten geschah, "auf der Flucht " ermordet zu werden. Die Nazihenker sollen wissen, dass das Weltproletariat aufmerksam das Schicksal Fladungs verfolgt und nichts unversucht lassen wird, um durch seine Aktionen das Leben dieses tapferen antifaschistischen Kaempfers zu retten .

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Lambert Horn in den Haenden der Gesta[illegible] .
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Seit Ende vorigen Jahres sitzt im Gebaeude der Geheimen Staatspolizei in Berlin, immer wieder aufs schwerste misshandelt, der niederrheinische Arbeiter Lambert Horn. Kein Schrei des Gequaelten kann durch die Mauern seiner Hoelle dringen, so meinen seine Peiniger. Sie irren sich ! Es ist durch den Mund von SA-Leuten, die die Menschenschinderei nicht mehr mitansehen konnten, bekannt geworden, dass man von Lambert Horn unter allen Umstaenden Aussagen erpressen will, oder, so haben die Oberpeiniger es woertlich gesagt, "er soll krepieren".

Lambert Horn, 35 Jahre alt, stammt aus einer Arbeiterfamilie und arbeitet seit seiner fruehesten Jugend in der antifaschistischen Arbeiterbewegung. Ein Grund mehr fuer die Nazis, ihn physisch zu vernichten. Da Lambert Horn bereits als schwer lungenkranker Mensch in Haft genommen wurde, besteht fuer sein Leben unmittelbare Gefahr. Das darf nicht geduldet werden ! Im Zeichen des Befreiungskampfes fuer Thaelmann verhindert den geplanten Mord ! Zeigt den Nazis, dass sie, wenn sie ihre blutige Drohung wahrmachen wollen, auf den erbitterten Widerstand und die Solidaritaetsaktionen der werktaetigen Massen in allen Laendern stossen !

- - - - - - - - - - - - - - - - - - - -

Mordprozess gegen Albert Kunz .
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Gegen Ende vorigen Jahres wurde in Frankfurt a.M. Albert Kunz verhaftet. Er wurde sofort so viehisch misshandelt, dass er, um am Leben zu bleiben, in ein Krankenhaus ueberfuehrt werden musste. Jeder, der die"Menschenfreundlichkeit" der Nazis gegen ihre politischen Gegner kennt, fragte sich sofort: " Warum liessen sie ihn nicht sterben ?" Sie liessen ih nicht sterben, um ihn hinrichten zu koennen ! Nach seiner Genesung naemlich ueberfuehrten sie ihn zur Geheimen Staats - polizei in Berlin, wo seit Wochen durch neue Folterungen versucht witd, von ihm Aussagen ueber seine angebliche Beteiligung an der Ermordung zweier Polizeioffiziere im August 1931 zu erpressen. Sie haben ihn noch nicht getoetet, weil sie ihn in einem ungeheuren Monstreprozess "legal" aufs Schafott bringen wollen. Wie in so vielen Prozessen werden sie sich gegen Kunz gekaufter Subjekte und Spitzel bedienen, um auf deren Aussagen gestuetzt, ihr Ziel zu erreichen. Diese Schandplaene muessen schon jetzt entlarvt werden. Schon jetzt muss eine Mobilisierung der Betriebsarbeiter und Gewerkschaftler in Angriff genommen werden, in der die niedertraechtigen Prozessmethoden der faschistischen Justiz vor den Arbeitern enthuellt werden. Schon jetzt ! Denn mit Albert Kunz wird eine ganze Reihe aufrechter und tapferer Antifaschisten angeklagt, und der neue geplante Justizmord kann nur durch die Massenaktion der Arbeiter aller Laender verhindert werden .

- - - - - - - - - - - - - - - - -

Die Qualen Erich Muehsam's.
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Mit zu den ersten Verhafteten in den Maerztagen nach Hitlers Regierungsantritt gehoert der den Nationalsozialisten wie so viele andere

Ein Todkranker im Gefaengnis.
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Klaus Neukrantz gehoert zu der grossen Zahl derer, die in den ersten nach Hitlers Regierungsantritt folgenden Tagen verhaftet wurden. Sein "Verbrechen" : Er hat anlaesslich der blutigen Maitage des Jahres 1929 ein Aufsehen erregendes Buch "Barrikaden am Wedding " geschrieben, in dem besonders der ehemalige sozialdemokratische Polizeipraesident Zoerrgiebel von Berlin fuer die furchtbaren Exzesse der Polizei in jenen Tagen verantwortlich gemacht wird. Jetzt sind es die Nationalsozialisten, die Neukrantz wegen seiner Angriffe auf die Polizei ins Gefaengnis geworfen haben und ihm einen Prozess wegen "Hochverrats" gegen den Staat machen wollen .
Der begabte Schriftsteller und Journalist Neukrantz fand von der aeussersten Reaktion den Weg zur revolutionaeren Arbeiterschaft. Im Kriege wurde er Offizier und kam nach einem Gasangriff mit zerfressener Lunge wieder in die Heimat. Zu wiederholten Malen erkrankte er im Laufe der Nachkriegszeit so schwer, dass seine Freunde jede Hoffnung fuer sein Leben aufgaben. Auch im letzten Jahre des Gefaengnislebens erlitt er mehrere Blutstuerze. Nichts geschah,um den Todkranken und Haftunfaehigen in Freiheit zu setzen. Vornehmlich an die Schriftsteller der Welt ergeht unser Appell, sich sofort durch Proteste ihrer Organisationen und Einzelproteste zu wenden, um die sofortige Freilassung ihres todkranken Kollegen zu fordern und fuer sie zu kaempfen !

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Hilfe fuer Willi Kasper !
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Im Konzentrationslager Brandenburg schmachtet seit nunmehr einem Jahre der ehemalige Fraktionsleiter der Kommunisten im Preussischen Landtag Willi Kasper. Die Nazifuehrer koennen ihm seine mutige und unerschrockene Entlarvung ihres Volksbetruges im Parlament nicht verzeihen.
Seit einem Jahre gehoert Willi Kasper zu denen, die am staerksten zu leiden hatten. Die Zahl seiner Misshandlungen ist wiederholt der Oeffentlichkeit bekannt geworden. Mehrere Male brachten die "Times" und andere englische Zeitungen aufsehenerregende Mitteilungen ueber die Behandlung, die Willi Kasper zuteil wurde.
Willi Kasper ist am Rande seiner koerperlichen Widerstandskraft angelangt. Alle Berichte ueber ihn sind ein einziger Hilfeschrei. Er wird das "nationale" Erziehungsregime nicht ueberleben, wenn nicht baldigst seine Befreiung erfolgt. In den Betrieben, in den Gewerkschaften fordert in Protesttelegrammen seine sofortige Befreiung ! Bildet Thaelmann-Befreiungskomitees als Kampforgane fuer die eingekerkerten deutschen Antifaschisten !
Rettet Willi Kasper !

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Lebt Karl Olbrisch noch ?
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Durch Verrat eines Lumpen geriet Karl Olbrisch bei Ausuebung seiner illegalen Taetigkeit fuer die antifaschistische Bewegung in Deutschalnd im Mai vorigen Jahres in Berlin in die Haende der Nationalsozialisten. Seine Misshandlungen sind mit Worten nicht zu schildern. Es mag genuegen mitzuteilen, dass man, um ihn ueberhaupt am Leben zu erhalten, ihn wochenlang in ein sog. Wasserbett legte, da jede andere Lage dem totwund geschlagenen unertraegliche Schmerzen bereitete.
Karl Olbrisch ist als Sohn von Bergarbeitern im Ruhrgebiet geboren. Er erlebte in seiner Jugend das grausame Los der proletarischen Jugend, freudlos ohne die Lichtseiten des Lebens kennen gelernt zu haben, als Sklave des

Kohlenkapitals zu leben und zu sterben. Er suchte und fand den Weg zur marxistischen Arbeiterbewegung. Er gehoert zu den besten Arbeiterelementen, die die revolutionaere Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Mutig und unerschrocken stand der nunmehr Dreissigjaehrige seit seinem 16.Lebensjahre immer in der vordersten Front des Kampfes. Die Arbeiter, die ihn kennen lernten, liebten ihn und achteten in ihm trotz seiner grossen Jugend den von ihnen erwaehlten Vorkaempfer.
Zur Zeit weiss man nicht, wo Karl Olbrisch gefangen gehalten wird. Das Internationale Befreiungskomitee fuer Thaelmann und alle eingekerkerten Antifaschisten wird nichts unversucht lassen, um die Werktaetigen aller Laender zum Kampf fuer die Rettung von Leben und Freiheit dieses mutigen jungen Revolutionaers zu mibilisieren.

- - - - - - - - - - - - - - - - - - - -

Bruno Peterson verschwunden !
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Im Dezember vorigen Jahres wird in Berlin zur gleichen Zeit, in der John Scheer, den man jetzt in Nowawes ermordete, der Verlagsangestellte Bruno Peterson verhaftet.
Auffaellig war gleich, dass auch sein Name von der Nazipresse, die sonst nicht schreiend genug von Verhaftungen berichten kann, nicht genannt wurde. Alle Befuerchtungen ueber dieses verdaechtige Schweigen haben sich leider nur zu sehr bewahrheitet. Nach seinen ersten Misshandlungen von denen wir wissen, wurde Peterson im Reichstagsbrandprozess als Zeuge vernommen. Dort machte er aufrecht und standhaft seine Aussagen. Auslaendische Journalisten waren entsetzt und empoert ueber sein Aussehen. Kopf und Gesicht --- mehr war im Gerichtssaal nicht sichtbar --- trugen Spuren furchtbarer Misshandlungen. Nach seinem Auftreten in Leipzig setzte eine Serie grausamster Misshandlungen gegen ihn ein, um aus ihm Aussagen ueber Mitarbeiter und Freunde herauszupressen. Wochenlang wurde er in Berlin in den Raeumen der Geheimen Staatspolizei geschunden. Er wurde von Gefangenen, die spaeter freikamen, in unbeschreiblichem Zustande gesehen. Gesicht und Koerper waren zerschlagen. Zur Stunde ist sein Aufenthalt unbekannt. Seine Freunde schildern ihnals einen ruhigen und guten Menschen, der sich stets der vollsten Sympathie seiner Mitarbeiter erfreute.
Da er von schwaechlicher Konstitution ist, wird befuerchtet, dass er die Misshandlungen nicht ueberlebt, wenn nicht schnelle Hilfe ihn befreit. Arbeiterorganisationen und Intellektuelle, protestiert und fragt bei der Hitlerregierung an, was mit Bruno Peterson geschehen ist, verlangt seine sofortige Freilassung !

- - - - - - - - - - - - - - - - - - - -

COMITÉ INTERNATIONAL
POUR LA LIBÉRATION
DE DIMITROF, THÆLMANN
ET DE TOUS LES ANTIFASCISTES EMPRISONNÉS

INTERNATIONAL COMMITTEE
FOR THE LIBERATION
OF DIMITROF, THÆLMANN
AND ALL THE IMPRISONED ANTIFASCISTS

INTERNATIONALES
BEFREIUNGSKOMITEE
FUER DIMITROF, THÆLMANN
UND ALLE EINGEKERKERTEN ANTIFASCHISTEN

Présidents d'honneur : **ANDRÉ GIDE**
Honorary Chairmen : **ET**
Ehrenpraesidenten : **ANDRÉ MALRAUX**

10, RUE NOTRE-DAME-DE-LORETTE
PARIS-IX•
TÉLÉPHONE : TRUDAINE 52-70

Bulletin Nr. 6

Aus dem Inhalt :

1. Dimitroffs Dank an alle !
2. Wo ist Ernst Thaelmann ?
3. Torgler soll im Kerker bleiben.
4. Franzoesische Arbeiterdelegation faehrt zu Thaelmann.
5. Dimitroff kennzeichnet die faschistische Justiz in Deutschland.
   a. Wie man es bei der Geheimen Staatspolizei macht.
   b. "Menschlich und gut".
   c. Angeklagt --weiss nicht warum.
   d. Die Massen haben uns und Tausende beschuetzt.
6. Strafrechtsterror in Hitlerdeutschland.

- - - -

"Unsere Konferenz hat folgenden Aufruf an die anderen Betriebe beschlossen :

Kameraden, mobilisiert Eure Kollegen! ... Schickt sofort Delegationen auf die Deutsche Botschaft, um die sofortige Freilassung Thaelmanns zu fordern. Wir bitten Euch, dass Eure ganzen Betriebe folgenden Appell beantworten :

Die Delegierten Kollegen der folgenden Betriebe, Viehhof, Amilcar, Gas, TCRP, Strassenarbeiter, Gare du Nord, Strassenarbeiter linkes Ufer, die hier versammelt sind, haben beschlossen, alles Notwendige in ihren Betrieben zu tun, um die Arbeiter des Landes aufzuruetteln zum Kampf gegen den Faschismus, fuer die Befreiung von Ernst Thaelmann und allen in den Konzentrationslagern eingekerkerten Kameraden. Sie appelieren an alle anderen grossen Unternehmen, sich ihrer Aktion anzuschliessen. Sie beschliessen in der kuerzesten Zeit eine grosse Versammlung der Pariser Arbeiter einzuberufen und bitten alle Kameraden, sie hierbei so viel wie moeglich zu unterstuetzen, um einen grossen Erfolg fuer unseren Kampf gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus.

Das Comité National hat die ganze Vorbereitungsarbeit fuer diese Kampagne auf sich genommen. Wir, die Arbeiter der Betriebe, bitten, die Geldsammlung sofort zu organisieren fuer die Reisekosten der Delegation, die Thaelmann besuchen wird. Die Delegierten

Die internationale Gesellschaft hat unsere Kameraden Dimitroff, Popoff und Taneff befreit. Wenn die deutschen Faschisten glauben, sie koennen sich jetzt an Thaelmann raechen, dann irren sie sich sehr. Unsere Kameraden in Berlin werden Thaelmann wissen lassen, dass die franzoesischen Arbeiter ueber sein Leben und seine Gesundheit wachen und mit ihm fuer seine Befreiung und die Freiheit der deutschen Bauern und Intellektuellen kaempfen;"

- -

Dimitroff kennzeichnet die faschistische Justiz
xxxx

c. Angeklagt, weiss nicht warum.

Im Zusammenhang mit dieser Behandlung moechte ich folgendes sagen: Unser Genosse Taneff konnte kein Wort deutsch. Seine Lage war noch viel schwieriger als unsere. Seine Nerven waren so kaputt. Aber diese Fesseln, dieser Monate lang betriebene moralische Terror konnte das nur zur Folge haben. Er erhaelt die Anklageschrift und versteht kein Wort ! Wochen lang ! Er verlangt einen Uebersetzer, der ihm erst kurz vor dem Prozess gestellt wird. Dieser Dolmetscher uebersetzte Popoff und Taneff nur Teile der Anklageschrift ..... "

d. Die Massen haben uns und Tausende beschuetzt.

Von dieser Kampagne des Auslands und der ganzen Welt haben meine Genossen und ich leider sehr spaet erfahren. Ernst jetzt nach einigen Stunden Anwesenheit hier, erfahren wir in gemeinsamer Besprechung mit den Genossen Vieles, was um uns geschah. Meiner festen Ueberzegung nach war diese Kampagne das Mittel zur Rettung hunderter und tausender revolutionaerer Arbeiter. Nicht nur wir vier, die drei Bulgaren und Torgler, wurden gerettet, sondern hunderte und tausende fuehrende Genossen, die zur Vernichtung bestimmt waren, wie es Goering selbst bei seinen Zeugenaussagen vor Gericht offen erklaerte. Diese Kampagne nahm den Faschisten die Moeglichkeit, eine neue Provokation zu organisieren, um sie zur Vernichtung der fuehrenden Kader des revolutionaeren Proletariats Deutschlands auszunuetzen."

- - - - - - - - - - - - - - - - - - -

Strafrechtsterror in Hitlerdeutschland .

Nachdem schon bisher die Richter der Hitlerregierung in den Prozessen gegen Antifaschisten das Recht mit Fuessen traten und die in allen auf Zivilisation und Kultur Anspruch erhebenden Staaten herrschenden primitivsten Grundsaetze der [illegible] "Rechtsprechung" verhoehnten, soll nunmehr dieses System der Willkuer und der Justizbarberei sanktioniert, durch Gesetz verankert und fuer alle deutschen Gerichte verbindlich gemacht werden.
Wir lesen in der "Deutscher Justiz", Heft No.50 (S. 745/46), dem offiziellen Organ des deutschen und preussischen Justizministeriums :

"In der Bestrafung schuldhaften Verhaltens kann und wird sich aber kuenftig die Aufgabe des Strafrechts nicht erschoepfen. Eine Rechtsordnung, die Gemeinnutz vor Eigennutz durchsetzen will, muss eben ..... eine neue Aufgabe erkennen und stellen : Die Aufgabe der Erhaltung und Sicherung der Volksgemeinschaft, der Gewaehrleistung der Rechtssicherheit... Kannte man bisher lediglich Zumessung einer Strafe auf Grund rueckschauender Beurteilung der Tat, so tritt kuenftig hinzu die Aufgabe der Sicherung der Volksgemeinschaft durch Massnahmen auf Grund einer in die Zukunft schauenden Betrachtung im Interesse der Allgemeinheit."

"Erhaltung und Sicherung der Volksgemeinschaft",3Gewaehrleistung der Rechtssicherheit", das bedeutet Erhaltung und Sicherung der faschistischen Terrordiktatur, Gewaehrleistung der Sicherheit fuer die braunen Terrorbanden. Eine Verurteilung wird also kueftig ausgesprochen werden , ohne dass subjektive oder gar objektive Anhaltspunkte fuer die Bestrafung vorzuliegen haben. Damit sind alle Antifaschisten vollkommen der Willkuer der faschistischen Justiz ausgeliefert.Namentlich in Hinblick auf den kommenden Ernst Thaelmann-Prozess gewinnt diese Methode der"Rechtsprechung" besondere Bedeutung. Unter dem Scheine der strengen Legalitaet soll dieser Prozess dargeboten werden, um einen Protest der Weltoeffentlichkeit moeglichst zu verhindern. Ein Prozessverfahren, und mag es noch so "korrekt" durchgefuehrt sein, ist eine Farce,eine juristische Verlogenheit, wenn das Urteil nach diesen materiellen Terrorgesetzen gefaellt wird. Durch ihren Protest wird die Weltoeffentlichkeit die Hitlerregierung darueber belehren, dass sie diesen Schwindel durchschaut hat und dass an Ernst Thaelmann nicht das wettzumachen ist, was die Hitler und Goering im Reichstagsbrandprozess eingebuesst haben .

- - - - - - - - - - - - - - - - - - -

COMITÉ INTERNATIONAL
POUR LA LIBÉRATION
DE DIMITROF, THÆLMANN
ET DE TOUS LES ANTIFASCISTES EMPRISONNÉS

INTERNATIONAL COMMITTEE
FOR THE LIBERATION
OF DIMITROF, THÆLMANN
AND ALL THE IMPRISONED ANTIFASCISTS

INTERNATIONALES
BEFREIUNGSKOMITEE
FUER DIMITROF, THÆLMANN
UND ALLE EINGEKERKERTEN ANTIFASCHISTEN

Présidents d'honneur : ANDRÉ GIDE
Honorary Chairmen : ET
Ehrenpraesidenten : ANDRÉ MALRAUX

10, RUE NOTRE-DAME-DE-LORETTE
PARIS-IX°
TÉLÉPHONE : TRUDAINE 52-70

Bulletin N°. 9.
Paris, den 20.März 1934.

A u s dem I n h a l t :

1. Ernst Thälmann mit Peitschen misshandelt und gefesselt in der Dunkelzelle.
2. Hilfe für Karl von Ossietzky.
3. Dr. Theodor Neubauer in Lebensgefahr.
4. Warum ein Vater ermordet wurde.
5. Ein Leichnam " auf der Flucht erschossen ".
6. Prinzipielle Ablehnung ausländischer Verteidiger.

= = = =

Dr. Theodor N e u b a u e r in Lebensgefahr!

Die Hitler- Regierung hat auf die öffentlichen Anfragen über das Verbleiben Dr. Neubauers mit Schweigen geantwortet. Die eignen Ermittlungen des BEFREIUNGSKOMITEES haben die alarmierende Nachricht ergeben : Neubauer ist das berüchtigte Konzentrationslager P a p e n b u r g überführt worden. Unser Gewährsmann,der selbst vor 6 Wochen aus einem Konzentrationslager entlassen wurde, erklärte uns : " Wenn man mir mitgeteilt hätte,ich werde nach Papenburg überführt, dann hätte ich mir in der ersten,besten,möglichen Weise sofort selbst ein Ende bereitet- denn was mir Gefangene aus dieser Hölle erzählt haben und so, wie ich einige meiner früheren Freunde an Leib und Seele gebrochen durch einen kürzeren Aufenthalt in Papenburg wiedersah, so war es klar für mich, dass ein normaler Mensch nach einigen Monaten Aufenthalt in Papenburg nicht nur ein Todeskandidat , sondern ein toter Mann ist."

Wir bringen dieses wörtliche Zitat eines antifaschistischen Kämpfers, dessen ganze Arbeit von grossem Mut und persönlicher Tapferkeit zeugte.Daran kann man ermessen,welche Gefahr für Dr. Neubauer, dessen Haare schneeweis geworden sind, der schwer lungenkrank ist, für den bereits im Konzentrationslager Brandenburg einmal ein Sarg bestellt wurde, weil niemand mehr glaubte, dass er die dortigen Misshandlungen überlegen würde,besteht.

= =

W a r u m ein V a t e r ermordet wurde!

Der frühere Berliner Stadtverordnete und Sozialpolitiker Georg STOLT , wurde nach monatelanger Haft wegen buchstäblicher Lebensgefahr auf Grund eines schweren Nierenleidens, Gicht und Rheuma entlassen. Vor einigen Wochen wurde er aus seiner Wohnung Berlin-Alt -Moabit,Rathenowerstrasse mit Gewalt zu einer SA- Kaserne, wo man ihn im Laufe einer Nacht im wahrsten Sinne des Wortes mit Reitpeitschen, Gummiknüppeln und Tritten in die Nieren und Geschlechtsteile, totschlug.

Das BEFREIUNGSKOMITEE erfährt jetzt,dass die Faschisten von dem 60-jährigen Mann, den Aufenthaltsort und die Auslieferung seines eignen Sohnes forderten, der früher in den antifaschistischen Arbeiterorganisationen arbeitete und sich den besonderen Hass der Moabiter Nazis zugezogen hatte.

Weil der Vater sein eignes Kind nicht den faschistischen Henkern an das Messer liefern wollte,wurde er im Laufe von 6 Stunden totgeschlagen.

= =

Ein Leichnam " Auf der Flucht erschossen".

Das BEFREIUNGSKOMITEE meldete in seinem vorletzten Bulletin die merkwürdige Tatsache, dass der Metallarbeiter John SCHEHR,dessen Körper durch entsetzliche ,wochenlange Folterungen im Columbiahaus geradezu verstümmelt war, trotz seiner Verletzungen an Händen und Füssen gefesselt und mit Stricken umwunden auf das Auto zur grauenhaften Todesfahrt in den Wald von Nowawes verladen wurde.

Wir erhalten jetzt eine fast unglaubliche Nachricht. Der wie ein Paket verschnürte Körper war leblos ! Die Misshandlungen im Columbiahaus hatten bereits vorher zum Tod von dem Reichstagsabgeordneten SCHEHR geführt. Die Faschisten der Gestapo fuhren auf Kommando Görings eine Leiche in den Wald und zerfetzten ihr Kopf und Körper mit Dum-Dum-Geschossen, um auf diese Art die Spuren der Misshandlungen zu verwischen.

Wir haben noch kein lückenloses Bild der Vorgänge im Columbia-Haus, aber die Einzelheiten schälen sich immer deutlicher heraus. Wenn diese Tatsachen stimmen, dann hat die faschistische Brutalität einen neuen Rekord erreicht. Jeder Mensch auf der Welt wusste bisher, dass die faschistische Formulierung " auf der Flucht erschossen " der amtliche Deckmantel für einen kalten, überlegten, von Ministern befohlenen Mord darstellt. Den Hitler- Göring- und Goebbels aber ist es vorbehalten, der empörten Welt vorzulügen : ein mit Stricken umwundener Leichnam hätte die Begleitmannschaften angegriffen und sei in den Wald geflohen, wobei er erschossen worden wäre.

Es passt ganz zu dem Gesamtbild wenn wir hinzufügen, dass die Vernehmung und Misshandlung Thälmanns im Columbia-Haus damit begann, dass man ihm höhnisch von dem Mord an Schehr und den drei anderen Antifaschisten Mitteilung machte, um ihm so unverhüllt das gleiche Schicksal anzudrohte.

= = = = = = = = = = = = = = =

Prinzipielle Ablehnung ausländischer Verteidiger

Dr. Sack, der Zwangsverteidiger von Torgler hat unter der Kontrolle des Propagandaministers Goebbels ein Buch herausgegeben" der Reichstags- Brand- Prozess", Der anständige Journalismus der Welt wird sich mit diesem raffinierten Versuch, die deutsche faschistische Regierung von ihrer internationalen Blamage reinzuwaschen, noch auseinandersetzen. Interessant ist zunächst das Vorwort des nationalsozialistischen Staatsrechtlers Dr. Grimm, der unbeschwert von moralischen und juristischen Hemmungen auf Seite 9 im Auftrage der Reichsregierung bekannt gibt : die deutsche Regierung duldet keinen ausländischen Verteidiger für irgend einen antifaschistischen Angeklagten ,weil die Gefahr bestehe, dass ein ausländischer Verteidiger " Propaganda gegen den eignen Staat" machen könnte.

Mit diesen zynischen Darlegungen kündigt die Hitler- Regierung die prinzipielle Ablehnung aller ausländischen Verteidiger bei allen kommenden grossen Antifaschisten-Prozessen, insbesondere bei dem Prozess gegen Thälmann und das Zentralkomitee der K.P.D. an.

Es ist Sache der gesamten civilisierten Welt gegen die Methode zu protestieren, die den nichtfaschistischen Angeklagten alle prozessualen Rechte raubt und ihnen einen Zwangsverteidiger aufhalsen, der auf Hitler und die NSDAP vereidigt ist und sich beim Prozess als ein Werkzeug der Staatsanwaltschaft und der Hitler- Regierung betätigt.

= = = = = = = = = = = = = = =

An alle Redaktionen!

Wir sprechen an alle unsere Mitstreiter, die Herren Redakteure, Juristen und Publizisten, die Bitte aus, uns ihre Wünsche in Bezug auf Konkretisierung und Verbesserung unserer Materialien zu übermitteln.

Wir werden mit allen Kräften bemüht sein, Spezialwünsche zu füllen, Sonderanfragen zu berücksichtigen, mit unseren Hilfsq sondere Nachrichten die gewünscht werden, zu ermitteln.

Wir hoffen, dass die Weltpresse auf die durchsichtigen Ma von der " Auflösung der Konzentrationslager" und " Einschrä polizeilichen Vernehmungsbefugnisse " nicht in von Göri Goebbels gewünschten Weise reagiert, sondern den Kampf mit Energie weiterführt. Über die Hintergründe der letzten Gö werden wir durch ein Sondermaterial informieren.

Redaktion des B

Dortmund. — Un forgeron de Bochum a été condamné à neuf mois de prison par le tribunal d'exception de Dortmund pour avoir colporté des nouvelles relatives à des atrocités nationales-socialistes.

Femmes otages

Extrait d'un mémoire du comité d'organisation de la conférence européenne pour l'amnistie des antifascistes détenus en Allemagne:

De nombreuses femmes sont incarcérées depuis plus de deux ans, sans procès, sans accusation. Parmi elles se trouvent Senta Beimler et sa soeur Maria Dongler, détenues comme otages pour le député au Landtag bavarois Hans Beimler, évadé du camp de concentration de Dachau. Les deux femmes ont été transférées, il y a quelque temps, au camp de concentration pour femmes de Mohringen, où 72 prisonnières sont parquées dans les conditions les plus anti-hygiéniques.-Terrible est le sort de Else Steinfurth. Elle fut arrêtée en 1933 et condamné à un an de prison. En accomplissant sa peine, elle apprit que son mari, militant du"Secours Rouge", avait été tué "pendant une tentative de fuite", avec les communistes John Scheer, Rudi Schwartz et Eugen Schoenhaar. C'était le 2 février 1934. Lorsqu'en automne 1934, après l'accomplissement de sa peine, elle devait être libérée, on lui apprit qu'elle passerait dorénavant, pour un temps indéterminé, en détention préventive, afin d'empêcher qu'elle répande à l'étranger des "calomnies" sur la mort de son mari. Près de deux ans ont passé depuis.- La femme de Rudolf Claus se trouve dans une situation particulièrement tragique. Son mari, invalide de guerre, a été récemment condamné à mort pour délit de pensée. Au dernier moment, sa femme vint en hâte à Berlin afin de faire l'impossible pour empêcher l'exécution. Ses efforts la menèrent à un seul résultat: elle fut arrêtée elle-même. On l'incarcéra également au camp de concentration de Mohringen, où elle apprit, le 17 décembre 1935, la terrible nouvelle de l'exécution de son mari.- Une autre cas: Depuis quelques mois, la soeur de Rudolf Moissner, qui est en fuite, une veuve avec son enfant, se trouve en prison comme otage. Rudolf Moissner avait fui parce que poursuivi en tant que membre de la secte des "Etudiants sérieux de la Bible", secte interdite en Allemagne. - A Chemnitz, en juin 1935, fut arrêtéela femme du social-démocrate Franz Mueller, qui avait émigré en Tchécoslovaquie. Elle est détenue en prison, comme otage, depuis onze mois. Ses enfants, âgés de 6 à 12 ans, sont restés sans assistance. - A part le camp de concentration pour femmes dd Mohringen, il y a un deuxième enfer du même genre: le camp de concentration de Hohenstein. 44 femmes y étaient détenues à la fin de 1935, dont 33 comme otages pour des parents.

Cette situation effrayante sera examinée par la conférence internationale qui se réunit le 28 juin à Bruxelles et qui réclamera une amnistie pour les prisonniers politiques en Allemagne.

Il faut les aider!
par Ellon Wilkinson, M.P., Londres

Les "Nouvelles d'Allemagne publient ci-dessous la déclaration de la députée travailliste aux Communes, Ellen Wilkinson, à l'occasion de la prochaine conférence internationale pour l'amnistie, qui se tiendra à Bruxelles.

"On ne peut pas ne pas être ému devant la situation des femmes prisonnières du fascisme allemand. Beaucoup sont incarcérées non parce qu'elles ont commis un crime, mais en tant qu'otages pour leurs époux ou par vengeance pour l'acte d'un de leurs parents. Arrachées à leurs enfants, ne sachant pas quand elles seront libérées et même si elles le seront un jour, leur vie est une lente agonie. La situation de ces femmes doit provoquer la protestation passionnée et énergique des femmes du monde entier. Il est indispensable que toutes les organisations de femmes s'unissent pour exiger une amnistie générale et réelle pour les prisonniers politiques en Allemagne, au lieu de la caricature d'amnistie que le gouvernement hitlérien a récemment édictée."

- - - - -

E. Subject files

4. Miscellaneous

2. Nazi assassinations and kidnappings abroad (Theodor Lessing, Czechoslovakia; Lithuania; Austria; Danzig; France; Saar; Switzerland; Holland; the Rotter brothers, Lichtenstein)

Rotter Lichtenstein

Lessing Tschechoslowakei ... Memel

Meier Dollfuss Österreich

Saar

Fornis Tschechoslowakei

Die Mordwaffe von Marienbad gefunden.

Marienbad, 1. September. Die Nachforschungen nach dem Mörder Professor Lessings werden mit großer Energie fortgesetzt. Hundert Gendarmen wurden zusammengezogen, fünfunddreißig Detektivs mit der Fahndung nach verschiedenen Personen beauftragt. Heute wurde auf der Straße zwischen Dürrmaul und Neudorf die Mordwaffe gefunden. Es ist eine Pistole Kaliber 6/35. In ihr befand sich noch ein Schuß. In einem Dorf bei Marienbad wurde ein Mitglied der nationalsozialistischen Partei verhaftet. Man will vor seinem Haus am Mordtage reichsdeutsche Motorradfahrer bemerkt haben.

A.H. Ztg Wien

2.9.33

A la recherche des assassins du professeur Lessing

Prague, 4 septembre (dép. *Information*). — L'enquête au sujet de l'assassinat du professeur Lessing continue activement.

Un chauffeur, Rodolphe Zichka, semble très compromis. Il a, en effet, été vu la veille du meurtre à Schanz, avec Eckert, le meurtrier présumé.

Quelques jours avant le crime, il a été aperçu en conversation avec un Allemand du Reich, vraisemblablement l'inspirateur de l'assassinat.

La police a, d'autre part, la preuve que, depuis le mois d'avril, Zichka était membre du parti national-socialiste.

Trois complices présumés des assassins du professeur Lessing sont arrêtés

Prague, 5 septembre (Dép. *Sud-Est*). — On mande de Marienbad :

La police a procédé à trois nouvelles arrestations, après enquête sur l'affaire Lessing. Parmi les personnes arrêtées se trouve le leader d'une société de gymnastique allemande de Marienbad, le Dr Zink. Le Dr Richter, très connu dans les milieux allemands a été également incarcéré.

Les maisons habitées par des nazis ont été fouillées hier ; une grande quantité de de documents ont été saisis.

Le nombre des arrestations opérées dans cette affaire, jusqu'à présent, est de quatorze.

D'autre part, à Opava, cinq membres du parti national-socialiste tchécoslovaque ont été arrêtés ce matin. Ils sont accusés d'avoir des relations secrètes avec les nazis allemands Parmi eux se trouve le leader des nazis d'Opava, le Dr Klieber. Il s'agit d'une organisation des courriers clandestins entre Opava et l'Allemagne.

Le conseil de guerre d'Opava a condamné à des peines diverses 31 recrues qui s'étaient présentées à la caserne avec l'insigne hitlérien et avaient acclamé le chancelier allemand. Les inculpés ont reconnu faire partie des formations nationales-socialistes tchécoslovaques. Les meneurs ont été condamnés à 10 et 8 mois de prison et les autres à 3 et 2 mois.

Terror wird praemiiert.

Berlin, 3.3. (INPRESS): ~~Ein neues~~ Das Gesetz ueber die "Versorgung der Kaempfer fuer die nationale Erhebung", bestimmt, dass Angehoerige der NSDAP und des Stahlhelms sowie ihrer Gliederungen auf Antrag wegen gesundheitschaedigender Folgen von Koerperverletzungen, die sie waehrend der Zugehoerigkeit zur NSDAP, zum Stahlhelm oder ihren Gliederungen vor dem 13. November 1933 erlitten haben, unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes Versorgung erhalten.

von Mährz

47

1537

Dazu ist allen Kommentar überflüssig. - 3 -

2. — LE TEMPS. — 1er septembre 1933

compte 220 membres dont la moitié sont élus par l'organisation sioniste.

Assassinat politique (?)

On télégraphie de Marienbad qu'un inconnu a mortellement blessé d'un coup de revolver le professeur Theodor Lessing. L'assassin s'est hissé avec une échelle jusqu'à la fenêtre du cabinet de travail du professeur, a tiré, puis a disparu.

La victime, grièvement blessée à la tête, a succombé à une heure du matin.

Un chauffeur suspect a été arrêté.

M. Theodor Lessing était professeur de philosophie à l'école supérieure technique de Hambourg. Sa collaboration à un journal allemand de Prague l'avait désigné à la haine des partis nationalistes, et il vait dû quitter l'Allemagne récemment et s'installer en Tchécoslovaquie. Juif d'origine, converti au catholicisme dans sa jeunesse, il était revenu au judaïsme pour protester contre l'antisémitisme.

Les soupçons se portent sur un ouvrier, Max Exkert, ressortissant tchécoslovaque né en Allemagne. On craint qu'après le meurtre il ne se soit enfui en Allemagne.

La veuve du Pr. Lessing poursuit en justice plusieurs journaux nazis

Prague, 12 septembre. (Dép. *Sud-Est*.) — La veuve du professeur Théodore Lessing, qui fut assassiné, le 30 août dernier, dans sa villa de Marienbad, intente un procès contre plusieurs journaux nazis de Tchécoslovaquie, pour avoir offensé la mémoire de son mari, écrivant, notamment que le professeur était un traître à l'Allemagne.

Le premier journal poursuivi est le *Hamburger Zeitung*. Ce procès s'ouvrira dans une huitaine de jours.

Un des assassins présumés du professeur Lessing est arrêté

Prague, 2 septembre (dép. *Sud-Est*). — A la suite de l'enquête ouverte après le meurtre du professeur Lessing, onze nationaux-socialistes tchécoslovaques ont été arrêtés aujourd'hui à Prague.

Parmi eux se trouve un nommé Strana, du village de Shanz, d'où s'enfuit Eckert, fortement soupçonné d'être l'un des meurtriers du professeur.

Il a été établi qu'Eckert était bien un membre du parti nazi tchécoslovaque, bien que le député Jung l'ait catégoriquement démenti.

Pariser Tageblatt. 15.1.36

Professor Lessings Mörder

Prag, 14. Januar.

Man hat jetzt Klarheit über den Mord an Professor Theodor Lessing erhalten, der im August 1933 als deutscher Emigrant in Marienbad ermordet worden ist. Die Polizei hat nämlich einen gewissen Joseph Daubner verhaftet, von dem feststeht, dass er mit deutschen Stellen zusammengearbeitet hat, um zunächst eine Entführung von Professor Lessing durchzuführen.

Man nimmt an, dass nachdem dieser Versuch einige Tage vor der Ermordung gescheitert ist, Daubner auch gleichzeitig an diesem Verbrechen beteiligt war. Der Täter war bereits unmittelbar nach dem Mord verhaftet, wegen Mangel an Beweisen jedoch wieder freigelassen worden. Seine Komplizen sind längst nach Deutschland geflüchtet. Die Ermittlungen der tschechischen Behörden waren deshalb äusserst schwierig und langwierig, da die deutsche Polizei, die um Unterstützung angegangen wurde, alles getan hat, um die Mörder zu schützen.

F.Z. 1/9/33

Theodor Lessing.

Theodor Lessing ist am 30. August einem Revolverschuß zum Opfer gefallen. Bis zur Neuordnung war er als außerordentlicher Professor an der Technischen Hochschule in Hannover tätig gewesen. Seine Bücher, die sich auf halbwissenschaftlichem Gebiet bewegten, wie „Untergang der Erde am Geist", „Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen", „Symbolik der menschlichen Gestalt", haben ihm, zumal in wissenschaftlich interessierten, aber wissenschaftlich nicht durchgebildeten Bevölkerungsschichten lebhafte Anhängerschaft geworben. Er war keineswegs ohne originelle Einfälle, es war ihm aber nicht gegeben, seine Gedanken logisch durchzudenken und systematisch zu begründen. Daß eine Natur wie die seine sich dazu gedrängt fühlte, sich auch künstlerisch zu betätigen, ist nach dem Gesagten verständlich genug. Theodor Lessing hat auch Gedichte veröffentlicht, er hat auch eine Schrift über Hans Bartsch gegeben, das Beste aber, was er geleistet hat, ist vielleicht das Büchlein „Meine Tiere", in dem seine Naturverbundenheit glücklich zum Ausdruck kam.

E. H.

ASSASSINAT d'un professeur allemand d'origine juive réfugié en Tchécoslovaquie

Journal du 6.9.33

PRAGUE, 31 août. — Hier soir, vers 11 heures, le professeur Theodor Lessing a été assassiné dans la villa qu'il habite à Marienbad.

Le professeur lisait un livre, avant sa femme à quelques pas de lui. Subitement, tirés par la fenêtre, deux coups de revolver retentirent. Le professeur s'écroula, atteint à la tête, et sa femme s'évanouit. Transporté à l'hôpital, le docteur Lessing y est mort dans la nuit.

L'enquête a établi que les meurtriers étaient deux. Ils ont utilisé une échelle pour parvenir à la fenêtre du premier étage, où se trouve le cabinet du professeur, et d'où ils tirèrent sur lui.

Il s'agit manifestement d'un crime politique.

M. Théodor Lessing était professeur de philosophie à l'Ecole supérieure technique de Hambourg. Sa collaboration à un journal allemand de Prague l'avait désigné à la haine des partis nationalistes, et il avait dû quitter l'Allemagne récemment et s'installer en Tchécoslovaquie. Juif d'origine, converti au catholicisme dans sa jeunesse, il était revenu au judaïsme pour protester contre l'antisémitisme.

On dit qu'un certain Eckert pourrait être un des assassins. Il a été récemment condamné par le tribunal de Marienbad à cinq mois de prison, et des témoins l'avaient vu, il y a trois jours, en compagnie d'un Allemand. L'échelle qui a servi aux inconnus à atteindre le premier étage de la maison du professeur, est la propriété d'Eckert.

La frontière vers l'Allemagne est surveillée étroitement par la police et la gendarmerie.

Ce meurtre a soulevé la plus grande émotion parmi les émigrés allemands, qui sont souvent l'objet d'une étroite surveillance de la part d'émissaires nationaux-socialistes du Reich.

Zur Politik der sudetendeutschen Nationalsozialisten.

(Von unserem Korrespondenten.)

× **Prag, 3. Sept.** Zur Aufklärung des Mordes an Professor Lessing ist in den letzten Tagen ein ungewöhnlich großes Aufgebot an Gendarmerie und Kriminalpolizei in der Marienbader Gegend mobilisiert worden. Zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen, besonders bei Mitgliedern der Sudetendeutschen Nationalsozialistischen Partei, wurden vorgenommen. Zur Zeit sind 11 Personen in Haft, darunter ein Messerschmied aus Schanz, bei dem zahlreiche Waffen gefunden worden sein sollen. Von Eckert selbst, der nach wie vor als der eigentliche Täter gilt, wird angenommen, daß er zu seinem in Deutschland lebenden Vater entkommen ist. In der tschechischen Presse wird behauptet, daß Eckert Mitglied der Sudetendeutschen Nationalsozialistischen Partei und des nationalsozialistischen Gewerkschaftsbundes sei, und das Verbot der Partei gefordert. Demgegenüber hat der Führer der sudetendeutschen Nationalsozialisten, der Abgeordnete Jung, in einer Sitzung der Gesamtleitung der Partei eine längere Erklärung abgegeben, in der er sagt, Eckert sei kein Mitglied der DNSAP. und die Partei stehe in keinem wie immer gearteten Zusammenhang mit der Marienbader Tat. Sie lehne jede Verantwortung dafür ab, da sie den Mord als Mittel der Politik grundsätzlich verurteile und verabscheue. Sie bedaure die Tat eines übel beleumundeten verantwortungslosen Menschen, weil diese Tat nur geeignet sei, die bereits durch zahlreiche andere Zwischenfälle gespannten Verhältnisse neuerdings zu verschärfen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam Jung auch auf die Frage der sudetendeutschen Einheitsfront zu sprechen und erklärte dazu: „Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei festgestellt, daß Totalitätsansprüche und Gleichschaltungsbestrebungen nach reichsdeutschem Beispiel hier nicht in Frage kommen. Die politische Grundlage ist durch die Forderung nach Gleichberechtigung des Sudetendeutschtums gegeben. Wir warnen neuerlich alle Gesinnungsgenossen vor irgend welchen Beziehungen zu reichsdeutschen Parteistellen und Gliederungen sowie vor der Arbeitssuche im Deutschen Reich." Jung schloß: Auf die Gefahr hin, daß man ihm abermals Loyalitätserklärungen vorwerfe, stelle er im Zusammenhang mit dem Fall Petermichel unzweideutig fest, daß kein Sudetendeutscher außerhalb der Heimat berechtigt sei, Erklärungen für die Sudetendeutschen abzugeben und daß lediglich der Vorstand der NSDAP für Erklärungen zuständig sei, die im Namen der sudetendeutschen Nationalsozialisten abgegeben würden.

•

Marienbad, 4. Sept. (Europapreß.) Am Sonntag vormittag fand hier die Beisetzung des ermordeten Professors Dr. Theodor Lessing ohne alle Zwischenfälle statt.

F.Z. 5/9/33

Zur Ermordung Prof. Lessings.

Der mutmaßliche Mörder ein Wilddieb.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

× **Prag**, 31. Aug. Ueber das Ergebnis der polizeilichen Fahndung nach dem Attentäter wird mitgeteilt, daß der mutmaßliche Mörder der Taglöhner Max Rudolf Eckert sein soll, der 1902 in Dresden geboren, aber nach Schanz bei Königswart in Böhmen zuständig ist. Die Leiter, von der aus die tödlichen Schüsse abgegeben wurden, gehört der Schanzer Feuerwehr. Eckert ist ein bekannter Wilddieb und im Vorjahre wegen eines Raubüberfalls zu fünf Monaten schweren Kerkers verurteilt worden. Er sei in der letzten Zeit wiederholt in der Nähe der Villa Edelweiß gesehen worden, in der Lessing gewohnt hat. Ein Polizeihund habe nach der Witterung eines Strickes, der an der Leiter befestigt gewesen sei, die Beamten in der Richtung nach Schanz geführt. Dort sei festgestellt worden, daß Eckert seit kurzem unter Mitnahme seines Fahrrades von dort verschwunden sei. Zu dem Transport der schweren Leiter habe er zweifellos mehrere Helfer benötigt. Die Polizei vermutet, daß Eckert über die eine halbe Stunde entfernte Grenze nach Deutschland geflohen ist. Hinter ihm wurde ein Steckbrief erlassen.

Der zuerst verhaftete Chauffeur sowie die Mehrzahl von zwanzig heute vormittag verhafteten Personen wurde inzwischen nach eingehendem Verhör wieder freigelassen. Wie in diesem Zusammenhang mitgeteilt wird, sollen von morgen ab an der böhmisch-deutschen Grenze zunächst sieben motorisierte Gendarmeriebereitschaften von je rund 30 Beamten zur Verstärkung der Grenzüberwachung stationiert werden. Die hiesige Presse bringt den Mordfall in größter Aufmachung.

F. Z. 1/9/33

S. Z.

Prof. Theodor Lessing in Marienbad ermordet.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

× **Prag**, 31. Aug. Wie soeben aus Marienbad gemeldet wird, ist dort auf den früheren Professor der Philosophie an der Technischen Hochschule Hannover Theodor Lessing in der letzten Nacht gegen 10 Uhr ein Revolverattentat verübt worden, dem Lessing heute in den ersten Morgenstunden erlegen ist. Die Polizei verhaftete einen Chauffeur unter dem Verdacht, die Tat verübt zu haben. Ueber den Namen des Attentäters und die bisherigen Ergebnisse des Verhörs wird noch strengstes Stillschweigen bewahrt. Professor Lessing wohnte in Marienbad in einer Villa. Der Attentäter legte an das Fenster des Zimmers, in dem Lessing wohnte, eine Leiter an, stieg hinauf und gab durch das erleuchtete Fenster zwei Revolverschüsse ab, die Lessing in den Kopf trafen. Lessing wurde sofort in das Krankenhaus eingeliefert, fiel bald in Bewußtlosigkeit und starb gegen 1 Uhr morgens.

Der mutmaßliche Mörder ein Wilddieb.

(Letzte Meldung.)

Marienbad, 31. August. (Conti.) Zur Erschießung des Professors Theodor Lessing erfährt das „Tschechoslowakische Pressebüro" noch, daß der des Mordes verdächtigte Max Eckert ein bekannter Wilddieb ist, der bereits wegen eines Ueberfalles fünf Monate Gefängnis erhalten hat.

F. Z. 1/9/33

Ostjüd. Zeit. Rumänien
19. 1. 36

Auf den Spuren der Lessing-Mörder.

Wie dem „Sozialdemokrat" aus Tachau (CSR) gemeldet wird, hat die Gendarmerie dort Material zustandegebracht, das einiges Licht in die Vorgänge beim Mord an Professor Theodor Lessing bringt und auch wichtige Voraussetzungen zur Ermittlung der Schuldigen bietet.

Eine Verhaftung wurde bereits vorgenommen und der Verhaftete dem Kreisgericht in Eger eingeliefert. Eine Haussuchung bei dem Betreffenden förderte auch eine Bestätigung über den Empfang von 200 Mark zutage, die ihm als Kopfprämie von einem deutschen Hauptmann in Selb ausbezahlt wurden. Nach den Angaben des Verhafteten war zwei Tage vor der Ermordung eine Entführung geplant, welche misslungen ist. Zwei Tage später wurde Prof. Lessing in seiner Wohnung in Marienbad erschossen.

Es kann, schliesst „Sozialdemokrat", als dokumentarisch erwiesen angenommen werden, dass reichsdeutsche Nazi-Organe ihre Hände im Spiele hatten!

exemple du préjudice qu'...
intérêts économiques et politiques d'un pays.

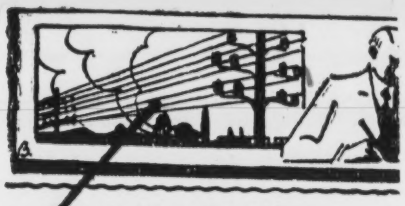
Temps **Les obsèques de M. Lessing** 5.9.33

Dimanche ont eu lieu à Maranske-Lazne les obsèques du professeur Lessing, assassiné il y a quelques jours par un inconnu, probablement hitlérien.

La cérémonie, selon le désir de la famille, a eu lieu dans la plus stricte intimité.

Des mesures de police avaient été prescrites. Il ne s'est produit aucun incident. La police recherche un nommé Zischka, sujet tchécoslovaque d'origine allemande, que l'on soupçonne de complicité dans l'assassinat.

Oeuvre



LES NAZIS CONTINUENT...

LE PROFESSEUR Theodor Lessing réfugié en Tchécoslovaquie est assassiné

Il était d'origine juive

Prague, 31 *août*. — Hier soir, vers 11 heures, le professeur Théodor Lessing a été assassiné dans la villa qu'il habite à Marienbad.

Le professeur lisait un livre, ayant sa femme à quelques pas de lui. Subitement, tirés par la fenêtre, deux coups de revolver retentirent. Le professeur s'écroula, atteint à la tête, et sa femme s'évanouit. Transporté à l'hôpital, le docteur Lessing y est mort dans la nuit.

L'enquête a établi que les meurtriers étaient deux. Ils ont utilisé une échelle pour parvenir à la fenêtre du premier étage, où se trouve le cabinet du professeur, et d'où ils tirèrent sur lui.

Il s'agit manifestement d'un crime politique.

M. Théodor Lessing était professeur de philosophie à l'Ecole supérieure technique de Hambourg. Sa collaboration à un journal allemand de Prague l'avait désigné à la haine des partis nationalistes, et il avait dû quitter l'Allemagne récemment et s'installer en Tchécoslovaquie. Juif d'origine, converti au catholicisme dans sa jeunesse, il était revenu au judaïsme pour protester contre l'antisémitisme.

On dit qu'un certain Eckert pourrait être un des assassins. Il a été récemment condamné par le tribunal de Marienbad à cinq mois de prison, et des témoins l'avaient vu, il y a trois jours, en compagnie d'un Allemand. L'échelle qui a servi aux inconnus à atteindre le premier étage de la maison du professeur est la propriété d'Eckert.

La frontière vers l'Allemagne est surveillée étroitement par la police et la gendarmerie.

Ce meurtre a soulevé la plus grande émotion parmi les émigrés allemands, qui sont souvent l'objet d'une étroite surveillance de la part d'émissaires nationaux - socialistes du Reich.

L'émotion à Prague

Prague, 31 *août*. — L'assassinat du professeur Lessing à causé une profonde émotion dans tous les milieux. L'assassin présumé, Max Eckert, a déjà subi plusieurs condamnations pour violence ; il était connu comme admirateur de l'hitlérisme.

Une enquête approfondie est ouverte. Deux personnes qui manifestaient depuis peu un intérêt suspect pour les faits et gestes de M. Lessing ont été appréhendées. On s'attend à d'autres arrestations.

Un communiqué officiel rappelle qu'à partir du 1er septembre sont constitués des détachements spéciaux de gendarmes mobiles, pour la garde de la sécurité publique dans les régions frontières de la Bohême.

Vortragsredner, Kritiker, Publizist, Re-
. Es gibt kaum eine größere Stadt
hlands, in der ich nicht irgendwann ein-
esprochen habe. Auch Frankreich, Eng-
Holland und Italien lernte ich gut kennen.
r aber blieb ich in Erwerbsnot. Diese
hsfrage wurde allein entscheidend seit
Zeitpunkt der Heirat. Es wird mir, indem
esen Rückblick auf mein Leben schreibe,
wie ich doch immer gut davongekommen
Zuletzt ward jeder Quälgeist ein Quell-
Als ich heiratete, 26 Jahre alt, da besaßen
eunzig Mark im Monat. Damit grün-
wir unseren Hausstand. Meine junge
aß für zehn Pfennig Pferdebohnen im
arischen Restaurant. Sie machte mir vor,
üsse so sein; es sei ihr Lieblingsessen. Sie
aber nur, daß Geld übrigblieb, damit
ir etwas Besseres dafür bestelle. — Der
r wiederkehrende Gedanke, das medizi-
Staatsexamen nachzuholen und dann
Praxis zu gründen, wurde aufgegeben, als
München Theodor Lipps kennenlernte.
ihn kam ich zur Psychologie.

suchte und fand 1904 eine Lehrerstelle in
en. Zugleich stürzte ich mich auf Jahre
ziale Arbeit; gründete die ersten Unter-
kurse für das Proletariat, schloß mich der
demokratie an und arbeitete mit den
kschaften, kämpfte für Gleichstellung der
n, für Beseitigung der reglementierten
tution, für Enthaltsamkeit vom Alkohol,
iedliche Völkerverständigung, für Reform
kleidung. — nie später habe ich so viele
ongresse", „Sitzungen", „Mandate", „Reso-
onen" mitgemacht, wie in diesen meinen
sten Jahren. Mein geheimes Ziel aber
Habilitation an einer deutschen Hoch-
. In Dresden wurde ich als ein „Sozial-
krat" abgewiesen. Ich ging nach Göttin-
mit Empfehlungen meines Lehrers Lipps,
ei Edmund Husserl mich zu habilitieren.
wieder empfahl mich, um zu verhindern,
ein „Konkurrent" nach Göttingen komme,
ie Technische Hochschule in Hannover. Und
ndete ich 1908 in der Stadt, wo auf jedem
erstein eine Träne und ein Seufzer meiner
nd lag. Enttäuschter ist nie ein Kind in
eimat zurückgekehrt.

bin ich denn also: Philosoph in Hannover
rden und bin es durch achtzehn Jahre
eben, ohne je befördert oder besoldet zu
und ohne irgendeine Aussicht auf Hilfe
mein Alter. Ich habe tausend und aber
nd Vorlesungen und Vorträge gehalten,
manche Knaben, deren Aufsätze ich korri-
oder denen ich Lateinstunde gegeben habe
n ich erteilte stets Unterricht), haben in-
chen mich weit überholt. — Die Nieder-
ng in der Heimatstadt brachte aber ein
es Glück. Zunächst: meine Kinder konnten
zu mir (sie waren bis dahin in einem
erziehungsheim), um auf immer bei mir
leiben. Sodann im Forsthaus, im Walde
ich meiner Kinder Erzieherin, meinen
sgefährten, meinen Kameraden; von nun
allen Lebensnöten mir zur Seiten. Aber
einmal kam etwas Furchtbares, das
tbarste: jäher, unerwarteter Tod. Der
Miriams, meines herrlichsten, geliebtesten
s, zehn Jahre alt. Ihr ein würdiges
nal zu hinterlassen (mein bisher reifstes
„Der Untergang der Erde am Geist"
ihren Namen), das ist seit dem Kar-
g 1912, wo wir sie begruben, meines
s einziger Ehrgeiz.

mit dem Jahre 1908 beginnt meine
ophische Schriftstellerei. Was ich bis dahin
ntlicht habe (Gedichte, Dramen, Novellen,
ge), das ist längst vergriffen und aus
Buchhandel verschwunden. Und hätte
es davon zu dauern verdient. Von dem
des Zwanzigjährigen „Laute und leise
behaupteten Detlev von Liliencron,
päteres Buch habe es wieder erreicht;
d Dehmel schätzte „Saat in Schnee":
schwarze Schiff mit einer Leiche an
und Prinz Emil von Schönaich-
h knüpfte auf „Einsame Gesänge" hin
Bund, der durch mehrere Jahre gedauert
id davon er sagte: „Wir sind in allem
, aber die zwei Letzten vom Stamm der
den." — Zwischen der Zeit, wo ich den
schen Träumen nachging und jener
wo ich zum abstrakten Philosophen
en bin, lagen jene bewegten Wander-
in denen ich nichts so ernst nahm, wie
ama und das Theater. Und ich will
ergessen, daß die theater-ästhetischen
n und die Verbindungen mit dem
, als Dramaturg wie als Kritiker, mir
ste Erfahrungsfülle gebracht haben und
gute Freundschaft. Kinder des Augen-
es vergänglichen Traums und Spiels,
ich wohl immer am besten.

möchte somit glauben, daß ich in strenge
kast und starre Welterfahrung gleich-
eingedrängt worden bin. Ich glaube
in geschlossenes System zu besitzen.
igenste Philosophie war erst um 1914
glossenen System gereift. „Schopen-
gner-Nietzsche" und „Philosophie als
ei schöne Bücher, waren die Vor-
Sehr langsam wuchsen zur vollen
meine drei persönlichen Zentral-
ie Dreisphärentheorie; die Lehre von
und Rauschsurrogat und die soge-
hmungspsychologie, aus der dann
ine ganze „Charakterologie" hervor-

den Weltkrieg erlebte (meiner gan-
nach vom ersten Augenblick an als
mit jedem Blutstropfen angewidert

von der gräßlichen Barbarei des Zeitalters), das steht zu lesen in „Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen", einem im Kriege niedergeschriebenen Buch, das mir den ersten Erfolg brachte.

Hans Driesch:

Der Philosoph Lessing

Im Juni 1926, als die Kämpfe in Lessings Hörsaal an der Hannoverschen Hochschule tobten, schrieb der Professor der Philosophie an der Leipziger Universität im „Berl. Tageblatt" einen Aufsatz, in welchem er für Lessing Stellung nahm. Wir können es uns nicht versagen, aus diesem Aufsatz die folgenden Zeilen zu zitieren. Traurigerweise ist es nicht überflüssig hinzuzufügen, daß Driesch „rein arisch" ist.

Lessings Schriften lesen sich nicht ganz leicht, und da sind dann derer, die sie wirklich kennen, doch nicht gar zu viele. Denen, die Lessing noch nicht kennen, sage ich nun dieses, daß ich nicht anstehe, Theodor Lessing für den Kulturphilosophen unserer Zeit zu erklären, welcher in seinem Werk „Der Untergang der Erde am Geist" den tiefsten Blick in die Stellung des bewußten Menschen zum Universum getan hat, den zu tun unserer Zeit vergönnt gewesen ist. Seit Nietzsche und Schopenhauer haben wir nichts Aehnliches; seither ist von keinem in gleicher Weise die tiefe Tragik, die „der Geist" in die Welt gebracht hat, so erschütternd geschildert worden und doch so ergeben und demütig, und trotz allem so hoffnungsvoll. Lessing ist einer der wenigen, welche in bezug auf den Menschen das, was man heute gern „Kosmische Einstellung" nennt, wirklich haben und nicht nur davon reden. In seinem Büchlein „Meine Tiere" findet man das gleiche in ganz harmloser Form; man wird da geradezu an Franziskus von Assisi erinnert. Liebe ist da, nichts als Liebe und Mitfühlen mit aller Kreatur. Solch ein Mensch soll ein „Zersetzer", ein Verderber des Volks und der Jugend sein? Wenn die jungen Leute, die unter parteipolitischer Suggestion Lessing beschimpfen und ihn entfernt haben wollen, auch nur dieses kleine Buch „Meine Tiere" wirklich gelesen hätten — geschweige denn das ernste tragische Werk vom „Untergang der Erde am Geist" —, sie würden sagen: „Ja, wenn wir das gewußt hätten!"

Für Schußgeld. Vor Jahrzehnten hat ein christlichsozialer Abgeordneter in Wien, der Mechaniker Schneider war es, Schußgeld für erlegte Juden verlangt. Die Worte fielen in der Hitze der Debatte des ständig heiß erregten Abgeordnetenhauses und wurden von keiner Seite besonders tragisch genommen; jenen Mechaniker nahmen auch seine Parteigenossen nicht ernst; niemand hat geahnt, daß einmal eine Zeit kommen würde, in der Anhänger einer großen deutschen Partei, und zwar einer, die nicht mehr um die Macht kämpft, sondern bereits alle Macht in ihren Händen hat, einen Wilderer mieten wird, um einen Gegner zur Strecke zu bringen. Ein Edelgesinnter, ein stiller Denker, gebeugt über seine Arbeit, ward gefällt. Der ihn traf, war ein unheimlich treffsicherer Schütze, und doch kein Tell. Kein Stoßgebet sandte er zum Himmel mit der Frage, ob seine Tat gemeiner Mord oder edle Rache sei, niemand hat in gärend Drachengift die Milch der frommen Denkart ihm gewandelt. Er tat es für Schußgeld.

Vorausgesagter Tod. Am 5. Feber 1933 stand im „Prager Tagblatt" ein Artikel von Theodor Lessing. Er hieß: „Mein Tod" und berichtete, daß der Hellseher Hanussen, den Lessing in einem Aufsatz entlarvt hatte, bei Gelegenheit eines Gastspiels in Hannover von der Bühne herab erklärt habe:

„Ein in Hannover sehr bekannter Gelehrter, über den in Hannover viel gesprochen wird, wird in diesem Jahre den Tod erleiden."

Lessing reagierte auf diese Prophezeiung in dem Artikel folgendermaßen:

„Wollte ich nun gegen den Hellseher ein Verfahren wegen groben Unfugs einleiten lassen, so würde ihm wahrscheinlich damit ein Gefallen geschehen. Denn es würde sich herausstellen, daß die Gemeinschädlichkeit dieser Art Sterndeuterei und Hellseherei nur schwer begreiflich zu machen ist. Indes, ich lasse den Propheten laufen und bedanke mich für die Verkündung des Unterganges lediglich, indem ich auch meinerseits einmal prophezeie: Herr Hanussen wird an der empfindlichsten Stelle seiner Seele, nämlich am Portemonnaie, schweren Schaden nehmen, wenn er nicht künftig seine menschenfreundlichen Gefühle besser in Zucht nimmt und die ihm unsympathischen Zeitgenossen freundlichst am Leben läßt.

Das war im Feber. Am 5. März erfolgten die Hitler-Wahlen. Lessings Voraussage, als Witz gedacht, erfüllte sich grausam. Hanussen, der vielfache Millionär, wurde ermordet und hinterließ keinen Pfennig. Aber er wurde nicht nur am Geldbeutel, sondern von vielen Kugeln in den Rücken getroffen und eines war es, was die beiden nicht vorhergesehen hatten: daß d i e s e l b e dunkle Macht die Ursache beider Tode sein würde.

Schärfere Bestimmungen für Waffenpässe. Die sich mehrenden Unglücksfälle beim Waffentragen und insbesondere die bei der Verfolgung der mährischen Gendarmenmörder gewonnenen Erfahrungen werden zum Anlaß genommen, um die Ausgabe von Waffenpässen einzuschränken. Gleichzeitig plant das Innenministerium die Ausgabe strengerer Strafbestimmungen für das unbefugte Tragen von Waffen.

Jahrgang XII Prag, 1. August 1933 Nr. 15

Die Wahrheit

UNABHÄNGIGES ORGAN FÜR ÖFFENTLICHE FRAGEN

UND

OFFIZIELLES ORGAN DES EUROPÄISCHEN ZOLL-VEREINES

IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

Theodor Lessing:

Bestien, aber Gott sei Dank deutsch

Will man die letzte Weisheit der klassischen Philosophie Deutschlands in eine kurze Formel zusammengefaßt haben, so dürfte die folgende Formel wohl zutreffend sein: es kommt außerhalb des Naturkampfes (also bei allem, was wir menschlich und Mensch nennen) niemals an auf das bloße Dasein, sondern immer auf den W e r t des Seienden. Es kommt nie darauf an, daß eine bestimmte Menschengruppe da ist und sich erhält, sondern darauf, daß sie w e r t bleibt ihrer Erhaltung. Wert der Erhaltung aber ist ein Volk gerade nur dann und gerade nur so lange, als es sich zum Träger macht der gültigen Normen und Gesetze, die nicht nur diesem Volke angehören und nicht nur diesem geschichtlichen Zeitalter, sondern gültig sind, weil es ohne sie überhaupt keine Menschheit und Menschlichkeit geben würde, sondern nur einen wechselseitigen Kampf ichsüchtiger und machtwilliger Raubtierhorden.

Ein Volk, das diesen Sinn für den Geist, der immer übervölkisch, immer allvölkisch ist, verloren hat, kann im Wachstumskampfe der irdischen Termitenhaufen alle Macht der Erde gewinnen, kann sich berauschen an allen Herrlichkeiten der Gewalt und Gewalttechnik, kann sämtliche Kunst- und Kulturformen zur höchsten Meisterschaft bringen, es wäre dennoch nur eine brutale Masse Vieh, wofern die Worte Mensch und Menschlichkeit überhaupt noch einen wertenden Sinn bewahren sollen.

Wir sind in Deutschland so weit! Unsere tiefe Sprache, unsere große Kunst ist nur noch dazu da, um den Machtrausch eines allein gegen sich selbst gerechten, lieblosen Geltungswillen zu rechtfertigen, um den Purpurmantel des Rechtes und der Sittlichkeit zu breiten über die kahle, brutale Überzeugung: „Wir dürfen niederträchtig sein, wenn wir uns nur als Deutsche finden."

Ein deutscher Dichter, dessen würdiger Gehalt und ehrliche Sprache mir verbietet, Worte der Geringschätzung niederzuschreiben, Herr Rudolf Binding, richtet öffentlich einen Brief an Romain Rolland: „Ja! Wir geben zu, daß in Deutschland Menschenjagden veranstaltet werden auf solche deutschen Menschen, die wir für nichtdeutsch zu erklären uns anmaßen. Wir bekennen und nehmen nicht zurück, daß um der Abkunft, um des Glaubens, um der Gesinnung und der Meinung willen der Mensch in Deutschland verfemt, verunrechtet, ja gemartert und gemordet wird von anderen Menschen. Wir räumen ein, daß Deutschland keinen Raum hat für Marxisten, Pazifisten, Juden, Humanisten und ähnliches Gelichter. Das mag schwer sein für die Opfer. A b e r G o t t s e i D a n k, d e u t s c h e S e e l e, d e u t s c h e s B l u t i s t i n d e r L a g e, d i e L e i d e n a n d e r e r h e r o i s c h z u e r t r a g e n. Und was besagen die Leiden einzelner Gruppen gegenüber der herrlichen Tatsache, daß unser Volk endlich wieder Volk wurde (pünktlich nach dem Kalender, unter Waffendruck und auf Hochkonjunktur; d. Verf.), daß die deutsche Seele Auferstehung, Neugeburt, vaterländischen Höhenflug feiert? Wir sind deutsch, was brauchen wir edel zu sein?"

Ein Reichspräsident schwört auf eine Verfassung in der Absicht: Ich breche sie. Das ist menschlich zwar niederträchtig, aber gut, wenn es d e u t s c h ist. Ein Reichspräsident verspricht seinen Wählern die Erfüllung ihres Programms, und wenn er gewählt ist, so stampft er sie zusammen und erinnert sich keiner Eide. Ist das treulos? Ach was, wir Deutsche sind deutsch, auch wenn wir lügen! Ein Reichskanzler weint auf dem politischen Markte der Welt Tränen über Krieg und Menschennot und verficht ewigen Frieden, aber gleichzeitig gibt er heimlich Rüstungsaufträge und speichert Mord- und Giftwaffen, dergleichen die Welt nie erlebte. Unklarheit? Doppelzüngigkeit? Ach was! Politik! Alles fürs Vaterland; also deutsches Recht! Ein Reichskanzler läßt durch die Zeitungen Englands und Amerikas die Welt wissen: Wir wollen die Judenfrage lösen. Wir wollen gerne jedem Juden ein Freibillet nach Palästina geben und tausend Mark dazu, wenn wir sie nur loswerden, wenn sie nur aus Deutschland herausgedrängt werden. Aber gleichzeitig ordnet er an, daß auch der ärmste (und gerade der Arme, denn mit den großen Herren macht man Geschäfte) verhindert wird, auszureisen. Wie eine Raubspinne die Fliege im Netze festhält, um ihr das Blut auszusaugen, so lange auszusaugen, bis sie zuletzt nur den Leichnam auszustoßen braucht — hätte je ein anderes Volk so gehandelt, hätte gar das jüdische so gehandelt, auf ewig würde es bemakelt und verächtlich geworden sein. Deutschland t u t es; und so muß es wohl edel und gerechtfertigt heißen.

Wäre das, was heute in Deutschland als Geist und Seele lebt, das wahre Deutschland, wäre die Sprache, welche Hitler schreibt, die Sprache Goethes, die Sprache, in der Goebbels redet, die Sprache Schopenhauers, wäre das edelmenschliche Bekenntnis der Herren Binding oder Bonsels aus der Seele Hölderlins oder unserer großen Musiker Seele, nein! dann hätten wir anderen, die doch auch deutsches Leben in sich tragen, nichts in Deutschland zu suchen, denn für uns wäre es so wenig anständig und würdig deutsch zu sein, wie es für Kant oder Goethe statthaft wäre. Aber dem ist nicht so! Das

Theodor Lessing:

Gerichtstag über mich selbst

Diese Selbstbiographie hat Prof. Lessing im Jahre 1926 im „Prager Tagblatt" veröffentlicht.

Geboren bin ich in Hannover am 8. Feber 1872 als einziger Sohn eines Arztes. Aus einer oft leidvollen Liebe für meine undankbare Heimat habe ich mein ganzes Leben in Hannover dargebracht. Denke ich ans Elternhaus und Schuljahre, so bin ich immer wieder erstaunt, daß ich hindurchkam, ohne völlig zerrüttet zu werden. Ich begreife kaum mehr, daß die seelischen und auch körperlichen Marterungen den zarten Knaben nicht in den Tod trieben. — Als ich 14 Jahre alt geworden, zum zweiten Male „sitzen blieb", da gab der Direktor des Gymnasiums, das ich besuchte (es war das jetzige Ratsgymnasium in Hannover), meinem Vater den Rat: „Lassen Sie den Jungen ein Handwerk lernen. Er ist zu geistiger Arbeit ungeeignet." Ich kam nun eine kurze Zeit in die Gartenbauschule Ahlem. Dann, ebenfalls nur kurz, als Lehrling in das Bankhaus Alexander Simon. Schließlich aber, als ich zu allem viel zu störrisch und ungeschickt befunden wurde, setzte man mich auf mein eigenes Bitten doch wieder auf die Schulbank. Ich selber fühlte mich nur für geistige Arbeit berufen. Neunzehn Jahre alt war ich, als der entscheidende „Krach" kam. Ich wurde, als ich gegen einen Peiniger aus gequälter Seele losbrach, von der Schule relegiert. Nur durch besondere Fürsprache einflußreicher Personen fand sich ein Gymnasium bereit, mich nochmals aufzunehmen. Es war das Gymnasium in Hameln an der Weser. Sein Direktor war Verbindungsbruder meines Vaters: ein krankhaft aufgeregter Polterer. Ich kam in eine strenge Pension unter Aufsicht dieses Direktors. Just dieser unerträgliche Direktor, dem ich als unverbesserliches „schwarzes Schaf" überantwortet war, wurde mir Fürsprecher und Helfer. Dies kam so: Ich war verbittert und extrem. Aber mein Radikalismus ging nach der nationalen Seite. Ich war ein viel wilderer „Patriot", als die unwissenden Jungen, die mich heute als „Juden und Sozialisten" ächten wollen.

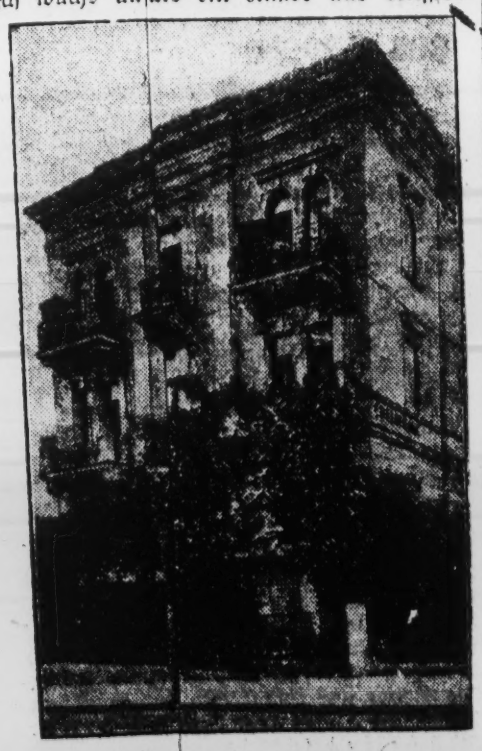
1893 bezog ich endlich die Universität Freiburg, 21 Jahre alt. Es blieb mir keine Wahl, als Medizin zu studieren. Mein Vater nämlich, Chirurg und Gynäkolog, hatte freilich eine große Praxis; aber hatte alles, was er besaß, verloren. Es war kaum genug Geld da, um mich studieren zu lassen. In den Medizinjahren in Freiburg, Bonn und München zeigte es sich bald, daß ich zwar Gaben und Neigungen für reine Wissenschaft hatte, daß ich aber nach den schweren Entwicklungsjahren weder gesund noch leichtblütig genug war für die mir zugedachte ärztliche Praxis. Ich träumte auch von ganz anderem. Ich baute eisern auf mein erstes Buch, darein ich die ganze Sehnsucht der Jugend legte. Ein ungeheuerlich unreifes, lyrisches Welterlöserwerk in zwei Bänden: „Komödie." Das erschien 1893. Auf eigene Kosten gedruckt. Die paar Menschen, die unverrückbar an mich glaubten: Ludwig Klages und Grete Ehrenbaum (meine Pflegemutter, der ich viel dankte) hungerten für mich das Geld zusammen. Kein Hahn aber krähte nach dem grandiosen „Welterlösungsmenschheitsriesenpoem", gewoben aus Sehnsucht, Weltverzweiflung und Menschenekel.

Von zwei Lebensmächten will ich nun einiges sagen, als von den wichtigsten in meinem Leben. Zunächst: Das Verhältnis zu Liebe und Geschlecht: für jeden Menschen (so glaube ich heute) das schlechthin Schicksalbestimmende. Ich erinnere mich nicht, jemals auch nur das leichteste und loseste Liebesspiel ohne menschliche Sympathien, ohne Beimischung von Mitverantwortlichkeit für Weh und Wohl des andern erlebt zu haben vor der nackten Wertlosigkeit nackter Triebe habe ich ähnliches Grauen wie vor Fusel oder blutigem Fleisch. — — Als zweiten Punkt von Wichtigkeit für meine Entwicklung nenne ich mein für Außenstehende schwer zu klärendes Verhältnis zum Judentum. Ich wuchs anfangs als ein Knabe aus religiös-indifferentem Elternhaus. Die Eltern waren beiderseits Juden. Aber es hatte schon unter den Vorgeschlechtern christliche und arische Elemente gegeben. Ein Großonkel war englischer Erzbischof-Kardinal. Der Berliner Zweig der Familie war mit Nachkommenschaft aus Gotthold Ephraim Lessings Familie versippt und wollte von jüdischer Abstammung nichts wissen. Ein Großonkel war leidenschaftlicher Antisemit; ebenso ein Bruder der Mutter. Als ich mündig wurde, ließ man mir die Wahl, zu welcher Konfession ich gehören wolle. Und ich wählte, durchaus nur aus Bequemlichkeit, die evangelische. Grade damals aber kam mir zum Bewußtsein, was es heißt, als Jude geboren zu sein. Unter meinen Schul- und Studiengenossen hatte ich nicht als solcher zu leiden. Aber nun sah ich unter diesen Gefährten zum erstenmal sich „antisemitische" Neigungen erheben. Ich schämte mich dann, bei dergleichen nicht zu widersprechen. Anderseits wußte ich ja aber fast nichts vom Judentum. Da hörte ich um 1900 zum erstenmal von „Zionismus" und stieß auf ein selbstbetontes, würdebereitetes Prinzip. Ich wurde nun zwar an meiner deutschen Wesensart nicht irre, aber ich empfand es als geschmacklos, deutsch sein zu wollen; ich fühlte ja, daß man mich abdrängte und ausstieß. — Die Entscheidung aber brachte der mächtigste der Götter. — Ein Mädchen aus altem Preußenadel schenkte dem namenlosen Studenten fanatische Leidenschaft und verließ, als ihre Militär- und Junkersippe, stolz auf Verwandtschaft mit dem Hohenzollernhaus, die bürgerliche und judenblütige Verbindung ablehnte, folgerichtig ihre ganze alte Tradition. Beide wurden nun Freiwild. — Die Folge davon war, daß meine junge Frau und ich, allen zum Trotz, begeisterte „Zionisten" wurden, daß unsere Kinder jüdische Namen bekamen, und daß ich nunmehr erst offiziell zum Judentum übertrat oder besser gesagt zurücktrat.

Es ist wunderlich, daß von allem, was ich je geschrieben habe, nichts so sehr mein äußeres Leben belastet hat, wie eine kleine Satire: „Samuel zieht die Bilanz", in welcher ich die rechthaberische, abstrakte Rabulistik eines Schriftstellers Samuel Lublinski keck verulkte, welcher um 1908 ein feierliches Buch „Bilanz der Moderne" geschrieben hatte. — Wirklich wehgetan und meine äußere Existenz fast vernichtet hat aber nur eine Feindschaft, die an versteckter Bösartigkeit und verhohlener Giftigkeit nicht ihres gleichen hatte, die des schon damals berühmten Schriftstellers Thomas Mann, zu dem seit etwa 1905 aller[illegible] Beziehungen bestanden hatten. Was er mir in zähester Geltungswilligkeit aus hier nicht darzulegenden Momenten angetan hat, durch sorgsam vergiftete, mich öffentlich infam machende Artikel (immer konventionell, immer mit der Geste des Darübererhabenen, jedem Schuldbewußtsein wie jeder Verantwortung ausweichend), — das halte ich für das menschlich Unschönste, was ich vom Leben erfuhr. Dies Geschehnis aber war es, was mich zu dem erweckte, der ich nachmals geworden bin: Psychologe am Geist, Skeptiker an der Kultur. Vollkommen erdrückt ward ich, gerade als ich mich wieder erholen wollte, auf Autorität eines Mannes hin, dessen Urteil den lesenden „Bildungsmenschen" eben schlechtweg galt. Ich konnte von nun an tun, was ich wollte, ich war abgestempelt. Daß Thomas Mann von mir schrieb: „Die Atemluft dieses Menschen ekelt mich: man mag den alternden Nichtsmß als Privatdozent in Hannover dulden, bis man ihn endlich ins Irrenhaus steckt", daran zerbrach mir Laufbahn und Lebensmöglichkeit, denn für die ganze Welt der „Intellektuellen", für Gelehrten- und Literaturkreise, sind es nun fest, ich sei einer, von dem man nur mit Achtung und ohne Ehrfurcht reden kann.

Mein ganze Jugend und Jünglingszeit stand unter dem Zepter eines Schreckenswortes des Wortes: „Nicht schulgemäß!" Eigentlich habe ich nichts gelernt, als gutes Deutschschreiben. Und doch gelang es mir nicht, im Deutschen Normalnummer zu bekommen. Ich schrieb von allen Jungen den besten deutschen Aufsatz, aber die Lehrer sagten, es sei nicht schulgemäß. Ich hatte viele Gedanken und gute Einfälle, aber ich war verpflichtet, sie zu unterdrücken, denn sie waren nicht schulgemäß. Und ist es nicht immer so geblieben bis zum heutigen Tage? Gewiß, die Behörden und die Fachgenossen geben gern zu, daß auch ich das Recht habe, meine Meinung frei zu sagen; aber soeben noch hat der preußische Landtag konstatiert, daß ein Professor eine solche Meinung eigentlich nicht haben darf. Und wenn ich in dem großen Mordprozeß in meiner Heimatstadt, in dem Haarmann-Prozeß, jüngst die Wahrheit suchte, so sagte man mir: Dein Ethos ist ja ganz schön menschlich und begreiflich, aber das preußische Kultusministerium muß leider bemerken, daß ein Beamter solches Ethos nicht haben sollte. Kurz und schlimm: Es erging mir immer, wie den Dichtern im Staate Platos; man stülpt ihnen einen Lorbeerkranz auf den Kopf und gibt ihnen dann einen solchen Tritt in den Hintern, daß sie aus dem Staat hinausfliegen, denn sie sind allerdings aller Ehren wert, aber: Nicht schulgemäß ...

Mein Vater starb März 1895. Danach begann die Wanderjahre. Ich habe viele Menschen gekannt. Jahrelang reiste ich als Wander-



Haus „Schwalbennest", Norderney.

à coups de revolver par la fenêtre, tandis qu'elle lisait au côté de sa femme

Le principal coupable est en fuite. On aurait arrêté deux complices

Prague, 31 août (dép. *Sud-Est*). — Hier soir, vers 11 heures, un professeur allemand de l'Université de Hambourg, émigré récemment, M. Theodor Lessing, a été assassiné dans la ville qu'il habite à Marienbad. Le professeur Lessing affichait des opinions de gauche.

Le professeur lisait un livre, ayant sa femme à quelques pas de lui. Subitement tirés par la fenêtre, deux coups de revolver retentirent. Le professeur s'écroula, atteint à la tête, et sa femme s'évanouit. Transporté à l'hôpital, le Dr Lessing y est mort dans la nuit.

L'enquête a établi que les meurtriers étaient deux. Ils ont utilisé une échelle pour parvenir à la fenêtre du premier étage, où se trouve le cabinet du professeur, et d'où ils tirèrent sur lui.

La police pense qu'il s'agit d'une vengeance politique. Ce matin, on a arrêté une personne soupçonnée d'être complice des assassins; on ne donne aucun détail pour éviter que l'enquête ne puisse suivre son cours dans de bonnes conditions.

On dit qu'un certain Eckert pourrait être un des assassins. Il a été récemment condamné par le tribunal de Marienbad à cinq mois de prison, et des témoins l'avaient vu, il y a trois jours, en compagnie d'un Allemand. L'échelle qui a servi aux inconnus à atteindre le premier étage de la maison du professeur, est la propriété d'Eckert.

La frontière vers l'Allemagne est surveillée étroitement par la police et la gendarmerie.

Ce meurtre a soulevé la plus grande émotion parmi les émigrés allemands, qui se sont souvent plaints d'être l'objet d'une étroite surveillance de la part d'émissaires nationaux-socialistes du Reich.

Deux arrestations

Prague, 31 août. — L'assassinat du professeur Lessing a causé une profonde émotion dans tous les milieux. L'assassin présumé, Max Eckert, a déjà subi plusieurs condamnations pour violence; il était connu comme admirateur de l'hitlérisme.

Une enquête approfondie est ouverte. Deux personnes qui manifestaient depuis peu un intérêt suspect pour les faits et gestes de M. Lessing ont été appréhendées. On s'attend à d'autres arrestations.

Un communiqué officiel rappelle qu'à partir du 1er septembre sont constitués des détachements spéciaux de gendarmes mobiles pour la garde de la sécurité publique dans les régions frontières de la Bohême.

La tête du philosophe était mise à prix

Vienne, 31 août (dép. *Sud-Est*). — On mande de Marienbad, au sujet de l'assassinat, hier, de M. Theodor Lessing, ancien professeur à l'école supérieure de technique de Hanovre, que la police locale avait prévenu l'ancien professeur de ne pas résider dans une villa isolée comme celle qu'il habitait, mais d'établir son domicile au centre de la ville.

En effet, le commissariat avait constaté, à plusieurs reprises, que la ligne téléphonique de M. Lessing avait été coupée et certaines constatations suspectes avaient incité les autorités à établir, d'ores et déjà, une surveillance discrète autour de la villa du professeur. Celui-ci s'en était étonné et, même, avisé que sa tête avait été mise à prix par les nazis allemands (10.000 marks), il avait répondu ironiquement que c'était là vraiment un prix trop élevé. Enfin, le service de sûreté lui ayant conseillé de couper sa barbe, signalement trop voyant, il s'y était résolument refusé.

Un pacifiste convaincu

Prague, 31 août. — M. Theodor Lessing était professeur de philosophie de Hambourg. Sa collaboration à un journal allemand de Prague l'avait désigné à la haine des partis nationalistes, et il avait dû quitter l'Allemagne récemment et s'installer en Tchécoslovaquie. Juif d'origine, converti au catholicisme dans sa jeunesse, il était revenu au judaïsme pour protester contre l'antisémitisme.

M. Lessing a écrit plusieurs volumes, notamment « Le déclin de l'esprit dans le monde ». Il avait fait, dernièrement, une tournée de conférences en Tchécoslovaquie au sujet du problème juif en Allemagne, et assisté au congrès sioniste qui se tient actuellement à Prague.

Le docteur Theodor Lessing comptait parmi les personnes que les milieux fascistes allemands haïssaient le plus. Pacifiste convaincu, il avait été l'auteur d'une brochure sur « L'Assassinat en masse », où il établissait un rapprochement entre le maréchal Hindenburg, qui habitait à l'époque la ville de Hanovre, et le fameux boucher vampire Hartmann, un Hanovrien. Cet écrit provoqua une tempête d'indignation dans le camp nationaliste.

Les étudiants fascistes ayant exigé le départ du professeur, M. Lessing avait dû résigner ses fonctions à l'Ecole supérieure, bien avant l'avènement du Troisième Reich. Réfugié à l'étranger, il se croyait enfin en sécurité, mais les « assassins en masse » nationaux-socialistes en avaient décidé autrement.

Après l'assassinat du professeur Lessing

L'émotion est intense en Tchécoslovaquie, où la surveillance est renforcée

Prague, 1er septembre. — La presse commente abondamment l'assassinat du professeur Lessing.

L'avis unanime est qu'il s'agit d'un meurtre politique commis à l'instigation de l'étranger. Les journaux réclament des mesures énergiques contre l'agitation antisémite et pour la surveillance des frontières.

Cette surveillance est renforcée à partir d'aujourd'hui par des détachements spéciaux motorisés de gendarmerie mobile.

Le meurtre paraît avoir été minutieusement préparé. Récemment déjà, le professeur Lessing avait remis à la police une lettre anonyme reçue par lui contenant des menaces de mort.

La perquisition opérée au domicile d'Eckert, l'assassin présumé, a fait découvrir entre autres un papier portant l'adresse de Lessing.

D'après le *Bohemia*, on aurait trouvé dans les cabinets d'un local du parti hitlérien de Marianske Lazne l'inscription suivante : « Lessing crèvera le 29 août », surmontée d'une croix gammée.

La *Prager Presse* dit que le *Pilsner Tagblatt* avait publié récemment une information selon laquelle la tête de Lessing était mise à prix en Allemagne. Le rédacteur en chef du *Pilsner Tagblat* a été interrogé à ce sujet par la police.

Le *Pravdo Ledu* signale que, trois jours avant le meurtre, le *Voelkischer Beobachter*, en Allemagne, publiait une notice attaquant Lessing.

Eckert, qui a probablement fui en Allemagne, aurait été vu dans deux villages proches de la frontière. La police recherche ses complices probables. Une trentaine de personnes ont été interrogées à Marianske Lazne et à Prague.

Les obsèques de Lessing auront lieu dimanche. Elles seront probablement l'occasion d'une grande manifestation des partis socialistes.

Selon le désir manifesté par le professeur Lessing, son corps sera probablement transporté en Palestine pour y être inhumé.

Deux assassins ont fait feu à la fois sur le philosophe

Prague, 1er septembre. — L'autopsie du corps du professeur Lessing a révélé que les deux blessures mortelles proviennent de deux armes différentes.

On a retrouvé un revolver de marque allemande dans le jardin de la villa.

De nombreuses perquisitions ont été opérées aujourd'hui à Marianske Lazne chez des militants nationaux-socialistes allemands. Trois personnes suspectes ont été arrêtées.

Dans un village voisin, on a arrêté un hitlérien devant la maison duquel auraient été vues, le jour du crime, deux motocyclettes portant des numéros allemands. La police et la gendarmerie sont renforcées dans toute la région.

Papa
233.

Unser neuer Roman
beginnt Sonntag, **3. September**
„Kamerad Eva“
von Ida Bock
Roman der modernen Frau

Beachten Sie die Anzeige auf Seite 5, Spalte 4 Mitte!

Prager Tagblatt
58. Jahrgang Nr. 204
Freitag, 1. September 1933
Telephon Nr. 241-4-1
Drahtanschrift: TAGBLATT, PRAG
Preis Kč 1·—
Monatl. 20 Kč

KINO-PROGRAMME S 12
Kein Weizenzuschußbedarf mehr, Rekordernte S 8
Göring General S 3
Die Deutschlandfahrt des DFC S 7
Lessing über sich selbst S 4

Die Ermordung Lessings

XXX Prag, 31. August.

Nun ist dieses warme Herz, diese glühende Liebes- und Lebensbegeisterung ein Opfer des Hasses geworden. Wenn je ein Mord aus Mißverständnis, auf Grund einer skrupellos jahrelang fortgesetzten Hetze gegen einen völlig Unschuldigen verübt wurde, so ist es diesmal geschehen. Ein weltoffenes Gemüt war Theodor Lessing, oft naiv bis zur Kindlichkeit, niemals gehässig, nie verquält oder verkrampft — völlig unfundiert sind alle Behauptungen, die ihm irgendeine Feindseligkeit gegen das Deutschtum vorwarfen. Er fühlte sich ganz im Gegenteil deutscher Kultur zu innerst verpflichtet, gerade als Zionist und volksbewußter Jude hatte er das zarteste, dankbarste Gefühl für die ohne alle Hysterie geliebte deutsche Geisteswelt. Bezeichnenderweise trägt einer seiner letzten Briefe, vom 28. August datiert, den Zusatz zur Unterschrift: „Am Geburtstag Goethes.“

Die Ermordung Theodor Lessings nimmt einen ganz besonderen Platz in der Chronik der Verbrechen ein. Sie ist mit Taten wie der Ermordung Bells nicht zu vergleichen. Abscheuliche Untat bleibt ja jeder Mord; aber zur Erklärung einiger Femeattentate mag der Umstand, daß es sich um Beseitigung von Mitwissern gefährlicher Geheimnisse handelte, also gewissermaßen um eine Defensive, einiges beibringen. Die Meuchlung Theodor Lessings dagegen ist völlig grundlos geschehen, Lessing war selbst im Sinne der heutigen deutschen Machthaber kein „Schädling“, alles, was gegen ihn vorgebracht wurde, beruhte auf Verdrehung, auf Lüge, auf immer wieder eingehämmerter Wiederholung unwahrer Beschuldigungen. Die bewußte Lüge, wird sie der urteilslosen Masse nur genügend oft und eindringlich gesagt, ist heute in ihrer Wirkung von Wahrheit nicht mehr verschieden. Die „Verleumdungsarie“, einst das Meisterstück eines Baßbuffo in einer sehr beliebten Oper, hat sich in unserer grausigen Zeit in ein wildes Rasseln von Mordwerkzeugen verwandelt, das keiner humoristischen Deutung mehr zugänglich blieb. — Man schlägt eine beliebige Seite in irgendeinem Werk Lessings auf, etwa in dem reichen lieblichen Buch „Blumen“. Da heißt es: „Die ersten Blumensterne, denen das Volk so wunderholde Namen gab — Himmelschlüsselchen, Buschwindröschen, Schneeglöckchen, Brennende Liebe und Tränendes Herz —, diese ersten Blumengebilde, ein Abbild des Himmels und seiner Sterne, offenbaren schweigend die frühe Sehnsucht unserer Jugend.“ Schreibt so ein Volksfeind? Ein Aufwiegler? Ein Verhetzer? War denn Theodor Lessing nicht einer von jenen, die mit stillster Innigkeit den Geheimnissen der schaffenden Natur, der Volksseele nachgingen? Belauschte er nicht die unschuldigen Tiere? Ja, ging er nicht in seiner grenzenlosen Liebe zu allem Natürlichen, Organischen, Elementaren so weit, daß er sogar einer recht zweifelhaften literarischen Erscheinung wie Rudolf Hans Bartsch eine entzückte Monographie widmete, nur weil dieser, laut Untertitel des Buches, für Lessing „ein letztes deutsches Naturdenkmal“ darstellte? Auch über den Begründer des deutschen Antisemitismus, den blinden Professor Eugen Dühring, hat Theodor Lessing in seiner allumfassenden Liebe eine ehrenrettende Darstellung veröffentlicht, in der er dem sonst wenig Geschätzten Gerechtigkeit angedeihen zu lassen versucht. Im Grunde war Lessing eine unpolemische Natur. Daß er öfters anstieß, daß er schon in jungen Jahren eine vielbeachtete Kontroverse mit Thomas Mann, dem jetzt gleichfalls Geächteten, hatte (die sich übrigens auf rein literarischem Gebiet bewegte), das ist weniger einer irgendwie angriffslustigen Art als einer gehörigen Portion von Unbefangenheit und Unbekümmertheit zuzuschreiben, die ihm eigen war, wie sie allen echten, reichen, verschwenderischen Seelen zusteht. Nein, vorsichtig war er nicht, unser guter Theodor Lessing. Wäre er vorsichtiger gewesen, so hätte er ja auch nicht am dunklen Waldrand Quartier genommen, in dem der Tod auf ihn lauerte, hätte den vielen Warnungen Gehör geschenkt.

Es fällt schwer, inmitten des tiefen Schmerzes, der Erschütterung Lessings geistige Wesenheit auch nur einigermaßen zureichend zu umreißen. Ein Philosoph, der eigene Wege geht. Eigene Wege schon deshalb, weil für ihn Philosophie und gelebtes Leben mit allen Wurzeln im Nachtdunkel der Instinkte, mit allen Wipfeln geistiger Entzückungen zu einer im höchsten Sinne poetischen Einheit wurden. Er war das Gegenteil eines Schreibtisch- und Kathedermenschen. „Der fröhliche Eselsquell“ hieß eines seiner ersten Bücher, immer mißtraute er der Abstraktion, der Dogmatik, der „Sinngebung“, die er in seinem großen geschichtsphilosophischen Werk als nachträgliche Logifikation, als „Sinngebung des Sinnlosen“, entlarvte. Doch gleichzeitig suchte er, auch hierin ein Mann der Gegensätze, in seinen „Wertaxiomatischen Studien“ Grundlagen eines „reinen Rechtes“, einer „reinen Ethik“. „Europa und Asien“ ist die große Zusammenfassung der Gegensätze, die Schrift wurde während des Krieges konfisziert und erlebte nachher immer neue Auflagen und Umarbeitungen, wobei sie fortschreitend die Entwicklung des Denkers zu immer klareren Formulierungen in sich aufnahm.

Lessing ist nie aggressiv gegen Deutschland gewesen, er liebte deutsches Wesen mit aller Hingabe seines Geistes; noch sein letzter Vortrag in Prag, bereits in der Verbannung, enthielt als Hauptstück eine glühende Liebeserklärung an deutsche Heimat, deutsche Seelenmacht. Und gerade diesen Mann haben angeblich national Empfindende hinschlachten lassen! Man verliert wie in einem Schwindelgefühl die Geschlossenheit der Ebenen, auf denen sich reales Geschehen doch eigentlich abspielen müßte, Geschichte wird virklich, als wollte sie Lessings These erhärten, etwas „Sinnloses“, dem aber auch nachträgliche „Sinngebung“ in diesem Falle versagt bleibt. Warum entlud sich solcher Haß gegen einen gütigen, immer zu Fröhlichkeit aufgelegten, einfallsreichen, einsichtigen Autor? Er war unbeliebt. Das scheint im Anfang eine Hannoversche Lokalangelegenheit gewesen zu sein, gewiß ist Lessing einigen provinziellen Nullen auf die Hühneraugen getreten, irgendein Teufel hat dann die Sache aufgebauscht, ein demagogisches Feuer angezündet, das bald über Deutschland hinblies. Ein Artikel über Hindenburg gab dann das Signal zum allgemeinen Angriff. Was stand in diesem Artikel? Durchaus nichts so Invektives wie in zahlreichen Hitlerblättern, die damals den Präsidentschaftskandidaten Hindenburg wütend befetzten. Lessing schrieb (im April 1925):

„Wenn man in das gute, väterliche Antlitz des alten Hindenburg blickt, so fällt zunächst auf: die fast furchtbare Schwere dieses Antlitzes. Henrik Ibsen gebraucht von solchen Menschen, die nicht loskommen können von der Begrenzung ihres Selbst, die Formel: „Sie sind eingespunden im Fasse des Ich.“ Solch ein Eingespundener, die schwere Masse der Erde, der gewiß nichts ferner liegt als alles Leichte Spielen und Tänzertum, solch ein Ernster und Gediegener ist der alte Hindenburg.“ Und weiter: Klare, wahre, redliche und verläßliche Natur, ohne Problematik und Falschheit. So zeigt sich auch dieser Mann im Spiegel seiner Lebenserinnerungen.“ Und dann zum Schluß: „Von dem Augenblick, wo dieser unpolitischste aller Menschen zu einer politischen Rolle mißbraucht wird, wird ein anderes entscheidend: Dieser Mann ist durch und durch ein Mann des Dienstes. Hier sind noch einmal die Ansätze zu einer selbst entscheidenden und grübelnden und wägenden Persönlichkeit . . . Nach Plato sollen die Philosophen Führer der Völker sein. Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun eben nicht den Thronstuhl besteigen. Nur ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero. Man kann sagen: „Besser ein Zero als ein Nero!“ Leider zeigt die Geschichte, daß hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen steht.“

Die Sätze enthalten nichts Auffallendes, nichts, was zur Wut reizen müßte. Dennoch brach ein Sturm los, das in vielleicht allzu reichem Maße dem alten Hindenburg gespendete Lob wurde dem Publikum verschwiegen, nur die behutsame Kritik, die der Jude Lessing gewagt hatte, prangerte man an, indem man sie tausendfach entstellte und übertrieb. Demonstrationen unreifer Studenten, Lessings Kampf und Rückzug auf einen Forschungsauftrag sind in aller Erinnerung. Nicht vergessen soll man aber, daß Goebbels die Verleumdung bis zur Behauptung steigern konnte, Lessing habe Hindenburg mit Haarmann verglichen. Und dies nur deshalb, weil Lessing im Abstand einiger Jahre Artikel über Haarmann veröffentlicht hat, die von der herkömmlich bequemen Meinung abwichen, aber selbstverständlich kein Wort über Hindenburg enthielten.

Lessingscher Geist, der Geist jenes klassischen Lessing, der die Blüte der Humanität in Deutschland eingeleitet hat, ist mitgemordet, wenn man den Sproß einer Familie tötet, die den Namen „Lessing“ aus Verehrung für den deutschen Geistesheros angenommen hat, dem sie sich nicht blutsverwandt, aber seelennahe und dankschuldig gefühlt hat.

Wer sind die Hintermänner?

Der politische Mord an Professor Theodor Lessing

Steckbrief gegen den mutmaßlichen Täter

Zwei Verhaftungen in Marienbad

Marienbad. Bis Mitternacht wurde keine Spur des steckbrieflich verfolgten Taglöhners Eckert, der des Mordes an Prof. Theodor Lessing dringend verdächtig ist, gefunden. Er dürfte bereits in Deutschland sein.

Das Landesamt in Prag teilt mit:

„In die Haft wurden zwei Personen eingeliefert, die vor einiger Zeit ein verdächtiges Interesse für die Person Lessings an den Tag legten. Die Sicherheitsbehörden ergreifen umfangreiche Maßnahmen zum Zwecke der Aufklärung der Tat und der Ergreifung des Täters auch im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung wird an die Verhaftung aller verdächtigen Personen geschritten werden.“

Da in Prag Gerüchte verbreitet waren, daß die geistigen Urheber des Attentats ihren Sitz in Prag haben, wurden von der politischen Abteilung der Polizei gestern einige Personen einvernommen. Vorläufig hat die Polizei keinen Anhaltspunkt für die Richtigkeit der Gerüchte gefunden.

Der Mordanschlag war sorgfältig vorbereitet, das Terrain sondiert worden. Bis Mittwoch nachmittag weilten in der Villa „Edelweiß“ fünfzehn Kinder und das ganze Personal des Kinderheims, dessen Anwesenheit das Anlegen der Leiter unmöglich gemacht haben würde. Die Räumlichkeiten der Villa scheinen auch ausgekundschaftet worden zu sein, denn ein Mann, der Bibeln verkaufte und sich als Reichsdeutscher bekannte, drang bis in die oberen Stockwerke vor und verließ erst das Haus, als er scharf abgewiesen wurde. Er verschwand, ohne seine Bibeln in der Nähe angeboten zu haben.

Eine Folge der Tat ist auch die beschleunigte Entsendung motorisierter Bereitschaften in die Grenzgebiete. Jede Abteilung dieser neuen Gendarmerieformationen wird aus einem Kommandanten, dessen Stellvertreter, aus Instruktoren und aus 25 Gendarmen bestehen. Diese Abteilungen werden die Gendarmeriestationen in den Grenzbezirken bei der Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu unterstützen haben. Sie werden Motorfahrzeuge besitzen, um die ihnen zugewiesenen Gebiete befahren zu können. In den Aufgabenkreis der Bereitschaftsabteilungen wird auch die Bewachung der Grenze und die Kontrolle der Uebergänge fallen. Sie werden direkt den Kommandanten der Gendarmeriestationen unterstehen. Solche Abteilungen werden vorläufig in Brüx, Komotau, Eger, Teplitz-Schönau, Tetschen, Deutschgabel und Trautenau errichtet. Die Mannschaft der Bereitschaftsabteilungen ist aus jungen Leuten zusammengesetzt, die probeweise für den Gendarmeriedienst aufgenommen wurden, eine Abrichtung von drei Monaten mitmachen und nun zum erstenmal praktisch tätig sein sollen. In Marienbad sind starke Gendarmerie-Abteilungen eingetroffen.

✦

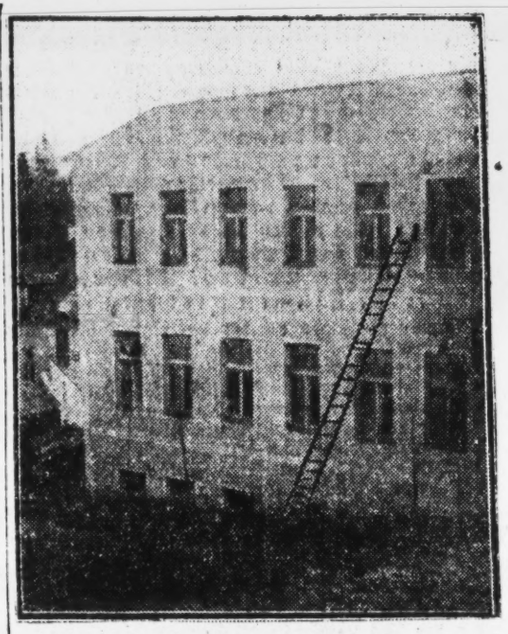
Die irdischen Ueberreste Theodor Lessings werden, seinem letztwilligen Wunsche gemäß, in Palästina zur letzten Ruhe bestattet werden. Wie es heißt, beabsichtigt Frau Professor Lessing, wenn sie die Mittel dazu aufbringt, nach Palästina zu übersiedeln.

Theodor Lessing hat bis in die letzte Zeit an der Abfassung seiner Selbstbiographie bis zum 24. Lebensjahr gearbeitet. Dieses Werk war von Lessing schon als eine Art Vermächtnis gedacht. Innige Freundschaft verband ihn damals mit Klages, der als Philosoph heute im Dritten Reich Autorität genießt. Lessings Arbeit, die schon zu Ende gediehen sein dürfte, ist nach den Proben, die er gelegentlich Freunden daraus vorgelesen hat, eine anschauliche und fesselnde Darstellung der Zeit und der Menschen, der geistigen Strömungen und Kämpfe in jener Epoche, deren intimere Kenntnis den Schlüssel zum Verständnis und zur Beurteilung der verhängnisvollen Entwicklung der jüngsten Zeit bietet.

✦

Der Mörder hat, um das Attentat aus nächster Nähe verüben zu können, eine hohe Leiter benützt und ist auf dieser im Schutze der Dunkelheit bis zum Fenster gestiegen. Es wurde festgestellt, daß es die Feuerwehrleiter der Gemeinde Schanz ist, die durch die Wälder bis zum Hause gebracht worden sein muß. Mit dem Transport der Leiter müssen mehrere Personen beschäftigt gewesen sein. Der Augenschein ergab, daß die schwere Leiter mit Fetzen umwickelt war, damit jedes aufgellende Geräusch beim Anlegen derselben vermieden werde. Die Leiter war lang genug, um dem Täter die Möglichkeit zu geben, bis an das Fenster von Lessings Arbeitszimmer im zweiten Stock der Villa zu steigen und zu warten, bis Prof. Lessing ein Ziel für die Kugel biete.

Die herbeigerufene Polizei nahm die Fahndungen mit aller Energie auf. Ein Polizeihund, der eingesetzt wurde, führte die Sicherheitsorgane nach dem Geruch des bei der Leiter gefundenen Strickes 6 Km. weit in den Wald. Fußspuren waren auf dem harten Boden nicht wahrnehmbar. Hingegen kam der Witterung des Hundes die nächtliche Ungestörtheit zugute. Vor dem Waldgehege des Rayons Glatzen verlor der Hund allerdings die Spur, doch konnten die Gendarmen folgern, daß die Feuerwehrleiter aus dem nahen Orte Schanz stamme. Die Art der Schüsse deutete übrigens darauf, daß sie jemand abgegeben haben müsse, der von Natur aus sehr verwegen ist und mit dem Revolver sicher umzugehen versteht. Der Polizei war bekannt, daß in der Gemeinde Schanz Bezirk Königswart, ein gefürchteter Max Rudolf Eckert, Wilderer, lebe, der im



Die erste Aufnahme nach der Tat. Die Leiter steht noch an der Hauswand.

UN RÉFUGIÉ ALLEMAND EST TUÉ PAR DES NAZIS EN TCHÉCOSLOVAQUIE

Prague, 24 janvier.

Un crime commis à la manière d'une sentence de la Sainte-Vehme a été perpétré la nuit dernière. Un émigré allemand de Stuttgart, Rudolf Wormis, ex-directeur technique du poste radiophonique d'émission de Muhlacker, ayant appartenu au parti nazi, a été trouvé assassiné dans une chambre d'hôtel près de Pribram. Son corps était percé de plusieurs balles de revolver.

Les assassins se sont enfuis en auto et n'ont pas été retrouvés, mais on possède leur identité. Ce sont : Gert Schubert, de Berlin, 23 ans ; Hans Muller, de Kiel, 24 ans ; Edith Karlsbach, professeur de gymnastique à Berlin, 26 ans. Tous trois avaient franchi le 10 janvier la frontière tchécoslovaque.

Le Progrès de Lyon
25 - 1 - 35

Popu 24-3-35

Un enlèvement d'émigrés allemands aurait eu lieu en Tchécoslovaquie

Prague, 23 mars (dép. *Sud-Est*.) — Les services de la sûreté viennent d'être avisés de la disparition mystérieuse, d'un village de Bohême, d'un couple d'émigrés allemands. Des premiers résultats de l'enquête qui a été ouverte immédiatement, il résulterait que l'homme et la femme dont il s'agit ont été enlevés, la nuit dernière, par des inconnus qui ont pu gagner la frontière allemande sans être inquiétés.

Ce matin, à la première heure, une autre voiture stoppa devant la maison habitée par les deux disparus et le chauffeur, muni de papiers en règle, demanda qu'on lui remette l'enfant laissé par le couple allemand.

A la dernière minute, on apprend que les émigrés en question se nomment Kurjke.

[illegible] vers une guerre civile.

Temps 1-5-35

TCHECOSLOVAQUIE

L'enlèvement d'un émigré allemand

On télégraphie de Prague :

La nouvelle de l'enlèvement d'un émigré allemand par les agents de la Gestapo a provoqué à Prague une vive émotion.

D'après des renseignements de source officieuse, on n'a pu encore établir de façon sure l'identité et le nom de la victime. Cependant, on croit qu'il s'agirait d'un certain Lampersberger ou Landesberger, garçon de café, originaire de Munich et ancien membre de la Reichbanner, qui aurait habité Cheb jusqu'au mois de novembre 1934 et aurait été attiré à la gare de Zelesna Ruda par la lettre d'un ami d'Allemagne.

En tout cas, l'enquête a déjà prouvé d'une manière indiscutable que l'enlèvement a eu lieu sur le territoire tchécoslovaque, à quinze mètres du poteau-frontière. Dès qu'elle sera terminée, le ministère des affaires étrangères envisagera la suite à donner à cette nouvelle violation du droit d'asile.

Temps 5-5-35

TCHECOSLOVAQUIE

L'enlèvement d'un émigré allemand

On télégraphie de Prague :

Commentant la nouvelle de source officieuse allemande, selon laquelle l'émigré allemand enlevé à Zelezna Ruda aurait été arrêté sur le territoire du Reich, l'officieuse *Prager Presse*, écrit :

Les autorités tchécoslovaques ont établi que des membres de la police secrète allemande et un gendarme dont le nom est connu ont franchi la frontière tchécoslovaque et ont entraîné un homme en territoire allemand. Les traces de la lutte soutenue par l'homme enlevé ont été photographiées; elles se trouvent sur le territoire tchécoslovaque. La violation de la frontière est donc prouvée. La Tchécoslovaquie se réserve de donner à l'incident les suites qu'il comporte.

On télégraphie d'autre part de Berlin :

Des informations étrangères ont annoncé qu'un émigré allemand de Tchécoslovaquie a été arrêté par la police allemande en territoire tchécoslovaque, dans la gare frontière de Eisenstein, à la frontière germano-tchèque, alors qu'il attendait un ami allemand.

Le D. N. B. confirme cette arrestation, mais déclare qu'elle a eu lieu « près de la gare d'Eisenstein », en territoire allemand et non tchécoslovaque. L'agence officieuse ajoute qu'il s'agit d'un émigré « aux services de la propagande antiallemande en Tchécoslovaquie » et qu'il attendait « la venue d'un homme de confiance allemand».

Le projet de pacte avec l'Union soviétique

Les assassins du professeur Lessing sont bien à Munich

Prague, 21 novembre (dép. *Sud-Est*). — La police a terminé son enquête sur l'assassinat du professeur Lessing à Marienbad. Il en résulte que les deux assassins du professeur, les nommés Zischka et Eckert, ont pu passer la frontière 48 heures après le meurtre, et ont gagné Munich, où ils se sont mis sous la protection des autorités hitlériennes de Bavière. Les deux hommes sont encore, actuellement, à Munich.

Kulturgeschichtsschreibung in Einzeldarstellungen. Unserer heutigen Nummer ist ein Prospekt der Buchhandlung Julius Kittls Nachfolger in Mähr.-Ostrau beigelegt, in welchem eine Serie von reich illustrierten Prachtwerken der Kulturgeschichtsschreibung angeboten wird. Jeder Band ist auch einzeln erhältlich. Ueber Wunsch erfolgen unverbindliche Ansichtssendungen. Die Lieferung kann auch gegen Teilzahlungen erfolgen. 45886

Prager Tagblatt

Deutscher Geheimdienst in Prag

Großer Spionage-Prozeß

7-12-34

Prag. Vor dem Senat des OGR. Pazdersky waren gestern die 30jährige Werkführersgattin Anna Krüger, geborene Witton, und der 33jährige ledige, nach Rasreuth in Bayern zuständige Ing. Ludwig Kapfer alias Hans Luka wegen Spionage, Kapfer außerdem wegen Vorbereitung von Anschlägen gegen die Republik angeklagt. Die vom Staatsanwalt Dr. Caslavsky vertretene, öffentlich verlesene Anklage führt aus: Am 17. Juli 1933 mietete sich in der Pension „Statný domov" in Prag der 48jährige, in Amerika geborene Wilhelm Brauser aus Berlin ein, der, wie die Prager Polizeidirektion feststellte, für die reichsdeutsche politische Geheimpolizei arbeitete. Man erfuhr, daß er wiederholt nach Prag in einer besonderen politischen Sendung kam. Er wurde beobachtet, wobei festgestellt wurde, daß er am 20. Juli 1933 im Außenministerium erschien und unter Vorweisung eines reichsdeutschen Passes um Audienz bei Beneš ersuchte; er sei von der illegalen Organisation der sozialdemokratischen Partei in Berlin entsandt worden, um sich für eine finanzielle Unterstützung des Kampfes gegen Hitler einzusetzen. Brauser wurde abgewiesen. Die Polizei konnte bei der weiteren Beobachtung Brausers ermitteln, daß er mit der Prostituierten Antonie Witton in Žižkow bis September 1933 in gemeinsamem Haushalt lebte. Brauser suchte die Gesellschaft der deutschen Emigranten auf, von denen er Material über die deutsche Emigration gewinnen wollte, nachdem er im August aus Berlin mit größeren Geldmitteln zurückgekommen war. Er unterhielt auch Beziehungen zu einem gewissen Leo Zirk, der sich als Emigrant bezeichnete. Brauser sprach mit ihm über den

Mord an Professor Lessing in Marienbad

und teilte ihm mit, daß auch der deutsche Emigrant Kurt Großmann in Prag ermordet werden solle. Brauser gab sich auch für einen Anhänger der gegen Hitler kämpfenden „Schwarzen Front" aus, bemühte sich, jemanden für die Ermordung Großmanns zu gewinnen, wollte herausfinden, ob vielleicht die deutschen Flüchtlinge in der Tschechoslowakischen Republik mit Unterstützung der tschechischen Regierung und der übrigen europäischen Staaten eine bewaffnete Intervention gegen Deutschland planen; schließlich bemühte er sich, Genaues über die Bewaffnung der tschechoslowakischen Armee zu erfahren. Am 13. September 1933 fuhr Brauser, der sich nicht mehr sicher fühlte, in Begleitung der Witton nach Berlin, von wo er nicht zurückkehrte. Am 22. September kam die Witton nach Prag zurück, fuhr aber sofort nach Berlin. Am 26. September war sie wieder in Prag. Zu dieser Zeit hatte sie einen auf Anna Krüger, geborene Witton, ausgestellten reichsdeutschen Paß. Sie wurde verhaftet.

Bei der Polizei gab sie an, sechs Jahre in Prag von der Prostitution gelebt zu haben. Ende Juli 1933 wurde sie in einem Restaurant mit Brauser bekannt, der ihr sagte, er sei Emigrant und suche eine Wohnung. Sie nahm ihn zu sich in ihre Wohnung in Pankratz, dann zogen sie nach Žižkow. Auf der Schwarzenberg-Insel, wo sie zu baden pflegte, lernte sie Zirk kennen, mit dem später Brauser verkehrte. Einmal habe sie dieser mit einem Brief zu Großmann geschickt, der erklärte, daß er den Brief nicht beantworten könne. Was in dem Briefe stand, wußte sie nicht. Sie machte dann die Bekanntschaft mit Luka, der später mit Brauser zusammenkam. Einmal gab ihr Brauser 500 Mark. In einem Gasthaus erzählte ihr Zirk, daß Brauser in Prag Spionage betreibe . . In Berlin heiratete sie einen gewissen Wilhelm Martin Krüger, den sie in Prag kennengelernt hatte. Sein jetziger Aufenthalt sei ihr unbekannt. Nach ihrer Rückkehr aus Berlin am 21. September besuchte sie Luka, der Brauser suchte und bedauerte, daß dieser in Berlin war, denn er könnte mit ihm arbeiten, da er gerade

aus Paris wichtige Nachrichten

über die Kriegsvorbereitungen Frankreichs und der Nachbarstaaten Deutschlands mitgebracht habe. Diese Nachrichten wollte er ihm für 5000 Mark verkaufen. Die Uebergabe sollte in Reichenberg erfolgen. Die Witton fuhr nach Berlin, wo sie alles Brauser mitteilte. Er lehnte eine Zusammenkunft in Reichenberg ab und gab als seine Adresse: „Internationales Notariat, Berlin, Schillingstraße 2", an. In Prag wieder angekommen, schlug Luka einen Ort in der Schweiz für die Zusammenkunft vor. Bei der Polizei mit Kapfer konfrontiert, erkannte sie in ihm — Hans Luka. Dieser gab an, bei der Krüger-Witton in der Zeit gewohnt zu haben, da er im Auftrag Dr. Otto Straßers und mit Wissen der Prager Polizei die Tätigkeit Brausers, der Witton und Zirkes beobachtet habe. Er gab weiter zu, 1926—1932 der „Nachrichtenzentrale Süd" in München angehört und die Tätigkeit der Marxisten beobachtet zu haben. Der NSDAP. gehörte er bis 1. Mai 1932 an; sein Austritt aus der Partei erfolgte auf Grund von Differenzen mit Hitler und dem Stabschef Röhm. Er trat der „Schwarzen Front" bei und knüpfte Beziehungen zu Dr. Straßer an, über dessen Rat er wieder in die SA. eintrat, um nur

für die Bewegung Straßers zu arbeiten.

Später mußte er nach München fliehen. Nach der Machtergreifung Hitlers floh Straßer nach Prag, wohin er Kapfer berief, dieser bekam 70 Kč täglich von der Emigrantenhilfe. Anfang August forderte ihn Straßer auf, er möge Kapfer, der nach Prag kommen werde, beobachten. Luka und Brauser traten in nähere Beziehungen zueinander. Während seines Prager Aufenthalts knüpfte Kapfer Beziehungen zu einer 27jährigen deutschen Rechtshörerin an, die er heiraten wollte. Er erzählte ihr, er sei „Wolf Rudiger, Graf von und zu Göbbelsburg" und besitze am Bodensee drei Schlösser: „Göbbelsburg", „Steinbock" und „Erlandsfrieden"; in Prag trete er als „Hans Luka" auf . . . Nach einiger Zeit wurde Straßer aufmerksam gemacht, daß Kapfer während seines Aufenthalts in Deutschland mit Angehörigen der SA. im „Braunen Haus" in München verkehre. Am 19. September, als Kapfer in Deutschland war, erschienen in der Wohnung Dr. Straßers drei Männer, die sich als Polizeibeamte ausgaben und eine Hausdurchsuchung vornahmen, bei der sie verschiedene Broschüren beschlagnahmten. Die Polizei stellte fest, daß Kapfer im Dienste der Berliner Geheimen Polizei stehe. Es erfolgte dann seine Verhaftung auf dem Wilsonbahnhof. Aus dem bei ihm gefundenen Material ging hervor, daß er Emigranten, an denen die deutsche Regierung ein Interesse hat, beobachten sollte, daß Vorbereitungen zu ihrer Auslieferung an die deutschen Behörden, eventuell mit Gewalt, getroffen wurden und daß auch Informationen über unsere Wehrmacht gewonnen werden sollten.

Weiter führt die Anklage aus, daß Dr. Straßer persönlich Kapfer-Luka seit 1932 kennt, wo er bei ihm in der Berliner Redaktion der „Schwarzen Front" erschien, sich mit einer SA.-Legitimation aus Konstanz auswies und ihm ein Bündel von Dokumenten übergab, durch die die NSDAP. wegen politischer Korruption und Propagandatätigkeit im Ausland bloßgestellt wird. Kapfer sagte ihm damals, er sei in der Kundschafterabteilung der NSDAP. tätig gewesen, aber aus der Partei ausgetreten, weil er mit dem Verrat der NSDAP. an dem Programm der sozialistischen Parteien nicht übereingestimmt habe. Kapfer trat dann in die Organisation der „Schwarzen Front" ein und wurde zum Instruktor der „militanten Formation", genannt „Schwarze Garde", bestellt. Als Dr. Straßer im Juni 1933 Deutschland verließ, erfuhr er, daß Kapfer mit zehn Mann der „Schwarzen Front" bereits im März 1933 zur SA. übergetreten sei und erklärt habe, daß er dies über Weisung Dr. Straßers tue. Straßer verständigte hierauf sofort seinen Vertrauensmann, daß er eine solche Weisung nicht erteilt habe, hierauf kehrten die zehn Mann in die „Schwarze Front" zurück, während Kapfer in der SA. verblieb.

Im Juli 1933 ersuchte Kapfer den Münchner Vertrauensmann Dr. Straßers um die Adresse Straßers, weil er sich nur durch die Flucht einer Verhaftung durch die SA. entziehen könne. Der Vertrauensmann ermöglichte ihm hierauf die Reise nach Prag und gab ihm die Adresse Straßers. Einen Monat später tauchte Kapfer tatsächlich in Prag auf und teilte Dr. Straßer mit, daß er von den reichsdeutschen Behörden steckbrieflich verfolgt sei. Doktor Straßer hielt ihm bei dieser Gelegenheit vor, warum er behauptet habe, daß er über seine Weisung wieder in die SA. eingetreten sei; Kapfer bestritt dies und gab an, daß diese Weisung ihm der Führer des „Kampfkreises" in Berlin gegeben habe. Da Straßer die Richtigkeit dieser Behauptung mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Verhaftung des Kampfkreisführers in Berlin nicht überprüfen konnte, nahm er Kapfer zu sich in die Wohnung und beauftragte ihn, für seine persönliche Sicherheit zu sorgen. Später schickte er ihn wiederholt nach Deutschland und Oesterreich, und als er erfuhr, daß sich in Prag ein gewisser Brauser aufhalte, der in den Diensten der Gestapo stehe, beauftragte er Kapfer und seinen Hausgenossen Zirk, Brauser in Prag zu überwachen. Straßer teilte dann die ganze Angelegenheit der Prager Polizeidirektion mit.

Was den Einbruch in seine Wohnung anlangt, gab Dr. Straßer an, es seien am 19. Oktober 1933, um 7 Uhr früh, zwei Männer bei ihm erschienen, die erst tschechisch und dann erst deutsch sprachen und sich als Kriminalpolizisten vorstellten. Bei der Hausdurchsuchung erklärten sie, sie hätten eine Weisung, bei Luka (der damals in Deutschland war) eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, dann beschlagnahmten sie eine geladene Pistole, die Korrespondenz

Un ancien nazi "exécuté" en Bohême par trois individus venus d'Allemagne

populaire — 25-I-35

Leur coup fait, les meurtriers ont tenté d'incendier l'hôtel ou logeait leur victime

Prague, 24 janvier. — Un réfugié allemand du nom de Rodolph Formis a été assassiné cette nuit dans un hôtel de Cim, petite localité voisine de Pribram, ville de la Bohême méridionale. On a découvert au cours de la matinée son corps percé de balles.

Formis, né le 25 décembre 1894 à Stuttgart, exerça, sous le régime hitlérien, les fonctions d'ingénieur à la station radiophonique de Muhlacker ; puis il entra en conflit avec le Reichsstathalter Burr. Il fut dès lors en relations avec Otto Strasser, chef du Front Noir anti-hitlérien. Puis il passa en Tchécoslovaquie, résida à Prague, où il fut en contact avec le Front Noir.

On ignore encore à la suite de quelles circonstances il s'installa, le 8 novembre 1934, dans un petit hôtel solitaire, à une trentaine de kilomètres de Prague, sur la Vltava, près des rapides de Saint-Jean, bien connus des touristes pragois.

Deux individus du nom de Hans Muller et Edith Karlsbach arrivèrent d'Allemagne hier, vers 16 heures, à l'hôtel.

A un moment donné Edith Karlsbach se rendit dans une chambre avec Formis. C'est à ce moment qu'eut lieu l'assassinat.

Entendant du bruit, le garçon monta à la chambre et vit, dans le couloir un troisième personnage qui transportait dans une chambre voisine le cadavre de Formis. Cet individu menaça le garçon de son revolver et jeta une bombe incendiaire dans la chambre où il avait traîné le cadavre. Puis les meurtriers s'échappèrent à l'aide d'une corde, par la fenêtre de la première chambre et s'enfuirent dans une automobile.

Le garon terrorisé, n'alerta le propriétaire que le lendemain matin, et l'enquête commença aussitôt.

Le drame a causé une grande émotion à Prague car ses circonstances rappellent celles du meurtre du réfugié allemand Lessing par un hitlérien venu d'Allemagne.

La police tchécoslovaque recherche les meurtriers. Les postes de radiodiffusion ont alerté les polices des pays voisins. On croit cependant que les assassins ont déjà passé la frontière.

---

des exécutions des Brunes, dont quelques-unes ont été levées.

LE TEMPS. — 26 janvier 1935

TCHECOSLOVAQUIE

Assassinat d'un réfugié allemand

On télégraphie de Prague :

Un réfugié allemand du nom de Rodolph Formis, né à Stuttgart, a été assassiné dans la nuit du 23 au 24 janvier dans un hôtel de Cim, petite localité voisine de Pribram, ville de la Bohême méridionale. On a découvert au cours de la matinée son corps percé de balles.

Les auteurs du meurtre, trois Allemands dont une femme, arrivés d'Allemagne le 10 janvier, ont fui après avoir tenté d'incendier la chambre où s'est perpétré le crime.

Rodolph Formis, né le 25 décembre 1894, à Stuttgart, était nazi dès avant l'arrivée au pouvoir de M. Hitler; il exerça ensuite, sous le régime hitlérien, les fonctions d'ingénieur à la station radiophonique de Mühlacker; puis il entra en conflit avec le Reichstathalter Burr. Il fut dès lors en relations avec Otto Strasser, chef du Front noir antihitlérien. Puis il passa en Tchécoslovaquie, résida à Prague où il fut en contact avec le Front noir.

On ignore encore à la suite de quelles circonstances il s'installa, le 8 novembre 1934, dans un petit hôtel solitaire, à une trentaine de kilomètres de Prague, sur la Vltava, près des rapides de Saint-Jean, bien connus des touristes praguais.

D'après le récit du garçon de l'hôtel qui fut le témoin oculaire du drame, un individu du nom de Hans Muller et Edith Karlsbach arrivèrent mercredi, vers 16 heures, à l'hôtel, et demandèrent une chambre.

Ces personnages connaissaient Formis. A un moment donné, Edith Karlsbach se rendit dans une chambre avec lui. C'est à ce moment qu'eut lieu l'assassinat.

Entendant du bruit, le garçon monta à la chambre et vit, dans le couloir, un troisième personnage qui transportait dans une chambre voisine le cadavre de Formis. Cet individu menaça le garçon de son revolver, et jeta une bombe incendiaire dans la chambre où il avait traîné le cadavre. Puis les meurtriers s'échappèrent, à l'aide d'une corde, par la fenêtre de la première chambre et s'enfuirent dans une automobile dont on connaît le matricule qui se rapporte à la circonscription de Kiel.

L'enquête menée à la frontière de Saxe, à Decin, a prouvé que les meurtriers étaient entrés en Allemagne hier, entre 4 et 5 heures du matin.

LE TEMPS. — 31 janvier 1935

TCHECOSLOVAQUIE

L'assassinat de l'émigré allemand Formis

L'enquête ouverte par les autorités tchécoslovaques à la suite de l'assassinat, non loin de Prague, de l'ingénieur allemand Formis, se poursuit activement.

Il a été établi mardi que l'un des trois meurtriers, nommé Jean Müller, qui se rendit, le 17 janvier, en avion, à Berlin, revint le lendemain à Prague en compagnie d'un nommé Frankel ou Schubert, qui aurait pris part à l'organisation du guet-apens.

D'autre part, le journal *A Z* annonce qu'un agent de police de Lobovice, localité située sur le trajet Prague-Podmokly (Bodenbach) a vu, le 13 janvier, l'automobile des assassins, qui se rendaient de la frontière germano-tchécoslovaque à Prague. Il a pris note du numéro de la voiture et constaté qu'elle était occupée par deux hommes et une femme. Dans la nuit de l'assassinat, vers une heure du matin, cet agent, nommé Bœhm, a revu la même automobile. Deux hommes y étaient assis. Ils ont demandé le chemin vers Usti (Aussig), ainsi que l'endroit où ils pourraient se ravitailler en essence. Ne pouvant réveiller le gardien du poste d'essence, ils ont continué leur route. L'agent de police déclare catégoriquement que la femme qui se trouvait dans l'auto à l'aller n'y était plus au voyage de retour. Il s'agit évidemment d'Edith Karlsbach. Les deux assassins n'étaient pas blessés. Il est donc vraisemblable qu'en se défendant l'ingénieur Formis a tiré sur la jeune femme, qui a été atteinte, et que, par la suite, ses compagnons se sont débarrassés d'elle. Un cantonnier qui a vu démarrer l'automobile des assassins, à environ deux cents pas, a remarqué que les deux hommes aidaient une femme, visiblement blessée, à monter dans la voiture. Mlle Karlsbach a disparu entre Zahori et Lobovice.

— 27 janvier 1935 — temps

TCHÉCOSLOVAQUIE

L'affaire Formis

On télégraphie de Prague :

Il est officiellement confirmé que la police a découvert dans une des chambres de l'hôtel où demeurait l'ingénieur allemand Formis, un poste émetteur clandestin, de 50 mètres de longueur d'onde.

Depuis le 23 novembre dernier l'administration des P.T.T. tchécoslovaque se livrait de sa propre initiative à des investigations longues et coûteuses, aux fins de repérer ce poste. Les P.T.T. allemands demandèrent le 20 décembre aux autorités tchécoslovaques d'activer les recherches. D'après leurs renseignements, il fallait le rechercher à une distance d'environ 80 kilomètres de Prague, et dans un village du nom de Zahori.

Les techniciens font remarquer que le poste de Formis avait été placé dans des conditions telles qu'il était presque impossible de le repérer. On ne pouvait guère saisir ses émissions à courte distance. Mais il était admirablement entendu en Allemagne. Formis l'utilisait pour tenir au courant de l'activité du Front noir de Strasser les opposants au régime hitlérien.

On sait que les meurtriers de Formis, venus d'Allemagne en automobile, et qui étaient au nombre de trois, dont une femme, avaient loué une chambre dans l'hôtel de la localité de Cim, où habitait Rudolf Formis. On a trouvé dans cette chambre des narcotiques achetés dans une pharmacie de Berlin, ainsi que des cordes, ce qui semblerait prouver que l'on avait projeté un enlèvement, et non un meurtre. On rappelle à cette occasion, qu'Otto Strasser lui-même a failli, par deux fois, être victime d'un enlèvement.

D'autre part, le fait que le seul témoin ait déclaré avoir entendu un cri de femme au moment de l'assassinat et que des traces de sang aient été relevées sur la neige à l'extérieur de la maison, semble prouver que Formis aurait tiré le premier et blessé l'un de ses assaillants, probablement Edith Karlsbach.

---

pour v...

6. — LE TEMPS. — 28 janvier

L'affaire Formis à Prague 35

(Par téléphone, de notre correspondant particulier)

Prague, 27 janvier.

Le crime politique commis sur la personne de l'émigré allemand Formis, ancien directeur du poste radiophonique de Stuttgart-Mulacker, continue à faire l'objet de longs commentaires dans la presse tchécoslovaque. On fait valoir que le signalement des meurtriers a été transmis aux polices étrangères de façon si complète qu'il sera facile aux autorités du Reich, où il est prouvé qu'ils ont fui, d'établir leur identité véritable et de les arrêter. On attend donc avec curiosité de voir quelle sera l'attitude de l'Allemagne dans cette affaire.

On rappelle à ce propos que la presse allemande a condamné avec énergie, à l'occasion du meurtre du roi Alexandre, le terrorisme international. Les déclarations faites à cette occasion par M. Gœring à Belgrade sont encore dans toutes les mémoires. On espère, en conséquence, que les autorités allemandes mettront leurs actes en harmonie avec ces déclarations. Le *Venkov* écrit à ce sujet :

Aujourd'hui on fait assassiner des émigrants. Demain on pourra faire sauter des lignes de chemin de fer, des ponts et des dépôts d'essence. Beaucoup plus que des assurances pacifiques, ce sont des crimes de ce genre qui révèlent l'âme véritable de l'Allemagne hitlérienne. A la suite de l'attentat de Marseille la nécessité a été reconnue de prendre des sanctions internationales contre les bandes de terroristes. Le meurtre qui vient d'être perpétré au cœur même de la Bohême appelait rapidement des mesures de ce genre. L'instruction sur l'assassinat du professeur Lessing, l'année dernière, s'était close sur la constatation que les meurtriers avaient fui à l'étranger, où leur trace s'est perdue. L'instruction actuelle aboutira vraisemblablement à un résultat du même genre. Peut-on s'en contenter à la longue ? Il faudra montrer énergiquement du doigt ceux des pays qui se dérobent au devoir de poursuivre le terrorisme.

Nous croyons savoir que le ministère de l'intérieur a proposé, pour faciliter dans l'avenir le contrôle à la frontière tchéco-allemande, de rétablir l'obligation du visa de passeport pour les citoyens allemands, obligation qui avait été supprimée il y a quelques années d'un commun accord, entre Prague et Berlin. Ajoutons que les journaux tchécoslovaques ne pénètrent plus depuis quelques jours sur le territoire du Reich et que la presse allemande a fait à peu près le silence sur le meurtre. Ce silence, dit-on à Prague, est éloquent.

Une agression contre la Légation tchécoslovaque à Berlin

Paris 22-10-35

Berlin, 21 octobre. — Un vif incident s'est produit ce matin vers 11 heures au siège de la légation tchécoslovaque de Berlin. Trois jeunes gens se présentèrent à la légation et demandèrent à parler au ministre. On leur répondit que le ministre était actuellement absent de Berlin et que, par conséquent, il ne pouvait pas les recevoir. Les trois jeunes gens commencèrent à manifester et à proférer des injures contre la Tchécoslovaquie au sujet d'une prétendue oppression dont souffriraient des Allemands en Tchécoslovaquie. Puis ils passèrent aux voies de fait, démolirent le mobilier de la salle d'attente et de la pièce voisine et brisèrent aussi quelques fenêtres.

La police, immédiatement alertée, procéda à l'arrestation des trois jeunes gens qui déclinèrent leur identité et se déclarèrent « citoyens tchécoslovaques de nationalité allemande ». Ils furent emmenés a la préfecture de police dans une automobile de la police. En quittant la légation ils continuèrent à manifester en présence d'une foule de curieux attirés par le bruit des fenêtres brisées. Ils s'écrièrent, en s'adressant à la foule : « Nous combattons pour le germanisme en Tchécoslovaquie ». De nombreuses personnes rassemblées autour de l'automobile de la police saluèrent en levant le bras et poussèrent des « heil » répétés.

Enthüllungen über die Moerder Formis'

Prag, 21. Oktober.

Ueber die Vorgänge bei der im Januar dieses Jahres erfolgten Ermordung des deutschen Ingenieurs Formis sind inzwischen die folgenden Feststellungen getroffen worden.

Formis, der bekanntlich von zwei Männern und einer Frau ermordet wurde, die sich in dem von ihm bewohnten Hotel eingemietet und mit ihm Bekanntschaft geschlossen hatten, sollte anfänglich nach dem Dritten Reich verschleppt werden. Er setzte sich jedoch mit einem Revolver zur Wehr: die an dem Mordkomplott beteiligte Frau erhielt einen Bauchschuss, worauf die beiden Männer auf Formis schossen und ihn töteten. Die Mörder warfen dann noch eine Brandbombe, die zu früh explodierte und einem der Täter Brandwunden an einem Arm zufügte. Nach der Tat schafften sie ihre schwerverwundete Komplizin ins Auto, legten sie auf den Boden des Autos, damit sie von aussen nicht zu sehen war, und ergriffen die Flucht. Unterwegs wurde die Frau notdürftig verbunden; kurz vor der deutschen Grenze war ein zweiter Notverband nötig. Bei Rosenthal trugen die beiden Mörder die Frau über die sächsische Grenze. Ein Arzt wurde sofort herangeholt, der auf Grund der schweren Verletzung die unverzügliche Ueberführung nach Dresden anordnete.

Da die Mörder nicht mehr Geld genug besassen, um die Fahrt nach Dresden im voraus zu bezahlen, verzögerte sich die Ueberführung der Frau um eine Stunde. In der Zwischenzeit begab sich einer der Mörder zu dem örtlichen Vertreter der Gestapo. Es war drei Uhr morgens; nach kurzer Zeit fuhr auf Anordnung der Gestapo das Krankenauto der Gemeinde mit der Frau nach Dresden. Am Morgen erschien dann ein Beamter der Gestapo bei der zuständigen Stelle, bezahlte den Autotransport und gab den Befehl, die Seite des Meldebuches an der Stelle, die die erste Hilfe geleistet hatte und bei der der nächtliche Besuch vorschriftsmässig eingetragen worden war, herauszureissen. Vor dem Krankenzimmer, in dem die schwer verletzte Mordagentin in Dresden lag, stand Tag und Nacht eine SA-Wache, die den strikten Befehl hatte, niemand zu der Frau durchzulassen. Nach einer Woche starb sie.

mat
con
mat LE TEMPS. — 28 janvier 1935 es.

L'affaire Formis

On télégraphie de Prague:

L'enquête de la police sur le meurtre de l'ingénieur allemand Formis est terminée, et un mandat d'amener international a été lancé hier contre les meurtriers présumés : Gert Schubert, Hans Muller et Edith Karlsbach.

D'après les milieux émigrés allemands de Prague, Muller aurait été le chef de l'expédition. C'est lui qui aurait organisé, en Suède, le cambriolage du secrétariat du parti social-démocrate.

Tempo ALLEMAGNE 23-10-35

L'incident de la légation de Tchécoslovaquie

On mande de Prague : 23

Le fait que trois jeunes Allemands, ressortissants tchécoslovaques, ont saccagé une pièce de l'immeuble où est installée la légation de Tchécoslovaquie à Berlin, provoque des commentaires dans la presse tchécoslovaque.

L'officieuse *Prager Presse* écrit :

Il ne servira de rien de punir ces jeunes égarés tant que la presse du Reich continuera à publier des nouvelles tendancieuses sur la Tchécoslovaquie et des articles hostiles, qui sont la vraie cause d'actes de vandalisme comme celui qui vient d'être accompli à Berlin.

Le *Ceske Slovo*, organe des socialistes nationaux tchécoslovaques (parti de M. Benès), écrit qu'il est possible que la Tchécoslovaquie demande l'extradition des coupables et fait remarquer que la presse du Reich a, jusqu'ici, complètement passé sous silence cet incident.

Les *Narodni Listy*, organe de l'opposition nationaliste, voient dans cet attentat « le fruit de la haine pour les Tchèques qu'ont répandue parmi les Allemands le parti nazi, aujourd'hui dissous, et le parti de M. Henlein ».

Stavanger Aftenblad, Kristiansand
30. XI. 35

Politisk mord i Tsjekkoslovakia.

Morderen rømte til Tyskland.

Praha, 30. novbr.

(A.P.) En ung kjent sosialdemokrat, Walter Rosenzweig, blev for et par dager siden av et medlem av det sudetertyske parti drept på en landevei. Rosenzweig var funksjonær i Det sosialdemokratiske parti og dets ungdomsforbund. Han arbeidet i en tekstilfabrikk. Da han torsdag forlot arbeidet blev han møtt av en maskert mann som skjøt ham ned med revolver. Gjerningsmannen løp derefter inn i skogen og det lyktes ham å komme over grensen til Tyskland. Politiet har arrestert formannen i lokalseksjonen av Henleins sudetertyske parti, formannen i den tilsluttede arbeiderforening og byens tidligere borgermester. Disse ytret forleden i en sammenkomst at Rosenzweig og endel andre personer måtte ryddes av veien da de var ansvarlige for de sosialdemokratiske landevinninger i Tsjekkoslovakia.

Husundersøkelse er foretatt hos en rekke medlemmer av Heinleinpartiet, da man tror at det dreier sig om et omfattende komplott.

Lyon Rép 10-5-35

Prague proteste à Berlin au sujet de l'enlèvement de Zelezna Ruda

Prague, 9 mai. — Le ministère des Affaires étrangères tchécoslovaque a adressé aujourd'hui au ministre de Tchécoslovaquie à Berlin, des instructions en vue d'une protestation auprès de la Wilhelmstrasse, au sujet de l'enlèvement de Zelezna Ruda du 27 avril.

La note de protestation est fondée sur le fait que l'enlèvement a eu lieu sur le territoire tchécoslovaque et que les assaillants, avertis par un gendarme tchécoslovaque qu'ils étaient sur le territoire tchécoslovaque, n'ont pas tenu compte de cet avertissement.

Le gouvernement tchécoslovaque demande avant tout la libération immédiate de l'homme enlevé, l'ouverture d'une enquête, ainsi que le châtiment des auteurs de l'enlèvement et notamment du gendarme bavarois Wypeck, qui a brutalisé le douanier tchécoslovaque accouru à la rescousse.

Temps 11-5-35

TCHÉCOSLOVAQUIE

Protestation à Berlin contre l'enlèvement d'un émigré allemand

On télégraphie de Prague :

Le ministère des affaires étrangères tchécoslovaque a adressé jeudi au ministre de Tchécoslovaquie à Berlin des instructions en vue d'une protestation auprès de la Wilhelmstrasse, au sujet de l'enlèvement de Zelezna Ruda du 27 avril.

La note de protestation est fondée sur le fait que l'enlèvement a eu lieu sur le territoire tchécoslovaque et que les assaillants, avertis par un gendarme tchécoslovaque qu'ils étaient sur le territoire tchécoslovaque, n'ont pas tenu compte de cet avertissement.

Le gouvernement tchécoslovaque demande avant tout la libération immédiate de l'homme enlevé, l'ouverture d'une enquête, ainsi que le châtiment des auteurs de l'enlèvement, et notamment du gendarme bavarois Wyspeck, qui a brutalisé le douanier tchécoslovaque accouru à la rescousse.

Le gouvernement tchécoslovaque réclame la libération immédiate de l'émigré enlevé par la Gestapo

Popu 10-5-35

Prague, 9 mai. — Le ministère des Affaires étrangères tchécoslovaque a adressé aujourd'hui au ministre de Tchécoslovaquie à Berlin des instructions en vue d'une protestation auprès de la Wilhelmstrasse, au sujet de l'enlèvement de Zelezna Ruda du 27 avril.

La note de protestation est fondée sur le fait que l'enlèvement a eu lieu sur le territoire tchécoslovaque et que les assaillants, avertis par un gendarme tchécoslovaque qu'ils étaient sur le territoire tchécoslovaque, n'ont pas tenu compte de cet avertissement.

Le gouvernement tchécoslovaque demande avant tout la libération immédiate de l'homme enlevé, l'ouverture d'une enquête, ainsi que le châtiment des auteurs de l'enlèvement et notamment du gendarme bavarois Wyspeck, qui a brutalisé le douanier tchécoslovaque accouru à la rescousse.

A-Z Basel 7.12.35

Ein Henlein-Faszist als Fememörder

Prag, 7. Dez. (Insa.) Der Mörder des sozialdemokratischen Funktionärs Rosenzweig in Kunau, der 32jährige Henlein-Mann Scheithauer, ist in Ratibor in Schlesien verhaftet worden. Er hat ein umfassendes Geständnis abgelegt und zugegeben, daß er ein von den Faszisten über Rosenzweig verhängtes Fememurteil vollstreckt hat.

Deutscher Emigrant beim Grenzübertritt verhaftet

Vor einigen Tagen ist an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze ein deutscher Emigrant, der in der Tschechoslowakei im Dienste der deutschfeindlichen Propaganda tätig war, in dem Augenblick verhaftet worden, als er einen deutschen Vertrauensmann erwartete.

Temps 25-9-35

TCHÉCOSLOVAQUIE

Procès intenté contre des députés nazis

Notre correspondant particulier de Prague nous téléphone mardi matin, 24 septembre :

On signale que MM. Jung et Schubert, anciens députés du parti nazi tchécoslovaque dissous en 1933, n'ont plus reparu, depuis plusieurs jours, à leur domicile, et l'on suppose qu'ils ont réussi à gagner la frontière allemande.

Cette affaire se rattache directement au procès de Brno intenté, il y a deux ans, contre les députés Krets, Kaspar, Jung et Schubert, accusés de menées contre la sûreté de l'Etat. Peu après leur arrestation, les quatre députés nazis avaient dû être relâchés, la Chambre des députés ayant refusé la levée de l'immunité parlementaire. Après la dissolution du parti nazi, ils avaient été arrêtés à nouveau à l'exception de Krets. Celui-ci avait, en effet, réussi à gagner le Reich en avion où il joue, depuis, un rôle important dans les services de la propagande naziste. Après quelques mois de détention, ses trois collègues avaient été remis en liberté sous condition pendant que se poursuivait l'instruction. Celle-ci vient de prendre fin. Elle conclut à l'innocence de M. Kaspar, spécialiste des questions syndicales, resté à l'écart de la politique de l'ancien parti nazi tchécoslovaque. Au contraire, MM. Jung et Schubert allaient être traduits, ces jours-ci, devant le tribunal pour infraction à la loi sur la sûreté de l'Etat.

Deutschland gibt Entführten frei!

Prag, 3. Juni.

Die deutschen Behörden haben dem Protest der tschechischen Regierung stattgegeben und heute den tschechischen Behörden an der Grenze den Emigranten Lampersberger ausgeliefert. Lampersberger war bekanntlich am 29. April von deutschen Polizeibeamten auf dem Bahnhof in Zelezna-Ruda von tschechischem Gebiet mit Gewalt auf Reichsgebiet hergeschleppt worden. Im Anschluss daran hatte der tschechische Gesandte in Berlin beim Reichsaussenminister protestiert und kategorisch die jetzt erfolgte Freilassung des Emigranten gefordert.

[illegible] 30-11-35

militant socialiste assassiné par les nazis en Tchécoslovaquie

Prague, 29 novembre. — Un meurtre s'est produit à Kunov, près de Bruntal. Un inconnu a tué d'un coup de revolver Rosenzweig, très connu dans la région pour ses convictions socialistes. La police n'a pas encore arrêté le meurtrier dont on possède le signalement, mais elle a mis en état d'arrestation le président de la section locale du parti allemand des Sudètes, le président de l'Association des ouvriers rattachée à ce parti et l'ancien maire de la ville.

Ces trois membres du parti de M. Henlein auraient déclaré il y a quelques jours, dans une auberge, que Rosenzweig et plusieurs autres personnes devaient être « supprimées », parce qu'elles étaient « responsables des progrès de la social-démocratie allemande et de l'augmentation du nombre des Tchèques dans le pays. »

Des perquisitions ont été faites au domicile de nombreux membres du parti allemand des Sudètes.

Les enlèvements d'émigrés allemands sur territoire étranger

On mande de la Haye : Temps 13-5-35

Le gouvernement néerlandais a été informé par le gouvernement de Berlin que le ressortissant allemand Gutzeit qui, travaillant à Hengelo (Hollande), avait été attiré à la frontière allemande et arrêté aussitôt par les autorités du Reich, allait être remis en liberté et autorisé à retourner en Hollande.

D'autre part, on mande de Berlin :

M. Mastny, ministre de Tchécoslovaquie en Allemagne, s'est rendu samedi au ministère des affaires étrangères du Reich et a remis au secrétaire d'Etat von Bülow une protestation de son gouvernement contre le récent enlèvement de l'émigré allemand Lampersberger à la frontière tchécoslovaque.

Le « Temps » sait à Berlin

Temps 10-5-35

TCHÉCOSLOVAQUIE

L'enlèvement d'un émigré allemand

On télégraphie de Prague :

L'enquête officielle ouverte sur l'enlèvement de l'émigrant allemand Lampelsberger est close. Il est établi que l'enlèvement avait bien eu lieu sur le territoire tchécoslovaque et que le gendarme bavarois qui prêta main-forte aux agents présumés de la Gestapo s'était livré à des voies de fait sur le douanier tchécoslovaque accouru à la rescousse. Il y a donc eu violation de souveraineté caractérisée.

Le gouvernement tchécoslovaque va donc sous peu, faire une démarche diplomatique de protestation et une demande de réparation à Berlin. Au cas où les explications du gouvernement du Reich lui paraîtraient insuffisantes, le gouvernement tchécoslovaque proposerait la procédure d'arbitrage.

Le pacte avec l'Union soviétique

L'émigrant allemand Lampelsberger a bien été enlevé par la Gestapo en territoire tchécoslovaque

Lyon R. 4-5-35

Prague, 8 mai. — L'enquête officielle ouverte sur l'enlèvement de l'émigrant allemand Lampelsberger est close. Il est établi que l'enlèvement avait bien eu lieu sur territoire tchécoslovaque et que le gendarme bavarois, qui prêta main-forte aux agents présumés de la « Gestapo », s'était livré à des voies de fait sur le douanier tchécoslovaque accouru à la rescousse. Il y a donc eu violation de souveraineté caractérisée.

Le gouvernement tchécoslovaque va donc sous peu faire une démarche diplomatique de protestation et une demande de réparation à Berlin. Au cas où les explications du gouvernement du Reich lui paraîtraient insuffisantes, le gouvernement tchécoslovaque proposerait la procédure d'arbitrage.

Lyon R. 4-5-35

L'émigré allemand a bien été enlevé en Tchécoslovaquie

Prague 3 mai. — Commentant la nouvelle de source officieuse allemande selon laquelle l'émigré allemand, enlevé à Zelezna-Ruda, aurait été arrêté sur le territoire du Reich, l'officieuse « Prager Presse » écrit :

« Les autorités tchécoslovaques ont établi que des membres de la police secrète allemande et un gendarme dont le nom est connu, ont franchi la frontière tchécoslovaque et ont entraîné un homme en territoire allemand. Les traces de la lutte soutenue par l'homme enlevé, ont été photographiées. Elles se trouvent sur le territoire tchécoslovaque. La violation de la frontière est donc prouvée. La Tchécoslovaquie se réserve de donner à l'incident les suites qu'il comporte.

Schalinino

travaux. Lyon Rép

Un émigré allemand résidant en Tchécoslovaquie enlevé par deux agents de la Gestapo

30-4-35

Prague, 29 avril. — On mande de Zelezna-Ruda-Eisenstein, à la frontière bavaroise, qu'un individu qu'on présume être un émigré allemand résidant en Tchécoslovaquie, a été enlevé par deux Allemands du Reich qui seraient, croit-on, des agents de la Gestapo.

D'après des renseignements dignes de foi, l'affaire se présenterait ainsi : samedi, vers midi, alors qu'un train venant de Bavière entrait en gare, l'attention du douanier tchécoslovaque vérifiant les passeports fut attirée par les appels au secours d'un jeune homme que deux individus entraînaient en le brutalisant sur le territoire allemand.

Un gendarme bavarois vint en aide aux ravisseurs pour vaincre la résistance du jeune homme qu'ils emmenaient. On ignore le nom de l'individu enlevé. On espère que l'enquête apportera des éclaircissements.

Prague, 29 avril. — La nouvelle de l'enlèvement d'un émigrant allemand par les agents de la Gestapo, a provoqué à Prague une vive émotion, qui se traduit, ce soir, dans les journaux. D'après des renseignements de source officieuse, on n'a pu encore établir de façon sûre l'identité et le nom de la victime. Cependant, on croit qu'il s'agirait d'un certain Lampersberger ou Landesberger, garçon de café, originaire de Munich et ancien membre de la Reichsbanner qui aurait habité Cheb jusqu'au mois de novembre 1934, et aurait été attiré à la gare de Zelesna Ruda par la lettre d'un ami d'Allemagne.

En tous cas, l'enquête a déjà prouvé d'une manière indiscutable que l'enlèvement a eu lieu sur le territoire tchécoslovaque à quinze mètres du poteau frontière. Dès qu'elle sera terminée, le ministère des Affaires étrangères envisagera la suite à donner à cette nouvelle violation du droit d'asile.

Der tschechische Protest überreicht

Prag, 9. Mai.

Das tschechoslowakische Aussenministerium hat heute seinem Gesandten in Berlin die Protestnote wegen der Entführung des deutschen Emigranten Lampersberger zukommen lassen, in der, wie bereits gemeldet, Herausgabe des Entführten und Bestrafung der Schuldigen gefordert wird.

P.T. 10.5.35.

Tschechoslowakei verlangt Freilassung Lampersbergers

Die Entführung mit Hilfe deutscher Beamten bewiesen — Bevorstehender Protest in Berlin

Prag, 8. Mai.

Die tschechoslowakischen Behörden haben die Untersuchung über die Entführung von Eisenstein mit ausserordentlicher Sorgfalt, aber doch beschleunigt durchgeführt. Die Ermittlungen der Behörden sind nunmehr abgeschlossen. Danach kann kein Zweifel bestehen, dass es sich auch im Falle Lampersberger um einen vorbereiteten Menschenraub von deutscher Seite handelt, bei dem Behörden und Beamte des Dritten Reichs aktiv mitgewirkt haben.

Die Untersuchung hat ergeben:

1. dass Lampersberger von tschechoslowakischem Territorium entführt worden ist;

2. dass der bayerische Gendarm Wisbek, der an der Entführung aktiv teilnahm, den tschechoslowakischen Zollbeamten, der zur Hilfe herbeigeeilt war, tätlich angegriffen hat, nachdem er vorher erklärt hatte, der Schauplatz der Entführung sei „internationales Territorium".

Wie wir bereits berichtet haben, ist Eisenstein gleichzeitig tschechoslowakischer und deutscher Bahnhof, befindet sich aber staatsrechtlich in tschechoslowakischem Besitz. Es handelt sich also bei der Entführung Lampersbergers um einen besonders charakteristischen Fall der Verletzung der Souveränität eines fremden Staates.

Die tschechoslowakische Regierung wird binnen kurzem einen diplomatischen Protestschritt in Berlin unternehmen und dabei die Freilassung Lampersbergers und eine gerechte Entschädigung verlangen. Sollte die Reichsregierung diese Forderung ablehnen oder Erklärungen abgeben, die ungenügend erscheinen, so ist die tschechoslowakische Regierung entschlossen, dem Beispiel der Schweiz zu folgen und den Fall einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Es würde dabei um die Anwendung des zwischen beiden Staaten in Locarno im Jahre 1926 unterzeichneten Abkommens handeln, das die Unterschriften von Benesch und Stresemann trägt. Das Schiedsgericht, das bisher noch niemals zusammenzutreten brauchte, wird von dem holländischen Juristen van Eysing präsidiert.

Temps 10.3.36

TCHÉCOSLOVAQUIE

Tentative d'enlèvement d'un député social-démocrate

On télégraphie de Prague :

Sept arrestations ont été opérées dans la région d'Opava (Silésie tchécoslovaque). Les personnes arrêtées seraient inculpées d'avoir préparé l'enlèvement d'un député du parti social-démocrate allemand de Tchécoslovaquie, M. Rudolf Heeger, qu'ils avaient l'intention d'emmener de force sur le territoire d'un pays étranger.

Le député Heeger est parti pour Prague, afin de témoigner dans l'enquête qui a été ouverte et qui se poursuit.

On précise que les sept personnes arrêtées, appartiennent toutes au parti allemand des Sudètes de M. Konrad Henlein. Le chef de la bande était un certain Schwarzer, qui avait promis à ses complices de fortes récompenses en argent.

Temps 15-1-36

TCHÉCOSLOVAQUIE

Une affaire d'espionnage (?)

Notre correspondant particulier de Prague nous téléphone mardi matin 14 janvier :

La police tchécoslovaque vient d'arrêter un émigré ukrainien nommé Wladimir Bilous Savcenko, sous l'inculpation d'espionnage au profit de l'Allemagne.

Cette affaire se rattache au vol d'une forte somme d'argent commis il y a quelques semaines à la légation des Soviets à Prague par un de ses employés nommé Kozimov. Kozimov, qui avait pris la fuite, a été arrêté peu après en Bohême allemande et livré aux autorités soviétiques. Mais le *Daily Mail* annonçait bientôt qu'il ne s'agissait pas d'un simple acte de malhonnêteté, mais d'une opération politique menée pour le compte de la Gestapo allemande. Des documents dérobés par Kozimov auraient permis de voir clair dans l'action souterraine menée par les Soviets en Europe centrale et provoqué de nombreuses arrestations en Allemagne, en Yougoslavie et jusqu'en Pologne. A Prague, les journaux de droite s'étaient saisis de l'incident pour mener une violente campagne contre la politique russophile du gouvernement. Aujourd'hui, la presse socialiste affirme que le *Daily Mail* a été mystifié par Bilous Savcenko, qui était lui-même au service de la Gestapo, et avait transformé un simple vol d'argent en vol de documents pour essayer de brouiller les cartes entre les Soviets et la Petite-Entente, et peut-être au sein de la Petite-Entente elle-même.

Si l'on en croit les *Lidove Novini*, l'affaire aurait de sérieux prolongements en Yougoslavie, où M. Neuhausen, chef de la propagande allemande, entretient une vive agitation nationale-socialiste, et où l'on essaye de présenter maintenant le docteur Macek et l'opposition croate comme asservis aux influences juives et communistes.

NORVÈGE

dant s[illegible]

Le gouvernement tchécoslovaque réclamera de l'Allemagne la restitution de Lampersberger

Popu 9-5-35

Prague, 8 mai (dép. *Information*). — L'enquête menée par le gouvernement tchécoslovaque au sujet de l'enlèvement par les nazis de l'émigré allemand Lampersberger, en gare de Zelezna-Ruda (Eisenstein) vient d'être définitivement close.

Il ressort de cette enquête :

1. Que Lampersberger a été enlevé sur le territoire tchécoslovaque.

2. Que le gendarme allemand Wisbek, qui contribua à l'enlèvement s'est livré à des voies de fait en territoire tchécoslovaque, sur un douanier tchécoslovaque, après avoir affirmé que le théâtre de l'incident était « territoire international ».

Or, il s'agit d'un territoire tchécoslovaque dont les chemins de fer tchécoslovaques et le Reich sont seulement co-propriétaires.

Dans ces conditions, il y a eu violation flagrante de souveraineté et le gouvernement tchécoslovaque est résolu à demander au gouvernement allemand la délivrance de Lampersberger et une juste réparation; si l'Allemagne s'y refusait, l'affaire serait portée, suivant l'exemple de la Suisse, devant le tribunal d'arbitrage.

Der Menschenraub von Eisenstein

Par. Tagbl. 2.5.35

Verletzung der tschechischen Hoheitsrechte festgestellt
Wie Lampersberger entführt wurde — SS und Bahnpolizei deckten die Verschleppung

Prag, 1. Mai.

Die Untersuchung über die Entführung des in der Tschechoslowakei lebenden deutschen Emigranten Lampersberger ist bereits soweit vorgeschritten, dass man an Hand der vorliegenden Informationen den unerhörten Vorgang, der eine flagrante Verletzung der tschechoslowakischen Hoheitsrechte darstellt, nachkonstruieren kann.

Sonnabend, um 12.20 Uhr, fuhr auf dem Grenzbahnhof in Eisenstein ein bayrischer Zug aus Zwiesel ein. Lampersberger, der auf tschechoslowakischem Boden stand, beobachtete die Ankommenden. Plötzlich kamen zwei Zivilisten, die sich unter die Ankommenden mischten. Einer der Zivilisten packte Lampersberger beim Hals. Lampersberger hielt sich an einem dort befindlichen Geländer fest und schrie um Hilfe. Ein tschechoslowakischer Gendarm, der im Vestibul Dienst machte, hörte die Hilferufe und eilte, in der Meinung, es handle sich um eine Rauferei, herbei. Er hörte die Worte Lampersbergers: „Ich will nicht hinüber, ich gehöre in die Tschechoslowakei." Der Gendarm Manoch forderte die reichsdeutschen Zivilisten auf, von Lampersberger abzulassen. Diese entgegneten jedoch, es handle sich um internationales Gebiet.

Der Zollbeamte Groeszel hörte den Streit und lief zu Hilfe. In diesem Augenblick kam von der bayrischen Seite her der Gendarm Wiesbeck und hielt Lampersberger den Revolver vor. Auch er behauptete, auf internationalem Gebiet und nicht in der Tschechoslowakei zu sein. Lampersberger hielt sich noch immer am Geländer fest. Wiesbeck drehte ihm jedoch das Handgelenk um, so dass Lampersberger aus Schmerz losliess. Zugleich stiess er Groeszel zur Seite. Dass es sich um einen vorbereiteten Ueberfall gehandelt hat, geht daraus hervor, dass von tschechoslowakischer Seite einwandfrei beobachtet wurde, wie hinter der Grenze zahlreiche SS.-Leute und Bahnpolizisten versteckt waren.

Von tschechoslowakischer Seite wurde dann noch beobachtet, wie Wiesbeck dem Entführten zurief: „Sei stad, du bist ein sauberer Böhm." Lampsberger wurde gleich hinter der Grenze gefesselt. Hinter ihm schritt Wiesbeck, der ständig seinen Revolver bereit hielt. Bald darauf wurde Lampersberger in ein vorbereitetes Auto verschleppt, das in der Richtung gegen Plattling davonfuhr. Plattling liegt einige Stationen von Eisenstein entfernt auf bayerischer Seite.

Am Tatort wurden eine Mütze und ein Hut gefunden. Man vermutet, dass die Mütze Lampersberger, der Hut dagegen einem reichsdeutschen Zivilisten gehört. Gröszel wurde beim Ueberfall nicht verletzt und versieht seinen Dienst weiter. Lampsberger wurde dagegen schwer verletzt und vollständig blutig geschlagen. Er blutete auch stark aus dem Mund.

Vor einigen Tagen erhielt Lampersberger ein Schreiben aus Deutschland, in dem er von einem Verwandten aus München aufgefordert wird, mit ihm am Grenzbahnhof in Eisenstein zusammenzukommen. Diese Verabredung gelangte wahrscheinlich zur Kenntnis der geheimen Staatspolizei.

Die Verschleppung Lampersbergers wurde dadurch ermöglicht, dass die Grenzlinie, die die Tschechoslowakei von Bayern trennt, mitten durch den Bahnhof läuft.

Die Ankunft der Züge aus der Tschechoslowakei und aus Deutschland erfolgt auf der in der Tschechoslowakei gelegenen Hälfte des Bahnhofs. Deshalb dürfte Lampersberger geglaubt haben, dass er seines Lebens sicher ist, da er die deutsche Grenze überhaupt nicht passieren musste.

Pilsen, 1. Mai.

Zugleich mit dem Fall der Entführung des Emigranten Lampersberger wird ein weiterer Fall von Verschleppung bekannt. Am 25. d. M. kam um 1 Uhr nachts nach Eisenstein der bayrische Zug, dem ein Bürger aus Reistein bei Schüttenhofen entstieg. Dieser Passagier entledigte sich der tschechoslowakischen Passkontrolle. Als er diese verliess, wurde er von dem aus der Kanzlei tretenden bayrischen Grenzbeamten zurückgerufen. Dieser Passagier kehrte nicht wieder. Nach den eingeholten Informationen wurde er verhaftet und ins Reich abgeschoben. Sein Name konnte bisher noch nicht eruiert werden.

TCHECOSLOVAQUIE. — Les autorités allemandes, faisant droit à la protestation du gouvernement tchécoslovaque, ont remis aux autorités tchécoslovaques de la frontière l'émigrant Lampersberger, arrêté le 29 avril par les policiers allemands sur le territoire tchécoslovaque, près de la gare de Zelezna-Ruda. 4-6-35 Popu

P.T. 14.5.36

Die Hintergründe der Affäre Ochmann

WIE EINEM GESTAPOSPITZEL DIE ARBEIT LEICHT GEMACHT WURDE

„Die neue Weltbühne" macht zum Fall des Prager Emigranten Ochmann, der als Gestapospitzel im sozialdemokratischen Flüchtlingsbüro entlarvt wurde, folgende Mitteilungen, die allgemeine Beachtung verdienen. Die Affäre beweist, welche Verantwortung alle Stellen auf sich nehmen, die Verbindung mit Deutschland unterhalten und wie wenig bei dieser Arbeit bürokratische Begabung am Platze ist.

„Der Emigrant Ochmann, der vor ein paar Tagen, dank der hervorragenden Leistung der Prager Geheimpolizei, in Prag verhaftet werden konnte, hat nicht, wie Wesemann, an einem Menschenraub mitgewirkt, seinetwegen wird es zu keinem diplomatischen Notenwechsel kommen, kriminalistisch ist sein Fall weit weniger aufregend. Aber die politische Bedeutung ist ungleich grösser, und die Zahl der menschlichen Tragödien, die Ochmann auf dem Gewisen hat, ist unübersehbar.

Berichten wir vorsichtshalber nur, was ohnehin schon bekannt geworden ist. Vor einer Reihe von Monaten wurde Ochmann von der Prager sozialdemokratischen Flüchtlingsfürsorge mit einer, wie man in der Sopade offenbar annahm, ganz untergeordneten Funktion betraut: er wurde Hausmeister des Flüchtlingsbüros, erhielt ein Monatsgehalt von tausend Kronen und hatte im wesentlichen nichts zu tun, als Tag und Nacht aufzupassen. Uebergehen wir, wie Ochmann in diese Stellung gelangte. Es gibt alte Sozialdemokraten, ehemals führende Genossen, die über jeden Verdacht erhaben sind, und denen selbst mit dieser bescheidenen Position heute sehr gedient gewesen wäre. Ochmann gehörte nicht in diese Kategorie, er war nur empfohlen... Im Büro der Flüchtlingsfürsorge liegen sehr wichtige Akten, fünfzehnhundert Stück. Sie sind nicht besonders gesichert, sie werden in einfachen Holzschränken aufbewahrt. Ochmann schrieb diese Akten ab und lieferte sie der Gestapo. Das Abschreiben ging zu langsam, und die deutschen Behörden gaben ihrem Agenten einen Photoapparat, und so besitzen sie heute die Photokopien von zwölfhundertfünfzig Akten. Als Ochmann wieder hundertfünfzig Photokopien übergeben wollte, wurde er von der Prager Polizei erwischt.

DER INHALT DER AKTEN

Das sozialdemokratische Flüchtlingsbüro arbeitete sehr ordentlich, sehr preussisch, es prüfte die Anträge der Unterstützungsanwärter etwa so wie ein Berliner Wohlfahrtsamt. Kam jemand aus Deutschland, der drüben illegal gearbeitet hatte und sich nun gefährdet glaubte, so musste er genau angeben, was er in Chemnitz oder in Dortmund verbrochen hatte, vor allem aber Referenzen. Er nannte dann die Namen jener Sozialdemokraten, mit denen er am Wiederaufbau der Organisation zusammengewirkt hatte, und alles, alles wurde protokolliert, die Namen der noch immer in Deutschland tätigen Genossen, ihre Adressen, die Art ihrer Arbeit. Möglichst wurde ein Bild des Unterstützungsanwärters an das Protokoll geheftet. Die zwölfhundertfünfzig photographierten Akten enthalten also weit mehr als zwölfhundertfünfzig Personalien. Es gibt wohl kaum irgendeinen geheimen sozialdemokratischen Arbeitskreis in Deutschland, der nicht durch die eine oder andere Adresse, die sich in diesen Protokollen befindet, denunziert worden ist.

Kein Zweiel ist möglich, dass ein erheblicher Teil der Massenverhaftungen in der letzten Zeit auf Ochmanns Tätigkeit zurückzuführen ist.

VERBRECHERISCHER LEICHTSINN

Auch Ochmann war verdächtig. Man hatte beobachtet, dass er viel Geld ausgab und bei Buchmachern Wetten abschloss. Die Sopade war gewarnt [illegible] den. Trotzdem unternahm sie nich[illegible] gen den Hausmeisten der Flüchtlin[illegible] sorge, der überdies die Schlüssel zu [illegible] Aktenschränken besass.

War es schon unvorstellbar leichtsinnig, Protokolle solcher Art einem doch nur flüchtig bekannten Emigranten zur Bewachung zu übergeben und auf die ständige Ueberwachung eben dieses Emigranten zu verzichten, so ist es darüber hinaus ganz unverständlich, wie man auf den Gedanken kommen konnte, Flüchtlingsbüro überhaupt mit fertigung solcher Protokolle zu Die diskretesten Angaben, di deutschen Opposition gibt, v chiffriert, sie wurde nicht ü dene Aktenbogen verteilt, verschiedenen Stellen dep wären, so dass man sie sammensetzen müssen, s in Tresors aufgehoben ganz selbstverständlich schäftspapiere irgend schen Unternehmens, stecken hat, in Holzsc

LA TENSION GERMANO-LITHUANIENNE

— Temps 30-3-35

On télégraphie de Berlin :

La campagne d'agitation organisée pour protester contre les condamnations de Kaunas a été étendue à l'ensemble du Reich. De tous les points de l'Allemagne, de Hambourg à Munich et de Leipzig à Magdebourg, on signale des manifestations, au cours desquelles des orateurs ont harangué la foule en termes parfois très violents.

La presse allemande représente ainsi le peuple allemand dressé comme un seul homme contre le « jugement inique » et confiant dans toutes les mesures que le Führer pourra prendre.

Dans un article intitulé « les Enseignements de Kaunas », la *Gazette de la Bourse* écrit ce qui suit :

Une fois de plus, l'Allemagne apprend que les traités jouent seulement contre le Reich et que, pour certains pays, les pactes collectifs ne sont là que pour éviter de parler d'alliances contre l'Allemagne.

On pense, au surplus, que l'Allemagne sera assez bête pour leur accorder sa bénédiction en donnant une signature. Après le jugement de Kovno, le peuple allemand comprend la nécessité d'une politique basée sur le principe qu'il ne faut compter que sur soi-même. Il est convaincu qu'en cas d'agression, le Reich serait laissé en plan par les autres, malgré les belles promesses et les garanties solennelles. Ainsi que Mussolini l'a si bien dit et répété à maintes reprises: c'est dans sa propre force que l'on trouve protection et considération.

L'officieuse *Correspondance politique et diplomatique* publie sous le titre « le Système de la violation du droit », un acte d'accusation de onze pages contre la Lithuanie au sujet de Klaipeda.

Le but de la convention de Klaipeda pose en principe l'organe de la Wilhelmstrasse, était de maintenir les institutions liées sous le régime allemand.

En réalité, elle institue dans ce malheureux pays un état de choses qui ne peut se comparer qu'à celui existant dans la Russie d'avant guerre.

La Lithuanie a accumulé systématiquement les violations du droit afin d'anéantir la civilisation du territoire de Memel, sans que les puissances signataires aient jugé utile d'entreprendre des démarches vraiment efficaces.

La *Correspondance politique et diplomatique* énumère longuement ensuite les accusations connues contre le gouvernement de Kaunas.

Par ailleurs, un communiqué officiel lithuanien déclare que les nouvelles publiées au sujet d'une mise en état d'alerte de la police du territoire de Klaipeda (Memel) ne sont pas exactes.

On ajoute que le calme le plus complet règne dans le territoire et on souligne que le verdict du conseil de guerre de Kaunas est considéré comme équitable par toute l'opinion publique.

D'autre part, notre correspondant particulier à Berlin téléphone vendredi matin :

On cite à Berlin des extraits d'un livre publié il y a quelques années par M. Maiski, ambassadeur soviétique à Londres, contre la souveraineté des petits Etats qui se sont constitués sur la bordure occidentale de la Russie. L'auteur déclarait que ces pays pouvaient avoir droit à l'autonomie culturelle, mais qu'il était superflu de leur donner une existence politique indépendante. « L'idée des petits Etats souverains, aurait écrit M. Maiski, est une utopie et même une utopie réactionnaire, condamnée par le développement inéluctable des faits historiques. Il est évident que la grande majorité de ces petits Etats, fabriqués à la légère par la main de Wilson, à la conférence de Versailles, manquent de stabilité et sont incapables de vivre. »

Le général en retraite Schrœder, qui aida, en 1919, à la formation de l'armée lithuanienne et lutta avec elle contre l'armée rouge, vient de renvoyer au ministre lithuanien à Berlin une décoration qu'il avait reçue de son gouvernement. Il déclare qu'il lui serait impossible de porter cette décoration après « le verdict infâmant de Kovno ».

Echo de Paris 28-3-35

JVELLES

Une campagne d'excitation en Allemagne au sujet du verdict de Kaunas

(De notre correspondant particulier)

Berlin, 27 mars. — Les services de la propagande du Reich fonctionnent à plein, au sujet de l'affaire de Memel. A en croire ce qui est publié ce soir, le monde entier serait rempli d'horreur depuis que le jugement de Kovno a été rendu.

On a organisé, ce soir, à Berlin et dans la banlieue quatre grandes manifestations de propestation dont la plus importante (celle du Instgarten) avait attiré environ 70.000 curieux qui étaient très excités. Un agitateur bien connu, le docteur Steinacher, président de la ligue populaire du germanisme à l'étranger, a prononcé un discours d'une rare violence. C'est d'ailleurs cette ligue qui, sur les indications de Goebbels, a pris la campagne d'excitation en mains. On peut compter sur elle pour faire bouillir l'âme populaire, comme on dit en allemand.

Après le meeting du Lustgarten, les assistants se sont rendus à la Wilhelmstrasse. Ils ont chanté sous les fenêtres de Hitler le refrain qui dit que la patrie allemande étend sa main jusqu'à Memel.

La Gazette de Prusse publie des nouvelles nettement alarmistes. La police de Memel et de la frontière serait en état d'alerte. Tous les policiers auraient été astreints à prêter serment de fidélité à la constitution lithuanienne. A Kovno même, les esprits seraient extrêmement inquiets, vu qu'on redouterait des représailles allemandes. On n'hésite pas à mettre en cause le ministre de France à Kovno, auquel on attribue cette déclaration : « Le jugement du conseil de guerre est une monstruosité et une gaffe inouïe. » On reproche aux Lithuaniens d'avoir prononcé les condamnations à mort dans un but commercial.

C'est ainsi qu'on écrit sérieusement que le gouvernement de Kovno s'imagine que l'Allemand Neumann, condamné à mort, pourrait être l'objet d'un troc. Au lieu d'être fusillé, le gouvernement du Reich demanderait de l'échanger contre l'entrée en franchise douanière de 10.000 cochons lithuaniens en Allemagne. Mais, s'empresse-t-on d'ajouter, le gouvernement de Kovno se trompe ; les condamnés à mort ne signeront pas de recours en grâce. Ils supporteront tout, comme d'ailleurs la population allemande de Memel supporte tout, *dans l'espoir d'être libérée sous peu de ses épreuves.*

On fera bien de retenir cette phrase.

28-3-35

Figaro LE FI

Dans de nombreuses villes du Reich on manifeste contre le jugement de Kaunas

Berlin, 27 mars. — Des manifestations contre le jugement de Kaunas ont été organisées dans les principales villes d'Allemagne. Devant le château de Berlin, trois mille membres des jeunesses hitlériennes et quelques curieux s'étaient rassemblés au son des fanfares pour protester contre le « sanglant jugement de Kaunas ».

Après un violent discours prononcé par le Dr Steinacher, chef de la Ligue pour le germanisme à l'étranger, les manifestants, suivant un programme fixé d'avance, se rendirent d'abord à la Chancellerie du Reich. Ils se rassemblèrent sur la place et crièrent « A bas la Lithuanie ».

Le chancelier Adolf Hitler se montra à la fenêtre. La foule entonna le « Deutschland über alles ».

Sur plusieurs autres places publiques de Berlin des manifestations analogues avaient été organisées. Plusieurs milliers de personnes se réunirent ensuite devant la légation de Lithuanie et chantèrent le « Deutschland über alles ».

A Kœnigsberg, la foule a manifesté devant le consulat de Lithuanie. A Insterbourg, 5.000 personnes se sont assemblées sur la place de l'Hôtel-de-Ville, où elles ont été haranguées par le bourgmestre. A Stettin, la population a été invitée à prendre part à une manifestation monstre, pour protester contre le « jugement honteux de Kovno ».

La presse montre une violente indignation

Toute la presse allemande proteste avec indignation.

« Nous luttons pour nos droits, écrit le *Berliner Tageblatt*, pour nos droits fondamentaux, et ces droits, on persiste à nous les contester en propageant contre nous la défiance et le soupçon. Si l'acte abominable de Kaunas ne soulève pas l'indignation de l'Europe, alors nous ne pourrons plus croire qu'il reste la plus minime part de sincérité dans le monde. »

Le *Voelkische Boebachter* écrit : « A plusieurs reprises, l'Allemagne a fait demander que les Etats signataires s'acquittent de l'obligation qu'ils ont acceptée dans le statut de Memel. Après ce jugement, elle réclame une démarche énergique contre l'arbitraire de la Lithuanie. »

« Les condamnations de Kaunas constituent une provocation de la part de la Lithuanie, écrit la *Correspondance officielle du parti national-socialiste*. La Lithuanie a violé le droit d'une manière si éclatante que les puissances garantes ne doivent plus se taire, si elles ne veulent pas que l'exemple lituhanien fasse école. La Lithuanie s'est rendue indigne d'exercer sa souveraineté sur un peuple comme celui de Memel. »

Le procès des nationaux-socialistes de Klaipeda

On télégraphie de Kaunas :

Après une interruption de deux semaines, causée par la maladie d'avocats et de juges, le tribunal a repris ses audiences.

M. Wiegratz, ancien collègue de Jesutis qui fut, comme on le sait, assassiné par des camarades du parti Sovog, a confirmé que Jesutis, après avoir parlé devant la police de la sûreté lithuanienne, savait qu'il était accusé de trahison par le parti et craignait d'être tué. Il pria Wiegratz de procéder à des recherches s'il disparaissait.

Wiegratz et d'autres témoins ont donné des détails sur les conditions dans lesquelles le cadavre de Jesutis fut retrouvé.

Il a remarqué que certains témoins évitent, malgré l'évidence, de faire des dépositions contre les accusés et nient même les dépositions faites antérieurement. On a l'impression d'une pression extérieure exercée sur les témoins.

Un de ces derniers, Mlle Kairaitytye, a avoué qu'une femme, dont le mari prit part à l'assassinat de Jesutis, l'avait priée de dire devant le tribunal que Jagstadt, son mari, était resté à la maison le jour de la mort de Jesutis.

Un autre, Krahmer, a nié ce qu'il avait dit à l'instruction préliminaire et s'est justifié en affirmant que le juge d'instruction l'avait menacé de prison. Krahmer a déclaré qu'il avait été forcé de signer un procès-verbal rédigé en langue lithuanienne.

Cependant, le tribunal a constaté que le procès-verbal signé par Krahmer était rédigé en allemand. Aussi a-t-il souligné que l'affirmation de Krahmer ne correspond pas à la vérité, s'en remettant au procureur afin qu'il traduise Krahmer en justice pour fausse déposition sous serment.

Temps 23-1-35

---

tues

Lyon R

Les incidents de frontière germano-lituaniens

4-5-35

Berlin, 3 mai. — Le « D.N.B. » publie l'information suivante :

Selon les résultats de l'enquête menée par la police de Tilsitt et maintenant terminée, les incidents qui se sont produits à la frontière germano-lituanienne et qu'a rapportés une partie de la presse étrangère concernant des affaires de contrebande, une seule de celles-ci a été sanglante. Une personne a été tuée et une autre blessée. Il est donc faux qu'il y ait eu deux morts comme l'a rapporté le correspondant d'un journal étranger à Kaunas, connu pour son attitude hostile à l'égard de l'Allemagne.

La vérité est la suivante : deux Lituaniens, MM. Henning père et fils, de Wischtigen, ont été surpris près de la frontière alors qu'ils se livraient à la contrebande. Comme ils n'obéissaient pas aux injonctions qui leur étaient faites de s'arrêter, par les douaniers allemands, ceux-ci ont dû, comme c'était leur devoir, faire usage de leurs armes.

M. Henning a été tué, son père blessé. Ce dernier est actuellement en traitement dans un hôpital allemand. Il apparaît ainsi qu'on ne peut parler en rien d'un incident de frontière.

?!

---

raphiques et téléphoniques

Temps 28-3-35

L'Allemagne et la condamnation des nazis de Memel

(*Par téléphone de notre correspondant particulier*)

Berlin, 27 mars.

La presse commente longuement le verdict de Kaunas, connu hier au milieu de la journée et qui a suscité en Allemagne l'indignation la plus vive. Les journaux proclament une fois de plus l'innocence des accusés, qui seraient victimes de la politique du gouvernement lithuanien visant à extirper le germanisme à Memel et à supprimer le statut international de ce territoire.

On demande l'intervention des puissances garantes pour empêcher l'exécution du jugement.

Ce jugement sanguinaire, écrit entre autres le *Lokal Anzeiger*, est un coup de poing en plein visage de tous les peuples qui ont le sentiment du droit, une insulte grossière à l'adresse des puissances garantes du statut de Memel. Les juges lithuaniens ont exclu définitivement leur pays de la liste des nations civilisées. Ce procès, purement politique, voulait prouver l'hostilité des Allemands re Memel vis-à-vis de l'Etat. Il n'en a pas apporté la preuve, mais l'échafaud doit remplacer le droit, parce que les Lithuaniens veulent à tout pris avoir raison. L'exécution de ce jugement serait un meurtre, car ce sont des innocents qui ont été condamnés. Le procès et le verdict sont une monstrueuse provocation au germanisme. Les puissances qui prônent le pacte oriental sont aussi garantes du statut de Memel. C'est le moment pour elles de montrer si elles veulent loyalement la paix et l'observation des traités.

Un long communiqué de source officieuse discute une à une les condamnations prononcées à Kaunas, affirmant notamment que le cas Jesutis, qui a provoqué quatre condamnations à mort, n'est pas une affaire de meurtre. Jesutis serait mort d'une maladie de cœur au moment où il voulait s'enfuir en Allemagne. Son cadavre n'aurait présenté aucune marque de violence.

Manifestations en Prusse orientale

Berlin, 27 mars.

On mande de Tilsit au D. N. B. qu'hier soir une foule, évaluée à 10,000 personnes, s'est massée sur la place Adolf-Hitler pour protester contre les condamnations prononcées par le conseil de guerre de Kaunas. Elle a entonné le *Deutschland über Alles* et le *Horst Wessel Lied*.

Une manifestation semblable se serait déroulée également à Insterbourg où le maire aurait harangué la foule.

Après la manifestation de Tilsit, un télégramme a été envoyé au président supérieur de la province de Prusse orientale, priant le gouvernement du Reich d'intervenir en faveur des condamnés.

A Berlin

Berlin, 27 mars.

Dans un manifeste, la ligue pour le germanisme à l'étranger s'élève à nouveau avec violence contre le jugement rendu par le tribunal de Kaunas. La ligue fait connaître qu'elle organise pour ce soir, 20 heures, des manifestations populaires dans quatre quartiers de Berlin. Des orateurs souligneront les liens qui unissent les Allemands de Klaipeda (Memel) à ceux du Reich.

INPRESS

Téléphone :
Anjou 18-00

AGENCE DE PRESSE INDÉPENDANTE
INDEPENDENT PRESS AGENCY
UNABHÄNGIGE PRESSEAGENTUR

ÉLYSÉE BUILDING
56, Faub. St-Honoré
PARIS (8me)

Nr.91/246 DEUTSCHE AUSGABE 20.4.34.
2.Jahrgang

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

FEMEMORD IM MEMELGEBIET.

Memel, 20.4. (INPRESS): Ein politischer Mord im Memelgebiet erregt im ganzen Baltikum grosses Aufsehen. Der Justizoberwachtmeister Georg Josuttis war seit dem 23. März spurlos verschwunden. Er wurde jetzt als Leiche aus dem Jurafluss gezogen. Josuttis war führendes Mitglied der nationalsozialistischen Parteigruppe Sass und nahm in Gemeinschaft mit dem Freiherrn von Sass und dem Baron von der Ropp an vertraulichen Verhandlungen im Muenchener Braunen Haus teil. Josuttis war vom Untersuchungsrichter in der Angelegenheit des Landesverrats der gesamten Sasspartei zu einer Vernehmung geladen worden, kam aber dieser Aufforderung nicht mehr nach, sondern war spurlos verschwunden. Die Nachforschungen nach ihm blieben erfolglos, bis er jetzt als Leiche aus dem Wasser gezogen wurde. Es besteht kein Zweifel, dass es sich hier um einen organisierten Fememord handelt. Josuttis war ueber alle Aktionen der nationalsozialistischen Bewegung des Memelgebietes aufs beste informiert, und seine Parteigenossen hatten alle Veranlassung, zu fuerchten, dass er sie belasten wuerde. Die Untersuchungsbehoerden sind in den letzten Tagen gezwungen gewesen, weitere Verhaftungen vorzunehmen. Das Material beweist einwandfrei, dass der Plan zur Abtrennung des Memelgebietes von Litauen durch bewaffnete Hand von den nationalsozialistischen Parteien des Memelgebietes und des Auslandes trotz aller Loyalitaetserklaerungen hueben und druben vorbereitet war.

Temps ALLEMAGNE 29-3-35

Après la condamnation des nazis de Memel

Notre correspondant particulier de Berlin nous téléphone jeudi matin 28 mars :

La protestation allemande contre le verdict de Kaunas prend les proportions d'un vaste mouvement populaire. Dans tout le Reich ont eu lieu des meetings où des discours très violents ont été prononcés contre la Lithuanie.

A Berlin, la foule a manifesté devant le consulat général de Lithuanie, en proférant des menaces. Quatre grandes réunions ont eu lieu, dont la plus importante réunissait 100,000 personnes au Lustgarten. Les manifestants répétèrent en chœur : « Nous protestons contre ce jugement inique, rendez la liberté à nos frères ! »

Le docteur Steinacher, de l'Association des Allemands de l'étranger, prononça un discours :

En 1923, dit-il, la Lithuanie a chassé les Français qui occupaient le territoire de Memel, au nom des alliés. Le représentant de la France protesta alors solennellement contre « ce coup de force sanglant » sur Memel, et déclara expressément que les alliés maintiendraient leur autorité sur ce territoire. Néanmoins, les Français se retirèrent. Le rapt de Memel fut finalement toléré et le statut d'autonomie qui fut accordé à ce territoire a été constamment violé par le gouvernement lithuanien. Ce ne sont pas nos compatriotes qui devraient être sur les bancs des accusés mais les gouvernants lithuaniens, qui foulent au pied la Constitution octroyée par les puissances garantes et mettent la paix en péril.

Ces paroles furent accueillies par des ovations enthousiastes. Il fut décidé d'envoyer une adresse au Führer. Une partie des manifestants se portèrent ensuite devant la chancellerie et crièrent : « *Führer, schlag zu!* » (Frappe!)

Des manifestations ont eu lieu notamment à Hambourg, Francfort, Stuttgart, où M. Odenahl, consul général de Lithuanie, a abandonné ses fonctions et fait enlever l'écriteau lithuanien de la façade de sa maison. Les protestations ont été particulièrement vives en Prusse orientale : à Kœnigsberg, le professeur Oberlænder demanda la création d'un commissaire international à Memel, d'après l'exemple de Dantzig.

Temps LITHUANIE 27-3-35

Le verdict du procès des nazis de Memel

On télégraphie de Kaunas :

Le tribunal a rendu son jugement dans le procès intenté aux membres des organisations nazistes du territoire de Klaipeda (Memel).

Les quatre assassins de Jesuttis ont été condamnés à mort.

Les assassins de Loops ont été condamnés, l'un aux travaux forcés, l'autre à la prison.

Parmi les chefs des organisations subversives, huit ont été condamnés à 12 ans de travaux forcés, les autres ont été condamnés à une durée moindre de travaux forcés ou de prison.

Le tribunal a, en outre, acquitté une trentaine de prévenus.

YOUGOSLAVIE

M. Titulesco à Belgrade

Le Temps LITHUANIE

Le procès des nazis de Memel

On télégraphie de Kaunas : 22-2-35

Le tribunal a terminé l'interrogatoire des 296 témoins de l'accusation. Leurs dépositions ont confirmé nettement que le but des organisations nationales-socialistes de Klaipeda (Memel), était d'arracher par l'insurrection armée le territoire de Klaipeda à la Lithuanie, avec l'aide des S. A. allemandes.

Ces témoignages ont prouvé l'existence de liens étroits entre lesdites organisations, un ancien fonctionnaire du consulat d'Allemagne à Klaipeda, M. Strack et le commissaire national-socialiste à Tilsit pour le territoire de Klaipeda, M. Moser.

La jeunesse enrôlée dans les organisations nationales-socialistes était entraînée militairement dans les camps du parti national-socialiste allemand, à proximité de la frontière. Ce parti envoyait sur le territoire de Klaipeda des instructeurs spéciaux pour l'instruction militaire de la jeunesse, laquelle faisait des exercices ainsi que des manœuvres clandestinement et creusait des tranchées à 2 kilomètres de la frontière allemande.

Les nationaux-socialistes de Klaipeda opéraient suivant des méthodes terroristes, pareilles à celles des nationaux-socialistes autrichiens. Pour trahison au parti, ils employaient des procédés extrêmes, comme l'assassinat des jésuites et l'attentat contre la vie de Loops. Ils terrorisaient par des incendies et des menaces de mort les habitants du territoire loyaux au gouvernement, les contraignaient à s'associer à leurs menées subversives, et troublaient par des coups de feu les réunions lithuaniennes. Leurs agents menaçaient les habitants du territoire d'une invasion prochaine des S. A. d'Allemagne, qui puniraient les récalcitrants.

La date de l'insurrection était fixée au 18 janvier 1934. Au cours de réunions secrètes, ils faisaient des conférences sur la politique orientale allemande, indiquant le territoire de Klaipeda comem la première étape du « Drang nach Osten ».

Dans les rapports adressés au parti national-socialiste allemand, les nationaux-socialistes de Klaipeda considéraient le territoire de Klaipeda comme partie intégrante du Reich. Ces faits ont été confirmés également par quelques accusés qui se sont reconnus coupables des faits qui leur étaient incriminés. Les nationaux-socialistes de Klaipeda ont joui de l'assistance des organisations économiques et financières subventionnées et dépendantes de l'Allemagne.

La banque de Klaipeda « Agraria » recevait secrètement des fonds de l'Osthilfe de Berlin, accordait des emprunts d'une durée allant jusqu'à cent ans, selon l'attitude politique des clients, avec la condition de pouvoir révoquer l'emprunt à tout moment.

La Landschaftbank et la Kréditsverbank accordaient également des crédits de caractère politique. L'ancien président de la Diete du territoire, agent éminent dans l'action nationale-socialiste, reçut de ces banques un crédit de 1,200,000 litas, sans payer aucun intérêt. Une amende de 5,000 litas infligée par les autorités au chef du parti Neumann, fut également payée par ces banques. On a constaté également pendant le procès que l'accusé Boettcher avait reçu d'Allemagne une somme de 95,000 litas.

Temps 24-3-35

Le procès des nationaux-socialistes de Memel

On télégraphie de Kaunas :

L'interrogatoire des témoins s'est poursuivi par l'audition de M. Przborowski, qui a déclaré avoir entendu, après que Jesutis eut été questionné par la police sur son voyage à Berlin, dire par le propriétaire foncier Horn, qui figure maintenant parmi les assassins présumés :

« Il est bien temps que Jesutis disparaisse. »

Le fils du témoin a déclaré que Horn lui donna une lettre à porter à Jesutis, dans laquelle il ordonnait à ce dernier de feindre une maladie, de prendre congé, de se préparer à un départ et d'en informer tout de suite Priess.

L'accusé Kubbutat a demandé à ce moment la parole et a déclaré que l'accusé Herbert Bœttcher, avocat à Klaipeda, et gérant de l'asile commun installé par le Kulturbund à Kaunas, l'engagea, ainsi que les accusés Greenenberg et Eicke, à faire de fausses dépositions et qu'il les menaça de mort s'ils disaient la vérité. Kubbutat a affirmé qu'il disait la vérité.

On se rappelle que Kubbutat confirma, devant le tribunal, la création de colonnes d'assaut, entraînées militairement et qui devaient servir à détacher par la force le territoire de Klaipeda de la Lithuanie.

Cet acousé confirma également que la S.O.V.O.G. donna l'ordre de laisser rigoureusement secrets les exercices militaires, sous peine de mort.

A la suite des déclarations de Kubbutat, l'accusé Herbert Bœttcher a avoué qu'il avait donné des indications à Kubbutat sur les dépositions que celui-ci devait faire.

L'accusé Groenenberg a confirmé aussi qu'il avait menacé Kubbutat au cas où celui-ci parlerait devant le tribunal.

A la suite de ces événements, le tribunal a décidé d'arrêter Herbert Bœttcher, Greenenberg et Eicke, qui étaient jusqu'ici en liberté.

Le procès de Kaunas

Lyon R

LES QUATRE ASSASSINS DE JESUTIS SONT CONDAMNÉS A MORT

27-3-35

Kaunas, 26 mars. — Le tribunal a rendu son jugement dans le procès intenté aux membres des organisations nazies subversives du territoire de Klaipeda. Les quatre assassins de Jesutis ont été condamnés à mort. Les assassins de Loops ont été condamnés, l'un aux travaux forcée, l'autre à la prison.

Parmi les chefs des organisations subversives, huit ont été condamnés à douze ans de travaux forcés ; les autres ont été condamnés à une durée moindre de travaux forcés ou à la prison. Le tribunal a en outre acquitté une trentaine de prévenus.

L'annonce du verdict au chancelier Hitler

On mande de Berlin qu'à la nouvelle des condamnations à mort prononcées par la Cour militaire de Kaunas, le chancelier Hitler, qui discutait avec les ministres britanniques au sujet du désarmement, a interrompu aussitôt ses délibérations et s'est entretenu de ce verdict avec ses interlocuteurs.

D'autre part, ces condamnations ont causé une grande sensation à Berlin. En termes extrêmement violents les premiers journaux de l'après-midi donnent libre cours à leur irritation.

« Ce verdict, écrit la « Nachtausgabe », est dicté par la haine et l'arbitraire. Mieux que tout ce que les gouvernements lituaniens et les gouverneurs de Klaipeda ont fait jusqu'à présent pour anéantir le germanisme du territoire, ce jugement montre combien les autorités compétentes de Kaunas ont la ferme volonté de détruire les droits garantis aux habitants de Klaipeda par les traités et de provoquer le peuple allemand. »

« Par ce jugement, écrit « l'Angriff », l'Allemagne est mise au ban de la communauté des Etats européens. »

« Les condamnés de Kaunas, écrit « Lacht Uhr Abenblatt », sont les martyrs de leur nationalité. »

Après la condamnation des nazis de Memel

Temps — 29-3-35

Mise en état d'alerte de la police du territoire

Berlin, 28 mars.

On mande de Kœnigsberg au D.N.B. que le gouverneur militaire de Klaipeda (Memel) a ordonné, dès lundi soir, la mise en état d'alerte de la police dans tout le pays, ainsi que tout le long de la frontière.

D'autre part, on signale que le commissaire gouvernemental lithuanien Bruwelaitis, a fait prêter serment à la Constitution lithuanienne à tous les fonctionnaires de la police du territoire de Klaipeda.

Le meurtre d'un Lithuanien en Allemagne

Temps 3-5-35

Kaunas, 2 mai.

Le gouvernement lithuanien a fait remettre au Reich une note provisoire de protestation et une demande d'explications sur le meurtre commis dans le Hanovre de M. Macelis, ressortissant lithuanien.

L'enquête menée sur place par la légation de Lithuanie à Berlin a, en effet, établi la parfaite innocence de Macelis pour qui toute la population allemande de Gottesbergen (Hanovre) a pris fait et cause. Macelis était établi depuis près de vingt ans dans la région et il avait épousé une fille du pays, qui attend maintenant son cinquième enfant. L'année précédente, il avait été brutalisé par la gendarmerie locale, pour n'avoir pas salué un gendarme et avait dû être hospitalisé plusieurs semaines. Au début du mois Macelis reçut un avis d'expulsion, mesure de représailles, prise contre le verdict de Kaunas. Il se rendit alors à la gendarmerie pour essayer de faire rapporter son arrêté d'expulsion, mais le maréchal des logis insulta à sa qualité de Lithuanien. M. Macelis répondit sur le même ton et fut alors abattu.

D'après l'enquête, un Allemand, unique témoin du drame, déclara au gendarme : « Si j'avais un couteau, je vous couperais le cou pour avoir tué un homme sans le moindre motif. »

Ce témoin serait, d'après une nouvelle toute récente, déporté dans un camp de concentration pour sa déposition favorable à M. Macelis.

M. Macelis était très estimé dans le pays et la population a tenu à supporter les frais des funérailles en organisant une collecte.

Le verdict de Kaunas

2-4-35 — Temps

La sentence sera-t-elle exécutée?

Kaunas, 1er avril.

Eu égard à certaines circonstances atténuantes, le conseil de guerre avait décidé de présenter en faveur de quelques accusés un recours en grâce auprès du président de la République. La façon dont cette décision avait été présentée avait fait craindre que le recours en grâce ne fût interdit aux autres condamnés. Un communiqué officieux vient de préciser que tous les condamnés sont autorisés à présenter un recours en grâce.

Quatre nazis condamnés à mort en Lithuanie

Journal 27-3-35

KAUNAS, 26 mars. — Le tribunal a rendu son jugement dans le procès des 126 nazis accusés de complot armé contre la sûreté de l'Etat.

Quatre des accusés, convaincus du meurtre de Georges Jessutis, qui avait communiqué les plans des conjurés aux autorités lithuaniennes, ont été condamnés à mort.

Le Dr Ernest Neuman, chef de l'Union populaire, et les membres de son groupe ont été condamnés chacun à douze ans de servitude pénale.

M. Vonsass et le baron Ropp, chefs de l'Union chrétienne sociale, et les membres de leur groupe ont été condamnés chacun à huit ans de servitude pénale.

Les 40 autres inculpés ont été acquittés.

Après les condamnations du Conseil de Kaunas

Lyon Rép. 28-3-35

Berlin, 27 janvier. — On mande de Tilsit au « D.N.B. », qu'hier une foule évaluée à 10.000 personnes, s'est massée sur la place Adolf-Hitler, pour protester contre les condamnations prononcées par le Conseil de guerre de Kaunas. Elle a entonné le « Deutschland Ueber Alles » et le « Horst Wessel Lied ». Une manifestation semblable se serait déroulée également à Insterbourg, où le maire aurait harangué la foule.

Après la manifestation de Tilsit, un télégramme a été envoyé au président supérieur de la province de Prusse Orientale, priant le gouvernement du Reich d'intervenir en faveur des condamnés.

D'autre part, dans un manifeste, la ligue pour le germanisme à l'étranger, s'élève à nouveau avec violence contre le jugement rendu par le tribunal de Kaunas. La ligue fait connaître qu'elle organise pour ce soir 20 heures, des manifestations populaires dans quatre quartiers de Berlin. Des orateurs souligneront les liens qui unissent les Allemands de Klaipeda à ceux du Reich.

On annonce, d'autre part, de source officieuse, que l'Allemagne n'a fait jusqu'ici aucune démarche au sujet de la condamnation à mort de Kaunas. Il ne saurait donc, pour l'instant, être question d'un ultimatum.

Le procès des nazis de Lithuanie

Temps —

Berlin, 26 mars.

Les condamnations à mort prononcées par la cour militaire de Kaunas ont causé une grande sensation à Berlin.

En termes extrêmement violents les premiers journaux de l'après-midi donnent libre cour à leur irritation.

27-3-35

Le chancelier Hitler apprend le verdict

Berlin, 26 mars.

De l'envoyé spécial de l'agence Havas :

On apprend qu'à la nouvelle des condamnations à mort prononcées par la cour militaire de Kaunas, le chancelier Hitler, qui discutait avec les ministres britanniques au sujet du désarmement, a interrompu aussitôt ses délibérations et s'est entretenu de ce verdict avec ses interlocuteurs.

Les quatre nazis condamnés à mort à Memel sont graciés

19-5-35 Popu

Kaunas, 18 mai. — Le président de la République, exerçant aujourd'hui son droit de grâce a commué les condamnations à la peine de mort infligées à quatre inculpés du procès Neuman-Sass en réclusion à perpétuité.

Bol. Abendbl. 9.9.35

Raub- oder Fememord in Wien

(United Preß.) Die Wiener Polizei arbeitet gegenwärtig fieberhaft an der Aufklärung eines geheimnisvollen Mordes, bei dem die Umstände auf einen echten oder vorgetäuschten Fememord hinweisen. In der Nacht zum 8. September kam ein Mann in ein kleines Hotel an der Langstraße. Als er am Morgen nicht wieder im Foyer erschien, öffnete der Portier seine Türe, fand aber den Gast nur noch als Leiche vor. Auf seinen beiden Schläfen waren Hakenkreuzzeichen aufgezeichnet. Auf dem Kopfkissen standen die mit Augenbrauenstift geschriebenen Worte: „Rache für Verrat". Auf dem Tisch lag eine goldene Uhr und andere Wertsachen des Toten, so daß man nicht an einen Raubmord glaubt. Die Polizei sucht zu ermitteln, ob trotz der besondern Umstände dennoch Raubmord vorliege, um einen Fememord vorzutäuschen.

Nazifememord in Wien.

Wien, 12. Sept. (Insa.) Im dritten Bezirk, auf der Landstraße, fand der Portier eines kleinen Hotels einen Mann, der am Tage zuvor ein Zimmer gemietet hatte, tot auf. Die Wertsachen des Toten waren unberührt. Auf seiner Stirne stand mit einem Augenbrauenstift geschrieben: „Rache für Verrat", und auf seinen Schläfen waren Hakenkreuze gezeichnet. Die Polizei hat ihre Nachforschungen sofort begonnen. Die Wiener Presse durfte bis zur Stunde nichts über diesen geheimnisvollen Mordfall bringen.

Oesterreich

Das Terrorkomplott in Salzburg

Wien, 22. Sept. **(Tel. unseres wg.-Korr.)** Die Untersuchung des nationalsozialistischen Terrorkomplotts endete mit einem vollen Erfolg. Die bei der Hauptpost in Linz aufgegebenen und sofort beschlagnahmten zehn Pakete, die raffiniert adjustierte Bomben enthielten, waren an bekannte Persönlichkeiten in Salzburg adressiert. Unter den Adressaten befanden sich Erzbischof Waitz, ferner der Chefredakteur der katholischen „Salzburger Chronik", ein höherer Beamter der Polizeidirektion, der Direktor des Gefangenenhauses, ein Kompagnieführer der Heimwehr, der Schriftsteller Josef August Lux und zwei ehemalige Sozialdemokraten. Die Anschläge sind aber nicht in Linz, sondern in Salzburg vorbereitet worden, wo sich unter Führung des Tischlermeisters Hochwater eine Terrorgruppe gebildet hatte. Der Tischlermeister und ein Schustergehilfe sind nach Deutschland geflüchtet. Fünf Mitschuldige befinden sich in Haft. Es ist Anzeige beim Standgericht erstattet und den deutschen Behörden ein Steckbrief übergeben worden. Man wartet gespannt, welche Maßnahmen auf deutscher Seite ergriffen werden. Es wird als das wesentliche Moment bezeichnet, daß der Attentatsplan sofort entdeckt wurde und die Polizei schon Tage zuvor im Besitz von Informationen war, daß irgend eine Aktion bevorstehe.

NZN 23-9-35

Fememord in Wien

Wien, 8. September. Die Polizei beschäftigt sich mit einem sensationellen Kriminalfall. In dem Studentenhotel Urania im III. Bezirke wurde heute die Leiche eines jungen Mannes gefunden, der erwürgt worden war. Seine Hände waren unter der Decke gefesselt und auf dem Polster war ein Hakenkreuz und in Balkenschrift aufgeschrieben: ‚Rache für den Verrat." Diese Anzeichen sprechen für einen Fememord, doch ist es auch möglich, daß den Mord ein Homosexueller verübt hat, der durch dieses Vorgehen die Spur verdecken wollte. Die Identität des Toten konnte bisher noch nicht sichergestellt werden. Der einzige Anhaltspunkt ist die in das Rockfutter eingenähte Marke einer Wiener Firma. Das Hotel „Urania" ist sehr stark frequentiert.

Wien, 9. September. In den späten Abendstunden des Sonntag ist es der Wiener Polizei gelungen, an Hand der im Rocke das in einen Wiener Studentenhotel ermorderten Mannes eingenähten Firma des Schneiders, welcher den Anzug des Ermordeten genäht hatte, festzustellen, wer das Opfer dieses geheimnisvollen Mordes geworden ist. Es handelt sich bei dem Toten um den 54 Jahre alten Karl Rebhold, einen Molkereiarbeiter aus dem III. Wiener Gemeindebezirke. Seine Leiche wurde dem Wiener Anatomischen Institut übergeben.

Prager Tagblatt 9.9.35

Doch Fememord?

Wien, 10. September. Nach langen Bemühungen ist es der Wiener Polizei gelungen, in die Angelegenheit des angeblichen Fememordes einigermaßen Licht zu bringen. Es wurde die Frau festgestellt, die nach angeblichem Leugnen gestanden hat, daß sie in der kritischen Nacht mit dem Molkereiarbeiter Rebhold im Hotel war, doch leugnet sie auch weiterhin die Mordtat. Die Polizei hat den Namen der Frau noch nicht bekanntgegeben, weil sie dadurch die weitere Untersuchung nicht hemmen will. Die Polizei neigt immer mehr der Annahme zu, daß es sich um einen politischen Mord handelt, weil ein Lustmord ausgeschlossen und auch ein Raubmord unwahrscheinlich ist, da der Arbeiter an dem kritischen Tag höchstens 20 bis 40 Schilling bei sich hatte, die er bis zu seiner Ermordung verausgabt haben dürfte. Die Brieftasche, in der sich ein größerer Geldbetrag befunden haben soll, wurde in seiner Wohnung gefunden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Frau als Lockvogel verwendet wurde und daß der Mord von einem Mann, der sich getrennt einschlich, begangen wurde.

Prager Presse 11.9.35

L'ALLEMAGNE ET LA LITHUANIE

La Cour suprême rejette les appels formés par les quatre nazis condamnés à mort

On mande de Kaunas à l'agence Radio :

La Cour suprême lithuanienne a rejeté aujourd'hui les appels interjetés par les quatre nazis allemands qui résidaient à Memel et qui, reconnus coupables du crime de haute trahison, furent récemment condamnés à la peine de mort.

D'après la loi du pays, l'exécution des quatre nazis devait avoir lieu 24 heures après le rejet de l'appel. Tout indique cependant que le président de la République, usant de son droit de grâce, commuera cette peine en celle des travaux forcés à perpétuité.

Le tribunal a renvoyé au conseil de guerre le soin de fixer l'indemnité qui devra être versée à la veuve de M. Jesutis.

VIOLENTES PROTESTATIONS EN ALLEMAGNE

(Notre correspondant particulier de Berlin nous téléphone samedi matin 18 mai :

Des manifestations ont eu lieu hier à Kœnigsberg devant le consulat de Lithuanie, lorsqu'on apprit que le tribunal suprême de ce pays avait confirmé le jugement de Kaunas, condamnant à mort quatre Allemands. Les émissions de la T.S.F. ont été interrompues en signe de deuil. La presse allemande proteste avec une extrême violence contre ce nouveau verdict et rend responsables les puissances garantes du statut de Memel, au cas où il serait exécuté.

Le *Lokal Anzeiger* déclare que le jugement de Kaunas a été prononcé sans preuve. Le procès a été mené avec des méthodes indignes d'un Etat civilisé.

Cent millions d'Allemands suivent avec indignation les dernières heures de quatre victimes d'une justice barbare, qui ont gardé jusqu'à la dernière heure leur fidélité à la cause allemande. Cette fidélité engage tous les Allemands, et l'Allemagne jugera sur l'attitude des puissances garantes vis-à-vis du verdict sanguinaire de Kovno jusqu'à quel point elles sont décidées à faire respecter les droits de la population allemande.

Temps 19-5-35

Un cinéaste viennois attiré dans un guet-apens par la Gestapo

(SUITE DE LA PREMIERE PAGE)

Que se passa-t-il ensuite ? On l'ignore exactement. On sait seulement qu'avant de quitter Berlin avec son paquet, Urak voulut en vérifier le contenu et l'ouvrit. Il constata alors que le paquet ne contenait que de vieux journaux.

Urak et le banquier Abeles durent alors se rendre à l'évidence : ils avaient été victimes d'agents provocateurs. La jeune danseuse et son soi-disant frère appartenaient à la *Gestapo*. Les deux hommes, chargés de sortir l'argent du Reich, étaient sans aucun doute attendus à la frontière !

Urak et le banquier eurent vite pris une décision. Ils coururent à l'aéroport de Tempelhof et sautèrent dans le premier avion en partance.

Déjà, les hélices du gros trimoteur Junkers tournaient quand, soudain, des agents de la *Gestapo* pénétrèrent à leur tour dans l'avion. MM. Urak et Abeles furent mis en état d'arrestation. Les policiers allemands ayant refusé de leur donner la raison de cette mesure, les deux hommes refusèrent énergiquement de quitter l'avion. Ils furent alors sortis de force de l'appareil. Leurs bagages furent fouillés. Les policiers ne trouvèrent rien, mais la double arrestation fut pourtant maintenue et l'acteur tchèque et le banquier français furent écroués à la prison de la *Gestapo*.

Au début de mars dernier, tous deux comparaissaient devant le tribunal de Berlin sous l'inculpation « d'avoir eu l'intention de faire fuir des capitaux d'Allemagne ». Après une parodie de procès, Urak fut condamné à dix ans de réclusion et Abeles à deux ans.

Pendu dans sa cellule

Le monde eût sans doute toujours ignoré cette affaire si un coup de théâtre ne s'était produit ces jours derniers.

Hier, on apprenait que Urak avait été trouvé pendu dans sa cellule. La *Gestapo* fit du reste publier un avis selon lequel Urak s'était suicidé.

A Vienne, où Urak était très connu — son père était officier de l'ancienne armée austro-hongroise — la nouvelle de ce prétendu suicide a provoqué une grosse émotion. On refuse généralement de croire que Urak se soit suicidé.

En effet, depuis l'arrestation de Urak, plusieurs agents de la *Gestapo* ont cherché, à Vienne, à se renseigner sur les fameux documents qu'aurait détenus l'acteur viennois. Une tentative de cambriolage de son appartement aurait même eu lieu.

On admet généralement, dans les milieux artistiques et cinématographiques viennois, que Urak a été supprimé par la *Gestapo* pour avoir refusé de livrer les documents qu'à plusieurs reprises il s'était vanté de posséder.

Charles REBER.

Arbeiter-Zeitung Schaffhausen 13.9.35

Die braune Bestie

Ein Nazifememord in Wien.

Im 3. Bezirk, auf der Landstraße, fand der Portier eines kleinen Hotels einen Mann, der am Tage zuvor ein Zimmer gemietet hatte, tot auf. Die Wertsachen des Toten waren unberührt. Auf seiner Stirne stand mit einem Augenbrauenstift geschrieben: „Rache für Verrat", und auf seinen Schläfen wurden Hakenkreuze gezeichnet. Die Polizei hat ihre Nachforschungen sofort begonnen. Die Wiener Presse durfte bis zur Stunde nichts über diesen geheimnisvollen Mordfall bringen.

P.T. 5.9.35

Fememord in Wien?

Basel, 4. Juni.

Wie die Basler „National-Zeitung" aus Wien meldet, wurde der ehemalige nationalsozialistische Bezirksrat Josef Herrmann in seiner Wiener Wohnung in völlig entkleidetem Zustand bewusstlos aufgefunden. Kurz nach der Ueberführung in das Krankenhaus starb er, ohne wieder zu sich zu gekommen zu sein. Die Todesursache konnte bisher noch nicht festgestellt werden, da weder Spuren eines Giftes oder einer Gasausströmung, noch solche eines Gewaltaktes entdeckt werden konnten. Auch Abschiedsschreiben und sonstige Aufzeichnungen wurden nicht vorgefunden. Man vermutet einen politischen Mord.

... professeur à ... tion de l'alcool et du vin sur la glycérine des maladies du diabète.

Le docteur Loureiro a traité de la physiologie de l'aliment excitant.

Temps AUTRICHE 28-8-35

Un crime de la Sainte-Vehme

Notre correspondant particulier de Vienne nous téléphone mardi matin 27 août :

Les journaux viennois du soir se montraient hier fort émus de la découverte d'un nouvel assassinat vehmique découvert à la frontière austro-bavaroise. En réalité il s'agit, semble-t-il, d'un enlèvement comme les nazis en ont fait plus d'une fois en territoires étrangers, et qui a mal tourné par l'administration d'une dose trop forte de chloroforme.

On découvrait dimanche à Pflach près de Reutte, le cadavre ligoté d'un jeune homme blond, d'environ 22 ans, sans blessure apparente. L'enquête précisa rapidement qu'il s'agissait d'un militant national-socialiste, le nommé Leitermoser, chômeur, qui parcourait le Tyrol en mendiant. On avait vu près du lieu de la découverte une automobile qui fut reconnue comme une voiture d'Innsbruck; bientôt aussi on précisait que Leitermoser, qui avait reçu depuis vendredi asile dans la maison d'un pâtissier d'Innsbruck, y avait reçu la visite de deux faux détectives qui l'avaient entraîné et sans doute aussitôt chloroformé dans l'automobile en question, puis, s'apercevant en route de sa mort, s'étaient débarrassés du cadavre.

Les deux faux inspecteurs sont deux nazis connus, les nommés Reindl, marchand de tapis, et Tusch, tapissier. Ils ont pu franchir la frontière et se réfugier en Allemagne avec un troisième complice.

On a arrêté à Innsbruck un ingénieur et un autre nazi suspects de complicité.

VILLE LIBRE DE DANTZIG

Temps

VILLE LIBRE DE DANTZIG

Libération d'un nazi assassin

On télégraphie de Dantzig : 27-1-36

Le nommé Porada, chef du groupe des sections d'assaut, qui, le 20 avril 1935, tua d'un coup de poignard un membre du centre, Karschwik, vient d'être remis en liberté après avoir subi une peine inférieure à un an de prison.

Das Internationale Ausschnittbüro

Bureau International de Documentation

Boîte Postale 32 à SCEAUX (Seine) France

Pariser Tageblatt
18.12.35

Ein 10jähriger Nazi-Mörder

Wien, 17. Dezember.

Das neugebildete österreichische Jugendgericht verurteilte in einer seiner ersten Sitzungen den 10 Jahre alten Alfred Eisen, der die Trafikantin Valerie von Hofer, die Witwe des Enkels von Andreas Hofer, ermordet hatte, zu zehn Jahren Gefängnis. Alfred Eisen hatte auf Anstiftung eines Kameraden, der ihn für die nationalsozialistischen Ideen geworben hatte, gehandelt. Beide Jungen wollten mit dem bei der Tat geraubten Geld nach Deutschland flüchten.

Un crime de la Sainte Wehme en Autriche

Le Temps 14-4-35

Trois nazis assassinent un membre de leur parti qui avait tenté de reprendre sa liberté

Vienne, 11 avril. — Un cas de rapt, suivi d'assassinat, qui présente tous les indices d'un crime politique, vient de mettre en émoi la population de Klagenfurt, en Carinthie. Dans une citerne, près de la ruine de Tagenbrunn, on a découvert le cadavre d'un jeune homme sur lequel on a relevé des traces de coups de feu et d'un coup de poignard au cœur.

La victime a été identifiée. Il s'agit d'un nommé Rudolf Mandl, chômeur, né en 1904, à Klagenfurt, précédemment national-socialiste.

L'enquête a démontré que Mandl fut aperçu, hier, dans un restaurant, en compagnie de trois autres nazis. Après leur repas, les quatre compagnons montèrent dans une voiture automobile.

Le fait que Mandl, qui avait appartenu au parti nazi pendant plusieurs années, avait tenté, à maintes reprises, durant ces dernières semaines, de reprendre sa liberté, permet de croire que les trois jeunes gens qui ont été vus hier, avec lui, cherchaient à l'attirer dans un guet-apens pour le faire disparaître.

Les meurtriers ont pu gagner la frontière bavaroise

Vienne, 11 avril. — Les trois meurtriers du nazi Mandl, les nommés Rebemik, Susnik, Hosmaka, sont connus comme trois ultranationaux-socialistes.

C'est dans la nuit qu'ils ont perpétré leur crime. Vers minuit, ils se firent conduire avec Mandl dans la région de la ruine de Tagenbrunn, prétextant qu'ils reconduiraient Mandl à son domicile dans une ferme éloignée de la route. Le chauffeur, ne se doutant de rien, attendait les trois meurtriers pendant qu'ils accomplissaient leur sinistre besogne, et les reprit en charge pour les conduire à la gare de Willach. Le crime n'ayant été découvert qu'à midi, il n'est pas impossible que les assassins aient réussi à gagner la frontière bavaroise, *via* Salzbourg.

Leur victime était un ancien militant hitlérien qui, depuis quelque temps, avait cessé toute activité politique.

Temps 13-4-35

Crime politique

Dans une citerne, près de la ruine de Taggenbrunn, district de Sankt Veit an der Glan, on a découvert le cadavre d'un jeune homme sur lequel on a relevé des traces de coups de feu et d'un coup de poignard au cœur.

Il s'agit d'un nommé Rudolf Mandl, chômeur, né en 1904 à Klagenfurt, précédemment national-socialiste militant. Les meurtriers sont des nationaux-socialistes connus à Klagenfurt, les nommés Rebemik, Susnik et Hosmaka.

Vers minuit, ils requérirent un taxi à Sankt-Veit, ils se firent conduire avec Mandl dans la région de la ruine de Taggenbrunn, prétextant qu'ils reconduiraient Mandl à son domicile dans une ferme éloignée de la route. Le chauffeur ne se doutant de rien attendait les trois meutriers pendant qu'ils accomplissaient leur sinistre besogne et les prit en charge pour les conduire à la gare de Villach. Le crime n'ayant été découvert qu'à midi, il est probable que les assassins ont réussi à gagner la frontière bavaroise, via Salzbourg.

On pense qu'il s'agit d'une exécution de la sainte Vehme.

Des nazis autrichiens se volent

Temps 16-12-35

AUTRICHE

Condamnation d'un jeune nazi assassin

Notre correspondant particulier de Vienne nous écrit :

Le tribunal pour enfants, qui avait jeudi, pour la première fois, à juger un assassin, a condamné à dix ans de prison le jeune Alfred Eisen, qui avait assassiné la buraliste Valérie von Hofer, veuve du petit-fils du héros national du Tyrol, Andreas Hofer.

Eisen avait agi à l'instigation d'un camarade qui l'avait gagné aux idées nationales-socialistes. Les deux jeunes gens voulaient, avec le produit du vol, passer en Allemagne.

Lyon Républicain

18 — 6 — 35

NIÈRE HEURE

...he, Téléphone et T. S. F.

...ns

Le jeune artiste a-t-il été victime de la Gestapo ?

Paris, 17 juin. — On mande de Vienne :

« Les milieux artistiques et journalistiques viennois sont particulièrement émus par la nouvelle de la disparition à Berlin d'un jeune acteur qu'on avait beaucoup remarqué l'année dernière à Vienne, un nommé Urak.

« Rédacteur dans un journal de cinéma, le « Courrier des Films », il était parvenu à vendre cette entreprise allemande à une société française pour la somme de 280.000 marks (plus d'un million de francs) et avait pu passer la frontière avec cette somme. Il vivait depuis à Vienne. Il avait récemment quitté l'Autriche et l'on apprend aujourd'hui qu'il s'était rendu à Berlin où il a été arrêté et trouvé ensuite pendu dans sa prison. »

L'explication officielle du suicide laisse d'ailleurs sceptiques ses amis. A en croire la « Stunde », Urak aurait récemment fait la connaissance d'une ravissante danseuse dans une boîte de nuit viennoise. Il aurait eu l'imprudence de se vanter devant elle de faire sortir d'Allemagne tout l'argent qu'il voulait. Celle-ci, qui était manifestement au service de la Gestapo, lui aurait déclaré qu'elle était riche et voulait faire passer son argent d'Allemagne en Autriche.

C'est dans ces conditions qu'Urak se serait rendu à Berlin avec la danseuse, et un soi-disant frère de celle-ci, qui lui remirent une serviette bourrée de coupures de journaux, sous prétexte de lui confier la fortune en question. Examinant le contenu de la serviette, Urak se serait rendu compte qu'il avait été victime d'agents provocateurs et aurait tenté de regagner l'Autriche par la voie des airs. C'est à l'aérodrome qu'il aurait été arrêté, et la « Stunde » précise qu'il s'était assuré la complicité d'un sujet français qui aurait été arrêté en même temps que lui.

Prager Presse

20. November 1935

Der Attentäter von Salzburg — 10 Jahre

L. Wien, 19. November. In Salzburg begann heute vor einem Schwurgericht die Verhandlung gegen den 19jährigen Absolventen der Handelsschule Willi Zimmerl aus Gmünd wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, erhabe mit noch zwei Komplizen, die aber nach Deutschland geflüchtet sind, 10 Höllenmaschinen, die als Musterproben deklariert waren und angeblich Rechenschieber enthielten, von Linz nach Salzburg geschickt, und zwar an den Fürsterzbischof Dr. Waitz, an den Chefredakteur der Salzburger „Chronik" Steinwender, an den katholischen Schriftsteller Lux, an Polizeirat Mayer, an den früheren sozialistischen Abgeordneten Abram, an den früheren sozialistischen Vizebürgermeister von Linz Doppler und an noch drei andere Personen. Bei der Oeffnung eines Paketes wurde ein Kriminalbeamter schwer verletzt. Der Angeklagte gibt zu, daß er die Pakete zur Post gegeben habe. Seine beiden Komplizen Daminger und Hochwarker sind, wie erwähnt, nach Deutschland entkommen. Aus Sicherheitsgründen war ein großes Polizeiaufgebot im Saal. Die Bestandteile der Höllenmaschinen sind reichsdeutsches Erzeugnis, wie gerichtlich festgestellt wurde.

Der Angeklagte wurde zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Beide Teile legten Berufung ein.

LE PUTSCH NAZI D'AUTRICHE évoqué en cour martiale

Le procès de Blaschke a établi, plus que jamais, la responsabilité de l'Allemagne dans cet événement

Notre correspondant particulier de Vienne nous téléphone dimanche matin 3 février :

Le procès de l'inspecteur Blaschke s'est terminé hier soir, par sa condamnation, pour haute trahison, à la prison à perpétuité. Son système de défense consistant à nier qu'il avait su le véritable objet du rassemblement des camions automobiles du putsch de juillet à Vienne, dont il avait été chargé par le chef nazi autrichien Wæchter et qu'il avait cru à un simple déménagement, n'a pas résisté aux débats du procès devant le tribunal militaire spécial de Vienne.

L'une de ses employées, d'ailleurs vivement attaquée dans son honneur par le défenseur de Blaschke, a fait en particulier contre lui une déposition accablante. Le réquisitoire du procureur général a non seulement établi la culpabilité complète de Blaschke, qui avait joué dans la préparation et l'exécution du putsch un rôle essentiel, mais précisé les responsabilités de son chef et ami intime, l'avocat Wæchter, et du même coup plus que jamais la responsabilité de l'Allemagne dans le putsch et l'assassinat du chancelier Dollfuss.

Il est désormais établi d'une manière irréfutable par les débats de ce procès, dit-il, que Vœchter a été l'organisateur et le chef du putsch du 25 juillet. Nous savons aujourd'hui qu'il avait été en contact constant avec la direction illégale du parti national-socialiste autrichien, à Munich, d'où il recevait les instructions qu'il exécutait ici. Nous savons que le putsch a été préparé plusieurs semaines à l'avance, que Wæchter en a reçu l'ordre de Munich et en a préparé et dirigé l'exécution. Nous le voyons surveiller, comme une sorte de chef d'état-major, l'accomplissement de ces ordres, place Saint-Michel, à côté de la chancellerie fédérale, y attendre la victoire et finalement s'enfuir, quand il voit tout perdu. D'ailleurs, tous les nazis savaient qu'il remplissait pratiquement les fonctions de chef du parti en Autriche. Il était, au témoignage de l'ancien commissaire de police révoqué Begus, désigné comme tel à Munich. Enfin, nous avons entendu, de l'accusé, que Wæchter s'était rendu fréquemment en Allemagne, y avait négocié avec Habicht, et avait même été reçu par le chancelier Hitler.

Ainsi, le procès de l'homme qui commanda et paya — ayant reçu de Wæchter 5,000 schillings pour cet objet — les camions des meurtriers du chancelier Dollfuss, aurait été en même temps celui du principal coupable, Wæchter, à l'abri en Allemagne depuis le jour même du putsch.

Temps 4-2-35

Pariser Tageblatt

27. 1. 36

Nazi-Mörder freigelassen

Danzig, 26. Januar.

Der Danziger SA-Führer Porada, der am 20. April 1935 mit einem Dolchstoss ein Mitglied der Zentrumspartei namens Karschwik getötet hatte, wurde nach Verbüssung einer Gefängnisstrafe von noch nicht einem Jahr wieder freigelassen.

Pariser Tageblatt

12. XII. 35

Nazis schiessen in Danzig

Danzig, 12. Dezember.

Uniformierte Nazis überfielen eine Gruppe katholischer Jugend und schossen den Führer der katholischen Jugend Danzigs Fox nieder. Fox wurde schwer verwundet.

Das in der Freien Stadt immer frecher arbeitende Rowditum, dessen neues Opfer Fox ist, treibt die Bevölkerung in immer stärkere Opposition gegen das Terrorregime.

19.6.36

...is-soir

...DIEN D'INFORMATIONS ILLUSTRÉES

Une nouvelle affaire Jacob

DEUX AGENTS DE LA GESTAPO AURAIENT ATTIRÉ DANS UN GUET-APENS UN CINÉASTE VIENNOIS

Condamné à dix ans de prison celui-ci se serait pendu dans sa cellule

Un banquier français qui l'accompagnait a été condamné à deux ans de prison

Les affaires Jacob vont-elles se multiplier à l'infini ? Le fait est qu'une semble chasser l'autre. Tour à tour, la Tchécoslovaquie, puis la Suisse et enfin la Hollande ont eu leur rapt d'émigrés allemands. Et voici qu'un nouvel enlèvement se produit en Autriche.

Mais reprenons par le commencement cette nouvelle affaire qui nous réserve de grosses surprises.

M. Urak était un jeune acteur et cinéaste tchécoslovaque qui, depuis plus de deux ans, vivait à Vienne, en Autriche. Avant le régime hitlérien, il dirigeait à Berlin une société d'éditions de films et une revue cinématographique, le « Filmkurier ».

Après l'avènement de Hitler au pouvoir, quand furent déclenchées les persécutions contre les israélites, Urak vendit son entreprise à une société française pour une somme de 280.000 marks (1 million 680.000 francs). Il put à cette époque passer la frontière avec son argent et aller s'installer à Vienne.

M. Urak, qui était âgé de 28 ans, travaillait depuis cette époque dans la capitale autrichienne, sous la direction d'une célèbre actrice viennoise, Mme Tolnay. Il était également un des amis de la grande actrice allemande Elisabeth Bergner, qui avait dû s'expatrier après l'avènement du nazisme.

Le guet-apens

Dans le courant du mois de novembre dernier, Urak faisait la connaissance, par ce que Urak raconta à ses amis de Vienne à cette époque, que la jolie danseuse se plaignait de vivre dans la misère. Elle avait raconté à l'acteur qu'elle possédait une fortune considérable, mais qu'elle ne pouvait la sortir d'Allemagne. Elle affichait aussi des sentiments antihitlériens.

D'autre part, Urak lui avait confié, dès le début de leur liaison, qu'il possédait des documents très compromettants sur certains dirigeants nazis, notamment sur le Dr Goebbels, ministre de la Propagande, documents qu'il publierait à son heure.

Un jour de décembre dernier, la danseuse demandait à Urak de l'accompagner à Berlin et de faire sortir du Reich tout son argent. Elle promit à Urak de venir vivre à Vienne avec lui et de consacrer sa fortune sortie d'Allemagne à l'art cinématographique.

Urak accepta cette proposition. La jeune danseuse lui présenta alors un soi-disant frère et tous trois partirent pour Berlin.

Arrêté dans son avion

Dans la capitale du Reich, la danseuse remit à Urak un gros paquet qu'elle disait plein de billets de banque. Urak aurait alors entraîné, dans cette affaire d'évasion de capitaux, un banquier français nommé Abeles, qui réside habituellement à Paris, mais qui avait déjà aidé l'acteur tchèque à sortir du Reich ses premiers capitaux

---

Un ouvrier enlevé par les Allemands en territoire français

Metz, 12 octobre. — On apprend de la frontière, qu'un nommé Emile Jolas, ouvrier à Stiring-Wendel, a été entraîné en territoire allemand par des contrebandiers et remis aux mains des gendarmes allemands. Jolas a été emprisonné à Sarrebruck.

13-10-35
Lyon Rép.

M. Max Brauer est acquitté par la justice française

Paris, 31 décembre. — Cet après-midi, devant la Chambre des mises en accusation, présidée par M. Beaufils, a comparu M. Max Brauer, ancien membre du parti social démocrate allemand, ancien maire d'Altona, près de Hambourg, ancien sénateur de Prusse, ancien délégué de la S.D.N. en Chine, qui avait été arrêté le 24 décembre à Neuilly-sur-Seine, et dont l'extradition était demandée par le gouvernement allemand, fondée sur ce fait que M. Max Brauer était accusé de corruption pour avoir accordé une subvention de 200.000 marks au théâtre Schiller. Ces 200.000 marks étaient remis par la municipalité d'Altona et l'on reprochait à M. Brauer d'avoir reçu du théâtre Schiller divers cadeaux.

Me Jean Longuet a déclaré que les faits reprochés n'existaient pas et a donné comme preuve que M. Brauer s'était au contraire opposé à la subvention de 200.000 marks qui avait été accordée au théâtre Schiller.

La Chambre des mises en accusation a rendu son arrêt ce soir ordonnant la mise en liberté immédiate de M. Max Brauer et rejetant par conséquent la requête d'extradition formée par le gouvernement allemand.

Lyon Rép. 1-1-36

sance, à Vienne, d'une jeune danseuse allemande qu'un cabaret avait engagée.

Un roman d'amour s'ébaucha-t-il entre les deux artistes ? On l'ignore. On

Charles REBER.

(Suite en page 3.)

Le fondateur d'une ligue française « raciste » également arrêté à Berlin est condamné à trente mois de prison

(*De notre correspondant particulier*)

Berlin, 18 Juin (*par téléph.*).

Un Français, dont l'activité politique en Allemagne était bien connue, vient d'être condamné par les tribunaux de Berlin à deux ans et six mois de prison et à trois mille marks d'amende.

Pour délit politique ? Non pas, puisque son idéal politique ressemblait à s'y méprendre à la doctrine hitlérienne et que ce Français avait même fondé à Berlin, en 1932, l'Alliance Raciste Européenne.

L'aventure n'en est donc que plus curieuse, car, en l'occurrence, il s'agit bien d'une aventure. En effet, ce Français a tout simplement été jugé, par la justice allemande, *coupable d'avoir nourri le projet de se livrer au trafic des devises* !

Un piège habilement préparé

Comment est-on parvenu à faire cette découverte ? De la façon suivante :

Le mois dernier, le Français fit la connaissance d'une charmante jeune fille, Mlle Schledil. Le flirt habituel s'ensuivit, du moins du côté du jeune homme, car la jeune fille, elle, avait le désir de se faire récompenser autrement que par des serments d'amour.

L'amoureux déçu ne l'entendit pas ainsi et voulut mettre un terme à l'éphémère idylle. Mal lui en prit. Le surlendemain, Mlle Schledil revint le voir, accompagnée cette fois d'un « vieil ami qui, soi-disant, faisait de la politique ». Tout de suite, la conversation roula sur la future Europe... Puis, au beau milieu de l'entretien, le visiteur demanda à brûle pourpoint :

— A propos, vous qui êtes Français, cela doit vous être facile de faire passer une certaine somme d'argent en France ?

Le Français répondit :

— Mais naturellement, répondit-il. J'ai de nombreuses relations et je vais m'en occuper.

On se sépara avec force protestations d'amitié de part et d'autre. Malheureusement, le vieil ami de Mlle Schledil s'occupe en réalité très peu de politique ; son emploi le lui interdit, car M. Hoppe — c'est son nom — n'est ni plus ni moins qu'inspecteur des douanes !

M. Hoppe passa donc un coup de téléphone à son administration et, quelques instants plus tard, notre compatriote était arrêté.

Il s'agit évidemment de savoir quels ont été les termes exacts du Français et surtout comment ils ont été interprétés par M. Hoppe. Mais le rôle provocateur de Mlle Schledil, qui voulut sans doute se venger, est certain.

Le condamné fait appel

Nous sommes allés rendre visite au comte Schiedewitz-Paalen, président de l'Alliance raciste européenne.

— Croyez-vous, monsieur le président, lui avons-nous demandé, que notre compatriote soit capable de se livrer au trafic des devises ?

— Je n'hésite pas à répondre négativement, nous répondit M. Schiedewitz-Paalen. Je le connais depuis quelques années déjà; je sais qu'il reçoit régulièrement de l'argent de sa famille et qu'il n'a nullement besoin de se procurer de quoi vivre par les moyens qui lui sont reprochés.

— Et quelle était son activité en Allemagne ?

— Il ne s'intéressait qu'à la politique; son but était d'étendre le national-socialisme à l'Europe tout entière et, dernièrement encore, il examinait la possibilité de publier une édition en langue française de notre revue « Der Völkische Europäen ».

Toutes les déclarations que nous avons obtenues sont identiques à celles du comte Schiedewitz-Paalen. Alors ? La condamnation de notre compatriote sera-t-elle maintenue ? Car il a fait appel et la revision de son affaire a été fixée à vendredi prochain.

Robert Lorette.

Telegrammfälschungen über Emigrantenentführung

Eine mysteriöse Nachricht aus Basel

Freitag abend erhielten mehrere grosse Pariser Tageszeitungen ein aus Basel datiertes Telegramm, das von vornherein Misstrauen erregte, da sein Inhalt recht unglaubwürdig und übertrieben klang. Es wurde darin von einer Massenentführung deutscher Emigranten berichtet, die trotz allem, was man erlebt hat, mehr nach einer Mystifikation aussah. Da sich der Inhalt des Telegramms trotz sofortiger telefonischer Recherschen in der Schweiz, die noch in der Nacht vorgenommen wurden, nicht bestätigte, verzichtete die Mehrzahl der grossen französischen Zeitungen, ebenso wie das „Pariser Tageblatt" auf die Veröffentlichung des Telegramms.

Die Nachricht, die ein gewisses „Comité Secours Refugiés" ohne nähere Angabe seiner Adresse sandte, lautete folgendermassen: „Eine Gruppe von 17 antinationalsozialistischen und katholischen deutschen Emigranten ist im Verlauf einer Reise im Autobus in der Gegend von Salzburg verschwunden. Diese Reise war unter Leitung eines gewissen Levy-Gotthelf, ehemaligen zionistischen Redakteurs in Hamburg, organisiert worden, von dem man nicht wusste, dass er ein Agent der Gestapo sei. Der hier zurückgebliebene Chauffeur hat eingestanden, dass die Entführung der Reisenden an der bayerischen Grenze geplant war. Etwa zwanzig weitere Emigranten, die in Paris wohnen, sollen morgen, Sonnabend, auf Grund der gleichen Einladung abreisen. Wir bitten Sie, diesen Sachverhalt zu veröffentlichen, um die bedrohten Pariser Touristen zurückzuhalten."

Auch im Laufe des gestrigen Tages haben wir uns eifrig bemüht, diese mysteriöse Affaire aufzuklären. Es wurden zahlreiche Telefongespräche mit schweizer Persönlichkeiten geführt, die über den Fall, wenn er sich tatsächlich zugetragen hätte, informiert sein müssten. Auch in Basel selbst wurde recherchiert, ohne dass es gelungen wäre, weder etwas von der Entführung noch überhaupt von einer angeblichen Autofahrt von deutschen Emigranten nach Salzburg festzustellen.

So muss man zu dem Schluss gelangen, dass hier von unbekannter Seite eine bewusste Irreführung der französischen Oeffentlichkeit inszeniert worden ist. „Matin", „Petit Journal", „Journal", „L'Echo de Paris" und später wohl auch „L'Intransigeant" haben diese angeblichen Warnungstelegramme empfangen, die offenbar dazu bestimmt waren, eine sensationelle Veröffentlichung zu veranlassen, die dann später hätte dementiert werden müssen. Nach dem Grundsatz cui bono, in wessen Interesse liegt dieses ganze Manöver, gibt es nur eine Antwort: es muss sich hier um bestellte Arbeit einer deutschen Propagandastelle handeln. Der Sinn der recht umfangreichen und keineswegs billigen Telegramme bestand eben darin, in die Serie von Meldungen über tatsächlich erfolgte Entführungen deutscher Emigranten diese Lügenbombe zu schmuggeln, um so zu erreichen, dass gegebenenfalls auch die echten Meldungen mit in Zweifel gezogen worden wären. Man wollte bei einem internationalen, mit den Einzelvorgängen natürlicherweise nicht vollkommen vertrauten Publikum den Eindruck erwecken, als seien die ganzen Entführungsmeldungen nicht all zu ernst zu nehmen.

Dieser saubere Plan ist dank der Aufmerksamkeit und Gewissenhaftigkeit der französischen Journalisten vereitelt worden, die sich gehütet haben, die Nachricht ungeprüft oder ohne eine einschränkende Bemerkung, in der sie sofort ihren Zweifel an der Echtheit der Meldung zum Ausdruck brachten, wiederzugeben. So haben sich die unbekannten Telegrammabsender alle Mühen und Spesen umsonst gemacht.

Wien, 11. Mai.

Auch verschiedene Wiener Blätter haben das mysteriöse Telegramm des Basler „Emigranten - Hilfskomitees" erhalten. Daraufhin wurden von der Salzburger Polizei Nachforschungen angestellt, die negativ verliefen. Es handelt sich also zweifellos um eine nationalsozialistische Mystifikation.

Gutzeit muss freigelassen werden

Den Haag, 11. Mai.

Die deutsche Regierung hat in der Affäre des von Holland auf deutsches Gebiet entführten Emigranten Gutzeit bereits den Rückzug angetreten. Anscheinend war das Material, das dem Auswärtigen Amt unterbreitet wurde, so belastend, dass der deutschen Regierung nichts anderes übrig blieb, als die Freilassung Gutzeits zu veranlassen.

Wie die holländischen Minister des Auswärtigen und der Justiz heute dem Parlament mitteilten, haben sie aus Berlin dahin gehende Informationen erhalten, dass Gutzeit wieder in Freiheit gesetzt und mit Erlaubnis der Reichsregierung nach Holland zurückkehren wird. Nicht zuletzt dürfte zu dieser schnellen Erledigung des Falles Gutzeits der Umstand beigetragen haben, dass der deutsche Kriminalbeamte, der an der Entführung beteiligt war, den holländischen Behörden gegenüber ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte.

Berlin, 11. Mai.

Der tschechische Gesandte Dr. Mastny erschien heute im Auswärtigen Amt und überreichte dem Staatssekretär von Bülow den Protest seiner Regierung wegen der Entführung des deutschen Emigranten **Lampersberger.**

Par. Tgl. 12.5.35

popu 1-1-36

UN SOUFFLET POUR HITLER

La Cour ordonne la liberté provisoire de Max Brauer

Un des aspects particulièrement abjects de la lutte sauvage menée par le gouvernement hitlérien contre ses adversaires et surtout contre nos camarades social-démocrates a été, comme le disait hier, devant la cour d'appel, notre ami Me Jean Longuet, « *d'essayer de les assassiner moralement avant de les assassiner physiquement* ».

C'est en vertu de cette méthode que fut introduite en juin 1933, par M. Hitler, une demande d'extradition dirigée contre un vaillant et estimé militant socialiste allemand, notre camarade Max Brauer, actuellement réfugié à Paris et qui fut pendant 14 années le bourgmestre d'Altona — grande cité satellite de Hambourg, de près de 300.000 habitants.

Cette demande se basait sur une accusation monstrueuse de « corruption » contre Brauer, accusé d'avoir reçu du directeur du « Théâtre Schiller » des « pots de vin » en échange de la subvention qui lui était accordée par la ville d'Altona.

La demande formulée par les nazis il y a deux ans et demi n'eut pas à l'époque, d'autre suite. C'est seulement le 24 décembre dernier, alors que notre camarade Brauer célébrait la Noël en famille, dans son petit appartement de Neuilly, que les gendarmes, d'ailleurs honteux de leur rôle, vinrent l'arrêter, au grand désespoir de sa femme, de santé délicate et de ses enfants.

Hier après-midi, l'affaire était évoquée, en vertu de la loi de 1927, devant la chambre des mises en accusation de la Cour d'appel, que présidait M. Beaufils.

Constatant que le dossier n'était pas encore en état, l'avocat général Rey s'associa loyalement à la demande de mise en liberté immédiate, formulée par Jean Longuet, défenseur de Brauer. Sous prétexte qu'il n'avait pas encore assez d'éléments précis, le président paraissait assez hésitant à prendre une décision. Mais entre temps et par un véritable coup de théâtre, le dossier de l'accusation fut apporté.

En un exposé documenté et émouvant, Jean Longuet rappelant la grande parole de Jaurès : « Contre-révolution et calomnie sont deux termes complémentaires », fit alors une critique impitoyable de la thèse diffamatoire des dirigeants de l'Allemagne hitlérienne, rappelant que même après l'arrivée d'Hitler au pouvoir, le 3 mars 1933, le tribunal d'Altona avait déjà fait bonne justice des accusations apportées par le directeur du journal nazi de Hambourg, le sieur Kauffmann, qu'il avait condamné comme diffamateur.

Il donna lecture du témoignage particulièrement élogieux dont Brauer avait été l'objet de la part du consul de France à Hambourg et il montra que la Cour était en présence du procédé classique des dictateurs fascistes — que ce fût Hitler ou Mussolini inventant de toutes pièces des inculpations de droit commun pour justifier qu'on leur livre les militants ouvriers qui les ont combattus — pour les torturer et les assassiner dans des camps de concentration — et cela après que comme pour Brauer — *on lui eut retiré la nationalité allemande !*

...n ex-préfet rhénan abattu par les policiers sarrois

Sarrebruck, 22 janvier. — M. Meyer, un séparatiste rhénan connu, avait occupé les fonctions de sous-préfet de Saint-Goard, en Rhénanie, et s'était réfugié dans la Sarre il y a plusieurs années. Il exploitait à Hostenbach, au sud-ouest de Voelklinger, un commerce de bois.

Hier, le commissaire de police Tilk, bien connu à Hostenbach pour son attitude hostile à l'influence française, se rendit chez M. Meyer ; il était porteur d'un mandat d'arrêt délivré par les autorités du Reich contre M. Meyer et visé par le parquet de Sarrebruck, pour des escroqueries remontant à plusieurs années, alors que M. Meyer était encore dans le Reich.

Muni de ce mandat, régulier puisqu'il était visé par le Parquet de Sarrebruck, le commissaire Tilk se rendit chez M. Meyer pour l'arrêter. Celui-ci se réfugia aussitôt dans sa cave où il se barricada.

Les policiers qui étaient chargés de l'arrestation tirèrent alors avec leurs revolvers à travers la porte et M. Meyer, voyant que la partie était perdue, tenta de sortir de la cave. C'est alors que les policiers l'abattirent, sous prétexte qu'il tenait un revolver.

Le commissaire Tilk a été arrêté ce matin, à 4 h. 30, et amené à Sarrebruck. Il est symptomatique de noter que le Parquet sarrois de Sarrebruck avait refusé de décerner un mandat d'arrêt contre Tilk. L'arrestation de ce dernier n'a eu lieu que sur l'ordre du Parquet de la Cour suprême de plébiscite qui a pris l'affaire en main.

pour Jours avis si chal...
Républicain
23-I-35

popu 5-5-35

Hitler ose réclamer l'extradition d'un avocat allemand réfugié à Paris

Les magistrats français ne doivent pas faire le jeu des bourreaux du Reich !

Une iniquité se prépare-t-elle ?

A la demande du parquet de Karlsruhe, on a arrêté hier à Paris Julius Heilmuth Dreyfus, avocat, un des chefs du parti social-démocrate allemand.

Ne voulant pas subir le joug naziste, l'avocat quitta un jour l'Allemagne et se rendit en Hollande, où il dirigea pendant deux mois le bureau des réfugiés allemands. Pendant ce temps sa femme, restée en Allemagne, était arrêtée et son cabinet d'avocat littéralement mis au pillage.

Mme Dreyfus, remise en liberté au bout d'une dizaine de jours, se réfugia à Paris où son mari vint la rejoindre pour fonder un cabinet de contentieux.

Or, depuis mai 1932, Julius Dreyfus a été à diverses reprises l'objet de tentatives d'enlèvements. Il y a un an, un confrère lui écrivait de venir sans faute à Karlsruhe pour sauver sa fortune sous séquestre, sa présence étant indispensable : une somme de 20.000 marks allait lui être enlevée s'il ne se présentait pas. A différentes reprises, sous le prétexte de combinaisons commerciales, on a tenté de l'attirer vers la frontière.

Enfin, plusieurs fois déjà, les journaux badois ont annoncé son arrestation et le suicide de sa femme.

Dernièrement, on a suggéré contre lui des plaintes en abus de confiance, escroqueries, détournements de fonds et destruction d'actes publics et la justice allemande a demandé son extradition.

Après avoir subi un interrogatoire de l'avocat général Lecour, Julius Dreyfus comparaîtra mardi devant la Chambre des mises en accusation où Me Georges Hirch et Me Szigeti demanderont la remise de l'affaire pour réunir des documents démontrant que les plaintes ont été suggérées par le gouvernement allemand afin de s'assurer de la personnalité de l'ancien chef social-démocrate.

Les juges se rangeront-ils à cette opinion ?

Décider autrement serait, actuellement, plus qu'une injustice : un crime!

Populaire 23-1-35

es Interna

Un ancien séparatiste assassiné en Sarre par la police

La Cour du plébiscite a fait arrêter le commissaire

Sarrebruck, 22 janvier. — Un assassinat opéré dans la forme classique des « représailles » racistes vient d'être commis à Hostenbach, près de la frontière française.

M. Meyer était séparatiste rhénan connu. Il avait occupé les fonctions de sous-préfet de Saint-Goar, en Rhénanie, et s'était réfugié dans la Sarre, il y a plusieurs années. Il exploitait à Hostenbach, au sud-ouest de Voelklinger, un commerce de bois.

Hier, le commissaire de police Tilk, bien connu à Hostenbach pour son attitude hostile à l'influence française, se rendit chez M. Meyer ; il était porteur d'un mandat d'arrêt délivré par les autorités du Reich contre M. Meyer et visé par le Parquet de Sarrebruck.

Tilk avait(dit-on, déjà essayé à plusieurs reprises de s'emparer de M. Meyer, sans y parvenir. Le mandat d'arrêt était décerné pour escroqueries et on peut s'étonner que ce mandat ait été lancé maintenant, alors que M. Meyer était depuis plusieurs années dans la Sarre, pour prétendues escroqueries qui remontent à l'époque où M. Meyer était encore dans le Reich. Il s'agissait uniquement d'arrêter le malheureux pour l'empêcher d'émigrer avant le rattachement.

Muni de ce mandat, régulier puisqu'il était visé par le Parquet de Sarrebruck, le commissaire Tilk se rendit chez M. Meyer pour l'arrêter ; celui-ci se réfugia aussitôt dans sa cave où il se barricada.

Les policiers qui étaient chargés de l'arrestation, tirèrent alors avec leurs revolvers à travers la porte, et M. Meyer, voyant que la partie était perdue, tenta de sortir de la cave. C'est alors que les policiers l'abattirent, sous prétexte qu'il tenait un revolver non chargé à la main.

Le commissaire Tilk a été arrêté ce matin à 4 h. 30, etamené à Sarrebruck.

Il est symptômatique de noter que le Parquet sarrois de Sarrebruck avait refusé de décerner un mandat d'arrêt contre lui. L'arrestation de ce dernier n'a eu lieu que sur l'ordre du Parquet de la Cour Suprême de plébiscite, qui a pris l'affaire en main.

Mort tragique d'un ex-préfet séparatiste accusé de détournements

Temps 23-1-35

La *Saarbrucker Zeitung* publie la nouvelle suivante datée de Hostenbach, localité minière sarroise proche de la frontière française:

L'ex-préfet séparatiste de Saint-Goarshausen, M. Paul Meyer, devait être arrêté dans l'après-midi d'hier pour détournements.

Quand les policiers se présentèrent pour l'arrêter, sa femme leur dit que son mari était absent. Les policiers fouillèrent alors la maison et trouvèrent Meyer caché dans la cave. Celui-ci se dressa, armé d'un revolver, et menaça de tirer si les policiers ne se retiraient pas immédiatement. Ceux-ci tirèrent alors et abattirent Meyer.

Le fils de ce dernier menaça également de son revolver les policiers qui l'arrêtèrent aussitôt.

La femme de Meyer était institutrice à l'école des mines domaniales de la localité.

[illegible] gendarmes.

Les circonstances de la mort de M. Meyer

On mande de Sarrebruck :

Voici des détails au sujet de l'affaire d'Hostenbach, au cours de laquelle M. Meyer a été tué.

M. Meyer était un séparatiste rhénan connu. Il avait occupé les fonctions de sous-préfet de Saint-Goard en Rhénanie, et s'était réfugié dans la Sarre il y a plusieurs années. Il y exploitait à Hostenbach, au sud-ouest de Vœlklingen, un commerce de bois.

Lundi, le commissaire de police Tilk se rendit chez M. Meyer. Il était porteur d'un mandat d'arrêt délivré par les autorités du Reich contre M. Meyer et visé par le parquet de Sarrebruck. Le mandat d'arrêt décerné pour escroqueries était régulier puisqu'il était visé par le parquet de Sarrebruck.Le commissaire Tilk se présenta chez M. Meyer pour l'arrêter. Celui-ci se réfugia aussitôt dans sa cave où il se barricada.

Les policiers chargés de l'arrestation tirèrent avec leurs revolvers à travers la porte. M. Meyer tenta de sortir de la cave. C'est alors que les policiers l'abattirent, alléguant qu'il tenait un revolver.

Le commissaire Tilk a été arrêté mardi matin à 4 h. 30 et amené à Sarrebruck. Le parquet sarrois de Sarrebruck avait refusé de décerner un mandat d'arrêt contre lui. L'arrestation de Tilk, qui était connu pour ses sentiments hostiles à la France, a eu lieu sur l'ordre du parquet de la cour suprême de plébiscite.

[illegible]

Der Gestapo-Einbruch in Forbach

Ueber die deutsche Grenze geflohen

D. Inf. 1.5.36

Forbach - (DI) Zu dem von der Gestapo inszenierten Einbruch in die Beratungsstelle fuer Saaremigranten in Forbach, Rue Nationale 41, der die dort liegenden Emigrantendokumente in die Haende der Gestapo bringen sollte, liegen einige weitere Feststellungen vor. Die beiden Maenner, die den Italiener bei seinem Einbruch in die Beratungsstelle begleiteten, trugen Gesichtsmasken. Es ist ferner einwandfrei festgestellt worden, dass auf dem Wege zur deutschen Grenze ausserhalb Forbachs ein Auto auf die drei Einbrecher wartete, das sich mit ihnen zur Grenze hin entfernte. Die Polizeibehoerde nimmt an, dass die beiden Maskierten sich sofort ueber die deutsche Grenze begeben haben, waehrend sich der bisher in Forbach wohnhafte Italiener, der sich mit seiner Frau ausgerechnet am Tage des Einbruchs nach Metz abgemeldet hatte, wahrscheinlich noch in Frankreich aufhaelt, ohne dass er bisher ermittelt werden konnte.

Jugoslawische Auftraege nach Deutschland

Belgrad - (DI) Die jugoslawische Regierung hat einer reichsdeutschen Firma den Auftrag fuer den Bau eines grossen Flusshafens und einer Schiffswerft in Belgrad im Werte von 30 Millionen Dinar erteilt. Auch soll in Belgrad demnaechst eine Filiale einer reichsdeutschen Grossbank eroeffnet werden.

Deutsche Informationen

Jahrgang I Nr. 23
28. April 1936
JOURNAL PERIODIQUE
paraissant 3 fois par semaine

POSTSCHECKKONTO
PARIS 1970.33

HERAUSGEGEBEN VON
HEINRICH MANN, RUDOLF BREITSCHEID, MAX BRAUN, BRUNO FREI

5, RUE LAMARTINE, PARIS-IX · TELEFON: TRUDAINE 34-00

Aus dem Inhalt : Volksgericht als "ordentliches" Gericht - SS-Fuehrer SCHAMACHER erschossen - Goebbels' Luxusvilla - Schacht f.. dert Koloni .. - Hitlerfreundliche Regierungsumbildung in Estland

Missgluckter Gestapo-Einbruch in Forbach

Saar-Emigrantenlisten sollten gestohlen werden

Forbach - (DI) In der Nacht vom 25. auf den 26. d.M. wurde in der "Beratungsstelle fuer Saaremigranten" in Forbach in der Rue Nationale 41 ein Einbruch verueb t, der ganz offensichtlich lediglich darauf abzielte, das Adressenmaterial und die Korrespondenz der in Frankreich und anderen europaeischen Laendern untergebrachten Saar-Emigranten in die Hand zu bekommen, und jetzt, nach dem Abzug des Obersten Abstimmungsgerichtshofes des Voelkerbundes, mit Repressalien gegen die zurueckgebliebenen Angehoerigen vorzugehen. Zugleich wird in dieser Beratungsstelle eine sehr umfangreiche Korrespondenz und Dokumentensammlung ueber die Gerichtsverfahren der Emigranten vor dem Obersten Abstimmungsgericht aufbewahrt. Die Beratungsstelle selbst diente nur dem Zwecke, den Saar-Emigranten bei der Behauptung ihrer durch die Roemischen Vertraege zwischen dem Voelkerbund und Hitler garantierten Rechte Hilfe zu leisten. Diese Beratungsstelle wurde seit langem von der Gestapo bespitzelt. Die Einbrecher sind nur bis in den ersten Raum gekommen, in dem sie saemtliche Schriftstuecke in Saecke verpackten. Im zweiten hinteren Raum lag ein Wachhund, auf den sie drei Schuesse abgaben, wobei sie aber das Tier nur leicht am Hals verletzten. Der Hund setzte ihnen dermassen zu und schlug einen solchen Laerm, dass sie es vorzogen, mit den im ersten Raum erbeuteten Briefen das Weite zu suchen. Inzwischen aber hatte ein im Vorderhaus wohnhafter Taxi-Chauffeur namens Jung das Bellen und Schiessen gehoert und fuhr den Einbrechern in seinem Wagen nach. Er konnte einem der Leute, der die Saecke trug, auf dem Weg zur deutschen Grenze in der Avenue Spichern mit vorgehaltener Pistole seine Beute wieder abnehmen und die Personalien feststellen. Es handelte sich um einen Italiener, der der Flurnachbar der Beratungsstelle ist. Inzwischen eilten die beiden anderen Spiessgesellen ihrem Kameraden zu Hilfe und der Chauffeur musste sich mit den Saecken davonmachen. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich bei den zwei uebrigen um Reichsdeutsche. Die Munition, mit der der Hund beschossen wurde, stammt ebenfalls aus Deutschland. Die Behoerden haben eine Untersuchung eingeleitet.

Der ermordete Reisende.

Deutsche Munition!

Zürich, 9. Sept. ag. Zu dem Raubmord bei Kloten ist noch zu melden, daß der überfallene Reisende Uttinger nicht nur einen Schuß in den Rücken, sondern auch einen Kopfschuß aufweist. Es wurde eine Patronenhülse gefunden, bei der es sich um deutsche Munition aus dem Weltkrieg zu handeln scheint, und es wird angenommen, daß der Täter eine deutsche Waffe gebraucht hat.

Die Fahndung nach dem Mörder hat bisher ergeben, daß am Donnerstagnachmittag und gegen Abend in dem Wald, durch den die Straße Bülach-Kloten führt, ein Unbekannter, anscheinend Deutscher oder Oesterreicher, beobachtet wurde. Von andern Personen wurde ein weiterer Fremder gesehen, der ebenfalls Ausländer zu sein scheint. In beiden Fällen hielten sich die Unbekannten in dem niedrigen Buschwerk auf, das die durch den Wald führende Straße umsäumt.

Des Allemands auraient opéré un nouvel enlèvement en Suisse

Bâle, 30 avril. — D'après un journal communiste, « Le Vorwaerts », des agents allemands se seraient rendus coupables d'un nouvel enlèvement en Suisse. Un jeune homme des environs de Schaffouse, nommé G. Wasem, 32 ans, aurait été attiré près de la frontière, à Kreuzlingen, pour un motif encore inconnu, et incarcéré dans les prisons de Constance.

Le département politique suisse est au courant de l'affaire et le parquet fédéral enquête.

D'autre part, d'après des renseignements obtenus à Bâle, des enquêtes ouvertes en Suisse, à Paris, à Ascona, à Londres et, tout dernièrement en Italie, au sujet de l'enlèvement de Jacob, établissent l'évidence que les autorités allemandes ont été tenues constamment au courant des agissements de Weseman, du chef de ce dernier, le docteur Richter, et de Lanz. Les preuves amassées sont accablantes pour le gouvernement allemand.

Lyon Rép
1-5-35

Emigrantenentführung in der Schweiz

„Es wimmelt von Spitzeln der Gestapo"

Zürich, 31. Aug. In der gesamten Schweiz erregt die Entführung eines deutschen Emigranten nach Hitlerdeutschland großes Aufsehen und führt zu heftigen Protesten. Es handelt sich um den Heizer Rudolf Wilhelm Sprenger. Am vergangenen Sonntag erschien vor dem Hause in Zürich, wo Sprenger wohnte, der Inhaber eines Taxiunternehmens. Er forderte Sprenger auf, mit ihm zu einem bekannten Restaurant zu fahren. Die Fahrt ging jedoch in Richtung Schaffhausen—Jestetten. Hier wurde Sprenger festgehalten. Ein Brief informierte die Züricher Polizei, die nach dem unbekannten Begleiter des Taxiunternehmers fahndet. Vermutlich handelt es sich um einen Spitzel. Jener Begleiter, der sich gleichfalls als Emigrant ausgegeben hatte, war bereits durch reichliche Geldausgaben aufgefallen. Die Gründe, warum sich der Entführer gerade den einfachen Arbeiter aus Duisburg ausgesucht hat, sind unbekannt. Vielleicht wollte der Mann seine Tüchtigkeit gegenüber den Auftraggebern in Hitlerdeutschland beweisen. Der Bundesanwaltschaft sind bereits die Akten über diesen Menschenraub zugestellt worden. Die „Basler Nationalzeitung" bemerkt dazu: „Wie lange noch wird dieses schädliche Treiben geduldet? Wir wissen genau, daß unsere Großstädte von Spitzeln der deutschen Geheimpolizei wimmeln. Auch den Spitzeln der Gestapo gegenüber muß der Bundesrat für die Unverletzlichkeit des schweizerischen Hoheitsgebietes sorgen."

D. F. 1. 9. 34.

Neue Lockspitzelaffäre in Schaffhausen

Volksrecht Zürich 15. 6. 35

Schaffhausen, 15. Juni. Insa. Wiederum versuchten braune Banditen einen in Schaffhausen ansässigen Arbeiter mittels eines raffiniert eingefädelten Tricks in ihre Klauen zu bringen. Die „Arbeiterzeitung" Schaffhausen berichtet über den Fall:

In Schaffhausen wohnt ein gewisser Ernst Joder, Arbeiter, gebürtig aus dem Kanton Bern. Politisch ist er nicht organisiert. Auch gehört er keiner Gewerkschaft an. Seine Frau ist eine gebürtige Deutsche. Joder verkehrte bisher verschiedentlich im Restaurant „Rheinhalde", das unmittelbar unterhalb des schweizerischen Zollamtes bei Büsingen liegt. Politische Wirtshausgespräche führte er in der Regel nicht. Dagegen machte er aus seiner Auffassung über die braunen Gangster jenseits der Grenze kein Hehl, wenn er um seine Meinung angegangen wurde. Joder hat zwei Schwägerinnen, die beide in Deutschland verheiratet sind. Die eine ist in Schwenningen wohnhaft, die andere in Gailingen. Am 27. Mai 1935 erhielt Joder folgende Postkarte zugestellt, die mit einer Schreibmaschine geschrieben worden war:

„Schwenningen, den 27. Mai 1935. Du mußt sofort zu Luise und sehen, was los ist, kann leider nicht abkommen. Gib mir nachher Bescheid. Sophie."

Der Name Sophie ist derjenigen seiner Schwägerin in Schwenningen. Luise heißt seine Schwägerin in Gailingen. Die oben wiedergegebene Postkarte besagte also, daß Joder unverzüglich nach Gailingen reisen solle, da dort offenbar mit Luise etwas passiert sei. So harmlos und unverdächtig der Inhalt der Karte auch lautet, Joder fiel auf diesen Schwindel nicht herein. Joder telephonierte nach Gailingen und bat seinen Schwager, ohne ihn von der Karte oder deren Inhalt in Kenntnis zu setzen, nach Schaffhausen zu kommen. Der Schwager kam diesem Wunsche nach. Auf das Befragen, ob mit Luise irgend etwas „los" sei, bekam er die Auskunft, daß sich diese der besten Gesundheit erfreue. Damit war der Schwindel durchschaut. Irgend ein Nazispitzel, dem die Aeußerungen Joders in der „Rheinhalde" mißfallen haben, wollte mittels dieses Tricks Joder über die Grenze locken, um ihn dort der Gestapo zu übergeben. Die braunen Gangster setzen ihr Werk in der Schweiz fort. Daher fordern wir erneut das Verbot der nationalsozialistischen Stützpunkte in der Schweiz.

6.4.35 Général

Paris-Midi

Partout où vivent des Allemands existe une succursale de la Gestapo

(SUITE DE LA PREMIERE PAGE)

Herr X... a donc trahi un ami. Mais ne croyez pas qu'il soit tourmenté par le remords. Il est fier de ses qualités de policier-amateur et aussi du portrait de Hitler qui a été sa seule rémunération.

Le travail des agents de la Gestapo ne coûte pas cher à Goering.

Les agents qui ont un salaire fixe sont relativement rares. Seuls, les *adjoints professionnels* des ambassades, des légations et des consulats touchent un traitement régulier. Les autres ont tous une profession et travaillent en qualité de policier par dévouement, payant eux-mêmes leurs frais ; ce sont, le plus souvent, des professeurs, des employés d'hôtel, des chauffeurs de taxis, des commis-voyageurs, des pasteurs, etc...

D'autre part, il ne faut pas oublier que l'Allemagne n'a jamais — ni aujourd'hui, ni en 1914 — autorisé la création à l'étranger d'une organisation ou d'un club quelconque qui ne soit en même temps une agence de propagande et de surveillance. Tout ce que fait un Allemand chez lui ou dans un autre pays est commandé par ces mots :

Deutschland über alles !

L'Allemand n'a aucun scrupule quand il s'agit de servir son pays.

Ainsi, les différentes associations allemandes à Paris servent-elles l'Allemagne ou Hitler, ce qui, pour le moment, est la même chose. Elles sont :

1. — Nationalsocialistische Partei (Ortsgruppe Paris), sous les ordres du bureau de M. Rosenberg ;

2. — Deutsche Angestelltenschaft (sous les ordres du bureau du docteur Ley) ;

3. — Deutsche Hilfsverein (sous les ordres de M. Goering) ;

4. — Deutsche Universitetsdients (sous les ordres de M. Goebbels) ;

5. — Deutsche Presseverein (sous les ordres de M. Goebbels).

Il y a aussi les associations des émigrés, des réfugiés.

Mais il convient au public français de savoir que le nombre des émigrés diminue chaque jour. Voici comment :

La réussite en impose toujours. Hitler a réussi, donc...

Ils sont nombreux ces Allemands qui sont allés voir leurs consuls en France et dans d'autres pays en disant :

— Je m'étais trompé. Mais j'ai enfin compris que si Dieu est Dieu, Hitler est aussi son prophète. *Heil Hitler !!*

Et comme ils sont nouvellement convertis, ils crient plus fort que les autres. *N'oubliez pas non plus qu'un communiste ou un socialiste allemand est toujours allemand avant tout !*

Il y a aussi les autres, beaucoup plus nombreux, qui n'osent pas faire leur *mea culpa* parce qu'ils ont peur des représailles. *Ils représentent plus de la moitié de la totalité des réfugiés allemands en France.* Et c'est surtout depuis quelques semaines que l'on peut constater parmi les réfugiés un revirement d'opinion qui étonne même ceux qui n'ont jamais douté que tôt ou tard les brebis égarées réintégreraient la bergerie.

Depuis quelques semaines ?

Oui, depuis le rhume politique et insolent d'Hitler, depuis la résurrection de l'armée allemande, depuis que les autres pays commencent à avoir réellement peur du Reich. Des centaines et des milliers de communistes et de socialistes allemands à Paris, et ailleurs en France, viennent d'être séduits et ensorcelés par le bruit de bottes résonnant de l'autre côté du Rhin. Ceux qui n'ont jamais été des socialistes militants se font de plus en plus inscrire dans les associations officielles nazistes à Paris. Et quand ils entendront le cri d'alarme :

— Debout pour défendre Hitler et la patrie allemande !

Eh bien, ils seront debout — aussi nombreux et aussi farouches qu'en 1914 !...

Il y a quelques années, on parlait encore à Paris des réfugiés russes et italiens antibolchevistes et antifascistes. Où sont-ils aujourd'hui ?

La réussite de Staline et de Mussolini les a fait disparaître. Le rythme de la disparition des antihitlériens est encore plus accéléré — à raison même de la réussite vertigineusement rapide du Führer.

Que la France ne s'inquiète pas trop des agissements de la Gestapo. Ses agissements sont déjà moins nombreux qu'il y a un mois, ses dépenses ont aussi fortement diminué... Il y a un autre danger, beaucoup plus grand, dont il faudra s'occuper.

J'en parlerai demain.

Ivan Bjarne.

On découvre à Bâle une organisation militaire nazie

(SUITE DE LA PREMIERE PAGE)

Nous croyons savoir, d'autre part, que le questionnaire que le commissaire Guillaume a soumis aux autorités de Bâle, avait principalement trait à l'activité de la « Gestapo » en Suisse. Le procureur général de Bâle ne pourra répondre à Paris que lorsque plusieurs vérifications auront été faites. Le dossier qui a été constitué à Genève à ce sujet paraît assez important.

Hier, une infirmière de l'hôpital cantonal est venue déclarer au procureur général qu'elle avait été abordée, la veille, dans la cour du Palais de Justice, par deux Allemands qui lui ont demandé si Wesemann se trouvait bien dans cette prison, quel est le numéro de sa cellule et si l'on donnait l'autorisation de visiter la prison du « Lohnhof ». Cette déposition a provoqué une petite sensation ! Il s'agit peut-être de touristes trop curieux ? Néanmoins, les mesures de surveillance à la prison, qui s'étaient relâchées ces jours derniers, ont été renforcées.

Une organisation militaire nazie à Bâle

A la suite de différentes publications survenues dans la presse de Bâle, la police a enquêté hier sur l'activité d'une société allemande de cette ville. On a appris que ce groupement était une section du *Casque d'Acier*, l'ancienne organisation militaire des nationalistes de Hugenberg, qui avait rallié le mouvement hitlérien. La section du *Casque d'Acier* est maintenant rattachée aux troupes d'assaut hitlériennes. Son chef connu était un nommé Philippy. On a découvert que c'était là le nom d'emprunt d'un nommé Braus-Riggenbach, libraire à Bâle. M. Braus commandait autrefois les troupes d'assaut de Heidelberg, en Allemagne. Il a été envoyé à Bâle *par ordre du Führer*. Il est vrai que tout ce qui se passe dans le mouvement nazi se fait *par ordre du Führer*. On se demande seulement à Bâle pour quelles raisons M. Braus, déplacé *par ordre du Führer* et qui toucha des appointements comme chef de cette section du *Casque d'Acier*, a éprouvé le besoin d'ouvrir une librairie ? Celle-ci ne dissimulerait-elle pas un centre d'informations ?

Le troisième acte

L'enquête se poursuit sur l'activité de ce groupement, avec lequel Manz, croit-on, était en relations. Dans tous les cas, la direction dans laquelle s'enfaire Jacob-Wesemann, dont le procureur de Bâle disait que ce serait « une tragédie en cinq actes ». La parole est maintenant à Berlin qui va répondre à la Suisse. Sauf événements imprévus, le troisième acte ne commencera pas avant !

Charles Reber.

L'enquête publique sur la mort, à Londres, des deux réfugiées allemandes aura lieu mercredi

Londres, 6 Avril.
(*Par téléphone*).

Le drame de Great Ormond Street continue à soulever l'opinion publique anglaise qui réclame instamment que toute la lumière soit faite sur la mort des deux réfugiées allemandes, chassées de leur pays par le régime hitlérien, et dont on ne sait si elles se sont suicidées ou si elles ont été victimes d'un nouveau crime politique nazi.

A la Chambre des Communes

En réponse à l'interpellation du député conservateur Captain Waterhouse, qui demandait si le gouvernement était décidé à prendre les mesures nécessaires pour mettre fin à l'activité les « sociétés secrètes politiques » étrangères en Angleterre et les empêcher de commettre des attentats, le sous-secrétaire d'Etat au ministère de l'Intérieur, M. Crookshank a répondu :

— L'enquête en cours n'est pas terminée et il faut attendre sa conclusion pour admettre publiquement l'existence de faits aussi graves.

L'autopsie et le débat public

L'autopsie des corps des deux réfugiées allemandes de Londres a eu lieu hier à Paddington ; mais les conclusions des médecins légistes n'ont pas été publiées.

D'autre part l'enquête publique sur la mort de Mmes Dora Fabian et Mathilda Wurm, est remise à mercredi prochain. Elle sera dirigée par le « coroner » Ingleby Oddie.

Cependant l'enquête est poussée très activement par les policiers anglais, qui s'appliquent à vérifier...

Partout où vivent des Allemands existe une succursale de la Gestapo

(SUITE DE LA PREMIERE PAGE)

Herr X... a donc trahi un ami. Mais ne croyez pas qu'il soit tourmenté par le remords. Il est fier de ses qualités de policier-amateur et aussi du portrait de Hitler qui a été sa seule rémunération.

Le travail des agents de la Gestapo ne coûte pas cher à Goering.

Les agents qui ont un salaire fixe sont relativement rares. Seuls, les *adjoints professionnels* des ambassades, des légations et des consulats touchent un traitement régulier. Les autres ont tous une profession et travaillent en qualité de policier par dévouement, payant eux-mêmes leurs frais ; ce sont, le plus souvent, des professeurs, des employés d'hôtel, des chauffeurs de taxis, des commis-voyageurs, des pasteurs, etc...

D'autre part, il ne faut pas oublier que l'Allemagne n'a jamais — ni aujourd'hui, ni en 1914 — autorisé la création à l'étranger d'une organisation ou d'un club quelconque qui ne soit en même temps une agence de propagande et de surveillance. Tout ce que fait un Allemand chez lui ou dans un autre pays est commandé par ces mots :

Deutschland über alles !

L'Allemand n'a aucun scrupule quand il s'agit de servir son pays.

Ainsi, les différentes associations allemandes à Paris servent-elles l'Allemagne ou Hitler, ce qui, pour le moment, est la même chose. Elles sont :

1. — Nationalsocialistische Partei (Ortsgruppe Paris), sous les ordres du bureau de M. Rosenberg ;

2. — Deutsche Angestelltenschaft (sous les ordres du bureau du docteur Ley) ;

3. — Deutsche Hilfsverein (sous les ordres de M. Goering) ;

4. — Deutsche Universitetsdients (sous les ordres de M. Goebbels) ;

5. — Deutsche Presseverein (sous les ordres de M. Goebbels).

Il y a aussi les associations des émigrés, des réfugiés.

Mais il convient au public français de savoir que le nombre des émigrés diminue chaque jour. Voici comment :

La réussite en impose toujours. Hitler a réussi, donc...

Ils sont nombreux ces Allemands qui sont allés voir leurs consuls en France et dans d'autres pays en disant :

— Je m'étais trompé. Mais j'ai enfin compris que si Dieu est Dieu, Hitler est aussi son prophète. *Heil Hitler !!*

Et comme ils sont nouvellement convertis, ils crient plus fort que les autres. *N'oubliez pas non plus qu'un communiste ou un socialiste allemand est toujours allemand avant tout !*

Il y a aussi les autres, beaucoup plus nombreux, qui n'osent pas faire leur *mea culpa* parce qu'ils ont peur des représailles. *Ils représentent plus de la moitié de la totalité des réfugiés allemands en France.* Et c'est surtout depuis quelques semaines que l'on peut constater parmi les réfugiés un revirement d'opinion qui étonne même ceux qui n'ont jamais douté que tôt ou tard les brebis égarées réintégreraient la bergerie.

Depuis quelques semaines ?

Oui, depuis le rhume politique et insolent d'Hitler, depuis la résurrection de l'armée allemande, depuis que les autres pays commencent à avoir réellement peur du Reich. Des centaines et des milliers de communistes et de socialistes allemands à Paris, et ailleurs en France, viennent d'être séduits et ensorcelés par le bruit de bottes résonnant de l'autre côté du Rhin. Ceux qui n'ont jamais été des socialistes militants se font de plus en plus inscrire dans les associations officielles nazistes à Paris. Et quand ils entendront le cri d'alarme :

— Debout pour défendre Hitler et la patrie allemande !

Eh bien, ils seront debout — aussi nombreux et aussi farouches qu'en 1914 !...

Il y a quelques années, on parlait encore à Paris des réfugiés russes et italiens antibolchevistes et antifascistes. Où sont-ils aujourd'hui ?

La réussite de Staline et de Mussolini les a fait disparaître. Le rythme de la disparition des antihitlériens est encore plus accéléré — à raison même de la réussite vertigineusement rapide du Führer.

Que la France ne s'inquiète pas trop des agissements de la Gestapo. Ses agissements sont déjà moins nombreux qu'il y a un mois, ses dépenses ont aussi fortement diminué... Il y a un autre danger, beaucoup plus grand, dont il faudra s'occuper.

J'en parlerai demain.

Ivan Bjarne.

On découvre à Bâle une organisation militaire nazie

(SUITE DE LA PREMIERE PAGE)

Nous croyons savoir, d'autre part, que le questionnaire que le commissaire Guillaume a soumis aux autorités de Bâle, avait principalement trait à l'activité de la « Gestapo » en Suisse. Le procureur général de Bâle ne pourra répondre à Paris que lorsque plusieurs vérifications auront été faites. Le dossier qui a été constitué à Genève à ce sujet paraît assez important.

Hier, une infirmière de l'hôpital cantonal est venue déclarer au procureur général qu'elle avait été abordée, la veille, dans la cour du Palais de Justice, par deux Allemands qui lui ont demandé si Wesemann se trouvait bien dans cette prison, quel est le numéro de sa cellule et si l'on donnait l'autorisation de visiter la prison du « Lohnhof ». Cette déposition a provoqué une petite sensation ! Il s'agit peut-être de touristes trop curieux ? Néanmoins, les mesures de surveillance à la prison, qui s'étaient relâchées ces jours derniers, ont été renforcées.

Une organisation militaire nazie à Bâle

A la suite de différentes publications survenues dans la presse de Bâle, la police a enquêté hier sur l'activité d'une société allemande de cette ville. On a appris que ce groupement était une section du *Casque d'Acier*, l'ancienne organisation militaire des nationalistes de Hugenberg, qui avait rallié le mouvement hitlérien. La section du *Casque d'Acier* est maintenant rattachée aux troupes d'assaut hitlériennes. Son chef connu était un nommé Philippy. On a découvert que c'était là le nom d'emprunt d'un nommé Braus-Riggenbach, libraire à Bâle. M. Braus commandait autrefois les troupes d'assaut de Heidelberg, en Allemagne. Il a été envoyé à Bâle *par ordre du Führer*. Il est vrai que tout ce qui se passe dans le mouvement nazi se fait *par ordre du Führer*. On se demande seulement à Bâle pour quelles raisons M. Braus, déplacé *par ordre du Führer* et qui toucha des appointements comme chef de cette section du *Casque d'Acier*, a éprouvé le besoin d'ouvrir une librairie ? Celle-ci ne dissimulerait-elle pas un centre d'informations ?

Le troisième acte

L'enquête se poursuit sur l'activité de ce groupement, avec lequel Manz, croit-on, était en relations. Dans tous les cas, la direction dans laquelle s'engagent les enquêteurs, la journée d'hier de M. Guillaume à Bâle indiquent déjà ce que sera le troisième acte de l'affaire Jacob-Wesemann, dont le procureur de Bâle disait que ce serait « une tragédie en cinq actes ». La parole est maintenant à Berlin qui va répondre à la Suisse. Sauf événements imprévus, le troisième acte ne commencera pas avant !

Charles Reber.

L'enquête publique sur la mort, à Londres, des deux réfugiées allemandes aura lieu mercredi

Londres, 6 Avril.
(*Par téléphone*).

Le drame de Great Ormond Street continue à soulever l'opinion publique anglaise qui réclame instamment que toute la lumière soit faite sur la mort des deux réfugiées allemandes, chassées de leur pays par le régime hitlérien, et dont on ne sait si elles se sont suicidées ou si elles ont été victimes d'un nouveau crime politique nazi.

A la Chambre des Communes

En réponse à l'interpellation du député conservateur Captain Waterhouse, qui demandait si le gouvernement était décidé à prendre les mesures nécessaires pour mettre fin à l'activité les « sociétés secrètes politiques » étrangères en Angleterre et les empêcher de commettre des attentats, le sous-secrétaire d'Etat au ministère de l'Intérieur, M. Crookshank a répondu :

— L'enquête en cours n'est pas terminée et il faut attendre sa conclusion pour admettre publiquement l'existence de faits aussi graves.

L'autopsie et le débat public

L'autopsie des corps des deux réfugiées allemandes de Londres a eu lieu hier à Paddington ; mais les conclusions des médecins légistes n'ont pas été publiées.

D'autre part l'enquête publique sur la mort de Mmes Dora Fabian et Mathilda Wurm, est remise à mercredi prochain. Elle sera dirigée par le « coroner » Ingleby Oddie.

Cependant l'enquête est poussée très activement par les policiers anglais, qui s'appliquent à vérifier en ce moment différents témoignages tendant à prouver que les deux femmes se sont suicidées.

l'augmentation des salaires.

Temps 8.4.37

L'affaire de « Black Tom »

La fameuse affaire de Black Tom, qui eut une influence considérable sur la décision de l'entrée en guerre des Etats-Unis, est à la veille de rebondir, si l'on en croit le journal du soir *World Telegram*.

Au cours de l'été 1916, une formidable explosion détruisait des quais d'embarquement et 300 wagons de munitions destinées aux alliés, sur la rivière Black Tom à Jersey, et tuait et blessait des centaines de personnes. C'était là l'œuvre d'espions allemands dont la mission était d'anéantir les sources de ravitaillement des alliés.

Les Etats-Unis réclamèrent 40 millions de dommages à l'Allemagne, mais le procès ne reçut jamais de solution. L'enquête menée à l'époque amena l'arrestation de l'Irlandais James Larkin qui fut expulsé en 1922 après qu'il eût purgé une peine de prison pour attentat anarchiste.

Or, le *World Telegram* apprend que Larkin a fait au consulat général de Dublin une déclaration formelle et légalisée au sujet des opérations de sabotage des Allemands aux Etats-Unis et au Canada avant l'entrée en guerre des Etats-Unis notamment au sujet de l'affaire de Black Tom.

Larkin met en cause un Allemand qui est maintenant membre du gouvernement de M. Hitler et un ami intime de celui-ci. M. Palmer, un ancien agent de l'Intelligence Service, qui s'occupa de l'affaire jusqu'au moment où il quitta son service, vit Larkin au mois de décembre dernier. Celui-ci lui fit une déclaration en tous points analogue à celle que relate le journal du soir.

On croit à Washington que la déclaration de Larkin peut jouer un rôle important dans le procès en payement par l'Allemagne des dommages réclamés par les Etats-Unis.

Pr. Tgbl. 2.5.35

DIE MORDLISTE DER GESTAPO

Das „Petit Journal" veröffentlicht eine Schandliste der Opfer der Gestapo auf fremdem Gebiet. Wir geben im folgenden diese Liste wieder:

„Professor Lessing, ermordet in Marienbad.

Dr. Bell, Freund Röhms, ermordet in Tirol.

Ingenieur Formis, durch Revolverschüsse in der Tschechoslowakei getötet.

Journalist Berthold Jacob, in Basel entführt, von dem man bisher ohne jede weitere Nachricht ist.

Der Arbeiter Gutzeit, auf holländischem Gebiet in eine Falle gelockt.

Der Flüchtling Lampersberger, nach der Tschechoslowakei emigriert und auf deutsches Gebiet verschleppt, wo die Beauftragten der Gestapo ihn halb totgeschlagen liegen liessen.

Der Oesterreicher Rohme, Führer einer englischen Touristengesellschaft in Deutschland, in Wiesbaden verhaftet."

6.4.35. Paris-Midi

i

CENTIMES

PARTOUT
où vous verrez
cette
enseigne
les
PETITES ANNONCES
« Paris-Midi » - « Paris-soir »
sont reçues sans frais

ICI
PETITES ANNONCES
couplées
de
Paris-Midi
Paris-soir

ENT DE BERTHOLD JACOB

Partout où vivent des Allemands existe une succursale de la Gestapo

Celle-ci compte à l'étranger peut-être deux cent mille agents, bénévoles pour la plupart, et qui sont prêts à trahir n'importe qui pour la plus Grande Allemagne

par Ivan BJARNE

Y a-t-il une succursale de la Gestapo à Paris ?

Mais oui ! Et il y en a une aussi à Marseille, à Rouen, à Nice, à Stockholm à Moscou, à New-York, à Alger, à Saint-Cloud...

Les succursales de la Gestapo sont partout où vivent les Allemands — dans les grandes comme dans les toutes petites villes.

Et voici les résultats d'une enquête sur cette police secrète allemande, une enquête qui m'a surtout conduit dans des milieux allemands nazistes où l'orgueil de la renaissance subite de la Deutschland est immense et où l'on se montre plutôt sceptique quant à la nécessité des expéditions punitives en masse — les émigrés réellement antinazistes y étant considérés comme plutôt rares...

Comment la Gestapo est-elle organisée ?

La direction est à Berlin, évidemment. Et le chef en est M. Goering.

Les sous-chefs à l'étranger sont : les ambassadeurs, les ministres et les consuls allemands. Quelquefois, mais pas toujours, ces représentants diplomatiques sont aidés et conseillés par des policiers venus de Berlin, des spécialistes en filature. Tel est le cas de la succursale parisienne de la Gestapo où c'est une femme qui détient les fils qui mettent en mouvement les innombrables agents exécuteurs des ordres venus de Berlin.

On a dit, dernièrement, que le nombre des agents de la Gestapo à l'étranger est de 20.000. Ce chiffre est au-dessous de la vérité. Avançons plutôt le chiffre de 100.000 ou de 200.000.

Voici un exemple :

Herr X... arrivait à Paris, venant de Berlin, pour vendre des lames de rasoir en gros. A sa descente à la gare du Nord, il fut tout de suite repéré par un agent de la Gestapo, qui ne le quitta pas de vue pendant trois jours. Le quatrième, il fut abordé par son surveillant, qui lui dit :

— Vous avez déjeuné hier avec Herr Y..., qui est un de nos amis. Bien ! Honni soit qui mal y pense ! Mais Herr Y... est-il un ami de Hitler ? C'est ce que nous ne savons pas. Or, vous allez lui dire du mal du Führer, mais sans exagération, et vous nous rapporterez ses réactions. Compris ?

Deux semaines plus tard, Herr Y..., un gros industriel de Cologne, se rendait en Allemagne. Il y est encore — en prison.

(Suite en page 3)

Un sosie de Hitler, populaire à Montparnasse.

Un journaliste allemand enlevé de Hollande par les nazis veut retourner dans sa prison

Alors que le Reich lui avait accordé sa liberté et que le procès de son ravisseur doit être jugé aujourd'hui même

MAIS SA DÉCISION A-T-ELLE ÉTÉ PRISE LIBREMENT ?

[DE NOTRE ENVOYÉ SPÉCIAL]

ALMELO, 20 mai. — (*Par téléphone*). — La petite ville hollandaise d'Almelo, si calme à l'ordinaire, se passionne pour le procès qui viendra demain mardi devant le tribunal de l'arrondissement. Juridiction qui équivaut au tribunal correctionnel en France.

Les journalistes sont arrivés, pour y assister, des quatre coins de la Hollande, même de l'étranger, et notamment de Suisse. Car c'est surtout en Suisse que l'opinion se passionne pour ce qui se passe actuellement ici.

Laissez-moi en quelques mots rappeler les faits.

Dans la petite ville de Hengelo, située à une vingtaine de kilomètres de la frontière allemande, était arrivé, il y a quelques mois, un Allemand, nommé Gutzeit. Il était socialiste. C'était suffisant pour avoir été contraint de quitter son pays où il risquait de faire connaissance avec un camp de concentration, sinon avec les geôles de la Gestapo. Il parait, du reste, qu'il cachait si peu son mécontentement de l'état de choses dans la nouvelle Allemagne qu'il fut averti par des amis que sa liberté était en danger.

Il mit donc la frontière hollandaise entre sa patrie et lui, et trouva asile à Hengelo, chez un coreligionnaire politique, M. Herman Jonker.

Sculpteur de son métier, il travailla d'abord chez le marbrier Lamers, mais lorsque celui-ci n'eut plus de travail pour lui, il essaya, par une annonce dans le journal *Telegraaf* d'en trouver ailleurs.

(*La suite en 5e page, 2e colonne*)

LE CONTE DU JOU

PERMIS DE CONDU

Du coup, les voilà aiguillés
sidérations philosophiques :
quoi, on n'a rien inventé.
aient des gars qui en con-
t que nous. C'est malheu-
ème, le coup du volcan ;
ds, ici...
midi grille les nuques.
d'honneur

UN DOUBLE COUP DE THÉATRE

Le gouvernement du Reich rend à la Hollande un journaliste allemand emprisonné mais celui-ci refuse sa liberté

SUITE DE NOTRE DÉPÊCHE DE PREMIÈRE PAGE

M. Gutzeit reçut alors en réponse une lettre d'un nommé H. Kleyne-Snuverink, à Haarlem, qui lui fit entrevoir une place où il gagnerait de quoi vivre. Après un échange de lettres, les parties étant tombées d'accord, son correspondant devait venir le prendre à Hengelo, le 4 février dernier, en auto, pour l'amener à Haarlem. Rendez-vous était pris à six heures du soir dans un café de Hengelo.

A six heures du soir, le 4 février, la nuit commence à tomber. Sous différents prétextes — Kleyne-Snuverink allégua notamment qu'il devait encore aller chercher un chien chez des amis — l'on tergiversa jusqu'à sept heures. La nuit étant entièrement tombée, et Gutzeit n'y voyant plus rien, l'auto, au lieu de prendre le chemin de Haarlem, traversa la frontière allemande, où — curieuse analogie avec l'affaire Berthold Jakob à Bâle — la barrière était ouverte. L'auto — un taxi de la ville frontière d'Enschedé — s'immobilisa devant quatre hommes armés qui, revolver au poing, invitèrent Gutzeit à descendre. Il fut aussitôt arrêté, et seuls le chauffeur du taxi (de bonne foi, celui-ci ayant tout ignoré de la machination) et l'ignoble Kleyne-Snuverink purent prendre le chemin du retour.

Détail révoltant : il paraît que ce dernier a fait sa belle besogne pour gagner... 100 marks.

Cependant, M. Jonker, ne recevant plus de nouvelles de son locataire et ami Gutzeit, flaira une chose louche, et mit les enquêteurs en branle.

Or, l'article 278 du code pénal hollandais est ainsi conçu : « Celui qui conduit quelqu'un en dehors des frontières de l'Etat dans le but de le remettre sous la puissance d'autrui ou bien de le mettre dans un état désemparé, étant coupable de rapt, est passible d'un emprisonnement de douze ans au maximum ».

Se basant sur cet article de la loi, le député Boon a posé une question au gouvernement hollandais, le priant d'intervenir auprès des autorités allemandes et d'insister afin que la victime Gutzeit fût autorisée à se rendre à nouveau en Hollande, en liberté.

Il y a quelques jours, le ministre des affaires étrangères de Hollande, répondant au député Boon, l'informa que le gouvernement allemand avait consenti à rendre la liberté à Gutzeit, qui serait autorisé à rentrer à Hengelo.

Il est peut-être superflu de dire que beaucoup de gens en Hollande étaient restés sceptiques devant cette promesse. Mais voici que deux coups de théâtre se produisirent.

Samedi dernier, à 13 heures, les autorités hollandaises s'étaient rendues à la frontière allemande près Glamerbrug, afin de prendre livraison de Gutzeit. Le vrai peut quelquefois n'être pas vraisemblable !

Il y avait là un lieutenant de la maréchaussée hollandaise, un adjoint du commissaire de police (inspecteur principal, comme il s'appelle ici) d'Enschedé, des policiers, et M. Jonker, que les autorités hollandaises avaient prié d'assister à la scène, afin d'identifier indiscutablement Gutzeit. Celui-ci, à l'heure dite, était amené par des policiers allemands.

Et voici le deuxième coup de théâtre, plus formidable que le premier: tandis que les policiers allemands notifiaient à Gutzeit, en présence des policiers hollandais, qu'il était libre, qu'il pouvait traverser la frontière et se rendre en Hollande, celui-ci déclara tout net, et à plusieurs reprises, qu'il entendait rester en Allemagne ! « Et s'il me plait, à moi, d'être battu !

Je reviens à l'instant de Hengelo, où j'étais allé à la recherche du témoin de la scène, M. Jonker. J'ai trouvé celui-ci, électricien de son métier, dans l'une de ces coquettes petites maisons d'ouvrier hollandaises, où tout respire la propreté et les soins d'une brave ménagère, d'ailleurs charmante, qui tient avant tout à l'aspect de son intérieur.

M. Jonker m'a entièrement confirmé la scène qui s'est déroulée samedi dernier. Il n'en est pas encore revenu.

Il était allé avec les policiers hollandais à Glamerbrug pour reconnaitre Gutzeit, son ancien locataire. Il avait mis comme condition expresse de ne pas quitter le territoire hollandais. Etant en effet celui qui a déclenché toute l'affaire, il a d'excellentes raisons de croire que les Allemands lui en veulent et seraient désireux de le voir de très près.

Cependant, après négociations, et les policiers allemands ayant donné leur parole, devant leurs collègues hollandais qu'ils ne toucheraient pas à Jonker, celui-ci, entouré toutefois de deux policiers hollandais, avança et serra la main à Gutzeit. Mais celui-ci persistant à déclarer qu'il entendait ne pas accepter la liberté qui lui était offerte, second procès-verbal fut dressé par les policiers hollandais — procès-verbal que Gutzeit signa. Il resta ainsi en Allemagne et, bien entendu, comme prisonnier. Toutefois, à la demande expresse des policiers hollandais, il signa également une déclaration dans laquelle il confirma qu'il avait été le 4 février conduit, par le fait de la trahison de Kleyne-Snuverink, et contre son gré, en Allemagne.

Néanmoins, et bien que demain, au procès qui va s'ouvrir à 10 heures, le ministère public ne manquera pas de se baser sur cette dernière pièce, capitale pour l'accusation, vous pouvez imaginer quel profit tirera du refus de Gutzeit de quitter l'Allemagne le défenseur de l'inculpé !

J'ai demandé à M. Jonker quelles raisons pouvaient avoir amené Gutzeit à agir ainsi. Il ne put faire que des suppositions. La première est que les autorités allemandes lui auront promis une sanction bénigne, après laquelle il pourrait vivre en Allemagne avec sa femme et son enfant, qui demeurent à Lippe-Detmold, au lieu d'être pour toujours un proscrit qui risque la prison à sa première rentrée en Allemagne. Le deuxième est que Gutzeit craindrait des représailles contre les deux êtres qui lui sont chers.

A ma question : « Gutzeit paraît-il avoir subi de mauvais traitements? », M. Jonker m'a affirmé que non. « Mais, a-t-il ajouté, s'il en était ainsi, il se serait bien gardé de l'affirmer devant les policiers allemands. »

Et voilà où en est l'affaire qui passionne toute la Hollande et pour laquelle on va se ruer demain à l'audience du tribunal.

HENRI THÉVENS.

Protestation du gouvernement de la Haye contre l'enlèvement d'un ouvrier allemand

On mande d'Amsterdam :

On annonce que le gouvernement hollandais vient de protester auprès du gouvernement allemand contre l'enlèvement, en territoire néerlandais, de l'ouvrier allemand Gudzeit, qui fut entraîné en Allemagne par un sujet hollandais, actuellement sous les verrous.

Temps — 5-5-35

Pa. Tgbl. 2.5.35

Nr. 506

Die Entführung Gutzeits aus Holland

Die gleiche „Technik" wie im Fall Jacob — Deutsche Amtsstellen beteiligt

Den Haag, 1. Mai.

Der Fall des nach Deutschland verschleppten emigrierten Arbeiters Gutzeit beschäftigt die holländische Oeffentlichkeit in wachsendem Masse. Es hat den Anschein, als wenn die holländische Regierung energische Massnahmen unternehmen wird, wie sie die Schweiz im Fall Jacob getroffen hat. Aus der Anfrage, die der Abgeordnete Boon in der Kammer an den holländischen Justizminister richtete, geht folgendes darüber, wie sich die Entführung Gutzeits abgespielt hat, hervor:

Gutzeit arbeitete in dem Orte Hengelo. Er machte die Bekanntschaft eines in Haarlem wohnenden Holländers, der ihm eine Stelle in Haarlem versprach und ihn dorthin in seinem Auto bringen wollte. Gutzeit willigte in diesen Vorschlag ein. Die Fahrt fand am 4. Februar statt. Aber der Holländer führte das Auto über die deutsche Grenz bei Gronau, wo die Zollschranken offen waren, um den Wagen passieren zu lassen. Gutzeit wurde sofort nach seiner Ankunft auf deutschem Boden verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

Es steht bereits heute ziemlich sicher fest, dass die deutschen Behörden auch bei dieser Entführung ihre Hand mit im Spiel gehabt haben und dass die Initiative zu der Entführung Gutzeits von den deutschen Polizeistellen in Gronau und Detmold ausging. Ein deutscher Kriminalbeamter hatte sich am 4. Februar auf holländisches Gebiet begeben, um die letzten Massnahmen zu der Entführung zu treffen. Der Beamte mietete ein Auto, das er am folgenden Tage bezahlte, während der Holländer, nachdem der Menschenraub gelungen war, ein „Honorar" von dem Polizeikommissar in Detmold erhielt.

Danach besteht kaum Zweifel, dass an den Vorgängen auf nichtdeutschem Gebiet direkt oder indirekt deutsche Amtsstellen beteiligt waren. Dies ist zur Aufklärung des Falles umso wichtiger, als die deutsche Regierung, wie sie in ihrer Antwortnote an die Schweiz im Falle Jacob-Wesemann erkennen liess, die Rückgliederung Berthold Jacobs mit der Begründung ablehnte, Jacob habe sich ‚freiwillig' oder ‚durch Zufall' auf deutsches Gebiet begeben und deutsche Amtsstellen seien daran nicht beteiligt.

Die holländischen Gesetze sehen für das Delikt des Menschenraubs, dessen Tatbestand gegeben ist, Gefängnis nicht unter 12 Jahren vor. Man darf gespannt sein, welche Lügen die deutschen Behörden zu ihrer Entlastung in diesem Falle erfinden werden.

Das Schicksal Berthold Jacobs

Berlin, 1. Mai.

Auf eine Anfrage der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin antwortete das deutsche AuswärtigeAmt, dass die Durchführung des gegen Berthold Jacob anhängigen Strafverfahrens wegen seines Umfanges voraussichtlich mehrere Monate in Anspruch nehmen werde.

Die skandalösen Vorgänge im Rotter-Konzern

Das Ermittlungsverfahren abgeschlossen — Die Anklageschrift in Vorbereitung

Das Preußische Justizministerium gibt folgendes bekannt:

Das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren über die Vorgänge im Rotter-Konzern ist jetzt abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft ist zur Zeit mit der Ausarbeitung der Anklageschrift befaßt, die sich gegen den noch lebenden Fritz Rotter und diejenigen Personen des Rotter-Konzerns richten wird, denen durch die Ermittlungen ein strafbares Verhalten nachgewiesen ist. Ueber das Ergebnis der Ermittlungen läßt sich zur Zeit schon folgendes sagen:

Die Brüder Rotter betrieben ihre Theatergeschäfte über eine größere Zahl handelsrechtlicher Gesellschaften, zu deren Leitern sie in kaufmännischen Dingen unerfahrene, ihren Weisungen blind ergebene Personen, hauptsächlich frühere Schauspieler, bestellt hatten. Die tatsächliche Leitung des gesamten Theaterbetriebes blieb dagegen den Brüdern Rotter, welche die einschlägigen Geschäfte unter der Bezeichnung „Generaldirektion der Rotterbühnen" abwickelten. Die Brüder Rotter selbst verfügten auch über sämtliche Einnahmen der Gesellschaften, insbesondere über die gesamten Kasseneingänge. Hierzu hatten sie sich von den Leitern der verschiedenen Konzerngesellschaften Bankvollmachten geben lassen.

Diese Stellung haben die Brüder Rotter auf Kosten ihrer Gläubiger zum eigenen Vorteil und zum Schaden der Gesellschaften mißbraucht, indem sie die Theatereinnahmen zum größten Teil in die eigene Tasche steckten.

Auf diese Weise haben sie allein im Jahre 1932 bei vorsichtigster Schätzung mindestens 600 000 Mark mehr aus den Einnahmen der Theaterbetriebe herausgezogen, als sie für diese verwendet haben.

Die Brüder Rotter verstanden es mit großem Geschick, ihre unrechtmäßigen geschäftlichen Verfügungen zu verschleiern. Die Kasseneinnahmen wurden zum Teil von der verstorbenen Frau Gertrud Rotter gleich am Abend in die Handtasche gesteckt. Belege hierüber wurden dem Buchhalter nach Möglichkeit vorenthalten.

Wiederholt kam es sogar vor, daß der Buchhalter auf der Suche nach Belegen in der Privatwohnung der Brüder Rotter diese unter den Bettmatratzen fand. Seine Bestrebungen, eine einigermaßen den kaufmännischen Erfordernissen entsprechende Buchführung einzurichten, wurden von den Brüdern Rotter auf jede Art und Weise durchkreuzt.

Als die Brüder Rotter merkten, daß der Zusammenbruch nahe war, ließen sie sich noch in den Monaten Oktober bis Dezember 1932 unter Verpfändung der Kasseneinnahmen Vorschüsse von der Gesellschaft der Funkfreunde in Höhe von 400 000 Mark geben. Von diesen sind im günstigsten Falle 100 000 Mark für die Bezahlung der Schulden an die Lieferanten, Angestellten und Schauspieler verwendet worden. **Der Rest von 300 000 Mark ist größter Wahrscheinlichkeit nach ins Ausland gebracht.**

Der persönliche Aufwand der Familie Rotter war unge heuerlich. Er wird übereinstimmend auf jährlich rund 300 000 Mark beziffert. Es ist noch erinnerlich, daß die Brüder Rotter in den Weihnachtstagen 1932 anläßlich der Premiere der Operette „Ball im Savoy" einen großen Empfang veranstalteten, zu dem alles geladen war, was damals in Berlin einen Namen hatte.

Niemand von den Gästen wußte, daß die Stühle, auf denen sie saßen, und die Tische, von denen sie aßen, auf der Unterseite das Pfändungssiegel des Gerichtsvollziehers trugen und daß der ursprünglich für den Empfang bestimmte Wein wenige Stunden vorher von einem intelligenten Gläubiger gepfändet worden war.

Im Gegensatz dazu befleißigten sich die Brüder größter Sparsamkeit bei der Honorierung ihrer Arbeitskräfte. Abgesehen von den immensen Stargagen, die für Richard Tauber bis zu 2600 Mark pro Abend betrugen, erhielt die große Masse der kleinen Schauspieler winzige Gagen von oft weniger als monatlich 100 Mark. Die Beiträge für die Unfallversicherung wurden nicht bezahlt. Eine Tänzerin mit 135 Mark Monatsgehalt erlitt im Metropoltheater bei der Generalprobe einen Unfall, indem sie über einen schlecht ausgebesserten Teppich stürzte und sich Verletzungen zuzog, die sie über Monate hinaus arbeitsunfähig machten. Sie erhielt keine Unfallrente und ist wegen ihrer Ansprüche auf die Klage gegen Fritz Rotter angewiesen.

Dr. Stapel nun hat im „Deutschen Volkstum weitere unrichtige Behauptungen aufgestellt, d

le Temps
7. IV. 33.

Les événements d'Allemagne

Nouvelle arrestation du député Esser

Cologne, 6 avril.

Le centriste Esser, vice-président du Reichstag, qui avait été arrêté puis remis en liberté provisoire, vient d'être arrêté à nouveau, afin d'être interrogé sur certains faits touchant son activité comme président de la chambre artisanale de Cologne.

Le pavillon des navires de commerce

Hambourg, 6 avril.

Pour la première fois depuis 1918, des navires de commerce allemands ont quitté le port de Hambourg en arborant le pavillon noir blanc rouge. Jusqu'à présent, en effet, la marine marchande avait arboré le pavillon noir blanc rouge dans l'angle supérieur duquel étaient dessinées les couleurs noir rouge et or de la République.

Tragique tentative de rapt

(*Par téléphone, de notre correspondant particulier*)

Vienne, 6 avril.

La gendarmerie du Vorarlberg a arrêté une voiture dans laquelle cinq étudiants nazis allemands s'enfuyaient de la principauté de Liechtenstein avec le fils d'un châtelain de la principauté, après avoir essayé d'enlever les deux anciens directeurs de théâtre berlinois bien connus, les frères Rotter, — lesquels s'étaient réfugiés au Lichtenstein en janvier après une faillite frauduleuse retentissante. Dans la bagarre, l'un des frères, Alfred, et sa femme ont été tués en tombant dans un ravin; l'autre frère et une dame Wolf, de nationalité belge, qui les accompagnait, furent grièvement blessés.

Vienne, 6 avril.

Suivant une communication de la police de Vaduz au *Wiener Mittagsblatt*, organe des Heimwehren, le nombre des personnes qui ont participé à l'agression contre les frères Rotter et qui ont été arrêtées, s'élève à neuf. Six d'entre elles ont été appréhendées en territoire autrichien et trois dans la principauté de Liechtenstein.

Les cinq agresseurs de nationalité allemande ont déclaré être membres du parti national-socialiste. Ils ont fait des aveux complets, déclarant qu'ils avaient reçu l'ordre d'enlever les frères Rotter et de les amener en territoire allemand. L'enlèvement devait avoir lieu suivant un plan bien déterminé, en accord avec un certain nombre de ressortissants du Liechtenstein, dont, croit-on, le propriétaire de l'hôtel où habitaient les frères Rotter.

Zwei weitere Verhaftungen in Vaduz

Der Autolenker gesteht, den Anschlag vorbereitet zu haben — Die Aussagen der Täter — Uebereinstimmende Angaben: Sie wollten die Rotters nach Deutschland zur Aburteilung bringen

g. **Vaduz**, 6. 4. (Eigenbericht)

Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Brüder Rotter wurden hier außer dem bereits festgenommenen Besitzer des Hotels Gaflei, in dessen Nähe der Anschlag ausgeführt wurde, Schaedler (nicht Schadler, wie zuerst gemeldet) auch dessen Chauffeur Frommelt und der Architekt Röckle verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis des hiesigen Landgerichts eingeliefert. Das erste Verhör Schaedlers bestätigte die Vermutung, daß er den Anschlag, der seiner Aussage nach keineswegs dem Leben der Brüder Rotter galt, angeregt und vorbereitet hat. Schaedler gab an, er habe das Fürstentum Liechtenstein von den für das Land schädlichen Brüdern Rotter befreien wollen, indem er deren Entführung vorbereitete. Gegen Frommelt und Röckle wird voraussichtlich Anklage wegen Beihilfe erhoben werden.

Fritz Rotter befindet sich wieder im „Waldhotel Liechtensteiner Hof". Seine Verletzung, die er sich bei dem Sprung aus dem Kraftwagen Schaedlers zuzog, ist nicht so schwer, daß er das Krankenhaus aufsuchen müßte.

★

kbg. **Wien**, 6. 4. (Eigenbericht)

Die von der Gendarmerie in Götzis in Vorarlberg verhafteten Insassen des Autos, mit dem die Gebrüder Rotter entführt werden sollten, trugen keine Uniformen und keinerlei Abzeichen. Sie versichern, die Tat aus vaterländischen Gründen verübt zu haben. Ihr Anschlag sei unzulänglich vorbereitet gewesen und deshalb mißglückt. Die Gaspistolen, die sie angewendet haben, hätten nach dem zweiten Schuß versagt. Feuerwaffen hätten sie nicht besessen und tatsächlich sind solche bei ihnen nicht gefunden worden. Sie hätten beabsichtigt, die Rotters nach Deutschland zu bringen, um sie ihrer verdienten Strafe zuzuführen.

Ein Augenzeuge der Vorgänge vor dem Kurhaus Gaflei sagt aus, er habe sehen können, wie die Brüder Rotter sich sehr energisch gegen ihre Angreifer mit Faustschlägen und mit ihren Spazierstöcken gewehrt haben. Er hat auch gesehen, wie Alfred Rotter und seine Frau Gertrud auf der Flucht die falsche Richtung einschlugen und über einen Abhang stürzten, wobei sie den Tod gefunden haben.

Aus Liechtenstein liegen dem österreichischen Gericht in Feldkirch noch keine näheren Angaben vor, auch ist von dieser Seite noch kein Auslieferungsbegehren gestellt worden. Nach dem liechtensteinischen Gesetz muß die Verfolgung der Täter wegen Menschenraubes mit lebensgefährlichem Ausgang erfolgen. Auf diese Tat steht in Liechtenstein eine Strafe von 20 Jahren Kerker.

Die Menschenräuber von Vaduz

Prozeß um die Entführung der Brüder Rotter

Ueber eines der gemeinsten und niederträchtigsten Verbrechen, die verübt werden können, über das Verbrechen des versuchten Menschenraubes, wird vor dem Kriminalgericht in Vaduz verhandelt.

Angeklagt sind vier Staatsbürger des Fürstentums Liechtenstein, die gemeinsam mit einer Naziräuberbande die früheren Berliner Theaterdirektoren Brüder Rotter zu entführen versuchten. Die Entführung gelang aber nicht. Die Ueberfallenen konnten flüchten. Fritz Rotter entkam schwer verletzt, sein Bruder Alfred und dessen Frau aber stürzten auf der Flucht über einen Felsabhang hinab und fanden den Tod.

Fritz Rotter ist vor einigen Tagen aus dem Krankenhaus von Vaduz verschwunden, ohne daß man bis heute weiß, wo er sich aufhält.

Das Vertrauen der Opfer erschlichen.

Die Brüder Rotter sind sicher keine sympathischen Erscheinungen. Sie waren Schwerverdiener um jeden Preis, bedenkenlos gingen sie über Existenzen hinweg, sie trugen die Fratze des Kapitalismus offen und brutal zur Schau und um hundert Prozent Gewinn verkauften sie alle moralischen und sittlichen Bedenken — wie alle Kapitalisten, ob sie Rotter oder Krupp oder Thyssen heißen. Aber nun muß man sich auch ihre Entführer ansehen, die Hinterhältigkeit, mit der sie vorgingen, um den ganzen Irrsinn zu begreifen, von dem ein Teil des deutschen Volkes befallen ist. Schlimmer aber als die Tat selbst ist, daß die Burschen, die sich da zu der hinterhältigen Tat hergaben, überzeugt sind, daß sie eine heldische Tat vollbracht haben.

Der Menschenraub wurde am 5. April inszeniert. Der Hotelier Schädler, bei dem die beiden Direktoren, die Gattin des einen Rotter und die Witwe Julie Wolf wohnten, hatte sich das Vertrauen dieser Gäste zu erschleichen gewußt. Schädler ist der Besitzer des Waldhotels in Vaduz.

Er brachte seine Gäste mit dem Kraftwagen nach Gaflei, wo die Angeklagten Rheinberger und Frommelt mit einer geworbenen deutschen Nazigruppe zum Ueberfall bereitstanden. Kaum entstiegen die Opfer dem Wagen, stürzten die Nazi aus dem Hinterhalt. Mit Gaspistolen sollten die Ueberfallen betäubt werden. Dann wollte man sie mit Handschellen fesseln, in das deutsche Auto schleppen und über Oesterreich nach Deutschland bringen.

Die Gaspistolen versagten aber und die Betäubung mißlang. So kam es zum Handgemenge. **Fritz Rotter erhielt einige Hiebe gegen die Stirn. Plötzlich sah er sich allein** und folgte der Einladung Schädlers, in dessen Auto zu steigen, mit dem ihn Schädler nach Vaduz in Sicherheit bringen wollte. Fritz Rotter ließ sich von Schädler täuschen. In rasendem Tempo ging es aber über Vaduz hinaus, und als Fritz Rotter bemerkte, daß es nun auf Leben und Tod gehe, riß er den Wagenschlag auf und sprang aus dem dahinsausenden Auto.

Auch Alfred Rotter und seine Frau konnten schließlich die Angreifer abschütteln. Sie flüchteten über einen steilen Abhang hinunter, stürzten und kollerten über Felsen in die Tiefe. Sie wurden als Leichen gefunden.

Der Gastfreund ...

Rudolf Schädler ist der Anstifter der Tat.

Er erschlich sich durch freundschaftliche Annäherung an die Familie Rotter deren Vertrauen und lud sie zu einer gelegentlichen Autotour nach Gaflei ein. Er kundschaftete auch aus, ob die Schneeverhältnisse auf den Grenzstraßen die Autofahrt über die Höhenpässe ermöglichten. Die deutsche Ueberfallsgruppe versteckte er in seinem Kurhaus, schaffte Morphium und die Injektionsspritze herbei und trieb schließlich die Opfer der Ueberfallsabteilung in die Arme. Nachdem der Menschenraub gescheitert war, näherte er sich den Ueberfallenen in der Maske des Retters und Helfers und unternahm selbst noch einen Versuch, wenigstens Fritz Rotter zu entführen. Dieser Plan wäre auch gelungen, wenn Fritz Rotter nicht, die Gefahr erkennend, aus dem fahrenden Auto gesprungen wäre.

Die Gastfreundschaft, und sei es auch die Gastfreundschaft von Betrügern, dazu auszunützen, um einen Mord zu begehen, das ist nicht einmal bei den Kopfjägern der Südsee möglich. Da mußten erst die Nazi und die Lehre vom Dritten Reich kommen, um solches wieder möglich zu machen. Selbstverständlich wurden die reichsdeutschen Burschen, die über die Grenzen flüchteten, in Deutschland nicht behelligt: sie sind auf freiem Fuß und rühmen sich ihrer Tat.

Ein österreichischer Richter als Vorsitzender.

Als Vorsitzender des Kriminalgerichtes ist Landesgerichtsrat Schmied aus Feldkirch in Vorarlberg berufen worden. Oeffentlicher Ankläger ist der Schweizer Staatsanwalt Dr. Lenzlinger aus St. Gallen. Alle vier Angeklagten sind in Haft.

„Vaterländische Motive."

Vaduz, 7. Juni. (C. N.-B.) Nach Verlesung der Anklageschrift wurde Kurhausbesitzer Schädler vernommen, der angab, lediglich aus vaterländischen Motiven gehandelt zu haben.

Arb.-Ztg. Chem.
8.6.33.

28.7.32
D.A.Z.

Das Urteil gegen die Rotter-Entführer

Drei Angeklagte zu Gefängnis verurteilt, einer freigesprochen

ib. **Konstanz**, 27. 7. (Eigenbericht)

Wegen Freiheitsberaubung und versuchter Nötigung, begangen in Liechtenstein beim Versuch der Entführung der Brüder Rotter, hatten sich vor dem Schöffengericht Konstanz zu verantworten: der Kraftfahrer Max Witt aus München, der Hilfsarbeiter Josef Wieser aus Baden-Baden, die beiden Schüler des Technikums Konstanz Jacob Lehmann und Theodor Grötz, sowie der Kraftfahrer Gotthelf Trommetter aus Schützingen, alle wohnhaft in Konstanz.

Die Vorgeschichte ist noch allgemein bekannt. Die geistigen Urheber sind bereits im Ausland abgeurteilt, welches Urteil vorweg ohne Zutun deutscher Behörden anerkennt, daß die Konstanzer Mitwirkenden bei der Entführung leichter zu bestrafen seien als die Liechtensteiner. Aus der Vernehmung aller Angeklagter ergibt sich, daß sie aus rein vaterländischen Gründen gehandelt hatten, ohne Aussicht auf irgend eine Belohnung, die auch nicht ausgeschrieben war; lediglich der Wunsch, die beiden Rotters als erwiesene Schädlinge, der deutschen Gerichtsbarkeit wieder zuzuführen, hat sie veranlaßt, den Plan durchzuführen.

Der Staatsanwalt erkannte die idealen Gründe der Angeklagten an, legte diesen edle Motive unter, würdigte die Rechtslage nach deutschem und liechtensteinischem Recht, kam aber unter Würdigung aller Umstände doch zu einem Antrag auf je drei Monate Gefängnis mit Ausnahme Trommetters, der lediglich als Fahrer verpflichtet war. Der Staatsanwalt bedauerte, daß irgend eine Erleichterung, wie z. B. Festungshaft, nicht in Betracht kommen könne. Der Verteidiger würdigte ebenfalls die ehrenhaften Motive der Angeklagten im Gegensatz zu dem schändlichen Verhalten der beiden Rotters, die Millionen unterschlagen haben, und glaubte, daß sechs Wochen Gefängnis eine ausreichende Sühne seien. Daß die Angeklagten an den beiden Todesfällen unschuldig seien, erkannten Staatsanwalt und Verteidiger an.

Das Urteil lautete auf je drei Monate Gefängnis für die erstgenannten vier Angeklagten unter Aufbürdung der Kosten, während Trommetter kostenlos freigesprochen wurde.

Aus der Urteilsbegründung sei hervorgehoben, daß die Angeklagten die Absicht hatten, die Rotters der persönlichen Freiheit zu berauben und sie zwangsläufig nach Deutschland zu bringen. Waren auch Steckbriefe gegen die Rotters erlassen und waren diese auch den schweizerischen und österreichischen Behörden zugestellt, so hatten die Angeklagten aber doch nicht das Recht, die Schuldigen zwangsläufig zu holen. Die lauteren Motive und die vaterländischen Gründe der Angeklagten werden auch hier anerkannt und als strafmildernd gewürdigt, straferschwerend aber sei die Schwere der Tat an sich, die immerhin nebenher auch zwei Menschenleben kostete und zwei weitere Verletzungen erforderte.

28.7.33

dblatt
orgenblatt

78. Jahrgang Nr. 553—5

er Zeitu

elsblatt

(Neue Frankfurter Zeit

old Sonnemann

egramme: Zeitung Frankfurtmain — Postscheck: Frankfurt-M 4430

Die versuchte Entführung der Brüder Rotter.

Die deutschen Täter vor Gericht.

Konstanz, 27. Juli. (Wolff.) Am Mittwoch standen die drei deutschen Teilnehmer der am 5. April 1933 versuchten Entführung der Gebrüder Rotter in Liechtenstein wegen Freiheitsberaubung und versuchter Nötigung vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Konstanz. Angeklagt waren der 56 Jahre alte Kraftwagenführer Max Witt aus München, der 23 Jahre alte Hilfsarbeiter Joseph Wieser aus Baden-Baden, der 35 Jahre alte Jakob Lehmann aus Simmersfeld (Württemberg), der 33 Jahre alte Kraftwagenführer Gotthelf Trommeter aus Schutzingen (Württemberg), alle in Konstanz wohnhaft, und der 33 Jahre alte Student Theodor Görtz aus Gernsbach (Baden). Bekanntlich waren die Täter am 27. April von den österreichischen Behörden an die Polizeidirektion Lindau übergeben worden. Sie wurden in Haft genommen, später jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Alle Angeklagten, außer Trommeter, waren geständig. Sie hatten am 5. April ohne Vorwissen und Einwilligung der rechtmäßigen Obrigkeit versucht, sich der Gebrüder Alfred und Fritz Rotter, der Ehefrau des Alfred und einer Frau Wolf mit Gewalt zu bemächtigen, um sie wider ihren Willen an ein auswärts gelegenes, angeblich deutsches Gericht, zu überliefern. Alfred Rotter und seine Ehefrau fanden dabei, wie erinnerlich, den Tod; Fritz Rotter und Frau Wolf wurden schwer verletzt.

Das Motiv der Tat, wie es die Angeklagten vorbrachten, nämlich die Gebrüder Rotter der deutschen Gerichtsbarkeit zuzuführen, ist nach Ansicht des Gerichts durchaus glaubhaft. Irgendwelche finanziellen Gründe hatten die Täter nicht. Die Angabe der Angeklagten, sie hätten nur im vaterländischen Interesse gehandelt, wurde von dem Gericht für zutreffend befunden. Der Anklagevertreter beantragte die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis für vier Angeklagte und einen Monat Gefängnis für Trommeter.

Das Urteil lautete: Die Angeklagten Witt, Wieser, Lehmann und Görtz werden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Trommeter wird freigesprochen.

Die Anklage gegen Rotter und Genossen.

≠ Berlin, im Juli. Die Staatsanwaltschaft hat die Anklage im Rotterprozeß erhoben, und zwar gegen den Theaterdirektor Fritz Scheie genannt Rotter, den Theaterdirektor Kurt Lerch (Dresden), den Direktor Ludwig Apel, den Syndikus Sami Glückmann und den Geschäftsführer Hans Liebschütz. Fritz Rotter als dem Hauptbeschuldigten wird Untreue, übermäßiger Aufwand und Beiseiteschaffung von Vermögensstücken vorgeworfen, Lerch ist der Begünstigung angeklagt, Apel, Glückmann und Liebschütz wird zum Vorwurf gemacht, daß sie sich von den Rotters hätten beeinflussen lassen, die Bücher der formell unter ihrer Leitung stehenden Gesellschaften des Rotterkonzern nicht ordentlich geführt und nicht rechtzeitig Konkurs angemeldet hätten. Zu den einzelnen Vorwürfen wird darauf verwiesen, daß die Gebrüder Alfred und Fritz Rotter die eigentliche Geschäftsleitung ihres Bühnenkonzerns gehabt hätten, obwohl sie selbst bei den einzelnen GmbH's. nicht als Geschäftsführer fungierten, und daß Apel, Glackmann und Liebschütz eigentlich nur Strohmänner waren, die nach den Anweisungen der Rotters arbeiten mußten. Nach den Feststellungen, die im Laufe des etwa 5½ Monate dauernden Verfahrens getroffen wurden, haben die Rotters wild in die eigene Tasche gearbeitet, und das Vermögen der einzelnen Firmen rücksichtslos geschädigt und dadurch die Gläubiger benachteiligt. Ihr Verbrauch hat in einem einzigen Jahr rund 300 000 Mark betragen, und für ungefähr die gleiche Summe fehlen jegliche Belege, so daß angenommen werden muß, daß etwa 300 000 Mark von ihnen ins Ausland geschafft worden sind. Die Buchführung bei den einzelnen Gesellschaften war, um jede Kontrolle unmöglich zu machen, verschleiert. Es waren falsche Bilanzen aufgestellt und sonstige Manipulationen vorgenommen worden, um die wahre Lage des Konzerns zu verbergen. Direktor Lerch, der das Zentraltheater in Dresden leitete, wird vorgeworfen, daß er, Fritz Rotter, der von der Staatsanwaltschaft gesucht wurde, mit seinem Wagen über die Grenze nach der Tschechoslowakei gebracht, sich also der Begünstigung schuldig gemacht habe.

Nachdem Alfred Rotter vor einiger Zeit in der Nähe von Vaduz, wohin sich die beiden Brüder geflüchtet hatten, bei einem Entführungsversuch zusammen mit seiner Frau ums Leben gekommen ist, konnte die Anklage nur noch gegen seinen Bruder Fritz erhoben werden. Aber auch Fritz Rotter kann im Augenblick von deutschen Gerichten nicht zur Verantwortung gezogen werden, da es ihm vor kurzem gelungen ist, aus Vaduz zu flüchten und sich seitdem irgendwo im Ausland verborgen zu halten. Infolgedessen muß das Verfahren gegen ihn abgetrennt werden und so lange ruhen, bis man seiner habhaft werden kann. Das Hauptverfahren, dessen Eröffnung von der Staatsanwaltschaft beantragt ist, kann sich also vorläufig nur gegen Lerch, Apel, Glückmann und Liebschütz richten.

Auslieferung an Deutschland

Der Ueberfall auf die Brüder Rotter

INNSBRUCK, 28. APRIL

Das Justizministerium hat dem Landesgericht Innsbruck, dem auch die Vorarlberger Gerichte unterstehen, den Beschluß übermittelt, die nach der versuchten Entführung der Gebrüder Rotter aus Liechtenstein verhafteten fünf Konstanzer Studenten an das Deutsche Reich auszuliefern. Der in Oesterreich verhaftete Liechtensteiner Rheinberger wird nach Liechtenstein ausgeliefert werden. Die Auslieferung wird in den nächsten Tagen erfolgen. Uhs 28.IV.33.

Die Rotter-Mörder werden von Oesterreich ausgeliefert
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
an Deutschland...

(UZD) Die Bundesregierung von Oesterreich hat beschlossen, gegen die auf Vorarlberger Gebiet geflüchteten Mörder der Brüder Rotter unnachsichtlich zu verfahren und sie - nach Deutschland auszuliefern. Diese Entscheidung ~~kürzte~~ des Wiener Justizministeriums wird die Mörder freuen: sie riskieren höchstens, wegen mangelhafter Erledigung ihres Auftrags bestraft zu werden. Den zweiten Bruder ~~Rotter~~ vermochten sie nämlich nicht umzubringen.

DAZ 28.7.33.

Das Urteil gegen die Rotter-Entführer

Drei Angeklagte zu Gefängnis verurteilt, einer freigesprochen

ib. Konstanz, 27. 7. (Eigenbericht)

Wegen Freiheitsberaubung und versuchter Nötigung, begangen in Liechtenstein beim Versuch der Entführung der Brüder Rotter, hatten sich vor dem Schöffengericht Konstanz zu verantworten: der Kraftfahrer Max Witt aus München, der Hilfsarbeiter Josef Wieser aus Baden-Baden, die beiden Schüler des Technikums Konstanz Jacob Lehmann und Theodor Grötz, sowie der Kraftfahrer Gotthelf Trommetter aus Schützingen, alle wohnhaft in Konstanz.

Die Vorgeschichte ist noch allgemein bekannt. Die geistigen Urheber sind bereits im Ausland abgeurteilt, welches Urteil vorweg ohne Zutun deutscher Behörden anerkennt, daß die Konstanzer Mitwirkenden bei der Entführung leichter zu bestrafen seien als die Liechtensteiner. Aus der Vernehmung aller Angeklagter ergibt sich, daß sie aus rein vaterländischen Gründen gehandelt hatten, ohne Aussicht auf irgend eine Belohnung, die auch nicht ausgeschrieben war; lediglich der Wunsch, die beiden Rotters als erwiesene Schädlinge, der deutschen Gerichtsbarkeit wieder zuzuführen, hat sie veranlaßt, den Plan durchzuführen.

Der Staatsanwalt erkannte die idealen Gründe der Angeklagten an, legte diesen edle Motive unter, würdigte die Rechtslage nach deutschem und liechtensteinschem Recht, kam aber unter Würdigung aller Umstände doch zu einem Antrag auf je drei Monate Gefängnis mit Ausnahme Trommetters, der lediglich als Fahrer verpflichtet war. Der Staatsanwalt bedauerte, daß irgend eine Erleichterung, wie z. B. Festungshaft, nicht in Betracht kommen könne. Der Verteidiger würdigte ebenfalls die ehrenhaften Motive der Angeklagten im Gegensatz zu dem schändlichen Verhalten der beiden Rotters, die Millionen unterschlagen haben, und glaubte, daß sechs Wochen Gefängnis eine ausreichende Sühne seien. Daß die Angeklagten an den beiden Todesfällen unschuldig seien, erkannten Staatsanwalt und Verteidiger an.

Das Urteil lautete auf je drei Monate Gefängnis für die erstgenannten vier Angeklagten unter Aufbürdung der Kosten, während Trommetter kostenlos freigesprochen wurde.

Aus der Urteilsbegründung sei hervorgehoben, daß die Angeklagten die Absicht hatten, die Rotters der persönlichen Freiheit zu berauben und sie zwangsläufig nach Deutschland zu bringen. Waren auch Steckbriefe gegen die Rotters erlassen und waren diese auch den schweizerischen und österreichischen Behörden zugestellt, so hatten die Angeklagten aber doch nicht das Recht, die Schuldigen zwangsläufig zu holen. Die lauteren Motive und die vaterländischen Gründe der Angeklagten werden auch hier anerkannt und als strafmildernd gewürdigt, straferschwerend aber sei die Schwere der Tat an sich, die immerhin nebenher auch zwei Menschenleben kostete und zwei weitere Verletzungen erforderte.

---

arti Socialiste (S.

Victime des nazis

Populaire Alfred ROTTER 8. Juin 33

On se souvient de la tentative d'enlèvement dont furent victimes de la part de nazis allemands deux directeurs de théâtre berlinois, les frères Rotter, qui s'étaient réfugiés sur le territoire de la principauté de Liechtenstein. Le procès intenté à quatre des auteurs de l'attentat a commencé à Vaduz. Il durera deux ou trois jours.

Lors de l'attentat, M. Alfred Rotter et sa femme firent une chute mortelle et M. Fritz Rotter fut grièvement blessé en sautant d'une auto en marche dans un ravin. Dernièrement, M. Fritz Rotter a disparu du Liechtenstein.

L'attentat a été commis par quatre ressortissants du Liechtenstein, les accusés, et cinq Allemands, dans l'intention d'enlever les frères Rotter et de les transporter au delà de la frontière pour les remettre à la justice allemande.

A l'audience d'hier matin ont été entendus M. Schadler, hôtelier, et M. Rheinberger, étudiant

8 Uhr-Abendblatt

National-Zeitung

Anzeigenpreise. Die zwölfgespaltene Millimeter-Zeile 40 Pfennig. – Kleine Anzeigen (Wortanzeigen): Das fettgedruckte Wort 50 Pf., das Textwort 25 Pf., viergespalt Reklame-Millimeter-Zeile 3.– Mk. Rabatte nach Tarif Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen u bestimmten Plätzen keine Gewähr

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Jerusalemer Str 46/49, in den Filialen der Firma Rudolf Mosse, sowie in allen Anzeigen-Expeditionen. Anzeigen-Verwaltung Fernspr. A 7. Dönhoff 304.

86. Jahrg. Berlin, Donnerstag, 6. April 1933 **Nr. 82**

Bezugspreis durch die Post M. 4,– monatl. einschl. 48 Pf. Postzeitungsgebühren, hierzu Bestellgeld. Abonnements in Groß-Berlin zum Preise von M. 1,– wöchentlich oder M. 4,– monatl. (davon 36 Pf für die Zustell.) nehmen die Geschäftsstelle, Berlin SW 100, Jerusalemer Str 46–49, und alle Filialen der Firma Rudolf Mosse an – Postscheckkonto Nr. 27190 – Fernsprecher: Stadtverkehr: Sammel-Nr A 7. Dönhoff 3440 Fernverkehr: Sammel-Nrn. A 7. Dönhoff 4207. 8295.

Einzelnummer 20 Pfennig

Erregung in Vaduz / „Akron"-Unglück: Fahrlässigkeit!

Sensationelle Aeusserungen des Leiters der Lakehurster Station
Untersuchung des Rotter-Anschlages / Reichskanzler vor Aerzten

y. **Vaduz**, 6. April.

Unser Korrespondent drahtet:

Die versuchte Entführung der Brüder Rotter, die mit dem Tode des Ehepaares Alfred Rotter und mit erheblichen Verletzungen Fritz Rotters und einer weiteren Berliner Dame, des Fräuleins Wolf, endete, hat im Liechtensteiner Ländchen, namentlich in den dortigen Emigrantenkreisen, größte Erregung hervorgerufen. Heute vormittag findet die amtliche Leichenschau bei Alfred und Gertrud Rotter statt, nachdem die Toten soeben von den Bergen nach Vaduz hinuntergeschafft worden sind. Fritz Rotter liegt zurzeit mit ernsthaften Verletzungen an der Achsel im Waldhotel in Vaduz, ebendort auch Fräulein Wolf, die noch in der Nacht notdürftig verbunden wurde und nicht ganz so erhebliche Verwundungen auf der Flucht davongetragen hat. Zurzeit werden die auf österreichischem Boden in Feldkirch festgenommenen Täter eingehend durch den österreichischen Landrichter, Dr. Thurnher, vernommen. Die liechtensteinische Landesregierung wird ungesäumt den Auslieferungsantrag stellen. Die verhafteten Täter sind bis auf zwei deutsche Staatsangehörige.

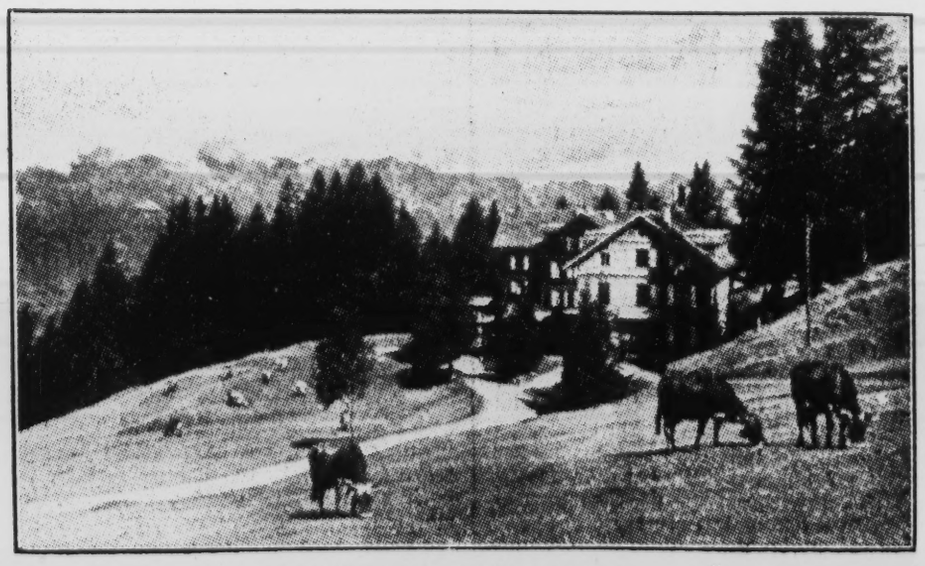
Ueber die Ausführung des Entführungsversuchs und seine Urheber sind bis jetzt folgende Einzelheiten bekanntgeworden: Die Hauptbeteiligten sind der 1877 geborene Chauffeur Max Witt aus Konstanz, der 33jährige Chauffeur Gotthilf Trommetter, ebenfalls in Konstanz wohnhaft, der 23jährige Student Theodor Grätz aus Gernsbach in Baden, der 35jährige Schreiner Fritz Lehmann aus Jiemersfeld, der 23jährige Hilfsarbeiter Albert Wieser aus Konstanz. Die Mittäter, die liechtensteinische Staatsangehörigkeit besitzen, sind der 20jährige Peter Reinberger Student und Sohn des Gastwirts Reinberger auf Burg Gutenberg bei Balzers in Liechtenstein, sowie der Vaduzer Hotelier Schädler, Besitzer des bekannten Kurhauses Gaflei.

Ob die Idee, die Rotters zu entführen, in Konstanz oder in Vaduz selbst entstanden ist, haben die bisherigen Vernehmungen noch nicht zweifelsfrei klarstellen können.

Es spricht indessen eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß der geistige Urheber der Tat der Hotelier Schädler ist, bei dem die Rotters gewohnt haben.

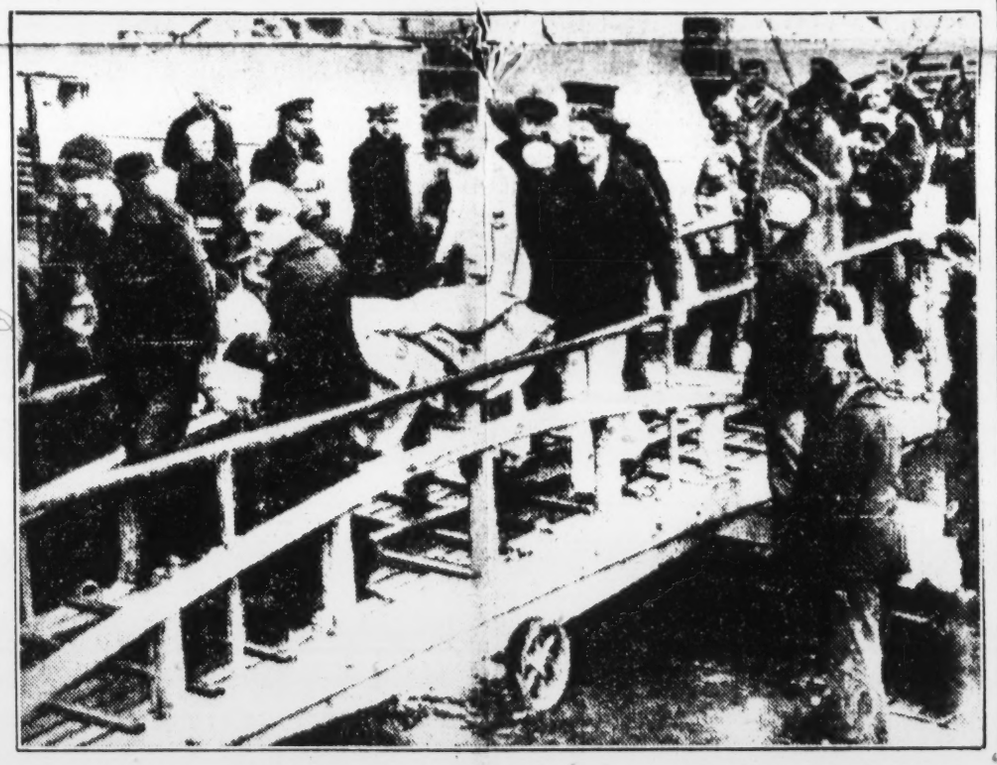
Schädler soll sich hinsichtlich der Beweggründe der Tat dahin geäußert haben, daß er die Rotters, die er als Schädlinge betrachtet habe, zwangsweise aus Liechtenstein habe entfernen wollen. Er hätte in der letzten Zeit aus Deutschland zahlreiche Zuschriften und Schreiben früherer Gäste erhalten, die ihm ankündigten, daß sie sein Hotel nicht wieder besuchen würden, solange die Rotters im Lande geduldet würden.

Den Tätern droht eine Anklage wegen Menschenraubs mit lebensgefährdendem Ausgang droht Für dieses Verbrechen sieht das in Liechtenstein geltende Recht eine Strafe von 20 Jahren Kerker vor.



Das Kurhaus Gaflei in Vaduz

Erstes Funkbild von der furchtbaren Katastrophe der „Akron"



Wir sehen hier die Ueberlebenden des Riesen-Luftkreuzers, die in Brooklyn an Land gebracht werden. Auf der Bahre die Leiche R. E. Deals, hinten auf der Schiffsbrücke, in ein Tuch gewickelt, M. E. Erwins, links in heller Uniform der erste Offizier der „Akron", Kapitänleutnant H. V. Wiley

Norman Davis morgen in Berlin

Unser Korrespondent drahtet:

6. April.

Wie der „Matin" mitteilt, wird Norman Davis morgen nach Berlin reisen, um an diesem Wochenende mit dem deutschen Außenminister von Neurath zusammenzutreffen, der Sonntag abend Berlin für zwei Wochen verlassen wollte.

S. **London**, 6. April.

MacDonald fährt nach Amerika, um gutes Wetter für die Weltwirtschaftskonferenz zu machen. Die Reise ist auf das amerikanische Publikum berechnet. Mit diesem Argument ist der Premierminister auch im Kabinett durchgedrungen, in dem er und Baldwin die optimistische Beurteilung der Weltwirtschaftskonferenz vertreten. Sie erhoffen von der Weltwirtschaftskonferenz eine durchschlagende Besserung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Weltlage.

Scharfer Protest in Warschau

wegen der Vorfälle in Ost-Oberschlesien

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes wird heute der deutsche diplomatische Vertreter in Warschau wegen der Vorfälle protestieren, die sich in den letzten Tagen in Ostoberschlesien ereignet haben.

Heute Verordnung:

Auf See Schwarz-Weiss-Rot!

Wie verlautet, wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages eine Verordnung veröffentlicht werden, die den deutschen Handelsschiffen das Recht gibt, die schwarz-weißrote Flagge ohne die schwarzrotgoldene Gösch zu führen. führen.

General-Landschaftsdirektor von Hippel verhaftet

T. U. **Königsberg**, 6. April.

Wie die Telegraphen-Union von dem Untersuchungskommissar bei der ostpreußischen Landschaft, Dr. Kühn, auf Anfrage erfährt, ist Generallandschaftsdirektor von Hippel verhaftet worden. Ueber die Gründe der Verhaftung und die weitere Verhaftung von Beamten der Landschaft ist im Interesse der Ermittlungen zunächst noch nichts mitzuteilen.

Paris Soir 8 juin 35.

DERNIÈRES

(SUI?

Le procès des agresseurs des frères Rotter

(SUITE DE LA PREMIERE PAGE)

Le chemin est long jusqu'au tribunal. On y rencontre les deux curiosités de Vaduze : l'une est l'église, avec la flèche et ses ogives, qui se découpent sur le vert sombre du feuillage ; l'autre est le palais du gouvernement avec ses riches ornements Renaissance.

Le long de la route, de bonnes auberges campagnardes nous offrent leurs truites succulentes et les vins piquants de Vaduze. Cher vin de Vaduze qui possède le soleil des montagnes et la tiédeur du « foehn ». Sur la falaise, le château domine le Rhin.

Des fantômes hantent ses salles désertes. Le plus terrible souvenir remonte à la guerre de Trente Ans, quand les prisons du château étaient pleines de femmes, d'hommes et d'enfants et que gémissements et cris ne cessaient ni jour ni nuit. C'est alors que la sorcellerie, répandue dans toute l'Allemagne, fit à Liechtenstein cent-vingt victimes. Mais il y a aussi des souvenirs joyeux. En 1718, le peuple de Liechtenstein réuni dans la cour du château, prêta serment à la maison régnante actuelle.

Au tribunal

Mais il faut nous hâter. L'heure approche où, devant le tribunal de la principauté, le procès Rotter va commencer. La salle du tribunal est si exiguë qu'on se demande, une heure avant l'audience, s'il y aura assez de places pour les juges, les avocats et les accusés, sans parler, évidemment, de la presse et des spectateurs.

Aux murs, le portrait du prince et un crucifix, sur une table, deux bougies dans des chandeliers de porcelaine.

La petite salle s'est vite remplie. Or, il y a tout juste vingt personnes. Encore, les acteurs principaux sont-ils invisibles. Dehors et dans les couloirs, on entend des pas pressés. Mais voilà qu'apparaissent les quatre accusés et leurs quatre avocats2. Deux autres avocats représentent Fritz Rotter et Mme Wolff. L'étudiant Reinsberger, grand ,svelte, bien rasé, impeccable, éclatant de jeunesse ; le propriétaire de l'hôtel Schedler, plutôt malingre, avec une tête d'intellectuel et un profil délicat ; le chauffeur Frommel, blond, trapu, le regard hardi, les poings solides. Il porte des souliers vernis qui font un font un singulier contraste avec sa vigoureuse stature de paysan.

Enfin, l'archicte Roeckle, grisonnant. Il est dans la force de l'âge. On remarque aussitôt sa supériorité intellectuelle sur ses jeunes complices. L'emprisonnement n'a laissé aucune trace sur les inculpés. Ils sont parfaitement maîtres d'eux-mêmes et, exception faite de l'architecte Roeckle, ils ont l'air plutôt inoffensifs.

Le président, un Autrichien correct et poli, ouvre la séance. Il donne lecture de l'acte d'accusation, précis et détaillé, qui embrasse les difftrents points que nous avons rapportés hier.

Les accusés écoutent avec la plus grande attention et, tandis que je vous téléphone, la lecture dure encore.

La journée promet d'être riche en sensations de tout ordre. L'ombre du frère Rotter hante la salle du tribunal. Les avocats tendent l'oreille et font courir les stylographes. Les échevins, malgré la chaleur, résistent bien au sommeil. Quelques spectateurs m'ont tout l'air d'être en faveur des accusés.

Il est déjà clair que ces derniers vont alléguer un seul motif : le patriotisme. C'est là une manœuvre assez commode. Nous verrons si elle réussira. — *Léon Herrmann.*

Quatre des agresseurs des frères Rotter sont condamnés

Vaduz, 9 juin. — Le tribunal criminel a rendu son verdict dans le procès Rotter.

Ont été condamnés :

Schaedler, à 12 mois de prison ; Rheinberger, à 9 mois ; Frommelt, à 5 mois, et Roeckle, à 4 mois.

Tous quatre ont été reconnus coupables d'actes de violence et de tentative de rapt.

Mme veuve Wolf a obtenu une indemnité civile de 744 francs suisses et 3.077 francs belges. Les autres revendications de la partie civile ont été renvoyées pour examen devant le tribunal civil. Les frais du procès sont à la charge des condamnés qui ont quatre jours pour faire appel.

... sont alertes. 9-11-35

populaire

Victime des Nazis Frédéric Rotter ne sera pas extradé

L'ancien directeur des Théâtres Berlinois, Frédéric Rotter, contre lequel une demande d'extradition pour abus de confiance et banqueroute avait été formée par le gouvernement allemand, et qui se trouvait détenu à la prison d'Aix-en-Provence, vient d'être mis en liberté à la suite du refus opposé par le gouvernement français à la demande du Troisième Reich.

Frédéric Rotter, qui fut grièvement blessé par les nazis sur le territoire de Lichtenstein au cours de l'attentat dans lequel son frère et sa belle-sœur trouvèrent la mort, avait été défendu devant la Cour d'Aix par Me Henry Torrès.

Die Entführungs-Tragödie

Der Ueberfall auf die Rotters — Wer urteilt die Täter ab?

△ VADUZ, 6. April.

(Telephonat unseres Korrespondenten)

Die Erregung über die Vorgänge im Zusammenhang mit der versuchten Entführung der Rotters und dem tragischen Ableben der Familie Alfred Rotter ist nach wie vor gross. Von den Behörden in Vaduz ist, wie bereits kurz berichtet wurde, eine Untersuchung eingeleitet worden. Erst nach Ablauf eingehendster Vernehmungen der verletzten Frau Wolf und Fritz Rotters sowie nach dem Verhör der Täter wird die Regierung von Liechtenstein ihre Massnahmen treffen. Ein Begehren um Auslieferung der in Feldkirch inhaftierten Täter ist deshalb bisher noch nicht erfolgt.

*

Wie wir zu dem missglückten Entführungsversuch in Vaduz von massgebender Stelle erfahren, wird sich die Berliner Staatsanwaltschaft mit den zuständigen Behörden, insbesondere mit der Staatsanwaltschaft in Feldkirch, in Verbindung setzen, um authentische Nachrichten über den Hergang des Ueberfalls auf die Rotters zu erhalten. Auf das in Berlin anhängige Verfahren dürfte der Vorfall, wie immer auch seine Einzelheiten sich abgespielt haben mögen, ohne Einfluss bleiben, weil ohnehin, wie bereits gemeldet, nach Lage der Dinge nur mit einer Verhandlung gegen die Mitarbeiter der Rotters in Berlin zu rechnen war.

Lediglich das Verfahren gegen Alfred Rotter kommt nun zur sofortigen Einstellung.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass es selbst bei einer geglückten Entführung der Brüder über die Grenzen Liechtensteins nach der Schweiz oder nach Oesterreich zweifelhaft gewesen wäre, ob diese Länder die Entführten, die ja auf Grund des gegen sie von Berlin erlassenen Haftbefehls hätten festgenommen werden müssen, dann auch an Deutschland ausgeliefert hätten, weil sie auf illegale Weise, nämlich gegen ihren eigenen Willen, den Grenzübertritt vollzogen hätten.

Eine andere Frage ist es, welche Schritte gegen die an der Entführung beteiligten deutschen Staatsangehörigen zu ergreifen wären. Hier dürfte allerdings kaum die Berliner Staatsanwaltschaft, sondern die badische Strafverfolgungsbehörde in Frage kommen, weil der Kraftwagen, der zu dem Ueberfall benutzt wurde, aus Konstanz stammen soll. Dabei ist von vornherein zu berücksichtigen, dass die Opfer dieser Affäre sämtlich keine Reichsdeutschen sind. Die Rotters sind bekanntlich Staatsbürger von Liechtenstein geworden, und die bei dem Ueberfall verwundete Frau Wolff ist nach unseren Informationen belgische Staatsangehörige. Sie ist schon seit langem mit den Rotters befreundet und soll ihnen auch seinerzeit, und zwar noch vor ihrer Flucht aus Deutschland, bei den finanziellen Transaktionen, die die Uebersiedlung nach Vaduz vorbereiteten, behilflich gewesen sein. Da die Tat auf Liechtensteinischem Gebiet und zum Teil auch an Bürgern des Fürstentums verübt wurde,

dürfte die Regierung in Vaduz von Oesterreich die Auslieferung der in Feldkirch Verhafteten verlangen.

Das gerichtliche Nachspiel dieses Entführungsversuchs würde also auf jeden Fall zunächst nicht vor einem deutschen Gericht stattfinden.

7. April 1933

Vorarlberger Volksblatt

Das Ende der Rotters

Entführungsversuch in Liechtenstein — Alfred Rotter und Frau auf der Flucht tödlich abgestürzt — Fritz Rotter beim Sprung aus dem Auto schwerverletzt

d. Vaduz, 6. 4. (Eigenbericht)

Am Mittwochnachmittag wurden die ehemaligen Berliner Theaterdirektoren Fritz und Alfred Rotter, dessen Frau und die Sekretärin Frau Wolf vor dem Kurhaus Gafley bei Triesenberg (Liechtenstein) von sieben Männern überfallen, die sie zwingen wollten, mit ihnen nach Deutschland zurückzukehren. Es kam zu einem Handgemenge. Alfred Rotter, seine Frau, sowie Frau Wolf versuchten, über einen Hang zu entfliehen. In dem abschüssigen Gelände verloren sie den Halt und stürzten in einen ausgetrockneten Wildbach. Alfred Rotter und seine Frau erlitten tödliche Verletzungen, während sich Frau Wolf schwere Knochenbrüche zuzog. Fritz Rotter, der von den Entführern gefesselt in das Auto geschleppt worden war, sprang, als er merkte, daß der Wagen die Richtung nach der deutschen Grenze einschlug, aus dem Auto und trug dabei einen Schulterbruch und Kopfverletzungen davon.

Der Ueberfall

Mittwoch nachmittag hatte der neue Besitzer des in 1400 Meter Höhe gelegenen Alten Kurhauses Gafley bei Triesenberg, ein gebürtiger Liechtensteiner, Rudolf Schadler, die Brüder Alfred und Fritz Rotter, Frau Gertrud Rotter und eine bei ihnen zu Besuch weilende Frau Wolf zu einer Besichtigung des Kurhotels eingeladen und mit dem Auto aus Vaduz abgeholt.

Als sie in Gafley eintrafen, stürzten sich aus dem Walde sechs Leute auf die Insassen des Kraftwagens, um sie unter Bedrohung mit Pistolen zu entführen. Fritz Rotter wurde am rechten Handgelenk gefesselt, während die anderen drei die Flucht ergriffen, verfolgt von einigen der Leute, die aus einer Schreckschußpistole mehrere Schüsse auf die Fliehenden abgaben.

Ueber das Schicksal der Flüchtenden erhielt man erst später Nachricht, als die auf Bitten von Fritz Rotter ausgesandte Rettungsexpedition nach Vaduz zurückkehrte.

Fritz Rotter, dem es trotz der Verletzungen, die er bei seinem Sprung aus dem fahrenden Auto erlitten hatte, gelungen war, sich in das nahegelegene Gasthaus Waldig zu schleppen, benachrichtigte die Polizei von dem Vorfall, die sofort die Grenzstellen verständigte, um den deutschen Wagen, den Rotter als eine Autodroschke gekennzeichnet hatte, anzuhalten.

Die Festnahme der Täter

Bereits nach einer halben Stunde konnte der Konstanzer Wagen in Vorarlberg, in Götzis im Bezirk Feldkirch, gestellt werden. Die Insassen wurden in Haft genommen.

Es handelt sich bei den Festgenommenen, die sämtlich in Konstanz wohnhaft sind, um den am Konstanzer Technikum [illegible] 20 Jahre alten Meter Meislinger

nachdem die Hülle aufgetroffen worden war.

Am Sonnabend, dem 8. April, wird in der Ausstellungshalle auf dem Gelände am Aaiserdamm die 5. Berliner Auto- und Motorrad-Messe mit Unterstützung des Reichsverbandes des Kraftfahrzeug

Wolf, die sofort dem Krankenhaus in Vaduz zugeführt wurde, machte noch am gleichen Abend über die Flucht Aussagen.

Danach waren die Flüchtenden in ein sehr schwieriges Gebiet, die sogenannten Fürstensteig-Hänge, die den Aufstieg zu den Drei Schwestern bilden, geraten. Auf dem gefährlichen Schotterboden waren sie dann ausgeglitten und in den Wildbach gestürzt.

Die Leichen von Alfred Rotter und Frau, die in einem Abstand von fünf bis sechs Metern voneinander liegend aufgefunden wurden, sind in einem Hause unweit des Gasthofes Waldig aufgebahrt worden, wo sie bereits am Mittwochabend von Vertretern der Landesbehörden von Vaduz besichtigt wurden.

Beide Körper weisen schwere Verletzungen auf. Die Toten lagen mit dem Gesicht nach unten. Am Donnerstagvormittag fand man in den felsigen Hängen Kleidungsstücke und Geld, die die Flüchtenden anscheinend verloren haben.

Ueber die Beerdigung der Toten sind noch keine Bestimmungen getroffen, da Fritz Rotter, der vollkommen zusammengebrochen ist, sich erst mit seinen Verwandten in Deutschland in Verbindung setzen will.

Der Autolenker verhaftet

Der Lenker des Autos, der die Gebrüder Rotter nach dem Kurhaus Gafley gebracht hatte, Rudolf Schadler, ist ebenfalls festgenommen worden. Er ist der Sohn des verstorbenen Besitzers des Kurhauses Gafley, Dr. Schadler. Die Mutter lebte mit dem Sohn während des Winters in Vaduz. Das Kurhaus wird von der Familie Schadler weiterbetrieben.

Schadler machte erst vor einigen Tagen die Bekanntschaft der Gebrüder Rotter und lud sie zu einem Besuch im Kurhause ein. Er steuerte dann selbst das Auto, das am Mittwochmittag die Rotters im Waldhotel in Vaduz, in dem sie ihren Aufenthalt genommen hatten, abholte, und wollte sie auch später dorthin zurückbringen.

Fritz Rotter bat, nach dem Ueberfall, wie er aussagte, Schadler mehrmals auf der Rückfahrt nach Vaduz, anzuhalten und ihn aussteigen zu lassen, was dieser aber nicht hörte oder unbeachtet lassen wollte. Da die Straße sehr steil und kurvenreich ist und Schadler daher gezwungen war, zeitweilig die Fahrtgeschwindigkeit herabzusetzen, gelang es Fritz Rotter beim Gasthaus Waldig abzuspringen und von hier aus die Polizei zu benachrichtigen. Bei seiner Flucht wurde von Schadler aus einer Scheintodpistole ein Schuß auf ihn abgegeben.

*

g. Innsbruck, 6. 4. (Eigenbericht)

Bei ihrer Vernehmung erklärten die sechs Insassen des in Götzis angehaltenen Kraftwagens sofort, daß sie keinen Feuerüberfall auf die Gebrüder Rotter unternommen, sondern nur unter Anwendung von Tränengas versucht hätten, ihrer habhaft zu werden. In dem Auto fand man auch tatsächlich Gasflaschen und Gaspistolen, aber keinerlei Schußwaffen.

Liechtenstein fordert Auslieferung

Die Staatsanwaltschaft in Vaduz lehnt es vorläufig ab, Auskünfte zu geben. Es wird angenommen, daß die Täter vor allem durch die hohe Belohnung, die, wie seit langem in Liechtenstein verlautet, auf die Ergreifung der Gebrüder Rotter und ihre Ueberführung nach Deutschland zwecks Aburteilung vor einer deutschen Behörde ausgesetzt sein soll, veranlaßt worden sind. Bei den Verhafteten wurden keine Schußwaffen, sondern lediglich mehrere Scheintodpistolen gefunden. Die zuerst geäußerte Vermutung, daß Alfred Rotter und seine Frau erschossen worden sind, trifft nicht zu. Die Leichen weisen keinerlei Schußverletzungen auf. Fritz Rotter ist in das Vaduzer Krankenhaus eingeliefert worden.

Das Fürstentum Liechtenstein hat bei der österreichischen Regierung bereits die Auslieferung der verhafteten Reichsdeutschen beantragt.

(Siehe auch Seite 7)

Die Rechtslage im Fall Rotter

An der Sache Rotter werden sich die Juristen den Kopf zerbrechen können. Es handelt sich, wenn man, das deutsche Strafgesetzbuch zunächst zugrundelegt, um eine Freiheitsberaubung im Sinne des § 239. Diese wird nur mit Gefängnis bestraft. In Verfolg des Angriffs ist allerdings das Alfred Rotterſche Ehepaar gestorben. Bei der Freiheitsberaubung kann aber auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren erkannt werden, wenn der Tod des der Freiheit Beraubten verursacht worden ist.

In Liechtenstein gilt das österreichische Strafgesetzbuch vom Jahre 1853. Die Bestrafung wäre also die gleiche ohne Rücksicht darauf, ob das Verfahren gegen die Entführer in Vaduz oder in Oesterreich zum Abschluß gelangt. Zweifelhaft ist auch die Frage, vor welchem Gericht die Attentäter abgeurteilt werden können. Reinberger ist Liechtensteiner. Die übrigen Beteiligten sind Reichsdeutsche Wenn zwischen Liechtenstein und Oesterreich ein Auslieferungsvertrag besteht, so könnten die Täter in Liechtenstein abgeurteilt werden. Sonst wären die österreichischen Gerichte zuständig. Möglich wäre auch, daß Deutschland die Auslieferung verlangt. Die Täter könnten dann in Deutschland bestraft werden. Zu dem Auslieferungsverlangen liegt aber kein ersichtlicher Grund vor, da die Rotters, anscheinend unter Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, die Liechtensteinsche angenommen haben.

Das in Berlin schwebende Verfahren, das sich zunächst nur gegen die Mitarbeiter der Rotters richten konnte, ist gegenüber dem Ehepaar Alfred Rotter durch dessen Tod jedenfalls erledigt. Das gegen Alfred Rotter bei der Staatsanwaltschaft I schwebende Ermittlungsverfahren wegen Konkursverbrechen und Untreue gelangt also infolge seines Todes zur Einstellung.

Die Zivilprozesse gegen Alfred Rotter und Frau werden durch deren Tod nur unterbrochen, falls die Beklagten noch keinen Rechtsanwalt betraut hatten, sonst würden sie weiterlaufen, müßten aber auf Antrag ausgesetzt und dann gegen die Erben aufgenommen werden.

Die Konkursverfahren gegen die zum Rotterkonzern gehörenden Gesellschaften werden durch den Tod von Alfred Rotter nicht berührt, denn sie richten sich gegen selbständige juristische Personen. Der Konkurs über das persönliche Vermögen Alfred Rotters wandelt sich in einen Nachlaßkonkurs um, in dem die Erben als Gemeinschuldner gelten. E. H.

★

Der Ueberfall auf die Brüder Rotter stellt diese schon halb versunkenen Gestalten der vorletzten und letzten Epoche des vergangenen Berliner Theaters noch einmal in den Vordergrund des Interesses. Die Theaterkarriere der Rotters war aus einer seltsamen Verquickung von Leidenschaft und Geschäftssinn verwachsen: Sie begannen mit literarischen Neigungen und künstlerischem Ehrgeiz und endeten in den Niederungen des reinen Geschäftstheaters. Als sie als junge Menschen in der Komischen Oper ihre Laufbahn begannen, hatten sie künstlerischen Ehrgeiz: als sie nach dem Kriege im damaligen Residenztheater, im Trianontheater, von neuem von sich reden machten, stand im Vordergrund bereits die Absicht auf Publikumswirkung. Sie wurden die eigentlichen Erfinder des Starsystems, wenn sie auch noch Aufführungen von Werken Sudermanns, „Die Kindermörderin" Wagners, und dann und wann ein modernes anspruchsvolleres Stück brachten. Das Nachkriegstheater im üblen Sinn für die heraufgekommene Schicht der neuen Reichen fand hier bei ihnen seine Hauptpflegestätte, bis sie allmählich auch den Rest von Ehrgeiz noch aufgaben und nur noch Operette, Posse, Geschäftstheater ohne Schmutz brachten.

Im Amtsgericht Charlottenburg sollte gestern die zweite Gläubigerversammlung im Rotter-Konkurs stattfinden, die aber auf Ende des Monats vertagt werden mußte, weil mehrere beteiligte Berliner Anwälte am Auftreten verhindert waren.

Wie wir hören, haben die Gebrüder Rotter vor einigen Tagen die Unverfrorenheit gehabt, die Freigabe beträchtlicher Teile ihrer Wohnungseinrichtung und sonstiger Haushaltungsgegenstände aus ihrer Villa in der Kunz-Buntschuh-Straße im Grunewald zu beantragen. Sie erklärten, daß sie sich jetzt in Vaduz, wo sie bisher im Hotel gewohnt hätten, eine eigene Wohnung einrichten und zu diesem Zweck ihre Möbel usw. haben wollten.

Verlangt wurde u. a. auch die Herausgabe des Silbers, der Gebrauchswäsche usw., ferner einer Schreibmaschine, die für die Herstellung eines Bühnenmanuskripts benötigt werde, an dem die Rotters in ihrem selbstgewählten Exil zur Zeit arbeiten.

Begründet wurden diese Forderungen mit der Behauptung, daß es sich bei allen diesen Gegenständen um persönliches Eigentum der Frau Alfred Rotter handele. Selbstverständlich hat der Konkursverwalter dieses unverschämte Ansinnen rundweg abgelehnt. Die Möbel und sonstigen Gegenstände sind nach wie vor unter Siegel, das Silber und andere Kostbarkeiten sind bei einer Bank sichergestellt. In erster Linie ist das Inventar der Rotter-Villa bekanntlich von der Steuerbehörde gepfändet, die Forderungen von rund 40 000 Mark hat; daneben hat auch der Hausbesitzer für seine Mietforderungen pfänden lassen.

Wie wir weiter erfahren, dürfte augenblicklich das einzige Aktivum für die Gläubiger eine allerdings erst im Prozeßwege zu erreichende Forderung in Höhe von 40 000 Mark gegen zwei Berliner Anwälte sein.

Es handelt sich dabei um die Rechtsberater der Rotters in ihren Börsengeschäften mit einem Bankhaus B., und es wird den betreffenden Anwälten vorgeworfen, daß sie bei einem für die Rotters aus diesen Transaktionen entstandenen Verlust ihren Mandanten nicht darauf aufmerksam gemacht hätten, daß es sich um Differenzgeschäfte handelte, und daß sie deshalb den Differenzeinwand geltend machen könnten. Das Landgericht und das Kammergericht hatten die Berechtigung dieser Regreßansprüche gegen die Anwälte verneint, das Reichsgericht hatte aber das Urteil der zweiten Instanz aufgehoben und die Sache an das Kammergericht zurückverwiesen.

Der Überfall auf die Rotters

Wie sich die Tat abspielte — Von einem Liechtensteiner Hotelier in die Falle gelockt

△ VADUZ, 6. April.

(Telephonat unseres Korrespondenten.)

Die versuchte Entführung der beiden Brüder Rotter, die, wie im grössten Teil der Morgenausgabe bereits berichtet wurde, mit dem tragischen Tode von Alfred Rotter und seiner Frau endete, hat in dem Fürstentum Liechtenstein eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Eine behördliche Untersuchung mit dem Ziele, die Täter wegen Menschenraubes mit lebensgefährdendem Ausgang den Gerichten zu überantworten, ist inzwischen eingeleitet worden.

Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich die Tat wie folgt abgespielt: Die beiden Brüder Rotter wohnten bekanntlich im Waldhotel in Vaduz, Alfred Rotter zusammen mit seiner Frau, Fritz Rotter in Begleitung eines Fräulein Wolf. Vor einigen Wochen schon hatten sie den Plan gefasst, das Hotel zu verlassen und eine Privatwohnung zu beziehen. Es scheint nun so, dass der Liechtensteiner Bürger Schädler, der Besitzer des Kurhauses Gaflei, das 1400 Meter ü. d. M. oberhalb Vaduz liegt, von diesem Plan Kenntnis erhalten hatte und im Verein mit den inzwischen verhafteten Attentätern die Entführung der Rotters darauf aufbaute, um sich möglicherweise eine Belohnung zu sichern. Schädler erbot sich zum Schein, den Rotters in dem ihm gehörigen Kurhaus Gaflei einige Appartements für den Sommer zu vermieten. Er muss sich dann vorher mit seinen inzwischen verhafteten Complicen in Verbindung gesetzt haben. Es ist festgestellt worden, dass in der Nacht vor dem Ueberfall fünf Deutsche mit einer grossen Autodroschke in Vaduz eintrafen und nach dem Kurhaus Gaflei heraufuhren. Diese Leute trugen keinerlei Abzeichen oder Uniformen und waren, wie sich nach ihrer späteren Verhaftung herausstellte, nur mit Tränengaspistolen ausgerüstet.

Für Mittwoch nachmittag war die Besichtigung des Kurhauses Gaflei durch die Brüder Rotter verabredet worden, und Schädler holte seine Gäste persönlich mit seinem Auto ab. Kurz vor dem Kurhaus Gaflei sprangen aus dem Walde die Täter mit vorgehaltenen Pistolen hervor und suchten die Gesellschaft unter Drohungen in ein bereitstehendes Auto zu schleppen. Die überfallene Gesellschaft setzte sich aber wider Erwarten lebhaft zur Wehr. Das Ehepaar Alfred Rotter und Fräulein Wolf flüchteten über einen Bergabhang hinab und

stürzten bei der Unkenntnis des Geländes an einem 15 Meter tiefen Abhang ab, wobei sie tödlich verunglückten.

Fritz Rotter rannte zunächst die Strasse nach Vaduz hinunter, wurde aber dort von Schädler eingeholt, der ihn aufforderte, in das Auto zu steigen und den Tätern nachzujagen. Er tat so, als hätte er mit den Leuten nichts zu tun. Unterwegs wurde Fritz Rotter plötzlich gefesselt, und nun erkannte er, dass Schädler Schlimmes mit ihm vorhatte. Er sprang trotz der rasenden Fahrt aus dem Wagen, wobei er sich einen komplizierten Achselbruch zuzog. Mühsam konnte er sich nach Vaduz zurückschleppen. Dort benachrichtigte er die Landespolizei sofort von dem Vorfall, und alsbald wurde die Verfolgung aufgenommen. Das Auto mit den flüchtigen Tätern war mittlerweile der österreichischen Grenze zugejagt und überfuhr diese in so rasender Fahrt, dass die dortigen Zollbeamten den Wagen nicht anhalten konnten. Erst in Götzis in Vorarlberg wurde das Gefährt der Täter von österreichischen Gendarmen gestoppt, die Insassen wurden verhaftet und nach Feldkirch ins Gefängnis eingeliefert. Sie haben jetzt ihre Auslieferung an Liechtenstein zu erwarten, wo ihnen eine Anklage wegen Menschenraubes mit lebensgefährdendem Ausgang droht.

Für diese Tat sieht das in Liechtenstein geltende Recht eine Strafe von 20 Jahren Kerker vor.

Bei ihrer Verhaftung wurden die Personalien der fünf Leute, die im Auto gesessen haben und des Attentats überführt sind, festgestellt. Es handelt sich um den 1877 geborenen Chauffeur Max Witt aus Konstanz, den 33jährigen Chauffeur Gotthilf Trommeter, ebenfalls in Konstanz wohnhaft, den 23jährigen Studenten Theodor Grätz aus Gernsbach in Baden, den 35jährigen Schreiner Fritz Lehmann aus Diemersfeld, den 23jährigen Hilfsarbeiter Albert Wieser aus Konstanz. Die Mittäter, die Liechtensteinische Staatsangehörigkeit besitzen, sind der 20jährige Peter Reinberger, Student und Sohn des Gastwirts Reinberger auf Burg Gutenberg bei Balzers in Liechtenstein, sowie der Vaduzer Hotelier Schädler, Besitzer des bekannten Kurhauses Gaflei. Ob die Idee, die Rotters zu entführen, in Konstanz oder in Vaduz selbst entstanden ist, haben die bisherigen Vernehmungen noch nicht zweifelsfrei klarstellen können. Es spricht indessen eine grosse Wahrscheinlichkeit dafür, dass

der geistige Urheber der Tat der Hotelier Schädler ist, der im Lande als ein ziemlich extravaganter Mensch gilt.

Schädler soll sich hinsichtlich der Beweggründe der Tat dahin geäussert haben, dass er die Rotters, die er als Schädlinge betrachtet habe, zwangsweise habe entfernen wollen. Er hätte in der letzten Zeit aus Deutschland zahlreiche Zuschriften und Schreiben früherer Gäste erhalten, die ihm ankündigten, dass sie sein Hotel nicht wieder besuchen würden, solange solche Schädlinge wie die Rotters im Lande geduldet würden. Gewiss ist, dass der Hotelier Schädler die Brüder Rotter und ihre Damen bewusst in eine Falle und einen Hinterhalt gelockt hat.

ERNATIONALES

Des nazis allemands tentent d'enlever des réfugiés sur le territoire de Lichtenstein

DEUX MORTS, DEUX BLESSÉS

Les agresseurs sont arrêtés par la police autrichienne

Vienne, 6 avril. — On mande de Vaduz (principauté de Lichtenstein) :

Hier après-midi, M. Fritz Rotter et son frère Alfred, ainsi que la femme de ce dernier, et Mlle Wolf, qui les accompagnaient, ont été victimes d'une agression au cours d'une promenade aux environs de Vaduz. Sept individus revolver au poing, ont assailli les quatre promeneurs et ont tenté de les enlever dans une automobile.

M. Fritz Rotter a été ligoté et jeté dans une voiture, tandis que les autres personnes ont tenté de se sauver en se jetant dans un ravin.

M. Alfred Rotter et sa femme ont fait une chute mortelle, tandis que Mlle Wolf se blessait très grièvement. M. Fritz Rotter parvint à s'échapper de l'automobile en marche, mais s'est blessé très grièvement dans sa chute.

Le drame s'est déroulé devant l'hôtel Gaflei, à une altitude de 1.400 mètres au-dessus de la capitale de Lichtenstein. Le propriétaire de l'hôtel, un nommé Schaedler, a été arrêté. Il aurait avoué avoir pris une part active dans la tentative d'enlèvement, « pour débarrasser le Lichtenstein de la présence nuisible des frères Rotter ».

Suivant une déclaration faite par Mlle Wolf, secrétaire des frères Rotter, qui fut blessée au cours de l'agression, Alfred Rotter et sa femme n'auraient pas trouvé la mort en tentant de se sauver. Ils auraient bien plutôt été poussés dans l'abîme par leurs agresseurs.

L'automobile emmenant les bandits a traversé la frontière de Lichtenstein à toute vitesse près de Goetzis, dans le Vorarlberg. La bande a été arrêtée par la gendarmerie autrichienne et incarcérée à la prison de Feldkirch.

Les frères Rotter, deux des figures les plus connues du monde théâtral berlinois, avaient fait une banqueroute frauduleuse il y a quelques semaines. Ils s'étaient soustraits aux poursuites de la justice allemande en se réfugiant sur le territoire de Lichtenstein.

Les agresseurs sont des hitlériens

Vienne, 6 avril. — On mande de Feldkirch (frontière du Lichtenstein) :

Les six personnes arrêtées hier après les attentats commis près de Vaduz, dans le Lichtenstein, et au cours desquels M. Alfred Rotter et sa femme furent tués, M. Fritz Rotter et Mlle Wolf grièvement blessés, ont été interrogées à la gendarmerie où elles sont détenues.

Il s'agit bien d'hitlériens. Toutefois, ils n'étaient pas porteurs, au moment de leur arrestation, de pistolets automatiques ordinaires, mais de pistolets « lance-gaz » d'un modèle assez courant en Allemagne. On a trouvé sur eux, en outre, sept petits flacons contenant du chloroforme et plusieurs seringues de Pravaz, auxquelles étaient jointes des ampoules de poison. Ils ont déclaré qu'ils n'avaient pas tiré de coups de revolver et, que leur but avait été « d'organiser une attaque par les gaz, pour des raisons uniquement patriotiques ».

Ils ont fait des aveux complets, déclarant qu'ils avaient reçu l'ordre d'enlever les frères Rotter et de les amener en territoire allemand.

Ces événements, survenant après l'assassinat du Dr Bell, près de Kufstein, ont causé une émotion considérable dans le pays. Les journaux de la capitale font remarquer que, pour la seconde fois en quelques jours, des nationaux-socialistes allemands ont franchi la frontière sans contrôle et sans être inquiétés, et demandent qu'une surveillance plus efficace soit exercée « afin que les membres des troupes d'assaut de Bavière ne puissent plus agir en Autriche comme en pays conquis ». Les autorités ont, du reste, annoncé qu'elles prendraient des mesures énergiques pour que de pareils faits ne puissent plus se reproduire.

Les assassins du Dr Bell étaient des policiers auxiliaires nazis

Vienne, 6 avril. — L'enquête ouverte sur l'assassinat du Dr Bell se poursuit avec une certaine lenteur et le gouvernement n'était pas encore ce matin en possession des renseignements définitifs susceptibles d'étayer une démarche éventuelle à Berlin.

Il semble résulter des interrogatoires que les agresseurs de Bell avaient pour instruction de ne le tuer qu'en cas d'impossibilité de procéder à son enlèvement. *Il en résulterait également que les agresseurs appartiendraient à la police auxiliaire de Munich.*

L'*Arbeiter Zeitung* confirme que l'ancien journaliste munichois exécuté par le parti qu'il avait abandonné était surtout dangereux pour les hitlériens parce qu'il avait connu personnellement l'auteur de l'incendie du Reichstag, Van

ERNATIONALES

Des nazis allemands tentent d'enlever des réfugiés sur le territoire de Lichtenstein

DEUX MORTS, DEUX BLESSÉS

Les agresseurs sont arrêtés par la police autrichienne

Vienne, 6 avril. — On mande de Vaduz (principauté de Lichtenstein) :

Hier après-midi, M. Fritz Rotter et son frère Alfred, ainsi que la femme de ce dernier, et Mlle Wolf, qui les accompagnaient, ont été victimes d'une agression au cours d'une promenade aux environs de Vaduz. Sept individus revolver au poing, ont assailli les quatre promeneurs et ont tenté de les enlever dans une automobile.

M. Fritz Rotter a été ligoté et jeté dans une voiture, tandis que les autres personnes ont tenté de se sauver en se jetant dans un ravin.

M. Alfred Rotter et sa femme ont fait une chute mortelle, tandis que Mlle Wolf se blessait très grièvement. M. Fritz Rotter parvint à s'échapper de l'automobile en marche, mais s'est blessé très grièvement dans sa chute.

Le drame s'est déroulé devant l'hôtel Gaflei, à une altitude de 1.400 mètres au-dessus de la capitale de Lichtenstein. Le propriétaire de l'hôtel, un nommé Schaedler, a été arrêté. Il aurait avoué avoir pris une part active dans la tentative d'enlèvement, « pour débarrasser le Lichtenstein de la présence nuisible des frères Rotter ».

Suivant une déclaration faite par Mlle Wolf, secrétaire des frères Rotter, qui fut blessée au cours de l'agression, Alfred Rotter et sa femme n'auraient pas trouvé la mort en tentant de se sauver. Ils auraient bien plutôt été poussés dans l'abîme par leurs agresseurs.

L'automobile emmenant les bandits a traversé la frontière de Lichtenstein à toute vitesse près de Goetzis, dans le Vorarlberg. La bande a été arrêtée par la gendarmerie autrichienne et incarcérée à la prison de Feldkirch.

Les frères Rotter, deux des figures les plus connues du monde théâtral berlinois, avaient fait une banqueroute frauduleuse il y a quelques semaines. Ils s'étaient soustraits aux poursuites de la justice allemande en se réfugiant sur le territoire de Lichtenstein.

Les agresseurs sont des hitlériens

Vienne, 6 avril. — On mande de Feldkirch (frontière du Lichtenstein) :

Les six personnes arrêtées hier après les attentats commis près de Vaduz, dans le Lichtenstein, et au cours desquels M. Alfred Rotter et sa femme furent tués, M. Fritz Rotter et Mlle Wolf grièvement blessés, ont été interrogées à la gendarmerie où elles sont détenues.

Il s'agit bien d'hitlériens. Toutefois, ils n'étaient pas porteurs, au moment de leur arrestation, de pistolets automatiques ordinaires, mais de pistolets « lance-gaz » d'un modèle assez courant en Allemagne. On a trouvé sur eux, en outre, sept petits flacons contenant du chloroforme et plusieurs seringues de Pravaz, auxquelles étaient jointes des ampoules de poison. Ils ont déclaré qu'ils n'avaient pas tiré de coups de revolver et, que leur but avait été « d'organiser une attaque par les gaz, pour des raisons uniquement patriotiques ».

Ils ont fait des aveux complets, déclarant qu'ils avaient reçu l'ordre d'enlever les frères Rotter et de les amener en territoire allemand.

Ces événements, survenant après l'assassinat du Dr Bell, près de Kufstein, ont causé une émotion considérable dans le pays. Les journaux de la capitale font remarquer que, pour la seconde fois en quelques jours, des nationaux-socialistes allemands ont franchi la frontière sans contrôle et sans être inquiétés, et demandent qu'une surveillance plus efficace soit exercée « afin que les membres des troupes d'assaut de Bavière ne puissent plus agir en Autriche comme en pays conquis ». Les autorités ont, du reste, annoncé qu'elles prendraient des mesures énergiques pour que de pareils faits ne puissent plus se reproduire.

Les assassins du Dr Bell étaient des policiers auxiliaires nazis

Vienne, 6 avril. — L'enquête ouverte sur l'assassinat du Dr Bell se poursuit avec une certaine lenteur et le gouvernement n'était pas encore ce matin en possession des renseignements définitifs susceptibles d'étayer une démarche éventuelle à Berlin.

Il semble résulter des interrogatoires que les agresseurs de Bell avaient pour instruction de ne le tuer qu'en cas d'impossibilité de procéder à son enlèvement. *Il en résulterait également que les agresseurs appartiendraient à la police auxiliaire de Munich.*

L'*Arbeiter Zeitung* confirme que l'ancien journaliste munichois exécuté par le parti qu'il avait abandonné était surtout dangereux pour les hitlériens parce qu'il avait connu personnellement l'auteur de l'incendie du Reichstag, Van der Lubbe.

La seconde victime de l'agression, l'ancien officier Hell, qui a été seulement blessé, on l'a transporté dans un hôpital plus éloigné de la frontière pour éviter tout retour offensif de ses adversaires.

Voss 8 Juni 1933

...amatische Szenen ...m Rotter-Prozeß

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

VADUZ, 7. JUNI

Im Prozeß wegen der Entführung der Brüder Rotter gegen vier Liechtensteinische Staatsangehörige, der, wie berichtet, gestern in Vaduz seinen Anfang nahm, wurde in der Nachmittagssitzung zunächst der Angeklagte Rheinberger verhört. Er bekannte sich offen zu seiner Tat und gestand auch, daß er persönlich Fritz Rotter gefesselt habe.

Der nächste Angeklagte, der Architekt Röckle aus Frankfurt am Main, ließ bei Beginn des Verhörs durch seinen Anwalt den Antrag auf Abtrennung des Verfahrens stellen, da er deutscher Staatsangehöriger sei und Deutschland demnächst seine Auslieferung verlangen werde. Dieser Antrag wird jedoch auf Einspruch des Staatsanwalts abgelehnt. Bei seiner Vernehmung gibt Röckle, der nach der Anklage als der geistige Urheber des Attentats gilt, an, er habe aus Liebe zu seiner Heimat die Rotters aus Liechtenstein entfernen wollen. Doch bestreitet er energisch, Schädler und Rheinberger, wie diese behaupten, zu ihrer Tat bestimmt zu haben.

Der nächste Angeklagte, der Schofför Frommelt, wurde von Schädler angeworben und begleitete ihn nach Lindau und der österreichischen Grenzstation Tisis, um bei den dortigen Grenzorganen über die freie Durchfahrt des Rotter-Transportes Erkundigungen einzuziehen. Er sagt aus, daß Fritz Rotter dem Rheinberger Geld angeboten habe, wenn er ihm nichts tue, daß dieser aber mit den Worten: „Es ist jedoch alles gestohlen" ablehnte. Ungeklärt auch in den späteren Zeugenaussagen bleibt die Auffindung einer Browningpatrone in Gaflei, sowie die Tatsache, daß die völlig unbeschädigte Hose des zu Tode gestürzten Alfred Rotter 30 Meter von der Leiche entfernt aufgefunden wurde.

Dann spitzt sich die bisher in konzilianten Formen verlaufene Vernehmung dramatisch zu, als mit der Verlesung deutscher Aktenstücke über die Brüder Rotter diese plötzlich in den Mittelpunkt der Verhandlung rücken. Der Präsident teilt mit, daß nach einem Telegramm der Berliner Kriminalpolizei die Rotters die preußische Staatsangehörigkeit neben der liechtensteinischen besitzen, und verliest dann den Haftbefehl des Berliner Landgerichts I mit seiner eingehenden Begründung, die eine lückenlose Aufzählung der Verfehlungen der Rotters enthält.

Trotz des Protestes des Vertreters von Fritz Rotter wird auf Antrag des Verteidigers von Röckle, des Frankfurter Rechtsanwalts Koch, die von diesem zu den Akten gegebene Denkschrift des Generalstaatsanwalts am Landgericht I Berlin zum Rotter-Verfahren verlesen, die vom 29. Mai datiert ist. Der Vertreter von Fritz Rotter behält sich vor, den Gegenbeweis gegen die Anschuldigungen der Denkschrift zu erbringen, deren Inhalt sich übrigens im wesentlichen mit dem des Haftbefehls deckt.

Es werden den Rotters darin, wie schon berichtet, Mißwirtschaft, ihr Starsystem bei völlig unzureichender Besoldung kleinerer Rollen, Bilanzverschleierung, übermäßiger Aufwand und Verwendung geschäftlicher Gelder für ihren Privatbedarf vorgeworfen. Nun hagelt es Beweisanträge. Rechtsanwalt Rosenbaum verlangt die Verlesung von Briefen von Künstlern und hochgestellten Persönlichkeiten, die sich über die Brüder Rotter günstig geäußert haben. Die Verteidiger der Angeklagten beantragen erneut die Vorladung des unauffindbaren Fritz Rotter, sowie die Verlesung von Zeitungen, in denen die Mißstimmung weiter Kreise über die liechtensteinischen Verhältnisse zum Ausdruck kommt, zur Entlastung ihrer Klienten.

Darauf greift Staatsanwalt Lenzlinger ein, der alle diese Beweismittel als völlig unnötig erklärt und die Verteidigung darauf aufmerksam macht, daß hier nicht der Fall Gebrüder Rotter, die sich in Berlin zu verantworten hätten, sondern der Prozeß gegen Rheinberger und Genossen zur Verhandlung steht.

Das Gericht wird erst morgen über die Beweisanträge beschließen. Dann werden die Plädoyers beginnen.

Va-t-on livrer aux bourreaux hitlériens une nouvelle victime ?

Aix-en-Provence, 22 décembre. — La Chambre des mises en accusation d'Aix vient de statuer sur la demande d'extradition formulée par le gouvernement allemand à l'encontre de Frédéric Schaie, un des deux frères Rotter, bien connus dans le monde du spectacle.

Schaie, d'origine juive, avait dû fuir l'Allemagne et se réfugier à Nice à la suite d'événements au cours desquels son frère avait été tué.

Au cours des débats dont il fut l'objet, Schaie, par l'organe de Me Henri Torrès, a fait plaider que l'inculpation de banqueroute frauduleuse que la justice allemande lui reproche est sans fondement, et que la demande d'extradition n'a qu'un but politique.

Dans un arrêt longuement motivé, la Cour a donné un avis favorable à l'extradition.

23-12-34
Populaire

Das Urteil im Rotter-Prozeß.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

p **Vaduz**, 8. Juni. Kurz vor 23 Uhr wurde das Urteil verkündet. Alle vier Angeklagte werden schuldig befunden der öffentlichen Gewaltanwendung durch versuchten Menschenraub. Demgemäß werden verurteilt: Kurhausbesitzer Schädler zu zwölf Monaten Kerker, der Student Reinberger zu neun Monaten Kerker, der Chauffeur Frommelt zu fünf Monaten Kerker und der Architekt Röckle (Frankfurt a. M.) zu vier Monaten Kerker. Hierbei werden die drei erstgenannten als Täter, Röckle als Mithelfer behandelt. Die Schadenersatzforderung der Frau Wolf wird in Höhe von 771 Schweizer Franken und 3072 belgischen Franc anerkannt. Die übrigen Schadensersatzforderungen, insbesondere von Fritz Rotter, werden auf den Weg der Zivilklage verwiesen.

Schädler bestreitet

Die Untersuchung in Vaduz

VADUZ, 6. April. (T. U.)

Der verhaftete Besitzer des Kurhauses Gaflei, Rudolf Schädler, der im Alter von 24 bis 25 Jahren steht, bestreitet bis jetzt, die Gebrüder Rotter in eine Falle gelockt zu haben. Nicht er, sondern die Rotters selbst hätten sich bei ihm eingeladen und ihn gebeten, sie einmal mit in das Kurhaus zu nehmen. Auch habe er die Absicht gehabt, Fritz Rotter nach dem versuchten Ueberfall sicher wieder nach Vaduz zurückzuführen. Rotter sei aber unterwegs nervös geworden und abgesprungen. Fritz Rotter dagegen sagt aus, dass er gegenüber dem jungen Schädler, der ihn und seinen Bruder nach dem Kurhaus eingeladen habe, anfangs kein Misstrauen hatte. Erst als dieser seiner Aufforderung zum Halten keine Folge geleistet habe und weiterfuhr, sei ihm die Sache sehr verdächtig vorgekommen, und er sei dann aus dem fahrenden Auto gesprungen. (Siehe auch 1. Beiblatt, Seite 1.)

Die Entführung der Brüder Rotter.

Vaduz, 7. Juni. (Schweizerische Depeschenagentur.) Die heute einvernommenen Angeklagten Hotelier Schädler und der Student Rheinberger erklärten, sich keiner Straftat bewußt zu sein, da die Brüder Rotter als deutsche Staatsbürger und steckbrieflich Verfolgte straffrei für die Entführer nach Deutschland hätten zurückgeführt werden können.

Der Angeklagte Architekt Röckle ließ durch seinen Verteidiger beantragen, seinen Fall vor deutsche Gerichte zu bringen; das Gericht lehnte diesen Antrag ab.

Nachmittags wurden noch einige Zeugen des Ueberfalls und Zeugen der Auffindung der Leichen des Ehepaares Rotter einvernommen.

Die Angreifer der Brüder Rotter werden an Deutschland ausgeliefert

Innsbruck, 28. 4.

Das Justizministerium hat dem Landesgericht Innsbruck, dem auch die Vorarlberger Gerichte unterstehen, den Beschluß übermittelt, die nach der versuchten Entführung der Gebrüder Rotter aus Liechtenstein verhafteten fünf Konstanzer Studenten an das Deutsche Reich auszuliefern. Der in Oesterreich verhaftete Liechtensteiner Rheinberger wird nach Liechtenstein ausgeliefert werden.

Zum Ueberfall auf die Rotters.

p **Zürich**, 7. April. Die Regierung von Liechtenstein legt in einer Erklärung Wert auf die Feststellung, daß nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis feststehe, daß es sich bei dem Ueberfall auf die Brüder Rotter nicht um ein deutsches nationalsozialistisches Komplott handle. Vielmehr sei der Plan zu dem Ueberfall von liechtensteinschen Staatsangehörigen ausgeheckt worden, die sich zur Durchführung des Planes Helfer in Deutschland geworben hätten.

Frankfurter Zeitung
8.10.33.

Strenges Urteil im Liechtensteiner Menschenraub-Prozeß.

1933

F. H. **Vaduz**, 9. Juni. (Privattel.)

Das Gericht, das seit gestern nachmittag 3 Uhr die Ausführungen der Parteien, die in einer kurzen, scharfen Replik und Duplik gipfeln, anhört, zieht sich um halb 8 Uhr zur Beratung zurück. Während der darauffolgenden Stunden harrt Kopf an Kopf gedrängt mit Spannung die Menge im nüchternen, mit Fürstenbildern geschmückten Raum. Endlich, es ist 22.25 Uhr, erscheint der Gerichtshof, um im Namen seiner Durchlaucht des Fürsten von Liechtenstein

das Urteil

zu verkünden:

Die Angeklagten sind schuldig, ohne Vorwissen der Obrigkeit sich der Brüder Rotter, der Frau Rotter und der Frau Wolf durch List und Gewalt zu bemächtigen versucht zu haben. Röckle ist Mitschuldiger, Schädler, Frommelt und Rheinberger sind Mittäter. Rudolf Schädler wird zu 12 Monaten, Peter Rheinberger zu neun, Eugen Frommelt zu fünf und Franz Röckle zu vier Monaten Kerker verurteilt. Alle sind verpflichtet, zur ungeteilten Hand 744.20 Schweizer Franken, sowie 3077,2 belgische Franken an Frau Wolf zu bezahlen und eine Urteilsgebühr zu tragen. Die erstandene Untersuchungshaft wird angerechnet. Die übrigen Forderungen der Privatbeteiligten werden auf den Zivilweg verwiesen. Von den Gerichtskosten würden den Angeklagten je 50 Franken und der Rest allen vier gemeinsam übertragen.

Gegen das Urteil steht den Beteiligten während vier Tagen der Berufungsweg offen.

Außer Schädler nehmen die Angeklagten scheinbar leichten Herzens Kenntnis von dem Urteil. Das sehr gemischt zusammengesetzte Publikum verharrt in völliger Ruhe.

Die Urteilsbegründung.

In ausgezeichneter Weise begründet der Gerichtspräsident das Urteil. In der Wertung der Tathandlung betont er, daß Bildungsgrad und Verhalten der Verurteilten ihr Wissen um die Strafbarkeit ihrer Handlungsweise beweisen. Sie berufen sich auf die Tatwirkung und glaubten, es sei kein Verbrechen, die Opfer gewaltsam nach Deutschland zu schaffen und den dortigen Gerichten zu übergeben. Hingegen haben die Angeklagten nichts wesentliches unternommen, um auf gesetzlichem Wege für Abhilfe zu sorgen. Durch gemeinsames Zusammenwirken als Mittäter einer gemeinsamen Tat haben sich Schädler, Rheinberger und Frommelt schuldig gemacht. Auch Röckle ist, entgegen der Anklage, nicht Anstifter. Den Entschluß in Rheinberger hat er bloß gestärkt, nicht geweckt, ist also nicht der Anstiftung, sondern der intellektuellen Verhilfe schuldig.

Erschwerend fällt in Betracht, daß der Angriff auf 4 Personen erfolgte, von denen zwei Frauen waren. Eine von ihnen hatte mit den Tatmotiven nichts zu tun. Auch der Tod zweier Opfer fällt erschwerend in Betracht. Bei Schädler ist der besondere Vertrauensmißbrauch in seiner Stellung als Kurhausbesitzer, der Verrat an der Gastfreundschaft erschwerend, sowie die Verletzung des Frommelt.

Als Milderungsgründe können alle geltend machen die Tatsache des Versuches, die fehlenden Vorstrafen, die aus vaterländischen Gefühlen entspringenden Motive. Bei Rheinberger berücksichtigt der Gerichtshof die Jugend, bei Frommelt, daß er verleitet wurde.

Hingegen fehlen die Voraussetzungen für die bedingte Verurteilung, da weder der Schaden gut gemacht, noch ein volles Schuldbekenntnis abgelegt wurde.

Der Prozeß der entgangenen Sensationen.

Journalisten aus mindestens fünf Ländern trafen sich in Vaduz; sie witterten im Rotter-Prozeß die Möglichkeit großer Sensationen. Der Prozeß trug die Elemente eines großen Ereignisses in sich; doch der Gerichtshof, Fritz Rotter, die Angeklagten und nicht zuletzt das Liechtensteiner Ländchen hatten ein Interesse daran, den Prozeß zu bagatellisieren und ihn, losgelöst von den Zeitereignissen, als einen gewöhnlichen Verstoß gegen die Strafgesetze zu betrachten.

Die erste Enttäuschung.

Fritz Rotter, das überlebende Opfer des Attentates, floh kurz vor Prozeßbeginn anscheinend in angstvoller Erwartung eines neuen Ueberfalles ins Ausland. Damit hatte das Gericht nicht mehr den unmittelbaren Eindruck des wichtigsten Zeugen, sondern mußte sich mit seinen in den Untersuchungsakten erstarrten Worten begnügen. Nicht nur der wichtigste Zeuge ging den Prozeßverhandlungen mit seinem Verschwinden verloren, sondern auch der größte Leidtragende. Bedauerlich war sein Nichterscheinen vor allem auch deshalb, weil es sich bei ihm um eine ungewöhnliche Persönlichkeit handelt, die von den Einen fast als Ausschuß der Menschheit betrachtet wird, während er doch andererseits sich der Freundschaft überragender Persönlichkeiten des kulturellen und politischen Lebens rühmen darf.

Die Hintergründe.

Als Rechtsanwalt Rosenbaum das Wort ergriff, ahnte man, daß er die Tat in die großen Zusammenhänge unserer Zeit stellen, daß er den Stier bei den Hörnern packen und in grundsätzlicher Weise Abrechnung mit den nationalsozialistischen und antisemitischen Ideen halten wollte, die die vier Angeschuldigten zur Tat getrieben haben. Zum Falle Rotter dürfe er sich nicht äußern, unterbrach ihn der Gerichtspräsident in formell korrekter, in Anbetracht der den Rottern gemachten Vorwürfe menschlich unbefriedigender Weise und verhinderte damit eine Auseinandersetzung über die eigentlichen Hintergründe der Tat. Aber nicht nur dem Vertreter Fritz Rotters, sondern auch einigen Verteidigern der Angeklagten scheint er damit das Konzept ihrer Plädoyers gründlich verdorben zu haben.

Lange Gesichter.

Zu den vom Ausgang des Prozesses Enttäuschten gehören auch die zahlreichen politischen Freunde der Angeklagten, die in der Erwartung eines Freispruches herbeigeeilt waren, um eine freudige Ovation darbringen zu können. Ueberzeugt waren sie jedoch nicht, da sie schon vor dem Urteil Unterschriften gesammelt hatten, um vom Fürsten eine rasche Begnadigung zu erbitten. Das Horst Wessellied blieb den vom Urteilsspruch Ueberraschten in der Kehle stecken.

L'Allemand Schaie récemment arrêté à Nice sera probablement extradé

Populaire 5-12-34

Aix-en-Provence, 4 décembre. — Cet après-midi a comparu devant la chambre des mises en accusation d'Aix, Frédéric Schaie, âgé de 47 ans, originaire de Leizig, exploitant de salle de spectacles à Berlin, connu également sous le nom de Routalen. Il fut arrêté à Nice le 4 novembre dernier, à la demande du gouvernement allemand, qui réclame son extradition pour une affaire de banqueroute.

Schaie, défendu par Me Torrès, a prétendu que la demande allemande était inspirée par des motifs politiques. Il se prétend victime des hitlériens dont il a dû fuir les persécutions et indique que son frère fut massacré au cours d'une promenade en auto.

Le procureur général s'est montré favorable à l'extradition. L'avis sera donné à huitaine.

Das Tiroler Justizministerium hat beschlossen, die fünf Konstanzer Studenten, die die Entführung der Brüder Rotter aus Liechtenstein versucht hatten, an Deutschland und den Liechtensteiner Rheinberger an Liechtenstein auszuliefern.

Blick in die Zeit 9-2-35

„Die französischen Behörden haben den in Aix-en-Provence bisher in Haft gehaltenen früheren Berliner Theaterdirektor Friedrich Schaie-Rotter auf freien Fuß gesetzt, obwohl die Anklagekammer kürzlich einen Beschluß auf Bewilligung des deutschen Auslieferungsantrages gegen Rotter gefaßt hatte.

(D.A.Z.)

*

E. Subject files

4. Miscellaneous

3. University of Heidelberg 550th jubilee, 1936

HEIDELBERG DISMISSALS

FACULTY OF LAW

ANSCHÜTZ, Gerhard	o. Prof.
DARMSTADTER, Friedrich	Privatdozent
GUTSWILLER, M.	o. Prof.
JELLINEK, Walter	" "
LEVY, Ernst	" "
RADBRUCH, Gustav	" "

FACULTY OF MEDICINE

BAEYER, Hans Ritter von	o. Prof.
BETTMANN, Siegfried	" "
BLESSING, Georg	" "
FRAENKEL, Albert	O.H. " (hon.)
GRÜHLE, Hans	a.o. Prof.
GYÖRGY, Paul	" " "
KLOPSTOCK, Alfred	" " "
LASER, Hans	PD
LOEWE, Siegfried	o. Prof.
MAYER-GROSS, Willy	a.o. Prof.
MÜNTER, Heinrich	" " "
PAGEL, Walter	PD
SACHS, Hans	o. Prof.
SCHREIBER, L.	a.o. Prof.
STEINER, Gabriel	" " "
STERN, Fritz	PD
STRAUSS, Alfred	"
WILMANNS, K.	o. Prof.
WITEBSKY, Ernst	PD
ZADE, Martin	a.o. Prof.

FACULTY OF ARTS AND SOCIAL SCIENCES

ALEWYN, Richard	a.o. Prof.
BAUM, Marie	Lehrauftrag
BECKARDT, Hans von	Special Professorship
GOLDSCHMIT, Rudolf	Lehrauftrag
HATZFELD, Helmut	a.o. Prof.
HOFFMANN, E.	o. Prof.
KLIBANSKY, Raymond	PD
LENEL, Walter	H. Prof.
MARSCHAK, Jacob	PD
OLSCHKI, Leonard	o. Prof.
REGENBOGEN, Otto	a.o. Prof.
SALZ, Arthur	a.o. Prof.
SULTAN, Herbert	PD
TÄUBLER, Eugen	o. Prof.
WALDBERG, M. von	" " (hon.)
WEBER, Alfred	" "

FACULTY OF NATURAL SCIENCES AND MATHEMATICS

LEMBERG, Rudolf	PD
LIEBMANN, Heinrich	o. Prof.
ROSENTHAL, Artur	" "
SALOMON-CALVI, W.	" "
UBISCH, Gerta von	a.o. Prof.

22.II.36

THE TIMES

THE HEIDELBERG CELEBRATIONS

BRITISH ACADEMIC OPINION

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—Sir Ian Hamilton advises those who are in doubt as to the attitude that they should adopt towards celebrations such as that proposed by the University of Heidelberg to go to Germany to see for themselves how matters stand there. What additional information does Sir Ian wish us to seek in Germany? The facts of persecution in Germany—of Jews, of baptized Christians with Jewish ancestry, and in the academic field, of persons of independent thought irrespective of race—are naked and undisguised. There is no need to go to Germany to discover these things. Men of settled career and high distinction and public service do not seek to expatriate themselves and their families in hundreds or thousands from Germany without compelling necessity.

The facts are not in question. The only question is as to the attitude which, in face of the facts, academic bodies and individuals in this country should adopt in their dealings with German universities. How can we avoid breaking off communications in the world of learning and at the same time avoid any appearance of condoning inexcusable actions?

My personal solution, and that of many of my academic colleagues, for this difficult problem has been found, to some extent, in seeking to help, and to persuade others to help, the victims of persecution. By remedial action we escape the need of making useless protests. I do not know how fully the German authorities, as Sir Josiah Stamp said, know the feelings of people in this country against the present persecution, nor will I say with confidence how general such feelings are. But the German authorities can have no doubt at least as to the attitude of those many persons distinguished in science, learning, or public life (including Sir Josiah Stamp himself) who three years ago formed themselves into the Academic Assistance Council, to help the exiled teachers and scientists.

> Our action (as they then stated) implies no unfriendly feelings to the people of any country; it implies no judgment on forms of government or any political issue between countries; our only aims are the relief of suffering and the defence of learning and science.

Many, like Sir Josiah Stamp, may feel that, having thus made it clear that they neither ignore nor condone attacks on liberty of thought and teaching, they can serve the cause of international understanding best by continuing formal relations with German universities.

I know that I speak for many others who cannot take that view. We desire to neglect no opportunity of scientific collaboration with individuals in Germany, and we wish our own universities to remain as hospitable as ever to German students. But we should feel insincere in visiting on terms of friendship the German universities which, willingly or unwillingly, have driven into exile or privation so many of our academic colleagues, and, willingly or unwillingly, have departed so far from spiritual freedom.

Director of London School of Economics.

I am, &c.,

W. H. BEVERIDGE.

3, Elm Court, Middle Temple, E.C.4,
Feb. 20.

Moskau, im November 1935

Sehr geehrter Herr Kollege!

Im Juni 1935 unterrichtete ich die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Vererbungsforschung davon, dass der derzeitige erste Vorsitzende, mein früherer Jenaer Kollege, Herr Renner, den Antrag meines Ausschlusses aus der Gesellschaft zu stellen beabsichtigte. Der Ausschluss ist am 5. Juli 1935 in der Geschäftssitzung vollzogen worden.

Weil Herr Renner inzwischen ein undatiertes persönliches Rundschreiben versandt hat, komme ich auf die Angelegenheit zurück.

Herr Renner erzählt, dass in meiner "politischen Propaganda" ein "ehrenrühriges Verhalten" gesehen wird. Er beschuldigt mich ferner der "groben Beleidigung der deutschen Wissenschaft und ihrer Vertreter". Herr Renner gibt in gewundener Sprache zu verstehen, dass die gegen mich ergriffenen Massnahmen nicht auf seine Initiative zurückzuführen sind, sondern dass sie von "vorgesetzten Behörden" erzwungen wurden.

Meine "politische Propaganda" besteht in der theoretischen und praktischen Bekämpfung der nationalsozialistischen Rassenlehre, die in der neuesten deutschen Gesetzgebung und deren Handhabung Hunderttausende von unschuldigen Opfern fordert. Dass ein Genetiker vom Rufe des Herrn Renner in den Dienst der brutalen Barbarei gestellt werden kann, zwingt uns, ein verantwortungsbewusstes Forum ernster Gelehrter zu schaffen, das vom Standpunkt der Genetik über die nationalsozialistische Rassenlehre sein objektives Urteil fällt.

Da die Deutsche Gesellschaft für Vererbungswissenschaft dazu, wie sich gezeigt hat, nicht in der Lage ist, gilt es den bevorstehenden Internationalen Genetiker-Kongress für diese Aufgabe vorzubereiten. Nicht nur jedem Genetiker im engeren Sinne, sondern jedem Biologen überhaupt erwächst diese Pflicht. Die deutschen Biologen, die von der Vergewaltigung der deutschen Wissenschaft unberührt geblieben sind, hoffen, dass alle ernsten Wissenschaftler in der ganzen Welt ihre Pflicht tun werden.

Herr Renner befindet sich jetzt in der bemitleidenswerten Lage eines anscheinend willenlosen Werkzeuges "vorgesetzter Behörden". Es wird später zu untersuchen sein, aus welchen Gründen er sich in einem solchen Masse missbrauchen liess. Seine wissenschaftliche Entwicklung weist jedenfalls nicht diesen Weg. Als jungen Münchener Privatdozenten wies ihm Richard Goldschmidt den Weg zur Oenothera-Genetik, den er erfolgreich beschritt. Seine zeitenweise heftig geführte Polemik mit Ernst Lehmann, der sich als erster Biologe in Deutschland dem Nationalsozialismus zur Verfügung stellte, zeigte, dass er hartnäckig das für richtig Erkannte zu verteidigen weiss. Als Renner im vergangenen Jahrzehnt ein begehrter Kandidat für botanische Lehrstühle war, hat die Universität Jena durch Erfüllung seiner Wünsche ihn sich zu erhalten gewusst. Er hat sich für diese Anerkennung dankbar gezeigt. Im Jahre 1930 ging der erste nationalsozialistische Minister Deutschlands, der damalige thüringische Unterrichtsminister und jetzige Reichsminister des Innern Dr. Frick, daran, der Universität Jena Herrn Hans F.K. Günther als ersten nationalsozialistischen Rasseprofessor aufzuzwingen. Herr Renner verfasste das Universitätsgutachten, in dem die Disqualifikation Günthers nachgewiesen wurde. Dass Dr. Frick, erbost über den Widerstand der Universität, Herrn Günther in dieselbe, nämlich in die höchste, Gehaltsstufe als ordentlichen Professor einreihte, in der sich Herr Renner befand, setzt den wissenschaftlichen Wert des Rennerschen Urteils nicht herab. Ein Beweis dafür ist, dass die deutsche Gesellschaft für Vererbungsforschung Herrn Renner zum ersten Vorsitzenden wählte, während sie Herrn Günther zu ihren Mitgliedern nicht zählt.

Ich schlage vor, die nationalsozialistische Rassenlehre auf dem Genetiker-Kongress zur Diskussion zu stellen. Den offiziellen Rassetheoretikern, etwa den Herren Prof. Dr.Hans F.K. Günther, Reichsleiter Alfred Rosenberg, Reichsminister Dr. W. Frick, Reichsminister Dr. J. Goebbels, Gauleiter J.Streicher oder ihren Vertretern mag es überlassen bleiben, den Referenten zu benennen, mit dem die internationalen Genetiker sich auseinandersetzen. In der Hand des Kongresspräsidiums wird die Diskussionsleitung liegen.

Ich bitte, meinen Vorschlag in Erwägung zu ziehen und sich dazu zu äussern.

gez. Prof.Dr. J. Schaxel

Akademie der Wissenschaften der UdSSR

Times 4. II. 36.

PERSECUTION OF THE JEWS

THE UNIVERSITY OF HEIDELBERG

ACADEMIC FELLOWSHIP

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—In the year 1386 the University of Heidelberg was founded, on the model of Paris, by the Palsgrave Rupert I. It is not without interest to note that (I quote Dr. Rashdall's well-known work) "the first secular College, a Collegium Artistarum, was established in the confiscated houses of the Jews." Germany in the Middle Ages, writes Dr. Cecil Roth in the Cambridge Medieval History, was

> the classical land of Jewish martyrdom, where banishment was employed only locally and sporadically to complete the work of massacre.

The fourteenth century, which witnessed the beginning of Heidelberg University, had throughout Europe an evil prominence in the matter of persecuting the Jews. No soil in Europe is so well prepared, by latent prejudice and barbarous precedent, for an anti-Semite crusade as the soil of Germany.

In the course of the present year the University of Heidelberg proposes to celebrate the 550th anniversary of its foundation, and it desires to give to the celebration a more than national significance.

The universities and learned societies of Great Britain are receiving, or have already received, invitations to send representatives and present addresses of congratulation. Before the responsible authorities have decided whether they will accept or decline these invitations, it may be permissible, and even advantageous, that the grave anxiety with which their decision is awaited by the non-academic sections of the educated public should be given expression. In deference, therefore, to requests which have come to me from several quarters, I take leave to address you on the subject.

It hardly needs saying that, in normal circumstances, such an invitation would be received with pleasure and accepted with alacrity, for its acceptance could not but imply fundamental agreement as to the principles and procedures which determine the pursuit of knowledge. The essential solidarity of academic purpose, the broadly human interest of science, the supreme and universal claim of truth, the indispensableness of liberty in its pursuit—these are the postulates which govern the policy and practice of civilized universities, and, apart from their honest acceptance, no genuine academic fellowship can exist.

Can it be truly said that these postulates are now accepted in the University of Heidelberg? I must needs think that the treatment accorded to the Heidelberg invitation ought to be determined by the answer which that question must receive.

The racial fanaticism which has swept over Germany has not left the universities unaffected, and in Heidelberg its influence has been specially great. The savage persecution of the Jews, described with plenary knowledge and in poignant detail by Mr. James G. McDonald in his letter of resignation, has borne severely on the numerous Jewish professors and lecturers in the German universities. Large numbers, including many whose fame has extended far beyond the confines of Germany, have been expelled from office and driven into exile. In this evil process Heidelberg stands in the forefront. Its theory is fairly expressed by its practice. Here is a startling confession of academic doctrine:—

> The centre of physics teaching and research at the University of Heidelberg, hitherto known simply as the Physikalisches Institut, has recently been solemnly renamed the Philipp-Lenard-Institut. On December 13, at what the local Press justifiably called a unique ceremony, the Minister of Education, Dr. Wacker, formally dedicated the building. His speech may be summarized in a sentence taken from it which, literally translated, reads: "It is, then, very superficial to speak of science 'as such,' as a common property of mankind, equally accessible to all peoples and classes, and offering them all an equal field of work. The problems of science do not present themselves in the same way to all men. The negro or the Jew will view the same world in a different way from the German investigator." Professor J. Stark, the president of the Reichsanstalt, who followed him, was, according to the German report, "particularly zealous against the followers of Einstein and attacked with the greatest frankness the scientific methods of Professor Planck, who, as is notorious, even to-day stands at the head of a celebrated learned institution." The ceremony concluded with a *Sieg-Heil* and the Horst-Wessel song. (*V. Nature*, January 18, 1936.)

The University in Germany has to face the new doctrine of German science, as the Church has to fact that of German religion. Neither the mind nor the conscience of the individual is to stand outside the manipulation and control of the totalitarian national State. The present rulers of Germany would echo the cynical speech of Lenin: "It is true that liberty is precious—so precious that it must be rationed." This demented nationalism of the Nazis and Fascists endangers not only the peace of the world, but also the ultimate franchises of self-respecting manhood. In the victimized minorities—

SIR,—In the year 1386 the University of Heidelberg was founded, on the model of Paris, by the Palsgrave Rupert I. It is not without interest to note that (I quote Dr. Rashdall's well-known work) "the first secular College, a Collegium Artistarum, was established in the confiscated houses of the Jews." Germany in the Middle Ages, writes Dr. Cecil Roth in the Cambridge Medieval History, was

> the classical land of Jewish martyrdom, where banishment was employed only locally and sporadically to complete the work of massacre.

The fourteenth century, which witnessed the beginning of Heidelberg University, had throughout Europe an evil prominence in the matter of persecuting the Jews. No soil in Europe is so well prepared, by latent prejudice and barbarous precedent, for an anti-Semite crusade as the soil of Germany.

In the course of the present year the University of Heidelberg proposes to celebrate the 550th anniversary of its foundation, and it desires to give to the celebration a more than national significance.

The universities and learned societies of Great Britain are receiving, or have already received, invitations to send representatives and present addresses of congratulation. Before the responsible authorities have decided whether they will accept or decline these invitations, it may be permissible, and even advantageous, that the grave anxiety with which their decision is awaited by the non-academic sections of the educated public should be given expression. In deference, therefore, to requests which have come to me from several quarters, I take leave to address you on the subject.

It hardly needs saying that, in normal circumstances, such an invitation would be received with pleasure and accepted with alacrity, for its acceptance could not but imply fundamental agreement as to the principles and procedures which determine the pursuit of knowledge. The essential solidarity of academic purpose, the broadly human interest of science, the supreme and universal claim of truth, the indispensableness of liberty in its pursuit—these are the postulates which govern the policy and practice of civilized universities, and, apart from their honest acceptance, no genuine academic fellowship can exist.

Can it be truly said that these postulates are now accepted in the University of Heidelberg? I must needs think that the treatment accorded to the Heidelberg invitation ought to be determined by the answer which that question must receive.

The racial fanaticism which has swept over Germany has not left the universities unaffected, and in Heidelberg its influence has been specially great. The savage persecution of the Jews, described with plenary knowledge and in poignant detail by Mr. James G. McDonald in his letter of resignation, has borne severely on the numerous Jewish professors and lecturers in the German universities. Large numbers, including many whose fame has extended far beyond the confines of Germany, have been expelled from office and driven into exile. In this evil process Heidelberg stands in the forefront. Its theory is fairly expressed by its practice. Here is a startling confession of academic doctrine:—

> The centre of physics teaching and research at the University of Heidelberg, hitherto known simply as the Physikalisches Institut, has recently been solemnly renamed the Philipp-Lenard-Institut. On December 13, at what the local Press justifiably called a unique ceremony, the Minister of Education, Dr. Wacker, formally dedicated the building. His speech may be summarized in a sentence taken from it which, literally translated, reads: "It is, then, very superficial to speak of science 'as such,' as a common property of mankind, equally accessible to all peoples and classes, and offering them all an equal field of work. The problems of science do not present themselves in the same way to all men. The negro or the Jew will view the same world in a different way from the German investigator." Professor J. Stark, the president of the Reichsanstalt, who followed him, was, according to the German report, "particularly zealous against the followers of Einstein and attacked with the greatest frankness the scientific methods of Professor Planck, who, as is notorious, even to-day stands at the head of a celebrated learned institution." The ceremony concluded with a *Sieg-Heil* and the Horst-Wessel song. (*V. Nature*, January 18, 1936.)

The University in Germany has to face the new doctrine of German science, as the Church has to fact that of German religion. Neither the mind nor the conscience of the individual is to stand outside the manipulation and control of the totalitarian national State. The present rulers of Germany would echo the cynical speech of Lenin: "It is true that liberty is precious—so precious that it must be rationed." This demented nationalism of the Nazis and Fascists endangers not only the peace of the world, but also the ultimate franchises of self-respecting manhood. In the victimized minorities—religious, academic, racial, and political—humanity has its true champions. That is their claim to the homage and assistance of all who value liberty. It cannot be right that the universities of Great Britain, which we treasure as the very citadels of sound learning, because they are the vigilant guardians of intellectual freedom, should openly fraternize with the avowed and shameless enemies of both. The appearance of British representatives at the Heidelberg celebration, and the presenting by them of congratulatory addresses, could not but be understood everywhere as a public and deliberate condonation of the intolerance which has emptied the German universities of many of their most eminent teachers, and which is filling Europe with victims of cynical and heartless oppression.

I am, Sir, your obedient servant,

HERBERT DUNELM:

Auckland Castle, Feb. 2. Bishop of Durham.

Times 7. II. 36.

PERSECUTION OF THE JEWS

CULTURAL RELATIONS WITH GERMANY

THE CHURCH'S ATTITUDE

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—In your issue of February 4 the Bishop of Durham, writing from his episcopal castle, urges our universities and learned societies to eschew an exchange of courtesies with a particular German university in view of the attitude imposed upon its professorial staff by the anti-Semitic legislation of the German Reich. He enters thus boldly upon a field in which the Primate's Committee on Foreign Relations, of which he is not, so far as I know, a member, have been working cautiously and wisely to the advantage of Christendom.

In case no person less ill-qualified than myself should answer him, I write to beg those whom he addresses to pause before accepting his thesis. He has not always displayed tolerance when discussing domestic views and he is not perhaps a safe guide in the thorny paths of modern Europe.

I deplore as much as he does the anti-Semitic legislation of Germany. I have said so publicly on half a score of occasions to great audiences in German universities, as well as in my place in the House of Commons. But I can think of no worse method of convincing Germans that they are wrong than to sever cultural relations or to rebuff ancient foundations of learning.

Racial intolerance is older than religious hatred, and its roots strike deeper, for it has a biological as well as an economic origin. It may be seen at its worst to-day in the Southern States of the U.S.A. In another form—the class war—intolerance has long been a cardinal principle of Soviet Russia and the Communist International. There are few great countries free from it: among ourselves it exists, though we seek to hide it. Its recrudescence in modern Germany is the consequence of decisions taken at Versailles in 1919 and of the occupation of the Ruhr in 1923, for which we ourselves are in part to blame.

To show our disapproval in the manner advocated by the Bishop of Durham will not help matters; it will certainly make things worse. If his object is to help the Jews in Germany, they may well pray to be saved from him. If his desire is to strengthen the forces of Christianity in Germany, he will do well to follow the example of the Primate's Council for Foreign Relations and refrain from darkening counsel by his words. After a long interview, as recently as last Monday, with Herr Kerrl, the sympathetic Reichsminister for Church Affairs, I feel very hopeful that a way will be found to reconcile the claims of the Churches in Germany with those of the German State. The Bishop speaks lightly of "German religion"; his own position as a prelate of the Church of England established and regulated by Act of Parliament should make him pause.

There is much in the world that Englishmen deplore; there is much to criticize in Germany—but much also to admire. We shall do well if we temper criticism with self-examination, especially in the distressed area of Durham, and denunciation of what is bad with praise of what is good—and not only in Germany.

Your obedient servant,

ARNOLD WILSON.

The Athenaeum, Pall Mall, S.W.1, Feb. 5.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—This committee wishes to associate itself with the timely letter of the Bishop of Durham in your columns of yesterday. We, too, feel that, in assisting at the ceremonies at Heidelberg, representatives of the British universities and learned societies would, by implication, be accepting a system which is the very antithesis of the academic tradition in this country. Under the Nazi regime the teaching of science is distorted, and distinguished men are driven from their universities, in the interests of a racial theory which would be childish if it were not so dangerous. In Heidelberg alone more than 40 university teachers, including Professor Hans Sachs, the eminent serologist, and Professor Jellinek, the well-known authority on administrative law, have been expelled from the university.

We realize that in normal circumstances the acceptance of the invitation would be a matter of courtesy, but, in view of the facts, can we say that German universities any longer belong to that community of knowledge that has distinguished European universities since the Dark Ages?

Yours faithfully,

LASCELLES ABERCROMBIE; P. M. S. BLACKETT; G.D.H. COLE; MARGERY FRY; W. E. LE. GROS CLARK; MARGARET GARDINER (Hon. Secretary).

Academic Freedom Committee, 110, Heath Street, ~~N.W.3~~, Feb. 5.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—The Bishop of Durham has made out a case against British academic participation in the forthcoming celebrations at the University of Heidelberg. To take part in them, he suggests, is to assist in the commemoration of a tradition of hostility and to endorse an active policy of anti-Semitism. The evidence given in support of the former contention is that the University was originally established in premises taken from the Jews; and of the latter the declaration of the German Minister of Education that the problems of science cannot present themselves in the same way to Jew and German. To this is joined reference to Mr. James G. McDonald's recent report and to the numerous hardships suffered by German "non-Aryan" scholars under the present régime.

No one will fail to sympathize profoundly with the spiritual motive of the Bishop's appeal. But would its success have any useful result? The record of Heidelberg is not, as far as I am aware, any blacker in the

Primate's Committee on Foreign Relations, of which he is not, so far as I know, a member, have been working cautiously and wisely to the advantage of Christendom.

In case no person less ill-qualified than myself should answer him, I write to beg those whom he addresses to pause before accepting his thesis. He has not always displayed tolerance when discussing domestic views and he is not perhaps a safe guide in the thorny paths of modern Europe.

I deplore as much as he does the anti-Semitic legislation of Germany. I have said so publicly on half a score of occasions to great audiences in German universities, as well as in my place in the House of Commons. But I can think of no worse method of convincing Germans that they are wrong than to sever cultural relations or to rebuff ancient foundations of learning.

Racial intolerance is older than religious hatred, and its roots strike deeper, for it has a biological as well as an economic origin. It may be seen at its worst to-day in the Southern States of the U.S.A. In another form—the class war—intolerance has long been a cardinal principle of Soviet Russia and the Communist International. There are few great countries free from it: among ourselves it exists, though we seek to hide it. Its recrudescence in modern Germany is the consequence of decisions taken at Versailles in 1919 and of the occupation of the Ruhr in 1923, for which we ourselves are in part to blame.

To show our disapproval in the manner advocated by the Bishop of Durham will not help matters; it will certainly make things worse. If his object is to help the Jews in Germany, they may well pray to be saved from him. If his desire is to strengthen the forces of Christianity in Germany, he will do well to follow the example of the Primate's Council for Foreign Relations and refrain from darkening counsel by his words. After a long interview, as recently as last Monday, with Herr Kerrl, the sympathetic Reichsminister for Church Affairs, I feel very hopeful that a way will be found to reconcile the claims of the Churches in Germany with those of the German State. The Bishop speaks lightly of "German religion"; his own position as a prelate of the Church of England established and regulated by Act of Parliament should make him pause.

There is much in the world that Englishmen deplore: there is much to criticize in Germany—but much also to admire. We shall do well if we temper criticism with self-examination, especially in the distressed area of Durham, and denunciation of what is bad with praise of what is good—and not only in Germany.

Your obedient servant,

ARNOLD WILSON.

The Athenaeum, Pall Mall, S.W.1, Feb. 5.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—This committee wishes to associate itself with the timely letter of the Bishop of Durham in your columns of yesterday. We, too, feel that, in assisting at the ceremonies at Heidelberg, representatives of the British universities and learned societies would, by implication, be accepting a system which is the very antithesis of the academic tradition in this country. Under the Nazi regime the teaching of science is distorted, and distinguished men are driven from their universities, in the interests of a racial theory which would be childish if it were not so dangerous. In Heidelberg alone more than 40 university teachers, including Professor Hans Sachs, the eminent serologist, and Professor Jellinek, the well-known authority on administrative law, have been expelled from the university.

We realize that in normal circumstances the acceptance of the invitation would be a matter of courtesy, but, in view of the facts, can we say that German universities any longer belong to that community of knowledge that has distinguished European universities since the Dark Ages?

Yours faithfully,

LASCELLES ABERCROMBIE; P. M. S. BLACKETT; G. D. H. COLE; MARGERY FRY; W. E. LE GROS CLARK; MARGARET GARDINER (Hon. Secretary).

Academic Freedom Committee, 110, Heath Street, N.W.3, Feb. 5.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—The Bishop of Durham has made out a case against British academic participation in the forthcoming celebrations at the University of Heidelberg. To take part in them, he suggests, is to assist in the commemoration of a tradition of hostility and to endorse an active policy of anti-Semitism. The evidence given in support of the former contention is that the University was originally established in premises taken from the Jews; and of the latter the declaration of the German Minister of Education that the problems of science cannot present themselves in the same way to Jew and German. To this is joined reference to Mr. James G. McDonald's recent report and to the numerous hardships suffered by German "non-Aryan" scholars under the present régime.

No one will fail to sympathize profoundly with the spiritual motive of the Bishop's appeal. But would its success have any useful result? The record of Heidelberg is not, as far as I am aware, any blacker in the issue involved than that of most other seats of learning in Germany; and it is moderately certain that, if any importance were deemed to attach to it, the refusal to join in the University's legitimate rejoicings upon its 550th anniversary would not attain public notice in the Nazi State.

On the other hand, there is a valid reason why delegates from this country should attend as many functions of this kind as possible at the present time. The average German is probably both more respectful and less informed of British opinion to-day than at any moment since the War. Censorship and the ban on travel make him more and more dependent upon such personal contacts as those which university emissaries can supply better than anyone else: such relations are indeed now the only means left by which this country can hope to bring light to bear upon those perversions of intellectual liberty which the Bishop deplores.

If there is any evidence that the nature of the Heidelberg festivities will pre-suppose the approval of Nazi doctrines by the international scholars assembled there is some justification for the Bishop's appeal. At Weimar last summer, at the rather parallel celebration of the jubilee of the Goethe-Gesellschaft, not only was there no hint of such a supposition, but the British representatives achieved by general consent a most marked personal success. The anti-Jewish notices in the town and the anti-Jewish broadcast vans in operation at the same time were irrelevant to the matter in hand. Surely the authorities at Heidelberg will realize that the presence of foreigners in their midst arises from reverence of the past and not approval of the present?

Yours faithfully,

J. B. C. GRUNDY.

2, Quarry Place, Shrewsbury, Feb. 5.

Times 10. II. 36.

Letters to the Editor

UNIVERSITY OF HEIDELBERG

NAZI ACADEMIC POLICY

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—The Bishop of Durham seems to assume that the University of Heidelberg, in its actual academic personality, is the same as the University with "an attitude imposed"—in Sir Arnold Wilson's words—"upon its professorial staff by the anti-Semitic legislation of the German Reich."

The distinction is a vital one, and an academic critic here might well defer judging the issue until he has imagined himself in the position of a professor in that University. Some of the staff must feel moral injury enough already—need any such rebuff be added to it? If we make our protest in the manner indicated, the wrong people may feel it, and those justly proud of their institution made to suffer because of policy imposed from without and welcomed only by a minority within. If what has happened were known to be the considered policy and action of the University from within it would be another matter, but it is the University *per se*, and not the German Reich imposing its will upon it, that we wish to honour.

Our British views are well known, and contact with the University will not be taken to mean that we condone the political oppression. On the contrary, many of the personnel may interpret it as an act of sympathy.

I lectured at Heidelberg recently by official invitation on recent developments in the British Empire and its relations to Great Britain, and, of course, enunciated without any inhibition, and showed my adherence to, ideals of liberty quite contrary to official Nazi doctrine. But my reception by the highest authorities was one of fullest hospitality and no resentment. I am, Sir, &c.,

J. C. STAMP.

Shortlands, Kent, Feb. 8.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—Have not your correspondents who advocate British academic participation in the forthcoming celebration at the University of Heidelberg missed the main point of the appeal of the Bishop of Durham? The gravity of the academic policy in Germany is not simply the application of the anti-Semitic legislation of the Government but the complete denial of freedom of thought and the exclusion from the University of any teachers "whose previous political activities," in the words of the National-Socialist regulation, "do not offer an assurance that they will, invariably and without reserve, support the National-Socialist State." Of the 1,300 and more professors, lecturers, &c., who have been driven from their academic posts in Germany since April, 1933, a large number were neither Jews nor non-Aryans but persons holding liberal opinions and for that reason deemed unfitted to teach at a German university.

The migration of the German scholars has invoked a remarkable response from the university world. Of the 700 scholars and scientists who left Germany over 650 have been placed in permanent or temporary posts where they continue their science and scholarship, thanks to an extraordinary manifestation of academic solidarity. The Academic Assistance Council in England alone has succeeded in placing over 200 in Great Britain and the British Empire. It would seem strange that those who, in the cause of academic freedom, have come to the aid of the exiles from academic persecution, should join in congratulating universities who, in denial of academic freedom, have driven out their teachers.

It is impossible, moreover, to refrain from attributing a political motive to the celebration of a 550th anniversary of a university. Half-centenaries are not usually an occasion of academic celebration, and the thinly disguised aim is to suggest the approval by the outer world of the Nazi order. The visits of Englishmen and others to celebrations in Germany have not been the least effective in mitigating the policy of absolute subordination of the university to the State. The pressure, not only against Jews but against all who stand for freedom of thought, is relentlessly increased; and universities which stand for the universality of the human spirit are surely right in marking their disapproval of that policy by passive non-cooperation.

Your obedient servant,

NORMAN BENTWICH.

Hollycot, Vale of Health, N.W.3, Feb. 7.

OXFORD UNIVERSITY AND HEIDELBERG

TEXT OF ADDRESS

FROM OUR CORRESPONDENT

OXFORD, FEB. 26

The Latin address from Congregation to the University of Heidelberg on its 550th anniversary, which is published in the *Oxford University Gazette* to-day, contains a reference to the German Universities' policy of excluding students on certain grounds.

The address congratulates members of Heidelberg University on their anniversary, and pays a tribute to German learning through the centuries, and to the achievement of Heidelberg's founder, and then proceeds to acknowledge Oxford's debt to German learning, and expresses its good wishes for Heidelberg's future. It goes on to express the hope that Heidelberg will flourish as it did at one time, and keep the book of knowledge always open for those united in their zeal for instruction—*Semper apertus* is the motto of Heidelberg University.

After the text of the address follows the note, "The Hebdomadal Council does not propose to appoint a representative to attend the celebrations."

THE HEIDELBERG QUESTION

After reading the correspondence on Heidelberg University I think the problem may be stated briefly thus. If the actions complained of have been taken by the University authority, obviously we can only refuse to take any part in congratulation. If, however, these changes have been forced on the University by a despotic Government, what we should send to Heidelberg University are letters of condolence on the loss of that freedom which is an essential characteristic of a true university.—Mr. R. BRUCE LOCKHART, Royal Societies Club.

Times 24. II. 36.

Letters to the Editor

THE HEIDELBERG INVITATION

ACADEMIC FREEDOM

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—Since the letter in your columns from the Bishop of Durham raised the question whether British Universities and learned societies ought to be represented in the forthcoming celebrations at Heidelberg, arguments in both directions have been put forward by a series of distinguished correspondents.

There seems to be more than a little danger that the real issue, on which this question ought to be decided, may be obscured by others which have been raised in some of the letters on both sides. It surely cannot be held, as passages from the letters of Sir Arnold Wilson and Dr. Edwyn Bevan might seem to suggest, that the sending of delegates to Heidelberg, or the refusal to send them, would imply a favourable opinion or a condemnation of general activities of the German Government. On the other hand the sending of delegates to an official celebration is not comparable with a personal visit of Sir Josiah Stamp to lecture to German colleagues on his own subject. German scholars and men of science visiting this country to discourse with British colleagues on their own subjects would certainly be received with similar warmth and courtesy. We all desire to preserve a cordial cooperation between men of learning in the two countries, as well as the most friendly feeling between the two peoples. The question for decision, however, is neither personal nor national; it is whether our learned institutions will do good or harm to learning and to science and to the academic freedom without which learning and science cannot live and grow by congratulating the University of Heidelberg on the completion, under present conditions, of the 550th year of its existence. The significance of the unusual choice of this half-century term for such celebration has already been indicated in your columns. The effect of present conditions in Germany on its Universities is a matter on which our own Universities are entitled to have an opinion; and, whether they intend it or not, their decision to send delegates to Heidelberg, or to refrain, will be regarded as an expression of that opinion.

Scholars and men of science in this country would, I am confident, agree in regarding the contribution which Germany has made to learning and to science as one of the glories of the modern world. It may be doubted whether any nation during the past century has made a greater gift to humanity. Our admiration for it, and our personal regard for the men whose intellectual achievements made it possible, survived during the Great War the national animosities and the disastrous clash of national ideals and interests. Germany was enabled to establish this, its greatest claim on the world's regard, by the fact that its universities and its seats of higher learning and research were inspired by ideals of untrammelled inquiry and of the pursuit of knowledge for its own sake, transcending all national frontiers, all racial and political distinctions, without respect to any authority except that of truth itself. Heidelberg has stood, for many of us, as a symbol of all that was best in the academic life and the academic spirit of Germany. Three years ago, there can be no doubt that all the learned institutions of this country would have rejoiced at an opportunity of acclaiming the long and noble record of one of the greatest of the German Universities. The question cannot, however, be avoided, whether what they are now invited to celebrate is not rather the disastrous changes which, since 1933, have done so much to destroy that academic freedom which was Germany's greatest treasure and its greatest contribution to the riches of the world.

A recent German account gave the number of teachers in the German Universities and seats of higher learning as 7,000. The Academic Assistance Council has already a record of no fewer than 1,300 who, since the revolution in 1933, have been dismissed or have retired for reasons of racial "contamination" or suspected political leanings from positions which they would otherwise still be holding, and among these are some of the greatest men of science now living. It cannot be doubted that there are many others, colleagues who have our respect and need our sympathy, who have been unable to retire from posts which they now hold under a political thraldom, and in face of a racial persecution of their colleagues, which they resent and deplore, but are powerless to prevent. Only a few months ago in the University of Heidelberg the renaming of the Institute of Physics was used as an

in the forthcoming celebrations at Heidelberg, arguments in both directions have been put forward by a series of distinguished correspondents.

There seems to be more than a little danger that the real issue, on which this question ought to be decided, may be obscured by others which have been raised in some of the letters on both sides. It surely cannot be held, as passages from the letters of Sir Arnold Wilson and Dr. Edwyn Bevan might seem to suggest, that the sending of delegates to Heidelberg, or the refusal to send them, would imply a favourable opinion or a condemnation of general activities of the German Government. On the other hand the sending of delegates to an official celebration is not comparable with a personal visit of Sir Josiah Stamp to lecture to German colleagues on his own subject. German scholars and men of science visiting this country to discourse with British colleagues on their own subjects would certainly be received with similar warmth and courtesy. We all desire to preserve a cordial cooperation between men of learning in the two countries, as well as the most friendly feeling between the two peoples. The question for decision, however, is neither personal nor national; it is whether our learned institutions will do good or harm to learning and to science and to the academic freedom without which learning and science cannot live and grow by congratulating the University of Heidelberg on the completion, under present conditions, of the 550th year of its existence. The significance of the unusual choice of this half-century term for such celebration has already been indicated in your columns. The effect of present conditions in Germany on its Universities is a matter on which our own Universities are entitled to have an opinion; and, whether they intend it or not, their decision to send delegates to Heidelberg, or to refrain, will be regarded as an expression of that opinion.

Scholars and men of science in this country would, I am confident, agree in regarding the contribution which Germany has made to learning and to science as one of the glories of the modern world. It may be doubted whether any nation during the past century has made a greater gift to humanity. Our admiration for it, and our personal regard for the men whose intellectual achievements made it possible, survived during the Great War the national animosities and the disastrous clash of national ideals and interests. Germany was enabled to establish this, its greatest claim on the world's regard, by the fact that its universities and its seats of higher learning and research were inspired by ideals of untrammelled inquiry and of the pursuit of knowledge for its own sake, transcending all national frontiers, all racial and political distinctions, without respect to any authority except that of truth itself. Heidelberg has stood, for many of us, as a symbol of all that was best in the academic life and the academic spirit of Germany. Three years ago, there can be no doubt that all the learned institutions of this country would have rejoiced at an opportunity of acclaiming the long and noble record of one of the greatest of the German Universities. The question cannot, however, be avoided, whether what they are now invited to celebrate is not rather the disastrous changes which, since 1933, have done so much to destroy that academic freedom which was Germany's greatest treasure and its greatest contribution to the riches of the world.

A recent German account gave the number of teachers in the German Universities and seats of higher learning as 7,000. The Academic Assistance Council has already a record of no fewer than 1,300 who, since the revolution in 1933, have been dismissed or have retired for reasons of racial "contamination" or suspected political leanings from positions which they would otherwise still be holding, and among these are some of the greatest men of science now living. It cannot be doubted that there are many others, colleagues who have our respect and need our sympathy, who have been unable to retire from posts which they now hold under a political thraldom, and in face of a racial persecution of their colleagues, which they resent and deplore, but are powerless to prevent. Only a few months ago in the University of Heidelberg the renaming of the Institute of Physics was used as an occasion for such open rejoicing in the new régime of racial proscription and nationalistic fantasy as would be incredible if the actual speeches were not on record. Are our universities and learned societies to run the risk of finding themselves committed to the appearance of approving this kind of celebration, and of congratulating Heidelberg on the destruction in three years of what it has stood for through so many centuries? And would those men in the German Universities who are still hoping for a recovery of the old ideals of academic freedom be encouraged by the sending of British delegates to Heidelberg? Or would they not rather welcome a refusal by their British colleagues to take part in the celebration of a débâcle which they are watching with impotent despair? These, it appears to me, are the real questions which our Universities and learned societies have to answer in making their decision.

Professor in Cambridge. I am, &c.,

Sir FREDERICK GOWLAND HOPKINS.

Times, 27. II. 36.

8

Letters to the Editor

THE HEIDELBERG CELEBRATIONS

REFUSAL TO ATTEND

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—My letter in *The Times* of February 9 has brought me some correspondence from those who, for obvious reasons, cannot have publicity themselves, and it is material to the issue I raised, viz., that a vital factor in this matter was to consider whether the invitation to the Heidelberg function comes from the University without or from within, and the possibility that if the celebrations themselves were not imposed from without, but were the spontaneous desire of the academic body, non-acceptance might touch that body rather than the Government, who have debauched the purity of academic life by their abhorrent actions. No one has addressed himself directly to this matter, except to suggest that the injured and innocent still on that staff would be enheartened, rather than rebuffed, by the protest of non-acceptance.

I can fully agree that one would not wish to be associated with a remaining professorial staff that has been the willing agent of such persecution, but Sir William Beveridge would feel equally "insincere" in visiting the University even if they had acted unwillingly and under compulsion; and this, I confess, makes me pause. "Peradventure ten shall be found there"—for their sakes may the city be spared.

The net effect of my correspondence is:—

(1) There exists, by statutory right, the most drastic and indefensible control from outside of every detail of University life, and in fact it is exercised without any respect for academic freedom. Much of this was already known to me from those who have, greatly daring, opened their hearts; but, with time, the evidence is dreadfully cumulative.

(2) There is a probably considerable body of remaining inside academic personnel in complete, but necessarily silent, rebellion against their conditions, and in sympathy with our own views.

But I have still no direct evidence whether those under (2) want or do not want these celebrations, and whether they have, or would have, initiated them on their own account, or whether the idea has been wholly imposed upon them from without for political reasons.

I am, however, now prepared to agree that even if the idea has been spontaneously generated by those under (2) (which I cannot ascertain) it would never have been allowed to reach a practical stage unless the control under (1) had been fully used to see that it would act rather to Nazi political advantage than otherwise. There is, therefore, some real risk that a step taken by us to show sympathy with those under (2) above will be manipulated by authority to indicate condonation of their actions under (1), successfully deceiving many of the German public, though not those who are in contact with real British opinion.

Refusal to attend can thus fairly be deduced as our responsibility, but only if we can also contrive to combine with it an indication to the personnel whom we believe to be oppressed in will, of the continued sympathy we have with their plight, and of the fact that we do not believe that the free soul of the University has been destroyed by the new doctrines and brought to the judgment of a universal boycott.

I am, &c.,

J. C. STAMP.

Shortlands, Kent, Feb. 26.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—This matter very particularly interests London University, which was founded, just 100 years ago, expressly to establish the principle, not then accepted by the older Universities, that questions of race and creed should not influence admission to it.

This principle, known for short as the "open door," was so distinctive of the new University that when a motto was sought to express it the Latin sentence "Patet omnibus Janua" was suggested. Unfortunately this was too much like "patent omnibus" to find acceptance. But the principle, now universally adopted by British Universities, has been jealously maintained, and this principle has been so flagrantly flouted by the governing body of Heidelberg University that it is unthinkable that London University will accept the invitation it has received to send a representative to Heidelberg; such action would nullify the original motive of its own creation, and contradict the unbroken tradition of a century.

I am, &c.,

E. GRAHAM-LITTLE.

House of Commons, Feb. 24.

ment, who have debauched the purity of academic life by their abhorrent actions. No one has addressed himself directly to this matter, except to suggest that the injured and innocent still on that staff would be enheartened, rather than rebuffed, by the protest of non-acceptance.

I can fully agree that one would not wish to be associated with a remaining professorial staff that has been the willing agent of such persecution, but Sir William Beveridge would feel equally "insincere" in visiting the University even if they had acted unwillingly and under compulsion; and this, I confess, makes me pause. "Peradventure ten shall be found there"—for their sakes may the city be spared.

The net effect of my correspondence is:—

(1) There exists, by statutory right, the most drastic and indefensible control from outside of every detail of University life, and in fact it is exercised without any respect for academic freedom. Much of this was already known to me from those who have, greatly daring, opened their hearts; but, with time, the evidence is dreadfully cumulative.

(2) There is a probably considerable body of remaining inside academic personnel in complete, but necessarily silent, rebellion against their conditions, and in sympathy with our own views.

But I have still no direct evidence whether those under (2) want or do not want these celebrations, and whether they have, or would have, initiated them on their own account, or whether the idea has been wholly imposed upon them from without for political reasons.

I am, however, now prepared to agree that even if the idea has been spontaneously generated by those under (2) (which I cannot ascertain) it would never have been allowed to reach a practical stage unless the control under (1) had been fully used to see that it would act rather to Nazi political advantage than otherwise. There is, therefore, some real risk that a step taken by us to show sympathy with those under (2) above will be manipulated by authority to indicate condonation of their actions under (1), successfully deceiving many of the German public, though not those who are in contact with real British opinion.

Refusal to attend can thus fairly be deduced as our responsibility, but only if we can also contrive to combine with it an indication to the personnel whom we believe to be oppressed in will, of the continued sympathy we have with their plight, and of the fact that we do not believe that the free soul of the University has been destroyed by the new doctrines and brought to the judgment of a universal boycott.

I am, &c.,

J. C. STAMP.

Shortlands, Kent, Feb. 26.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—This matter very particularly interests London University, which was founded, just 100 years ago, expressly to establish the principle, not then accepted by the older Universities, that questions of race and creed should not influence admission to it.

This principle, known for short as the "open door," was so distinctive of the new University that when a motto was sought to express it the Latin sentence "Patet omnibus Janua" was suggested. Unfortunately this was too much like "patent omnibus" to find acceptance. But the principle, now universally adopted by British Universities, has been jealously maintained, and this principle has been so flagrantly flouted by the governing body of Heidelberg University that it is unthinkable that London University will accept the invitation it has received to send a representative to Heidelberg; such action would nullify the original motive of its own creation, and contradict the unbroken tradition of a century.

I am, &c.,

E. GRAHAM-LITTLE.

House of Commons, Feb. 24.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—The notice from your Oxford University Correspondent in your issue of February 24 may mislead those who are unfamiliar with the methods of our legislators.

Your Correspondent says: "The Hebdomadal Council has recommended a decree, which will come up on Tuesday, March 3, to the University, that an Address should be sent to Heidelberg University on the occasion of the 550th anniversary celebrations, but that no representative should be sent."

From this it would naturally be inferred that the University will be allowed to vote on the question of appointing a representative to attend the celebrations. I understand that this is not the case. All that Convocation will be asked to approve or disapprove is the affixing the University seal to an address to the University of Heidelberg; nor will it be possible to move an amendment in favour of sending a representative. Many who feel strongly that a representative should be sent may hesitate to take the only course open to them of voting against even sending an address.

I do not propose now to discuss the merits of this question, which have been ably argued in your columns. All I wish to make clear is that the Hebdomadal Council is not testing the feeling of the University on the main issue. What that feeling is will not be made manifest by the result of the vote next Tuesday.

On a matter grayely affecting the comity of international relations it is important that the attitude of Oxford should not be misunderstood, and for that reason I venture to hope that you will give prominence to this letter.

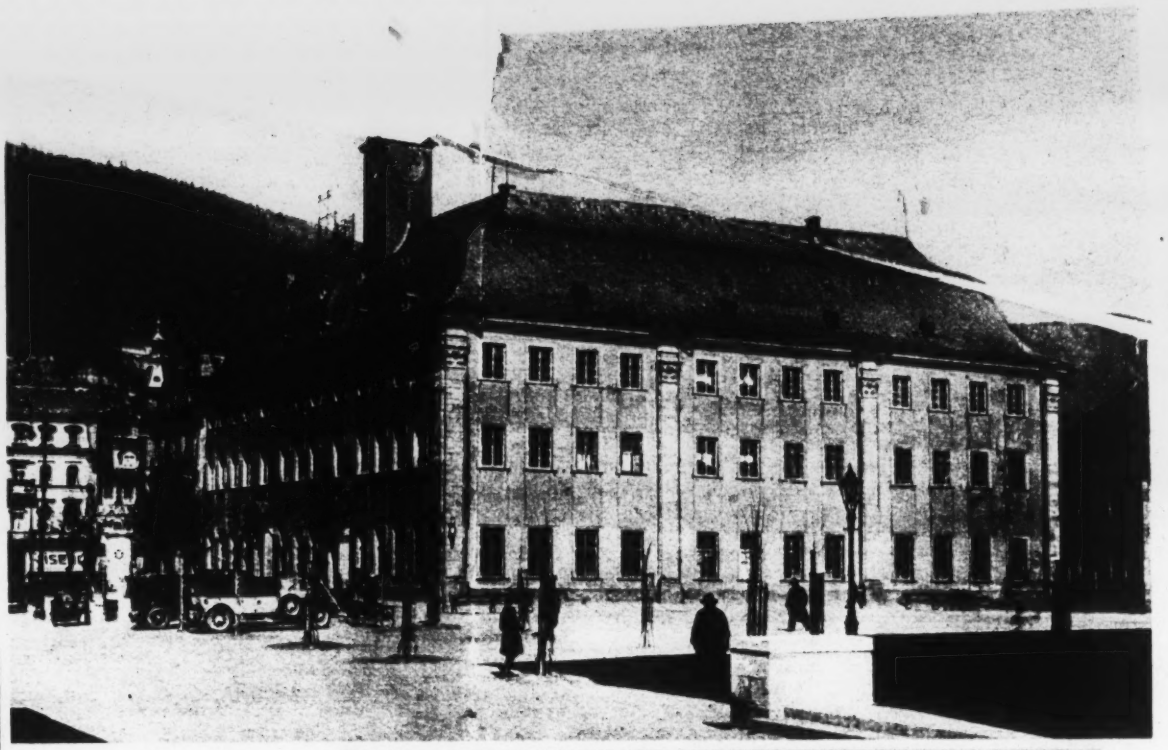
I am, &c.,

H. L. HENDERSON.

New College, Oxford, Feb. 25.

550 Jahre Universität Heidelberg

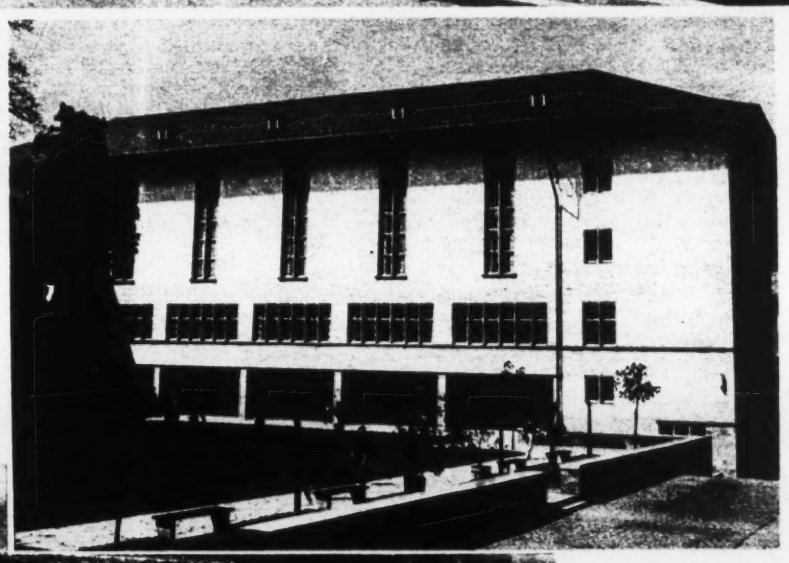
In Kürze begeht die Universität Heidelberg das Jubiläum ihres 550jährigen Bestehens. Die „Ruperto Carola", wie sie nach ihrem Gründer, dem Kurfürsten Ruprecht I. von der Pfalz, heißt, kann sich rühmen, die älteste deutsche Hochschule zu sein.



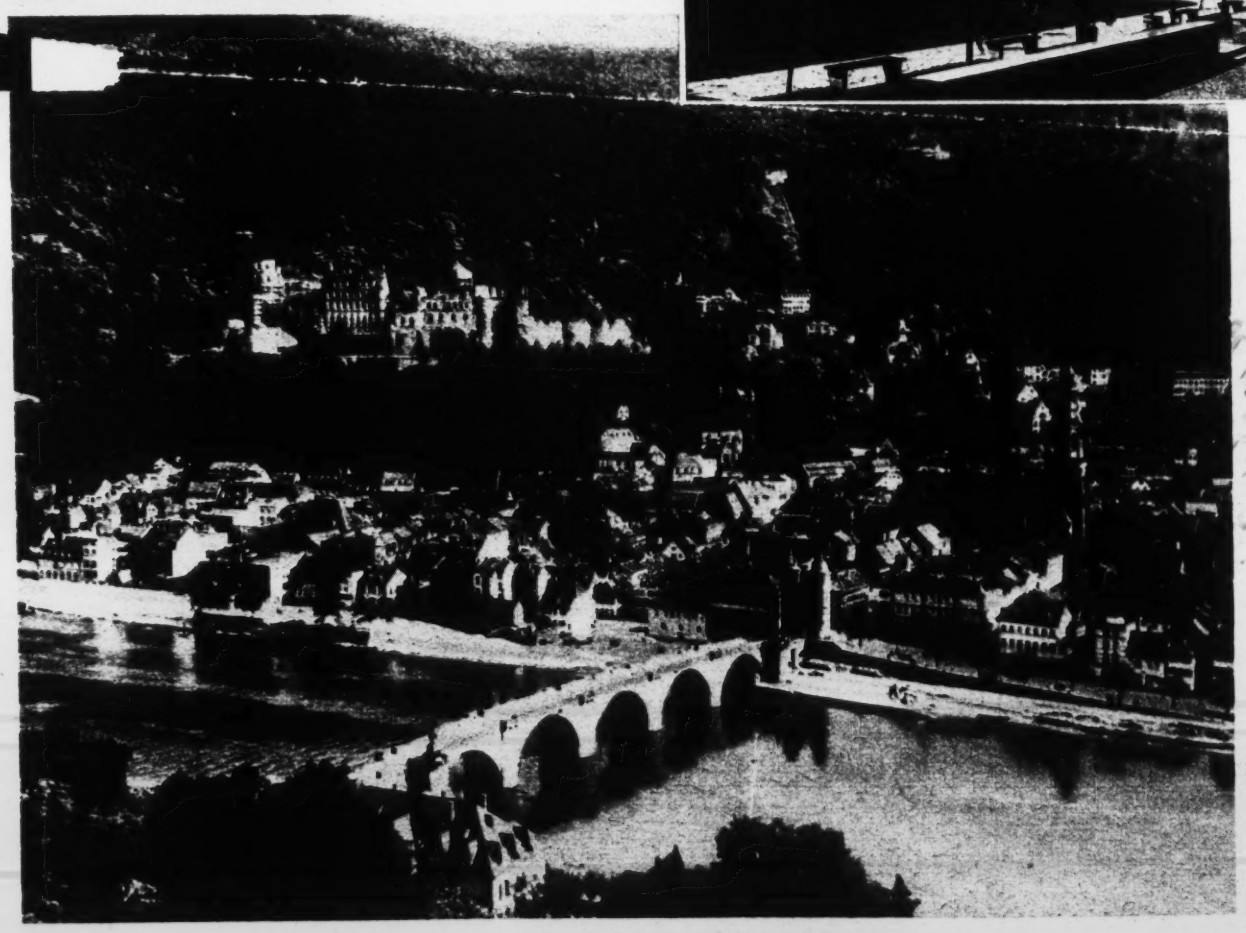
Prof. Dr. Groh,
der derzeitige Rektor der Heidelberger Universität

Die alte Universität

Millionen wissensdurstiger Studenten aus dem Reiche und aus allen Kulturländern der Erde haben im Laufe der verflossenen Jahrhunderte in den Hörsälen den Grund legen können für ein erfolgreiches



Die neue, vor einigen Jahren erbaute Universität,
vom Hof aus gesehen. Dieser Bau wurde durch eine hochherzige Stiftung des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, Jacob Gould Shurman, ermöglicht



Wirken an den Stellen, wo das Leben sie einsetzte. Viele der ehemaligen Hörer werden nach Heidelberg kommen, um die festlichen Tage der Jubelfeier mitzuerleben.

Scherl (3), Pressephoto

Blick auf die Neckarstadt mit dem berühmten Schloß
Im Vordergrund die alte Steinbrücke über den Neckar

Heidelberger Psychiater beurlaubt.

Heidelberg,12.7.(INPRESS): Der Direktor der psychiatischen Klinik in Heidelberg, Professor Karl Willmanns, ist vom Statthalter beurlaubt worden.

aufspreis: Fre. 150 Einzelnummer 20 Pfennig
in Oesterreich 50 g

ageblatt

ng

Ausgabe C
Sonnabend, 27. Juni 1936

gspreis: wöchentl. 95 Pf., monatl. RM 4,— (einschl. 50 Pf. Botenlohn) im voraus
ılohn), d. d. Post monatl. 90 Pf. (einschl. 9,44 Pf. Postgeb.) zuzügl. Zustellgeb. Aus-
Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland,
ıtgelts. Anz.-Preise: die 12gesp. mm-Zeile 36 Pf. (Priv. Fam.-Anz. u. Stellengesuche
bestimmte Ausgaben wird nicht gewährleistet. Bezugs- und Anzeigen-Annahme:
erlin. Postscheckkonto: Buch- und Tiefdruck Gesellschaft mbH, Berlin 5224.

Heidelberg

Zum 550jährigen Universitätsjubiläum

Von Dr. WILLY BEER

HEIDELBERG, Ende Juni.

„Wo der Neckar in den Rhein fliesst, von diesem Winkel ging der Franke von je auf geistige Eroberungen aus. Von da waren alle gekommen: Melanchthon in die kursächsischen Lande, Faust über ganz Mitteldeutschland, Reuchlin nach Schwaben, Wimpheling ins Elsass" — so zeichnet Josef Nadler die Landschaftsgeschichte Heidelbergs. Sie ist eine Geschichte des deutschen Geistes. Sie ist geworden und gewachsen in einem Winkel des deutschen Landes, der seinem in die Ebene hinaustretendem Fluss die grossartigste Abschiedskulisse ist, in dem sich zur Romantik von Ruinen und Wäldern, rauschendem Neckar und rötlichem Fels der weltoffene Blick ins ebene Land gesellt. Natur und Geist — man muss von beiden sprechen, will man über Heidelberg sprechen.

Die Stadt ist ein Stück deutschen Lebens, das uns in wohltuender Weise mit aller Welt verbindet. Von ihrer Universität, der heute 550 Jahre alten Ruperto Corola, strömen diese Impulse; von den Männern, die, hörend und lesend, über die Jahrhunderte hinweg das Wissen der Menschheit um immer neue Erkenntnisse bereichert haben. Erkenntnisse, die wohl in ihren vielen Abschnitten ein Zeugnis sind von der Vielfalt menschlichen Denkens, aber auch von seinem nie aussetzenden Drang nach dem, was Wahrheit ist. Diese Einsicht steht dem Jubiläum der ersten deutschen Universität voran; in ihm stellt sich der ganze Weg von Deutschlands Hohen Schulen einer Gegenwart, die ernsthaft und heiss darum ringt, sich mit ihren neuen Inhalten an die Traditionen des deutschen Geisteslebens anzuschliessen. Es ist so als Erinnerungsfest ein Haltepunkt von besonderem Rang.

Vielerlei werden die Männer zu hören und zu erkennen wünschen, die aus allen Ländern der Erde in diesen Tagen Heidelberg aufsuchen. Die Treitschke, Kuno Vischer, Windelband, Helmholtz, Bunsen, Troeltsch, Max Weber und Gundolf noch zu Füssen gesessen haben, werden sich treffen mit den offiziellen Delegierten vieler Universitäten, die um der anhaltenden Wirkung des Begriffes „Universitas" die Reise angetreten haben. Der persönliche Dank, den der in aller Welt beheimatete Schüler der Heidelberger Universität in die Stadt seiner Studien trägt, wird sich paaren mit der ehrenvollen Anerkennung, die tausend Professoren als Mission ihrer Hochschulen überbringen. Und die Festlichkeit, mit der Deutschland diesen Tag begeht, setzt die Erkenntnis voraus, welchen Wert die Geschichte der glanzvollen Heidelberger Namen für das neue Reich hat.

Gerade vom Ausland her verbindet sich — in nicht den schlechtesten Köpfen — mit Heidelberg eine bestimmte Vorstellung von der deutschen Geistigkeit. Sie hat ihre Wurzel schon in dem kräftigen Schwung, mit dem die Universität als päpstlich begünstigte Gründung rasch die führenden Köpfe des Humanismus auf ihren Kathedern sah.

Und jeder neu aufdämmernden Epoche des deutschen Geistes hat sie sich lebendig geöffnet, auch denen, die den strengen wissenschaftlichen Ehrgeiz mit einer temperamentvollen Gefühlskraft vertauschten. Wenn dann für Jahre die Brentano und Eichendorff, die Schlegel und Görres, die Jean Paul und die Männer der „Sturm-und-Drang"-Zeit in Heidelberg, zu finden waren, so war der geistige Ort doch die Universität, mochten diese Männer auch nicht auf ihren Kathedern stehen. Aber die Philosophie trugen sie allesamt in das Gebäude der Universität und schufen so die neue Einheit des Geistes, die bis in unser Jahrhundert der Universität ihre unvergleichliche Sendung gegeben hat.

Dies alles ist deutsche Geistigkeit: das Forschen, Sehen und Gestalten; die immer neue und persönliche Art, hinter die Dinge zu kommen; dazu die Akribie und sachliche Unbestechlichkeit; der Respekt vor den Tatsachen. Bewunderte die Welt das System der idealistischen Philosophie oder die Erfindung der Kathodenstrahlen? Hat sie in beidem nicht vielmehr sich vor der Unersättlichkeit des deutschen Geistes geneigt, der Welt immer neue Geheimnisse abzutrotzen? Und ist ihr dabei nicht auch jene geduldige, mühsame Methodik des Ausscheidens, diese legale Sauberkeit des Forschens und Suchens, als Vorbild erschienen?! Viele Fragen, die sich selbst beantworten. Vielleicht aber werden sie heute neu gestellt, wo eine neue und schwer tätige Zeit einer erstarrten Wissenschaftssystematik einen empfindlichen Stoss gegeben hat. Wie sie ihn parieren wird — das ist heute aller Gespräch. Wieder zeigt die

Heidelberger Universität, dass sie sich den jungen Strömungen öffnen will. Sie lässt das Jubelfest nicht mit verpflichtungslosen Reden über ihre Vergangenheit vorbeigehen. Sie stellt sich der Welt. So spricht Ernst Krieck, einer der ersten Köpfe der nationalsozialistischen Wissenschaft, einen Festvortrag über das Thema: „Die Objektivität der Wissenschaft als Problem." Er trifft so in den Kern aller heutigen Debatten über die Wissenschaft. Möglich, dass er das Gespräch nun auch zwischen den Völkern in Fluss bringt, das uns seit drei Jahren bewegt. Sicherlich jedoch, dass an ihm sich die Frage nach dem Sinn der Universität in unserer Zeit mit eindringlichem Ernst auftut.

In Deutschland sind wir über den Zustand hinaus, ängstlich mangels einer gültigen neuen Einsicht die heute existierende Universität als Idealbild anzuerkennen. Wir sprechen darüber und wollen „das Dach" sehen. In einer Diskussion, die in dieser Zeitung um dieses Problem veröffentlicht worden ist, sind verschiedene Lösungen gesucht und empfohlen worden. Alle waren sich allerdings einig, dass die moderne Arbeitseinteilung auf die Universität soviel Fachliches getragen hat, dass eine Einheit des Geistes nur noch schwer zu erkennen ist. Die deutsche Universität Heidelberg nun feiert in der 550. Wiederkehr ihres Gründungstages den Triumph der „Universitas", der Fakultäten verbindenden Einheit. Sie kann ihn, auch wenn sie ungewiss sein sollte über das zukünftig bindende Band, nicht als Abschied feiern. Die junge Generation, die die festlichen Umzüge nun nicht mehr in Couleur, sondern im Braunhemd begleiten wird, sucht nach dem neuen Wege. Vorerst hatte sie damit zu tun, das Bild der deutschen Studentenschaft von den pseudoromantischen Utensilien zu befreien, die gerade im Heidelberger Boden ihre Lagerstätte hatten.

Das ist nun schon Vergangenheit. Jetzt beginnen die grösseren Verpflichtungen. Sie werden in den Festtagen nur anzudeuten sein; denn wichtig ist am Anfang das Bekenntnis zu dem Gewachsenen. Hierüber sind alle Zweifel hinfällig, denn eine Stätte des Geistes, vor der sich die besten Männer der Welt bewundernd neigen, kann kein Diskussionsobjekt unter Deutschen sein. Heidelbergs Festtag ist so der Festtag der deutschen Wissenschaft. Er wird um so würdiger begangen, je tiefer wir uns an ihm unserer Erbschaft versichern und je freier wir durch sie werden. Eine Begegnung so schwerwiegender Grösse wird viele Stockungen überwinden und manches Missverständnis beseitigen können. Es ist ja nicht ein Austausch von Erfahrungen; es ist ein Treffen in entscheidender Stunde. Die Männer des Auslandes werden sehen können, dass die jungen nationalsozialistischen Studenten mehr als marschieren können. Sie werden die Not und die Bemühung der jungen akademischen Generation sehen, die Erlebnisse der Gegenwart mit der Achtung vor der Wissenschaft in Einklang zu bringen. Freilich ist alles im Fluss. Aber wem unter denen, die ernsthaft sich dem Neuen öffnen, schiene das verhängnisvoll?!

Demonstrationen kann es in Heidelberg nicht geben. Dort muss die Existenz der deutschen Geistigkeit sichtbar werden, ohne dass sie sich selbst zur Schau stellt. Das ewige Gesicht dieser Stadt, seine ewige Schönheit lassen sich niemals von den Gütern des Geistes trennen, die an den Ufern des Neckars gewachsen sind. Wir glauben, dass Deutschlands Jugend die Fruchtbarkeit dieses Bodens für allezeit spüren und nutzen wird.

Zyrardow-Skandal vor Gericht

Millionen-Schiebungen französischer Gesellschafter in Polen

WARSCHAU, 26. Juni. (DNB)

Vor dem Warschauer Handelsgericht begann am Freitag der Prozess gegen die französische Verwaltung der Polnischen Manufaktur-Werke in Zyrardow. An der Spitze der französischen Verwaltung der Werke, die sich seit geraumer Zeit unter gerichtlicher Zwangsverwaltung befindet, stand der Franzose Boussac.

Der Zyrardow-Skandal, bei dem es sich um die unberechtigte Verschiebung bedeutender Kapitalien ins Ausland zum Schaden der polnischen Aktionäre und um eine Reihe von Steuer- und Bilanzbetrügereien handelt, beschäftigt die polnische Oeffentlichkeit seit dem Herbst 1934 und hat sich auf die polnisch-französischen Beziehungen sehr ungünstig ausgewirkt. Mehrfache diplomatische Interventionen zugunsten Boussacs sind ergebnislos geblieben.

Bei dem nunmehrigen Prozess klagen die polnischen Aktionäre, die eine Aktienmehrheit in der Hand haben, gegen die Beschlüsse der französischen Mehrheit, auf Grund deren von Boussac Verträge mit zwei französischen Firmen, an denen Boussac gleichfalls beteiligt ist, abgeschlossen wurden. Auf Grund dieser fiktiven Verträge sind Millionensummen ins Ausland gebracht und dadurch die Zyrardow-Werke und die polnischen Aktienbesitzer schwer geschädigt worden.

Oesterreichs Rüstungsindustrie

Heimatschutz gegen Verstaatlichung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

WIEN, 26. Juni.

Während Dr. Schuschnigg und die ihm nahestehenden Kreise die Absicht verfolgen, die österreichische Rüstungsindustrie zu verstaatlichen und in diesem Sinne auch schon einige Ankündigungen in der dem Bundeskanzleramt nahestehenden Presse erschienen, nimmt der Heimatschutz gegen einen solchen Plan nach wie vor scharf ablehnend Stellung. So schreibt der Volkswirtschaftler der „Neuen Zeit", des Organs der Linzer Bundesführung des Heimatschutzes, das, was Oesterreich nach 1918 geblieben sei, könne nicht mehr als Rüstungsindustrie bezeichnet werden. Der Steyr-Waffenfabrik seien die grossen Märkte verloren gegangen, die Enzesfelder Metallwerke, denen die Lieferung der Artilleriemunition obliegt, hätten ihre Hauptproduktion eigentlich auf Messingwaren verlegt, und die vielgenannte Hirtenberger Patronenfabrik, deren Generaldirektor Fritz Mandl zum engsten Freundeskreis Starhembergs gehört, könne vom Inlandmunitionsabsatz nicht leben.

Ausschnittbüro

Bureau International de Documentation

Boîte Postale 32 à SCEAUX (Seine) France

Hamburger Fremdenblatt

21 JUIN 1936

mde

Täglich reichillustr

Anzeigenpreise (Preisliste Nr. 5): Die 46 mm br
2.35 M. Mengennachlaß nach Staffel B der 3. Bekann
Anzeigen, Stellenanzeigen, Kleine einspaltige Anzeigen
Ausgaben erscheinen keine Anzeigen. Annahme von
an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr. Keine Annahme durch Fernsprecher. Erfüllungsort Hamburg. Drahtanschrift: Fremdenblatt Hamburg. Fernruf: Hamburg 34 10 10. Nachts: Schriftleitung 34 43 63, Fernverkehr: Hamburg 34 31 03/06. Geschäftliche Anrufe von 21 bis 7 Uhr sowie an Sonn- u. Feiertagen: 34 54 71. Berliner Schriftleitung: Berlin SW 11, Hedemannstr. 6, Fernruf: A 9 Blücher 6341. Bremer Schriftleitung: Bremen, Am Wall 183, Fernruf: 27528. Postscheckk.: 2577 Hamburg. Bank: Commerz- und Privat-Bank.

SCHRIFTLEITUNG UND HAUPTGESCHÄFTSSTELLE: GROSSE BLEICHEN 38/52

2. Vierteljahr 15 Pf.

n Danzig

position

Heidelberg

Zur 550-Jahr-Feier der Universität

Am kommenden Sonnabend beginnen in Heidelberg die Feiern zum 550jährigen Bestehen der ältesten reichsdeutschen Hochschule: der Ruperto-Carola, die im Beisein der Reichsminister Dr. Goebbels und Rust sowie zahlreicher Abordnungen ausländischer Universitäten ein bedeutsames Stück deutscher Bildungsgeschichte lebendig werden lassen und vom geistigen Aufbauwillen des neuen Deutschlands im Zeichen der Völkerverständigung und des Friedens künden werden.

g. m. Der vor einigen Jahren verstorbene weltbekannte deutsche China-Forscher Richard Wilhelm erzählt, wie er beim Besuch einer chinesischen Schule auf einer Weltkarte in Deutschland nur zwei Städtenamen eingezeichnet gefunden habe: Berlin und Heidelberg. Dieses Erlebnis steht nicht vereinzelt da. Es ist eine kulturgeschichtliche Kuriosität, aber wiederholt bezeugt, daß Schauspiel und Film „Alt-Heidelberg", wenn auch übermalt und vielleicht bis zur Unkenntlichkeit umgeformt, in fernen Zonen und unter uns völlig wesensfremden Menschen heute noch die einzig wirklich erlebte Kunde von deutscher Art sind — jedenfalls in der breiten Öffentlichkeit.

Auch bei uns im Lande hat dieses Bild lange seine Gültigkeit gehabt, wenn auch nicht unbestritten. Der Musensohn, der an den Hängen des im Mondschein glitzernden Neckarflusses unter der Ruine des alten berühmten Schlosses beim schäumenden Glase von verliebten Abenteuern singt — es ist eine tief eingewurzelte Vorstellung, von romantischem Zauber umgeben. Und diese träumerische Saite klingt immer mit, wenn der Name Heidelberg fällt. Sie wird es tun, solange es in deutschen Landen Menschen gibt, die ein junges Herz und darin eine geheime Sehnsucht haben. Wenn dieser Traum sich nicht im Wesenlosen verliert, wenn er nicht zur Erfüllung der Tagespflichten untüchtig macht, ist dagegen auch nichts einzuwenden.

Deutschland verlangt von seinen Söhnen, auch von denen, die den Musen anhangen, daß sie männlich, stark und hart seien. Das Beispiel Heidelberg lehrt, wie solches auch im romantischem Rahmen möglich ist. Denn seine Universität, die älteste auf reichsdeutschem Gebiet — gegründet 1386; nur Prag (1348) und Wien (1365) sind früher entstanden —, ist auch der jüngsten eine. Ihr geistiger Führer ist seit wenigen Jahren Ernst Krieck, jener badische Pädagoge und Schulmann, der die Erziehungswissenschaft als eigenständiges Forschungs- und Gestaltungsgebiet neu begründet, aus völkischer Weltschau mit lebendigem Inhalt gefüllt und durch die Macht seiner scharf profilierten, in sich geschlossenen Persönlichkeit einen vielfältig aufgesplitterten Hochschul-, Wissenschafts- und Lehrkörper zur Einheit einer wahren „Universitas" vorwärtsgeführt hat.

In den Mauern der Heidelberger Hochschule, die auf eine ebenso wechselvolle wie ruhmreiche Geschichte zurückblickt, die eine überaus reiche Überlieferung zu bewahren hat, wächst ein Geschlecht heran, das in gleicher Weise auf das Leben wie auf die Wissenschaft verpflichtet wird. Aktive Gemeinschaftszellen, erwachsen aus praktischer und geistiger Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden, bringen in das Hochschulleben eine neue Note. Hier gibt es keine Absonderung des Akademi-

schen: freiwillig geleistete Werkarbeit, um dem handarbeitenden Volksgenossen bezahlten Urlaub zu ermöglichen; Mithilfe bei der Gestaltung des Feierabends und der Feste; tätiger Einsatz überall dort, wo man danach verlangen könnte — so faßt der Student seine Pflichten auf. Als es galt, das Korporationswesen in zeitgemäße Formen umzuwandeln, vollzog sich in Heidelberg, am Quell der Romantik, der Übergang in die neuen Gemeinschaftsformen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes reibungsloser als anderswo. Alles Zeichen für den zukunftswilligen Geist einer Studentenschaft, die bereit ist, dem verpflichtenden Namen des Überlieferten durch weltoffene Haltung im Sinne neuer nationaler Aufgaben Ehre zu machen.

In den kommenden Jubiläumstagen, die in erster Linie der Erinnerung und dem ehrfurchtsvollen Bekenntnis zur Größe des Erbes gewidmet sind, wird auch diese eigene Note der Heidelberger Universität zur Geltung kommen: der immer wieder erwachende Erneuerungswille, der das Hauptkennzeichen der Ruperto-Carola ist. Ein kurzer Blick über die Geschichte der Universität läßt deutlich werden, wie und in welchem Sinne die älteste reichsdeutsche Hochschule auch die jüngste ist.

Ihr Gründer war der Pfälzer Kurfürst Ruprecht I., der in Böhmen und Österreich die beiden ersten Universitäten des Reiches hatte entstehen sehen, und der als reichs- und papsttreuer Herrscher auf dem Boden seines Landes ein Institut schaffen wollte, das von Paris, der damals unbestritten ersten abendländischen hohen Schule der Gelehrsamkeit, unabhängig sein sollte. Es war die Zeit des Schismas, als in Avignon ein Gegenpapst residierte, dem die Pariser Hochschule verpflichtet war. So stand schon die Gründung der Heidelberger Universität im Zeichen volksdeutscher Politik: man wollte die Landeskinder, die sonst in Paris hätten studieren müssen, dem französischen Einfluß fernhalten.

Diese scholastische Zeit mit bescheidenem Anfang war die erste Etappe. Es folgte mit dem Ende des 15. Jahrhunderts der Einbruch des Humanismus, der eine tiefgehende geistige und organisatorische Umwälzung zur Folge hatte, und schließlich, wenn auch verhältnismäßig spät, die Einführung der Reformation — 1558 durch Otto Heinrich, dessen Name jedem Besucher des Heidelberger Schlosses vertraut ist. Die neue Blütezeit der Hochschule, auf der die Kämpfe zwischen Luthertum und Calvinismus durchgefochten wurden, die aber gerade wegen ihrer Aufgeschlossenheit und Lebendigkeit zum geistigen Mittelpunkt des Protestantismus emporwuchs und auch die Gründung der deutschen Dichtung durch Opitz erlebte, sollte freilich nicht lange dauern: im Dreißigjährigen Krieg wurde Heidelberg samt seiner Universität durch Tilly zerstört, die berühmte Bibliothek geraubt und der Vaticana in Rom einverleibt — von wo erst im 19. Jahrhundert, nach dem Wiener Kongreß, ein Teil nach Heidelberg zurückging. Die Eroberungszüge Ludwig XIV. bereiteten dem Neuaufbau, der gleich nach den dreißig Schreckensjahren einsetzte, ein schnelles Ende: Heidelberg wurde zu einem Instrument der Gegenreformation und blieb das ganze 18. Jahrhundert hindurch eine unbedeutende Landeshochschule in einem undeutschen Duodez-Fürstentum.

Um so schöner und fruchtbarer wurde die letzte Etappe, die bis in die Gegenwart reicht, eingeleitet mit der Erneuerung durch Karl-Friedrich von Baden im Jahre 1803. Das junge Kurfürstentum Baden, das als Vasallenstaat Napoleons begann und dann zum Großherzogtum wurde, setzte alles daran, Heidelberg zu einer nationaldeutschen Universität auszugestalten — und als solche hat die Ruperto-Carola, wie sie jetzt hieß, an allen großen Taten der deutschen Nationalgeschichte bedeutenden Anteil genommen. So konnte schon der Freiherr vom Stein sagen, daß sich in Heidelberg ein gut Teil des Feuers entzündet habe, das die Franzosen verzehrte. Die romantische Dichtung, die große Geschichtsschreibung, die moderne Naturwissenschaft, die geistigen Kräfte, die das Antlitz des 19. Jahrhunderts geprägt haben, fanden hier in Heidelberg ein Aktionszentrum, von dem immer neue Gestaltungsimpulse ausgingen — bis in die Gegenwart hinein.

Was aber ist das Geheimnis, durch dessen Wirkungskraft die neue Blüte der Heidelberger Hochschule möglich geworden ist? Wir finden das entscheidende Motiv in der berühmten Festrede Kuno Fischers bei der 500-Jahr-Feier der Ruperto-Carola im Jahre 1886 klar ausgesprochen: In der Verwaltung einer Universität sei die Hauptsache nicht, was auf dem Papier steht, sondern was auf dem Katheder steht. Weil man sich bemüht hat, nach diesem Grundsatz zu handeln, manchen Unstimmigkeiten und Widerständen zum Trotz, die unausbleiblich sind: darum hat Heidelbergs hohe Schule, die jetzt ein neues Halbjahrhundert ihrer ruhmreichen Geschichte beginnt, Weltruf erlangt. Ihre nationaldeutsche Leistung wächst auf Grund ihrer internationalen Anziehungskraft zu doppelter Größe an.

---

kürzer als die, welche heute die Bahn braucht, die vierundzwanzig Stunden fährt. Das waren Ausnahmen, und das war auch keine Technik, sondern schrankenlose Ausnutzung von Menschenmaterial für private Zwecke.

Man lese aber einmal einen der besten Romane des großen schottischen Dichters Robert Louis Stevenson, der als einer der ersten Männer der Literatur des letzten Jahrhunderts in der

Das Internationale
Ausschnittbüro
Bureau International de Documentation
Boîte Postale 32 a SCEAUX (Seine) France
B - Zum Mittag
12 JUIN 1936

Deutschlands älteste Hochschule jubiliert

Zur 550-Jahr-Feier der Heidelberger Universität am 28. Juni

Sonderbericht der „B. Z. am Mittag"

Heidelberg, 12. Juni

Wenige Tage trennt Heidelberg noch von dem glanzvollen Fest, das die älteste reichsdeutsche Universität in Anwesenheit der Reichsregierung und vieler hundert Gäste aus dem Inland und Ausland aus Anlaß ihres 550jährigen Bestehens feiern wird.

Als sie im Jahre 1386 von dem greisen 77jährigen Kurfürsten Ruppprecht I. von der Pfalz gegründet wurde — nachdem schon 1348 Karl IV. die Universität Prag ins Leben gerufen hatte —, geschah das nicht ohne nationalpolitische Absicht. In einer Zeit, wo 37 fremde Universitäten rings um Deutschland lagen, sollte die Heidelberger Hohe Schule der römisch-deutschen Richtung eine Stütze geben gegenüber der päpstlichen Gegenregierung in Avignon. So sollte schon bei der Gründung diese Hochschule dem deutschen Geiste dienen.

In dieser Woche ist über dem Eingangsportal des Schurmanhaus in großen Bronzebuchstaben die Inschrift angebracht worden: „Dem deutschen Geiste." Als weiteren Schmuck hat die Universität in diesen Tagen einen mächtigen 42 Zentner schweren Bronze-Adler erhalten, mit steil emporgereckten Schwingen, eine packende Symbolik, geschaffen von Professor Schließler-Karlsruhe. Neben diesem neuesten Sinnbild des Reiches besitzt Heidelberg den ältesten deutschen Reichsadler oben auf dem Schloß, eine Wappen-Kostbarkeit ersten Ranges, fast so alt wie die Universität selber, noch von König Rupprecht von der Pfalz stammend. Zwischen beiden Adlern ruhen Geschichte und Geschicke der ältesten deutschen Universität . . .

Unter dem ersten Rektor, dem berühmten Rektor Marsilius von Inghen bestanden in den ersten Jahren nur vier Fakultäten: die theologische, die des kanonischen und die des bürgerlichen Rechts sowie die der Philosophie. Doch schon vier Jahre nach der Gründung wurde die medizinische Fakultät angegliedert. Der Zeit entsprechend stand die Universität zunächst ganz unter kirchlichem Einfluß und wurde im Auftrag des römischen Papstes bischöflich überwacht. Doch bereits unter Friedrich dem Siegreichen setzten Reformbestrebungen ein und eine hohe Blüte erlebte die Hochschule unter dem Kurfürsten Otto Heinrich. Im Dezember 1558 wurde sie, die damals auch Philipp Melanchthon zum Lehrer hatte, durch eine Reformationsurkunde völlig erneuert. Schon im Frühjahr 1518 hatte Martin Luther in der Heidelberger Universität seine Thesen verteidigt. Im Jahre 1563 entstand der berühmte Heidelberger Katechismus.

Um die Bibliothek

Nach glänzendem Aufschwung erlebte die Universität einen furchtbaren Rückschlag im Dreißigjährigen Kriege. Durch den Heidelberger Kurfürsten Friedrich V., der die Krone Böhmens wollte und als „Winterkönig" den Krieg entfesselte, wurde Heidelberg besonders schwer betroffen. Tilly plünderte 1622 die Stadt und raubte die kostbare palatinische Bibliothek mit unersetzbaren Schätzen an alten deutschen Handschriften. Diese Bibliothek besaß unter anderem die von Otto Heinrich gesammelten Werke und die Bücherei Ullrich Fuggers mit wertvollsten deutschen Handschriftenschätzen, die alle nach Rom zum Papst Gregor VIII. wanderten. Eine neu angelegte Bibliothek ging 1693 unter den Fackeln des Mordbrenners Melac in Flammen auf. Zum dritten Male ging man in Heidelberg an das Sammeln von Büchern, und heute ist die Heidelberger Bibliothek mit weit über 1 Million Bänden sowie 4000 alten Handschriften, 3000 Urkunden und 6000 Papyri trotz aller Schicksalsschläge die größte deutsche Universitätsbibliothek.

Groß ist die Reihe glanzvoller Namen am Heidelberger Gelehrtenhimmel. Groß auch die Zahl der Gelehrten, die in Heidelberg ihr geistiges Rüstzeug empfingen und dann überall in Deutschland lehrten. Besonders fruchtbar war das letzte Jahrhundert. Man braucht nur an Robert Bunsen, an Helmholz, Kirchhoff und Kekulé zu denken, die den Naturwissenschaften und darüber hinaus der gesamten chemischen Industrie ungeheure Anregungen übermittelten. Die deutsche Farbenindustrie verdankt ihren Aufbau den Heidelberger Forschungen und Entdeckungen. Im „Riesen" zu Heidelberg wurde die Spektralanalyse auf Sonne und Gestirne angewandt und damit die Chemie des Weltalls erschlossen. Von Heidelberger Historikern nennen wir Schlosser, Häuser, Gervinus, Treitschke, aus der Reihe der Philosophen Hegel, Kuno Fischer und Windelband, von Juristen Thibaut, Mittermaier und Bangerow, von Aerzten Kußmaul, Erb, Czerny und den noch wirkenden Ludwig von Krehl. Auch des noch lebenden Nobelpreisträgers Lenard sei gedacht, dessen Entdeckung der Kathodenstrahlen der Ausgangspunkt zur Entdeckung der Röntgenstrahlen wurde.

Die große Ausstellung

Heute hat Heidelberg als Grenzland-Hochschule besondere kulturpolitische Aufgaben, die in einer von der Stadt gleichzeitig veranstalteten großen Ausstellung „Heidelberg, Vermächtnis und Aufbau" besonders zum Ausdruck kommen wird. Diese in über vierzig Räumen untergebrachte Ausstellung wird die Weltgeltung Heidelbergs als jahrhundertealtem Ausstrahlungspunkt deutschen Geisteslebens in vielen Schaustücken hervorheben. Viele kostbaren Leihgaben von auswärts vergrößern die Heidelberger Sammlung in dieser Schau.

Das Festprogramm

Das Fest nimmt am 27. Juni mit dem Empfang der Gäste durch den Rektor und einer abendlichen Schloßbeleuchtung seinen Anfang. Am Sonntag, 28. Juni, erfolgt die Eröffnung der Ausstellung durch Oberbürgermeister Dr. Reinhaus mit einer Ansprache des badischen Staatsministers Dr. Wacker über Geschichte, Bedeutung und Aufgabe der Universität Heidelberg, während am Abend ein Empfang durch die Reichsregierung im Königssaal des Schlosses mit Ansprachen des Reichsministers Dr. Goebbels und des Reichsministers Rust vorgesehen ist. Am Montag, 29. Juni, erfolgt ein Festakt in der Stadthalle mit feierlichem Einzug der Abordnungen in- und ausländischer Universitäten, Hochschulen und Akademien, mit Ansprachen des Rektors, der Reichsregierung, der Reichsleitung der NSDAP,

12 JUIN 1936

Deutschlands älteste Hochschule jubiliert

Zur 550-Jahr-Feier der Heidelberger Universität am 28. Juni

Sonderbericht der „B. Z. am Mittag"

Heidelberg, 12. Juni

Wenige Tage trennt Heidelberg noch von dem glanzvollen Fest, das die älteste reichsdeutsche Universität in Anwesenheit der Reichsregierung und vieler hundert Gäste aus dem Inland und Ausland aus Anlaß ihres 550jährigen Bestehens feiern wird.

Als sie im Jahre 1386 von dem greisen 77jährigen Kurfürsten Ruppprecht I. von der Pfalz gegründet wurde — nachdem schon 1348 Karl IV. die Universität Prag ins Leben gerufen hatte —, geschah das nicht ohne nationalpolitische Absicht. In einer Zeit, wo 37 fremde Universitäten rings um Deutschland lagen, sollte die Heidelberger Hohe Schule der römisch-deutschen Richtung eine Stütze geben gegenüber der päpstlichen Gegenregierung in Avignon. So sollte schon bei der Gründung diese Hochschule dem deutschen Geiste dienen.

In dieser Woche ist über dem Eingangsportal des Schurmanhaus in großen Bronzebuchstaben die Inschrift angebracht worden: „Dem deutschen Geiste." Als weiteren Schmuck hat die Universität in diesen Tagen einen mächtigen 42 Zentner schweren Bronze-Adler erhalten, mit steil emporgerecten Schwingen, eine packende Symbolik, geschaffen von Professor Schließler-Karlsruhe. Neben diesem neuesten Sinnbild des Reiches besitzt Heidelberg den ältesten deutschen Reichsadler oben auf dem Schloß, eine Wappen-Kostbarkeit ersten Ranges, fast so alt wie die Universität selber, noch von König Rupprecht von der Pfalz stammend. Zwischen beiden Adlern ruhen Geschichte und Geschicke der ältesten deutschen Universität . . .

Unter dem ersten Rektor, dem berühmten Rektor Marsilius von Inghen bestanden in den ersten Jahren nur vier Fakultäten: die theologische, die des kanonischen und die des bürgerlichen Rechts sowie die der Philosophie. Doch schon vier Jahre nach der Gründung wurde die medizinische Fakultät angegliedert. Der Zeit entsprechend stand die Universität zunächst ganz unter kirchlichem Einfluß und wurde im Auftrag des römischen Papstes bischöflich überwacht. Doch bereits unter Friedrich dem Siegreichen setzten Reformbestrebungen ein und eine hohe Blüte erlebte die Hochschule unter dem Kurfürsten Otto Heinrich. Im Dezember 1558 wurde sie, die damals auch Philipp Melanchthon zum Lehrer hatte, durch eine Reformationsurkunde völlig erneuert. Schon im Frühjahr 1518 hatte Martin Luther in der Heidelberger Universität seine Thesen verteidigt. Im Jahre 1563 entstand der berühmte Heidelberger Katechismus.

Um die Bibliothek

Nach glänzendem Aufschwung erlebte die Universität einen furchtbaren Rückschlag im Dreißigjährigen Kriege. Durch den Heidelberger Kurfürsten Friedrich V., der die Krone Böhmens wollte und als „Winterkönig" den Krieg entfesselte, wurde Heidelberg besonders schwer betroffen. Tilly plünderte 1622 die Stadt und raubte die kostbare palatinische Bibliothek mit unersetzbaren Schätzen an alten deutschen Handschriften. Diese Bibliothek besaß unter anderem die von Otto Heinrich gesammelten Werke und die Bücherei Ullrich Fuggers mit wertvollsten deutschen Handschriftenschätzen, die alle nach Rom zum Papst Gregor VIII. wanderten. Eine neu angelegte Bibliothek ging 1693 unter den Fackeln des Mordbrenners Melac in Flammen auf. Zum dritten Male ging man in Heidelberg an das Sammeln von Büchern, und heute ist die Heidelberger Bibliothek mit weit über 1 Million Bänden sowie 4000 alten Handschriften, 3000 Urkunden und 6000 Papyri trotz aller Schicksalsschläge die größte deutsche Universitätsbibliothek.

Groß ist die Reihe glanzvoller Namen am Heidelberger Gelehrtenhimmel. Groß auch die Zahl der Gelehrten, die in Heidelberg ihr geistiges Rüstzeug empfingen und dann überall in Deutschland lehrten. Besonders fruchtbar war das letzte Jahrhundert. Man braucht nur an Robert Bunsen, an Helmholz, Kirchhoff und Kekulé zu denken, die den Naturwissenschaften und darüber hinaus der gesamten chemischen Industrie ungeheure Anregungen übermittelten. Die deutsche Farbenindustrie verdankt ihren Aufbau den Heidelberger Forschungen und Entdeckungen. Im „Riesen" zu Heidelberg wurde die Spektralanalyse auf Sonne und Gestirne angewandt und damit die Chemie des Weltalls erschlossen. Von Heidelberger Historikern nennen wir Schlosser, Häuser, Gervinus, Treitschke, aus der Reihe der Philosophen Hegel, Kuno Fischer und Windelband, von Juristen Thibaut, Mittermaier und Bangerow, von Aerzten Kußmaul, Erb, Czerny und den noch wirkenden Ludwig von Krehl. Auch des noch lebenden Nobelpreisträgers Lenard sei gedacht, dessen Entdeckung der Kathodenstrahlen der Ausgangspunkt zur Entdeckung der Röntgenstrahlen wurde.

Die große Ausstellung

Heute hat Heidelberg als Grenzland-Hochschule besondere kulturpolitische Aufgaben, die in einer von der Stadt gleichzeitig veranstalteten großen Ausstellung „Heidelberg, Vermächtnis und Aufbau" besonders zum Ausdruck kommen wird. Diese in über vierzig Räumen untergebrachte Ausstellung wird die Weltgeltung Heidelbergs als jahrhundertealtem Ausstrahlungspunkt deutschen Geisteslebens in vielen Schaustücken hervorheben. Viele kostbaren Leihgaben von auswärts vergrößern die Heidelberger Sammlung in dieser Schau.

Das Festprogramm

Das Fest nimmt am 27. Juni mit dem Empfang der Gäste durch den Rektor und einer abendlichen Schloßbeleuchtung seinen Anfang. Am Sonntag, 28. Juni, erfolgt die Eröffnung der Ausstellung durch Oberbürgermeister Dr. Reinhaus mit einer Ansprache des badischen Staatsministers Dr. Wacker über Geschichte, Bedeutung und Aufgabe der Universität Heidelberg, während am Abend ein Empfang durch die Reichsregierung im Königssaal des Schlosses mit Ansprachen des Reichsministers Dr. Goebbels und des Reichsministers Rust vorgesehen ist. Am Montag, 29. Juni, erfolgt ein Festakt in der Stadthalle mit feierlichem Einzug der Abordnungen in- und ausländischer Universitäten, Hochschulen und Akademien, mit Ansprachen des Rektors, der Reichsregierung, der Reichsleitung der NSDAP, Ansprachen der in- und ausländischen Delegationen und der Verkündung einer größeren Reihe von Ehrenpromotionen. Am selben Tage findet auch ein Welttreffen ehemaliger Heidelberger Studenten statt. Ein weiterer Festakt in der Stadthalle ist am Dienstag, 30. Juni, mit einer musikalischen Aufführung und Ansprachen von Professor Krieck über „Objektivität der Wissenschaft als Problem" und von Professor Stein über „Arzttum und Volk".

Mit einem abendlichen Fest auf dem Heidelberger Schloß klingen die Feiertage der Hochschule aus.

Fritz Sartorius, Heidelberg

Oeuvre L'Oeuvre
29.VI.36

Le fiasco des fêtes de l'Université d'Heidelberg

547 ans de gloire et 3 ans de honte sous le régime raciste

L'Allemagne hitlérienne avait voulu faire du 550e anniversaire de l'Université d'Heidelberg un grand événement international, une fête magnifique de l'esprit. Nos lecteurs se souviennent que le monde entier avait été monde d'invitations à participer, dans la vieille cité romantique, à la commémoration de ce brillant foyer de culture. Le régime nazi doit s'apercevoir aujourd'hui du coup porté par lui au prestige international de l'Allemagne.

Le boycottage de l'anniversaire d'Heidelberg a été en effet considérable et les universitaires en chemise brune ont assisté ces deux derniers jours à une cérémonie plutôt lamentable. Leur a-t-on lu, dans la grande salle de l'*Alma Mater*, tous les refus des grandes universités étrangères ? La liste en était éloquente :

D'Angleterre, refus d'Oxford, de Cambridge, de Sheffield et de Birmingham ;

De Hollande, refus d'Amsterdam et de Leyde ;

De Suède, refus de Lund ; de Norvège, refus d'Oslo ; des Etats-Unis, refus de Virginia, de Yale et d'une dizaine d'autres.

Les délégations de Vienne, de Budapest, de Zurich et de quelques autres universités secondaires ne pouvaient les consoler de tant d'absences illustres qui étaient autant de camouflets au Troisième Reich. On ferait toute une brochure avec les déclarations des intellectuels étrangers. Citons-en seulement deux. D'abord celle du professeur Gilbert Murray : « J'approuve entièrement la décision de nos autorités universitaires, car l'Université d'Heidelberg a congédié 44 professeurs, soit à cause de leurs opinions libérales, soit en raison de leur origine juive ». Et voici le mot cruel du professeur Brierley, d'Oxford : « Les universités allemandes se sont mises au ban de la communauté internationale des universités ».

Rappelons enfin ce passage d'une lettre adressée en février dernier au *Times* par M. Robertson, professeur à Birmingham : « Ce qui se passe en Allemagne est une attaque brutale contre les fondements de la vie scientifique ».

Ces verdicts sévères sont-ils injustes ? Hélas non. On est obligé de constater au contraire la dégénérescence, la dégradation de la culture germanique sous l'influence de l'idéologie raciste. Nous n'en donnerons qu'une preuve entre mille :

Ces jours-ci, le professeur allemand Philippe Lenard (prix Nobel de physique en 1905) publiait à Munich le premier tome d'un gros ouvrage en quatre volumes intitulé *Deutsche Physik*. Dans sa préface, cet ancien maître d'Heidelberg souligne l'énorme différence qui existe, d'après lui, entre la physique allemande et les autres... Il fait une charge à fond contre « la physique juive », dont le représentant le plus fameux est « le juif pur sang Albert Einstein », et il va jusqu'à écrire cette phrase monumentale :

« La physique juive est un dégénérescence de la physique véritable, de la physique aryenne. »

Le livre est dédié au ministre de l'intérieur, Dr Frick, et, aussitôt après la préface, commence le cours de « mécanique aryenne ».

Qu'un grand savant, lauréat du prix Nobel, en soit arrivé là et puisse écrire de pareilles choses sans soulever une vague d'indignation... ou un immense éclat de rire, cela juge un régime.

ANDRÉ PIERRE.

Das Internationale
Ausschnittbü
Bureau International de Documenta
Boite Postale 32 à SCEAUX (Seine) Fra
Allemagne Freiburg i. Br.
24 JUIN 1936

Die Gäste der 550-Jahrfeier in Heidelberg

Gelehrte aus aller Welt nehmen teil – Unterredung mit dem Rektor der Universität

(Eigener Bericht des „Alemannen")

Heidelberg. Wenn in den nächsten Tagen die Stadt Heidelberg während der 550-Jahrfeier ihrer Universität über hunderttausend Besucher erwartet — eine Zahl, wie sie Heidelberg in seiner an glanzvollen Ereignissen und Festen reichen Geschichte kaum je gesehen hat —, so kann dies als ein Zeichen dafür gewertet werden, wie fest der Ruf der schönen Stadt, die von Jahr zu Jahr mehr Besucher aus aller Welt anzieht, mit dem in einer Jahrhunderte alten Entwicklung begründeten Ruf der Hochschule verknüpft ist.

Generationen von Studenten und Wissenschaftlern sind an Heidelbergs Hoher Schule gewesen. Vom ausgehenden Mittelalter bis in die Gegenwart haben Gelehrte von Weltruf hier gewirkt. Es ist daher nicht überraschend, wenn Wissenschafter des In- und Auslandes in überaus großer Zahl der Einladung der Universität zu ihrem Fest Folge leisten.

Die Internationale Hochschullehrerkonferenz

Der Rektor der Universität, Professor Groh, der unserem Mitarbeiter trotz seiner starken Inanspruchnahme mit den Vorarbeiten zur Feier freundlicherweise eine Unterredung gewährte, ist als Gastgeber sehr erfreut, so viele hervorragende Vertreter der Wissenschaft des In- und Auslandes begrüßen zu dürfen. Es sind, wie er sagt, 1500 Gelehrte, die zu der internationalen Hochschullehrerkonferenz und der anschließenden Jubiläumsfeier kommen. Zu dem „Welttreffen der Studenten" werden Hunderte weiterer Gäste erwartet. Einige ausländische Delegationen sind mit mehreren Mitgliedern vertreten. Nicht nur Gelehrte aus fast allen europäischen Ländern, aus den fernsten Ländern, aus Kanada, Mexiko, Peru, Argentinien, Südafrika, Japan und China kommen Wissenschafter nach Heidelberg. Am stärksten beteiligen sich die Vereinigten Staaten mit Vertretern der 18 Hochschulen, dann Italien, dessen Regierung ebenso wie die portugiesische offiziell vertreten ist. Dazu kommen viele private Gäste, Ehrendoktoren der Universität und Persönlichkeiten, die sich mit ihr durch jahrzehntelange Beziehungen verbunden fühlen. Darunter einer der wärmsten Freunde und Förderer der Universität, der frühere amerikanische Botschafter Schurmann. Seit er in den siebzigern Jahren an ihr studierte, ist er ihr treu geblieben. In der deutschen Notzeit nach dem Krieg hat er bei amerikanischen Freunden eine Stiftung eingeleitet, die den im Jahre 1931 eröffneten Neubau der Universität ermöglichte. Auf allen seinen Reisen nach Europa hat er nie versäumt, seine alte Universität aufzusuchen, und jetzt tritt er im 82. Lebensjahr noch einmal die Reise über den Ozean an.

Ein weiterer amerikanischer Gast, der dem deutschen Volk seit der Zeit, als er im Jahre 1904 als Schüler von Geheimrat Prof. Hoops in Heidelberg den Doktorgrad erwarb, die Freundschaft gehalten hat, ist Professor Lindsey Blayney, Dean von Carlton College. Kurz vor Ausbruch des Krieges Ende Juli war er noch in Heidelberg. Nach Kriegsende kehrte er an der Spitze einer amerikanischen Kommission nach hierher zurück, um die Ernährungsverhältnisse in Südwestdeutschland zu untersuchen. Erschüttert von seinen Eindrücken reiste er nach Paris und veranlaßte, daß die in Belgien noch aufgespeicherten amerikanischen Lebensmittel für die deutsche Ernährung freigegeben wurden. Er hat damit unendlich viel Not gelindert. Die in deutschfeindlichen Blättern gegen eine Beteiligung geführte heftige Agitation hat ihn wie die anderen amerikanischen und viele Gelehrte anderer Länder nicht zu beirren vermocht.

Keine „politische Demonstration"

Rektor Groh ging hier etwas auf die Agitation ein, die hauptsächlich mit dem Argument arbeite, man beabsichtige in Deutschland mit der Feier eine „politische Demonstration". Professor Groh wies in diesem Zusammenhang auf die Gestaltung des Programms hin, die allein schon diese Behauptung widerlege. Die Feier ist eine Angelegenheit der Wissenschaft. Sie wird demzufolge auch eingeleitet mit der „Internationalen Hochschullehrerkonferenz" in der Zeit vom 24. bis 27. Juni. Sie führt die Gelehrtenwelt aller Länder von wenigen Ausnahmen abgesehen zusammen zu gemeinsamem Dienst an der Wissenschaft. Im Jahre 1932 trat diese Konferenz zum ersten Male zusammen. Seither fand sie zweimal in England, einmal in Frankreich statt, und kommt dieses Jahr zum ersten Male nach Deutschland. Während des Heidelberger Aufenthalts wird den Gelehrten Gelegenheit gegeben, Einblicke in eine deutsche Lehr- und Forschungsstätte zu tun und ihnen auserlesene künstlerische und musikalische Genüsse zu bieten. Die Stadt Heidelberg veranstaltet zur Eröffnung der Feier die Ausstellung „Heidelberg, Vermächtnis und Aufgabe". Weiter ist Gelegenheit zu Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung geboten.

Ausländerstudium in Deutschland

Wenn nun schon von Propagandaabsichten gesprochen wird, so wäre sie sicher von den vielen Ausländern wahrgenommen worden, die in Heidelberg und anderen deutschen Hochschulen studieren. Sie fühlen sich aber offenbar in Deutschland und auf seinen Hochschulen wohl und unbehelligt. Der Rektor stellte hierzu fest, daß die Zahl der ausländischen Studierenden von Jahr zu Jahr steige. Tatsächlich lag der Tiefstand der ausländischen Hörerzahl in der Zeit vor der nationalsozialistischen Machtübernahme etwa um das Jahr 1931. Die Heidelberger Universität weist die am stärksten besuchten Ferienkurse in Europa auf.

Es ist selbstverständlich, daß die Regierung des Reiches an dessen ältester Universität lebhaftesten Anteil nimmt und sich an ihrer Feier beteiligt. Die Teilnahme der Reichsregierung wird von der Universität als besondere Auszeichnung empfunden. Mit ihr freut sich die ganze Bevölkerung, während dieser Tage führende Männer des Reiches bei sich begrüßen zu können. Die Reichsregierung gibt den Gästen des Jubiläums einen Empfang. Sie tut dies, um ein Bekenntnis zur deutschen Wissenschaft abzulegen, die im neuen Reich eine Unterstützung gefunden hat wie durch keine Regierung zuvor.

Sinn und Bedeutung aller Veranstaltungen liegen darin, die persönliche Fühlungnahme innerhalb der Gelehrtenschaft und den nie unterbrochenen wissenschaftlichen Gedankenaustausch zu fördern. Auch von unserer Seite ist er immer gepflegt worden. Wir haben in diesem Semester mehr als 25 Gelehrte ins Ausland gesandt.

Auf der 550-Jahrfeier sollen sich, so schloß Rektor Groh, die Gelehrten aus aller Welt näher treten, sich kennen, verstehen und achten lernen. So soll und wird, wie ich hoffe, das Fest den Erfolg haben — und nichts anderes will ja das deutsche Volk und seine Führung — dem Frieden der Welt zu dienen.

kunde.

Dem Rektor an der Universität Heidelberg, Prof. Wilhelm Groh, als dem Führer der Hochschule, wurden, wie uns ein Eigenbericht meldet, als Kanzler Prof. Stein und als dessen Stellvertreter Priv.-Dozent Dr. Himmel zugeteilt. Dem Stab gehören weiter an die Herren Dr. Kunstmann und der Führer der Heidelberger Studentenschaft, cand. med. Scheel. Zu Dekanen wurden ernannt für die theologische Fakultät: Professor Jelke, für die juristische Fakultät Prof. Mitteis, für die medizinische Fakultät Prof. Brömser, für die philosophische Fakultät Prof. Güntert, für die naturwissenschaftliche Fakultät Prof. Erdmannsdörfer. Der Senat besteht aus den Herren Prof. Kallius, Prof. Panzer, Priv.-Dozent Dr. Himmel, Priv.-Dozent Dr. Nieland, Priv.-Dozent Dr. Wendland. Erweitert wird der Senat durch die Berufung der emeritierten Herren Prof. v. Krehl und Prof. Endemann; der Vorkämpfer für die nationalsozialistische Weltanschauung, der Physiker Prof. Lenard wurde ebenfalls gebeten, seine Erfahrungen in den Dienst der Hochschule zu stellen

DAZ 7.10.33.

Lehrauftrag: An der Universität Heidelberg ist dem Hauptschriftleiter des gauamtlichen Organs der NSDAP in Mannheim, „Hakenkreuzbanner", Dr. W. Kattermann, ein Lehrauftrag für Zeitungskunde erteilt worden. 24.1.34

Professor Anschütz zurückgetreten

Heidelberg, 1. 4.

Geheimer Hofrat Professor Dr. Gerhard Anschütz, der bekannte Staatsrechtslehrer an der Universität Heidelberg, hat beim Badischen Staatsministerium um seine Enthebung vom Amt und Versetzung in den Ruhestand nachgesucht. Geheimrat Anschütz, der jetzt 66 Jahre alt ist und seit 1916 in Heidelberg lehrt, ist der bekannte Kommentator der preußischen Verfassung und Weimarer Reichsverfassung.

Gustav Radbruch nach Kowno berufen

Wie aus Kowno berichtet wird, wird der bekannte deutsche Rechtslehrer, der ehemalige sozialdemokratische Justizminister, Prof. Radbruch, der von der Universität Heidelberg entfernt wurde, im Herbstsemester an der juristischen Fakultät der Universität Vorlesungen über das im Memelgebiet geltende Strafrecht aufnehmen.

Frankf. Ztg. 10/7/34

In den Ruhestand versetzt wurde gemäß der Verordnung über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, wie uns ein Eigenbericht meldet, der o. Professor für alte Geschichte an der Universität Heidelberg, Dr. Täubler.

DAZ 6.7.

Professor Radbruch nach Kowno berufen.

Kowno. (Ost-Expreß.) Der Senat der litauischen Landesuniversität Kowno hat den ehemaligen Heidelberger Strafrechtslehrer Prof. Radbruch nach Kowno berufen. Ihm soll der Lehrstuhl für Memelländisches Strafrecht übergeben werden. Prof. Radbruch (der frühere Reichsjustizminister) hatte nach der nationalen Revolution in Deutschland das Reichsgebiet verlassen und sich in Frankreich niedergelassen. F.Z. 10.I.34.

Radbruch! DF 16/17-9-34

Was hitleramtlich gemeldet wird

Berlin, 14. Sept. (TNB.) Wie aus Kowno gemeldet wird, ist Professor Radbruch von einem mit der Universität Kowno geschlossenen Vertrage, vom nächsten Semester ab dort Vorlesungen über deutsches Strafrecht abzuhalten, zurückgetreten.

Das „Deutsche Nachrichtenbüro" erfährt hierzu von zuständiger Stelle: Diese Meldung entspricht den Tatsachen. Professor Radbruch hat sich auf deutsch e amtliche Veranlassung in loyaler Weise dazu entschlossen, die an ihn ergangene Berufung abzulehnen. Hiermit entfallen alle gegen ihn in der letzten Zeit in einzelnen Blätter gerichteten Angriffe.

Prof. Dr. Hans v. Eckardt, Heidelberg, teilt uns mit, daß er entgegen irrtümlichen Meldungen einzelner Blätter niemals mit ausländischen, geschweige denn bolschewistischen Stellen in Verbindung gestanden hat. Tatsache ist vielmehr, daß er auf Grund seiner im Bibliographischen Institut in Leipzig 1930 erschienenen Monographie über „Rußland" von kommunistischen und russischen Stellen stets auf das lebhafteste bekämpft worden ist.

Prof. Radbruch entlassen.

△ **Heidelberg,** 28. April. Professor Radbruch, der bekannte Strafrechtslehrer der Universität Heidelberg, ist auf Grund der Bestimmungen des neuen Beamtengesetzes entlassen worden. Professor Radbruch hat sich, wie erinnerlich, neben seiner Tätigkeit als Dozent, vor allem auch durch seine Mitarbeit am Werke der Strafrechtsreform einen in wissenschaftlichen Kreisen allgemein geachteten Namen erworben. Radbruch, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, war längere Zeit auch Justizminister des Reiches. Frankf. Ztg. 29/4.33

Berlin, 7. Jan. Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ist der Ordinarius für Alte Geschichte an der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Eugen Taeubler, in den Ruhestand versetzt worden.

HEIDELBERG, 2. MAI

Der ordentliche Professor an der Universität Heidelberg und Direktor der Universitäts-Zahnklinik, Professor Dr. Georg Blessing, ist gestern vormittag mitten aus dem Kolleg heraus verhaftet worden. Ueber die Gründe der Festnahme ist noch nichts bekannt.

Professor Anschütz tritt zurück.

Heidelberg, 31. März. (WSN) Geheimer Hofrat Professor Dr. Gerhard Anschütz, der bekannte Staatsrechtslehrer an der Universität Heidelberg, hat beim badischen Staatsministerium um seine Enthebung vom Amt und Versetzung in den Ruhestand nachgesucht. Geheimrat Anschütz, der jetzt 66 Jahre alt ist und seit 1916 in Heidelberg lehrt, tritt zurück, weil er seine Auffassung im Gegensatz zur jetzigen Staatsform sieht.

*

Geheimrat Anschütz, der autoritativste unter den deutschen Staatsrechtslehrern, hat seine Auffassungen jederzeit mit Freimut und Festigkeit vertreten. Sein Rücktritt vom Lehramt kann in dieser Zeit nicht sehr überraschen. Es ist ein sehr staatsbewußter, demokratischer Liberalismus, den Anschütz vertritt. Eben noch erschien im Buchhandel der abschließende zweite Teil seines großen Kommentars der „Verfassung des Deutschen Reiches". Ein monumentales Werk der Rechtswissenschaft — aber wie weit ist der Gegenstand des Werkes, die Verfassung vom 11. August 1919, im gegenwärtigen Augenblick noch zeitgemäß? Das Lebenswerk von Gerhard Anschütz wird freilich über den Augenblick hinaus Bedeutung behalten, und wir sind überzeugt, daß es dem deutschen Volk auch wieder einmal als unentbehrlicher Beitrag zur Entwicklung des deutschen Staatswesens angesehen werden wird.

Die Gelehrtenrazzia.

Heidelberg, 29. April. Der bekannte Strafrechtslehrer Professor Radbruch ist auf Grund der Bestimmungen des neuen Beamtengesetzes entlassen worden.

Kein Mensurverbot mehr in Baden?

Der Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Neinhaus hat, wie verlautet, namens der Stadt Heidelberg bei dem kommissarischen Justiz- und Innenminister die Aufhebung des 1925 für Baden erlassenen Mensurverbotes beantragt. Diesem Wunsche dürfte umgehend stattgegeben werden.

Professor Gumbel nach Lyon berufen.

Paris, 10.1. (INPRESS): Professor E.J. Gumbel hat fuer das laufende Universitaetsjahr eine Berufung als Gastprofessor fuer Versicherungsmathematik an die Unversitaet Lyon erhalten.

Gumbel, dessen wissenschaftliche Verdienste international anerkannt sind, wurde bereits im Sommer 1932 vom badischen Kultusministerium seines Amtes als Professor der Heidelberger Universitaet entsetzt. Das Ministerium beugte sich den randalierenden nationalistischen Studenten. Gumbel war bei der politischen Rechten Deutschlands besonders verhasst, seit seine beiden Buecher "Moerder verfallen der Feme" und "Vier Jahre Mord" erschienen waren.

DUBLIN UNIVERSITY AND HEIDELBERG

FROM OUR OWN CORRESPONDENT

DUBLIN, APRIL 24

I understand that the University of Dublin has rescinded its earlier decision to send a representative to the celebrations which will take place this year in connexion with the University of Heidelberg. The invitation was accepted some months ago and the name of Dublin University's representative was sent to Heidelberg on the official form. No statement so far has been made by the authorities on their change of mind.

jahre.

Rechtsrat Dr. Ammann, dem Direktor des Wohlfahrts- und Jugendamtes der Stadt Heidelberg, wurde die von ihm an der Universität Heidelberg nebenamtlich geübte Lehrberechtigung für Jugendwohlfahrt und Fürsorgerecht vom kommissarischen Kultusminister mit sofortiger Wirkung untersagt.

D. AZ 13.4.33.

Prof. Dr. Eugen Täubler, der ordentliche Professor der alten Geschichte an der Heidelberger Universität ist gemäß § 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt worden. Prof. Täubler ist mit einer Reihe von Arbeiten aus dem Gebiete der alten Geschichte hervorgetreten.

Rücktritt: Der Ordinarius für deutsche Rechtsgeschichte, bürgerliches und Handelsrecht, Prof. Dr. H. Mitteisan, hat sein Amt als Dekan der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg niedergelegt.

Fr. Ztg. 3.12.33

6.I.37

Front Junge Wissenschaft

Ernst Krieck und die deutsche Wissenschaft

VON WILHELM CLASSEN

Das Lebenswerk Kriecks ist gekennzeichnet durch folgende Hauptwerke:

Die deutsche Staatsidee. Jena 1917.
Die Revolution der Wissenschaft. Jena 1920.
Erziehung und Entwicklung. Jena 1920.
Philosophie der Erziehung. Jena 1922.
Dichtung und Erziehung. Karlsruhe 1924.
Menschenformung. Leipzig 1925.
Bildungssystem der Kulturvölker. Leipzig 1927.
Grundriß der Erziehungswissenschaft. Lpz. 1927.
Der Staat des deutschen Menschen. Berlin 1927.
Musische Erziehung. Wolfenbüttel 1928.
Deutsche Kulturpolitik? Frankfurt 1928.
Grundlegende Erziehung. Erfurt 1930.
Erziehungsphilosophie. München 1930.
Geschichte der Bildung. München 1930.
Das Naturrecht der Körperschaften. Berlin 1930.
Völkischer Gesamtstaat und nationale Erziehung. Heidelberg 1931.
Nationalpolitische Erziehung. Leipzig 1932.
Wissenschaft, Weltanschauung, Hochschulreform. Leipzig 1934.
Völkisch-politische Anthropologie
I. Band: Die Wirklichkeit. Leipzig 1936.
II. Band: Das Handeln und die Ordnungen. Leipzig 1936.
Zeitschriften (Her.): Volk im Werden.
Die Neue Deutsche Schule.

Über Ernst Krieck:
Philipp Hördt: Ernst Krieck. Heidelberg 1932.
Ernst Niebel: Ernst Krieck. Die Neue Literatur, 1932, Heft 7.
W. Classen: Das Werk und die Leistung Ernst Kriecks. Der Deutsche Student, 1936, Julihett.

Ein Leben der deutschen Wissenschaft

Seit der Machtübernahme ist das Problem einer deutschen Wissenschaft noch nie so stark diskutiert worden, wie in den letzten drei Monaten. Den Anstoß dazu gaben wahrscheinlich die beiden Heidelberger Reden zur Wissenschaftserneuerung, die gelegentlich der Universitätsjubelfeier von Reichsminister Rust und Ernst Krieck gehalten wurden. Zumindest haben diese Reden den Anstoß gegeben zu jenen seltsamen Warnungen aus Kreisen der Naturwissenschaftler und der nationalsozialistischen Presse, in denen unter der Hand die alte, dem vergangenen politischen System gemäße Wissenschaftsauffassung angepriesen und empfohlen wird. Inzwischen aber haben nun auch Reichsleiter Rosenberg und der Leiter des Rassepolitischen Amtes, Dr. Groß, zur Frage der Wissenschaftsreform Stellung genommen: in beiden Fällen wurde von anderem Ansatz her, aber in der gleichen Grundhaltung und mit dem gleichen Ergebnis die in den Heidelberger Reden zum Ausdruck kommende Wissenschaftsauffassung bestätigt. Es ist damit vor aller Welt klargestellt, wie das Verhältnis von Nationalsozialismus und Wissenschaft aufzufassen und auszuwerten ist.

Kriecks Anteil an der Klärung des Begriffs und der Aufgaben einer nationalsozialistischen Wissenschaft hat keineswegs begonnen und ist auch nicht erschöpft mit der philosophisch bündigen Auseinandersetzung in der Heidelberger Rede. Seine ganze wissenschaftliche Lebensarbeit zeigt ihn von Anfang an in Kampfstellung gegen die vom Rationalismus und späten Idealismus grundgelegte Ideologie einer vermeintlich voraussetzungslosen, wertfreien und neutralen Wissenschaft. Das wird erstmals deutlich schon im Frühwerk von 1917, in der „Deutschen Staatsidee", und zwar dort, wo Krieck sich mit den Staatstheorien der Naturrechtslehren, des Kritizismus und des Idealismus Hegelscher Prägung auseinandersetzt. Die dort ausgesprochene Ablehnung von Staat und Geschichte als Selbstdarstellung und Entwicklungsgeschichte des „objektiven Geistes" enthält mit dieser Ablehnung eines objektiven Geistes oder einer reinen Vernunft als Prinzipien der Wirklichkeit und der Wissenschaft schon einen ersten Angriff auf die Grundlagen der überlieferten Wissenschaftsideologie. Seitdem hat Krieck auf immer breiterer Grundlage diese Wissenschaftstheorie samt ihrem Absolutheitsanspruch bekämpft. Höhepunkte dieser Entwicklung sind die „Revolution der Wissenschaft" (1922), das Kapital „Politische Wissenschaft" in der „Nationalpolitischen Erziehung" (1932), der Sammelband „Wissenschaft, Weltanschauung und Hochschulreform" (1934), und die „Völkisch-politische Anthropologie" (I: 1936, II: soeben erschienen).

Man kann nun eine überlieferte Wissenschaftsauffassung wie die des Rationalismus bekämpfen, indem man ihr einfach ein anderes Programm entgegensetzt. Man kann sie aber auch bekämpfen, indem man ihr ein Programm entgegensetzt und gleichzeitig Möglichkeiten zur Verwirklichung dieses Programms deutlich aufweist. Und man kann drittens ein Programm entwerfen, Möglichkeiten seiner Verwirklichung aufweisen und gleichzeitig durch bündige wissenschaftliche Sachleistungen im Sinne dieses Programms die Fruchtbarkeit und Sinnhaftigkeit des neuen Programms belegen. Kriecks Arbeit für das Durchsetzen einer neuen Wissenschaftsauffassung ist von der dritten Art.

Mit der Krieckschen Wissenschaftsauffassung, nach der alle Wissenschaft nach Ansatz und Ziel, nach Methode und Ergebnis verwurzelt und verflochten ist in die Einheit des völkischen Gemeinschaftslebens, nach der alle Wissenschaftsarbeit von hier — von völkischen Lebensganzheiten her — ihre Sinngebung und Rechtfertigung erhält, ist auch für die studentische Erziehungsarbeit grundsätzlich Wichtiges ausgesprochen:

Erstens: alle Einzelwissenschaften, die sich im Laufe des Spezialisierungsprozesses der letzten 60 Jahre zu autonomen und beziehungslosen „Fächern" entwickelt haben, empfangen auf dem Grunde der neuen Wissenschaftsauffassung wieder eine gemeinsame Sinnmitte, eine gemeinsame tragende Grundlage, eine gemeinsame Verantwortung und eine gemeinsame Aufgabe: es gibt keine Kluft und keinen Abgrund mehr zwischen den „Fächern" und damit auch nicht mehr zwischen den Studien, den Lehrplänen, den Arbeitsbereichen. Die Einheit der Wissenschaften ist über alle Fach- und Fakultätsschranken hinweg gesichert durch die Gemeinsamkeit der Wissenschaftsgrundlage und der Wissenschaftsaufgabe. Was hat eigentlich früher die Wissenschaftsarbeiter innerlich miteinander verknüpft? Bestenfalls die Überzeugung, daß sie alle miteinander Bürger jenes fiktiven Reiches der reinen Vernunft, des absoluten Geistes, der wertfreien reinen Wahrheit seien, wobei sie sich aber gleichwohl nie über den Wertrang, der dem einzelnen in diesem wertfreien Reich zukam, einigen konnten. Krieck hat schon vor der Machtübernahme die Träger der Wissenschaft für eine Wissenschaftsgesinnung zu gewinnen versucht, in **der das Gemeinsame der Arbeit irgendwo anders gesucht wurde; in der völkischen** Wirklichkeit nämlich, in den Aufgaben, Bedürfnissen und Nöten, die das geschichtliche Schicksal uns auferlegte.

Professor Dr. Ernst Krieck — Zeichnung Maria Krieck

Zweitens: nach der Krieckschen Wissenschaftsauffassung ist jede Wissenschaft aus sich selbst heraus auch ein politischer Erziehungsfaktor. Wissenschaftsarbeit ist danach allemal auch eine Form der politischen Selbsterziehung der Beteiligten. Das ist für die studentische Erziehungsarbeit von einiger Bedeutung. Man hat lange geglaubt, die politische Erziehungsarbeit des Studenten von der wissenschaftlichen grundsätzlichen abtrennen zu müssen. Das hatte und hat einen Sinn dort, wo die Wissenschaftsarbeit, in die der Student hineingestellt wird, auf der Grundlage der überlieferten Wissenschaftsideologie erfolgt. Wo aber Wissenschaft getrieben wird im Sinne der Krieckschen Wissenschaftsauffassung, da sind wissenschaftliche und politische Erziehung identisch. Das Wissenschaftliche und Politische an dieser Arbeit sind dann gewissermaßen nur Doppelbetrachter einer und derselben Sache. Politische Erziehung steht nicht neben der wissenschaftlichen und ist auch nicht Ergänzung **derselben, sondern die eine erfolgt durch die** andere, mit ihr und in ihr. Die Heidelberger Kameraden, die Krieck nahegekommen sind, wissen das, haben es selbst erfahren und mögen es bezeugen.

Lebensdaten des Philosophen

Ernst Krieck als Sohn und Enkel eines alemannischen Geschlechts von Bauern und Kleinhandwerkern (Maurermeister) ist am 6. Juli 1882 in Vögisheim (einem kleinen Dorf bei Müllheim-Badenweiler) geboren.

1886 zieht die Familie nach Müllheim, wo der Vater mehrere Bauten und Häuser errichtet.

Er verliert den Vater im zehnten Lebensjahr, und nun kamen für die Witwe und die drei Kinder Jahre schwerster Not und Entbehrungen.

Nach dem Besuch der Realschule in Müllheim kam er durch eigenes Vorstudium gleich in den Zweiten Kurs des Lehrerseminars in Karlsruhe und ist mit 18 Jahren Lehrer und tritt

1900 in den badischen Volksschuldienst,
1904 nach Mannheim (wo er bis November 1928 bleibt.)
1909 Werk: „Persönlichkeit und Kultur".
1910 Hauptlehrer.
1911 April, verehelicht mit der Lehrerin Maria Perrin,
1913 Mai, Tochter Ilse geboren.
1917 Werk: „Die deutsche Staatsidee.
1923 Werk: „Philosophie der Erziehung". Darauf erhält er von der Universität Heidelberg den Dr. h. c.;
1924 erfolgt ein Ruf an die Technische Hochschule in Dresden als Professor der Pädagogik. — E. K. verzichtet, um weitere Werke folgen lassen zu können.
November 1928 erhält er den Ruf, als Professor an die Pädagogische Akademie in Frankfurt a. M.
Herbst 1931 Strafversetzung nach Dortmund wegen der Sonnenwenderede am 23. Juni 1931 in Oberseelbach im Taunus.
Ostern 1932 Disziplinarverfahren wegen einer Rede vor dem NSLB. im Berliner Sportpalast, dessen Mitglied er im November 1931 wird. (In dieser Zeit wird er auch Parteimitglied, eingetreten Januar 1932.)
Herbst 1932 Rückberufung an die Pädagogische Akademie in Frankfurt a. M.
25. April 1933 Berufung als Professor der Philosophie und Pädagogik und
26. April 1933 als Rektor der Universität Frankfurt a. M.
1. Mai 1934 folgt er dem Ruf an die Heidelberger Universität.

Times 18. II. 36.

Letters to the Editor

UNIVERSITY OF HEIDELBERG

DISMISSAL OF STAFF

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—The issues raised by the invitation of the University of Heidelberg cut deep into the quick of first principles. It must be remembered that since 1933 the University has dismissed or deprived of their posts 44 members of its staff for racial, religious, or political reasons. Other German universities, of course, have as black or a blacker record, but that is not at present the point. These 44 unhappy persons, many of whom are of no small eminence in their subjects, have practically been deprived of the means of earning their living. Cruel as unemployment and poverty always are, it is still more cruel to deprive men and women of marked ability and aptitude of the facilities (access to laboratories or libraries) for pursuing the line of work to which they have devoted their lives and the pursuit of which alone makes life worth living, quite apart from the value of their contributions to science and learning not only to their own country but to every country in which the advancement of knowledge and of truth is a fundamental function of a university organization.

Supposing that any British university had dismissed 44 of its staff, not because of intellectual mediocrity or incompetence, but for racial, religious, and political reasons, and then invited the other British universities and great organizations such as the Royal Society and the British Academy to send delegates to attend an important jubilee and congratulate that university on its achievement and wish it God-speed in its disinterested and free pursuit of knowledge and truth; and suppose that the German universities, moved by Christian charity and the brotherhood of learning, had been doing their best by the voluntary self-sacrifice of their own staffs, to keep these 44 dispossessed British from starvation and to give them such facilities as they could to pursue their life's work, would any British university accept such an invitation? I am quite sure it would not. Why then should the British universities act differently towards a foreign university guilty of such intolerance and persecution? We are told that eminent men from Great Britain have accepted invitations and delivered lectures in Heidelberg, in which they have indicated their dissent from what has been done in the German universities. But we know that the visits of these eminent persons have been represented throughout the length and breadth of Germany as concurrence with, even approval of, Nazi policy, and that their dissent has been carefully omitted from all German newspaper reports.

Individual visits and lectures are one thing, the responsibility for which rests solely on the lecturer. A delegate formally appointed to represent a university, probably bringing with him a formal address of congratulation, is quite another. Are the delegates to state in public to a German audience that they dissent from the policy and acts of their hosts, or are they by their silence to convey their approval? It is as certain as anything can be that the presence of British delegates will be proclaimed throughout Germany as a considered gesture of British approval of Nazi policy in the universities; and if, which is unlikely in the circumstances, dissent is indicated it will be resented by the host and carefully suppressed in the reports which will blazon the Heidelberg celebration throughout Germany.

The Senate of the University of Birmingham has unanimously decided not to accept the invitation. That Senate cannot be accused of anti-German bias, because for years we have had a system of exchange-German and exchange-English students (graduate and undergraduate), and we have not allowed the deplorable and sinister developments in the German universities to prevent the operation of the scheme. We have refused the invitation of Heidelberg, not because we are insular and ignor ant cranks, but because we are good Europeans, to whom the trusteeship of truth is a serious responsibility and because what has happened in the German universities is a flat and aggressive negation of the fundamentals of any true university life. Those who overlook the commission of a crime to-day invite the commission of a more serious crime to-morrow.

To-day, more urgently than ever, it is the duty of the universities, and particularly the British universities, to preserve the pursuit of truth and knowledge from the rising tidal wave of intolerance, violence, cruelty, and persecution sweeping all over the world. Treachery to truth and betrayal of the conditions in which alone truth can be saved and promoted are a breach of trusteeship, the consequences of which may be irreparable. It is not the British universities nor the British people who are blocking cooperation with Germany. But cooperation can be purchased at too dear a price if one of the parties surrenders the first principles of a free life. Many of us feel with Lord Russell that "the threat to intellectual freedom is greater in our day than at any time since 1660," and are not prepared to concur in action which will be interpreted to mean that freedom of speech and freedom of opinion and freedom from racial, religious, and political persecution are of no importance to British university life.

I am, &c.,

CHARLES GRANT ROBERTSON.

University of Birmingham, Feb. 16.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—Sir Ian Hamilton misses the point of the letters he criticizes. The German ex-Service men whom he welcomes are not responsible for the expulsion of Jewish scholars and scientists from their tutorial posts; the members of German University Senates are. Nor can they evade this responsibility by pleading the law of the land. A university's first obedience is to the law of its own being. It is therefore quite pertinent to ask whether British academic bodies can properly exchange festal greetings with those who have repudiated the whole academic tradition; the more so if the object of the celebration is to make it appear that their offence has been condoned.

I am, &c.,

HAROLD STANNARD.

The Athenaeum.

SERVICE SPECIAL des Nouvelles d'Allemagne N°43/16 juin 1936

LE BOYCOTT DES FETES DE L'UNIVERSITE DE HEIDELBERG
L'attitude des universités anglaises et américaines

Le mouvement parmi les universités européennes et américaines contre la participation aux fêtes organisées à l'occasion du 550e anniversaire de la fondation de l'université de Heidelberg a pris une grande ampleur. Sur la base des dernières informations, les "Nouvelles d'Allemagne" publient la liste suivante des refus de prendre part à ces fêtes:

Angleterre: les universités d'Oxford, Cambridge, Sheffield, Birmingham. A la suite de ces refus, les invitations aux autres universités anglaises ont été retirées.
Hollande: les universités d'Amsterdam et de Leyde
Suède: l'université de Lund
Norvège: l'université d'Oslo
Suisse: l'université de Bâle
Etat-Unis: les universités de Virginia, Yale et des dizaines d'autres.

Devant ce mouvement de boycott, l'université de Heidelberg a préféré éviter des refus certains en négligeant d'inviter les universités de Belgique et d'Espagne. En France, le mouvement contre la participation grandit de jour en jour. De nombreux professeurs d'universités et notamment le secrétaire du Syndicat des professeurs de l'enseignement supérieur, M. Zerotti, se sont catégoriquement prononcés contre les fêtes de Heidelberg. Ont accepté jusqu'ici: les universités de Vienne, Budapest, Zurich, l'université allemande de Prague et l'université de Columbia (U.S.A.).

Les déclarations suivantes de professeurs de l'université d'Oxford caractérisent les raisons des refus: le professeur Gilbert Murray notamment déclare:

"Je suis entièrement d'accord avec la décision de nos autorités universitaires en ce qui concerne le refus, car l'université de Heidelberg a congédié 44 professeurs, soit à cause de leurs convictions libérales, soit à cause de leur origine juive. C'est un fait inouï et inacceptable."

Le trésorier du Club allemand à l'université d'Oxford, professeur M. Crowsman, a déclaré:

"Il est absolument impossible qu'une université anglaise donne prise à l'idée qu'elle approuve l'état des choses existant en Allemagne. Mais, si l'on n'approuve pas cet état des choses, il est bon de le dire nettement."

Le professeur Brierley, également de l'université d'Oxford:

"Les universités allemandes se sont mises au ban de la communauté internationale des universités."

Le mouvement contre la participation aux solennités de Heidelberg est également très fort parmi les étudiants. A l'université de Columbia, une pétition pour l'annulation de l'acceptation de participer a réuni un millier de signatures d'étudiants et de professeurs. Les étudiants du City College de New York ont décidé à l'unanimité de refuser l'invitation.

Dans la presse, ce mouvement a trouvé un vif écho. Le professeur à l'université de Birmingham Charles Robertson, a publié dans le "Times" un article très remarqué, dans lequel il déclarait notamment: " Nous avons refusé l'invitation, non parce que nous sommes des insulaires, non parce que nous sommes des ignorants ou des hommes soumis à l'humeur, mais parce que nous sommes de bons Européens, qui prenons au sérieux nos responsabilités de gardiens de la vérité. Ce qui se passe en Allemagne, est une attaque brutale contre les fondements de la vie scientifique." (Nouvelles d'Allemagne)

SERVICE SPECIAL des Nouvelles d'Allemagne N°41/11 juin 1936

CONTRE LA PARTICIPATION DES UNIVERSITES FRANCAISES AUX FETES DU 550° ANNIVERSAIRE DE LA FONDATION DE L'UNIVERSITE DE HEIDELBERG

Les 26 et 27 juin, des fêtes auront lieu à Heidelberg à l'occasion du 550° anniversaire de la fondation de l'université de la ville. On sait que toutes les universités anglaises ont refusé de participer à ces solennités. Le "Mouvement mondial des étudiants pour la paix, la liberté et la culture" a entrepris une enquête parmi les professeurs des universités françaises sur la question de la participation de ces dernières aux fêtes de Heidelberg. Les professeurs CH. GUIGNEBERT (Paris), L. ZORETTI (Caen), Jacques CHAPELON (Paris), Louis LEROUX (Paris), André PHILIP (Lyon), Georges FRIEDMANN (Paris), ainsi que de nombreux autres, se sont prononcés contre la participation. Les "Nouvelles d'Allemagne"publient aujourd'hui quelques-unes des réponses:

Déclaration de M. ZORETTI, secrétaire du Syndicat de l'Enseignement Supérieur, Professeur de Physique à l'Université de Caen:

"Vous savez que l'on prépare deux choses pour Heidelberg. En dehors de la cérémonie officielle, où l'on a invité les Universités, le gouvernement allemand a essayé de convoquer un congrès international des professeurs de facultés, qui se tiendrait la veille des fêtes anniversaires. Pour la première invitation, c'est au conseil de chaque université d'y répondre; de notre côté, nous cherchons à agir dans chaque université pour qu'elle refuse de participer aux fêtes de Heidelberg. Beaucoup d'universités ont déjà refusé; mais il est à craindre que certains acceptent, par exemple la Faculté des Lettres à Paris. Et pourtant on ne devrait pas s'associer aux fêtes d'un pays qui a supprimé les libertés universitaires.

Pour la deuxième invitation, nous avons nettement refusé, et j'ai moi-même envoyé une réponse négative à Mr. Maclean, professeur à Cardiff, secrétaire de l'Association Internationale des Professeurs des Facultés. Il est toujours intéressant de rencontrer des professeurs et des savants étrangers; mais nous refuserons de collaborer avec des gens aussi peu sociables que le professeur Lenard, professeur d'astronomie à Heidelberg, qui n'a pas eu honte de déclarer: "La science n'est pas universelle. La science est raciste, la science est allemande." Avec de tels "intellectuels", aucune entente n'est possible."

Déclaration du député André PHILIP, professeur à la Faculté du Droit de Lyon:

"Je suis prêt à participer à la cérémonie de l'Université de Heidelberg, le jour où celle-ci, au grand complet, avec tous ses membres, pourra célébrer le retour à ses traditions d'objectivité scientifique et de probité intellectuelle. Inutile de se déranger pour rencontrer des sous-ordres du ministère de la Propagande."

(Nouvelles d'Allemagne)

Weg mit den Tüchtigen

Die Lehrbefugnis entzogen

Den ordentlichen Honorarprofessoren Dr. Albert Fraenkel (Tuberkulose), Dr. Walter Lenel (Mittlere Geschichte), Dr. Siegfried Loewe (Pharmakologie) und Dr. Leopold Perels (Deutsches Privatrecht), dem nichtplanmäßigen außerordentlichen Professoren Dr. Ludwig Schreiber (Augenheilkunde) und den Privatdozenten Dr. Raymond Klibansky (Philosophie), Dr. Hans Laser (Pathologie), Dr. Walter Pagel (Pathologische Anatomie und Geschichte der Medizin), Dr. Fritz Stern (Haut- und Geschlechtskrankheiten) und Dr. Ernst Witebsky (Immunitätslehre und Serologie), sämtliche an der Universität Heidelberg, ist mit Wirkung vom Tage der Eröffnung der Entschließung gemäß § 3 Absatz 1 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Verbindung mit Nr. 8 zu § 7 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die Lehrbefugnis entzogen worden.

N.-Fr. 9.9.33

Sie [illegible] einen Judas

Verschiedenes: Der o. Prof. für romanische Philologie an der Heidelberger Universität Dr. L. Olschki und der planmäßige ao. Professor für neuere deutsche Literatur daselbst Dr. R. Alewyn sind in den Ruhestand versetzt worden. Den o. Honorarprofessoren Dr. A. Fraenkel (Tuberkulose), Dr. W. Lenel (Mittlere Geschichte), Dr. S. Loewe (Pharmakologie) und Dr. L. Perels (Deutsches Privatrecht), dem nichtplanmäßigen ao. Prof. Dr. L. Schreiber (Augenheilkunde) und den Privatdozenten Dr. R. Klibansky (Philosophie), Dr. H. Laser (Pathologie), Dr. W. Pagel (Pathologische Anatomie und Geschichte der Medizin), Dr. F. Stern (Haut- und Geschlechtskrankheiten) und Dr. E. Witebsky (Immunitätslehre und Serologie), sämtliche an der Universität Heidelberg, ist die Lehrbefugnis entzogen worden.

Emeritierung: Der o. Professor in der tierärztlichen Fakultät der Universität München Dr. phil., Dr. med. vet. h. c. Anton Stoß ist auf sein Ansuchen vom 1. Oktober an von seinen Verpflichtungen befreit worden.

Todesfall: Im Alter von 68 Jahren verschied am 31. August in Rostock der o. Professor an der dortigen Universität Dr. O. Sarwey.

Frankf. N. 9.33